This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

3 2044 010 414 035

R 11868.136

HARVARD
COLLEGE
LIBRARY

Erinnerungen.

Erinnerungen

von

Ludwig Friedrich Seyffardt.

Als Handschrift gedruckt.

Nach dem Tode des Verfassers in seinem Auftrag überreicht.

Leipzig,
Duncker & Humblot.
1900.

Ger 11863.136

Vorwort.

Der erſte Gedanke, Erinnerungen aus meinem Leben zu ſchreiben, entſtand bei mir, wenn bald hier bald da dem Bedauern Ausdruck gegeben wurde, daß gegenüber den verdienſtvollen Forſchungen Dr. Hermann Keuſſens in Krefelds Vergangenheit kein Nachfolger vorhanden ſei, der Luſt und Muße gefunden habe, Bilder aus dem Leben und Streben Krefelds im 19. Jahrhundert im Zuſammenhange mit der Geſamtentwickelung des deutſchen Vaterlandes in ſchriftlichen Aufzeichnungen der Nachwelt zu überliefern. Nun beſaß ich allerdings eine ganze Menge im Laufe meines Lebens aufgeſpeicherten Materials, aber in der Hauptſache doch nur über Dinge, die mich perſönlich betrafen, oder bei denen ich mitgewirkt hatte. Wenn ich alſo eine kleine Ausarbeitung begann, ſo war zu befürchten, daß ſie recht einſeitig ausfallen und im günſtigſten Fall bloß einige Streiflichter auf die von der Zeitgeſchichte behandelten Materien werfen würde. Auf der anderen Seite wurde mir aber auch klar, daß Erinnerungen von jemand, der nicht durch Talent und Vorbildung zum Hiſtoriker berufen iſt, nur dann Wert haben, wenn ſie das Gepräge der Perſönlichkeit an ſich tragen und das wirkliche Bild, nicht das Spiegelbild in der Erinnerung des Berichterſtatters, darſtellen. So mußte ich denn dazu kommen, mir vorzunehmen, mich möglichſt ſtreng an meine Notizen, ſei es aus Tagebuch, ſei es aus Briefen, Zeitungen und Stenogrammen, anzuſchließen und die manchen vorhandenen Lücken nur dann auszufüllen, wenn es für das Verſtändnis erforderlich war.

Bei weiterem Nachdenken, ob und was ich ſchreiben ſolle, wollte es mir dünken, daß mein Leben in den freien gemeinnützigen Vereinen, in den Arbeiten für das ſtädtiſche Gemeinweſen und in der Thätigkeit für die parlamentariſchen Körperſchaften doch wohl geeignet ſein dürfte, die Wechſelwirkungen der Zeitbeſtrebungen und Zeitſtrömungen auf den mir näher gelegenen Gebieten zu kennzeichnen. Ich glaubte anfangs, daß hier eine die Gegenſätze erläuternde und die Ergebniſſe zuſammenfaſſende Darſtellung wohl angebracht ſei, mußte aber die Verſuche, ſo vorzugehen, bald drangeben, da das Geſchriebene gar zu farblos und dem von mir ins Auge gefaßten Ziel wenig förderlich erſchien. Bei der Abnahme des Intereſſes für ideale Beſtrebungen, beſonders auf dem Schulgebiet, habe ich bei großer Mühewaltung geringe Erfolge gehabt, bis ich mich entſchloß, der Schule auf indirektem Wege, durch Förderung und Hebung der Intereſſen des Lehrerſtandes, zu dienen. Was ich aber nicht erreicht habe, dürfte vielleicht doch nicht ganz verloren ſein, wenn ein Zeugnis aus der Zeit der Nachwelt überliefert wird. Dies auszuſtellen, mußte ich für meinen Geſchmack etwas zu viel eigene Reden verwenden. Aber es ging nicht anders, wenn ich die Schwierigkeit, Aufmerkſamkeit zu erzielen und begonnene Agitationen in unermüdlicher Wiederholung weiterzuſpinnen, darſtellen und Anregung zur Wiederaufnahme ebenmäßiger Kulturbeſtrebungen bieten wollte.

Inhaltsverzeichnis.

Erſter Teil.

1827–1870.

Seite

Ahnen, Eltern, Familie, höhere Schule 1
Überſiedelung nach Krefeld (1842) 3
Militärdienſt in Köln (1846) 5
Revolution (1848) 7
Deutſche und Krefelder Folgen der Bewegung (1848) 9
Militäriſche Einberufungen (1848) 13
Änderung des Lebensplans (1866) 16
Beteiligung an Vereinen (1852) 17
Krefelder Handelskammer und Armenverwaltung (1862) 18
Nationalverein (1859) 23
Lichtfreundliche Bewegung (1859) 31
Neuwahl eines Landtagsabgeordneten (1865) 33
Bismarck und Bennigſen (1862) 34
Gründung der nationalliberalen Partei (1867) 35
Wahl in den Reichstag des Norddeutſchen Bundes (1869) 38
Das Zollparlament (1870) 43
Franzöſiſche Kriegserklärung (1870) 46
Bismarck über Ems (1870) 47
Gründung des neuen Deutſchen Reiches (1871) 49

Zweiter Teil.

1870–1880.

Reichstagswahl (1871) 50
Kandidatenrede (1871) 51
Spaltung in der Krefelder Bürgerſchaft (1871) 56
Krefeld und der Krieg (1871) 59
Handelskammer, Handelsgericht, Handelstage (1871) 60
Krefelder Volksſchule (1871 74

Seite

Schrift über die katholischen Volksschulen am Niederrhein (1876) 76
Krefelder Armenpflege (1863). Schrift: Reform des Armenwesens (1876) . 84
Krefelder Gemeindewesen (1873) 88
Volkswirtschaftlicher Kongreß Lübeck (1871) 90
Volkswirtschaftlicher Kongreß Danzig: Unentgeltlichkeit der Volksschule (1872) 91
Danzig: Banknoten und Papiergeld (1872) 91
Volkswirtschaftlicher Kongreß Wien (1873) 92
Volkswirtschaftlicher Kongreß Krefeld: Banken und Banknoten (1874) . . 94
Volkswirtschaftliche Kongresse (1875) 107
Verein für Socialpolitik (1872) 113
Schrift über die Veranstalter der Eisenacher Versammlung (1872) 115
Jahresversammlungen des Vereins für Socialpolitik 116
Briefwechsel mit Alphons Thun (1879) 126
Gewinnbeteiligung (1863) 130
Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung (1872) 131
Verbandstage der Bildungsvereine von Rheinland und Westfalen (1873) . 136
Krefelder Handwerker- und Bildungsverein (1860) 143
Verein der Realschulmänner für Rheinland und Westfalen (1871) 145
Deutscher Verein der Rheinprovinz (1874) 146
Deutscher Verein für Krefeld und Umgegend (1875) 149
Altkatholiken (1872) 153
Wahlen (1874) 155
Landtagsthätigkeit. Nichtschulfragen (1873) 159
Unterredung mit Bismarck (1875) 162
Parlamentarisches Diner bei Bismarck (1879) 171
Landtagsthätigkeit. Schulfragen. Unterrichtskommission (1873) 173
Landtagsthätigkeit. Schulfragen. Plenum (1876) 176
Familie, gesellige Beziehungen, Reisen (1871) 229

Dritter Teil.

1880—1890.

Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung, Krefeld (1871) 233
Wahlen zum Landtag, Krefeld und Magdeburg (1880) 234
Wahlen zum Reichstag, Krefeld (1881) 236
Handelskammer (1881) 236
Krefelder Gemeindewesen (1879) 241
Persönliche Streitigkeiten (1881) 241
Krefelder Schulwesen (1880) 247
Kleinkinderbewahrschulen 255
Krefelder Armenverwaltung (1880) 256
Krefelder Zweigverein des vaterländischen Frauenvereins (1871) 259
Berliner Hauptvorstand des vaterländischen Frauenvereins (1886) 260
Deutscher Verein für Armenpflege und Wohlthätigkeit (1881) 262

Seite

Krefelder Gemeindeweſen (1881) 265
Altkatholiken (1880) 267
Verein für Socialpolitik (1880) 268
Stiftung für Hausweber (1886) 270
Geſellſchaft für Verbreitung von Volksbildung (1880) 270
Belgiſcher Unterrichtskongreß (1880) 270
Verband der Bildungsvereine in Rheinland und Weſtfalen (1880) 293
Krefelder Handwerker- und Bildungsverein (1880) 293
Liberaler Schulverein (1880) 293
Evangeliſch-proteſtantiſche Kirche (1880) 303
Verein gegen den Mißbrauch geiſtiger Getränke (1880) 304
Sparkaſſen (1880) 307
Verein der Realſchulmänner für Rheinland und Weſtfalen (1880) 311
Allgemeine politiſche Lage. Seceſſion (1878) 312
Landtagsthätigkeit. Nicht-Schulfragen (1880) 317
Magdeburger Lokal- und Specialintereſſen (1886) 319
Landtagsthätigkeit. Schulfragen. Unterrichtskommiſſion (1882) 329
Landtagsthätigkeit. Schulfragen. Plenum (1883) 329
Familie, geſellige Beziehungen und Reiſen (1880) 416
Berliner Geſelligkeit und kleine Ereigniſſe (1880) 419

Vierter Teil.

1890—1900.

Wahlen zur Stadtverordnetenverſammlung, Krefeld (1891) 421
Wahlen zum Landtag, Krefeld und Magdeburg (1888) 421
Wahlen zum Reichstag, Krefeld (1890) 422
Krefelder Gemeindeweſen (1890) 423
Krefelder Volksſchulen und höhere Schulen (1890) 436
Krefelder Armenverwaltung (1890) 440
Vaterländiſcher Frauenverein (1890) 443
Deutſcher Verein für Armenpflege und Wohlthätigkeit (1890) 445
Verein für Socialpolitik (1890) 449
Stiftung für Hausweber (1895) 451
Deutſche Geſellſchaft für Verbreitung von Volksbildung (1890) 452
Verband der Bildungsvereine in Rheinland und Weſtfalen (1890) 452
Krefelder Handwerker- und Bildungsverein (1890) 453
Verein für die bürgerlichen Intereſſen (1890) 454
Liberaler Schulverein (1890) 454
Nationalliberale Partei (1884) 455
Nationalliberaler Verein der Rheinprovinz (1890) 460
Landtagsthätigkeit. Nicht-Schulfragen (1890) 461
Fraktionsrede. Finanzfragen (1894) 462
Magdeburger Lokal- und Specialintereſſen (1890) 467
Magdeburger Abſchiedsreden (1898) 469

Seite
Landtagsthätigkeit. Beratung der Volksschulgesetze (1890 und 1892) . . . 479
Landtagsthätigkeit. Schulfragen. Unterrichtskommission (1890) 499
Einberufung der Schulkonferenz (1890) 507
Landtagsthätigkeit. Schulfragen. Plenum (1890) 516
Familie, gesellige Beziehungen, Reisen (1890) 581
Studien fremden Volkstums (1898) 583
Berliner Aufenthalt. Landtags-Diners (1890). 590
Berliner Feste und Gedenktage (1890) 591
Siebzigjähriger Geburtstag (1897) 592

Berichtigungen.

S. 58 Zeile 12 v. o.: „Zuccalmaglio" statt „Zuccalmeglio".
„ 111 „ 19 v. u.: „die Stellung der Hansastädte den" zu ersetzen durch das Wort „der".
„ 164 „ 18 v. o.: Graf „Rantzau" statt „Eulenburg".
„ 200 „ 7 v. u.: „nach" statt „noch".
„ 240 „ 1 v. u.: „A. Heimendahl" statt „H. Heimendahl".
„ 275 „ 15 v. o.: „ou" statt „au".
„ 277 „ 14 v. o.: „reçoivent" statt „recoivent".
„ 277 „ 14 v. u.: „sur" zu streichen.
„ 281 „ 20 v. o.: „fortan" statt „hierfür".
„ 423 „ 20 v. o.: „hatte" statt „hatten".
„ 471 „ 16 v. o.: „die" statt „der".

Erſter Teil.

1827—1870.

Ich bin geboren am 18. Juni 1827 in Aachen als älteſter Sohn des Generalagenten und bevollmächtigten Direktors der Aachener und Münchener Feuerverſicherungs-Geſellſchaft Ludwig Seyffardt und ſeiner Ehefrau Mathilde, geb. Scheibler. Wir ſtammen aus einer ſüddeutſchen Beamtenfamilie, deren Stammvater gemäß von mir ergänztem Stammbaum um 1665 geboren und im Jahre 1724 als Rentmeiſter der Burg Gelnhauſen daſelbſt geſtorben iſt. Die bekannten älteren Glieder der Familie haben zumeiſt als Offiziere der in den Dienſten der holländiſchen Generalſtaaten ſtehenden deutſchen Regimenter: Heſſen-Darmſtadt, Oranien-Naſſau, Waldeck und Generalfeldmarſchall Aug. Georg Markgraf zu Baden und Hochberg geſtanden. Ich beſuchte die evangeliſche Elementarſchule und die eben neubegründete ſiebenklaſſige höhere Bürgerſchule, die ſich ſpäter zum Realgymnaſium ausgewachſen hat. Die Anfechtungen, die den Proteſtanten damals in der Rheinprovinz und in Weſtfalen zu teil wurden, habe ich als Elementarſchüler auf dem Schulweg an meiner Perſon erfahren. Auf der höheren Bürgerſchule hatte ich nur katholiſche Lehrer, jüngere Herren, deren Leiſtungen als die der alten Lehrer am Aachener Gymnaſium erheblich überſteigend von der öffentlichen Meinung anerkannt wurden. Intereſſant erſcheint mir heute gegenüber den Erfahrungen von 30 oder 40 Jahren ſpäter, wie

unbefangen, wenn auch nicht unparteiisch, unser Lehrer der Geschichte, Professor Hagen, die Reformationszeit behandelte und die der katholischen Tradition günstigen Auffassungen mit Äußerungen protestantischer Schriftsteller belegte. In nationaler Beziehung war gegen jenen Lehrer und seine Kollegen, die wohl meistens auf der neu gegründeten Universität Bonn studiert hatten, im Gegensatz zu der Durchschnittsstimmung der Rheinländer nichts einzuwenden, wie ich mich z. B. erinnere, daß Herr Hagen das Beckersche Rheinlied: „Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein" gleich nach dem Erscheinen in der Prima zum Vortrag brachte.

Obschon nicht außergewöhnlich begabt, ging ich ganz glatt durch die Schule und bestand das Reifeexamen ohne Schwierigkeit mit dem Prädikate: Sehr gut. Selbstredend konnte diese Reife eines Jünglings im 16. Lebensjahre nur eine Scheinreife sein, doch war es mir später, beim Durchblättern eines Tagebuchs, das ich im Alter von 14 Jahren zu schreiben begann und mit dem vollen Bewußtsein der Wichtigkeit des tagtäglichen Aufblicks zu höheren Lebenszielen in der ganzen Zeit meiner Fortbildung und Entwickelung weiterführte, recht erfreulich, zu sehen, wie viel früher als fin de siècle, wohl zu früh, das junge Geschlecht der vierziger Jahre das Bedürfnis gefühlt hat, sich um Politik zu kümmern. Freilich galt es damals, sich aus dem Sumpf des Metternichschen Polizeistaates und der Ärmlichkeit des deutschen Wirtschaftslebens herauszuarbeiten.

Die Lust zu Studium und Lektüre, die mir eigen war, hatte bei meinem Vater den Gedanken erzeugt, mich studieren zu lassen. Da ich keine Vorliebe für irgend ein besonderes Fach hatte, wird wohl die Eitelkeit mich veranlaßt haben, zuzustimmen. Ich war daher etwas erstaunt, als mein Vater mir schon vor dem Abgang aus der Schule die Bemerkung machte, daß er zweifelhaft geworden sei, ob er mir für den zukünftigen Beruf einen guten Rat gegeben habe. Von Jahr zu Jahr habe er mehr erkannt, daß das wirtschaftliche Leben in Deutschland einen außerordentlichen Aufschwung zu nehmen im Begriff stehe, und sich für das Fortkommen realistisch vorgebildeter Kräfte ungeahnte Aussichten

zu eröffnen schienen. Wenn ich wolle, so könne ich in der Samt- und Samtbandfabrik seiner Schwäger H. vom Bruck Söhne in Krefeld Stellung finden; ich solle das Recht haben, nach einem Jahr auszuscheiden, wenn Beschäftigung und Ziel mir nicht zusagten, ich sei noch so jung, daß mir immer noch Zeit bliebe, die Vorbereitung zum Studium wieder aufzunehmen. Nach einem Jahr hatte ich mich in meinen Beruf bereits so eingearbeitet, daß der Rücktritt mir ausgeschlossen schien.

Auf der Oberprima 1841/42 zeigte sich das energische Streben nach Weiterbildung, das ich unter dem Einfluß der Zeitverhältnisse den Lehrern verdankte, in erster Linie in einer ganzen Reihe von Urteilen über Privatlektüre. Im bunten Wechsel enthält das Tagebuch Besprechungen über Cooper, Gerstenberg (Ugolino), E. Hoffmann (Meister Martin), Jahn, Iffland, Kotzebue, Novalis, Müllner, Graf Platen, Walter Scott, Seume, Tieck, van der Velde. Doch zeigen sich auch schon die ersten selbständigen Äußerungen patriotischen und politischen Fühlens. Bei der Durchreise des Königs Friedrich Wilhelm IV. durch Aachen zur Taufe des Prinzen von Wales am 25. Dezember 1841 gebrauche ich die äußerst loyal und patriotisch gedachte Wendung: „Glücklicher Mann, der Du zu Dir sagen kannst, die Segenswünsche der Unterthanen verdiene ich, denn nichts liegt mir mehr am Herzen als meines Volkes Glück". Am 17. Mai 1842 gestatte ich mir bei Gelegenheit des furchtbaren Hamburger Brandes die Bemerkung: Als Hamburg auf dem Gipfel der Not war, gedachte keiner daran, wie selbstsüchtig es sich noch kurze Zeit vorher im Verein mit Lübeck und Bremen dem gesamten Deutschland gegenüber gezeigt und sich geweigert hatte, dem Zollvereine, der alle Keime der Einigkeit unseres Vaterlandes umschließt, beizutreten. Die Äußerungen der Redner der Opposition in der badischen zweiten Kammer, Itzstein, Welcker, Bassermann, finden noch am 10. Oktober 1842 weniger meinen Beifall als die Verteidigung des Regierungsmannes Trefurt. Bald nach der Übersiedelung nach Krefeld macht sich aber schon der Einfluß der von Jahr zu Jahr steigenden deutschen politischen Gärung geltend. Zwar sage ich noch am 1. Januar 1843: „daß Preußen in den

letzten drei Jahren bedeutende Fortschritte gemacht hat", füge aber in die Zukunft ausschauend hinzu: „eine ständische Verfassung ist das herrlichste Recht, das ein Volk sich erwerben kann". Im Jahre 1844 berichte ich über die Gründung eines litterarischen Kränzchens, in dem Heine, Börne, Herwegh, Max Stirner gelesen wurden und schwinge mich bereits am 17. Juli zu mißliebigen Äußerungen über die große Rechtlosigkeit der deutschen Zustände hinauf. Den Höhepunkt erreichte die Kühnheit des jugendlichen Kreises, dem ich angehörte, eben jenes litterarischen, sich zumeist mit neueren Sprachen beschäftigenden Kränzchens, dem seiner Mäßigkeit in geistigen Getränken wegen der Scherzname Milchverein beigelegt worden, als er im Jahre 1845 bei der 30jährigen Wiederkehr des 22. Mai 1815, an dem der König in einer Kabinettsordre dem Volke eine Verfassung versprochen hatte, ein Fest veranstaltete. Es war dies Fest allerdings nicht öffentlichen Charakters, doch war dazu in dem Schüllerschen Kreisblatt mit folgenden Worten eingeladen worden:

Milchverein auf Weyers' Hof
Heute Donnerstag den 22. Mai 1845
zur Jubelfeier der Erfindung
des blauen Dons.
Die Probe zur Ouvertüre: Schier dreißig Jahre u. s. w.
findet um 5 Uhr statt.

Blauer Dons ist ein technischer Ausdruck in der Seidenfärberei und bedeutet hochdeutsch: Blauer Dunst. Die Angelegenheit führte mich als den Einsender mehrmals vor die Polizei, wurde aber niedergeschlagen. Es liegt auf der Hand, daß ein solches Hervortreten unmündiger Jugend nur als Folge bereits geschwächter Staatsgewalt möglich war.

Die Aufzeichnungen von 1846 und 47 bezeugen das Interesse, das ich für die weitere Entwickelung im freiheitlichen Sinne empfand, u. a. durch socialpolitische Anwandlungen bezüglich des Lohnes der Krefelder Seidenweber, durch die Erörterung über das Buch von Dr. O. Löning: „Dies Buch gehört dem Volk", über den Ausschluß Rupps, des Predigers der neuen freien evangelischen Gemeinde in Königsberg i. Pr. aus dem Gustav Adolfs-Verein

und über die 47er Sitzung der zweiten Kammer, bezw. der Kurie der drei Stände.

Unterdessen war ich am 1. Oktober 1846 als Einjähriger bei der 3. Compagnie des 28. Infanterieregiments in Köln eingetreten und am 30. September 1847 als Unteroffizier nach bestandenem Offiziersexamen abgegangen. Während meiner Dienstzeit hatte ich mir alle Mühe gegeben, auch ohne selbst die Neigung zum Berufssoldaten zu gewinnen, den militärischen Traditionen der Familie gerecht zu werden. Aus meiner ganzen Dienstzeit ist mir keine Erinnerung lebendiger geblieben als eine Begegnung bei Gelegenheit meiner ersten Wache am Zeughaus, eben weil sie so charakteristisch ist für die damalige Stimmung der Rheinländer gegen Preußen. Als ich gerade meinen Vorgänger abgelöst hatte, trat ein Bürschchen von 10—12 Jahren hart heran an die Grenze, die ich nicht überschreiten durfte, mit dem Ausruf in Kölner Dialekt:

Roter Kragen, nichts im Magen,
Goldne Tressen, nichts zu fressen!
Stink Preuß'!

Nach Beendigung meines Dienstjahrs war ich mit der Bestimmung, die Vertretung in England zu übernehmen, wieder in das Haus H. vom Bruck Söhne Krefeld, in dem ich die Lehrjahre bestanden hatte, eingetreten. Da der Winter 1847/48 den Vorbereitungen zu meiner ersten englischen Reise dienen sollte, so blieb mir Zeit, mich an dem während meiner Dienstzeit so gewaltig veränderten öffentlichen Leben meines Wohnorts recht eifrig zu beteiligen. Auch die kleine Provinzialstadt zwischen Maas und Rhein legte Zeugnis ab für die tiefgehende Erregung, die inzwischen Mittel- und Westeuropa ergriffen hatte. Riefen die in verschiedenen Hauptstädten zu Tage tretenden Kundgebungen schon ernste Besorgnisse hervor, so hatte die Krefelder Bewegung doch noch einen harmlosen Charakter, der sich als die Auflehnung der jüngeren Generation, des jungen Deutschlands, wie man sagte, gegen angeblich veraltete Anschauungen in Stadt und Staat richtete. Ihren Mittelpunkt fand jene Bewegung in freien Besprechungsabenden, denen der Name Donnerstags-Versammlungen

beigelegt wurde und die anfangs bei Josten in der Dyonisiusstraße, später in der Giraffe (Ecke Hochstraße und Tückingsgasse) abgehalten wurden. Die Statuten dieser freien Vereinigung enthielten nur den einen Paragraphen: Wenn drei zusammen sind, so wählen sie einen Präsidenten. Alles und jedes, was von einem Anwesenden vorgeschlagen wurde und Zustimmung fand, wurde zur Verhandlung und Abstimmung gebracht, solange der Reiz der Neuheit währte, vor 70 bis 125, später, als die Neugierigen ausfielen, vor 25 bis 40 Mitgliedern, zumeist im Alter von 20 bis 30 Jahren. Unter den Antragstellern und Rednern sind verzeichnet die Oberlehrer Arnold Knorsch, Hugo Kopstadt, der Turnlehrer Imandt, der Schreiner Hildebrandt, der Buchbinder Kramer, der Rechtskonsulent van Pelt, die Handlungsbeflissenen Berghaus, Jacob Grübel, Wilh. Jentges, Richard von Lumm, Julius Meyer, August Risler, Aug. Schulz, L. F. Seyffardt, Carl Welter. Interesse hat nicht, was bei diesem Sturm im Glase Wasser einer kleinen Provinzialstadt gesprochen und beschlossen, sondern worüber gesprochen und verhandelt wurde. Die Reihenfolge der Besprechungen zeigt in buntem Wechsel die folgenden Gegenstände:

1. Dient die immer fortschreitende Ausbildung des Maschinenwesens dazu, Pauperismus und Proletariat zu vermehren und schließlich eine gewaltsame Reaktion anzubahnen?

2. Ist es wünschenswert, daß von Deutschland aus Verbrecherkolonien gegründet werden?

3. Entscheidet sich die Versammlung für Einrichtung von Privat-Lokalbanken im Gegensatz zu Staatsbanken?

4. Hat die Majorität der 12½ Kantone in der Schweiz das Recht, auf Auflösung des Sonderbunds zu dringen?

5. Kann die Austreibung der Jesuiten von Rechts wegen von einer Majorität der Schweizer Tagsatzung beschlossen werden?

6. Ist es erwünscht, daß bei den Handelsgerichten (damaliger rheinischer Einrichtung) Advokat-Anwälte angestellt werden und daß die Kosten auch des gegenteiligen Advokaten dem unterliegenden Teile anheimfallen?

7. Ist die neuere demokratische Schule in Poesie und Litteratur

als Kind der Zeit der älteren klassischen vorzuziehen oder dieser gegenüber doch als gleichberechtigt anzuerkennen?

8. Ist die Abschaffung der Todesstrafe wünschenswert?

9. Ist die Herstellung von Lagerräumen für die auf dem Fruchtmarkte nicht verkaufte Frucht und Vorschuß auf dieselbe von seiten der Stadt zu empfehlen?

10. Ist es Pflicht des Staatsbürgers, sich mit der Politik zu beschäftigen?

11. Ist es richtig, die bestehenden Wuchergesetze abzuschaffen, dagegen städtische Kreditanstalten und Brotbäckereien einzurichten?

12. Ist es zu empfehlen, die Regierung aufs dringendste zu mahnen, den Übergriffen der Polizei entgegenzutreten und die geheime Polizei abzuschaffen?

13. Ist es wünschenswert, durch die Mehrheit der Fabrikanten von Termin zu Termin in jedem Fabrikbezirk ein Lohnminimum feststellen zu lassen, oder ist es besser, bei der Feststellung die Arbeiter mit der Hälfte der Stimmen zu beteiligen?

14. Ist die Annahme deutscher Kassenanweisungen in allen deutschen Staaten, unter Voraussetzung einer die Ausgabe kontrollierenden Bundeskommission, zu empfehlen?

15. Ist die Aufhebung der besonderen militärischen Gerichtsbarkeit für alle nicht disciplinarischen Vergehen anzustreben?

16. Ist die Versammlung gegen die neuerdings beabsichtigte innigere Verschmelzung von Linie und Landwehr und für die Verkürzung der Dienstzeit in der Linie?

Ich habe diese Musterkarte von maßvollen Meinungen und Bestrebungen ausdrücklich hervorgehoben, um festzustellen, wie unvermittelt die am 24. Februar 1848 ausgebrochene französische Revolution in die durch die deutsche Reformbewegung der vierziger Jahre erzeugten Bestrebungen hineinschlug. In rascher Aufeinanderfolge waren in Paris ein auf bedeutende Kammermajorität sich stützendes Ministerium, eine von der Bourgeosie sehr gewünschte Regentschaft und ein Königtum gestürzt worden, dessen Gründer Louis Philipp die Bürgschaft für den Frieden zu verkörpern schien. Der Eindruck dieser Nachrichten in den kontinentalen Städten war ein überwältigender. Zuvörderst erhielten wir in

Krefeld die im Anschluß an die Pariser Nachrichten an den Großherzog von Baden eingereichten Forderungen, die in Tausenden von Exemplaren nach allen Teilen Deutschlands verschickt worden waren. Wegen meiner Beteiligung an der Verbreitung drohte mir polizeiliche Maßregelung, die indes unterblieb, als in Berlin die Dinge ernst wurden. Tag auf Tag folgten die Mitteilungen über revolutionäre Ausbrüche. Ich hörte wenig mehr davon, da die längst geplante erste Geschäftsreise mich am 4. März nach England führte und ich nur noch als Abschied von der vaterländischen Erde bei der Durchreise durch Aachen das Verbrennen der Möbel des Oberbürgermeisters Emundts durch den Pöbel in der Pontstraße erlebte.

In England war ich am 10. April 1848 Zeuge des verunglückten Zuges, der Tausende von Chartisten, die die City von London überrumpeln wollten, aber gegen die auch nach Tausenden zählenden und mit Polizeiknüppeln bewaffneten, für den Tag als special constables eingeschworenen Londoner Bürger nicht aufkommen konnten. London blieb seitdem ruhig, in wunderbarem Gegensatz zu den kontinentalen Staaten, in denen bis gegen das Ende des Jahres die Zügel der Staatsgewalt am Boden schleiften und revolutionärer Taumel auch sonst verständige Leute erfaßt hatte. Während meines Aufenthalts in England erbat ich mir von meinem Freunde Jentges eine briefliche Mitteilung zur Ergänzung der draftischen Berichte der Zeitungen über die deutschen Wirren. Wenn Du Deutschlands größte Periode nicht verschlafen willst, dann eile herüber zu uns mit dem ersten Dampfboot, so lautete die Antwort. Am 24. Mai reiste ich zurück, kam zu spät nach Köln, um noch nach Krefeld weiterreisen zu können und besuchte irgendwo in der Schildergasse eine Volksversammlung. Meine Erlebnisse an diesem Abend gehören zu meinen lebhaftesten Erinnerungen aus dem tollen Jahr 1848. Am selben Tage waren von Köln aus die Dampfschiffe beschossen worden und wurde dies Erzeugnis gemeinen Brotneides der Segelschiffer als heroische That gefeiert. Am gemäßigtsten sprachen noch die fremden Redner, u. a. der Vorsitzende Borchardt von Königsberg, den ich später als Flüchtling in England gesehen

habe. Wie aufmerksam ich in England auch den Zeitungsberichten über die Entwickelung der deutschen Verhältnisse gefolgt war, so war ich doch nicht darauf gefaßt, bei der Wiederkehr auf deutschem Boden eine Verwandlung der politischen Anschauungen vorzufinden, in die ich mich nur sehr schwer hineinzufinden vermochte. An dem Kölner Abend hatte ich den Eindruck, daß meine lieben Landsleute in meiner Abwesenheit mehr oder weniger verrückt geworden seien. Ich finde einige Monate später, am 24. September 1848 im Tagebuch eine Äußerung der Klage über Isolierung im Freundeskreis, die abgekürzt folgendermaßen lautet: Wie im großen Vaterlande, so haben sich auch in unserer Stadt die Parteien strenge gesondert. Es giebt fast nur noch rote Republikaner und auf der anderen Seite Vertreter des spezifischen Preußentums. Zwischen beiden steht noch ein kleines Häufchen der Gemäßigten, das einen Mittelpunkt in dem konstitutionellen Klub, dessen namhafteste Redner Dr. med. Schneider, Notar Hoeninghaus, Rektor Rein, Gerichtssekretär Scheidges, M. Vollmeyer sind, findet. Bei meinen Altersgenossen galt ich als ein schlimmer Reaktionär, mit dem Spitznamen Bassermann, in Hindeutung auf die sogenannten Bassermannschen Gestalten, die die Träume des verdienten Parlamentariers beunruhigten. Ich hatte nachher, als mit den Ereignissen der fünfziger Jahre die republikanische Schrulle sich in nichts auflöste, die Genugthuung, infolge der mehrmonatlichen Abwesenheit vor der Ansteckung durch ihre epidemische Verbreitung bewahrt geblieben zu sein.

Gegen das Ende des Jahres hatte sich durch die Vertagung des preußischen Abgeordnetenhauses und seine Verlegung nach Brandenburg das Verhältnis zwischen Krone und Volksvertretung geradezu unleidlich gestaltet. Ich finde darüber im Tagebuch vom 3. Dezember 1848 folgende Bemerkung: Die Kammer ging in ihrer Opposition bis zum Steuerverweigerungs-Beschluß und schleuderte mit demselben Anarchie und Gesetzlosigkeit ins Land. Sowohl die Gewalt der öffentlichen Meinung, der Rückschlag, der sich danach auch bei vielen zeigte, die vorher der Nationalversammlung ihre ganze Sympathie zu erkennen gegeben hatten, als die Macht der Bajonette verhinderte diese traurigen

Folgen. Viel trug dazu auch ein Votum der deutschen Reichsversammlung in Frankfurt bei, das im Wesen vermittelnd, doch den Steuerverweigerungs-Beschluß für null und nichtig erklärte. Wie schwankend und zerrissen übrigens, bei der Parteinahme für und gegen, die öffentliche Meinung in der Angelegenheit war, erhellt aus der Besprechung im Krefelder konstitutionellen Klub. Perpeets Antrag, der Nationalversammlung eine zustimmende Adresse zu senden, wurde abgelehnt, ebenso Kopstadts von Schneider und Hoeninghaus unterstützter Vorschlag, uns an den König zu wenden, mit 135 gegen 131 Stimmen. Angenommen wurde dagegen mit bedeutender Majorität mein Antrag, die Frankfurter Versammlung um Vermittelung zwischen den streitenden Faktoren anzugehen. Die Versammlung war noch besonders belebt durch die Anwesenheit eines der Krefelder Abgeordneten, des katholischen Pfarrers Schmitz von Bockum, der den Zuhörern mit der Erzählung von den vom Berliner Plebs den Abgeordneten vorgehaltenen Stricken graulich machte

Wie an dem konstitutionellen Klub hatte ich mich nach meiner Rückkehr aus England an allen städtischen Einrichtungen beteiligt, die den zeitlichen und örtlichen Interessen entsprachen. Ich hatte mich in die Bürgerwehr einreihen lassen und an den Nachtwachen beteiligt, deren Hauptquartier sich im Bierlokal Winnertz auf dem Ostwall befand. Im Tagebuch nenne ich die Übungen der Bürgerwehr „manchmal gottvoll komisch" und den Eifer in Verfolgung der Nachtwächterpflichten „stellenweise sehr gelungen".

Ebenfalls war ich Mitglied des Arbeitervereins geworden, um dessen Leiter, dem Turnlehrer Imandt, mit dem wir von früher ganz gut standen, ein Gegengewicht zu bieten. Monate lang gelang es uns, Joh. Schramm, von Lumm, Welter und mir, dessen, den extremen Richtungen des Tages zustrebende Anträge durch Abschwächung unschädlich zu machen, z. B. denjenigen, von den Arbeitgebern zu verlangen, solange keine Arbeit zur Stadt hinauszugeben, bis alle Krefelder Webstühle beschäftigt wären, durch die Bitte an die Fabrikanten zu ersetzen, beim Ausgeben von Arbeit vorzugsweise Einheimische zu berücksichtigen. Aber es wurde anders, als Imandt sich immer mehr der Kraft

seiner aufreizenden volkstümlichen Beredsamkeit bewußt wurde, seine Thätigkeit aus dem Arbeiterverein in Volksversammlungen, die im Rumpschen Theater abgehalten wurden, hinübertrug. Den Gipfel erreichte seine Verbitterung gegen alles, was nicht mit der völligsten Schrankenlosigkeit Hand in Hand ging, gegen König und Parlament, gegen die Besitzenden, gegen die Herren mit der weißen Wäsche droben auf den Logen, an einem Abend nach seiner Rückkehr von demokratischen Wühlerversammlungen in Neuß und Worringen. Er stellte den Antrag, ein Mißtrauensvotum gegen den im rechten Centrum der Frankfurter Nationalversammlung sitzenden Abgeordneten für Krefeld, Herm. von Beckerath, zu beschließen, — der Abgeordnete für Krefeld müsse auf der alleräußersten Linken sitzen! Von den beiden Gegnern, die sich gemeldet hatten, erhielt Herr Overlach das Wort, ohne indes bei seiner schwachen Stimme durchdringen zu können. Mir wurde das Wort verweigert, weil Abstimmung verlangt sei. In dem Schlußwort sagte der sich immer tiefer verstrickende Volksmann: Wenn die Sturmglocke von Köln aus durch Rheinland ertöne, müsse auch Krefeld sein Kontingent für Volksfreiheit stellen, dann gälte es, unter dem Banner der roten Republik den Feuerschlünden der bezahlten Fürstenknechte entgegenzugehen, die Gräben der Festungen mit den Leibern zu decken, damit die Brüder darüber weg zum Siege schreiten könnten. Wenige Tage später war dem Manne der Boden unter den Füßen so warm geworden, daß er für gut fand, den Krefelder Staub von seinen Füßen zu schütteln. Wo er geblieben, weiß ich nicht zu sagen. Ganz zufällig hörte ich später einmal von seinen in Schottland lebenden Söhnen.

Als letzte der öffentlichen Bestrebungen des 48er Jahres, an denen ich mich mit der gesamten jungen Krefelder Welt beteiligte, muß ich die Teilnahme an der Befreiung Schleswig-Holsteins erwähnen. Allerdings war die Begeisterung, mit der wir alle mit Gut und Blut für Schleswig-Holstein einzutreten unterschrieben haben, das Beste an der Sache. Im übrigen wurden ziemlich viele Gelder gesammelt und sechs Freischärler nach Rendsburg gesandt, deren Ausrüstung mit Uniformen und Waffen, nebenbei gesagt, allen Beteiligten viel Freude bereitet hat.

Mir ist unverständlich, daß allem Anscheine nach es heute noch recht viele giebt, die sich nicht dazu aufschwingen können, nach 50 Jahren die Vorkommnisse des Jahres 1848 mit der Unparteilichkeit und Objektivität zu betrachten, die die Geschichte zu verlangen berechtigt ist. Wer heute den Versuch macht, wirklich objektiv zu sein, der wird vielleicht darüber streiten können, ob die größere Schuld, daß die Anspannung aller Kräfte in jener Zeit direkt keine Förderung des Gemeinwohls erzielt hat, mehr die Mißachtung der Voraussetzungen, unter denen allein die Regierungen sich Vertrauen und Autorität erringen und erhalten können, oder die große Gleichgültigkeit trifft, mit der die Regierten sich über bestehendes Recht und angezweifelte Autorität hinwegzusetzen geneigt waren. Er wird sich aber über das negative Ergebnis jener Bestrebungen jedenfalls nicht wundern können.

Auf die Fehler der Regierungen habe ich keine Veranlassung näher einzugehen. Die Mitlebenden haben die Jahre von 1848 bis weit in das folgende Jahrzehnt hinein immer als die traurigsten erachtet, die wir seit 1806 zu verzeichnen hatten. Daß Preußen als Beschützer der Legitimität in Sachsen, der Pfalz und Baden eintrat, vielleicht eintreten mußte, einer Legitimität, die nicht in der richtigen Fühlung war mit den Landesinteressen, daß es in Gotha und Erfurt mit erfolglosen neuen deutschen Verfassungsprojekten vor die Nation trat, die seiner deutschen Mission unendlichen Schaden, der am Ende des Jahrhunderts noch nachwirkt, bereitet haben, kann man getrost zugeben, nachdem Kaiser Wilhelm I. das alles wieder gut gemacht hat.

Wie weit die Zerstörung jeder Autorität aber bereits gediehen war und zu den ernstesten Befürchtungen für die Zukunft Veranlassung bot, kann ich aus Mangel an Material nicht durch eine Aufzählung der einzelnen revolutionären Bewegungen in deutschen Landen nachweisen. Für die Stadt Krefeld lassen sich dagegen zwei Thatsachen aufführen, die als Typen für ähnliche Vorkommnisse an andern Orten gelten dürfen. Einem ungenannten Komitee war es eines Tags gelungen, durch Emissäre in den Vormittagsstunden mehrere Hunderte von Gewehren aus den Häusern der geschäftlich abwesenden Bürgerwehrmänner teils durch Vorspiegelungen,

teils durch Drohungen abzuholen. Es ist schließlich der Polizei gelungen, die Gewehre zurückzuerhalten, auf welchem Wege, ist nicht festgestellt. Eine Bekanntmachung vom 7. Mai 1849 des Oberbürgermeisters Ondereyck und der Kommandantur der Bürgerwehr thut kund, daß auf dem Landwehr-Appell Widersetzlichkeiten stattgefunden haben und spricht die Hoffnung aus, daß sämtliche Mitglieder der Bürgerwehr dem Rufe der Behörden und ihrer Führer willig und kräftig Folge leisten werden.

Ein ganzes Jahr lang hatte die „Neue rheinische Zeitung", Organ der Demokratie, dem Staat und der Gesellschaft ungestraft das Messer an die Kehle gesetzt. Nachdem dem Redakteur Dr. Carl Marx das Gastrecht entzogen und ihm der Aufenthalt in den preußischen Staaten polizeilich durch die königliche Regierung in Köln, unterzeichnet Möller, verboten worden war, erschien am 19. Mai 1849 die letzte Nummer in roten Buchstaben, mit einem flammenden Abschiedswort von Ferd. Freiligrath und einem Abschiedsmotto von Marx: Emanzipation der arbeitenden Klassen. Mit dem Aufhören des Erscheinens der „Neuen rheinischen Zeitung" verschwindet am Rhein der schärfste Ausdruck einer gesetz- und autoritätslosen Zeit, der mit dem gesunden Menschenverstand und der bürgerlichen Ordnung verträgliche Ziele immer mehr abhanden gekommen waren. Es dauerte manche Jahre, bis es größeren Gruppen gelang, mit Erfolg an die edlen Bestrebungen der vierziger Jahre wieder anzuknüpfen.

Der jungen Welt wurde es nicht allzuschwer, sich die Politik wieder aus dem Kopf zu schlagen. Hatte ich schon während der Wirren auf Reisen in England und Frankreich erfolgreich die Interessen meines Industriezweiges vertreten, so wandte ich denselben in den nun folgenden Jahren in noch höherem Maße Fleiß und Kraft zu und bedauerte nur, durch mein militärisches Verhältnis darin sehr behindert zu werden. 1848 gelang es mir, bei der Einberufung zurückgestellt zu werden, 1849 dagegen mußte ich vom 15. November bis 15. Januar nächstfolgenden Jahres zwei Monate lang als Unteroffizier in einer Compagnie des 17. Landwehr-Regiments, unter Premierleutnant und Compagnieführer Rheinen, in der Festung Wesel Dienst thun, und 1850 vom

1. November bis 18. Januar 1851 unter demselben Vorgesetzten und in derselben Festung als Vizefeldwebel den Feldwebeldienst in einer Compagnie des Ersatz-Bataillons Nr. 28, also beim Schwamm, ausführen. Zum Dienst bei dem mobilen 1. Bataillon des 17. Infanterieregiments für den berüchtigten hessischen Feldzug bestimmt, hatte ich meinem früheren Compagnieführer zuliebe, dem nicht einmal ein Feldwebel von der Linie zugeteilt war, mich zum Schwamm kommandieren lassen. Ich hatte Gelegenheit, bei einer Compagnie, die durch Überweisung aus den Lazaretten des mobilen Bataillons an Stärke fortwährend zwischen 250 und 500 Mann wechselte, zu erfahren, wie wenig in Einrichtungen und Vorräten damals Preußen für den Ernstfall vorbereitet war. Am schlimmsten trat das bei der Landwehr 2. Aufgebots in Erscheinung, die gleichzeitig mit dem 1. Aufgebot einberufen war. Ein großer Teil der Leute konnte die ihnen zugewiesenen Schwalbenschwänze, die wohl noch aus den Befreiungskriegen stammten, durchaus nicht zuknöpfen, und ganze Bataillone der Bielefelder 2. Aufgebots mußten während der Dauer ihrer Einberufung mit Holzschuhen auf Wache ziehen. Zwei Jahre später wurde ich wegen meiner Kurzsichtigkeit militärisch für untauglich erklärt.

In England traf ich dann und wann die Reste der in den Jahren 1848 und 1849 dorthin geflüchteten Demokraten, die langsam einer nach dem andern nach Nordamerika wanderten. Sie hatten ihren Mittelpunkt in der Bierkneipe des mir vom Bingener Turnfest her bekannten Führers der Hanauer Sensenmänner Schärttner: german stores in Long-acre. Verschiedentlich verkehrte ich dort mit einem der früheren preußischen Artillerie-Offiziere von der 7. Brigade, die ihrer politischen Gesinnung wegen den Dienst verlassen mußten. Premierleutnant von Willich war damals von dem im auswärtigen Dienst thätigen Lord Walpole mit der Auswahl der Flüchtlinge betraut worden, die von der englischen Regierung frei nach Australien befördert werden sollten.

Die steigende Bedeutung, die das englische Geschäft für unsere Fabrik durch meine Bemühungen erlangte, führte mich jährlich fünfmal für mehrere Wochen nach dem vereinigten Königreich. Vom 1. Januar 1853 an geschah dies als Prokurist und Gewinn-

beteiligter. Trotz der anstrengenden Arbeit, die mir auf den meisten Reisen zu Teil wurde, gelang es mir doch, immer die nötige Zeit auszugewinnen, um in national und Dulwich gallery, sowie im british museum eingehenden Studien in Malerei und antiker Bildhauerkunst obzuliegen, die ich nachher bei meinen Besuchen aller größeren europäischen Galerien und Museen von Sevilla bis Petersburg zu vertiefen Gelegenheit hatte.

Am 10. September 1856 trat ich in die Ehe mit meiner lieben Frau, geb. Mathilde vom Bruck. Unsere Hochzeitsreise erstreckte sich über Italien — Genua, Livorno, Florenz, Mantua, Venedig — Triest, Laibach, Wien, Pest, Prag. Die Ehe war recht glücklich und mit sechs Kindern gesegnet, von denen ein Zwillingspärchen in jungen Jahren gestorben ist. Ein Lungenleiden meiner Frau zwang sie, mit den Kindern eine Reihe von Sommern in der Schweiz und zwei Winter in Mentone an der Riviera zuzubringen. Sie wurde mir am 5. November 1880 durch den Tod entrissen.

Als ich mich verheiratete, glaubte ich auf durchaus fester geschäftlicher Grundlage zu stehen und fortschreiten zu dürfen. Ich war bald nachher, am 1. Januar 1857 Associé, bezw. Mitinhaber des Geschäfts geworden, das von Jahr zu Jahr größere Verhältnisse annahm. Mitinhaber waren die beiden Onkel Moritz und Emil vom Bruck und Vetter Heinrich vom Bruck, der einzige Träger des vom Bruckschen Namens in der jüngeren Generation. Als dieser im Mai 1861 seinen Tod durch Umschlagen eines Botes in den Wellen des Rheines bei Ürdingen fand, veränderte sich die geschäftliche Lage mit einem Schlage. Die beiden alten Herren wollten nicht länger mitthun und überließen mir die alleinige Sorge, dem blühenden Geschäft eine weitere gedeihliche Entwickelung zu sichern. Zu diesem Behufe vereinigte ich mich mit meinem Schwager Gerhard von Beckerath und meinem Bruder Heinrich zur Fortführung, unter Beibehaltung der bisherigen Firma H. vom Bruck Söhne. Die Umbildung der Geschäftsleitung war nicht leicht, besonders mir persönlich nicht, da ich Fabrikation und Finanzwesen übernehmen mußte, Geschäftszweige, die mir weniger vertraut waren als die aus-

wärtige Vertretung. Indessen es ging gut, über alles Erwarten gut, zu einem großen Teil infolge des durch den französisch-englischen Handelsvertrag so fabelhaft gesteigerten Absatzes auf den auswärtigen Märkten, zu einem nicht geringen Teil auch als Ergebnis des glücklichen Umstandes, daß wir zwei neue Rohstoffe, chinesische, in China gezwirnte Seide und in England gezwirnte Seidenabfälle, Schappe genannt, einige Jahre vor den Konkurrenten in Massen zur Verwendung brachten. Die Erfolge erschienen, allem menschlichen Ermessen nach, bald für längere Zeit derart gewährleistet, daß ich den Mut faßte, meinen Lebensplan zu ändern und den größeren Teil meiner Zeit und Kraft meinem Lebensideal, den öffentlichen und gemeinnützigen Interessen zu widmen. Wenn der Gründer, Senior und Bevorzugte einer Association Miene macht sich zu erleichtern, kommt ihm alles entgegen. Im Dezember 1867 wurde durch Geschäftsvertrag angeordnet, daß drei neue Associés, meine Brüder Ernst und Moritz und unser Freund Heinrich te Neues eintraten und mir das Vorrecht zustehen solle, selbst den Anteil an der Pflichtarbeit der Associés zu bestimmen, den ich jeweilig für meine Person im Interesse des Geschäfts für ersprießlich halten würde.

Mein Kraftgefühl, das in jenen jungen Jahren den zwölfstündigen eher als den achtstündigen Arbeitstag für sich selbst als normal zu betrachten geneigt war, gestattete und verlangte häufige Ausspannungen oder Abwechselung selbst in der geschäftlichen Arbeit. Ich fand immer einen Grund, die englischen Reisen, obschon auch ohne meine Mitwirkung durch die Associés gut besorgt, wieder aufzunehmen; ich begleitete meine Frau auf den für ihre Gesundheit immer notwendiger werdenden Reisen u. a. zwei Sommer nach Reichenhall, ja ich versuchte sogar, meine Kraft in der Pflege des Alpensports zu stählen. Da ich indes niemals Zeit hatte, mit leichtern Übungen zu beginnen und erst dann zu schwereren überzugehen, so verursachten mir meine größeren Besteigungen, u. a. des Montblancs, die ich 1866 mit meinem Reisegefährten, dem Oberlehrer Bernhardi, unternahm und die Querung des Monte Rosa von Macugnaga bis Zermatt, die ich 1869 vollführte, eigentlich für den Zweck zu große Anstrengungen.

Dem Bedürfnis, den geschäftlich so angespannten Gedankengang in eine andere Richtung abzulenken, diente auch das besondere Interesse, das ich in dem Beginn der sechziger Jahre dem Theater widmete. In England geschah das, indem ich, anknüpfend an meine Bekanntschaft mit Hermann Vezin, dem Sohne eines deutsch-amerikanischen Kaufmanns in Philadelphia, der aus Kunstenthusiasmus englischer Schauspieler geworden war, jede Shakespearedarstellung, die ich erreichen konnte, mir ansah, die Stücke dann jedesmal, trotz ihres altertümlichen Englisch, wieder durchlas und studierte; in Krefeld, indem ich das unter der Direktion von Wenzel aufgeblühte Theater unterstützte und als dauernde Einrichtung zu festigen versuchte. Der Versuch gelang nach der künstlerischen Seite, da wir durch Darstellungen, die für eine Provinzialbühne mustergültig genannt zu werden verdienten, erfreut wurden, er mißlang nach der ökonomischen Seite durch die Unzuverlässigkeit des Direktors. Im letzten Winter seiner Thätigkeit war der leidige Krach nur dadurch vermieden worden, daß ich als Präsident des Theatervereins die finanzielle Weiterführung durch die Garantie von Kosten und Gagen übernahm. Einen besonderen Reiz gewährten während der Zeit der Wenzelschen Bühnenleitung verschiedene Gastspiele, die in dem Auftreten der talentvollen Lila von Buljowski, der Darstellerin der Julia in dem Hochgesang der Liebe, Romeo und Julia und in deren Verkehr in unseren Familien ihren Höhepunkt erreichten.

Trotz aller geschäftlichen Anspannung hat in jenen Jahren aber auch meine Beschäftigung mit den Dingen des öffentlichen und des Vereinslebens nicht nachgelassen. In dem Landwehr-Unterstützungsverein, dem ältesten Militärverein am linken Ufer des Niederrheins, wurde ich bereits am 1. Januar 1852 zum Präsidenten erwählt. Ich habe mir in jenen Tagen, als das militärische Vereinswesen noch nicht an hoher und höchster Stelle in seiner großen Bedeutung für die preußische Armee und den preußischen Staat anerkannt wurde, viel Mühe gegeben und viel Erfolg gehabt, den Patriotismus und das Gefühl der Zusammengehörigkeit in dem 1500—2000 Mitglieder zählenden

Verein zu pflegen, bei Stiftungsfesten und anderen festlichen Gelegenheiten (1858 Gedenktag und Denkmalsenthüllung für die Schlacht bei Krefeld) in Ansprachen und Reden den kameradschaftlichen Sinn anzuregen und den Stolz auf die Leistungen der allgemeinen Wehrpflicht zu wecken und zu stärken.

Neben dem Landwehrverein muß ich den Turnverein nennen, für dessen finanzielle Interessen ich bei dem Ankauf von Blumenthal eingetreten war. Als mein lieber Freund Dr. Tendering, der der Vorsitzende war, am 18. Oktober 1863 infolge Ansteckung in seiner Armenpraxis (in einem Hause 18 Typhuskranke) am Nervenfieber starb, mußte ich für ein halbes Jahr den Vorsitz übernehmen, bis man sich über die geeignete turnerische Kraft geeinigt hatte.

Der Verwaltungsrat der Seiden-Trocknungsanstalt und das kaufmännische Handelsgericht, in das ich als Ergänzungsrichter gewählt wurde, brachten keine besondere Mühewaltung, mehr schon das Kuratorium der Realschule, des späteren Realgymnasiums. Ich wirkte mit bei der Wahl Ostendorfs und als dieser nicht annahm, Schauenburgs. Hier machte ich zuerst die Bekanntschaft der Vorzüge und Schattenseiten in der Einrichtung unserer höheren Schulen, die mich nachher im Parlament so viel beschäftigen sollten.

1862 wurde ich Mitglied der Handelskammer, der ich dann 25 Jahre angehörte, in den letzten Jahren nur noch, weil andere, nicht ich selber, mich in der Kammer für nützlich hielten. Als Mitglied der Handelskammer wurde ich meistens als einer ihrer Vertreter auf den Handelstagen gewählt, zuerst 1868 mit Heimendahl und Scheidges zum vierten Handelstag in Berlin. Ich trat damals mit Antrag und Rede als entschiedener Freihändler und Interessent der Weltwirschaft für Goldwährung nach dem Frankensystem ein. Bald nachher überzeugten mich tiefer gehende Erwägungen, daß wir in Deutschland ein vom Ausland unabhängiges System nicht entbehren können.

Die Versammlung war eine sehr angeregte, und brachte mich zum erstenmal, sowohl auf dem Handelstagsessen im Hotel de Rome als auf dem Festessen der Berliner Kaufmannschaft bei

Kroll, mit einer Reihe von Persönlichkeiten zusammen, die mich als Zierden des Handelstags und Vertreter der Bedeutung der Stadt Berlin sehr interessierten. Von den ersten will ich Bleichröder-Berlin, Bankier Delbrück-Berlin, Liebermann-Berlin, Alex. Meyer-Berlin, Moll-Mannheim, Mosle-Bremen, den Vorsitzenden Reincke-Altona, Soetbeer-Göttingen, Stahlberg-Stettin, Stephan-Königsberg, Weigel-Kassel, von den letzteren: St. V. Vorst. Kochhann, Prof. Mommsen, H. V. Oppenheim, Abgeordn. Twesten nennen.

1863 wurde ich dann zum 1. April in die Armenverwaltung gewählt, nachdem ich in Gemeinschaft mit meinem Freunde Heimendahl im Jahre vorher die Wahl abgelehnt hatte, da man es niemand zumuten könne, einem so veralteten System wie der bisherigen Krefelder Armenordnung Zeit und Kraft zu widmen, einem System, an das man nach Dr. Gust. Schneider sen. „nicht tippen dürfe", weil zu befürchten wäre, daß es sonst zusammenbräche. Zwei Jahre später waren wir unter der vortrefflichen Führung Heinrich von Beckeraths, Peters Sohn, mit der neuen, dem Elberfelder System sich anschließenden Einrichtung soweit vorgeschritten, daß ich bei der Auslosung 1865 trotz des erwachten lebhaften Interesses für diesen Verwaltungszweig für zwei Jahre einfacher Armenpfleger wurde und mir den Rücktritt in die Centralstelle vorbehielt, sobald ich mich etwas freier gestellt haben würde. Ich trat dann 1867 wirklich wieder ein und übernahm den Vorsitz April 1869.

Gleichzeitig mit dem Wiedereintritt in die Armenverwaltung erfolgte meine Aufstellung als Kandidat zum Stadtverordneten in 2. und 3. Klasse und die Wahl in 2. Klasse.

Neben dieser Thätigkeit auf kommunalem Gebiet nahm nach Überwindung der Reaktionszeit der fünfziger Jahre auch das Interesse für die Politik meine Aufmerksamkeit mehr und mehr in Anspruch. Vor allem war es die Beteiligung an den Bestrebungen des Nationalvereins, die dem Streben der jüngeren Generation Begeisterung und Rückhalt gab. Da die älteren bewährten Politiker etwas zaghaft zurückblieben und von dem altliberalen Standpunkt nicht lassen wollten, gab es vielerlei

Meinungsverschiedenheiten, die uns Jüngere immer entschiedener der Fortschrittspartei zudrängten. Es war ein Glück für die Krefelder Liberalen, daß unser Abgeordneter Heinrich von Sybel in seinen Programmreden beiden Richtungen gleichmäßig gerecht zu werden verstand und dadurch verschiedene Male, besonders aber 1862 in der Centralhalle großartigen Redeerfolg hatte. Dem Auftreten des Abgeordneten von Sybel in Krefeld war folgende Korrespondenz vorhergegangen:

1. Schreiben von L. F. Seyffardt an Herrn von Sybel vom 15. April 1862:

Obgleich Ihnen persönlich unbekannt, nehme ich mir doch die Freiheit, aus Anlaß des heute von dem Komitee an Sie gerichteten und nach Bonn adressierten Schreibens, nicht als Vorsitzender der Urwählerversammlnng vom 25. März sondern als Privatmann, einige Zeilen an Sie zu richten. Seit Abgang jenes Briefes lernte ich durch H. v. Beckerath Ihre gegenwärtige Adresse kennen und erlaube mir daher, direkt nach Heidelberg zu schreiben. Aus den verschiedenen Ihnen zugesandten Artikeln unserer Blätter, aus dem Ihnen mitgeteilten Berichte über die gedachte Versammlung, aus Ihrer Korrespondenz mit H. v. Beckerath endlich ist es Ihnen bekannt, daß sich hier im Schoße der liberalen Partei derselbe Prozeß vollzogen hat, der in unserem Abgeordnetenhause die große Partei Vincke der früheren Session auseinandergetrieben hat. Daß es zu einer Spaltung kommen mußte, war seit Jahren vorauszusehen, nur die Aufstellung meines Onkels Moritz vom Bruck, eines Mannes, der sich durch seine Thätigkeit in städtischen Ämtern die allgemeine Sympathie erworben und nach dessen Ablehnung die Bevorwortung Ihrer Kandidatur, als der eines Mannes, dessen Name durch wissenschaftliche Erfolge und nationale Strebungen allgemeine Anerkennung gefunden, konnte sie bei Gelegenheit der November-Wahl noch zurückhalten. In der ernster und bedeutungsvoller gewordenen Lage drängte sich mir und manchen Gleichgesinnten (der Nationalverein war unser Bindemittel) das Bedürfnis auf, die Wahlfrage aus dem engen Kreise privater Vorbesprechungen, jahrelang in dem von Becke-

rathſchen Hauſe abgehalten, hinauszutragen auf den Markt des öffentlichen Lebens. Man hat uns vorgeworfen, daß die Aufforderung zu einer allgemeinen Urwählerverſammlung in einer Fabrikſtadt ihre Bedenken habe; wir geben das zu, wenn wir auch dafürhalten, daß etwas weniger Ängſtlichkeit und etwas mehr Vertrauen auf die eigene Sache, auf den geſunden Sinn der Mitbürger, Wunder zu wirken vermag. Man hat uns vorgeworfen, daß unſere Aufforderung von keinem derjenigen Herren unterſchrieben war, die ſich zur Fraktion Grabow halten und lange Jahre hier maßgebenden Einfluß beſaßen, daß dagegen bei der Bildung des Komitees die liberalſten Elemente der hieſigen Katholiken zugezogen wurden. Man erwähnt aber nicht, daß unſere Grabowiten ſich ein- für allemal gegen die Öffentlichkeit ausgeſprochen haben und daß die Zuſammenſetzung unſeres Komitees wie es iſt, nur eine Folge ihrer Nichtbeachtung der Aufforderung an alle liberal geſinnten Urwähler iſt.

Zur Sache nun, und das iſt der Hauptzweck meines Briefes, wollte ich Ihnen die Verſicherung geben, daß von einer Feindſeligkeit gegen Sie bei neun Zehnteln unſeres Komitees nicht die Rede ſein kann. Das letzte Zehntel, aus Katholiken beſtehend, wird unter allen Umſtänden nicht für Sie ſtimmen; warum gerade den wählen, der bei den Glaubensgenoſſen keinen Anklang findet? Eine Sprengung des Komitees vor der Urwahl würde ein ſehr unkluges Manöver ſein; wir beſchränken uns daher darauf, in Bezug auf die Kandidaturen nur Material zu ſammeln und unſere Wirkſamkeit mit dem Tage der Urwahl, bei der wir recht viele Wahlmänner auf Grund unſeres Programms durchzuſetzen hoffen, als abgeſchloſſen zu betrachten.

Nach den Mitteilungen des Herrn v. B. ſind Sie mit dieſem Programm einverſtanden. Der Zuſatz, „ſo wie es durch einige Artikel des Krefelder Anzeigers erläutert worden", bezieht ſich, wenn ich Sie recht verſtehe, auf die deutſche Frage. In dieſer Hinſicht werden Sie, geehrter Herr, bei norddeutſchen Mitgliedern des Nationalvereins wohl keine Nebenabſichten oder Schrullen vermuten.

Ich setze voraus, daß Sie auf die Aufforderung der Herren von Beckerath und Genossen hin sich in einem Wahlschreiben an die gesamte Bürgerschaft Krefelds wenden werden. Wollen Sie mir nun den Vorschlag erlauben, daß Sie unter Hinweisung auf dasselbe dem Komitee die Mitteilung machen mögen, daß Sie mit dessen Vorgehen einverstanden sind? Sie würden dadurch wesentlich zur Entwickelung der oben geschilderten Verhältnisse in erwünschtem Sinne beitragen.

Verzeihen Sie mir meine freimütige Darstellung und seien Sie überzeugt, daß nur das lebendige Interesse für die große Sache, für die wir ja alle kämpfen, mir die Feder in die Hand gegeben.

Sie fühlen selbst, daß in Bezug auf einzelne meiner Angaben ich mich auf Ihre freundliche Diskretion verlassen muß.

2. Schreiben von Herrn von Sybel an L. F. Seyffardt vom 17. April 1862 aus Heidelberg:

Ihre gütige Zuschrift vom 16. hat mich sowohl durch ihren interessanten Inhalt als die sich darin aussprechende Gesinnung sehr erfreut. Da ich mit Ihren lokalen Verhältnissen zur Zeit noch wenig bekannt bin, so habe ich kein Urteil über die Notwendigkeit oder Mißlichkeit Ihrer jetzigen Parteitrennung; im allgemeinen aber ist mir, einem alten Konstitutionellen, die Entstehung der Fortschrittspartei höchst begreiflich gewesen. Durch die Weichheit und Unentschiedenheit der früheren Minister war ein großer Teil der liberalen Partei völlig haltungslos geworden, so daß gerade für sie die jetzige Krisis das höchste Glück ist und früher alle resoluten Elemente Anlaß genug zu besonderer Konstituierung hatten. Jetzt freilich sehe ich keinen sachlichen Grund zum Streite. Die Programme sind gleich, die Gegner gemeinsam; die Demokraten haben seit 1848 Fortschritte in der besonnenen Beschränkung ihrer Zwecke gemacht. Die Konstitutionellen, hoffe ich, werden von ihnen ihrerseits Entschlossenheit in der Verfolgung der Zwecke lernen. Dann wird sich auch in Preußen die Eintracht zwischen ihnen, die ich in Süddeutschland seit Jahren vor Augen gehabt, sehr leicht erreichen lassen.

Mein Wahlschreiben war schon eingepackt, als ich Ihr Schreiben erhielt. Herr von Beckerath hatte zu schneller Übersendung gemahnt. So ist es geblieben wie es adressiert war, an die mich auffordernden Wahlmänner, nicht an die gesamte Bürgerschaft. Jedoch werden Sie finden, daß der Unterschied rein formal und außer der Anrede das Schreiben sonst für das größte Publikum berechnet ist. Was die Erläuterungen Ihres Programms betrifft, auf die ich im Eingang Bezug nehme, so meine ich damit die deutsche Frage, wo ich den Standpunkt des Nationalvereins teile und die Militärverfassung, wo ich bei dem Worte volkstümlich an unser Landwehr- und nicht an irgend ein neues Milizsystem denke.

Professor von Sybel wurde am 6. Mai 1862 mit 192 Wahlmännern gewählt, 114 Stimmen hatten sich der Wahl enthalten, darunter Dechant Reinarz, Dr. Keußen, Casaretto, Finbrücks, Jumpertz, Jores und Neumann. Der Gegenkandidat, Landgerichtsrat von Nyvenheim, der in der Wahlversammlung eine wenig beneidenswerte Rolle gespielt hatte, war vor der Wahl zurückgetreten.

Durch die Gründung des Nationalvereins hatte die zugleich trübe und aufgeregte Stimmung, die nach der dumpfen Reaktionszeit der fünfziger Jahre und der Beendigung der französisch-österreichischen Kämpfe auf italienischem Boden sich der deutschen Patrioten bemächtigt hatte, einen Resonanzboden gefunden, der zu neuem Leben und Streben anregte. An verschiedenen deutschen Orten hatten schon 1859 Männer sich zu Erklärungen zusammengefunden, die auf die Gefahren der damaligen politischen Weltlage für die Unabhängigkeit des deutschen Vaterlandes und deren letzten Grund, die fehlerhafte Gesamtverfassung Deutschlands, hinwiesen. Heute interessieren am meisten die hannoversche und die Eisenacher Erklärung, die in erster Linie von dem Führer des Nationalvereins, R. v. Bennigsen, unterschrieben sind. Was die wackeren Vaterlandsfreunde wollten, ist niedergelegt in dem Beschluß der ersten Generalversammlung des Nationalvereins über die deutsche Frage vom 4. September 1860. Er lautet:

„Das deutsche Volk wird seinen Anspruch auf bundes-

ſtaatliche Einheit, welcher durch das Geſamtorgan des Bundes und alle einzelnen deutſchen Regierungen anerkannt iſt und in der Reichsverfaſſung von 1860 ſeinen rechtlichen Ausdruck gefunden hat, nimmermehr aufgeben.

Hiernach erkennt es der Nationalverein für ſeinen Beruf, auf die Schaffung einer einheitlichen Centralgewalt und eines deutſchen Parlaments mit allen geſetzlichen Mitteln hinzuwirken. Zu den Befugniſſen der Centralgewalt gehört vor allem die militäriſche Obergewalt und die ausſchließliche Vertretung gegenüber dem Ausland.

Der Nationalverein erwartet, daß jeder deutſche Volksſtamm willig die Opfer bringen werde, die zur Erreichung der Größe und Einheit Deutſchlands nötig ſind. Das preußiſche Volk vor allem muß darthun, daß es trotz ſeiner glänzenden Geſchichte und trotz der Großmachtſtellung des preußiſchen Staates ſich als Teil des deutſchen Volkes fühle und daß es gleich jedem anderen Staate Deutſchlands der deutſchen Centralgewalt und Volksvertretung ſich unterordne.

Wenn die preußiſche Regierung die Intereſſen Deutſchlands nach jeder Richtung thatkräftig wahrnimmt und die unerläßlichen Schritte zur Herſtellung der deutſchen Macht und Einheit thut, wird gewiß das deutſche Volk vertrauensvoll die Centralgewalt dem Oberhaupt des größten reindeutſchen Staates übertragen ſehen.

Der Nationalverein giebt keinen Teil des deutſchen Bundesgebietes auf. Er erkennt die deutſchen Provinzen Öſterreichs als natürliche Beſtandteile des Vaterlandes und wird mit Freuden den Augenblick begrüßen, welcher den Anſchluß dieſer Provinzen an das geeinigte Deutſchland möglich macht.

Die Gemeinſamkeit des Bluts, der Geſchichte, der Intereſſen weiſen uns auf die innigſte Verbindung mit ihnen hin, auf eine durch Übereinſtimmung der politiſchen Inſtitutionen und durch den ungehemmteſten geiſtigen und wirtſchaftlichen Verkehr inniger als bisher geknüpfte Verbindung. Der Verein wird aber auch, falls die Macht der Verhältniſſe und un-

beſiegbare Hinderniſſe die deutſchen Teile Öſterreichs vom gleichzeitigen Anſchluß an den deutſchen Bundesſtaat abhalten, ſich hierdurch nicht hindern laſſen, die Einigung des übrigen Deutſchlands anzuſtreben.

Wie ſich auch in der nächſten Zukunft das Verhältnis dieſer Provinzen zu dem übrigen Deutſchland geſtalten mag: der Verein hält feſt an der Zuverſicht, daß jener unvertilgbaren inneren Gemeinſchaft auch die rechte Form der äußeren politiſchen Einigung auf die Dauer nicht fehlen kann."

Auch in Krefeld waren ſchon 1860 mit mir manche Freunde dem in Koburg domizilierten Nationalverein beigetreten und hatten dann von Zeit zu Zeit Verſammlungen der Mitglieder abgehalten, da geſchloſſene Zweigvereine Hinderniſſe fanden. Solche Verſammlungen, die es aller Orten gab, verliefen beſonders lebhaft, wenn ſie von Mitgliedern des Vereinsausſchuſſes beſucht wurden. Überall wurde die Parole ausgegeben: „Eine Centralgewalt zur diplomatiſchen und militäriſchen Vertretung Deutſchlands und ein deutſches Parlament" und als dringendſtes Bedürfnis für eine Selbſtbeſteuerung zur Herſtellung der Rechte von Schleswig-Holſtein und zur Gründung einer deutſchen Flotte geworben. Wir Krefelder hatten Bennigſen vergeblich um eine Hauptverſammlung in unſerer Stadt gebeten, und beteiligten uns darum nicht weniger gern, wo eine ſolche uns erreichbar war. Mit beſonderem Intereſſe erinnere ich mich einer Verſammlung in Hagen, an der vom Ausſchuß Metz-Darmſtadt, Dr. Löning-Rheda und Müllenſieffen-Crengeldanz teilnahmen. Die Gegenſätze unter den Liberalen traten zwar auch hier recht ſchroff zu Tage, indem Waldeck und Schulze-Delitzſch gefeiert wurden und nur mit Mühe ein Mißtrauensvotum gegen den altliberalen von Vincke, den Abgeordneten für Hagen, abgewehrt werden konnte. Auch Louis Berger von Wetter redete friſch von der Leber weg, doch ſiegte ſchließlich unter dem Einfluß von Metz die verſöhnliche Stimmung. Ich erwähne dann nur noch eine von mir beſuchte Verſammlung der Mitglieder des Nationalvereins in Seyd's Hotel London, um den weitgreifenden Einfluß zu kennzeichnen, den die Volksbewegung erlangt hatte. Daß die Hauptredner des

Abends, Gottfried Kinkel und Rudolph Schramm-Striegau es bei der schrankenlosen englischen Redefreiheit an Schärfe nicht fehlen ließen, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden.

Die Versammlungen des Nationalvereins wurden unterstützt durch seine Wochenschrift, die von A. L. von Rochau, einem Mitglied des Ausschusses, redigiert und in der Verlagsbuchhandlung von F. Streit in Koburg verlegt wurde. Sie erschien vom 1. Mai 1860 bis 23. April 1863 unter dem Titel „Wochenschrift des Nationalvereins", vom 30. April bis 22. Dezember 1863 unter Verzichtleistung auf den Postdebit unter dem Titel: „Die Aera, Organ des deutschen Nationalvereins für dessen Mitglieder und Freunde in Preußen" und vom 29. Dezember 1863 bis 29. März 1864 unter dem Titel: „Die Frist, Organ für die Mitglieder und Freunde des deutschen Nationalvereins".

War der Einfluß, den der Nationalverein direkt auf die Kreise ausübte, die sich ihm anschlossen, ganz besonders auf die Männer in mittleren Jahren, ein bedeutungsvoller, so kam die frische Anregung der Vaterlandsliebe, des nationalen Einheitsdranges auch der ganzen Nation zugute. Wie tief auch die politischen Gegensätze noch gingen, so ließen die Vorgänge der sechziger Jahre doch klar erkennen, daß die 1848er republikanische Schrulle vollständig überwunden war. Alle Welt begegnete sich in der Begeisterung für Deutschlands Ehre, Einigung und Zukunft und erblickte in dem Opfermut für die Befreiung der stammverwandten Schleswig-Holsteiner die hohe Aufgabe, für die Gut und Blut eingesetzt werden mußte. Wo irgend deutsche Männer zusammenkamen, sich bei Turn-, Schützen- und Sängerfesten vereinigten, wurde die nationale Fahne hoch erhoben. Es war eine übermächtige Flut nationalen Empfindens, das alle Zweifler, Halben und Gleichgültigen mit sich fortriß und dem Fürsten Bismarck die Gewißheit gab, daß er mit seinen großen Plänen auf die Unterstützung eines Volkes rechnen konnte, das eine glückliche Zukunft verdiente. Bei dem leidigen Streit, wem wohl das größte Verdienst an dem Aufschwung der deutschen Nation nachzurühmen sei, wird des Anteils, den die ideale, nationale Bewegung der sechziger Jahre in der Vorgeschichte der großen Erfolge sich er-

rungen, selten als des weitaus wichtigsten der dabei mitwirkenden Imponderabilien gedacht.

Im Jahre 1863 trat dem Nationalverein die Versammlung von 500 Mitgliedern der deutschen Landesvertretungen in Frankfurt a. M. zur Seite. Ihr Ausschuß, unter dem Vorsitz von Dr. Sigismund Müller, erließ am 22. Dezember folgenden Aufruf:

An das deutsche Volk!

Zum erstenmale seit fünfzehn Jahren haben gestern hier wieder Abgeordnete des ganzen deutschen Volkes gemeinschaftlich getagt.

Kein Ruf der Fürsten, kein ausdrückliches Mandat, einzig der Ernst des Augenblicks vereinigte diese fünfhundert Abgeordneten aus allen deutschen Landen, diese Vertreter aller Parteien, soweit solche Gefühl haben für die Ehre und Unverletzlichkeit des Vaterlandes.

Einmütig hat sich die Versammlung von Mitgliedern der deutschen Landesvertretungen für das ganze und volle Recht der Herzogtümer Schleswig-Holstein und ihres Herzogs, Friedrichs VIII., ausgesprochen.

Nahezu einstimmig hat die Versammlung sodann die Einsetzung eines Ausschusses beschlossen, als Mittelpunkt der gesetzlichen Thätigkeit der deutschen Nation für Durchführung dieser Rechte.

Der Entschluß des deutschen Volkes, deutsche Länder von der Fremdherrschaft zu befreien, den Brüdern in Schleswig-Holstein wirksame Hilfe zu bringen, hat gestern seine letzte und feierlichste Bestätigung gefunden. Nun gilt es, denselben mit Entschlossenheit und Beharrlichkeit durchzuführen. Noch sind die deutschen Großmächte vom Londoner Vertrage nicht zurückgetreten, noch hat der deutsche Bund, dessen Truppen jetzt die Grenzen Schleswig-Holsteins überschreiten, das Thronfolgerecht des Herzogs Friedrich nicht anerkannt.

Noch liegt die Besorgnis nahe, daß deutsche Bundestruppen der freien Selbstbestimmung eines deutschen Volksstammes entgegentreten. Das kann, das darf nicht geschehen. Die Entscheidung wird nicht hier in Frankfurt, sie wird in den

deutschen Einzelstaaten herbeigeführt, und bei dem unheilvollen Beschlusse des Bundes vom 7. Dezember hat eine Stimme den Ausschlag gegeben!

Deutsche Männer! Es ist eure Pflicht, fortwährend jedes gesetzliche Mittel anzuwenden, euren Willen kundzugeben und eure Regierungen zu bestimmen, solchen selbständig für sich wie beim Bunde zur Geltung zu bringen. In manchen deutschen Staaten haben sich die Landesvertretungen bis jetzt nicht aussprechen können, weil sie nicht versammelt waren. Ihr müßt dafür Sorge tragen, daß sie unverzüglich zusammenberufen werden.

Aber nicht auf das, was jene beschließen und die Regierungen rasch oder zögernd, gern oder widerwillig ausführen, darf gewartet werden. Jeder handle an seiner Stelle, als ob von seinem Thun alles abhänge. In der Presse, in den Vereinen muß jede neue Wendung der Sachlage besprochen und erörtert werden.

Schon hat in vielen Teilen des Vaterlandes eine freiwillige Selbstbesteuerung begonnen, damit den bedrängten und verfolgten Schleswig-Holsteinern geholfen, damit die Mittel zur Wiederherstellung ihres ganzen und vollen Rechtes vorbereitet und beschafft werden können. Eine solche Selbstbesteuerung muß nun überall in Stadt und Land eingeführt und so eingerichtet werden, daß ihr Ertrag reichlich und nachhaltig ausfalle.

Durch den gestrigen Beschluß der Abgeordneten-Versammlung ist hierfür, wie für die ganze Bewegung der oft verlangte Mittelpunkt geschaffen. Gewählt von den Vertretern der einzelnen deutschen Länder, zusammengesetzt aus Mitgliedern von Parteien, die sich oft mit Erbitterung bekämpft haben, jetzt aber entschlossen sind, für die Befreiung Schleswig-Holsteins einmütig zusammen zu gehen, — darf der Ausschuß sich wohl der Hoffnung hingeben, daß die sämtlichen Hilfsausschüsse für Schleswig-Holstein ihm mit Vertrauen entgegenkommen, und seine Bemühungeu, ein einheitliches Handeln herbeizuführen, überall willige und entschiedene Unterstützung finden werden.

Der Ausschuß wird sich in fortwährende Verbindung mit der Herzoglich Schleswig-Holsteinschen Regierung setzen; über die von dem deutschen Volke ihm zur Verfügung gestellten Geld-

mittel jedoch je nach dem Bedürfniſſe und nach gewiſſenhafter Erwägung ſelbſt entſcheiden. Ungeſäumt aber bittet er, ihm die an vielen Orten bereits aufgehäuften Geldmittel zu überweiſen. Was in der entſcheidenden Stunde fehlt, kann durch noch ſo reichliches ſpäteres Zuſtrömen nicht erſetzt werden.

Ebenſo ſind an ihn ſchon jetzt die Liſten der Freiwilligen einzuſenden, die bereit ſind, ſobald Herzog Friedrich das ſchleswig-holſteiniſche Heer zu den Waffen rufen kann, in dasſelbe einzutreten. An vielen Orten haben die Turn-, Schützen- und Wehrvereine in Verbindung mit patriotiſchen Männern dieſe Sache kräftig in die Hand genommen, und eifrig übt ſich dort die Jugend in allen Vorbereitungen des Kriegsdienſtes. Das muß überall, ſoweit es die Verhältniſſe und die Geſetze irgend zulaſſen, nachgeahmt werden.

Endlich iſt ungeſäumt und mit Ernſt dahin zu wirken, daß ſowohl die einzelnen deutſchen Staaten auf Antrag der Landesvertretungen, wie auch die wohlhabenden Klaſſen der Bevölkerung in denſelben ſich an der von der herzoglichen Regierung ausgeſchriebenen Anleihe namhaft beteiligen, damit dieſer Regierung, von welcher man überall die Aktion verlangt, auch die Mittel zu einer ſolchen raſch zur Verfügung geſtellt werden.

Der Ausſchuß hat ſeinen Sitz in Frankfurt a. M. Zu ſeinem Vorſitzenden iſt Dr. Sigismund Müller erwählt, und die ſtändige Kommiſſion für die geſchäftliche Leitung beſteht aus den Herren: Dr. S. Müller, Dr. G. Varrentrapp, Kolb, Dr. Häuſſer, Metz, Dr. Lang und Carl Brater.

Geſtützt auf den wie noch nie zuvor einmütigen Willen der Nation hat der Ausſchuß ſeine Thätigkeit mit Ernſt, aber auch mit freudiger Zuverſicht begonnen, er wird unter allen Umſtänden ſeine Schuldigkeit thun, thue jeder Einzelne aus dem Volke die ſeine!

Frankfurt a. M., am 22. Dezember 1863.

Der Ausſchuß der Verſammlung von Mitgliedern der deutſchen Landesvertretungen.

Der Vorſitzende: Dr. Sigismund Müller.

Nun war es auch in Krefeld nicht schwer, die bestehenden Meinungsverschiedenheiten zu überbrücken und alle Parteien zu gemeinsamem Wirken zu vereinigen. Der Veröffentlichung des Aufrufs in der Zeitung ist der besondere Aufruf vom 26. Dezember 1863 an die Krefelder Mitbürger angeschlossen, sich mit recht zahlreichen Beiträgen an dieser patriotischen Sache zu beteiligen, um sie in kürzester Frist an den Ausschuß in Frankfurt a. M. zu übermitteln. Unterzeichnet ist dieser besondere Aufruf von den Herren:

Krefeld, den 26. Dezember 1863.

R. H. Baum. Herm. von Beckerath. Moritz vom Bruck. W. Boley. Dr. Buchner. Ernst Greeven. A. Heimendahl. Joh. Hermes. Conr. Holthausen. G. Jacobiny. W. Jentges. J. P. Keller. R. von Lumm. Meyer Meyer. Herm. ter Meer. F. H. Overlack. Dr. Schneider. W. Schramm. L. F. Seyffardt. C. C. Sohmann. J. M. Vollmeyer. Pet. Winnertz jr.

Mich persönlich interessiert in dem Augenblick, wo ich dies schreibe, daß von den Unterzeichnern nur noch Einer am Leben ist. In einem derselben, meinem Freunde C. C. Sohmann, verloren wir schon 1865 einen Mitbürger, dessen Verlust für das öffentliche Leben unserer Stadt von schmerzlicher Bedeutung war. Mit seinem Namen verband sich für die Zeitgenossen die Erinnerung, daß er schon im Jahre 1848 einmal als ganz junger Mann auf dem Jülichsplatz in Köln eine Empfangsstelle für Unterschriften auf Adressen im freiheitlichen Sinne errichtet hatte.

Die in diesem Aufruf bekundete Einmütigkeit stand in einem erfreulichem Gegensatz zu der Verschiedenheit der Ansichten, die in der Krefelder Bürgerschaft über die mittlerweile erfolgte Entwickelung der preußischen inneren Angelegenheiten bestand. Die Bewilligung der Kosten für die von König Wilhelm angestrebte Reorganisation des Heeres hatte am 15. Mai 1860 für ein Jahr fast einstimmig, am 31. Mai 1861 für ein weiteres Jahr, und für den 1. Juli 1861 bis 1. Juli 1862, nur mit einer Mehrheit von 11 Stimmen stattgefunden. Als nun in der Session von 1862 die Mehrheit des Abgeordnetenhauses Miene machte, auf technische Heeresfragen, besonders die Einführung der zwei-

jährigen Dienſtzeit, einen entſcheidenden Einfluß auszuüben, und wenn dies nicht möglich ſei, die neuen Regimenter wieder zu entlaſſen, hatte der König am 11. März das Abgeordnetenhaus aufgelöſt und am 18. März die bisherigen liberalen Miniſter der neuen Ära entlaſſen und durch reaktionäre Männer nach Art des früheren, von ihm am 8. November 1858 ſo ſtreng verurteilten Miniſteriums Manteuffel erſetzt. Mit der Neuwahl des Abgeordnetenhauſes, in dem zwei Drittel der Gewählten der Fortſchrittspartei und dem linken Centrum angehörten, war ein ſchwerer Konflikt zwiſchen Krone und Volksvertretung ins Leben getreten.

Ich verlaſſe nun bis zum Jahre 1866 die Darlegung allgemein politiſcher Art und verzeichne einige perſönliche Erlebniſſe aus den Jahren 1859 bis 1866, ſoweit ſie mir nach zur Zeit gemachten meiſt fragmentariſchen Aufzeichnungen heute noch charakteriſtiſch erſcheinen.

Ich betone da das lebhafte Intereſſe, das mir die früher lichtfreundliche, ſpäter freigemeindliche Bewegung, die hauptſächlich in Mitteldeutſchland ihren Sitz hatte, gewährte. Sie entſtand ſchon in den vierziger Jahren aus der Anſchauung des freier denkenden Proteſtantismus, den geiſtigen und gemütlichen Inhalt des Chriſtentums mit den Forderungen der modernen Zeit verſöhnen zu wollen. Ich habe die Überzeugung, daß in ideal gerichteten Zeiten man immer wieder auf die Anfänge jener Bewegung zurückgreifen und den Fehler vermeiden wird, ſich aus den hiſtoriſch gewachſenen Kirchen herausdrängen zu laſſen. Meines Vaters und meine perſönlichen Beziehungen zu dem Führer der Bewegung, dem Magdeburger Prediger Uhlich, waren ungemein erfreulich. Wenn Uhlich in die Rheinprovinz kam, habe ich ihn manchmal ſprechen gehört, ſo 1859 in Königswinter, 1860 und 1864 in Krefeld, das letzte Mal in Begleitung meiner Frau. Ich habe nie vorher und nie nachher einen Prediger gehört, dem in gleich hohem Maße die Gabe zu Gebote ſtand, mit den denkbar einfachſten Mitteln und ohne dogmatiſche Vorausſetzungen die edelſten Empfindungen der chriſtlichen Religion und der Humanität in den Herzen und Gemütern ſeiner Zuhörer zu erwecken und zu beleben. Daß in den ſiebziger Jahren die Bewegung immer mehr in den Sumpf

schrankenlosen Radikalismus geriet, hat niemand mehr bedauert als ich.

Aus 1862 erzählen meine Notizen von einer Fahrt nach Aachen zur Feier der Wahl meines alten Lehrers Hilgers zum Direktor nach langjährigem Provisorium. Es heißt da: Es war die erhebende Feier eines Fortschrittlers in dem bigotten Neste, seine Rede prachtvoll, Alles erschöpfend, jugendkräftig, deutschbegeistert: „noch fliegen die alten schwarzen Raben".

Fahrt zum Abendessen der Fortschrittspartei auf dem Gürzenich in Köln. Reden von Bürgers, Georg Jung, Dr. Tendering.

Turnfest des rheinisch-westfälischen Verbandes in Krefeld, Festessen Centralhalle 600 Teilnehmer, Redner: Dan. Schroers König, Heimendahl Gäste, Tendering rheinisch-westfälischer Turnerbund, ich deutsches Vaterland, Ernst Greeven Preisturner. Festball Drießenhof 300 Paare. Direktoren: Heimendahl, von der Herberg und ich.

In 1863 ist besonders hervorzuheben das Fest der rheinisch-westfälischen Abgeordneten in Bonn, mit Festfahrt in vier geflaggten Dampfern nach Rolandseck und das bei Gelegenheit von Heinr. v. Sybels, des Abgeordneten, Berichterstattung auf der Königsburg abgehaltene Festessen mit Ständchen. Redner: Jean Hermes auf Sybel, Dr. G. Schneider sen. auf König, J. M. Vollmeyer auf Abgeordnetenhaus, ich auf Vaterland. Selbst beim Stiftungsfest der Gesellschaft ‚Verein' bemühten sich die Redner, die traditionellen Trinksprüche auf das politische Gebiet hinüber zu spielen. Ich sprach auf die Gesellschaft und das deutsche Vaterland, Notar Hoeninghaus auf die Frauen und die verfassungstreuen Abgeordneten.

Aus 1864 tritt in den Erinnerungen hervor das dem katholischen Dechanten Reinarz bei seiner Ernennung zum Domherrn gegebene Abschiedsessen, dem auch das Wahlkomitee, dem er angehörte, beiwohnte, sodann der Verbandstag der Genossenschaften, zu dem der Verbandsanwalt Schulze-Delitzsch erschienen war. Das Festessen im Hôtel de la Redoute wurde von der Bürgerschaft als ein politisches Ereignis ausgezeichnet, von Krefelder Reden

finde ich die des Dr. G. Schneider sen. auf die Verfassung und die meinige auf das Abgeordnetenhaus verzeichnet.

Im Jahre 1865 war das in dem Krefelder politischen Leben am meisten hervortretende Ereignis der Ersatz für unseren Vertreter im Abgeordnetenhaus Heinrich von Sybel. Aus geheimer Abstimmung ging ein Komitee hervor, das sechs Fortschrittler: von Lumm, J. P. Schrick, Neuhaus, Holthausen, Baum und mich, fünf Männer des linken Zentrums: Dr. Schneider, Jentges, Vollmeyer, Heinrich Hermes und Herm. von Beckerath und zwei Katholiken: von Kempen und Finckh, umfaßte. Einstimmig gewählt wurde der Oberstaatsanwalt a. D. Kanngießer in Greifswald, der manchem von uns durch seine Teilnahme an dem im Sommer in Köln, Niederlahnstein und Rolandseck stattgehabten Abgeordnetenfest bereits persönlich bekannt geworden war. Lange Jahre wurde dieses aus dem Militärkonflikt hervorgegangenen und gegen die Reaktion gerichteten Festes nie gedacht, ohne des als Dank für polizeilichen Eifer erfolgten Eintreibens des weißen Hutes des Bürgermeisters von Longerich zu erwähnen.

1866, das Jahr, das uns mit dem preußisch-österreichischen Krieg den Beginn der großen Zeit brachte, die dem deutschen Vaterland in ihrem Verlauf die Verwirklichung der Einheitsträume seiner edelsten Söhne bescheren sollte, verlief in Krefeld noch ganz im alten Geleise. Die Wahlmänner zur neuen Legislaturperiode des Abgeordnetenhauses waren gewählt und versammelten sich zur Wahl des Kandidaten. Gegen den im Jahre vorher gewählten Abgeordneten Kanngießer hatte niemand etwas Ernstliches einzuwenden, wohl aber alle Welt das Bedürfnis festgestellt zu sehen, ob der Wahlkreis den Altliberalen oder dem Fortschritt gehöre. Es galt daher durch geheime Wahl einen Wahlausschuß zu bilden. Gewählt wurden: Dr. Märklin mit 139, J. M. Vollmeyer 131, L. F. Seyffardt 131, R. von Lumm 125, H. Kopstadt 110, R. Kocher 104, C. Holthausen 97, L. Huenges 80, W. Jentges 73, R. H. Baum 70, H. von Nickisch 70, Herm. von Beckerath 66 Stimmen. Die junge Fortschrittswelt hatte gesiegt, wie sich allerdings weniger aus den Namen als den nachfolgenden Verhandlungen ergab. Die Versammlung begnügte sich nicht mit

Kanngießers Zustimmung zu der ihm von von Beckerath vorgeschlagenen Losung: Vaterlandsliebe und Verfassungstreue, die der hochgeachtete Appellationsrat von Ammon in Köln ausgegeben hatte. Sie wollte eine eingehende Aussprache des Abgeordneten über die Lage. Als diese einging, erkannte man dieselbe Fühlung mit der Zeitströmung, durch die 1862 Heinrich von Sybel die auseinanderstrebende Wählerschaft vereinigt hatte und entschied sich für die Wiederwahl.

Sehr bald nach diesen Kämpfen unter den Liberalen spitzten die Ereignisse sich ungemein zu. In der 2. Hälfte des Mai hatte Rud. von Bennigsen, durch von Keudell eingeladen, bei Gelegenheit einer Ausschußsitzung des Nationalvereins in Berlin seine erste Unterredung mit Bismarck gehabt und von diesem erfahren, daß dessen Zukunftspläne in ihren Zielen den Programmen des Nationalvereins von 1860 und 1863 durchaus entsprächen. Nachdem dann Bennigsen am 6. Juni in der hannoverschen zweiten Kammer in dem preußisch-österreichischen Konflikt strenge Neutralität und, wenn diese nicht aufrecht zu erhalten sei, Parteinahme für Preußen empfohlen hatte, überstürzten sich die Ereignisse. 3½ Monate später, am 20. September 1866, vier Wochen nach dem Frieden von Prag, beschloß das preußische Abgeordnetenhaus mit 273 gegen 14 Stimmen die Einverleibung des Königreichs Hannover in Preußen. In der Thronrede am 5. August 1866 war bereits die Bitte um Indemnität für die Verfassungswidrigkeiten während des Konfliktes angekündigt und damit der Friede zwischen Krone und Volksvertretung wiederhergestellt worden. Die Indemnität wurde erteilt mit 230 gegen 75 Stimmen, wobei die Fortschrittspartei sich in zwei fast gleiche, eine versöhnlich zustimmende und eine unversöhnlich ablehnende Hälfte teilte. Während der Vertagung vom 27. September bis 12. November veröffentlichten 24 zustimmende Mitglieder, darunter Hammacher, von Hennig, Kanngießer, Lasker, Twesten, von Unruh eine Erklärung, die mit den Worten schloß:

„Neben der gerüsteten Macht und dem Ansehen der Waffen bedarf es einer freisinnigen Verwaltung. In der Mischung beider Elemente, in der Ausbildung der lange schon vorbehaltenen orga-

niſchen Geſetze und in der Selbſtverwaltung als Grundlage des Gemeinweſens erkennen wir den geraden Weg zur höchſten Bedeutung Preußens und zu ſeiner Herrſchaft in Deutſchland. Das iſt der Sinn unſerer Unterſtützung und unſerer Oppoſition. Doch ſind wir feſt entſchloſſen, ſo lange uns in dieſem Sinne zu wirken vergönnt iſt, die Oppoſition nicht hinübergreifen zu laſſen auf das Gebiet der gebilligten deutſchen Politik. In dem großen Moment des erſtarkten und ſich verwirklichenden Einheitsdranges halten wir keine Partei und keine Maßregel berechtigt, welche der deutſchen Entwickelung Hinderniſſe bereitet oder die möglichen Förderungsmittel verſagt". Auf der Grundlage dieſer Anſchauungen erfolgte am 28. Februar 1867 die Gründung der nationalliberalen Partei, der die Krefelder Parteileitung wie Wählerſchaft mit umſo größerer Bereitwilligkeit ſich anſchloß, als auf dieſe Weiſe die bisherigen örtlichen Gegenſätze überbrückt wurden.

1867 waren wir bei der Wahl zum Norddeutſchen Reichstag zuerſt in der Lage, für die neue Partei einzutreten und unſerm Kandidaten Kanngießer mit wenigen Hundert Stimmen (3155 gegen 2530) zum Siege über denjenigen der Gegner, den gleichfalls nationalliberalen W. Herbertz aus Urdingen zu verhelfen. Die Wirkung des allgemeinen Wahlrechts trat zum erſtenmal in der Führung einer geſchloſſenen Arbeiterpartei durch den Schneider Wunderlich in die Erſcheinung. Ich blieb zu dieſer Partei während der Wahlbewegung in geſchäftlichen Beziehungen und war damals noch ſo naiv, zu erwarten, daß mein Eintreten für den unentgeltlichen Schulunterricht als Programm für die nächſten Stadtratswahlen als arbeiterfreundliche Beſtrebung anerkannt werden würde. Immerhin erſchien das Auftreten der Arbeiterpartei noch auf recht ſchwankem Boden, denn während der Führer am 31. Auguſt in einem offenen Sendſchreiben an Herm. von Beckerath in dem Tone, den man ſpäter waſchecht ſocialdemokratiſch zu nennen ſich gewöhnt hat, ausrief: „Fort, fort mit dem Kanngießer, der Arbeiterſtand wählt den Herbertz", gab er in der Wählerverſammlung vom 3. November die Erklärung ab, daß die Arbeiterpartei Kanngießer nicht entgegen ſei. Intereſſant läßt ſich bei dieſer Wahl die Wahrheit des Sprichwortes nachweiſen,

daß kommende Ereigniſſe, den Mitwirkenden vielfach unbewußt, ihren Schatten vorauswerfen. In einer in Kempen erſchienenen Broſchüre: „Der Krefelder Wahlkampf 1869“ heißt es: „Es giebt ſeit Beginn unſeres Verfaſſungslebens eine katholiſche Partei, zu der nicht alle Katholiken zählen. Dieſer Partei, welche in erſter Linie Verwirklichung der konfeſſionellen Parität und Wahrung der kirchlichen Intereſſen auf ihre Fahne ſchreibt, zugleich aber auch als verfaſſungstreu ſich bewährt hat, gilt der Ausdruck unſerer Hoffnung, weil ſie jetzt mit wenigen Ausnahmen Hand in Hand mit der Fortſchrittspartei geht.“

1868 richtete ſich meine öffentliche Thätigkeit als neu gewählter Stadtverordneter ganz vorwiegend auf das Programm, der beſonders in ihrem katholiſchen Teile notleidenden Volksſchule zu Hilfe zu kommen. Ich befürwortete eine durchgreifende Vermehrung der Schulklaſſen, die Beſſerſtellung der Lehrer (Verdoppelung der Anfangsgehälter der zweiten und dritten Lehrer am 1. Oktober 1868 für 1869), Befreiung derſelben vom klerikalen Einfluß und eine fernere Ausgleichung der Steuerleiſtung unter den verſchiedenen Klaſſen durch Aufhebung des Schulgeldes.

Als Verwaltungsrat der Seidentrocknungsanſtalt kämpfte ich lange Zeit allein mit Carl Schroers gegenüber den Aktionären für einen den öffentlichen Intereſſen möglichſt günſtigen Kompromiß, ohne indes viel erreichen zu können. Dem energiſchen Auftreten der mitbeteiligten Herren Diergardt und Greef von Vierſen erſt war der jetzt eingetretene günſtige Umſchwung und eine beſſere Erledigung der Frage zu Gunſten der Allgemeinheit zu verdanken.

Das 1869er Jahr ſollte mir eine weſentliche Vermehrung meiner öffentlichen Pflichten bringen. Ehe ich zur Schilderung dieſer Veränderung übergehe, will ich einige kleine Ereigniſſe aus jener Zeit hervorheben. Aus dem Kreiſe der Arbeiter war der dringende Wunſch lautgeworden, Unterſtützung von den Fabrikbeſitzern zu erhalten für die Beſtrebungen, eine Reform der Arbeiterwohnungen herbeizuführen. Der Vorſitzende des Handwerks- und Bildungsvereins, R. H. Baum, trat lebhaft für den Gedanken ein und ſchien im Anfang auch einen gewiſſen Erfolg zu

haben. Bald aber erwies ſich das angeregte Intereſſe als ein Strohfeuer und mein Verſuch, durch Herleihen einer größeren Summe an den zum Bau von Arbeiterwohnungen gegründeten Bau-, Erwerb- und Sparverein ein Beiſpiel zur Nachfolge zu geben, ſchlug fehl. Auf der Fiſchelner Landſtraße wurde eine Landparzelle von 5 Morgen gekauft und eine Anzahl von Wohnungen mit Beihilfe von ſtädtiſchen Hypotheken erbaut und unter den Vereinsmitgliedern verloſt. Erſt nach 25 Jahren geſtattete die durch den Bauſchwindel der achtziger Jahre erzeugte bedeutende Erhöhung der Grundſtückspreiſe die finanzielle Abrechnung, während die Häuſer ſelbſt mittlerweile Gegenſtand der Spekulation geworden waren. Die Wohnungsfrage iſt durch das Unternehmen in keiner Weiſe gefördert worden.

Intereſſanter ſind zwei andere kleinere Ereigniſſe, die ſpäterhin gewiſſermaßen als Erzeugniſſe der Ruhe vor dem Sturm des Kulturkampfs erſchienen. Sie waren in Wirklichkeit nichts mehr und nichts weniger als ein Zeichen, daß trotz der in den ſechsziger Jahren hier und da hervortretenden Verſchärfung der konfeſſionellen Gegenſätze die harmloſe Auffaſſung des gegenſeitigen Verhältniſſes im Rheinland ſeit 1815 Fortſchritte gemacht hatte. Das eine Begebnis war die glückliche Durchführung des Planes, die katholiſche Bürgerſchule unter ſtädtiſches Patronat zu ſtellen das andere das Feſtmahl für die beiden neuen katholiſchen Pfarrer Lefranc und Pauly, an dem ſich eine große Zahl von Proteſtanten beteiligte. Das Mahl geſtaltete ſich zu einem begeiſterten Verbrüderungsfeſte, bei dem nach meinen Aufzeichnungen der evangeliſche Paſtor Schütz ſich „die Rednerpalme" gewann. Unvergeßlich iſt allen Teilnehmern die Rede meines in Krefeld durch ſeine populäre eigenartige Weiſe ſ. Z. allbekannten Freundes Wilhelm Scheidt, der den als duldſamer und liebenswürdiger Prieſter vom alten Schlage verehrten Kaplan Tietz leben ließ und die Proteſtanten aufforderte, für ihn eine neue, die vierte katholiſche Kirche zu bauen. Der Gedanke fand großen Augenblickserfolg, bei nachfolgenden Rednern auch in der Form, den Katholiken den damals noch fehlenden Turm der Dyoniſiuskirche zu bauen. Kaplan Tietz iſt derſelbe Mann, der ſpäter im kirchenpolitiſchen Kampfe vor

Gericht in die Lage kam, sich gegen den Vorwurf zu verteidigen, daß er sich eines der häßlichsten und freventlichsten rednerischen Auswüchse im Kulturkampfe schuldig gemacht habe. Es gelang ihm durch vierzig römisch-katholische vereidete Zeugen, entgegen dem Zeugnis von sechs ebenfalls vereideten andersgläubigen Zeugen, den Vorwurf von sich abwälzen und auf einen Laien übertragen zu lassen.

Für mich war das wichtigste Ereignis des Jahres 1869 meine am 15. September erfolgte Wahl zum Abgeordneten für den Norddeutschen Reichstag mit 3812 liberalen und klerikalen gegen 1939 socialdemokratische Stimmen, die auf den Bierwirt Hermann Ziellenbach fielen. Kanngießer, der in den Staatsdienst zurückgetreten war, hatte infolgedessen beide Mandate aufgeben müssen. Die Taktik gewisser Gegner, mich für den Landtag aufzustellen, um für einen ungenannten Kandidaten Aussichten für den Reichstag zu gewinnen, war fehlgeschlagen. Der im letzten Augenblick für das Abgeordnetenhaus vorgeschlagene Kreisgerichtsdirektor von Beughem in Koblenz wurde dann ohne Schwierigkeit gewählt. Die für die nationalliberale Partei unangenehme Lage, zwei ihr angehörige Männer sich bekämpfen zu sehen, war dadurch vermieden worden, daß Wilhelm Herbertz gleich mir erklärt hatte, alsbald zurücktreten zu wollen, wenn sich eine Majorität auf einen von uns vereinigen werde. Mein Gegenkandidat Hermann Ziellenbach hatte sich einer Arbeiterversammlung gegenüber die Sache leicht gemacht. Er sagte einfach: „Ihr kennt mich alle, wozu deshalb viele Worte? Die Hauptsache haben meine Vorredner gesagt. Wenn ich durch das Vertrauen meiner Wähler in den Reichstag entsandt werden sollte, so würde ich stets auf meinem Posten sein. Ich würde in der großen Schmiede zu Berlin, wo die Gesetze geschmiedet werden, wenn es sich um Gesetze zum Besten der Arbeiter handelt, gehörig den Blasebalg ziehen." Über die Wählerversammlung vom 30. August 1869 berichten auszugsweise die Blätter:

„Krefeld, 30. August. Die weiten Räume der Königsburg waren gestern bis auf den letzten Platz mit Wählern aus dem hiesigen Wahlkreise angefüllt; sie waren alle trotz

der faſt tropiſchen Hitze herbeigeeilt, um das politiſche Glaubensbekenntnis des Herrn L. F. Seyffardt zu hören, der bekanntlich als Kandidat für den Reichstag in einer im vergangenen Monate abgehaltenen Wählerverſammlung aufgeſtellt worden war. Herr Jores eröffnete die Verſammlung mit einigen einleitenden Worten, die auf den Zweck der heutigen Verſammlung hinwieſen und bat dieſelbe, durch Wahl eines Vorſitzenden und eines Büreaus ſich zu konſtituieren. Nachdem Herr Jores dann den praktiſchen Vorſchlag gemacht hatte, bei zweifelhaften Abſtimmungen dem Büreau die Entſcheidung zu überlaſſen, damit jede unnötige Störung möglichſt vermieden werde, erteilte er dem Herrn Seyffardt das Wort. Derſelbe verbreitete ſich zunächſt über Zweck und Tendenz der nationalliberalen Partei, da er die Abſicht hege, derſelben beizutreten. Dieſelbe habe die Errungenſchaften des Jahres 1866 freudig begrüßt, weil durch dieſelben ein Teil ihrer doppelten Aufgabe dadurch ihre Löſung gefunden; denn die nationalliberale Partei wolle in erſter Linie die Einigung Deutſchlands unter preußiſcher Führung und zweitens die Entwickelung der freiheitlichen Inſtitutionen. In Bezug auf den erſten Punkt des nationalliberalen Programms müſſe er leider geſtehen, daß eine Stagnation ſeit längerer Zeit eingetreten ſei. Der Partikularismus des ſüdlichen Deutſchlands trage hieran nicht ausſchließlich die Schuld, derſelbe habe ſogar dem jetzigen Preußen gegenüber eine gewiſſe Berechtigung, inſofern als derſelbe ſeine weiter freiheitlich fortgeſchrittene Entwickelung wie Bayern und Württemberg einzubüßen befürchte, wenn er ſich an den preußiſchen Militärſtaat anſchließe. Der Norddeutſche Bund und insbeſondere Preußen müßten daher freiheitlicher fortſchreiten, um ſolchen hindernden Bedenken die Spitze abzubrechen.

In der That ſei in Preußen in dieſer Hinſicht noch vieles zu wünſchen, namentlich gäbe es viele und gerechte Wünſche in betreff des Miniſteriums des Kultus und des Unterrichts und desjenigen des Innern. Durch Reglementieren und bureaukratiſchen Druck lähme man den friſchen, fröhlichen

Flügelschlag der freien Entwickelung, man lähme die echte und rechte Wirkung der Verfassung. Man schwärme in gewissen Kreisen noch immer für einen mehr patriarchalischen Absolutismus, der vor Jahrzehnten vielleicht seine wohlthätige Wirkung gehabt haben mag, heutzutage aber nur verderblich wirke.

Es sei nun sehr fraglich, ob unter den jetzigen Umständen der Schwerpunkt im Abgeordnetenhause oder im Reichstage sei, jedenfalls müßten beide darauf hinwirken, daß gewisse nicht länger aufschiebbare gerechte Wünsche ihre baldige Erledigung fänden, wie unter anderen das seit mehr als 50 Jahren erwartete Unterrichtsgesetz, eine Kreis- und Städteordnung, eine freiere Bewegung der Presse, Geschwornengerichte auch für politische Vergehen u. s. w. Wenn er nun speciell zu den brennendsten Fragen der Gegenwart übergehe, so stelle sich ihm da in erster Linie die Steuerfrage entgegen, sie sei in den Vordergrund getreten, namentlich nachdem der allzuschwarz gefärbte Bericht des Finanzministers über unsere Finanzlage und über ein wahrscheinliches Deficit dem Lande bekannt geworden sei und Unruhe hervorgerufen habe. Er wünschte allerdings, daß nicht wie in Nachbarstaaten schwebende Schulden den Kredit des Staates untergrüben, auch halte er den Nationalreichtum unseres Volkes noch wohl für fähig, und das Volk für patriotisch genug, wenn es sein müßte, durch Opfer solchen Operationen vorzubeugen, aber bei neuen Steuern werde er nur für alljährliche Bewilligung sein. Die Klagen über Steuerdruck seien insofern vollständig gerechtfertigt, als sich dieselben auf die ungleiche Verteilung der Steuer bezögen, denn gerade hierdurch sei der Steuerdruck empfindlich. So sei die Gewerbesteuer irrationell, die Schlacht- und Mahlsteuer unrichtig, indem sie den Armen empfindlicher treffe als den Reichen. Steuerpflicht nur nach Maßgabe der Steuerkraft, das sei der Grundsatz, der das Steuerwesen durchdringen müsse.

Eine weitere Frage, mit welcher sich die Gegenwart viel zu schaffen mache, ohne daß dazu drängende Notwendigkeit vorhanden sei, sei die über Konfessionalität der Schule. Er

bekenne, daß ihm die Bewegung, die vor kurzem über dieſen Punkt entſtanden, ziemlich unnötig erſchienen ſei, da es bis jetzt keinem der Faktoren unſerer Geſetzgebung eingefallen, an dem § 25 unſerer Verfaſſung, der doch für die Anſprüche der Konfeſſionen vollſtändig ausreiche, zu rütteln. Eine andere Frage, welche augenblicklich weit mehr die Gemüter in Bewegung ſetze und aufrege, ſei die Arbeiterfrage. Er bedauere keineswegs das Vorhandenſein derſelben, ſondern freue ſich vielmehr, daß bis in die unterſten Schichten alles in Fluß ſei und beſtrebt, die ſociale Frage zur Löſung zu bringen. Aus dieſer Bewegung werde jedenfalls das eine oder andere Gute erwachſen, ſo wie auch im Mittelalter man ſich bemüht habe, den Stein der Weiſen zu finden; über dem Bemühen ſei die Naturwiſſenſchaft groß und mächtig geworden. Ähnlich werde es auch wohl mit der Arbeiterfrage ergehen. Wenn es überhaupt eine Löſung der Arbeiterfrage gäbe, ſo ſei ſicherlich das vorzüglichſte Mittel dazu, größere Bildung im Arbeiterſtande zu verbreiten; führe das auch nicht zur unmittelbaren Löſung, es werde jedenfalls dazu beitragen, die Lage der Arbeiter zu verbeſſern. Wie der franzöſiſche Soldat in ſeinem Torniſter den Marſchallsſtab trüge, ſo müſſe der Arbeiter ſchon in frühern Jahren durch die Bildung die Möglichkeit erhalten, ſich zu einer beſſern Lage emporzuſchwingen.

Der Redner erntete beim Schluß ſowie während ſeiner Rede den lebhafteſten Beifall der Verſammlung."

Meine parlamentariſche Thätigkeit im Reichstage des Norddeutſchen Bundes von 1870 währte vom Februar bis Ende Mai dreieinhalb Monate, im Juli acht Tage und November-Dezember drei Wochen. Auf der Reiſe nach Berlin im Februar nahm ich Veranlaſſung, meinen Vorgänger Kanngießer an ſeinem Wohnort Magdeburg zu begrüßen und mit ihm dieſe vortreffliche Stadt, die für meine ſpätere parlamentariſche Wirkſamkeit bedeutungsvoll werden ſollte, zu beſichtigen. In Berlin angelangt, zeigte ſich mir das parlamentariſche Leben von der denkbar angenehmſten Seite. Die nationalliberale Partei, die mehr als irgend eine andere dazu mitgewirkt hatte, die nationalen Gedanken zu

beleben, war im Sternbild des Erfolges und der dankbaren Anerkennung der Unterstützung, die der große Bismarck den sogen. Mittelparteien, im Gegensatz zu den Konservativen, auszusprechen sich verpflichtet fühlte. Wir tagten unter dem Vorsitz von Simson, Herzog v. Ujest, v. Bennigsen. Die Vorlagen der Staatsregierung: Unterstützungswohnsitz, Indigenat, Strafgesetzbuch, entsprachen daher den Anschauungen meiner Freunde. In die Specialberatung des Strafgesetzbuches nahm ich Veranlassung einzutreten, um mich in Angelegenheit des einfachen Bankerotts gegen die Bestrafung einer Anzahl von Fällen auszusprechen, die bisher straflos geblieben waren. Eine mildere Fassung wurde zum Beschluß erhoben. Die am meisten Interesse, ja Aufregung bietende Frage der Session war die Entscheidung über Beibehaltung oder Nichtbeibehaltung der Todesstrafe. Die Kommission hatte die Todesstrafe, die in der Vorlage beibehalten war, einfach gestrichen. Ein Antrag Luck und Genossen wollte in zweiter Beratung sie wiederhergestellt wissen. Der Diskussion, ganz besonders einer vorzüglichen Rede Laskers, gelang es, die Streichung bestätigt zu sehen; durch eine Mehrheit von 110 gegen 81 Stimmen. „Verkündigen Sie der Welt", sagte der im Parlament nie übertroffene Redner, „unser Staat ist gesichert, unser Sittlichkeitszustand ist so weit vorgerückt, daß von einer Notwehr für den Staat gar nicht mehr die Rede sein kann, daß die Todesstrafe nicht mehr am Platze ist, daß sie nicht mehr durch die höchste Not gerechtfertigt und deswegen eine Sünde ist vor Gott und den Menschen!" Am ersten Tage der zweitägigen Debatte war nach dieser Laskerschen Rede Vertagung beschlossen worden. Den gewaltigen Eindruck derselben kann ich nicht besser schildern, als durch die Worte, die mein nationalliberaler Kollege, der spätere Landgerichtspräsident Hosius von Duisburg beim Heraustreten aus dem Sitzungssaale mich beim Arme nehmend mir zurief: „Die Rede war dazu angethan, die Bedeutung der Mitwirkung, zu der wir als Volksvertreter berufen sind, in der eigenen Wertschätzung wunderbar zu stärken und zu erhöhen!" Gegen die Todesstrafe hatten mit Ausnahme von Miquel alle Nationalliberalen gestimmt. Bei der dritten Beratung erschien wieder der Antrag

Luck und Genossen, in den § 1 die Worte: „mit dem Tode" aufzunehmen. Die Staatsregierung hatte erklärt, daß bei Nichtannahme dieses Antrages das neue Strafgesetzbuch von ihr fallen gelassen werden würde. Infolge dessen ergab die Abstimmung 127 Stimmen für, 119 Stimmen gegen die Beibehaltung der Todesstrafe. Von den Nationalliberalen stimmten diesmal mit für, entgegen ihrem Votum in zweiter Beratung, eine ganze Menge: Blum-Sachsen, Hosius, Meier-Bremen, Planck, von Rochau, Sombart, Wagner-Altenburg, Wehrenpfennig u. s. w. Ich blieb mit vielen anderen beim ersten Votum. Als der erstgenannte, Sohn des in Wien erschossenen Robert Blum, stimmte, antwortete ihm die Fortschrittspartei mit Pfui. Der stenographische Bericht sagt darüber mildernd: Unmittelbar, nachdem ein Abgeordneter gestimmt hatte, erhob sich auf verschiedenen Seiten des Hauses der Ruf: Oho! Oho!

Mein Festhalten am Votum der zweiten Beratung war nicht die Folge davon, daß mir der Kompromiß mit der Regierungsauffassung an und für sich unsympathisch gewesen wäre, wie der Regel nach den Anhängern der Richterschen Fortschrittspartei. Die größten Erfolge der Nationalliberalen und die wichtigsten Siege der nationalen und fortschrittlichen Entwickelung in den siebenziger Jahren sind Kompromissen zu verdanken. Aber bis zum äußersten unsympathisch war mir schon im ersten parlamentarischen Jahre, wie bis zum Ende meiner Laufbahn, die Neigung vieler meiner Fraktionsgenossen, gegeneinander zu stimmen und dadurch so häufig den Einfluß der Fraktion auf die Geschäfte vollständig zu verscherzen. Ob meine Ansicht über die Überflüssigkeit der Todesstrafe bei der dritten Beratung noch mit Laskers Auffassung übereinstimmte, kann ich nicht mit Sicherheit feststellen. Daß aber zu jener Zeit, jedenfalls bald nachher, meine Meinung umschlug, ist mir lebhaft in der Erinnerung.

Während der Session des Reichstages des Norddeutschen Bundes vollzog sich vom 21. April bis 5. Mai auch die letzte Session des Zollparlamentes, der nationalen Verbindung des Norddeutschen Bundes mit den süddeutschen Staaten. Eröffnet wurde diese Session durch den König von Preußen im Namen

der zum deutschen Zoll- und Handelsverein gemäß Zollvereinsvertrag vom 8. Juli 1867 verbundenen Regierungen. Präsidenten waren: Simson, Fürst von Hohenlohe-Schillingsfürst, baierischer Ministerpräsident a. D., Herzog von Ujest. Bei Annahme der Wahl zum zweiten Präsidenten sprach Fürst Hohenlohe die denkwürdigen Worte: „Wenn jüngst ein Mitglied dieses Hauses bei seinem Ausscheiden dem Zollparlament den Vorwurf gemacht hat, es beruhe auf Täuschung und es schmücke sich mit dem erborgten Nimbus des deutschen Parlaments, so antworte ich darauf: in dieser Thatsache der gemeinsamen Arbeit deutscher Abgeordneten liegt keine Täuschung." In der Schlußsitzung des deutschen Zollparlaments im weißen Saale des Königl. Schlosses am 5. Mai 1870 entließ der König von Preußen, im Namen der verbündeten Regierungen, die Mitglieder in der zuversichtlichen Hoffnung, daß der Dank des deutschen Volkes, dessen Gedeihen ihre Thätigkeit gewidmet war, ihnen nicht fehlen, und auch die zukünftigen Versammlungen des Zollparlaments unserem gemeinschaftlichen Vaterlande zum Segen gereichen werden.

Am 25. Mai war die letzte Sitzung des Norddeutschen Reichstags. Präsident Simson gab ihr die Weihe mit den Worten: „Mögen die Reichstage, die auf uns folgen, mindestens in gleichem Maße wie dieser erste beitragen zu dem Ausbau des deutschen Staates und damit dazu, unserem Volk eine immer erhobenere Stellung zu erwerben unter den Kulturvölkern der Erde."

Dieselbe herzerhebende Aussicht in die Zukunft entsprießt den Worten, mit denen König Wilhelm am folgenden Tage, den 26. Mai, seine Thronrede im weißen Saale schloß:

„Wenn wir der deutschen Nation mit Gottes Hilfe die Weltstellung gewinnen, zu der ihre geschichtliche Bedeutung, ihre Stärke und ihre friedfertige Gesittung sie berufen und befähigen, so wird Deutschland den Anteil nicht vergessen, den dieser Reichstag an dem Werke hat."

Über meine persönlichen Erfahrungen im parlamentarischen Probejahr entnehme ich meinen Notizen das folgende: Alles zusammenfassend, kann ich heute sagen, daß ich mich den liberalen Wählern für den Deutschen Reichstag aufs neue zur Verfügung

gestellt habe. Beweis also, daß die Arbeit mich andauernd interessiert und daß ich, wenn auch in bescheidenem Maße, Früchte erwarte. Das Einleben und Einarbeiten in die parlamentarische Praxis ist schwer. Welch eine Fülle von Vorkenntnissen ist Voraussetzung richtiger Beurteilung und welche Arbeitskraft ist erforderlich, um neben dem Studium auch noch irgend welche Initiative zu zeigen! Dann macht man täglich die Erfahrung, wie viel außerordentlich tüchtige und begabte Menschen in so einem Reichstage sitzen und wie bescheiden für den verständigen Neuling ihnen gegenüber die eigene Stellung bleiben muß. In meiner ganzen kaufmännischen wie öffentlichen Stellung war mir aber ganz überwiegend die Aufgabe entschiedener Initiative zugefallen. Es mußte mir also schwerer wie manchem anderen werden, so viel empfangen zu müssen und so wenig geben zu können. Die Anregung, den die Arbeiten, der Umgang mit den Kollegen bieten, ist ganz außerordentlich.

Die Mittelpunkte meiner geselligen Beziehungen waren die Table d'hote im Hotel d'Angleterre und der Abgeordneten-Kneiptisch bei Theophron Kühn. Die Teilnehmer an der ersten waren u. a.: Hammacher, Koch, Lautz, Pauli, Roß, Tobias, v. Unruhe-Bomst; die regelmäßigsten Besucher des letzteren: Baldamus, Becker-Oldenburg, Cornely, Doornkaat, Forckel, Oesterreich, Roeben, Römer, Wachler, Wagner-Altenburg, Weissich.

Vor den Krefelder Wählern hatte ich zwei Mal über die ordentliche Reichstagssession zu berichten, das zweite Mal gewürzt durch ein Mißtrauensvotum der Socialdemokraten, das durch eine sehr entschiedene Kriegserklärung meinerseits und durch die Mehrheit der Anwesenden abgewiesen wurde.

Auch gesellschaftlich bildeten die Verhandlungen des Zollparlaments eine recht angenehme Abwechselung. Im Hotel d'Angleterre machte ich die Bekanntschaft von Marquard Barth, Petersen, Jordan, in den während des Zollparlaments stark besuchten Zusammenkünften der nationalliberalen Fraktion diejenige von Völck, v. Stauffenberg und Marquardsen. Auch in der Dezember-Session, von der noch erst die Rede sein wird, war ich fast täglich in Kneipen und Theatern zusammen mit den zur Verständigung

über den bayerischen Vertrag herübergekommenen Marquard Barth, von Schauß und Stenglein.

Von festlichen Versammlungen im Anschluß an die Reichstagssessionen erwähne ich den Königs-Geburtstag im Hotel de Rome, das den Süddeutschen gegebene Mittagsmahl im Restaurant Müller und das gemeinschaftliche Diner bei Veranlassung der Zusammenkunft der Repräsentanten der nationalliberalen Partei im Hotel du Nord (Toaste von Braun und Bamberger), das Gedächtnisfest für Twesten in der juristischen Gesellschaft bei Meser, ausgezeichnet durch Laskers Rede, und das Begräbnis Waldecks, bei dem Löwe-Calbe die Grabrede sprach.

Hatte König Wilhelm sich noch bei Schluß der ordentlichen Reichstagssession auf die friedfertige Gesittung des deutschen Volkes berufen, so fügte es der Sturm und Drang der Verhältnisse keine zwei Monate später, daß derselbe König in der Eröffnungssitzung eines außerordentlichen Reichstags (19. Juli) in seiner Thronrede im weißen Saale des alten Sprichwortes gedenken mußte, daß auch der Beste nicht in Frieden leben kann, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt. „Wir werden," sagte der greise König, „nach dem Beispiel unserer Väter und für unser Recht gegen die Gewaltthat fremder Eroberer kämpfen, und in diesem Kampfe, in dem wir kein anderes Ziel verfolgen, als den Frieden Europas dauernd zu sichern, wird Gott mit uns sein, wie er mit unseren Vätern war." Zwei Stunden später erhielt in der ersten Sitzung des außerordentlichen Reichstages der Bundeskanzler Graf Bismarck-Schönhausen das Wort zu der folgenden Ankündigung: „Ich teile dem Hohen Hause mit, daß mir der französische Geschäftsträger heute die Kriegserklärung Frankreichs überreicht hat." (Stürmisches, nicht endenwollendes Bravo- und Hochrufen und Händeklatschen von allen Seiten des Hauses und auf den Tribünen.)

Die Beratungen betrafen vornehmlich den außerordentlichen Geldbedarf der Militär- und Marineverwaltung und die Beschlußfassung über den Entwurf einer Adresse in Erwiderung der heutigen Thronrede. Der Entwurf, dessen schönste Stelle lautet: „Wir vertrauen der erfahrenen Führung des greisen Heldenkönigs, des deutschen Feldherrn, dem die Vorsehung beschieden hat, den großen

Kampf, den der Jüngling vor mehr als einem halben Jahrhundert kämpfte, am Abend seines Lebens zum entscheidenden Ende zu führen," wurde nach der Erklärung des Präsidenten vom ganzen Hause angenommen, ohne jede Ausnahme.

Der Präsident schließt die Sitzung, eröffnet sie wieder und giebt dem Bundeskanzler auf seinen Wunsch das Wort. Graf Bismarck sagt, daß in der ganzen Angelegenheit nur eine amtliche Mitteilung der französischen an die preußische Regierung erfolgt ist, es ist die gestrige Kriegserklärung. Er äußert sich u. a. dann noch über das bekannte Zeitungstelegramm, welches dem französischen Ministerium als schließlich einzige Ursache des Krieges übrig geblieben ist, und auch nur dadurch zu dem Zweck benutzt werden konnte, daß man es als eine Note bezeichnet hat, die von seiten der königlichen Regierung an andere Regierungen erlassen sei. Der Bundeskanzler spricht ferner von einem Bericht des norddeutschen Botschafters Frhrn. von Werther über den Inhalt einer Unterredung, welche er mit dem französischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten und gleichzeitig mit dem Justizminister Ollivier gehabt habe. Der Bericht giebt Nachricht von der bekannten unannehmbaren Forderung eines Entschuldigungsbriefes, den Seine Majestät zu schreiben habe.

Nach Schluß der erregten Sitzung und unter dem Eindruck der geschichtlichen Bedeutung des Augenblicks trat ein Teil der Mitglieder hinaus in den schönen Garten des Sitzungslokals (des Herrenhauses). Als ich mich den bekannten schönen Eibenbäumen näherte, bei denen Bismarck, aufrecht stehend, lebhafte Unterhaltung pflog, befand ich mich an der Seite von Ludwig Bamberger, der seit dem Beginn des Zollparlaments als nationalliberaler Abgeordneter für Mainz mit Geist und Herz für den Anschluß der Südstaaten an Preußen geworben hatte, auf diesen Wegen Bismarck nahe getreten war und dessen Vermittelung über die deutsche Zukunft in der Presse besorgt hatte. Ich hatte Gelegenheit zu sehen, wie Bismarck Bamberger ins Gespräch zog und ihm über die letzten Vorgänge in Bad Ems berichtete. Im einzelnen hörte ich dann unmittelbar nachher von Bamberger, daß Bismarck seiner Freude Ausdruck gegeben, daß Minister Graf Fritz von

Eulenburg auf dem Bahnhof in Ems dafür Sorge getragen habe, daß durch zeitiges Schließen der Thüren König Wilhelm nicht mehr Gelegenheit wurde, dem französischen Botschafter Benedetti, wie er beabsichtigte, einige freundliche, versöhnliche Worte zu sagen. Die Thatsache bleibt insofern bedauerlich, als durch sie einer der schönsten Verse des Kutschke-Liedes, der von dem Brüskieren des Königs durch den Botschafter handelt, historisch unhaltbar wird, nicht aber in dem Sinne, daß sie moralisch den Kanzler als den eigentlichen Friedensbrecher kennzeichnet. Wenn ein Staatsmann in einem seit langer Zeit schwebenden Kampf französischen Übermuts gegen deutsche Selbstbescheidung den ihm günstig erscheinenden Augenblick zur Entscheidung nicht gern aus der Hand giebt, so gereicht ihm das zur Ehre und nicht zum Vorwurf.

Nachdem am 21. Juli der Bundeskanzler die Tagung durch Verlesung einer Präsidial-Botschaft geschlossen, drückte Präsident Simson noch den Reichstagsstempel darauf mit den Worten: „Nun wird das Werk der Waffen seinen Lauf nehmen! Möge der Segen des allmächtigen Gottes auf unserem Volke ruhen auch in diesem heiligen Kriege!"

Die zweite außerordentliche Reichstagssession des Jahres 1870 wurde eröffnet am 24. November und dauerte bis zum 10. Dezember. Die vom Staatsminister Delbrück verlesene Thronrede enthielt u. a. die folgenden markigen Sätze:

„Die Fortdauer des Krieges hat eine friedliche Arbeit nicht verhindert. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit, welches durch gemeinsame Gefahr und durch gemeinsam erkämpfte Siege belebt ist, das Bewußtsein der Stellung, welche Deutschland zum ersten Male seit Jahrhunderten durch seine Einigkeit errungen hat, die Erkenntnis, daß nur durch Schöpfung dauernder Institutionen der Zukunft Deutschlands das Vermächtnis dieser Zeit der Opfer und der Thaten gesichert werden könne, haben schneller und allgemeiner, als noch vor kurzem denkbar erschien, das deutsche Volk und seine Fürsten mit der Überzeugung erfüllt, daß es zwischen dem Süden und Norden eines festeren Bandes bedürfe, als der völkerrechtlichen Verträge."

Entsprechend diesen Sätzen stand in dem Mittelpunkt der

Verhandlungen die Vorlage betreffend zwei Abänderungen der Bundesverfassung:

1. Ersatz der Worte „Deutscher Bund“ durch „Deutsches Reich“.
2. Das Präsidium des Bundes steht dem König von Preußen zu, welcher den Namen Deutscher Kaiser führt. Der Kaiser hat das Reich völkerrechtlich zu vertreten, im Namen des Reiches Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, Bündnisse und andere Verträge mit fremden Staaten einzugehen, Gesandte zu beglaubigen und zu empfangen.

Daran schloß sich die Beratung des Antrages der Abgeordneten Lasker und Genossen, an den König von Preußen eine Adresse zu richten und dieselbe durch eine Deputation von 30 Mitgliedern in Versailles überreichen zu lassen. Die Adresse enthielt im Verein mit den Fürsten Deutschlands die Bitte, daß es Seiner Majestät gefallen möge, durch Annahme der deutschen Kaiserkrone das Einigungswerk zu weihen. Die Annahme der drei Anträge erfolgte in namentlichen Abstimmungen mit allen Stimmen gegen die von 6 Socialdemokraten.

Die Zustimmung Kaiser Wilhelms I. erfolgte in feierlicher Versammlung im Jahre 1871 im großen Saale des Präfekturgebäudes in Versailles durch Verlesung der Antwort. Seine Majestät betonte darin ausdrücklich, daß Sie nur in der einmütigen Stimme der deutschen Fürsten und freien Städte und in dem damit übereinstimmenden Wunsche der deutschen Nation und ihrer Vertreter den Ruf der Vorsehung erkenne, dem Sie mit Vertrauen auf Gottes Segen folgen dürfe.

Zweiter Teil.

1870—1880.

Noch war der Friede mit Frankreich nicht geschlossen, als bereits im Januar 1871 die Vorbereitungen zu den für den 3. März in Aussicht genommenen Wahlen für den ersten deutschen Reichstag in die Erscheinung traten. Am 29. Dezember 1870 hatte der Krefelder liberale Volksverein in der Königsburg eine Versammlung anberaumt zur Entgegennahme meines Berichts über die beiden ordentlichen Sessionen des Reichstags und zu dieser Versammlung außer den Mitgliedern sämtliche Wähler des Wahlkreises eingeladen. Nach der Berichterstattung schlug Dr. Keußen die Wiederwahl des bisherigen Abgeordneten vor, fand aber Widerspruch bei Pastor Lefranc, der die Versammlung auf die Tagesordnung, die Entgegennahme des Berichts beschränken wollte. Als dann mit großer Majorität die Aufnahme der Kandidatenfrage beschlossen, verließen Herr Lefranc und fünf andere geistliche Herren die Versammlung, welche dann nach der Krefelder Zeitung fast einstimmig den bisherigen Kandidaten für die bevorstehende Reichstagswahl bestimmte. Zum Zwecke der Agitation wurde ein Komitee, bestehend aus den Herren: Dr. Keußen, Casaretto, Carl Welter, R. von Lumm, Aug. Hennigfeld, Carl Zohlen, Dr. Schneider, Dr. Meller, W. Jentges, R. H. Baum, Dr. Märklin, Gust. Audriessen, Bernhardi, Dr. Tillmanns, Jacobi, Ed. Reiners, Röttgen, L. Custodis, Ad. Scheibler, Dr. Franzen, Gust. Weyer, Holthausen und C. von der Linde, erwählt.

Eine fernere Parteiverſammlung am 12. Februar 1871 gab mir Gelegenheit, vor einer größeren Wählerzahl meine Kandidatur zu verfechten. Die Rede lautete:

„Meine Herren! Ich habe das Bedürfnis, nach den Kundgebungen der Preſſe in dieſen letzten Wochen über die bevorſtehende Reichstagswahl zu den Männern, die mir die Ehre erwieſen haben, ſich für meine Kandidatur zu intereſſieren, ein offenes Wort zu reden. Hätte ich denken können, daß ſich von einer Seite, die bisher in unſerm Wahlkreis den politiſchen Wahlen wenig Beachtung geſchenkt hat, eine ſo heftige Oppoſition gegen mich erheben würde, ſo würde ich doch im Intereſſe der Sache Bedenken getragen haben, die mir in allgemeiner Wählerverſammlung angetragene Kandidatur ſo ohne weiteres anzunehmen; ich würde meinen Freunden und Geſinnungsgenoſſen ſehr ernſt die Frage vorgelegt haben, ob nicht durch Aufſtellung eines andern Kandidaten unſerer Partei der Sieg bei den Wahlen größere Ausſichten gewänne. Heute, wo der Wahlkampf ſich bereits in einem ſo vorgeſchrittenen Stadium befindet, kann natürlich von einer ſolchen Frage nicht mehr die Rede ſein; heute gilt es, alle erlaubten Mittel aufzubieten, um dem Kandidaten unſerer Partei Erfolg zu verſchaffen.

Eine ſonderbare Erſcheinung bei unſerem Wahlkampf iſt es, daß das Wort Partei faſt noch gar nicht öffentlich ausgeſprochen worden iſt. Da wird von der einen Seite die große perſönliche Bedeutung, die wiſſenſchaftliche und litterariſche Thätigkeit des Herrn Dr. Aug. Reichensperger hervorgehoben, ſeine parlamentariſche Erfahrung gewaltig gerühmt: von ſeiten meiner Parteigänger aber ausgeführt, daß es erwünſcht, einen Kreiseingeſeſſenen, einen Vertreter der in unſerm Kreiſe ſo lebendig entwickelten Induſtrie zu wählen, daß es geboten, neben den vielen in unſeren parlamentariſchen Verſammlungen tagenden Juriſten für die mannigfachen praktiſche und Verkehrsintereſſen betreffenden Arbeiten des Reichstags die Zahl der dem wirtſchaftlichen Leben angehörenden Vertreter zu verſtärken. Selbſt das Wahlmaniſeſt des Herrn

R., denn als ſolches darf man wohl das in den hieſige Zeitungen veröffentlichte Schreiben anſehen, leiſtet in poli tiſcher Farbloſigkeit das Mögliche. Es vermeidet aufs Ge fliſſentlichſte, ſich in direkten Widerſpruch zu ſetzen mit de liberalen Anſchauungen, die bisher unzweifelhaft in unſer Wahlkreis die Majorität beſaßen. Es ſcheint wirklich daz beſtimmt zu ſein, politiſchen Kindern, und ſolchen, die e werden wollen, Sand in die Augen zu ſtreuen. Anders kan man es doch nicht wohl nennen, wenn Herr R. bald fi gegen ‚andere Wahlkandidaten‘, bald ſich gegen myſteriöſe Pe ſönlichkeiten, die er mit ‚manche andere‘ bezeichnet, wende Herr R. vergißt nur dabei, daß er eingangs ſeines Schreiben eine ſo hohe Autorität in juriſtiſcher und politiſcher Beziehun in Anſpruch nimmt, daß man von ihm nicht wohl voraus ſetzen darf, daß er nur mit Lufthieben gegen Windmühle flügel ficht. Es iſt daher gewiß keine gewagte Erläuterun ſeines Manifeſts, wenn man bei ſeinen verſchiedenen Angriffe den Zweck vermutet, ohne es gerade herauszuſagen, ſeine Gegenkandidaten von hinten zu faſſen und ihn für den wenig Eingeweihten in ein zweifelhaftes Licht zu ſtellen. Herr J iſt in der That diesmal ſehr ſtark in Schlagwörtern, d wirkliche Gemeinplätze ſind, man erkennt den ſonſt ſo g wandten Stiliſten und Dialektiker gar nicht wieder. Er wi ſich nicht zur Rolle eines Volksſchmeichlers hergeben, er wei jede Livree von ſich, Recht und Freiheit ſoll das Gemeing aller ſein, ein Staat ohne Richteramt und ein Richteram ohne Geſetz ſind ihm undenkbare Dinge; er ſieht nichts u gerner als eine Beeinträchtigung der perſönlichen Freihe und Würde. Es bedarf wohl kaum der Ausführung, wel eigentümlichen Eindruck es macht, daß Herr R. für nötig häl dieſe für jeden freiſinnigen Menſchen ſelbſtverſtändlichen Din noch beſonders von ſich auszuſagen.

Sie ſehen alſo m. H., daß Herr R. trotz vieler Wor auf den eigentlichen Grund, weshalb ſeine Kandidatur d meinigen entgegengeſtellt wird, gar nicht eingeht. Ein ſolch muß aber wohl exiſtieren, denn es iſt nicht wohl zu glaube

daß gewiſſe Leute auf einmal für Herrn R. ſchwärmen, wenn nicht tiefgreifende Sympathien und Antipathien dabei ins Spiel kommen.

Dieſer wirkliche Grund aber, er tritt ſofort zu Tage, wenn wir die Männer miteinander vergleichen, die dem einen und dem andern Komitee angehören. Auf der meiner Kandidatur günſtigen Seite ohne Unterſchied der Konfeſſion faſt ausnahmslos diejenigen, die ſeit Jahren eingetreten ſind in die politiſchen Wahlkämpfe, die dem Wahlkreis Krefeld den Namen eines der zuverläſſigſt freiſinnigen in deutſchen Landen errungen, auf meiner Seite alle diejenigen, die in öffentlichen Angelegenheiten ſich die Intereſſen des ganzen Volks zur Richtſchnur dienen laſſen. Auf der andern Seite, in dem Komitee für R. dagegen faſt nur die Namen von ſolchen, die ſich ſeither um politiſche Fragen wenig oder gar nicht gekümmert, unter ihnen ſogar unzweifelhaft verſchiedene, die vor ihrem Eintritt Herrn R.s Beſtrebungen kaum je ernſtlich verfolgt haben, jedenfalls aber nur Männer, die darum aus dem Hintergrund hervortreten, weil ihre Leiter den Augenblick für günſtig halten, für ihre Sonderanſchauungen und Sonderintereſſen zu werben.

Das klingt ſchroff, m. H., aber iſt es nicht durchaus der Wahrheit entſprechend? Lautet nicht die Parole, Wochentags von Mund zu Mund getragen, Sonntags vor verſammelter Menge ausgeſprochen: ‚es gilt vor allen Dingen einen Katholiken zu wählen‘? An und für ſich gewiß ganz ſchön, und es wird wirklich ſo leicht niemand widerſprechen, wenn ganz harmlos hinzugefügt wird: warum ſollten wir nicht in einem Kreiſe, in dem die Katholiken die Majorität haben, auch einen ſolchen wählen? Aber iſt denn das wahr, oder iſt die Benennung Katholik nicht bloß ein Aushängeſchild? Daß es dies iſt, das haben die hier anweſenden Wähler aus dem Landkreis zu Neuß im vorigen Herbſt erfahren, als es der Partei, die ſich heute mir entgegenſtellt, gefiel, die beiden bewährten Vertreter im Landtag über Bord zu werfen, weil ſie unabhängige Männer waren, die es verſchmähten, klerikalen Zwecken

ihre Überzeugung zum Opfer zu bringen. Daß es dies ist, das bezeugt vor allem die Person des Kandidaten, des Herrn R. selber, der nicht nur der Vater, sondern auch bis heute der geistige Mittelpunkt der früher ultramontan, jetzt klerikal genannten Partei in Preußen ist. Es hat diese Partei in ihrem jüngsten Aufruf zu den Wahlen sich mit derselben Vorsicht ausgesprochen, wie Herr R. gegenüber seinen hiesigen Freunden. Es müssen Stichworte die Stelle der den Parteigegensatz ausdrückenden Gedanken versehen. Verfassungstreu nennt sich die Partei, als wenn es überhaupt gestattet wäre, den Gegner der Untreue gegenüber dem Grundgesetz unseres Staates zu zeihen. Hat aber irgend eine Partei das Recht, die Verfassungstreue besonders für sich in Anspruch zu nehmen, so ist es doch wohl nicht die klerikale, es ist unsere liberale Partei, die durch langjährige Kämpfe mit nie ermüdendem Eifer bestrebt gewesen ist, unsere Verfassung gegen alle erdenklichen Anfechtungen zu schirmen und zu schützen und auch die Paragraphen zur Geltung zu bringen, die in ihr gleichsam als Richtungslinie für die Zukunft Aufnahme gefunden haben. Die Partei will eintreten für die Freiheit der katholischen Kirche. Ja, m. H., ist denn die bedroht? Doch wahrhaftig nicht, solange es eine liberale Partei in Deutschland giebt und diese die Majorität in den gesetzgebenden Versammlungen besitzt. Die liberale Partei will ja die Freiheit jeder Kirche, den Schutz jeder Kirche, ja jeder individuellen Überzeugung gegen Eingriffe der Staatsgewalt, sie will den Ausspruch unseres großen Königs: ‚in meinen Staaten soll jeder nach seiner Facon selig werden' zur Wahrheit machen. Und haben die Protestanten in der liberalen Partei nicht noch einen besondern Grund, für die thatsächlich bestehende Freiheit der katholischen Kirche einzutreten, da sie doch für ihre eigene Kirche diese Freiheit erst noch erkämpfen müssen?

Wir sehen uns also gezwungen, zurückzugreifen auf die Geschichte der klerikalen Partei in Preußen, wenn wir uns klar werden wollen über ihre wirklichen Ziele; aus ihrem jüngsten offiziellen Auftreten vermögen wir dies nicht. Auf

Schritt und Tritt begegnen wir in derſelben dem Beſtreben, dem ſich in Deutſchland langſam aber ſicher entwickelnden Einfluß des jugendkräftigen preußiſchen Staats alle erdenklichen Hinderniſſe zu bereiten, und dafür öſterreichiſche und großdeutſche Sympathien zu pflegen, wir begegnen überall dem Streben, die konfeſſionellen Unterſchiede auch hineinzutragen in eine ganze Menge von Sachen, ſie zur Geltung zu bringen auf einer Reihe von Gebieten, wo ſie unbedingt nicht hingehören. Es iſt die Religion berufen, als heilige Triebfeder zu allem Guten und Schönen einzuziehen in das Herz eines jeden Bekenners, ſie iſt berufen im Gotteshauſe zur Liebe und Duldung zu mahnen, zu treuer Pflichterfüllung zu erziehen; ſie iſt aber nicht berufen, aus der Stille ihrer hehren Wirkſamkeit verpflanzt zu werden in das Geräuſch des öffentlichen Lebens, profaniert zu werden im Streit und Kampf der Rede, auf dem Tummelplatz der politiſchen Intereſſen. Hier wird ſie unter Menſchen verſchiedenen Bekenntniſſes nur verwirren nie läutern, ſie wird trennen die Männer derſelben Denkungsart, desſelben redlichen Strebens. Und ich denke, m. H., der nunmehr 23 Jahre in unſerm Vaterlande andauernde Kampf um die Rechte des Volkes, ein Kampf, in dem gut katholiſche Männer, wie der hingeſchiedene, treu bewährte Waldeck, und der nicht minder hochverdiente jetzige Präſident des Abgeordnetenhauſes von Forckenbeck an der Seite von Proteſtanten und Juden ſich unvergängliche Lorbeeren erworben, Lorbeeren, die Herr R. und ſeine Genoſſen zu zerpflücken nie vermocht haben, er hat uns doch gezeigt, wieviel leichter es iſt zu trennen, als zu vereinigen, wie nötig es iſt, daß alle die zuſammenhalten, die in engerem wie weiterem Kreiſe für eine geſunde, fortſchreitende Entwickelung unſeres Staats- und Volkslebens eintreten wollen.

Meine Herren! Wir ſtehen vor einem hochwichtigen Abſchnitte in der parlamentariſchen Geſchichte unſeres Vaterlandes. Unſer Wahlkreis hat zu zeigen, ob er, ganz abgeſehen von den Perſonen, ſeiner alten liberalen Tradition treu bleiben oder ins klerikale Lager übergehen will. Wo ſoviel Männer

aber ſich bereit erklären, den liberalen Zielen zu dienen und den Wahlkampf energiſch aufzunehmen, da kann für mich kein Zweifel darüber ſein, wem der endliche Sieg zufallen wird. Die liberale Sache ſoll und wird ſiegen!

Nach meiner Rede lag es auf der Hand, daß nun mit offenem Viſier gekämpft werden mußte. Hie liberal, hie klerikal war die Parole! In der Preſſe, in Flugblättern, in einer großen Wählerverſammlung in Oſterath wurde an meinen Äußerungen kein gutes Haar gelaſſen. Entgegengeſetzt ließen meine liberalen Freunde es an energiſcher Unterſtützung nicht fehlen. Allerdings waren die Gegner ihnen an Schimpf- und Schmähworten gewaltig über. Den Worten des Herrn Jumpertz, daß der Seyffardt nicht wert ſei, dem Reichensperger die Schuhriemen zu löſen und denen des Kaplan Tietz, daß die Oſterather Bauern, wenn ſie einen Knecht nötig hätten, doch nur einen mit einem katholiſchen Herzen nähmen, dann möchten ſie auch beim Abgeordneten dasſelbe thun, konnten meine Freunde nichts Ebenbürtiges gegenüberſtellen. Unſere Flugblätter, beſonders die von Bernhardi: „An die Gewehre“ und „Gewehr auf“, ließen es an Schneidigkeit innerhalb der Grenzen des Anſtandes gewiß auch nicht fehlen.

Noch im allerletzten Augenblick, am 28. Februar, drei Tage vor der Wahl, verſuchten 11 katholiſche Mitbürger, die Herren Carl Finckh, Jacob Finck, L. Huenges, L. Jores, J. P. Keller, Rich. Paſtor, Dr. Peltzer, J. A. Scheidges, J. Schmitz-de Prée, Carl Zohlen, Emil Zohlen aus dem Bedauern heraus, das bisher ſo vorzügliche Verhältnis zwiſchen Proteſtanten und Katholiken in Krefeld geſtört zu ſehen, dadurch zu vermitteln, daß ſie mich um Beantwortung zweier für die katholiſche Anſchauung wichtigen Fragen erſuchten. Es betraf meine Stellung zur konfeſſionellen Schule und zu dem Wunſche, die Artikel 12, 15, 16 und 18 der preußiſchen Verfaſſung in die deutſche Reichsverfaſſung übertragen zu ſehen. Meine Erklärung, die Auskunft über meine damalige Stellung zur Sache, die übrigens in der Hauptſache nicht von der heutigen abweicht, genügte den Herren und gab Veranlaſſung, ſie in der allerdings erfolgloſen Hoffnung zur Kenntnis der

Wähler zu bringen, daß durch sie die Wahlfrage einer beruhigenden Lösung entgegengeführt werden möge.

Wahlergebnis vom 3. März 1871:

	Seyffardt	Reichensperger	Klein	
Stadtkreis	3339	4254	590 =	8 183
Stadt- und Landkreis	3849	7820	672 =	12 341

Die Schlacht war verloren, das Reichstagsmandat für Krefeld Stadt und Land voraussichtlich nicht wieder zu gewinnen. Ein Nachspiel fand die Wahl einige Wochen später durch die Feier von Königs Geburtstag auf Drießenhof, an der 584 von 700 gemeldeten Liberalen teilnahmen. Von gedrückter Stimmung war nichts zu bemerken. Märklin brachte einen recht warmen Kaisertoast. Dr. Schneider ließ das deutsche Heer und Dr. Keußen das neuerstandene deutsche Vaterland leben, doch fand das Fest erst seinen Höhepunkt, als Bernhardi seine Rede von den schwarzen Raben um den Kyffhäuser Berg losließ, Carl Zohlen des durchgefallenen Reichstagskandidaten gedachte und meine Antwort mit einem Hoch auf das selbstdenkende Bürgertum erfolgte. Einen Widerhall in weitesten Kreisen gewann unsere Wahl durch einen geharnischten Protest, den das Wahlkomitee nach meinem Entwurf gegen die Beeinflussung politischer Wahlen von seiten der katholischen Geistlichkeit von der Kanzel, in Vereinen, im privaten Leben, vor allem aber im Beichtstuhl, an den Reichstag erließ. Die Bedeutung dieser Beeinflussung wird in protestantischen Landesteilen unterschätzt, in gemischt-konfessionellen Gegenden von niemand bezweifelt. Ich reiste speciell nach Berlin, um unser Schriftstück zu empfehlen. In der die Wahl prüfenden Abteilung war der Antrag auf Beanstandung und Feststellung der behaupteten Thatsachen durch richterliche Untersuchung nach einem Referat von Dr. Reyscher mit 21 gegen 19, im Plenum derselbe von Kanngießer und Duncker wiederholte Antrag mit 151 gegen 141 Stimmen abgelehnt worden. Gegen die Beanstandung hatten Dr. Bock, Günther, Lasker, Windthorst, für dieselbe Kannegießer, Wehrenpfennig, von Keudell gesprochen.

Die Ergebnisse der Wahlen in Krefeld und allen Wahlkreisen mit gemischt-konfessioneller Bevölkerung hatten zur Folge, daß

nun für Jahrzehnte alle Beziehungen mit Ausnahme der reinen Wohlthätigkeitspflege zwiſchen Klerikalen und Antiklerikalen auf der Spitze des Schwertes beruhten. So ſchroff wie im Jahre 1871 ſind ſie glücklicherweiſe allerdings nicht geblieben. Damals erließen 190 Krefelder Bürger, unter ihnen ſo ziemlich alle, die ſich am öffentlichen Leben beteiligten, die Erklärung:

> Die Unterzeichneten fühlen ſich gedrungen, zur Ehre der Wahrheit und aus Liebe zu ihrem Vaterland ihren Mitbürgern darüber keinen Zweifel beſtehen zu laſſen, daß ſie ſich, trotz des Widerſpruchs der hieſigen römiſchen Geiſtlichkeit, mit dem in dem Toaſte des königlichen Bankdirektors, Herrn Zuccalmeglio, gefällten Urteile: „die römiſche Geiſtlichkeit arbeite mit rückſichtsloſer Energie am Sturze des eigenen Vaterlandes und wühle und ſtimme gegen das wiedergewonnene Deutſche Reich“ einverſtanden erklären müſſen, und in dieſem Urteil nicht eine gehäſſige Verleumdung, wohl aber eine auf Thatſache begründete Behauptung erblicken.

Damals war es auch, daß der Reichstagsabgeordnete Dr. Völk, ſelbſt Katholik, Mitglied für den bayeriſchen Reichstagswahlkreis Kempten, der Meinung Ausdruck verlieh, daß ſo gewiß als das Deutſche Volk die Welſchen über den Rhein geſchlagen habe, es ebenſo gewiß die Welſchen über die Alpen zu ſchlagen verſtehen werde.

Selbſtredend würden heute wie früher Mitglieder der Centrumspartei in ſolchen Äußerungen nur ein Zeugnis für den nach ihrer Meinung weit verbreiteten Katholikenhaß erblicken. Sie würden aber wohl die Antwort ſchuldig bleiben müſſen, wenn man an ſie die Frage richtete, ob es nicht viel natürlicher ſei, in ſolchen ſcharfen Angriffen die Erwiderung auf das Verhalten der Centrumsverbrüderung jener Tage zu erkennen. Denke man doch daran, daß in dem Krefelder Journal, das ſich zum 1. Januar 1872 als Niederrheiniſche Volkszeitung entpuppte, noch Mitte Dezember 1871 der Vorſtand der Conſtantia mit geſperrtem Druck den Donnerbefehl ausgab: Weg aus eurer Familie, weg aus euren Häuſern mit jedem katholikenfeindlichen Blatt! Katholiken-

feindlich wurde nämlich alles genannt, ob evangelisch oder katholisch, was nicht zur neuen ultramontanen Fahne schwor.

Es folgen nun lange Jahre, in denen mir die Auszeichnung zu teil wurde, von der Niederrheinischen Volkszeitung in allen meinen öffentlichen und privaten Beziehungen, sagen wir einmal, beachtet zu werden. Ich habe, soviel ich mich erinnere, nie anders als bei ganz gelegentlichen Kandidatenreden und Berichterstattungen, die Anzapfungen berücksichtigt, mir aber den kleinen Scherz erlaubt, eine Sammlung von Zeitungsausschnitten, in der Zahl nicht weit hinter 100 zurückbleibend, anzulegen, die mir alle erdenklichen Unfreundlichkeiten und Unhöflichkeiten ins Gesicht schleuderten. Mit einer einzigen Ausnahme werde ich dieser Erlebnisse, die ihr Ende fanden, als im Jahre 1885 die steigende Bevölkerungsziffer der Katholiken den Liberalen nach dem Reichstags- auch das Landtagsmandat entriß, nicht in diesen Blättern gedenken.

Es lag nahe, daß nach dem Mißerfolg auf dem Gebiete der Volksvertretung und der Unwahrscheinlichkeit, Ersatz in einem andern Reichstagswahlkreis zu finden, der Plan, mich ganz dem öffentlichen Leben zu widmen, etwas ins Schwanken kam. Doch verminderten sich die Bedenken immer mehr und fielen ganz weg, als ich 1873, worüber ich weiterhin berichten werde, ins preußische Abgeordnetenhaus gewählt wurde. Zunächst gestattete ich mir von April bis Juni die Muße zu einer sechswöchentlichen Reise nach Mittel- und Süditalien, von der ich durch den binnen acht Tagen erfolgten Tod dreier Familienglieder, meines guten Vaters, meines Bruders Wilhelm in Saginaw und meines Schwagers Gerhard von Beckerath in Krefeld (gestorben in Bozen) zurückgerufen wurde.

Der Krieg hat Krefeld sehr verschont und ihm weder Einquartierung noch besondere Lasten gebracht. Dabei erfreute es sich bei dem Vorwiegen der Export-Industrie eines ausgezeichneten Geschäftsganges. Im Juli vor der Einkleidung der Einberufenen gab es großen Spektakel: in der Nacht begeisterte Kundgebungen vor den Häusern des Oberbürgermeisters, des Landrats und des Reichstagsabgeordneten; am Sonntag Nachmittag, auf Verlangen

der Reserve- und Landwehrleute, bei strömendem Regen noch eine Rede von mir auf dem Schloßmarkt vor meiner am Abend erfolgenden Abreise zum Reichstage. Dann kam der unendliche Siegesjubel nach Spichern, Weißenburg, Wörth, Sedan und Metz, und die stille Arbeit in den mit 300 Betten zur Verfügung gestellten Krefelder Lazaretten, aus Krankenhaus- und Privaträumen zusammengesetzt. Es kamen ferner die Sammlungen für verwundete und erkrankte Krieger, für die Familien der Einberufenen, wiederholte Ehrengaben an die im Felde stehenden Truppen, besonders für die Krefelder Landsleute, und die Fürsorge für die zum Kriegsschauplatz eilenden Sanitäts- und Nothelfercorps. Nachdem die Extrablätter nur selten mehr erschienen, erinnerte im Äußern der Stadt wenig an die Fortdauer des Riesenkampfes zweier Nationen, als hier und da uniformierte Verwundete, Genesende oder rothosige Kriegsgefangene, die in den Färbereien beschäftigt waren. Anders war es, wenn Interesse oder Neugier unsere Schritte nach Köln oder Düsseldorf leiteten. Ich sah auf dem Kölner Bahnhof einmal einen von der Belagerung vor Metz kommenden Zug von 300 Kranken, über und über mit gelbem Lehm beschmutzt, zeigte, in Begleitung von R. v. Lumm und Söhnen, meinem Sohn Emil auf der Wahner Haide das Lagerleben der Zuaven und Turkos, die für 10 Pfg. den Besuchern einen Knopf ihrer Uniform verkauften, und besuchte gleichfalls mit Emil nach dem Kriege die Kriegsschauplätze von Spichern bis Straßburg.

Was meine persönliche Thätigkeit betrifft, so war sie während des Krieges und nach demselben mit verstärktem Interesse den öffentlichen Ämtern gewidmet, die ich übernommen hatte. Ließ die gute Beschäftigung in den Fabriken die Arbeit in der Armenpflege, die ich von 1869/70 an, als gemäß Ortsstatuts gewähltes Mitglied, leitete, etwas geringer werden, so nahm dafür die Handelskammer und die Stadtverordneten-Versammlung nicht unerheblich mehr Zeit in Anspruch. Getreu dem Gedanken, solche Ämter zu bevorzugen, für die sich kein ebenso gut oder besser geeigneter Vertreter findet, lehnte ich die Wahl zum Präsidenten der Handelskammer ab, als mir bei der Neuwahl 1871 die Mehrheit der Stimmen zufiel. Alex. Heimendahl wurde dann einstimmig

gewählt, nachdem ich erklärt, daß ein engerer Kreis ihn für den geeignetsten Repräsentanten der Interessen, die bei dem betreffenden Amt in Frage kommen, erachtete. Daß er dies sei, hatte er zwei Jahre später besondere Gelegenheit, auf der Wiener Weltausstellung, über die er als Vorsitzender der Sektion IV der Textilgruppe der Internationalen Jury einen vortrefflichen Bericht herausgab, zu zeigen. Als Mitglied der Handelskammer reiste ich mit Heimendahl und E. de Greiff zu dem preußischen Gesandten Herrn von Balan in Brüssel, dem Kommissar bei den Friedensverhandlungen, um den Wünschen der Krefelder Industrie bezüglich des Wiederauflebens des deutsch-französischen Handelsvertrages das Wort zu reden. In derselben Eigenschaft nahm ich bereits an einer Versammlung der vier Handelskammern: Düsseldorf, Elberfeld, Gladbach, Krefeld, in Düsseldorf und an einer Besprechung aller Handelskammern der Rheinprovinz teil (12. Dezember 1869 in Köln), um ein gemeinschaftliches Vorgehen zu Gunsten der rheinischen Handelsgerichte bei Gelegenheit der Vorbereitung der neuen Gerichtsorganisation zu vereinbaren. Daß die Handelsgerichte selbst gefährdet seien, wollte bei dem hohen Ansehen, in dem sie bei der rheinischen kaufmännischen Welt standen, und nach dem mehrmaligen Votum des Handelstages zu ihren Gunsten, anfangs niemand glauben. Es schien sich mehr darum zu handeln, die Möglichkeit, einen kaufmännischen Vorsitzenden zu wählen, aufrechtzuhalten. Obschon mannigfach zugegeben wurde, daß der Theorie nach ein juristischer Vorsitzender vorzuziehen sei, glaubte man den Nichtjuristen, die bisher anstands- und tadellos den Vorsitz geführt hatten, diese Anerkennung schuldig zu sein. Es kann nicht meine Absicht sein, auf diesen Kampf zwischen Kaufleuten und Juristen näher einzugehen. Die Entscheidung gegen das Institut der Handelsgerichte selbst fiel in einer Sitzung der ständigen Justiz-Kommission des Reichstages bei Beratung der Civil-Prozeßordnung mit allen gegen 3 Stimmen.

Zur Beratung über diesen, der ganzen kaufmännischen Welt wie ein Blitzstrahl aus heiterem Himmel erscheinenden Beschluß, wurde eine außerordentliche Generalversammlung des deutschen Handelstages zum 29. Mai 1875 nach Berlin berufen. Die

Krefelder Handelskammer wurde durch Alex. Heimendahl, Hermann ter Meer und mich vertreten. Mit verschiedenen anderen Rednern nahm auch ich das Wort. Wir einigten uns zu der nachfolgenden Resolution:

„Der Deutsche Handelstag hält auch nach Kenntnisnahme der Protokolle der Justiz-Kommission des Reichstages und der gegen die Einführung von Handelsgerichten daselbst vorgebrachten Gründe an seinen auf dem ersten, dritten und vierten Deutschen Handelstage in Übereinstimmung mit dem fünften Deutschen Juristentag und siebenten Kongreß deutscher Volkswirte in betreff der Handelsgerichte gefaßten Beschlüssen in dem Sinne fest, daß er deren Fortbestehen, beziehentlich Einführung, überall da, wo ein Bedürfnis dafür sich zeigt, aus den in den stenographischen Verhandlungen und Denkschriften des Handelstages und seines Ausschusses ausführlich niedergelegten Gründen nach wie vor für dringend geboten erachtet.

Der Deutsche Handelstag spricht daher die Erwartung aus, daß die deutsche Reichsregierung wie ingleichen auch der Reichstag dem ablehnenden Beschlusse der Justiz-Kommission keine Folge geben werde.

Insbesondere vermag eine Einrichtung, der zufolge für die Beurteilung gewisser Klassen von Rechtsstreitigkeiten kaufmännische Beisitzer zu den Amts- und Landgerichten zugezogen werden, die Einsetzung selbständiger Handelsgerichte nicht zu ersetzen."

Diese Resolution wurde einstimmig von den anwesenden 115 Vertretern von Handelskammern und wirtschaftlichen Vereinen angenommen. Der Vorsitzende Delbrück-Berlin versprach, die Resolution nach den Stellen hin mitzuteilen, wo ein Erfolg davon zu erwarten sei. Der Erfolg ist ausgeblieben, die Handelsgerichte sind dem Übelwollen der reinen Theorie zum Opfer gefallen. Für Krefeld gewann die Sache ihren Abschluß am 1. Oktober 1879 durch die Auflösung des Königlichen Handelsgerichtes und am 28. Februar 1880 durch die Überreichung einer Dankadresse des Handelsstandes des Bezirks an die früheren Mitglieder des Ge-

richts, dem auch ich angehört hatte, im großen Rathausſaale. Die Adreſſe hatte folgenden Wortlaut:

„Hochgeehrter Herr!

Das große Geſetzgebungswerk, welches den mannigfachen und abweichenden Formen der Rechtſprechung in deutſchen Landen am 1. Oktober dieſes Jahres ein Ziel ſetzte und an deren Stelle einen neuen, einheitlichen Organismus ſchuf, hat durch die Umgeſtaltung der Handelsgerichte auch in unſerem Handelsbezirke ein großes Opfer gefordert.

Das ſeit nahezu 80 Jahren nur aus Kaufleuten gebildete Handelsgericht, eine Inſtitution, auf welche unſere Handelswelt mit Recht ſtolz war, und an welcher mitzuwirken bei der Bürgerſchaft unſerer Stadt jederzeit als ein Ehrenamt im beſten Sinne des Wortes galt, hat an dieſem Tage ſeine Wirkſamkeit beendet.

Niemals fehlte es bei uns an opferwilligen und befähigten Männern, die jenes Amtes in Ehren warteten, und gleich Ihnen, hochverehrter Herr, hat eine große Zahl unſerer Kaufleute oft lange Jahre hindurch in mühevoller Erfüllung dieſes Berufes Beweiſe echten Bürgerſinnes gegeben.

Sie Alle haben deshalb auf den wärmſten Dank Ihrer Mitbürger den gerechteſten Anſpruch erworben.

Dieſen Dank Ihnen heute, in Gegenwart ſo vieler Zeugen Ihres Wirkens, auszuſprechen und ihn zugleich durch ein künſtleriſches Zeichen zu bekunden, hält ſich die Handelskammer von Krefeld, und mit ihr die Kaufmannsſchaft des Bezirks, verpflichtet.

In neuen Formen und unter anderen Namen wird manches Alte und Bewährte der früheren Organiſation ja bei uns fortdauern; manches andere mußte aufgegeben werden. Die Bedeutung des erlangten Beſitzes, die Rechtseinheit im teuren Vaterlande, dieſes große, ſegensvolle Gut, kann das Bedauern über den Verluſt einer von uns zu allen Zeiten ſo hochgehaltenen Inſtitution wohl in uns mindern, und auch den Mitgliedern des Königl. Handelsgerichts in Krefeld den Verzicht auf eine liebgewordene Amtsthätigkeit erleichtern.

Aber niemals wird dieselbe die dankbare und freundliche Erinnerung des Handelsstandes an Ihr treues und gemeinnütziges Wirken in uns erlöschen lassen."

Neben der Teilnahme an diesem außerordentlichen Handelstage will ich aus der Reihe der von mir besuchten ordentlichen Handelstage noch desjenigen an dem fünften ordentlichen Handelstage in Leipzig gedenken. Derselbe fand am 13. Mai 1872 statt. Von Krefeld waren außer mir noch Heimendahl und Wilh. Herbertz delegiert. Verhandelt wurde über Bank- und Eisenbahnfragen.

Die in der Bankfrage einander gegenüberstehenden Anträge lauteten:

1. Antrag des bleibenden Ausschusses des deutschen Handelstages:

   I. Das Recht der Notenausgabe soll in Zukunft für das ganze Deutsche Reich im Princip nur Einer großen centralen Bank zustehen.

   Die bereits erteilten Notenprivilegien mögen zwar erhalten bleiben, indessen sollen neue nicht mehr erteilt, auch die bestehenden nicht erweitert werden. Sofern eine Bank das Recht unbeschränkter Notenausgabe besitzt, muß dasselbe auf eine dem gegenwärtigen thatsächlichen Geschäftsverkehr der Bank entsprechende Summe herabgesetzt werden. (Dieser Antrag wurde mit 58 gegen 25 Stimmen angenommen.)

   II. Für die nach I. zu schaffende große centrale Bank empfiehlt sich in allen wesentlichen Stücken die gegenwärtig der Preußischen Bank zukommende Organisation: es ist daher die Preußische Bank in eine „Allgemeine Deutsche Reichsbank" hinüber zu leiten,

   III. Nach vollendetem Übergange Deutschlands zur Goldwährung sollen Banknoten unter dem Betrage von 100 Mark (= 33⅓ Thlr. = 58⅓ Gulden) nicht mehr emittiert und die umlaufenden eingezogen werden.

2. Antrag des bleibenden Ausschusses mit dem Amendement der Handelskammer zu Krefeld:

Für I. Das Recht der Notenausgabe soll in Zukunft für das ganze Deutsche Reich im Princip nur einer großen centralen Bank zustehen, deren nicht durch Metall gedeckter Notenumlauf zu kontingentieren ist.

Die bereits erteilten Notenprivilegien mögen zwar erhalten bleiben, indessen sollen neue nicht mehr erteilt, auch die bestehenden nicht erweitert und beim Ablauf nicht erneuert werden.

Sofern eine Bank das Recht unbeschränkter Notenausgabe besitzt, muß dasselbe auf eine dem gegenwärtigen thatsächlichen Geschäftsverkehr der Bank entsprechende Summe herabgesetzt werden.

(Dieser Antrag blieb mit 38 gegen 45 Stimmen in der Minorität.)

Für II. Ausschußantrag.

III. Zu streichen.

3. Antrag der Handelskammern zu Mannheim, Leipzig, Bingen, Bremen, Darmstadt, Dresden, Frankfurt a. M., Göttingen, Hannover, Mainz, München, Offenbach, Worms, der Gesellschaft der Commerzirenden zu Altona und der Handelsvereine zu Gießen, Mainz und Offenbach:

I. Die Centralisation der Banken mit Notenausgabe zu einer einzigen Reichsbank würde die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands schädigen.

Eine derartige Centralisation ist daher zu bekämpfen, vielmehr die Erhaltung bestehender und die Errichtung neuer Notenbanken allenthalben da zu fördern, wo die Zweckmäßigkeit oder gar das Bedürfnis einer solchen anerkannt wird.

II. Durch die Gesetzgebung sind für das ganze Deutsche Reich gültige Normativbestimmungen festzustellen, welche hauptsächlich den Zweck zu verfolgen haben, daß die unbedingte und sofortige Einlösbarkeit der Noten sichergestellt und die fortdauernde Kenntnisnahme von der Geschäftslage der Banken nach Möglichkeit erleichtert werde.

Meine Rede für das Amendement der Handelskammer in Krefeld lautete:

„Ich habe mich zum Worte gemeldet, um vor Ihnen die Amendements der Handelskammer zu Krefeld, die sich im übrigen den Resolutionen des Ausschusses vollständig anschließen, kurz zu motivieren. Das erste ist der principielle Zusatz, daß Sie belieben mögen, sich für eine Kontingentierung der Banknoten der zukünftigen Reichsbank auszusprechen. Das zweite Amendement will recht Farbe bekennen und den Beweis liefern, daß es im praktischen Leben allerdings eine Art von Fanatismus für Einheit der Noten giebt. Es will bestimmt ausgesprochen haben, daß die abgelaufenen Konzessionen von Privatbanken nicht mehr erneuert werden sollen. Wir wollen also weiter gehen, als (wie wir durch die Motivierung des Herrn Referenten vernommen haben) der Ausschuß beabsichtigt, der es einigermaßen fraglich lassen will, ob jene Konzessionen für die Zukunft zu erneuern sein würden. — Der dritte Vorschlag, den wir Ihnen gemacht haben, ist: Die Resolution 3 zu streichen; denn, wenn die Ausgabe der Banknoten der Reichsbank kontingentiert ist, dann, glauben wir, wird kein Grund übrig bleiben, in Bezug auf Größe der Appoints den Bedürfnissen des Handels und Verkehrs irgendwelche Schranken zu ziehen. Wollen diese größere Quantitäten von Fünf- und Zehnthalernoten haben, so möge die Reichsbank ihnen zu Willen sein.

Ehe ich in die Motive unserer Amendements eingehe, kann ich wirklich der Versuchung nicht widerstehen, dem Herrn Vorredner einige Worte zu erwidern. Es spitzten sich seine interessanten, aber ich muß hinzufügen meist theoretischen Ausführungen, wesentlich darin zu, daß er für Bankfreiheit — was doch wohl Banknotenfreiheit heißen soll — sich aussprach. Ja, meine H., auf den Köder der Freiheit beißen wir heute nicht mehr so leicht an wie vor 25 Jahren. (Sehr gut!)

Die von ihm gepriesene Freiheit ist die Freiheit für diejenigen, die aus der Notenausgabe Nutzen ziehen wollen, und die Unfreiheit für diejenigen, die nachher diese Noten annehmen

müſſen, (Bravo!) und daran Geld verlieren. (Sehr richtig! Sehr gut!)

Was mir dagegen an dem Vortrag des Herrn Vorredners gefallen hat, das war, daß er geſagt hat: Schließlich ſoll das Bedürfnis entſcheiden. M. H.! Es muß alſo wohl in den preußiſchen Landen, wenigſtens in den altpreußiſchen Landen, in der Beziehung ein anderes Bedürfnis exiſtieren wie in den nicht-preußiſchen Landesteilen; denn eigentümlich iſt es, daß bei dem neuen Antrage, der in dieſem Augenblick verteilt worden, keine einzige Kammer aus altpreußiſchen Landesteilen mit unterſchrieben hat. Wir haben eben die große Bedeutung der preußiſchen Bank für Handel und Verkehr in einer langen Reihe von Jahren kennen gelernt, wir haben erfahren, wie dieſe preußiſche Bank den Bedürfniſſen des Verkehrs in allercoulanteſter Weiſe entgegenkam, wie ſie in der That es verſtanden hat, in des Wortes ſchönſter Bedeutung populär zu werden. (Sehr wahr! Sehr gut!)

M. H.! In demſelben Maße wie ſich aber die Sympathien für dieſe gut preußiſche Einrichtung — und ich glaube, wir werden uns vielleicht darüber in Deutſchland früher einigen, als mancher es heute noch glaubt, denn auch die preußiſche Bank gehört zu den preußiſchen Einrichtungen, die als muſtergültig zu betrachten ſind, die alſo nicht deswegen von uns vorgeſchlagen werden, weil ſie preußiſch ſind, ſondern weil ſie ſich bewährt haben, — in demſelben Maße alſo, meine Herren, wie ſich die Sympathien für die preußiſche Bank entwickelt haben, in demſelben Maße haben auch die Antipathien gegen alles, was Privatbank und Privatbanknoten heißt, zugenommen. Ich glaube, es iſt nicht übertrieben, wenn ich ſage, daß man ſich mehr und mehr daran gewöhnt hat, Privatbanknoten mit den Kaſſenſcheinen der kleinen Staaten und mit den Dividendenſcheinen und ähnlichen Papieren in einen Topf zu werfen und ſie als wilde Scheine, als faule Papiere zu bezeichnen. Ich glaube ebenfalls nicht zu übertreiben, m. H., wenn ich ſage, daß dem Zinsgewinn, den die Aktionäre der Privatbanken einſtreichen, mindeſtens derſelbe

Betrag an Bankierprovisionen und Kursverlusten gegenübersteht, den wir andern für die Umwechselung zu bezahlen haben. (Sehr wahr! Sehr gut!)

Sie haben mir vielleicht darauf zu erwidern: „Ja, der Verkehr braucht sie doch nicht anzunehmen.“ Das ist aber Theorie, m. H., man nimmt sie eben thatsächlich an. Es ist das ein Kapitel, welches auszuführen mich zu weit ablenken würde; es würde mich allerdings dazu veranlassen, einige Beiträge zu liefern zu dem Kapitel, das ein rheinischer Professor neulich behandelt hat unter dem Titel: „Was wir von Frankreich (und ich würde hinzufügen: von England) lernen können.“ Thatsächlich sind diese Banknoten eine Schädigung für den Verkehr, wir können uns ihrer nicht erwehren, und wenn auch nicht alle hier vereinigten Zweige des deutschen Handels dabei so schlimm beraten sind, als der Zweig, dem ich angehöre, der Manufakturwarenhandel, so participieren sie doch sämtlich an der Verfälschung der Cirkulationsmittel, die die Banknoten für uns geworden sind! (Bravo!)

Nun, m. H., wenn wir dem geehrten und beredten Vertreter der Handelskammer zu Mannheim und denjenigen, die auf seiner Seite stehen, folgen würden, so würde sich für unsere altpreußischen Landesteile ein ganz eminenter Rückschritt ergeben, wir würden dann einen Wetteifer von sehr vielen Banken entstehen sehen, möglichst massenhaft ihre Noten dem Publikum zu octroyieren und von diesem dadurch einen unberechtigten Kredit zu verlangen, den es, wie aus den Ausführungen folgt, die ich mir erlaubt habe, Ihnen zu geben, unfreiwillig giebt.

M. H.! In Preußen verdanken wir der preußischen Bank billiges Inkasso, einen billigen Diskonto unserer Wechsel und, soweit wir beurteilen können, hat der legitime Handel bisher kaum weitergehende Wünsche an einen geregelten Bankverkehr gestellt. Es ist also natürlich, daß auf der Basis dieser Erfahrungen die Handelskammern in den ältern preußischen Provinzen sich sagen: Was bei uns sich so prächtig bewährt hat, was langsam alle entgegenstehenden Interessen

versöhnt oder gar bekehrt hat, wird auch, wenn es übertragen wird auf eine Reichsbank, in ähnlicher Weise für sich Propaganda machen und bald allerwärts anerkannt werden.

M. H.! Das ist nun die eine Seite der Medaille, unsere Anträge sollen Ihnen auch die Kehrseite, so wie sie besteht und soweit sie unsern Augen erscheint, vorführen.

Wenn der Handelstag bloß die Aufgabe hat, den momentanen, in dem Strom der öffentlichen kaufmännischen Meinung vorherrschenden und oben schwimmenden Anschauungen gerecht zu werden, dann mögen Sie den Resolutionen des Ausschusses unbedingt zustimmen. Aber ich glaube, der Handelstag hat doch höhere Aufgaben, er wird versuchen müssen, dem Strome jener Meinung für die Zukunft die Richtung anzugeben, er wird versuchen müssen, dafür zu sorgen, daß dieser Strom nicht bei Gelegenheit im Sande sich verläuft oder über seine Ufer verheerend hinaus sich bewegt. — Gestatten Sie mir, einige Jahre zurückzugreifen und Sie daran zu erinnern, daß im Jahre 1865 an die preußische Landesvertretung das Verlangen der Regierung trat, Filialen der preußischen Bank außerhalb Preußens zuzugeben. Die Landesvertretung konnte sich nicht entschließen, diesem Vorschlage zuzustimmen, als die Regierung nicht darauf eingehen wollte, den Betrag der auszugebenden Noten zu kontingentieren. Nun, m. H., wir dürften doch wohl thun, bei der Behandlung dieser Fragen einigermaßen Fühlung mit unseren gesetzgebenden Körpern zu behalten. Wir wissen ja alle, daß, soweit es Preußen betrifft, dieselben Männer, die damals mit voller Entschiedenheit den Anforderungen der Regierung entgegentraten, auch heute noch die maßgebenden Männer und die Führer der Parteien im Reichstage sind. Da dürften wir also fragen: Sind die Anschauungen, die dieselben damals geleitet haben, nicht die wirklich berechtigten, sind die Momente, die sie damals dazu geführt haben, nicht heute noch in voller Stärke vorhanden, und hat sich nicht in kaufmännischen Kreisen Mancher, der damals den Abgeordneten mit der Apostrophe entgegentrat: „Ihr Theoretiker, in allen Sätteln der Theorie gerecht, wenn

ihr auf die praktiſchen Fragen kommt, ſolltet ihr uns vorher fragen" — jetzt anders beſonnen? Alle dieſe Fragen, m. H., glaube ich, müſſen wir bejahen. Es iſt ja ganz natürlich, daß alle Geſetze über Kredit, ob ſie nun den Staat oder den Privatmann ins Auge faſſen, auf derſelben Baſis beruhen. Der Privatmann, wenn er gut ſituiert iſt, wenn er ein vermögender Mann iſt, wird immerhin einen beſtimmten Kredit, den er auf die verſchiedenſte Weiſe ausnutzen kann, in Anſpruch nehmen können; der Kredit wird ſich anders bemeſſen, wenn er ein Warenkredit als wenn er ein Geldkredit iſt, und ſo wird bei dem Staate oder der durch ihn ſubventionierten Staatsbank ein Kredit ein weſentlich anderer ſein, wenn es ſich um Sichtwechſel auf ſich ſelbſt handelt, um Noten alſo, oder um Staatsanleihen und dergleichen. Wir wiſſen aber im kaufmänniſchen Leben, daß es nicht ſo ſchwer iſt, die Summe, für die ein Kaufmann gut iſt, zu beziffern; analog wird es den geſetzgebenden Gewalten gelingen, die beſtehenden Verhältniſſe feſt ins Auge faſſend, bei Kontingentierung der Noten den Betrag weder zu hoch noch zu niedrig zu greifen und zu bemeſſen.

Nun, m. H., über die eben erwähnte Schätzung hinaus wird der Privatmann in normalen Zeiten ſeinen Kredit faſt bis ins Unendliche ausdehnen können; er hütet ſich aber wohl, denn er iſt ſich bewußt, daß über Nacht die Kriſis hereinbrechen kann, die es ihm ſchwer macht, ſeine Verbindlichkeiten zu erfüllen. Sollen wir nun dem Reiche zugeben, daß es ſich auf andere wirtſchaftliche Geſetze ſtellt als auf die, welche wir im Privatleben befolgen? Ich glaube, daß ebenſo für den Staat dieſe Vorſicht in normalen Zeiten eintreten muß als bei dem Privatmann. M. H.! Wozu würde uns die bis ins Äußerſte ausgedehnte Notenausgabe führen? Es laſſen ſich die Konſequenzen auf den verſchiedenſten Gebieten nachweiſen. Ich will, der Mahnung unſeres Herrn Vorſitzenden eingedenk, nicht zu viel nach der volkswirtſchaftlichen Seite der Frage, die doch immer eine, wenn auch vielleicht nur ſcheinbar mehr theoretiſche iſt, mich ergehen, andeuten will ich aber doch, daß bis jetzt die von der Wiſſenſchaft aufgeſtellten Anſchauungen,

daß durch die Menge der Banknoten die Metallvaluta aus unſerem Lande ins Ausland vertrieben werde, daß in demſelben Verhältnis der Preis aller Waren im Lande durchſchnittlich auf eine unberechtigte Höhe hinaufgeſchraubt werde — daß dieſe Anſchauungen nicht widerlegt ſind. Ich, m. H., ſtelle mich aber auf einen weſentlich praktiſchen Standpunkt; ich frage, was iſt kommerziell die Folge der bis ins Unendliche ausgedehnten Ausgabe von Banknoten? Die Folge iſt, daß wir niemals in Deutſchland zu dem von dem Herrn Referenten ſo energiſch empfohlenen und beſten Bankſyſtem, dem der Depoſitenbank gelangen. Der Herr Referent hat uns geſagt, daß dieſes Syſtem bei uns erfreulicher Weiſe im Aufſchwung begriffen ſei; — mir iſt davon, offen geſtanden, noch wenig bekannt geworden, und doch wäre ſehr zu wünſchen, daß er Recht habe, denn, m. H., es iſt das richtige Syſtem. Das Beiſpiel aller Länder, die einmal nur die erſten Schritte gethan haben, um ein ſolches Syſtem in den Handel einzuführen, iſt ein Beleg dafür. Theoretiſch iſt es ja klar, daß, wenn man mit wirklichen Werten rechnet, wenn man die in dem einen Handelszweige disponiblen Kapitalien aufzuſaugen verſteht, um ſie hinüberzuleiten in einen anderen, der momentan des Kapitals bedarf, — daß das beſſer iſt, als wenn man das ganze wirtſchaftliche Syſtem auf Noten baſiert. Und, m. H., wenn wir uns fragen, warum dieſes Syſtem auch vom praktiſchen Standpunkt aus ſo viel beſſer iſt, ſo geben uns ja die thatſächlichen Verhältniſſe in Nachbarländern hinreichende Gelegenheit an die Hand, uns darüber klar zu werden. Sehen Sie doch, welchen einfachen und billigen Verkehr in England das Depoſitengeſchäft erzeugt hat, einfach deshalb, weil die Erſparniſſe der Bewegung der Cirkulationsmittel von Hand zu Hand ganz enorme ſind; und, was die Billigkeit anlangt, ſo iſt dieſelbe eine ſo erſtaunliche, daß man in Deutſchland kaum eine Idee davon hat. Ich bin ſelbſt in London etabliert und habe durch vieljährigen Verkehr Gelegenheit gehabt, die Sache kennen zu lernen. Die Londoner Depoſitenbank gewährt die größten Umſchläge, ſoweit ſie der mittlere Handelsſtand

gebraucht; etwa 50—100 000 Pfd. Sterling Umſchlag im Jahr für die zinsfreie Belaſſung eines Depoſitums von 3—400 Pfd. Sterling. Im übrigen arbeitet ſie proviſionsfrei. Alſo 15 bis 20 Pfd. Sterling, wenn ich 5% Zinſen rechne, an jährlichen Koſten für einen Bankumſchlag von 50—100 000 Pfd. Sterling. Ich denke, das iſt doch wohl ein Beweis, wie die Depoſitenbank, weil ſie eben das Geſchäft ſo unendlich vereinfacht, auch billiger arbeitet und ein Segen iſt für das Land, das ſich ihrem Syſtem anſchließt. (Bravo!)

M. H.! Wenn wir aber dieſes Syſtem bei uns wollen entſtehen ſehen, müſſen wir das engliſche Vorbild ins Auge faſſen. Der Herr Referent hat Ihnen ſchon geſagt, daß im Jahre 1845 die Kontingentierung, die wir befürworten, durch die Peelakte in England eingeführt worden iſt, er hat geſagt, daß damals die Summe von 14 000 000 — heute 14 650 000 Pfund Sterling — als Maximum der nicht durch Metall gedeckten Noten durch das Geſetz feſtgeſtellt wurde. Heute, wo der Verkehr die dreifache, vierfache Höhe im Export und Import erlangt hat, genügt dieſe Notenausgabe, ſoweit ſie nicht durch Metall gedeckt iſt, dem Verkehr noch vollkommen. Sie werden aus den Ausweiſen der engliſchen Bank erſehen, daß meiſtens nur 3—5 Millionen ungedeckter Noten cirkulieren, aber der Handel hat ſich infolge der dadurch ihm aufgedrängten Beſchränkung der Bildung von Depoſitenbanken mit um ſo größerem Intereſſe hingegeben, und dieſes wunderbare, das ganze Land überſpannende Netz, das über Kapitalien von vielen 100 Millionen Pfund Sterling disponiert, gegründet und immer weiter entwickelt. Auf wirtſchaftlichen Gebieten werden dieſelben Maßregeln wenigſtens analoge Folge haben; kontingentieren Sie bei uns, ſo wird auch das Depoſitengeſchäft in einer Weiſe gefördert werden, von der wir uns kaum ein Bild machen können!

M. H.! Geſtatten Sie mir zum Schluß trotz der Warnung des Herrn Vorſitzenden, die politiſche Seite außer Spiel zu laſſen, doch wenigſtens dieſelbe anzuklingen. Wir haben beim Beginn der Kriege, die wir in den letzten Jahren zu

führen veranlaßt waren, gesehen, daß die Gespenster eines den Noten der preußischen Bank entgegengetragenen Mißtrauens überall dort sich zeigten, wo man nicht in dem unmittelbarsten Konnex mit dem Centrum des Staates war, es bedurfte der Entrüstung des Patriotismus, um diese Schatten zurückzuweisen und unschädlich zu machen. Wie wäre es uns aber ergangen, wenn unsere Heere nicht siegreich gewesen wären? Kaum so gut, m. H., als es den Franzosen erging mit ihrer Bank, die ja, wie wir alle wissen, kurz vor dem Kriege noch keine durch Metall ungedeckten Noten besaß, — vielleicht aber sehr viel schlimmer. Und wenn wir nun jetzt, wo es gilt, Gesetze für ein Menschenalter zu machen, — denn die Bankfrage, die so lange auf Erledigung gewartet hat, wird nun wohl für längere Zeit entschieden werden — da müssen wir die fernere Zukunft ins Auge fassen, da müssen wir uns fragen, wenn nun einmal bei einer ähnlichen Krisis der Zufall es wollte, oder die Geschäftsentwickelung, die wahrscheinlich eine sehr weitausschreitende sein wird, es verlangt haben sollte, daß 200—300 Millionen Thaler ungedeckte Noten cirkulieren, wie würde es dann mit unserer Zahlungsfähigkeit aussehen? Wir als Kaufleute, m. H., sind gewiß in erster Linie dazu berufen, darauf aufmerksam zu machen, daß es in dem Leben der Staaten, gerade so wie in dem der wirtschaftlichen Faktoren, ein Auf und Nieder giebt, und wir nicht immer in die Zukunft so brillant hineinschauen werden in unserem Vaterlande, als in diesem Augenblick der Fall ist.

Wir haben Ihnen aus allen diesen Gründen empfohlen, m. H., die Resolution des Ausschusses nur mit unseren Amendements anzunehmen. Wir glauben, entgegen dem Herrn Referenten, daß wir das Zustandekommen einer Einigung nicht hindern, sondern im Gegenteil dasselbe nicht unwesentlich fördern. Wir glauben, daß, wenn die Herren, die nicht für die Noteneinheit und die Centralbank sind, sehen, daß sie mit ihren Anschauungen nicht durchkommen, — sie mit unseren Amendements den Anträgen des Ausschusses unbedingt ihre Zustimmung geben können; denn unser Antrag steht ihnen in-

sofern näher, als wir ja das Monopol der Bank nicht bis in undenkliche Zeit ausgedehnt sehen wollen, das Monopol, den Bankverkehr vollständig zu beherrschen. Die einzige Möglichkeit aber der durchgreifenden Konkurrenz für die preußische Bank liegt in der Entwickelung der Depositenbanken. M. H., ich bitte Sie, stimmen Sie unseren Amendements zu. Die Bedeutung Ihres Votums würde nicht zum mindesten darin beruhen, daß Sie, die Sie in der Mehrzahl Vertreter der Großindustrie und des Großhandels sind, bei der Eventualität des Zwangskurses nicht so außergewöhnlich geschädigt werden, als dies bei mancher anderen am wirtschaftlichen Leben beteiligten Gruppe der Fall sein würde, z. B. beim Kleinverkehr, bei den Landwirten, den Handwerkern und allen denjenigen, die auf festen Lohn und auf Gehälter angewiesen sind. Davon haben wir in denjenigen Ländern Gelegenheit gehabt, uns zu überzeugen, in denen die Papiervaluta der Metallvaluta gefolgt ist. Die Bedeutung Ihres Votums gegenüber dem Reichstage würde sich, wenn Sie unseren Amendements zustimmen, ganz bedeutend heben, denn man würde Ihnen dann unter keinen Umständen den Vorwurf machen können, daß Sie von einer zu beschränkten Basis, einer zu engen Interessenvertretung aus an die Sache herangegangen seien. Ich empfehle Ihnen die Annahme der Ausschußanträge mit unseren Amendements.

In städtischen Angelegenheiten galt es vor allem der so arg vernachlässigten Volksschule zu Hilfe zu kommen. Im Januar 1871 finde ich in meinen Notizen die Bemerkung: Meine ewig wiederholte Betonung der Wichtigkeit des Antrags, auf eine bessere Zusammensetzung der städtischen Schulkommission durch Verstärkung der Zahl der Mitglieder aus der Stadtverordnetenversammlung hinzuwirken, hat endlich in einem Beschluß der letzteren ein zustimmendes Echo gefunden. Im Oktober 1872 heißt es: Fluß ist, das muß man zugestehen, nach der Übernahme der Geschäfte durch den neuen Oberbürgermeister, Reg.-Rat Roos, in die städtischen Dinge hineingekommen. Reorganisation der Gewerbeschule, Errichtung von 16 Volksschulklassen in einem Jahr, ernstliche Durchführung des Schulzwangs, Vorbereitung neuer Lektionspläne für

vierklassige Schulen, Verbesserung der Beamtengehälter, alles dies ist bereits in der Ausführung, Reorganisation der Polizei, Wasserleitung, Kanalisation und vieles andere in Aussicht genommen.

Im Oktober 1874 berichte ich: Wenn wir nur nicht befürchten müßten, daß der plötzliche Übergang aus dem System des absoluten Schlendrians, der durchaus abwesenden Initiative in das Gegenteil der selbstherrlichen Rücksichtslosigkeit, die Lust zur Teilnahme an der Selbstverwaltung schädigen werde! Übrigens geht es mächtig vorwärts. Als wichtige Thatsachen sind zu nennen: Die Beseitigung des Direktors der höheren Bürgerschule, Jumpertz, der Ausbau der Realschule, die Übernahme des Patronats der privaten höheren Mädchenschule. Meine persönliche Thätigkeit betreffend, erwähne ich meines Besuches der Prüfungen sämtlicher katholischen und evangelischen Volksschulen im parlamentfreien Jahre 1873 und derjenigen aller evangelischen Schulen im mehrbelasteten Jahre 1874. Im Jahre 1876 sagen meine Notizen, daß Roos wacker weiter arbeitet auf dem Gebiete des Schulwesens. Die Stadtverordneten haben die allmähliche Umwandlung der Volksschulen in Simultanschulen beschlossen und den paritätischen Charakter bei fünf oder sechs Schulen mit zwanzig bis dreißig Klassen bereits durchgeführt. Ein städtischer Schulinspektor ist in der Person des Dr. Keußen angestellt und eine jährlich zu wiederholende Revision aller einzelnen Klassen als ständige Einrichtung eingesetzt worden.

Zum Verständnis dieser fragmentarischen Äußerungen bedarf es einer etwas eingehenden Darlegung. Ich knüpfe diese an eine Äußerung vom Jahre 1868 (vergl. S. 36), als ich zum Stadtverordneten erwählt worden war und von allen unseren öffentlichen Einrichtungen die katholische Volksschule als die am meisten reformbedürftige bezeichnete. Der Gedanke, der Herbeiführung einer Reform auf diesem Gebiete meine ganze Kraft zu widmen, faßte mich unwillkürlich, als ich die ersten Schritte gethan hatte, von den bestehenden Verhältnissen nähere Auskunft zu gewinnen. Unter dem ehrenwerten, aber spießbürgerlichen Regiment des damaligen Oberbürgermeisters Ondereyck, eines früheren Subalternbeamten, konnte man auf rasche Erfolge nicht rechnen. Die erste Handhabung zur Opposition boten die niedrigen Lehrergehälter

und der Übelstand der Nichtanrechnung der auswärtigen Dienstjahre der Lehrer. Mit Hilfe von Dr. Keußen und Hauptlehrer Röttgen, die mit großem Fleiß das Material zum Vergleich herbeischafften, gelang es, eine erste kleine Erhöhung für den 1. Januar 1869 durchzusetzen. Alljährlich wiederholte Bemühungen führten erst am 1. Januar 1872 und 1. Januar 1873 zu dem Ziele weiterer Erhöhungen. Trotz immer wiederholter Anstrengungen vermochten wir nicht, neben der bescheidenen Erhöhung der Lehrergehälter, Schulkommission und Stadtverordnete zu einer Prüfung der Schuleinrichtungen zu bestimmen, bis im Jahre 1872 Ondereyck abging und Regierungsrat Roos an seine Stelle trat. In den dazwischen liegenden vier Jahren hatten die Reformer alle Zeit, die ganz unglaubliche Verwahrlosung, in die in Krefeld die Verhältnisse der Schulverwaltung allgemach geraten waren, gewahr zu werden und genau zu studieren. Es wurde daher nicht schwer, den neuen Oberbürgermeister zu bestimmen, zusammen mit der Schulkommision eine allgemeine Revision sämtlicher Volksschulen vorzunehmen. Der zwar ermüdende, aber hochinteressante Rundgang führte zu dem nicht bezweifelten Urteil, daß die evangelischen Schulen ohne Ausnahme in ihren Leistungen als befriedigend oder gut anerkannt wurden, die katholischen dagegen, mit einigen Ausnahmen bei dem besseren Schülermaterial in der inneren Stadt, selbst bescheidenen Ansprüchen kaum genügten. In einer katholischen Schule war die Leistung des Hauptlehrers in so hohem Grade unbefriedigend, daß der Lokalschulinspektor, Pastor Pauly, sich veranlaßt sah, die Fortführung der Prüfung selbst zu übernehmen. Ein Lichtblick bei dem wenig erfreulichen Ergebnis der Revision war die Anerkennung, die die Mitglieder der Kommission dem pädagogischen Geschick dieses Herrn Lokalschulinspektors zollten. Mit der einen genannten Ausnahme war die Schuld an den mangelhaften Leistungen nicht den Lehrern, sondern dem ganzen Geiste der Schulverwaltung und Lokalinspektion, bei vor Anstellung eines Fachmannes in Wirklichkeit nicht vorhandener Kreisschulinspektion, zuzuschreiben. Über städtische Schulverhältnisse im allgemeinen und Krefelder im besonderen bemerkte ich in einer kleinen Broschüre, betitelt: „Die katholische Volksschule am Nieder-

rhein unter geiſtlicher Leitung", die ich in zwei Auflagen in den Jahren 1876 und 1877 bei Kramer & Baum in Krefeld erſcheinen ließ, das folgende:

In den Städten bekunden ſich die allen Aufſchwung lähmenden Folgen der geiſtlichen Schulaufſicht vornehmlich in der allgemein verbreiteten Anſchauung, daß die Schulen in erſter Linie geiſtlichen Zwecken dienten und erſt in zweiter Linie für die Bewilligung der notdürftigſten Mittel die Stadtverordneten angingen. Die ſtädtiſchen Vertretungen verlernten es vollſtändig, in den Schulen Inſtitutionen zur Förderung der für die Staatszwecke nötigen allgemeinen Bildung zu ſehen und zeigten, wie in allen Dingen, wo man nicht mitraten, ſondern bloß bezahlen ſoll, die engherzigſte Sparſamkeit in ihren Bewilligungen. Statt vieler Beiſpiele will ich nur desjenigen meines Wohnortes Krefeld erwähnen, einer Stadt, die ſich zu der Väter Zeiten, als ihrer Religion wegen verfolgte Niederländer ihr die Seideninduſtrie überbracht hatten, ſtets ihres beſonderen Intereſſes für die Schule gerühmt hatte.

Ich ſehe davon ab, für Krefeld alle die Nachteile, die ich nachher für die Landgemeinden im einzelnen nachweiſen werde, mit Zahlen zu belegen. Trotz Tauſenden von Beſtrafungen war die Durchführung des Schulzwangs eine äußerſt mangelhafte, und die vorzeitige Entlaſſung in Verbindung mit dem angeblich im Intereſſe der Induſtrie adoptierten Halbtags-Schulſyſtem die Schuld davon, daß in der oberſten Abteilung der 1. Klaſſe ein Jahrgang, der auf der unterſten Stufe ſechzig Schüler umfaßt hatte, auf die Zahl Zehn herabgemindert war. Erwähnung verdient, daß die Entlaſſung nach vollendetem 12. Lebensjahr zur Halbtagsſchule, für die weder Handelskammer noch irgend beachtenswerte Stimmen in der Induſtrie jemals eingetreten waren, entgegen den beſtehenden Beſtimmungen auch den dem Handwerk und der Lohnarbeit ſich widmenden Kindern auf Wunſch gewährt wurde, und daß der Beſuch dieſer Klaſſen von den Eltern als ſo wenig wichtig angeſehen wurde, daß oft drei Viertel aller Schüler fehlten, und die ganze Exiſtenz der

Halbtagsſchuleinrichtung ein Hohn auf das preußiſche Schulweſen war.

Ich möchte aber als charakteriſtiſch die Zuſammenſetzung der ſtädtiſchen Schulkommiſſion hervorheben. Dieſelbe beſtand noch im Jahre 1868 aus zwölf Perſonen, und zwar fünf Proteſtanten, dem Oberbürgermeiſter, dem Direktor der Realſchule 1. Ordnung und drei Paſtoren, einem Mennoniten, dem Pfarrer, und ſechs Katholiken, drei Paſtoren, dem Rektor der katholiſchen höheren Bürgerſchule und zwei vom Oberbürgermeiſter ernannten Bürgern. Wie wenig eine ſolche Zuſammenſetzung rationellen Anſprüchen an eine verſtändige Leitung der Volksſchulen entſprach, ergiebt ſich am klarſten aus der langſam eingeſchlichenen Praxis einer itio in partes, die die Angelegenheiten der katholiſchen Schulen dem katholiſchen, die der proteſtantiſchen Schulen dem proteſtantiſchen Teil der Kommiſſion ganz ſelbſtſtändig überließ. Die Nachteile ſolcher Einrichtungen machten ſich bei den katholiſchen Schulen beſonders bemerkbar, bei denen es häufig vorkam, daß die Specialvorſtände, die dem Ortsgebrauch gemäß aus einem Geiſtlichen und zwei Laien beſtehen ſollten, nur aus einem Geiſtlichen und einem beſonders kirchlichen, aber manchmal des Schreibens und Leſens kaum kundigen Laien oder gar allein aus dem Geiſtlichen, gelegentlich einem blutjungen Kaplan, beſtanden. Bei beiden Konfeſſionen aber fehlte gleichmäßig die Möglichkeit einer Einwirkung, um die Stadtverordneten als Geld bewilligende Inſtanz für die Volksſchulen als ihre eigenſte Angelegenheit zu erwärmen. Im erwähnten Jahre war nun das Syſtem ſo mit der Errichtung neuer Schulen und Klaſſen hinter dem Bedürfnis zurückgeblieben, daß eine allgemeine Überfüllung eingetreten, daß im Durchſchnitt die 1., 2. und 3. Klaſſen der evangeliſchen Schulen mit 79, 101 und 123, dieſelben Klaſſen der katholiſchen Schulen mit reſp. 87, 101 und 127 Schülern bevölkert waren, eine 3. Klaſſe 153 Kinder zählte, der ein Parallelcoetus von 149 Köpfen zur Seite ſtand. Trotz der unzweifelhaft die größten Anſtrengungen der Lehrer hemmenden Folgen dieſes Zuſtandes konnte die Schulkommiſſion mangels richtiger Fühlung mit

den Stadtverordneten sich nur zu dem Antrage, vier neue Klassen zu gründen, erheben. Es bedarf nur der Gegenüberstellung der Zahlen im Jahre 1874, in der die 1., 2., 3. und 4. Klassen des seitdem adoptierten Vierklassensystems je 53, 69, 77 und 82 Schüler zeigten, um die rasche Entwickelung unter den reformierten Einrichtungen in das richtige Licht zu stellen.

Die genannte Broschüre verdankte ihren Ursprung meiner Befürchtung, daß die Dinge in den niederrheinischen Landgemeinden noch viel trauriger liegen würden als in der Stadt Krefeld und der Bestätigung, die sie fand, als ich Material sammelte, um sie zu begründen. Dies Material ist mir in reichem Maße durch die im Hauptamt am Niederrhein wirkenden Kreisschulinspektoren zugängig gemacht worden. Es waren die Herren:

Dr. Bauer in Moers
Dr. Brandenberg in Siegburg
Dr. Heyer in Düsseldorf
Dr. Küppers in Mülheim a. Rh.
Dr. Ruland in Kempen
Dr. Weßig in Cleve,

soweit meine Erinnerung reicht, dem Stande der Gymnasiallehrer entstammend, sämtlich, vielleicht mit einer Ausnahme, katholischer Konfession, denen niemand bei Besprechung der Glaubwürdigkeit meiner Schrift Lauheit in Ausübung ihrer kirchlichen Pflichten vorgeworfen hat.

An dieser Stelle will ich die einzige ganz kleine Berichtigung von Angaben meiner Schrift einschalten, die zu veröffentlichen ich mich veranlaßt sah. Sie ist gedruckt in der deutschen Vereins-Korrespondenz vom 12. September 1877 und lautet:

Nach der Bulle De Salute animarum vom 16. Juli 1821 besetzt in Preußen der Papst diejenigen Domherrnstellen, welche in den ungeraden Monaten (Januar, März ꝛc.) vakant werden. Das geschieht aber so, daß zuerst der König die Person designiert, der Bischof das Idoneitätszeugnis giebt und der Papst eine Ernennungsurkunde ausstellt. Staatlicherseits wird aber auch die königliche Designation wie eine Ernennung angesehen.

Die Vakanzen in den sechs geraden Monaten besetzt der Bischof. Seit etwa Mitte der fünfziger Jahre ließ nun der Erzbischof von Köln in seinem Kapitel keinen Domherrn mehr zu, der nicht mit Leib und Seele dem Ultramontanismus zugethan war. Ein sehr gemäßigter und kirchlich tadelloser Mann war der in den sechziger Jahren als Stiftsherr zu Aachen verstorbene Dr. Gau, früher Subregens im Kölner Priesterseminar, auch eine Zeit lang Abgeordneter in Berlin. Diesen designierte die Staatsregierung auf eine Domkapitularstelle in Köln, aber Geissel verweigerte hartnäckig ohne Angabe von Gründen das Idoneitätszeugnis mehrere Jahre hindurch, bis Gau starb. Ähnlich wurden andere Persönlichkeiten zurückgewiesen, und so kam es, daß im Jahre 1863 fünf Vakanzen vorhanden waren. Es war die Konfliktszeit. Der König wollte an den Rhein reisen; man fragte sich in Berlin: welche Aufnahme wird er finden? Diese Veranlassung benutzte Aulicke, der sich bald nachher dessen rühmte, um Herrn von Mühler darauf aufmerksam zu machen, wie vorteilhaft für den Empfang des Königs die freudige Erregung der rheinischen Katholiken sein würde, welche dadurch leicht hervorzurufen sei, daß man vor der Abreise des Königs dem am Rhein vom Volke vergötterten Erzbischof von Geissel die von ihm gewünschten frommen und brauchbaren Männer ins Domkapitel gäbe. Mühler ging darauf ein und drang im Kabinett durch. Wegen der von Geissel gewünschten Personen wurde weder der Oberpräsident von Pommer-Esche gefragt, noch die Kölner und Aachener Regierungspräsidenten von Möller und Kühlwetter, sondern pro forma der Regierungspräsident von Massenbach in Düsseldorf, der in die Bedeutung der falschen Kirchenpolitik keine Einsicht hatte. Allerdings waren von den fünf Vakanzen zwei bischöflicher Besetzung, aber die Personen kamen natürlich mit in die Verhandlung. So wurden ernannt: Westhof, Halm, Kirch, Dumont als residierende Domherren und Josten als Ehrendomherr. Allerdings wurde auch Reinarz zum residierenden Domherrn ernannt, aber das war Blendwerk, da er vorher schon Ehrendomherr war, in welchem Range

er Josten Platz machte, so daß die staatsfreundliche Partei dabei keine Stimme gewann, während die vatikanische Partei fünf Stimmen Zuwachs erhielt. Vor dem famosen Domherrn-Schub waren sechs Domherren staatsfreundlich und zwar der Dompropst München und die Domherren Frenken, Trost, Reinarz, Schaffrath und Endepols (die drei letzten damals Ehrendomherren), in den Händen der Jesuiten waren fest nur vier und einer schwankend; zu diesen gab nun die Staatsregierung im Oktober 1863 auf einmal fünf Stimmen dem Vatikan. Der Erzbischof starb; es kam die Wahl. Nun war der Dompropst mit den fünf anderen loyalen Männern in der Minorität. Die nunmehrige Minorität hatte formelle Bedenken gegen das Listenverfahren. Die Majorität, geführt von Baudri, wurde ungeduldig, versammelte sich ohne Propst als Rumpfkapitel und sandte eine Liste nach Berlin, auf der auch Melchers stand; die Liste wurde zurückgewiesen. Es begannen direkte Verhandlungen der Staatsregierung mit Rom. Papst und König gaben das Wahlrecht dem Kapitel wieder mit der vertraulichen Mitteilung, daß beiden Teilen die Kandidaten Hohenlohe, Haneberg und Pelldram genehm seien. Die Majorität setzte Melchers wieder auf die Liste. Und nun wurde dem Kapitel die definitive Wahl entzogen, aber die Regierung gab den Jesuiten ihren zweimal vorgewählten Melchers.

Wenn die Meinung ausgesprochen worden ist, daß die genannten Kreisschulinspektoren in ihren mir übergebenen Notizen ohne ausdrückliche Ermächtigung der Königlichen Bezirksregierung gehandelt haben, so weiß ich nicht, ob das zutreffend ist. Ist es richtig, so bin ich überzeugt, daß die Mitteilungen einerseits dem Danke für meine energische Verteidigung der weltlichen Schulinspektoren gegen die Ultramontanen und andrerseits dem Drucke der öffentlichen Meinung, die nach Aufklärung über die Thatsachen verlangte, ihren Ursprung verdankten. Ich bemerke ausdrücklich, daß der thatsächliche Inhalt meiner Schrift niemals, weder in der Presse noch im Parlament, Widerspruch gefunden hat. Wohl hat man die ganze Schrift in Bausch und Bogen verurteilt und dem Verfasser katholikenfeindliche Tendenzen vorgeworfen. Mein

ganzes Verhalten in der guten alten Zeit, als der Abgeordnete für Krefeld, Herr Appellationsgerichtsrat Kanngießer, im Abgeordnetenhause das wahrhaft ideale Krefelder Verhältnis zwischen Protestanten und Katholiken hervorhob, während des Kulturkampfs und bei der Rückkehr einer versöhnlicheren Stimmung, läßt den Vorwurf als ungerechtfertigt erscheinen. Es war nur der gewaltthätige, im großen und ganzen leider gelungene Versuch, innerhalb der katholischen Kirche die unduldsame ultramontane Strömung zur Herrschaft zu bringen, den ich bekämpft habe.

Ich begnüge mich bezüglich der Leistungen der Landschulen am Niederrhein und des Verdienstes der Falkschen Reformen einen Abschnitt der Broschüre wiederzugeben:

> Alle diese angeführten Momente haben nun dahin geführt, daß die Leistungen der katholischen Schulen am Niederrhein, trotz vielfacher in hohem Grade anerkennenswerter Bestrebungen der Lehrerschaft weit zurückgeblieben sind hinter den Anforderungen, die man im Interesse fortschreitender Kultur an sie zu stellen berechtigt ist. Wenn der Staat die Eltern verpflichtet, ihre Kinder volle acht Jahre, vom 6. bis zum beendeten 14. Lebensjahre, der Schule zu belassen, so genügt es nicht, der Jugend eine notdürftige Kenntnis des Lesens, Schreibens und Rechnens beizubringen, es ist erforderlich, diese lange Zeit zu benutzen, um den heranwachsenden Staatsbürgern eine möglichst allgemeine Bildung zu gewähren. Bisher waren die wichtigen letzten zwei Jahre für die Mehrzahl nahezu verloren. Wie auf den höheren Schulen, den Gymnasien und den Realschulen, die beiden Jahre in Prima die Bildungspflanze erst zur Blüte bringen, wie es erst da dem Lehrer gelingt, auf der Grundlage des in den unteren und mittleren Klassen mühsam durch Technik und Übung gewonnenen Materials die Fäden zu spinnen, die zu den Früchten im Leben hinüberführen, wie der schlimmste Fehler der höheren Anstalten darin liegt, daß die Mehrzahl der sie Besuchenden nie zu den Vorteilen eines pädagogisch reiflich überlegten Abschlusses gelangen, so ist der Volksschulunterricht ohne die zwei letzten Jahre des reifenden Verständnisses ein Körper ohne Kopf, ein Gebäude

ohne Dach. Benutzen wir sie, die Elemente der Realien zu pflegen, die auf den mittleren Klassen bereits eingeleitete Kenntnis der Geschichte, der Geographie, der Naturgeschichte, der wichtigsten physikalischen Gesetze, des Zeichnens zu vervollständigen, so überbürden wir den Schüler nicht, wir begünstigen nicht eine als so gefährlich verschrieene Halbbildung, sondern wir geben der Elementar- oder Volksschulbildung den nötigen Abschluß, ohne den sie nur ein Schein ohne Wesen, zuviel zum geistigen Tod, zu wenig zum geistigen Leben darstellt.

Das große Verdienst des Falkschen Regiments liegt nun darin, daß es alle die von mir geschilderten Mängel der katholischen Volksschulen klar vor Augen gehabt hat, als es seine große reformatorische Arbeit begann. Zwei wichtige Gesetze, das Schulaufsichts- und das Klostergesetz waren für Rheinland erforderlich, um die auf Schritt und Tritt entgegenstehenden Schwierigkeiten zu beseitigen. Durch das erstere wurde dem bisherigen Einwand, daß das preußische Landrecht in der Rheinprovinz keine Geltnng habe und der Charakter der Schule als einer reinen Staatseinrichtung hier nicht dem thatsächlichen Rechtszustand entspräche, der Boden entzogen. Durch das letztere wurde der drohenden Überflutung mit geistlichen Lehrerinnen, denen unzweifelhaft bei günstiger Entwickelung geistliche Lehrer, die man allüberall an den höheren Anstalten anzustellen bereits Gelegenheit gehabt hatte, zu folgen bestimmt waren, vorgebeugt. Innerhalb vier Jahren nach Insleben-treten des Gesetzes müssen die klösterlichen Schulschwestern ihre Wirksamkeit in allen Schulen eingestellt haben.

In Ermangelung eines Unterrichtsgesetzes mußten alle Einzelvorschriften der Reform durch Ministerialverfügung eingeführt werden. Die vornehmlich maßgebenden allgemeinen Bestimmungen vom 15. Oktober 1872, betreffend das Volksschulpräparanden- und Seminarwesen zeigen einen offenbaren Fortschritt gegenüber dem früher Bestehenden. Manches, was beim Lesen ganz selbstverständlich klingt, ist doch bedeutungsvoll, da es eben das Umgekehrte des Decennien lang in die Praxis Eingeschlichenen vorschreibt und ihm überall der Gedanke als

Fundament dient, daß die Schule hinfüro den idealen Staatszwecken zu dienen berufen sei. Diese neuen Bestimmungen würden aber unzweifelhaft ebenso wirkungslos auf dem geduldigen Papier vegetiert haben wie viele frühere Erlasse aus dem Unterrichtsministerium, wenn man nicht mit der Beseitigung der geistlichen Schulinspektion und der Ersetzung durch weltliche Kräfte eine Garantie für den ernsten Willen, die Reform auch durchzuführen, geschaffen hätte.

Die Broschüre schließt mit folgender Aussicht in die Zukunft, die in Folge des Canossagangs des großen Staatsmanns sich leider nicht verwirklicht hat.

Wie die Dinge sich gestaltet haben, muß der Staat auf dem betretenen Wege unwandelbar weitergehen; er muß die äußersten Anstrengungen machen, von der durch hierarchische Tradition beherrschten, aber mit soviel natürlichem Geschick und guten Gaben ausgestatteten gegenwärtigen rheinischen Generation an die zukünftige zu appellieren! Er wird in der Volksschule das Mittel suchen und finden, die Versöhnung der Gegensätze durch die Erhebung des gesamten Volkes zu einer höheren Kulturstufe anzubahnen!

Bei Besprechung meiner Parlamentsthätigkeit in den siebziger Jahren werde ich noch weiteres über die Volksschulfrage zu berichten haben.

Für die Vertretung kommunaler Interessen kommt neben dem Schulgebiet besonders meine Thätigkeit auf dem Gebiet der Armenpflege in Betracht. Seit meiner Übernahme des Vorsitzes in der Krefelder Armendeputation galt mein Streben der gesunden Entwickelung des Elberfelder Systems der Armenpflege, das seit 1863 eingeführt war, in unserer Stadt und einer andauernden Agitation zu Gunsten der als richtig anerkannten Reform nach außen. Zu letzterem Behufe veröffentlichte ich im Jahre 1874 eine kleine Schrift, betitelt: „Die Reform des Armenwesens", die in zwei starken Auflagen bei Kramer & Baum in Krefeld erschien. Den Schluß dieser Schrift bildeten die folgenden Ausführungen:

Die innere Überzeugung, daß es sich bei dem Elberfelder

Syſtem der Individualiſierung der Armenpflege nicht um eine ephemere Erſcheinung, ſondern um den relativ günſtigſten bisher bekannt gewordenen Verſuch handele, die augenblicklich auf mittelalterlicher Baſis in den meiſten Gemeinden geübte Behandlung der Armen-Angelegenheiten den Bedürfniſſen der modernen Zeit entſprechend zu reformieren, ließ den Verfaſſer dieſer Zeilen auf dem volkswirthſchaftlichen Kongreß in Wien das Wort ergreifen, um die Kenntnis von dem Angeſtrebten und Erreichten und die Aufforderung zur Kritik, eventuell aber auch zur Nachfolge, in weitere Kreiſe zu verbreiten. Der Zweck dieſes Schriftchens iſt derſelbe. Beigelegt iſt demſelben ein Exemplar der Armenordnung, die in Krefeld nach dem Elberfelder Muſter eingeführt worden und ein Abdruck des Berichts aus der Feder des Verfaſſers, den die Krefelder ſtädtiſche Armendeputation über ihre 10jährige Wirkſamkeit im vergangenen Jahre erſtattet hat. Der Bericht giebt auf S. 5 unverhohlen zu, daß Erfahrung und Statiſtik noch nicht genügen, um ein abſchließendes Urteil über die Reſultate der neuen Organiſation für das Krefelder Armenweſen zu gewinnen. Aus den zu den Zahlen gegebenen Erläuterungen wie den allgemeinen Betrachtungen geht aber hervor, daß die öffentliche Meinung, dieſem Urteil vorausgehend, längſt der Reform ihre beſondere Teilnahme zugewandt, ihre definitive Beibehaltung als unerläßlich anerkannt hat. Schon jetzt hat ſich herausgeſtellt, daß die größte Garantie für ihr Weiterbeſtehen in ihrem offiziellen Charakter, in der organiſchen Verbindung mit der politiſchen Gemeinde beſteht. Natürlich ſind nicht alle zur Armenpflege Berufenen gute Armenpfleger, ſelbſt beim beſten Willen wird es dem einen leichter als dem anderen, das Richtige zu treffen. Die Mitwirkung von drei Inſtanzen, Armenpfleger, Bezirk, Centralverwaltung, ſichert ohne bureaukratiſche Einwirkung verhältnismäßig raſch die Beſeitigung immer aufs neue bald an dieſem, bald an jenem Punkte wiederkehrender Lauheit und Nachläſſigkeit, und wenn ſelbſt früher oder ſpäter das ganze Syſtem bei ſchwacher oder engherziger Leitung den Dienſt verſagen ſollte, ſo hat die Gemeindever-

tretung durch die ihr vorbehaltene Wahl aller Organe das Korrektiv in der Hand.

Zum Schlusse möge dem Verfasser gestattet sein, noch eine Seite der besprochenen Organisation hervorzuheben, die nach seiner Erfahrung weit über das zunächst angestrebte Ziel, die Verbesserung der Armenpflege, hinaus sich als bedeutungsvoll erweist. Seit Jahrzehnten wird so viel gesprochen und geschrieben über Selbstverwaltung, Teilnahme der Bürger am Gemeindeleben, Beschränkung des Schreiberwesens ꝛc. und wir wollen nicht leugnen, daß an manchen Orten mit der Erkenntnis des Richtigen von Magistrat und Stadtverordnetenkollegien auch die Ausführung der Konsequenzen Hand in Hand gegangen ist. Ein weiterer Schritt in dieser Richtung ist die Annahme der neuen Kreisordnung für die östlichen Provinzen, an die sich unzweifelhaft analoge Reformen nach oben bezüglich der demnächst im Abgeordnetenhaus zu diskutierenden Provinzialordnung, und nach unten bez. Reform der Gemeindeordnungen anschließen werden. Sollte es da nicht besonders erwünscht sein, den Gedanken, die Thätigkeit eines möglichst großen Kreises von Bürgern auf recht vielen Gebieten des öffentlichen Lebens zu verwerten, wenigstens überall dort zur praktischen Anwendung zu bringen, wo die Entwickelung der Verhältnisse eine Änderung dringend nötig macht? Man nutzt damit nicht nur der Sache selbst, sondern gewöhnt auch eine immer größere Zahl von Menschen daran, die Teilnahme am öffentlichen Leben als eine Bürgerpflicht anzusehen. Das Maß dieser Teilnahme ist in der Armenpflege nach dem von uns befürworteten Muster ein so bescheidenes, daß es auch dem beschäftigtsten Kaufmann und Handwerker nicht zu viel Zeit kostet, denn 2—3 Stunden wöchentlich, wenn es hoch kommt, dem gemeinen Wohl zu widmen, wird bei einigermaßen gutem Willen ein jeder ermöglichen können.

Vielleicht würde gegen die Thätigkeit auf dem Gebiete der Armenpflege speciell von der einen oder andern Seite eingewandt werden können, daß man sich nicht berufen fühle, in unmittelbare Berührung mit der Nachtseite menschlicher Kultur-

zuſtände zu treten, und ſich in Situationen zu begeben, in denen die Worte des Dichters:

Mich faßt ein längſt entwohnter Schauer,
Der Menſchheit ganzer Jammer faßt mich an.

zur Wahrheit werden. Dieſer Einwand mag zutreffen für die wenigen äſthetiſch angeregten Seelen, die den Idealismus in der Entfremdung von den Erſcheinungen des Menſchenlebens, in poetiſchen Illuſionen ſuchen. Er hat aber keine Bedeutung für den, der mit Bewußtſein ein Kind des 19. Jahrhunderts iſt und ſeine ideale Lebensanſchauung in der Teilnahme und der perſönlichen Arbeit an den Fortſchritten menſchlicher Kultur zu bethätigen gelernt hat. Die größten Feinde geſunder ſtaatlicher Entwickelung ſind die Gegenſätze, die ſich in Bildung und Wohlſtand, in Denken und Fühlen noch heute wie vor Jahrtauſenden zwiſchen den verſchiedenen Geſellſchaftsſchichten desſelben Volkes offenbaren. Dieſe Gegenſätze in Abſtufungen derſelben Kultur, als ſolche bedingt durch Befähigung, Fleiß und Streben, zu verwandeln, iſt gewiß des Schweißes der Edeln wert.

Ein beſſeres Mittel aber, eine immer größere Zahl von Mitarbeitern zu gewinnen an den ſocialen Aufgaben unſerer Zeit, kann es nicht geben, als eine Einrichtung, die den in bevorzugten Verhältniſſen lebenden Menſchen an der Hand der Bürgerpflicht hineinführt in die Hütten der Armut und des Elends!

Die Schlußbetrachtung des Berichts der ſtädtiſchen Armendeputation zu Krefeld über ihre 10jährige Wirkſamkeit in den Jahren 1863—1873 lautet:

Wir haben ſchon eingangs unſeres Berichtes ausgeſprochen, daß der Zeitraum von 10 Jahren, während deſſen unſere auf Individualiſierung der Armenpflege und Teilung der Arbeit auf Grundlage bürgerlicher Selbſtverwaltung beruhende Organiſation thätig geweſen, zu kurz ſei, um der allen Teilnehmern an unſeren Beſtrebungen inne wohnenden Überzeugung von der principiellen und praktiſchen Richtigkeit des ein-

geschlagenen Weges, abschließende Resultate zur Seite zu stellen. Wir glauben aber doch durch die mit unseren Erläuterungen begleitete Statistik den Beweis geliefert zu haben, daß unsere Armenpflege mit der konsequenten Verfolgung der neuen Richtung den beiden Hauptgesichtspunkten, die auf diesem Gebiete der bürgerlichen Verwaltung maßgebend sein müssen, der sparsamen Verwendung der durch die Steuerkraft unserer Mitbürger aufzubringenden Mittel und dem Festhalten idealer Ziele in der Fürsorge für ihre Pflegebefohlenen, nach Kräften in gleichem Maße gerecht geworden ist. So schließen wir denn mit der Hoffnung, daß es dem edeln Eifer aller zur Mitarbeit in unserer Organisation Berufenen in Zukunft immer mehr gelingen werde, die aus Leichtsinn und Schuld immer neu entstehende Armut in unserer Stadt erfolgreich zu begrenzen, ohne dabei dem thatsächlich bestehenden Elend und der unverschuldeten Bedürftigkeit die hilfreiche Hand zu versagen.

Der Bericht über die 5jährige Wirksamkeit der Deputation in den Jahren 1873—1878 schließt daran an wie folgt:

Wir zweifeln nicht, daß auch dieser Bericht dazu beitragen wird, den 300 Männern, die ihre thätige Arbeit der städtischen Armenpflege widmen, die Freude des Erfolgs zu gewähren und sie dadurch um so mehr anzuspornen, ihre durch die Wahl der Mitbürger ihnen übertragene Pflicht recht ernst zu nehmen und ihre vielleicht unscheinbare aber wichtige Aufgabe recht hoch zu achten. Wir unsererseits werden auch fernerhin bestrebt bleiben, unserer städtischen Armenpflege die Anerkenntnis als eines eben so nützlichen wie zeitgemäßen Zweiges der Selbstverwaltung zu erwerben.

Abgesehen vom Schul- und Armengebiet hatte ich infolge meines jährlich sich wiederholenden Berliner Aufenthalts nicht viel Gelegenheit, mich an den städtischen Arbeiten zu beteiligen. Solange unseres Oberbürgermeisters Roos geistige und körperliche Kraft auf der Höhe war, durfte zudem die bürgerliche Selbstverwaltung zeitweise auf Thätigung von Initiative ohne Nachteil verzichten. Ich finde in diesem Jahrzehnt folgende kleine städtische Vorkommnisse verzeichnet:

Am 23. Auguſt 1873 fordert ein Zettel von Roos mich auf, die zur kunſtgerechten Ausführung der Parkanlagen am ſtädtiſchen Epidemiehauſe verſprochenen 2000 Thaler einzuzahlen. Mein Onkel Moritz vom Bruck hatte ein größeres Grundſtück zur Erweiterung des Krankenhauſes, ohne daß für den Augenblick das Bedürfnis nachgewieſen war, geſchenkt und man war bei der aus der Ondereyckſchen Zeit noch erhaltenen übergroßen Sparſamkeit zu ängſtlich, die bei Annahme des Geſchenks ſich ergebenden Koſten von dem Gemeinderat zu erbitten. Da trat ich in den Riß.

November 1873 bitten mich Jentges und Roos, bei dem Verwalter des Reichsinvalidenfonds, Oberbürgermeiſter a. D. Ellwanger in Berlin, die von den Stadtverordneten beſchloſſene Anleihe von 600000 Thaler zu empfehlen und beim Abſchluß mitzuwirken.

1873 wird auf Antrag von Gobbers und mir die Anlegung einer Ehrentafel zur Anregung des in Krefeld noch zu ſchwach entwickelten Sinnes für Vermächtniſſe zu gemeinnützigen und wohlthätigen Zwecken beſchloſſen.

Zum 5. Auguſt 1874 ladet Roos zur Übernahme der Janßenſchen Wandgemälde in den großen Rathausſaal ein.

Frühjahr 1875 findet meine Wahl zum Beigeordneten zum erſtenmal ſtatt und wird ſeitdem alle 6 Jahre wiederholt.

April 1875 werde ich beauftragt, den Kaiſer und den Kronprinzen zur Enthüllung unſeres Kriegerdenkmals einzuladen. Vom Hofmarſchallamt erhielt ich zuerſt mündlich und ſchriftlich bedingungsweiſe Zuſage, die aber eingetretener Hinderniſſe wegen ſpäter zurückgenommen wurde. Intereſſant war mir die offene Mitteilung, daß eine gleichzeitige Einladung an Kaiſer und Kronprinz nicht gewünſcht werde.

Am 5. Juni 1878 wird aus Anlaß des abermaligen Attentats auf meinen Antrag von dem Kollegium ein Telegramm an den Kaiſer abgeſandt, um ſeiner unwandelbaren Liebe und Treue zum Landesvater erneuten Ausdruck zu geben und ſeinen innigſten Herzenswunſch auf Seiner Majeſtät vollſtändige Geneſung an das Krankenbett zu tragen.

Am 22. März 1879 gewinnt die Kommunalsteuerfrage, die ja immer in den Beratungen, besonders beim Etat, eine große Rolle gespielt hat, eine durchschlagende Bedeutung. Bis vor wenigen Jahren hatte man in der Fabrikstadt Krefeld es für richtig gehalten, die städtischen Bedürfnisse durch Zuschläge zur Einkommensteuer zu decken, sich aber zuletzt durch die Regierung bestimmen lassen, auf die Grund- und Gebäudesteuer 50 % Zuschlag zu erheben. Nun schlug Roos 100 % Zuschlag auf Grund- und Gebäudesteuer und 50 % auf Gewerbesteuer vor. Ich sprach mich aus Gründen der Steuergerechtigkeit gegenüber den Minderbegüterten theoretisch gegen die Belastung der Realsteuern aus, wollte aber eventuell mir auch den bisherigen Zuschlag von 50 % auf Grund- und Gebäudesteuer gefallen lassen. Pelizäus stellte diesen letzteren Antrag positiv und erhielt die Mehrheit.

Nach der Betrachtung meiner Thätigkeit in der Handelskammer, auf den Handelskammertagen und in der Vertretung kommunaler, besonders der Schul- und Armenpflege-Interessen, muß ich nun meiner Arbeit in freien Vereinen, dem volkswirtschaftlichen Kongreß, dem Verein für Socialpolitik und der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung gedenken.

Zum erstenmal besuchte ich den volkswirtschaftlichen Kongreß vom 28. bis 31. August 1871 in Lübeck und zwar in Gesellschaft des Abgeordneten Wilhelm Herbertz aus Ürdingen. Ich trat damit in den Kreis der verdienten Männer, die durch die vorbereitende Arbeit der sechziger Jahre der wirtschaftlichen Entwickelung des neuen Deutschen Reiches den Stempel ihrer Geistesrichtung aufgedrückt und die freihändlerische Auffassung zur maßgebenden erhoben hatten. Schon durch die materiellen Interessen meiner ganz vorwiegend auf den Export angewiesenen Industrie zum möglichst ungehinderten wirtschaftlichen Austausch erzogen, erfuhr ich im täglichen engeren Verkehr mit Männern, wie Prince-Smith, Karl Braun, Faucher-Berlin, Wolff-Stettin und H. B. Oppenheim-Berlin eine Bestärkung und Befestigung meiner anti-schutzzöllnerischen Richtung. Ich bekannte mich seitdem offen zu dem später nach Erfindung des Systems der absoluten Bevorzugung der nationalen Arbeit so verpönten Grund-

ſatz des entſchiedenen Freihandels und der darauf begründeten Politik der Handelsverträge, ohne jemals den Häuptern der Mancheſterſchule darin zuzuſtimmen, daß es ſich dabei um die allein richtige Doktrin, um ein unfehlbares wirtſchaftliches Dogma handele. Meine Anſicht wandte ſich der freihändleriſchen Auffaſſung hauptſächlich deswegen zu, weil mir dieſe den Intereſſen Deutſchlands, des, abgeſehen von England, am meiſten exportierenden Landes, durchaus entſprechend ſchien.

Vom 26. bis 29. Auguſt 1872 wurde der Kongreß deutſcher Volkswirte in Danzig abgehalten. Bei zwei Fragen beteiligte ich mich lebhaft an der Debatte. Zuerſt bei der Entſcheidung, ob Schulgeld fortbeſtehen oder beſeitigt werden ſolle. Der Referent Wolff-Stettin ſprach für die Beibehaltung des Schulgeldes von einem ſo einſeitigen volkswirtſchaftlichen Standpunkte aus, als wenn bei der Frage nicht auch ſocialpolitiſche und kulturelle Geſichtspunkte in Betracht kämen. Ich berichtete, daß ich im ſelben Jahre eine in zwei Auflagen erſchienene Schrift zu Gunſten der Unentgeltlichkeit des Volksſchulunterrichts verfaßt habe, daß in meiner Heimat die Unentgeltlichkeit glücklich erreicht und damit nach unſerer innigſten Überzeugung eine Gewähr für die weitere Entwickelung der ſo vernachläſſigten Volksſchule gewonnen ſei. Der Antrag des Oberbürgermeiſters von Winter-Danzig: „Es iſt dahin zu wirken, daß die Unentgeltlichkeit des Volksſchulunterrichts allgemein durchgeführt wird," wurde angenommen.

Sodann ſprach ich zu der Frage: Banknoten und Papiergeld. Da ſämtliche Anträge abgelehnt wurden und kein Beſchluß des Kongreſſes zu ſtande gekommen iſt, ſo begnüge ich mich, den Gedankengang meiner Rede kurz darzulegen:

Der Unterſchied zwiſchen Banknoten und Staatspapiergeld iſt in Deutſchland vollſtändig verwiſcht. Die Maſſe und Verſchiedenheit der Wertzeichen ſpottet in Deutſchland jeder Beſchreibung. Maſſen von Banknoten cirkulieren mit ganz ungenügender Metalldeckung, Maſſen von Staatspapiergeld, von denen das der mitteldeutſchen kleinen Staaten ſo alt und ſchmutzig, zum Teil zwiſchen ſchwarz und braun ſchillernd, daß der Druck nicht mehr leſerlich. Das Publikum haßt die wilden Scheine wie ſeine Sünde, der

Bankier nimmt sie nicht, aber der unreelle Zahler benutzt sie, um einen kleinen Extravorteil herauszuschinden. Ich lege dem Kongreß eine Sammlung von Noten und Papiergeld vor, die ich im Laufe von 4 Wochen in Zahlung erhalten habe. Die betreffende ellenlange Musterkarte à la Leporello erregte große Heiterkeit. Manche Banken haben sich für ihre Gegenden Verdienste erworben, doch ruft schließlich alles nach Ordnung und Centralisation. Am meisten anerkannt ist die Wirksamkeit der preußischen Bank, die dem Lande einen ausgezeichneten Geschäftsverkehr und einen billigen Diskonto verschafft hat. Die Banken der kleinen Staaten haben eine große Angst vor der drohenden Centralisation. Da ist der mit 50 gegen 25 Stimmen gefaßte Beschluß des Handelstages zur Gründung einer Reichsbank eine rettende That. Ich empfehle dem Kongreß sich anzuschließen, aber nur unter der hochwichtigen Bedingung, daß der Reichsbank das Sicherheitsventil der Kontingentierung auf den Weg gegeben werde. Der Handelstag hat die Kontingentierung allerdings mit 45 gegen 38 Stimmen abgelehnt. Um so dringender empfehle ich zu dem Beschluß der Gründung einer Reichsbank das Amendement: „Der durch Metallwert nicht gedeckte Notenumlauf muß kontingentiert werden."

Im Jahre 1873 wurde der volkswirtschaftliche Kongreß vom 11. bis 14. August in Wien abgehalten, zum erstenmal wegen der Erkrankung von Prince-Smith unter dem Vorsitz von Karl Braun. Zur Teilnahme hatte ich mir meinen Freund, den Oberlehrer Bernhardi, eingeladen. Besonders interessant waren die Verhandlungen durch den Rückblick, den der Präsident bei Gelegenheit der nach kaum überwundener Choleraepidemie in Wien stattfindenden Weltausstellung auf die ganze Thätigkeit, die der Kongreß seit dem Jahre 1858 entfaltet hat, zu werfen Veranlassung nahm. Wenn ich auch bei Lübeck und Danzig darauf verzichtet habe, die ungewöhnlich interessanten Beziehungen, die sich aus dem Zusammentagen von auf der Höhe der Zeit stehenden Männern aus allen deutschen Gauen ergaben, so muß ich doch beim Wiener Kongreß des Sturmes der Begeisterung gedenken, den ich auf dem Ausflug nach Mürzzuschlag in Steiermark erlebte, als der greise Graf Auersperg, als deutscher Dichter Anastasius Grün genannt,

unerwartet unter den Teilnehmern erſchien. Die Frage der Armenarbeitshäuſer gab mir Gelegenheit, vor Deutſchen und Öſterreichern meine Beſtrebungen in der Armenpflege in längerer Rede zu vertreten. Rickert-Danzig hatte folgende Anträge geſtellt:

1. Die Errichtung von Armen- und Arbeitshäuſern wird für größere Armenverbände als ein Bedürfnis anerkannt. Insbeſondere ſind ſie in größeren ſtädtiſchen Armenverbänden unentbehrlich.
2. Es empfiehlt ſich, alleinſtehenden Perſonen, welche die öffentliche Armenpflege in Anſpruch nehmen, die Unterſtützung in der Regel in einem Armen- oder Arbeitshaus zu gewähren.

Mein Amendement ging dahin, den zweiten Satz in Nr. 1 zu faſſen:

> Insbeſondere ſind ſie in größeren ſtädtiſchen Armenverbänden unentbehrlich, wenn in dieſen die Armenpflege nicht auf Grundlage einer durchgreifenden Selbſtverwaltung und Teilung der Arbeit individualiſiert iſt.

Trotzdem Profeſſor Gneiſt-Berlin meine Anſicht unterſtützte und ſeine Rede mit den Worten ſchloß: das principielle Beſtreben liegt nicht in der wirtſchaftlichen Seite, die Armenhäuſer recht zweckmäßig einzurichten, ſondern darin, vom deutſchen Leben ſo lange wie möglich dieſe Notwendigkeit abzuhalten, ſo wurde mein Amendement abgelehnt, dagegen Antrag Rickert 1 angenommen und Rickert 2 gleichfalls, in gemilderter Faſſung lautend:

> Es empfiehlt ſich, alleinſtehenden erwachſenen Perſonen, welche die öffentliche Armenpflege in Anſpruch nehmen, die Unterſtützung in allen den Fällen in einem Armen- und Arbeitshauſe zu gewähren, in welchen ſich die Unterſtützungsbedürftigkeit in ſicherer Weiſe nicht feſtſtellen und eine dauernde Kontrolle über die Verwendung der Unterſtützung nicht ermöglichen läßt.

Wie bei den Verhandlungen über die Unentgeltlichkeit des Volksſchulunterrichts erkennt man bei dieſem Vorgang unſchwer, daß der ſocialpolitiſche Stern, der am 6. und 7. Oktober 1872 in Eiſenach aufgegangen war, auf die Mehrheit bezw. die leitende Gruppe des volkswirtſchaftlichen Kongreſſes noch ohne Einfluß geblieben war.

1874 tagte der volkswirtschaftliche Kongreß vom 17. bis 19. August in meiner guten Vaterstadt Krefeld. Nun, ich denke, sagt mein Tagebuch, Krefeld hat sich gut herausgebissen und die Volkswirte sind noch nirgends besser aufgenommen worden. Bei mir wohnten acht Herren: Hammacher, Wiß und Quandt-Berlin, Rickert-Danzig, Zwicker-Magdeburg, Franz Fischer-Köln, Brömel-Stettin, Schierer-Breslau. An drei Tagen war bei mir offene Tafel von 27 bis 35 Personen.

Die Kölnische Zeitung sagt über den Empfang:

> Die Honoratioren der Stadt haben mit einer in dieser Ausdehnung wirklich seltenen Gastfreundschaft ihre Häuser zu vollkommenen Hotels, an denen es in der Stadt fehlen soll, umgewandelt, zu Hotels, die wohl sämtlich von Baedecker einen oder zwei Sterne erhalten würden. Die Zahl der Gäste steigt bei einzelnen bis zu acht, so daß selbst die Zimmerthüren mit Nummern haben versehen werden müssen, um sonst unvermeidlichen Verwirrungen vorzubeugen. Der Ruf Krefelds, unter den rheinischen Städten zu denen zu gehören, die am besten zu leben wissen, bewährt sich schon am ersten Vortage.

Unter den Verhandlungen bot das größte Interesse der Beschluß über Banken und Banknoten, da der vor kurzem im Reichskanzleramt ausgearbeitete Entwurf eines Reichsbankgesetzes demnächst den Reichstag beschäftigen wird.

Abgesehen von einer durch ihre Länge zu schwerfälligen Resolution des ersten Referenten Dr. Soetbeer, lagen zwei Anträge zur Beschlußfassung vor.

Der zweite Referent Abg. Seyffardt (Krefeld) hatte beantragt zu beschließen: „Bei der Beratung des Bankgesetzes für das Deutsche Reich ist zu erstreben, daß

1. die Ausgabe durch Metall nicht gedeckter Noten von Privatbanken möglichst bald beseitigt,
2. die preußische Bank unter Verzichtleistung auf ihre bisherigen Privilegien zu einer deutschen Reichsbank entwickelt,
3. die Summe durch Metall nicht gedeckter Noten der deutschen Reichsbank kontingentiert werde."

Dr. Alex. Meyer (Berlin) schlug folgende Resolution vor:

1. die Banknote erfüllt in dem modernen wirtschaftlichen Verkehr die Aufgabe:
   a) Zahlungen von größerem Betrage und auf weitere Entfernungen zu erleichtern, indem sie das Zählen und Versenden größerer Metallbeträge entbehrlich macht;
   b) die Schwankungen in dem Bedarf an Cirkulationsmitteln, die von Tag zu Tag eintreten, in schnellerer und wohlfeilerer Weise auszugleichen, als dies durch Ausdehnung und Verringerung des Metallschatzes möglich wäre.
2. Nach der historischen Entwickelung unseres Verkehrswesens ist weder eine plötzliche Beseitigung der gesamten Banknotenemission noch eine Freigebung dieser Kredit- und Rechtsform möglich.
3. Eine Ausdehnung der Notenemission ist wegen des dadurch bewirkten nachteiligen Einflusses auf die Höhe der Preise und Erleichterung der Agiotage zu verhindern: vielmehr ist namentlich wegen der bevorstehenden Durchführung der Goldwährung eine Einschränkung derselben anzustreben.
4. Diese beiden Zwecke lassen sich entweder durch direktes Verbot der Emission über einen gewissen Betrag hinaus, oder durch Erschwerung solcher Emission im Wege der Besteuerung erreichen.

Außer den Referenten und Antragstellern beteiligten sich an der Debatte die Herren Meyersfeld (Braunschweig), Hundt von Hafften (Berlin), Dr. Bamberger (Mainz), Dr. Faucher (Berlin), Herbertz (Ürdingen), Dr. Wolff (Stettin), Kohnstamm (Amsterdam), Prof. Frederiksen (Kopenhagen). Zur Annahme gelangten die Dr. A. Meyerschen Anträge, jedoch mit der Abänderung, daß die Nummern 1 und 2 der Seyffardtschen Thesen der Nr. 2 Meyer hinzugefügt wurden, so daß diese folgenden Wortlaut hat:

2. Nach der historischen Entwickelung unseres Verkehrswesens ist weder eine plötzliche Beseitigung der gesamten Banknotenemission noch eine Freigebung dieser Kredit- und Rechtsform möglich; dagegen die Überführung der preußischen Bank

in eine deutsche Reichsbank und die Beseitigung aller Privatbanknoten anzustreben.

Die Gegensätze, die in den Verhandlungen zu Krefeld sich geltend machten, wurden unlängst in der Breslauer Zeitung, so sagt die Kölnische Zeitung in einem Artikel: „Der Bankgesetzentwurf für das Reich" vom 4. Oktober 1874, dahin zusammengestellt:

„Die erste Gruppe, drei Redner, ein Advokat aus Braunschweig, ein in Amsterdam angesiedelter deutscher Bankier und ein Professor der Volkswirtschaft aus Dänemark, verkündeten die alte Weisheit des Schotten Law: Papier ist Kredit, Kredit ist Kapital, Kapital ist Reichtum, folglich ist Papier Reichtum. Sie fanden in der Versammlung keinen Anklang. Die zweite Gruppe wurde durch den alten Stamm der deutschen Freihandelspartei gebildet. Alexander Meyer fungierte als Referent, Faucher und Wolff unterstützten ihn als Redner, fast die gesamte ständige Deputation stimmte mit ihnen. Ihre Tendenz ging dahin: eine starke Kontraktion des Notenumlaufs auf dem Wege des Gesetzes zu fordern, die Frage, ob eine Reichsbank zu gründen sei, aber auf sich beruhen zu lassen. Für die dritte Richtung trat ein einziger Redner auf, aber der Berufensten einer: Ludwig Bamberger, der das ganze Gewicht seiner reichen praktischen Erfahrungen, seiner unvergleichlichen Beredsamkeit und seines Ansehens als Reichstagsmitglied in die Wagschale warf. Er forderte in erster Linie Kreierung einer Reichsbank, und zeigte sich der Kontingentierung des Notenumlaufs abhold, wenn auch nicht als ein unversöhnlicher Gegner. Die vierte Richtung endlich hatte eine große Majorität in der Versammlung. Für sie ergriffen das Wort der Göttinger Professor Soetbeer und zwei hervorragende Fabrikanten, der Sammetwirker Seyffardt (zugleich Landtagsabgeordneter) und der Zuckerraffinadeur Herbertz (früher Landtagsabgeordneter). Fast sämtliche Anwesenden stimmten ihnen zu. Diese Majorität entlehnte aus den Ausführungen des Referenten den Gedanken der Kontingentierung und aus denen Bambergers den der Reichsbank und sprach sich für beide Institutionen aus."

Meine Rede vom 19. Auguſt lautet abgekürzt nach dem ſtenographiſchen Bericht:

„Wenn der ſtändige Ausſchuß zum Referenten für die uns augenblicklich beſchäftigende wichtige Frage auch mich ernannt hat, ſo ſehe ich darin einen Akt der Höflichkeit gegenüber der Stadt, die dieſes Jahr die Ehre hat, den Kongreß in ihren Mauern tagen zu ſehen. Es wird mir natürlich ſehr ſchwer, nach dem intereſſanten Vortrage des Herrn Vorredners auf die wiſſenſchaftliche Seite der Frage einzugehen; ich faſſe meine Aufgabe mehr dahin auf, daß ich mir geſtatte, die Anſchauungen der Praxis zu vertreten. Freilich muß ich hervorheben, daß ich zwar dabei die Majorität der Handeltreibenden in unſerem Bezirke, nicht aber die meiner Berufsgenoſſen im deutſchen Vaterlande hinter mir habe, obſchon ich hinzufügen darf, daß die Männer, die ſich zu meiner Anſchauung bekennen, in den letzten Jahren mehr und mehr an Zahl gewonnen haben. Die ungedeckte Note iſt nun bisher für die Kaufleute die Vermittlerin des ſo notwendigen Kredits geweſen; das Bedürfnis der Zettelbanken, des Zinsgewinnes halber recht viel Noten auszugeben, gewährleiſtete dem Publikum die ſtete Bereitwilligkeit zur Diskontierung von Wechſeln und zur Lombardierung von Wertobjekten. Der Kaufmannsſtand iſt darum wenig geneigt, zu Experimenten in der Bankfrage die Hand zu bieten. Die bisher beſtehenden Notenbanken können ſich in ihren Kreiſen auf eine große Zahl ſolcher Intereſſenten berufen, die ihnen das Prädikat der Allgemeinnützlichkeit gerne zugeſtehen, aber damit iſt nur ſehr wenig bewieſen. In den jüngſten Tagen haben die Intereſſenten es zu Wege gebracht, daß durch Vermittelung der Vertreter der kleineren und der mittleren deutſchen Staaten im Bundesrat ein Druck auf das Reichskanzleramt ausgeübt wurde, ſo daß die früher dort vorhandene Bereitwilligkeit, der Reform des Bankweſens ernſtlich näher zu treten, ganz gewaltig eingeſchrumpft iſt. Wir erkennen zwar aus jedem einzelnen Paragraphen des veröffentlichten Bankgeſetzentwurfs, daß der gute Wille im Reichs-

kanzleramt heute noch in ebenso hohem Grade vorherrscht wie früher, aber wir erkennen zugleich, daß er erheblich eingeschränkt wird durch den Einfluß der mittleren und kleineren Staaten.

Ich glaube, zusammenfassend über den neuen Bankgesetzentwurf mich etwa wie folgt ausdrücken zu können: das Reichskanzleramt steht principiell vollständig auf dem früheren Standpunkt; es erkennt an, daß eine Beschränkung der Notenemission auf das allerdringendste notwendig sei; es will auch eine gründliche Reform über zehn Jahre in Aussicht stellen, für jetzt aber ist sein Motto: es bleibt alles beim Alten, — und nur nebenbei wird durch Verklausulierungen ein Versuch zur Besserung gemacht. Ich würde trotz dieser Charakteristik mich dennoch für den Entwurf aussprechen können, wenn ich mich überzeugen müßte, daß die Interessen der Allgemeinheit im Bankwesen gegenüber den Interessen der Eigner und Direktoren von Privatzettelbanken die Vorhand gewonnen hätten. — Leider kann ich mich davon nicht überzeugen. Ich muß mir daher erlauben, gegenüber den Ausführungen des ersten Herrn Referenten, der als Mann der Wissenschaft mehr die theoretische Seite betont hat, meinerseits, wie gesagt, die praktische Frage in den Vordergrund treten zu lassen.

Es hat sich in jüngerer Zeit in unseren wirtschaftlichen Klassen die Anschauung verbreitet, daß wir mit der Bankentwickelung in Deutschland doch ganz eigentümliche Wege gegangen sind. Wenn wir vergleichen, wie bei uns im Laufe der Zeit die Summe der ungedeckten Noten sich vermehrt hat, so fragen wir uns: warum hat es gerade so kommen müssen? Wenn wir bemerken, daß in England noch heute dieselbe Ziffer ungedeckter Noten genügt, die zur Zeit der Peels-Akte 1844 dem Bedürfnis entsprach, wenn wir sehen, wie dort auch heute noch niemand das Maximum von 13—15 Millionen Lstrl. vermehren will; dann müssen wir uns fragen, warum denn bei uns eine andauernde Steigerung bis auf 147 Millionen Thlr. stattgefunden hat? Wenn dieselbe hohe Summe, die wir heute an Noten mehr besitzen als vor einer Reihe von Jahren, in der Gestalt von Edelmetall uns zugeflossen

wäre, ſo würde wohl niemand beſtritten haben, daß ein ganz gewaltiger Einfluß auf die Preisſteigerung die notwendige Folge davon geweſen wäre. Bis in die allerjüngſte Zeit aber hat man die Thatſache der Entwertung des Geldes durch die enorme Notenemiſſion nicht zugeben wollen. Erſt der Augenſchein der letzten zehn Jahre hat uns überzeugt, ſeit wir erlebt haben, wie durch den franzöſiſchen Milliardenſegen alle Preiſe ſich zu unnatürlicher Höhe geſteigert haben. Mancher Einzelne mag ja auch bei dieſer Steigerung der Preiſe Vorteil haben; dem aber ſtehen ebenſoviele gegenüber, die dadurch ernſtlich geſchädigt worden ſind.

In betreff der Steigerung der Notenemiſſion wird es ſich nun auch in Zukunft nicht anders verhalten. Trotz der Verklauſulierung des neuen Bankgeſetzentwurfs vermag niemand die Garantie zu übernehmen, daß nicht nach weiteren 15 Jahren die Summe der ungedeckten Noten auf 200 oder 300 Millionen Thlr. geſteigert ſein wird, denn wenn das Bedürfnis da iſt, recht viele Noten auszugeben, und der Zinsfuß ſieben, acht oder neun Prozent beträgt, ſo können ja von der Notenemiſſion ſehr gut fünf Prozent abgegeben werden. Aber wir gewöhnen uns auf dieſe Weiſe mehr und mehr an Wertzeichen, die doch nicht viel mehr zu bedeuten haben, als wie etwa die Spielmarke im Verhältnis zum edlen Metall, während unſer effektives Kapital in allen möglichen geſunden oder ungeſunden in- und ausländiſchen Anlagen feſtgelegt wird. Das mag dem einen oder anderen eine etwas übertriebene Befürchtung erſcheinen; ich frage aber, wie wird's uns ergehen, wenn eine jener böſen Kriſen, die wie ein Dieb in der Nacht über die erſchrockene Handelswelt hereinbrechen, uns überfällt, oder wenn, was Gott verhüten möge, wir einmal eine große nationale Kalamität durchzumachen haben, etwa einen gewaltigen Krieg gegen eine Koalition eiferſüchtiger Nachbarn? Würden dann unſere Notenbanken auf das erforderliche Vertrauen rechnen können, wenn ſie nicht die volle Deckung für ihre Banknoten im Kaſten haben? (Sehr richtig!) Ich befürchte, daß wir dann erleben würden, daß ſie ihre Zahlungen einſtellen und daß

endloſer Wirrwarr über unſere Geldverhältniſſe hereinbricht. Noch iſt es aber Zeit; unſer Kredit iſt nicht erſchüttert; wir befinden uns als Nation wirtſchaftlich in der Lage des Kaufmanns, der zu großen Geſchäften die Hand geboten, der etwas riskiert, aber dabei auch die bange Sorge um ſeine Exiſtenz kennen gelernt hat. Ganz iſt uns — und darin möchte ich dem Herrn Vorredner entgegentreten — dieſe Sorge nicht erſpart geblieben; ich erinnere an das Jahr 1866, wo die Panik in vielen Landesteilen bewirkte, daß Noten zu keinem Preiſe genommen wurden. Erſt als die Siege der preußiſchen Waffen geſichert erſchienen, erſt da wollten die Leute wieder Banknoten nehmen. Wie aber wäre es gegangen, wenn der Telegraph ſtatt deſſen von Niederlagen zu berichten gehabt hätte?! Wie nun aber der Kaufmann in der eben geſchilderten Lage das Korrektiv in der Beſchränkung ſeiner Geſchäfte findet, ſo, glaube ich, wird unſer Land, wenn es die unſolide Politik der ungedeckten Noten mehr und mehr beſeitigt, ſich Barmittel zufließen ſehen, von deren Vorhandenſein wir heute keine Ahnung haben. Wir werden dann dieſelben Erfahrungen machen, wie England, indem wir auch Depoſitenbanken entſtehen ſehen, für die heute kein Raum iſt. Wir werden dann das Checkſyſtem und das Syſtem der Clearinghäuſer kennen lernen und damit die Vorteile einer natürlichen Entwickelung der Geldverhältniſſe erfahren. (Bravo!) Dem gegenüber wird oft geſagt, unſer ſo viel ärmeres Land wird nicht im ſtande ſein, die Depoſitenbanken zu alimentieren; aber ein Blick auf die von Jahr zu Jahr ſich ſteigernden Summen in unſeren Sparkaſſen deutet wohl darauf hin, daß dieſe Befürchtung nicht berechtigt iſt. Exiſtieren dann aber Depoſitenbanken, die den Überfluß an Kapital in die richtigen Kanäle hinüberführen, dann werden wir einen geſunderen Ausgleich haben, als wenn die Thätigkeit der Notenpreſſe ſofort eintritt, wenn irgendwo ein Bedürfnis nach Kredit ſich zeigt.

Ich weiß ſehr wohl, daß mir darauf erwidert wird, daß das etwas ‚Zukunftspolitik‘ ſei, aber ich will auch, indem ich dieſe Ausführungen mache, Sie nicht zu extremen Maßregeln

hindrängen. Ich will Sie ersuchen, Ihr Votum dafür abzugeben, daß wir die Bankfrage ernstlicher zu lösen versuchen, als dies das neue Bankgesetz zu thun beabsichtigt, damit wir uns endlich aus dem so viele Gefahren unter seiner glatten Oberfläche bergenden Fahrwasser der bisherigen Behandlung der Banknotenfrage erretten.

Ich beginne mit dem ersten Punkte meiner Resolution, der die Beseitigung nicht gedeckter Noten von Privatbanken fordert. Ebenso wenig wie wir dem Privatmann erlauben, Thaler oder Goldstücke zu schlagen, können wir ihm erlauben, papierne Cirkulationsmittel in Umlauf zu setzen; sind sie notwendig, so ist es Sache des Staates, sie dem Verkehr anzubieten. Es wurde dem gegenüber durch den Herrn Vorredner ausgeführt, daß das Privilegium der Notenemission leider an so und so viele Privatbanken erteilt sei. Man könnte aber wohl den Versuch machen, ob nicht durch Verhandlungen auf amtlichem Wege, im Notfall unter Ausübung eines gewissen gelinden Drucks, die Banken zu einer Verzichtleistung auf ihre Privilegien veranlaßt werden könnten. Die Reichsbank würde in der Lage sein, die Noten einer Privatbank in Masse aufzukaufen, sie derselben unmittelbar zur Einlösung zu präsentieren und dadurch die Ausgabe unrentabel zu machen. Selbst die allerschroffsten Maßregeln würde man Banken gegenüber treffen können, die wie die Geraer Bank ein Privilegium bis 1953, die Bückeburger Bank bis 1959 besitzen, Banken, deren Existenz als Ausfluß eines ganz unverantwortlichen Mißbrauchs der kleinstaatlichen Souveränität zu betrachten ist. (Bravo!) Wenn Sie mir auf diesem Wege folgen, so kommen wir wenigstens zu einer gründlichen Besserung des bisherigen Zustandes; wir kommen zu einer einheitlichen Note, und die ist für unseren Handels- und Kaufmannsstand das dringendste Bedürfnis. Wer wie die jetzt lebende Generation es mit durchgemacht hat, wie diese vielerlei Wertzeichen uns belästigen, der wird nicht eher ruhen, als bis wir uns den anderen westlichen Kulturstaaten in dieser Beziehung angeschlossen und die vielfarbige Banknote ebenso der Rumpelkammer überliefert haben,

wie dies in betreff des vielfarbigen Papiergeldes durch den Reichstag geschehen ist.

Punkt 2 meiner Resolution will die Überführung der preußischen Bank in eine Reichsbank. So sehr schwierig wird die Sache wohl nicht sein. In den Reserven der preußischen Bank liegen die Mittel, um die Interessenten dem wirklichen Wert ihres Anteils nach zu entschädigen. Die Bank wird durch die großen Einkünfte, die sie dem Reiche bieten wird, es demselben ermöglichen, die Matrikularbeiträge bedeutend zu ermäßigen. Wir kommen so dem von unserem Reichskanzleramt gefühlten Bedürfnis, sich nicht auf Matrikularbeiträge verlassen zu müssen, entgegen. Sehen wir uns die Herren an, die sich dem Vorschlage der Reichsbank entgegenstellen, sie wohnen meist in den Hansastädten oder in Süddeutschland; es befinden sich darunter gewiß viele, die sich selbst für durchaus reichstreu halten und denen ich diese Eigenschaft auch nicht bestreiten will, aber etwas von angeborenem und vererbtem Partikularismus klebt ihnen doch an, davon kann man sich bei jeder Gelegenheit überzeugen; sie sind eben bange, daß der auf so vielen anderen Gebieten maßgebend gewordene Einfluß Preußens sich auch auf die wirtschaftlichen Verhältnisse, namentlich auf das Bankwesen überträgt, und das wollen sie nicht zugeben. Wir empfinden dagegen umgekehrt, als wirtschaftende Nation, das Bedürfnis, jetzt, wo wir mit den verschiedenen Rechnungen nach Thalern, Gulden u. s. w. aufgeräumt und eine einheitliche Markrechnung bekommen haben, eines Centralplatzes — und der kann allein Berlin sein — auf dem sich unser Geldverkehr konzentriert. Wir wollen also durch den Wochenausweis der Reichsbank die Möglichkeit erhalten, uns über die Tendenz auf unserem Geldmarkt zu vergewissern. Wenn dann die Hansastädte und die süddeutschen Städte die Abhängigkeit von Berlin fürchten, so darf man sie auf unsere anderen preußischen Plätze hinweisen. Ebenso wenig wie Königsberg, Breslau, Magdeburg und Köln durch diese Abhängigkeit von Berlin gelitten haben, ebensowenig wird

dies bei Hamburg, Bremen, Stuttgart oder München der Fall sein.

Ich komme zum letzten, Punkt 3 meiner Resolution: Kontingentierung des Maximums der ungedeckten Noten. Ich bin in der Lage, die Ausführungen unterdrücken zu können, die ich in dieser Beziehung machen wollte, nachdem der Herr Vorredner in so ausgezeichneter Weise die absolute Notwendigkeit der Kontingentierung nachgewiesen hat; ich will nur wenige Worte hinzufügen. Gegenüber denjenigen, die darauf hingewiesen haben, daß in England mehrmals die Peelsakte suspendiert worden sei, will ich betonen, daß die Kontingentierung nicht nach der englischen Schablone zu geschehen braucht. In England selbst ist man neuerdings auf den Gedanken gekommen, die Suspension für die Zukunft unnötig erscheinen zu lassen. Ich erinnere an die Ausführungen des englischen Nationalökonomen Seyd, der in seinem Werke „Bank of England note issue and its error" darauf hingewiesen hat, daß die Sache leicht zu ändern sei. Er schlägt für England vor, bei $2\frac{1}{2}$% Diskonto überhaupt keine ungedeckte Note auszugeben, aber für jedes halbe Prozent, um welches dieser Diskontosatz erhöht werden würde, der Bank die Befugnis zu erteilen, 10% des Betrags des Barvorrats in ungedeckten Noten zu emittieren. Seyd weist nach, daß, wenn diese Bestimmung schon zur Zeit jeder der drei Krisen, von denen die Rede war, gesetzliche Kraft gehabt hätte, die Beschwichtigung des eingetretenen Mißtrauens ohne Suspension der Bankakte erreicht worden und der Diskonto nicht höher gestiegen wäre, als er in Wirklichkeit in jener Periode gestiegen ist.

Meine Herren, meine Vorschläge bilden einen Kompromiß zwischen dem, was sowohl Männer der Wissenschaft, wie der Praxis für das Erstrebenswerte halten. Der Kongreß muß in dieser Frage jetzt entschieden Partei ergreifen und der Opposition, die voraussichtlich gegen den Entwurf im Reichstage erhoben wird, recht viel thatsächliches Material bieten. Die Nation will mit dem Mißbrauch früher erteilter Privilegien, in irgend einer Weise aufräumen; sie will endlich den all-

gemeinen Nutzen gegenüber dem Nutzen der Interessenten in den Vordergrund bringen. Ich empfehle Ihnen meine Resolutionen. (Bravo!)"

Als Ausdruck des Dankes für die Anregungen, die ich dem volkswirtschaftlichen Kongreß in den Tagen seiner Blüte verschulde, nehme ich meinen Trinkspruch beim Festmahl in der Gesellschaft ‚Verein' in meine Erinnerungen auf:

Meine Damen und Herren! Mir ist der angenehme Auftrag zuteil geworden, der Genugthuung Ausdruck zu geben, welche die Bewohner dieser Stadt empfinden, die Männer in ihrer Mitte zu erneuten Beratungen begrüßen zu können, die seit 16 Jahren in dem volkswirtschaftlichen Kongreß den Mittelpunkt ihrer Bestrebungen gefunden haben. Es war auf dem vorjährigen Kongresse in Wien, als unser verehrter Präsident, Herr Dr. Braun, in einem umfassenden und erschöpfenden Bericht über dreizehn Jahresversammlungen mit dem Worte: „An ihren Früchten sollt ihr ihn erkennen" die Kritik förmlich herausforderte. Dieser Herausforderung gegenüber stehe ich nicht an, als historische Thatsache hervorzuheben, daß die berufenen Vertreter der öffentlichen Meinung, wie der Zeitgeschichte, in der Bedeutung der Beschlüsse wie in dem Erfolge der maßvollen Agitation der Kongresse, Früchte allerbester und alleredelster Art längst gefunden und gepriesen haben. Die Gründung des Kongresses, wie so mancher anderer Vereine und Wanderversammlungen, vollzog sich infolge der Erkenntnis, daß es nach den Erfahrungen der traurigen Reaktionsperiode der fünfziger Jahre ein unbezweifeltes Bedürfnis des deutschen Volkes sei, die Förderung seiner staatlichen und gesellschaftlichen Wohlfahrt in erweitertem Maße selbst in die Hand zu nehmen und sich nicht länger auf die damals in einem engen Zirkel partikularistischer und feudaler Anschauungen befangenen Regierungen zu verlassen. Auf dem Gebiete der Volkswirtschaft galt es vor allen Dingen, die von unserer unseligen politischen Zersplitterung künstlich konservierten Hindernisse und Hemmnisse in Gesetzgebung und Verwaltung zu beseitigen, die in um so schrofferem Gegensatz standen zu der Entwickelung von

Landwirtſchaft, Handel und Gewerbe, als dieſe trotz aller politiſchen Miſere einen wahrhaft großartigen, früher nie geahnten Aufſchwung genommen hatten. Es galt, auf dieſem Gebiete an der Hand wiſſenſchaftlicher Forſchung die Mängel des Beſtehenden zu kennzeichnen, die Reform an die Darlegung der großen Geſetze des wirtſchaftlichen Lebens anzulehnen, und das Material zu ſichten, das der praktiſchen Ausführung die ſichere Grundlage bieten könnte. In anſpruchsloſer Arbeit widmete ſich bei der jährlichen Wiederkehr ſeiner Verſammlungen der Kongreß dieſer ſchwierigen Aufgabe. Der Entfeſſelung der Thatkraft des Einzelnen, wie des Verkehrs der Menſchen unter einander, der Befreiung von der Scholle, von althergebrachten überlebten Schranken in Handel und Induſtrie wurde kühn das Wort geredet und die Solidarität aller Kulturvölker in dem Wettſtreit der wirtſchaftlichen Thätigkeit als das hohe Ziel einer richtigen Handelspolitik verkündet. Auf dem Gebiete der Gewerbegeſetzgebung wurde ebenſo beſtimmt der Grundſatz der Freiheit zur Geltung gebracht, im Eiſenbahn-, Bank-, Münz- und Steuerweſen die Notwendigkeit eingehender Reformen hervorgehoben, Genoſſenſchaften und Armenweſen in ihrer Bedeutung für das Volkswohl beleuchtet. Mit einem Wort: Es gab keinen Zweig unſeres vielgeſtaltigen Wirtſchaftslebens, der nicht vor das Forum des volkswirtſchaftlichen Kongreſſes gezogen und vom Standpunkte des Gemeinwohles aus einer in gleichem Maße von wiſſenſchaftlicher wie praktiſcher Sachkenntnis zeugenden Behandlung unterworfen wurde. In allen Beſchlüſſen zeigte der Kongreß eine verſtändige, maßhaltende Objektivität, die niemals verſchmähte, für die richtigen Principien einzutreten, aber durchaus ungeneigt war, der hiſtoriſchen Entwickelung unſerer wirtſchaftlichen Verhältniſſe irgendwie Zwang anzuthun und ſich haltloſen Illuſionen und unfruchtbaren Theorien hinzugeben. Von Jahr zu Jahr wuchs auf dieſe Weiſe der Einfluß der Verhandlungen auf die öffentliche Meinung, ſodaß ihre Ergebniſſe, obſchon keine Autorität beanſpruchend, als vollſtändig maßgebend in dem Augenblick anerkannt wurden, als mit der Gründung des Norddeutſchen

Bundes ein ſicherer Boden auch für die Reform unſeres deutſchen Wirtſchaftslebens gewonnen war. Die wieder nach langer Stagnation in Fluß kommende Geſetzgebung ſah in dieſen Ergebniſſen der Beratungen des kleinen Kreiſes ſtrebſamer Männer, die ſo prächtig auf den Kongreſſen die Forderungen der Wiſſenſchaft mit den Bedürfniſſen des praktiſchen Lebens zu vermitteln verſtanden hatten, die berechtigten Kundgebungen des deutſchen Volksgeiſtes, und der politiſche Verſtand der Volksvertreter, wo immer es ſich um volkswirtſchaftliche Fragen handelte, machte die fleißige Vorarbeit des Kongreſſes zur Grundlage ſeiner Entſchließungen und verwertete ſie in großen reformierenden Geſetzen.

Meine Herren vom volkswirtſchaftlichen Kongreß! Indem ich ſo das Lob der Thätigkeit ausſpreche, die Sie in der jüngſten Periode unſerer Entwickelung ſo fruchtbringend entfaltet haben, bin ich mir bewußt, daß ich nur das Echo der Stimmen bin, die in der Litteratur wie in der Preſſe, in der Wiſſenſchaft wie im Leben längſt anerkannt haben, daß Ihre Mitarbeit an der Wiederaufrichtung unſeres Vaterlandes eine vielleicht weniger glanzvolle, aber darum nicht minder hervorragende geweſen iſt. Wenn ich Sie aber verſichere, daß in dieſer Stadt, an den äußerſten Marken deutſcher Lande, Ihnen eine noch wärmere Anerkennung als die der Hochachtung vor tüchtiger Arbeit und großem Erfolg, der Dank für Ihre Beſtrebungen wie Ihre Leiſtungen entgegentritt, ſo bitte ich dieſen Dank als dem eigenſten Gefühl meiner Mitbürger entſtammend betrachten zu wollen. Wir Bewohner einer Induſtrieſtadt, die ſich in nie ermüdender Arbeit ihren beſcheidenen Anteil am Welthandel errungen hat, ſind vor vielen anderen in der Lage, zu beurteilen, welche große Bedeutung eine recht lebendige Pflege volkswirtſchaftlichen Fortſchrittes für die Kulturentwickelung aller, aber doch ganz beſonders ſolcher Landesteile hat, die von den Sitzen der Staatsverwaltung, Wiſſenſchaft und Kunſt entfernt, ihr Alles dem Aufſchwunge der wirtſchaftlichen Intereſſen verdanken. Wir Krefelder, die wir durch unſere eigenen Erfahrungen im harten Kampf ums Daſein zu

freihändlerischen Anschauungen durchgedrungen, wir sehen in Ihnen unsere Vorkämpfer, die mit der Leuchte der Wissenschaft unserer mangelhaften Erkenntnis zu Hilfe kommen, wir sehen in Ihnen die Männer, die allzeit dem Berufe treu geblieben, von dem Gebiete der Wirtschaftspolitik in deutschen Landen Stillstand und Selbstgenügsamkeit fernzuhalten und mit fester Hand uns voranzutragen die Fahne des wirtschaftlichen Fortschrittes.

Geehrte Mitbürger Krefelds! Stimmen Sie mit mir ein in das Hoch, das ich darbringe dem volkswirtschaftlichen Kongresse!

Der volkswirtschaftliche Kongreß des Jahres 1875 fand vom 1. bis 3. September in München statt. Er zeigte ein von allen vorhergegangenen abweichendes Gesicht. In hellen Haufen waren die Schutzzöllner und Gegner der bisherigen Richtung des Kongresses, unter vielen anderen Baare-Bochum, Bueck-Düsseldorf, Frommel-Augsburg, Haßler-Augsburg, erschienen, um bei dem Hauptgegenstand der Tagesordnung: Fortentwickelung der internationalen Handelspolitik nach Ablauf der gegenwärtig bestehenden Zollverträge, durch die Zahl ihrer Stimmen das Ergebnis in die ihnen erwünschte Richtung zu leiten. Es ist ihnen denn auch gelungen, da mit 62 gegen 50 Stimmen eine Resolution Dr. Stöpel-Frankfurt a. M. angenommen wurde.

„Angesichts der gegenwärtigen Lage der deutschen Industrie und der in anderen Ländern hervortretenden Tendenz, ihren Markt den auswärtigen industriellen Erzeugnissen durch Zollmaßregeln mehr und mehr zu verschließen, empfiehlt der Kongreß, von einer weiteren Ermäßigung der bestehenden Zölle bis auf weiteres abzusehen. Ueberdies erscheint es geboten, im Zolltarife eine rationellere Klassifizierung der Industrieerzeugnisse in der Richtung herbeizuführen, daß die Tarifsätze mehr als bisher dem Werte der auf die Waren verwendeten Arbeit entsprechen."

Bei einem anderen Gegenstand der Tagesordnung: „Einkommen, Bestimmung des Begriffes Einkommen, Anwendung in Reich, Staat und Gemeinde", gelang es einen aus verschiedenen

Leitsätzen kombinierten Antrag durchzubringen, der vor einem Jahrzehnt im volkswirtschaftlichen Kongreß unmöglich gewesen wäre, zu jener Zeit, als maßgebende Männer u. a. Leistung und Gegenleistung für die Gestaltung der Kommunalsteuer als obersten Grundsatz empfahlen.

Der Antrag lautete:

„A) Es ist nicht die Aufgabe des Steuergesetzes, eine allgemeine wissenschaftliche Definition des Begriffes ‚Einkommen' zu geben. Die Aufgabe des Gesetzes besteht vielmehr — nach dem praktischen Vorgange aller neueren einschlägigen Gesetze — darin, den Gegenstand der Steuer so genau, ausführlich und gemeinverständlich zu beschreiben, daß Zweifel über die Berechnung des steuerpflichtigen Einkommens jedweder Art von Seiten der Steuerzahler und der Verwaltung nicht entstehen können.

B) I. Die Einkommensteuer ist, obwohl nicht geeignet, alle anderen direkten Steuern zu ersetzen, von den direkten Steuern die relativ beste;

1. weil sie allein befähigt ist, die Steuerlasten nach einem einheitlichen Rechnungssystem zu verteilen;
2. weil sie gestattet, die Ungleichheiten im Erwerben der verschiedenen Einzeleinkommen angemessen zu berücksichtigen;
3. weil sie — abgesehen von den etwaigen Mehrkosten der ersten Einschätzung — die geringsten Erhebungskosten verursacht.

II. Eine mäßige progressive Veranlagung der Einkommensteuer ist zu rechtfertigen.

III. In hochentwickelten Staaten verdient die Selbstabschätzung des Einkommensteuerpflichtigen den Vorzug vor der Abschätzung durch die Behörden."

Charakteristisch für meine damalige Auffassung ist meine Rede zu Gunsten der Einkommensteuer. Ich will dem Stenogramm nur den letzten Satz entnehmen.

„Einen politischen Grund für die Anerkennung des Princips der Einkommensteuer will ich meiner eigenen Erfahrung im

städtiſchen Leben entnehmen. Wo man mit der Einführung der Einkommenſteuer entſchieden vorgegangen iſt, da hat ſich bald ein ganz anderes Gemeindeleben entwickelt. Ich darf von unſerer Gegend behaupten, daß in unſeren ſtädtiſchen Verwaltungen erſt ſeit jener Zeit die alten Patrizievorurteile als nicht mehr maßgebend bei den Stadtverordneten erſchienen ſind. Die Einkommenſteuer wird uns von dem ſchlimmſten Feinde des politiſchen Fortſchritts, von der Indolenz und der Nichtteilnahme der gebildeten Klaſſen, von der wir in Deutſchland noch ſoviel leiden, befreien und uns dadurch vor dem amerikaniſchen Abgrund der Korruption bewahren."

Aus der Eiſenacher Verſammlung hatte ſich, wie ich noch des näheren berichten werde, für den volkswirtſchaftlichen Kongreß in dem Verein für Socialpolitik eine Konkurrenz entwickelt, die die volkswirtſchaftlichen Dinge von anderen, vornehmlich ethiſchen Geſichtspunkten aus behandeln und dafür die breite Öffentlichkeit gewinnen wollte. Der Streit zwiſchen Wortführern der einen und anderen Seite war ein recht lebendiger geworden und hatte teilweiſe einen nicht ſchönen perſönlichen Charakter angenommen. Es gelang der ſachlichen Vermittelung eine Verſtändigung anzubahnen, die durch das ſcharfe Auftreten der Schutzzollintereſſenten auf der Münchener Verſammlung unterſtützt wurde. Am 12. Dezember 1875 beſchloß infolge davon die ſtändige Deputation des volkswirtſchaftlichen Kongreſſes, daß der Vorſchlag einer Vereinigung gern angenommen werde, die dahin geht, daß die Jahresverſammlungen des Kongreſſes einerſeits und des Vereins für Socialpolitik andererſeits von nun an alternierend tagen möchten, ſodaß dann die Mitglieder beider Vereinigungen an jeder Verſammlung teilnehmen könnten.

An dem nächſtfolgenden volkswirtſchaftlichen Kongreß, der vom 25. bis 28. September 1876 in Bremen ſtattfand, nahm dann auch eine erhebliche Zahl der Mitglieder des Vereins für Socialpolitik, darunter auch der Präſident Naſſe, teil. Die Schutzzöllner waren in noch größerer Zahl als in München erſchienen. Als Einleitung zu dem wichtigſten Gegenſtand der Tagesordnung, betreffend die Handelsverträge, wurde die Frage der Wert- oder

Gewichtszölle verhandelt. Abgelehnt wurden die Anträge Bueck-Düsseldorf (dieser mit 112 gegen 92 Stimmen) und Adolf Wagner-Berlin, angenommen der Antrag des Referenten Seyffardt-Krefeld:

„In Erwägung, daß zwar Wertzölle für manche Warengattungen, denen Artikel mit sehr verschiedenem Verhältnis zwischen Wert und Gewicht angehören, vorteilhaft zu sein scheinen, in weiterer Erwägung, daß indessen das Ziel einer richtigen Normierung des Zolles auch durch eine Abstufung von Gewichtszöllen zu erreichen ist; in endlicher Erwägung, daß dagegen nach den Erfahrungen in allen Ländern, die Wertzölle erheben, durch dieses System dem legitimen Handel unberechenbare Schwierigkeiten und dem freien Verkehr wie der gesunden Konkurrenz ernste Schädigungen erwachsen — erklärt der siebzehnte volkswirtschaftliche Kongreß, daß Gewichtszölle (resp. Raum- und Stückzölle) den Vorzug vor Wertzöllen verdienen."

Die Schutzzöllner waren so voll geladen, daß schon bei diesem Gegenstand, der im übrigen ganz sachlich und ohne auf zollpolitische Gegensätze einzugehen, verhandelt wurde, Wolff-Gladbach mit einem persönlichen Angriff gegen den Referenten herausplatzte, der Herrn Wolffs Freund Baare-Bochum veranlaßte zu erklären, daß der Redner nicht im Auftrage einer Partei gesprochen habe.

In betreff der Eisenzölle wurde ein Antrag Baare-Bochum mit 137 gegen 105 Stimmen abgelehnt, ein Antrag Philippson-Berlin, Dannenberg-Hamburg, Stephan-Berlin angenommen, in dem nach verschiedenen Erwägungen, wobei besonders hervorgehoben wurde, daß nicht die Einfuhr vom Auslande, sondern vielmehr die maßlose Überproduktion des Inlandes und die unwirtschaftliche Konkurrenz, welche die inländischen Eisenproduzenten gegen einander ausüben, den Preis ihrer Fabrikate drückt, der volkswirtschaftliche Kongreß erklärt, daß eine Änderung der am 1. Januar 1877 in Kraft tretenden Zollgesetzgebung nicht zulässig ist. (Diese Gesetzgebung verordnet die Aufhebung der Eisenzölle.)

In der Frage der Handelsverträge wurde nach Ablehnung von Anträgen der Herren Dr. Stöpel-Frankfurt a. M. und Bueck-

Düſſeldorf, letzterer gegen eine anſehnliche Minorität, ein Antrag der Referenten Lammers-Bremen und Dr. Weigert-Berlin angenommen, wonach bei dem bevorſtehenden Ablauf der Handels- und Schiffahrtsverträge mit anderen europäiſchen Staaten es ſich deutſcherſeits empfiehlt, deren Erneuerung ernſtlich zu erſtreben. Neue verkehrerleichternde Zollverträge erſcheinen wünſchenswert, beſonders mit Rußland und den vereinigten Staaten von Nordamerika. Die Anweſenheit in Bremen gab Veranlaſſung, mit mehreren der hervorragenden Männer der freien Stadt die Anſichten über die Frage auszutauſchen, ob es nicht wünſchenswert ſei, daß die Stadt auf ihre Freihafenſtellung verzichte. Beſonders mit dem Vorſteher der Bürgerſchaft, Heinrich Claußen, hatte ich darüber ernſte Unterhaltungen, konnte aber mit ihm ebenſowenig wie gelegentlich mit den Hamburgern zurecht kommen. Ein Brief von Claußen vom 9. November 1876 giebt ſich die vergebliche Mühe, das hanſiſche Vorurteil zu verteidigen. Ich konnte ihn nicht bekehren, obſchon ich ihm aus eigenſter Erfahrung im Handelstag mitteilte, wie ſehr die Stellung der Hanſaſtädte den Verſuch der Schutzzöllner, ihre Beſtrebungen als die der Mehrheit der deutſchen Intereſſen erſcheinen zu laſſen, dadurch unterſtützt werde, daß bei allen Abſtimmungen die Stimmen der Hanſaſtädte als außerdeutſcher Intereſſenten in Gedanken immer in Abzug gebracht würden. Meine Prophezeiung, daß, wenn die freien Städte nicht gutwillig kämen, der Zwang nicht ausbleiben werde, iſt früh genug eingetroffen.

Der achtzehnte volkswirtſchaftliche Kongreß fand vom 2. bis 5. September 1878 in Poſen ſtatt. Der wichtigſte Gegenſtand der Verhandlungen: „Differentialzölle und Recht der meiſtbegünſtigten Nation“ kam an ſo ungünſtiger Stelle an die Reihe, daß der Präſident Braun ſchon am Abend vorher die Referenten und die Antragſteller veranlaßte, auf die Vertretung ihrer Anſichten zu verzichten und einen Generalreferenten in der Perſon von Dr. A. Meyer zu ernennen, um in möglichſt objektiver Weiſe ein Reſumé über die einander entgegenſtehenden Anſichten zu geben. Herr Dr. Meyer hat ſich denn auch in dankenswerter Weiſe dieſer Aufgabe unterzogen und in einem vortrefflichen Vortrag die An-

träge der Referenten und ihrer Gegner charakterisiert. Die zur Zeit der letzten Besprechung über handelspolitische Fragen in Bremen 1876 zu Tage getretene schutzzöllnerische Bewegung hat einen immer größeren Teil der Vertreter des Deutschen Reiches in Reichstag und Bundestag, ja sogar die maßgebendste Person, den Reichskanzler, in ihre Kreise gezogen. Mehr wie je mußte daher die praktische Seite, von den bisherigen erprobten Einrichtungen zu retten, was noch zu retten war, in den Vordergrund der Betrachtung treten. Es galt dafür zu sorgen, daß der beabsichtigte Übergang vom gemäßigten Freihandel zum gemäßigten Schutzzoll nicht die Herbeiführung einer extremen Schutzzollpolitik zur Folge habe.

Meine Anträge zur Frage lauteten:

1. Deutschland darf seine Handelsverträge mit den Nachbarländern nur dann erneuern, wenn deren Zolltarife im wesentlichen keine Erhöhung gegen die bisherigen Sätze enthalten.
2. Die gegenseitige Gewährung des Rechts der meistbegünstigten Nation ist bei Erneuerung der Handelsverträge selbstverständlich; bei Wegfall derselben ist sie in den meisten Fällen unstatthaft.
3. Im Fall der Einführung erhöhter autonomer Tarife in den Nachbarländern sind Differentialzölle auf in Deutschland importierte Waren für jede einzelne Position, die im fremden Tarif die deutschen Sätze überschreitet und bis zur Höhe des fremdländischen Satzes dringend zu empfehlen.

Der Generalreferent Dr. Alex. Meyer trägt Bedenken, überhaupt mit Resolutionen vorzugehen. Er hält es für entschieden nachteilig, auszusprechen, daß man einer Regierung, die in Verhandlungen begriffen ist, wie die Referenten v. Kübeck, Max Weigert und Otto Wolff wollen, gewisse Mittel verwehren möchte, zu denen sie unter Umständen sich berufen fühlen könnte. Er sage nicht, daß der Satz Seyffardt von der Versammlung adoptiert werden könnte, wenn es sich darum handelte, ein Lehrbuch der

Handelspolitik zu schreiben, aber er halte es für ein äußerst bedenkliches Vorgehen, auszusprechen, man mißbillige es, daß die Regierung Gebrauch mache von solchen Mitteln, die möglicherweise zu einem Erfolge führen können.

Ein Beschluß wird nicht gefaßt.

Meine Meinung habe ich im einzelnen verfochten in einer Broschüre betitelt: „Differentialzölle und Recht der meistbegünstigten Nation", Krefeld 1878 bei Kramer & Baum, die mit folgenden Worten schließt:

„Der Sieg kann dem Freihändler nur werden, wenn es ihm dauernd gelingt, die öffentliche Meinung bei der Überzeugung zu erhalten, daß die Freihandelsidee bei schlechten wie guten Konjunkturen den Interessen aller der wirtschaftlichen Gruppen entspricht, die ihr Gedeihen nicht auf Unkosten anderer Kreise zu fördern bestrebt sind."

Von den noch folgenden vier volkswirtschaftlichen Kongressen 1880 Berlin, 1882 Mannheim, 1883 Königsberg i. P., 1885 Nürnberg, habe ich nur noch den in Mannheim 18. bis 20. September 1882 besucht. Mit Bismarcks Bekehrung zum sog. Schutz der nationalen Arbeit und dem Austritt der Secessionisten aus der nationalliberalen Partei wurde dem Kongreß der Wind aus der Fahne genommen.

Die am 15. Oktober 1885 erfolgte Zuwahl in den Ausschuß der neugegründeten Vereinigung der deutschen Freihändler (Vorsitzender L. Bamberger, stellvertretender Vorsitzender Dr. Max Weigert, Schriftführer Brömel) habe ich angenommen.

Mit meiner Teilnahme an den Bestrebungen des volkswirtschaftlichen Kongresses läuft parallel diejenige an den Arbeiten des Vereins für Socialpolitik. Zum 6. und 7. Oktober 1872 hatte eine Anzahl Herren, zumeist Professoren der Staatswissenschaften und der Nationalökonomie, eine Einladung zu einer privaten Besprechung über die sociale Frage nach Eisenach erlassen, zu der in Krefeld Heimendahl und ich geladen waren. Unter Einladenden wie Eingeladenen befanden sich Männer der verschiedenen wirtschaftlichen Richtungen, sodaß der Anschein gegeben war, daß es

ſich um eine Verſtändigung handele. Ich zögerte daher nicht, zu erſcheinen, da ich das Bedürfnis empfand, die ſocialpolitiſche Seite unſeres wirtſchaftlichen Lebens, die vom volkswirtſchaftlichen Kongreß ganz unbeachtet blieb, in der öffentlichen Behandlung berückſichtigt zu ſehen. Als dann im Namen der Herren, welche eingeladen und ſpecieller im Namen derer, welche das Vorbereitungskomitee gebildet hatten, Profeſſor Schmoller die Erſchienenen als Glieder der neuen Partei begrüßte, die ſchon lange auf der Baſis einer tieferen wiſſenſchaftlichen Erkenntnis vereint geweſen ſei, wurde mir klar, daß ich mich nur als Zuhörer betrachten dürfe. Wieviel Anregung und Förderung ich auch den Schriften der Kathederſocialiſten verdankte, ſo gehörte ich nach wie vor zu den Manchesterleuten. Ich folgte darum nicht minder aufmerkſam den Ausführungen des Redners und hatte ſchließlich die Genugthuung, nachdem mir manche der gehörten Erwägungen recht zweifelhaft erſchienen waren, mich mit dem Schlußſatz in vollem Einverſtändnis zu befinden.

Er lautet:

> Wir erwarten vom Staate wie von der ganzen Geſellſchaft und jedem Einzelnen, der an den Aufgaben der Zeit mit arbeiten will, daß ſie von einem großen Ideale getragen ſeien. Und dieſes Ideal darf und ſoll kein anderes ſein, als das, einen immer größeren Teil unſeres Volkes zur Teilnahme an allen höheren Gütern der Kultur, an Bildung und Wohlſtand zu berufen. Das ſoll und muß die große, im beſten Sinne des Wortes demokratiſche Aufgabe unſerer Entwickelung ſein, wie ſie das große Ziel der Weltgeſchichte überhaupt zu ſein ſcheint.

Meine Bedenken hatten ſich am meiſten gegen den, den Arbeitgebern gegenüber angeſchlagenen, vermutlich auf mangelhafter Kenntnis der beſtehenden wirtſchaftlichen Zuſtände beruhenden, unfreundlichen Ton gewandt. Den Gipfel der Ungerechtigkeit hatte, von der Manchesterpartei redend, aber viel ſchärfer die Geſamtheit der Unternehmer treffend, die Ausdrucksweiſe des Redners erreicht, als er ſagte:

> Es nahm jetzt faſt den Anſchein, als ob die Partei, die

früher im Namen der Menſchenrechte die Erlöſung der nicht-privilegierten Klaſſen von hartem Drucke gefordert, jetzt nur noch Sinn und Intereſſe für den einſeitigen Klaſſenſtandpunkt der Unternehmer hätte, als ob ſie unter volkswirtſchaftlicher Freiheit jetzt nur noch Freiheit für die großen Unternehmer und Kapitalbeſitzer, für die großen Geſellſchaften verſtehe, das Publikum auszubeuten.

In der Verſammlung waren unter 152 Teilnehmern nur ſieben bis acht Großinduſtrielle, von denen keiner das Wort nahm.

Dem Bedürfnis, meinen Proteſt gegen die Unterſchätzung der Bedeutung „der großen Unternehmer uud Kapitalbeſitzer“ (noch deutlicher „der Großinduſtriellen“) als hervorragender Beförderer des Wohlſtandes unſerer Nation veranlaßte mich, eine kleine Broſchüre: „Die Veranſtalter der Eiſenacher Verſammlung vom 6. und 7. Oktober 1872 in ihrem Gegenſatz zur deutſchen Großinduſtrie“ in Krefeld bei Kramer & Baum 1872, erſcheinen zu laſſen. Sie ſchließt mit der folgenden Mahnung zum Frieden, der zwiſchen volkswirtſchaftlichem Kongreß und Verein für Socialpolitik durch die Vorſitzenden Braun und Naſſe unter Vermittelung von mir und Profeſſor Held Ende 1875 herbeigeführt wurde.

Solange aber im Kampfe der politiſchen Intereſſen die Ausſicht auf friedliche, nie durch den Appell an die Macht des Stärkeren unterbrochene, Verſtändigung noch ſo ſehr in den Nebeln einer ferneren Zukunft verſchwimmt, wie es leider in unſeren Tagen noch der Fall iſt, ſolange muß die Hoffnung auf eine Einigkeit der verſchiedenen Völker über die wirtſchaftlichen Intereſſen, über die Höhe der Arbeitslöhne und ähnliche Fragen, mit einem Worte alſo die Beſeitigung der jetzigen Baſis des Weltverkehrs, der freien Konkurrenz, in das Reich der Chimäre verwieſen werden.

Ich ſchließe meinen Beitrag zu der Beſprechung der wichtigen Fragen, die die Veranſtalter der Eiſenacher Verſammlung angeregt haben, mit dem Wunſche, daß die Gegenſätze in der Beurteilung recht bald ihre bisherige Schroffheit verlieren und ihre Vermittelung in dem gemeinſamen Streben

nach gesunder Weiterentwickelung unseres Wirtschaftslebens finden mögen!

Das Übereinkommmen zwischen den beiden Vereinen hatte 1876 eine Anzahl von Socialpolitikern auf den volkswirtschaftlichen Kongreß nach Bremen geführt und ließ im Jahre 1877 mit vielen Kongreßlern auch mich den Besuch auf der socialpolitischen Jahresversammlung in Berlin erwidern. Ich wurde gleich Mitglied und alsbald in den Ausschuß zugewählt. Hübsch war die kurze Charakteristik der beiden Richtungen, mit der der Vorsitzende, Professor Dr. Nasse, das Abkommen der Vereine begründete. Es beständen allerdings in Deutschland zwei verschiedene Schulen der Nationalökonomie, von denen die eine mehr betont die erziehende Wirksamkeit des freien Verkehrs, die Kräftigung, welche hervorgeht aus der ungehinderten freien Bewegung, — die andere dagegen mehr Gewicht legt auf die Aufgabe des Staates, die Schwachen, die Hilflosen zu schützen und zu stärken, und dafür hält, daß der Staat in seiner Rechtsordnung nicht nur dem Einzelnen eine möglichst freie Bewegung und Entwickelung gewähren, sondern auch vor allem bedacht sein muß, die harmonische Entwickelung des Ganzen zu sichern. Glücklicherweise tritt dieser Gegensatz bei vielen volkswirtschaftlichen Fragen vor anderen wirtschaftlichen und politischen Gesichtspunkten durchaus zurück.

Ich beteiligte mich durch Antrag und Rede lebhaft an der Verhandlung über die Kommunalsteuerfrage, die indes in dem damaligen ungeklärten Stadium kein dauerndes Interesse in Anspruch nehmen konnte. Mein Antrag:

1. Bei der bevorstehenden Reform des Kommunalsteuer-Wesens ist für ganz Deutschland, wo immer thunlich, ein System von Zuschlägen in erster Linie zu staatlichen Einkommensteuern, in zweiter Linie und unter gesetzlich festzustellenden Einschränkungen, zu staatlichen Ertragssteuern zu empfehlen.
2. Für Leistungen an Einzelpersonen wie an einzelne Gruppen von Interessenten sind Gebühren und besonders aufzulegende Ertragssteuern zu gestatten.
3. Konsum- und Verzehrungssteuern dürfen nicht neu eingeführt, wohl aber einstweilen noch beibehalten werden,

doch ist auf ihre Verminderung und allmähliche Abschaffung hinzuwirken.

4. Für juristische Personen und Forensen ist eine besondere, den bisher in mehreren Landesteilen ihnen auferlegten Sätzen der Einkommensteuer ungefähr entsprechende Ertragssteuer vorzuschreiben

fand nicht die Mehrheit. Angenommen wurden die Thesen von Professor Held in Bonn, lautend:

I. Es ist durch Staatsgesetz und zwar mit Rücksicht auf gleichzeitig notwendige Staatssteuerreformen zu bestimmen, welche Arten von Abgaben in den verschiedenen Gemeinden erhoben werden dürfen.

II. In Städten und Landgemeinden sollen hauptsächlich erhoben werden:

1. besondere Beiträge von nachweislichen Interessenten,
2. Realsteuern, namentlich von Grund und Boden und Gebäuden,
3. Personalsteuern von allen in der Kommune lebenden, ökonomisch selbständigen physischen Personen,
4. in großen Städten indirekte Verbrauchssteuern zum teilweisen Ersatz von Nr. 3,

III. Das Staatsgesetz soll das Verhältnis, in welchem diese verschiedenen Hauptausgabearten benutzt werden dürfen, mit Rücksicht auf die Hauptzweige der kommunalen Verwaltung und die betreffenden Kommunalausgabeposten feststellen, so daß der Ertrag der Realsteuern die Ausgaben der Kommune für wirtschaftliche Verwaltung ungefähr deckt.

IV. Beiträge und Realsteuern sollen unabhängig von ähnlichen Staatssteuern, Kommunal-, Personal-, insbesondere Einkommensteuern im Anschluß an die entsprechenden Staatssteuern eingeschätzt werden.

Zur folgenden Jahresversammlung des Vereins für Socialpolitik im Jahre 1879 hatte ich infolge Aufforderung von Professor Held, der durch Tüchtigkeit und Liebenswürdigkeit immer mehr hervortritt, mich bereit finden lassen, als Specialreferent

für die freihändlerischen Interessen innerhalb der Textilindustrie zu sprechen. Es war am 21. und 22. April und lautete das Thema: „Zölle auf Produkte der Textilindustrie."

Meine Rede und mein Antrag hatten folgenden Wortlaut:

„Der Ausschuß hat mich beauftragt, Ihnen zu referieren über die Änderungen, die der neue autonome Zolltarif der Textilindustrie verheißt. Ich kann nicht sagen, daß ich der Aufforderung gerne nachgekommen bin, denn ich bin mir wohl bewußt gewesen, daß die Zeit zur Vorbereitung zu kurz war, um das vorhandene reiche Material so zu verarbeiten, wie es dem wissenschaftlichen Charakter dieser Versammlung einigermaßen entsprochen hätte. Ich muß mich darum auch darauf beschränken, Ihnen auszuführen, nach welchem Princip, um nicht zu sagen, nach welcher Schablone, die Änderungen geschnitzt sind, die den neuen vom alten Tarif unterscheiden, wer dabei gewinnt und wer verliert, und ob die voraussichtlichen Folgen geeignet sind, die Reform als einen Erfolg der wahrhaft nationalen Arbeit in der Textilindustrie erscheinen zu lassen.

Die Motive zum neuen Tarif sind erst vor einigen Tagen erschienen und kaum bekannt geworden. Wir müssen sie daher in den Zahlen suchen und werden sie leicht darin finden. Da ist entscheidend für unsere Beurteilung die Anwendung, die der Grundsatz des berühmten Kanzlerbriefs vom 15. Dezember, daß von der allgemeinen Zollpflicht nur die dem Gewerbefleiß unbedingt notwendigen Rohprodukte auszunehmen seien, gefunden hat. Rohe Baumwolle, Flachs, Seide und Wolle sind frei von Eingangszoll geblieben; dagegen alle Halb- und Ganzfabrikate mit mehr oder weniger hohen Zöllen bedacht worden. Der Spinner ist durch diese Behandlung auf das entschiedenste bevorzugt. Sein Material findet keine Verteuerung, während seiner nationalen Arbeit eine Prämie in Staffelform für die meisten Garne von Baumwolle, Flachs, Florettseide und Wolle zu Teil wird, die den bisherigen Zoll verschiedentlich um das Dreifache übersteigt. Der Vorteil des Spinners ist der Nachteil des Webers, dessen Rohstoff das verteuerte Halbfabrikat des Spinners ist und dem die billigen Garne des Auslandes bis-

her zur Verfügung ſtanden. Doch auch dem Manne ſoll durch erhöhte Zölle auf ſo ziemlich alle Waren der vier Hauptzweige von Webewaren geholfen werden!

So weit ſcheint alſo alles in ſchönſter Ordnung, die Harmonie der Intereſſen erhalten zu ſein. Nun ſagte Ihnen geſtern Herr Haßler, das treffe in der That zu, nicht bloß nach der Meinung der Spinner, ſondern auch nach der der Weber. Allerdings kann Herr Haßler ſich auf manche Äußerungen der letzteren beziehen, aber um deren Bedeutung zu ermeſſen, lohnt es ſich, an den Gedankengang, der zu Grunde lag, zu erinnern. Die Weber ſagten ſich: Wir ſehen zwar nicht ein, wohin das neue Evangelium führen ſoll, aber die öffentliche Meinung iſt ihm günſtig, es thut nicht gut, gegen den Strom zu ſchwimmen; gönnen wir dem Spinner einen Schutz, wenn uns nur ein Äquivalent geboten wird. Ziehen Sie dazu in Betracht die uns Deutſchen immer noch etwas mehr als den anderen Kulturnationen innewohnende Luſt an Privilegien aller Art und auf allen Lebensgebieten — ich erinnere an das heute trotz des Fiaskos der 49er preußiſchen Gewerbegeſetzgebung neuerwachte Verlangen nach Zunftzwang, das als Pferdefuß aus allen Verhandlungen über freiwillige Innungen hervorguckt, — ſo werden Sie ſich nicht wundern, daß der neue für Schutz ſchwärmende wirtſchaftliche Glaube auch bei den Webern Sympathie fand.

Doch, m. H., haben noch lange nicht alle Zweige der Textilinduſtrie ſich ſo verhalten. Die exportierenden Gewerbe haben ſich nicht dem Sirenenſange lauſchend hingegeben, ſondern ſich durch ihre eigenſten Lebensintereſſen gezwungen geſehen, energiſch zu opponieren. Bei der Bedeutung des Exports, der in Webewaren den Import um das Vielfache überſteigt, treten ſie in den Kampf ein in dieſer Zeit, in der an höchſter Stelle der Weg zum Heil in der Entfeſſellung der kraſſeſten wirtſchaftlichen Einzelintereſſen gefunden wird. Ob es wirklich der richtige Weg iſt, dürfte großen Bedenken unterliegen. Wer daran noch gezweifelt hätte, den könnten die geſtrigen Ausführungen des Redners aus Offenbach, die mich

lebhaft an das Geschrei über den Kornwucher, das in den 40er Jahren durch unser Land ging, erinnerten, wohl belehrt haben. Es thäte wirklich Not, daß neben dem Interessenkampfe auch die ideale Seite in Handel und Wandel, die Bedeutung, die der Handel und der Austausch unter den Nationen als Kulturträger durch Jahrtausende hindurch gehabt haben, ernste Betonung fänden.

Den exportierenden Zweigen der Textilindustrie, m. H., kann für die ihnen durch den neuen Tarif zu Teil werdende Benachteiligung kein Äquivalent geboten werden. Allenfalls wäre das noch thunlich, oder, soweit vorhanden, aufrecht zu erhalten bei einigen gefärbten oder appretierten Halbfabrikaten, z. B. Türkischrot und Eisengarn, in der Form des Rückzolls. Bei Ganzfabrikaten ist dagegen eine Erkennung der Identität des Fadens der exportierten Ware mit dem importierten Garn undenkbar, ein Rückzoll also nicht angebracht. Während die Erhöhung des Zolles auf die konkurrierenden Waren des Auslandes nun unter Umständen, noch lange nicht immer, dem für das Inland beschäftigten Weber einen Vorteil zu gewähren verspricht, fällt dieser für den exportierenden Weber fort, ja die Erhöhung setzt ihn noch der besonderen Gefahr aus, daß ihm sein Markt durch Retorsionsmaßregeln der benachbarten Staaten entzogen werde.

Nun könnte es auffallend sein, m. H., daß bei der Bedeutung des deutschen Exports in den vier großen Textilzweigen sein der neuen Richtung so total entgegenstehendes Interesse sich neben der lauten Reklame des Schutzzolles nur mit schwacher Stimme bemerkbar gemacht hat. Aber da wolle man doch bedenken, daß bei der heutigen Strömung das Exportinteresse nur dann in den Handelskammern, bei den Stadtverordneten, Anerkennung findet, wenn es ganz und gar überwiegend ist und auch der enragierteste Vertreter der sogenannten nationalen Arbeit sich der fatalen Konsequenz im einzelnen Falle nicht entziehen kann. Ist das Exportinteresse in der Minorität, oder gehört es, wie schon Herr Professor Held als häufig zutreffend Ihnen geschildert hat, zum Kleinbetrieb, so wird es, wie ein-

mal die Dinge liegen, an die Wand gedrückt. Von den Bezirken, in denen die exportierende Industrie die Vorhand hat, will ich nur Barmen und Krefeld nennen. Barmen exportiert 75 %, Krefeld 66⅔ % seiner Gesamtproduktion. Der Exportumschlag der letzteren Stadt betrug im vorigen Jahre 44 Millionen Mark, es handelt sich also nicht um Kleinigkeiten.

Ich sagte vorhin, m. H., daß die Zahlen des neuen Tarifes die Stelle der Motive vertreten müßten. Keine Zahlen aber reden so laut wie diejenigen der Staffel für Baumwollgarne, um aller Welt klar zu machen, daß für den Reichskanzler die Finanzzölle die große Hauptsache sind, die Schutzzölle nur in dem Maße Berücksichtigung finden, als es ihren Interessenten gelungen ist, öffentliche Meinung zu machen, und in hohen Accorden die Alarmtrompete zu blasen. Nur so ist es zu erklären, daß von den Spinnern die Baumwollmänner den Löwenanteil an der großen Förderung der nationalen Arbeit haben sollen, die Vertreter von Leinen, Florettseide und Wolle mit bescheidenerm Resultat zufrieden sein müssen. Neben dem Eisen erhält das Baumwollengarn die goldene Prämie für gute Führung, für geleistete vorzügliche Dienste im Ansturm gegen die bisherige Wirtschaftsordnung. Aus den Ergebnissen der Baumwollenquete ist absolut kein sachlicher Grund für diese Bevorzugung zu erkennen. Diese Enquete, die in Bezug auf Zusammensetzung der Kommission und Unparteilichkeit der Verhandlungen nicht genug hervorgehoben werden kann, der auch Herr Haßler seine Thätigkeit in hervorragender Weise geschenkt hat, hat unwiderleglich bewiesen, daß die heute in Deutschland bestehende Baumwollspinnerei eines erhöhten Schutzes nicht bedarf. Daß sie desselben bedarf, ist aber, was die Spinner beweisen müßten, und total falsch, wenn Herr Haßler gestern den Spieß umzudrehen versuchte und von den exportierenden Webern den Nachweis verlangte, daß sie durch die Begünstigung der Spinnerei ruiniert würden.

In den Jahren 1834—46 hat der Zollvereinssatz für Baumwollgarne 12 Mk. per 100 K. betragen, wurde dann

von 1847—65 auf 18 Mk. erhöht und endlich von 1866 an auf den früheren Satz von 12 Mk. ermäßigt. Der prozentliche Anteil der Einfuhr an dem Gesamtgarnverbrauch Deutschlands hat zur Zeit der Zollerhöhung dem Gewichte nach beispielsweise in 1861 29,6 betragen, ist aber nach der Zollreduktion im Jahre 1877 bis 17,3, also in stärkerem Verhältnis als der Zutritt von Elsaß-Lothringen Einwirkung übte, gefallen. Nach der Aussage der Spinner bei der Enquete hat für sie die ungünstige Konjunktur erst 1877 begonnen, ja selbst in diesem Jahre haben einzelne Spinnereien günstige Resultate ergeben — ich erinnere an die Dividende von $8^{3}/_{4}$ % der wegen der Ungeschicktheit ihres Vertreters vielbesprochenen Aktiengesellschaft Bayreuth. Vergleicht man damit die schlechten Ergebnisse in vielen Webereien, die übrigens das fortwährende Fallen der Rohstoffpreise seit 1872 als ganz natürlich erscheinen läßt, so fehlt umsomehr jede sachliche Begründung zu einem Heraufschrauben der Baumwollengarnzölle bis auf 39 Mk., als die meisten Spinner in der Enquete sich mit einer Erhöhung, die bei den feineren Nummern 24 Mk. nicht überschreitet, befriedigt erklärten.

Gleich der Baumwollspinnerei hat auch die Baumwollweberei sich fortschreitender Entwickelung zu erfreuen, also Ursache gehabt, sich in dem Rahmen des bisherigen Schutzes behaglich zu fühlen. Von 1861—75 hat in dieser Industrie der Übergang von der Hand- zur Kraftweberei in großem Maße stattgefunden, so daß für 27000 in Wegfall gekommene Handstühle 34000 mechanische Webstühle mit ganz gewaltig gesteigerter Produktion in Gang gekommen sind. Die Ausfuhr von Baumwollwaaren hat in den letzten 6 Jahren durchschnittlich 254000 Centner gegenüber einer Einfuhr von 51000 Centnern, also das Fünffache betragen. In einzelnen Jahren hat Herr Dr. Gensel gestern ein siebenfaches Überwiegen der Ausfuhr nachgewiesen. Von einem Bedürfnis nach Schutzzoll kann also auch bei der Baumwollweberei nicht die Rede sein, wie übrigens in diesen Tagen die Weber in M.-Gladbach ausdrücklich erklärt haben.

Nach dem Gesagten erscheint es ganz klar, daß der einzig mögliche Erfolg der planierten hohen Zölle für Baumwollengarne nur der sein kann, auf künstlichem Wege eine Produktion von feineren Nummern zu fördern, die notorisch entsprechend den Bedürfnissen des Marktes der Erzeugung der gröberen Nummern Feld gegeben hatte. Die bei der Enquete gefragten Sachverständigen erklären diesen Erfolg für problematisch, und wenn Herr Haßler ihn in der Generaldebatte den für Feinspinnerei bereits eingerichteten Elsässern voraussagen zu dürfen glaubte, so steht dem das abfällige Urteil der Lyoner Handelskammer über die dortigen Leistungen bei noch viel höherem französischen Zoll gegenüber. Sind die hohen Garnzölle aber wesentlich Finanzzölle, so gewinnt die Bestrebung, sie auf ein verständiges Maß zu reduzieren und die exportierenden Industrien dadurch am besten gar nicht, mindestens aber nicht gar zu sehr zu schädigen, alle Aussicht bei den bevorstehenden Verhandlungen im Reichstag Anerkennung zu finden. Gegenüber den Sätzen des neuen Tarifs wird es daher wohl keine Schwierigkeiten haben, wenn es nicht gelingen sollte, die Garnzölle auf dem alten Satze von 12 Mk. zu erhalten, dem Vorschlag der vereinigten niederrheinischen Handelskammern die Zustimmung der gesetzgebenden Gewalten zu verschaffen. Dieser lautet: Nr. 1—25: 12 Mk., Nr. 26—50: 15 Mk., Nr. 51—80: 18 Mk., 81 aufwärts 21 Mk.

Nun, m. H., nur noch einige Worte über eine Industrie, die, wie wenig andere, sich der historischen Entwickelung unserer Verkehrsverhältnisse angepaßt hat, die deutsche Seidenindustrie. Sie hat sich in schwerer Arbeit den Weltmarkt erobert und ist eingetreten in die Arbeitsteilung mit der Jahrhunderte älteren französischen Industrie, die vornehmlich in Lyon und St. Etienne ihren Sitz hat. Während Lyon bis heute sich den Vorrang für ganz seidene Waren erhalten hat, prosperiert die deutsche Seidenindustrie in der Pflege der halbseidenen mit Baumwolle vermischten Waren. Die letztere ist dabei wesentlich unterstützt worden durch den Bezug der feineren Nummern englischer Garne, der der Lyoner Industrie gemäß den jährlich wiederkehrenden Klagen der dortigen Handelskammerberichte

durch hohe Zölle fast verwehrt war. Dieser Vorteil soll nun im Interesse einer erst zu gründenden Feinspinnerei der Seidenfabrikation genommen werden. Dazu soll auch die für die Krefelder Samtweberei so unendlich wichtige Florettseide mit einem Zoll von 12 Mk. pro 100 Ko. belegt werden und, m. H., es ist charakteristisch für die ganze Situation — der so wichtige Einzelzweig kann sich wahrhaftig noch glücklich schätzen, daß der zu Gunsten von 3 oder 4 Florettspinnereien im badischen Lande von minimaler Bedeutung mit einer Arbeiterzahl vielleicht im Verhältnis von 1 zu 100 der Webereien, projektierte Schutzzoll der ersten Lesung 24 Mk. oder gar der des autonomen Tarifs des Centralverbandes deutscher Industrieller 72 bis 96 Mk. so weit herabgemindert worden ist.

Gewiß hat die deutsche Seidenindustrie Ursache, sich zu beklagen, daß die mangelnde Sachkenntnis der deutschen Vertreter bei den Handelsverträgen eine verständige, auf die natürliche Arbeitsteilung Rücksicht nehmende Reciprocität vornehmlich mit Frankreich nicht herbeigeführt hat. In der Betonung der Notwendigkeit größerer Vertiefung in die Details, sorgsamerer Berücksichtigung der Einzelinteressen, als bisher bei unserer Staatsregierung üblich war, stimme ich mit der Klage der Schutzzöllner vollständig überein; wir dürften uns in solcher Richtung wohl Frankreich als Vorbild nehmen. Aber viel schlimmer als die begangenen Fehler ist die Bevorzugung der pseudo-nationalen Arbeit die Seidenindustrie zu schädigen geeignet; ihr Protest dagegen im höchsten Maße gerechtfertigt. Der eine Handelskammerbezirk Krefeld würde bei den Erhöhungen des neuen Tarifs für Baumwollen- und Florettseidengarne nach einer mäßigen Berechnung per Jahr die Summe von 300000 Mk. verlieren, und da $^2/_3$ seines Umschlages ins Ausland geht, keine Aussicht haben, in höheren Preisen einen Ersatz zu finden. Am wenigsten ist ein solcher Ersatz in der Erhöhung der Zölle auf Seidenwaren von 180 resp. 240 auf 300 Mk. zu finden, die in jenem Bezirk nicht verlangt und nicht gewünscht worden ist.

Ich habe mich darauf beschränkt, die Konsequenzen der neuen Handelspolitik an ziffermäßigen Daten bezüglich derjenigen beiden der vier Textilzweige, die mir am besten bekannt sind, zu knüpfen. Ich hatte gehofft, daß Herr Weigert für Leinen und Wolle meine Mitteilungen im gleichen Sinne ergänzen würde. Leider ist er nicht erschienen.

Vielleicht noch schlimmer als die direkten Nachteile werden die indirekten Folgen die Exportindustrien treffen. Wie viele dem gesunden Holze der internationalen Verkehrserleichterung entsprossene Keime und Knospen wird der neue Tarif und seine Nachwehen in kürzerer oder längerer Zeit knicken und ersticken?! So naiv kann doch keiner der Vorkämpfer der wirtschaftlich-nationalen, ich würde lieber sagen, wirtschaftlich-chauvinistischen Gestaltung unseres Vaterlandes sein, daß er nicht einsehen sollte, daß die bevorstehende sogenannte Reform unsere Nachbarn zu Gegenmaßregeln förmlich herausfordert. Treten diese ein, so werden die exportfähigen Industrien sie tragen, die Bitterkeit über einseitige Bevorzugung der Spinnereiinteressen überwinden müssen. Sie haben bisher auf eigenen Beinen gestanden und werden so leicht nicht auf die Errungenschaft eines Menschenalters verzichten. Den Trost und die Hoffnung auf eine bessere Zukunft finden sie in sich selber. So wenig die Wissenschaft, gestützt auf ihren kosmopolitischen Charakter, dem oft an sie ergangenen Unkenruf zur Umkehr Folge zu leisten sich gezwungen gesehen hat, so wenig wird das Streben nach Freiheit der internationalen Bewegung in wirtschaftlichen Dingen sich von der neuen Weisheit bekehren lassen.

M. H., ich empfehle Ihnen meinen Antrag; der Verein für Socialpolitik wolle sich für Herabminderung aller Sätze des neuen Tarifs für Halb- und Ganzfabrikate der Textil-Industrie, möglichst auf diejenigen des bisherigen Tarifs, aussprechen. (Lebhafter Beifall links.)

Mein Antrag wurde von der Phalanx der zum Zwecke des Niederstimmens der Gegner sehr zahlreich erschienenen Schutzzöllner gleich allen übrigen freihändlerischen und vermittelnden Anträgen mit etwa 82 gegen 63 Stimmen abgelehnt. Angenommen dagegen

wurde im allgemeinen die Erklärung des Prof. Schmoller für eine maßvolle Tarifreform im finanzpolitischen und schutzzöllnerischen Sinne, und im besonderen in Bezug auf die Produkte der Textilindustrie der Antrag von Grad-Kolmar und Reitz-Chemnitz für Billigung des im Tarifentwurf zum Ausdruck gekommenen Grundsatzes, die Zölle mehr als seither nach dem Werte der einzelnen Artikel und insbesondere nach der darauf verwandten Arbeit zu bemessen.

Für den Verein für Socialpolitik war der Kampf zwischen Freihandel und Schutzzoll selbstredend im Grunde nicht gerade erwünscht, da er die öffentliche Aufmerksamkeit den socialpolitischen Fragen entzog. Diese hatten seit der Gründung des Vereins keinen nennenswerten Fortschritt gezeitigt, höchstens ihren Parteigängern bei allen objektiv Urteilenden die Anerkennung ihres ernsten wissenschaftlichen Strebens und ihrer lauteren Absichten verschafft. Wie ich zu diesen Fragen am Ende der siebenziger Jahre stand, kann ich sehr einfach durch Abdruck des Briefwechsels erläutern, den ich mit dem mir von den Professoren Adolf Held, Erwin Nasse und Adolf Wagner zum Studium der Krefelder Hausindustrie empfohlenen Dr. Alphons Thun, einem jungen Nationalökonomen baltischer Abstammung, im April und Mai 1879 geführt habe.

Thun schrieb mir am 18./30. April aus Moskau:

„Beifolgend übersende ich Ihnen den ersten Teil meines Buches, welchem der zweite noch vor dem 20. Mai folgen muß.

Zugleich erlaube ich mir, Ihnen meinen aufrichtigen Dank für die freundliche Unterstützung zu sagen, welche Sie mir in so ausgedehntem Maße haben angedeihen lassen. Sie werden manchen von Ihnen ausgesprochenen Gedanken wiederfinden und alle Ihre Notizen benutzt finden. So thätigen Anteil hat kein anderer Mann an meinem Unternehmen genommen.

Freilich wird mein schwacher Versuch manche Lücken und gewiß viele Mängel enthalten, aber ich bin ja nur ein Anfänger und darf auf billige Rücksicht rechnen. Leider scheint mir dieselbe in Krefeld nicht zu teil zu werden. Es ist mir eine Serie von vier Aufsätzen zugeschickt worden, die hier und

da recht anerkennend sind, die mehrere Mängel trefflich betonen, die aber in einem sehr schroffen Tenor schließen und mich als Socialisten denuncieren. Die Phantasie des Kritikers sieht in mir einen Emissär des Prof. Schmoller und bezichtigt mich sogar wissentlicher Unwahrheit.

Nach der Lektüre des ganzen Abschnittes über Krefeld scheint ein so ungünstiges Urteil nicht zu rechtfertigen, und ich hoffe, Sie werden nicht zu denjenigen gehören, welche meine Darstellung so vollkommen verdammen. Ihr Urteil halte ich für das kompetenteste und würde für die Mitteilung desselben sehr danken. Könnten Sie nicht eine Notiz in die Kölnische Zeitung gelangen lassen?"

Ich antwortete ihm am 9. Mai 1879:

„Brief vom 30. v. Mts. habe ich erhalten und danke für Übersendung des Buches. Ich besitze dasselbe seit seinem Erscheinen und habe seinen Inhalt, die mir bisher unbekannten Teile wiederholt, mit großem Interesse gelesen. Ganz besonders gilt dies von den Aachener Kapiteln, die in mir Nachdenken und Entrüstung weckten, bis ich langsam zu dem Gedanken kam, ob Sie nicht auch da wie in Krefeld an und für sich zum größeren Teil richtige Thatsachen so gruppiert hätten, um sie als Material für eine vorgefaßte wissenschaftliche Schulmeinung zu verwerten.

Wer die Artikel der Krefelder Zeitung, über die Sie sich beklagen, geschrieben hat, habe ich zufällig noch nicht erfahren. Das Erscheinen Ihres Buches ist nämlich zu meinem Bedauern in eine Zeit gefallen, in der durch die Bismarckschen Zollprojekte ein Interessenkampf entbrannt ist, der alles wirtschaftliche Bestreben vollständig absorbiert und für Socialpolitik keinen Raum läßt. Wer der Kritiker aber auch sein mag, ich habe mich sehr gewundert, daß hier jemand lebt, der sich so eingehend mit Nationalökonomie beschäftigt, um ohne Zögern bei der Lektüre der Kapitel Ihres Buches Ihre schwache Stelle, das ist Ihre trotz aller nach ehrlichster Überzeugung angestrebten Objektivität überall hervortretende Parteimeinung, den Socialismus im edlen Sinne des Wortes, zu erkennen.

Nun wissen Sie, daß ich, ein entschiedener Manchestermann, mit den Männern Ihrer Richtung meinen Frieden gemacht habe. Ich habe eine Kooptation in den Ausschuß des Vereins für Socialpolitik angenommen, auch dessen jüngste Versammlung noch als Referent besucht. Es ist mir vielfach gelungen, unnötige schroffe Gegensätze zwischen Männern der beiden Schulen etwas herabzumindern, dazu beizutragen, daß ein Zusammengehen in den gemeinschaftlichen Bestrebungen ermöglicht wurde. Aber die Verschiedenheit in der Grundanschauung bleibt darum doch bestehen.

Interessant war mir bei Ihrem ersten Besuche Ihre so entschiedene Vorliebe für Wagner und Schmoller. Klar wurde mir dieselbe, als ich Ihr Manuskript gelesen hatte, zu dem ich ja nur Bemerkungen bezüglich thatsächlicher Bedenken zu machen berufen sein konnte. Noch klarer aber erschien mir der Grund Ihrer Bewunderung jener Männer, als Sie im Anschluß an die mir freundlichst gesandten Artikel über russische Hausindustrie bei Ihrer jüngsten Anwesenheit dahier mir Ihre Ansichten über die wünschenswerteste Richtung der industriellen Entwickelung Rußlands mitteilten. Gleich Wagner und Schmoller sehen Sie in der historisch erwachsenen Wirtschaftsordnung unseres Westens mehr die Schatten- als die Lichtseite; Sie glauben, wenn Sie die Schwächen unserer auf freier Konkurrenz beruhenden Zustände erkennen, für Rußland diese Phase überspringen und zu der höheren Form der Regelung der Dinge durch staatliches Wohlwollen gelangen zu können. Das ist doch nichts anderes als Socialismus, an und für sich durchaus nichts Schlimmes, sondern etwas Gutes: nichts Schlimmes, wenn es aus der Natur der Dinge sich langsam fortschreitend als dem Gemeinwohl dienend herausbildet, etwas sehr Schlimmes, jede wirtschaftliche Thatkraft und Leistungsfähigkeit untergrabend, wenn es von oben als System in das kleine Getriebe der menschlichen täglichen Arbeit hineingetragen wird.

Was mir an dem vierten Artikel der Krefelder Zeitung schlecht gefallen hat, das ist der Ton, den Sie als denuncia-

torisch bezeichnen. Ihr Buch verleugnet in keiner Weise den wissenschaftlichen Charakter, hat unleugbare Verdienste, indem es Dinge mit dem rechten Namen nennt, die gern verschwiegen werden. Ob Ihre Schlüsse und Konsequenzen richtig sind, kann sehr die Frage sein; daß sie als wissenschaftliches Problem diskutiert zu werden berechtigt sind, ist außer Zweifel.

Freilich hat es augenblicklich in Deutschland seinen Haken, über derlei Dinge zu schreiben. Ihr Verleger Herr Geibel (D. & H.) befragte mich in Frankfurt a./M. sehr eingehend über Ihr Buch und schien gar nicht überzeugt, daß dasselbe dem Socialistengesetz entgehen werde. Es wunderte mich ordentlich, daß er anscheinend Wert darauf legte, als ich die Gefahr nicht anerkennen wollte.

Sehr interessiert hat mich Ihr Urteil über die verschiedene Gestaltung der ultramontanen Partei in Aachen und Gladbach-Krefeld. Auch hier eine Fülle von Material, Resultate scharfer Beobachtung, aber losgelöst aus dem Zusammenhang mit der historischen Entwickelung, Schein für Wesen nehmend und ohne Berücksichtigung der fürchterlichen Gefahr für die Gesellschaft, wenn Menschen von solchem Kaliber wie Kaplan Kronenberg durch reine Agitation sich aus ihrer Schlammsphäre für kurze Zeit empor zu heben vermögen. Das hiesige klerikale Organ, die Niederrhein. Volksztg., veröffentlichte in diesen Tagen bereits den dritten Artikel über Ihre Arbeit unter dem Titel: „Ein Urteil der Wissenschaft über die Krefelder Seidenindustrie". Bisher ist es zumeist Reproduktion von Urteilen und Schilderungen. Sobald die Serie beendet ist, werde ich sehen, ob sie für Sie Interesse hat, um sie Ihnen zu übersenden. Jedenfalls würde dies der Fall sein, wenn, was aus der bisherigen Veröffentlichung nicht zu ersehen ist, dem Verfasser die oben berührten Kapitel Ihres Buches über Kaplanokratie bekannt sind. Dieselben lassen sich ja natürlich prächtig im Interesse der politischen Partei verwerten.

Sie fragen mich, ob ich nicht eine Notiz in die Kölnische Zeitung gelangen lassen könnte. Ich vermag das in diesem Augenblick nicht, da ich nicht wüßte, was ich sagen sollte.

Gern werde ich aber die verschiedenen Äußerungen, die im Laufe der Zeit in der Presse und in der volkswirtschaftlichen Litteratur erscheinen werden, im Auge behalten, um einmal resümierend die große Bedeutung, die vom socialpolitischen Standpunkte aus Detailschilderungen wirtschaftlicher Verhältnisse, besonders wenn sie, wie in Ihrem Buche, ebenso von feinem Beobachtungssinn wie guter Darstellungsgabe zeugen, besitzen, hervorzuheben.

Der Ihnen genehmste Kritiker wird aber unzweifelhaft Schmoller sein, für den alles, was meiner unmaßgeblichen Meinung nach Schwächen Ihrer Behandlungweise sind, ebenso große Vorzüge sein müssen. Herr Sch. hat es denn auch in seinem Frankfurter Generalreferat über den Zolltarif glücklich dahin gebracht, seine Schwenkung ins schutzzöllnerische Lager in gewohnter geistreicher Weise zu vollenden. Schade, daß Sie unsere neueste wirtschaftliche Entwickelung von Reichskanzlers Gnaden nicht noch mit erlebt haben. Wie sind Sie in Ihren Ideen über die Mittel zur Vermeidung von Krisen weit überholt worden! Das thut in Zukunft alles die indirekte Steuer und der Schutzzoll!"

An dieser Stelle sei einer Wohlfahrtseinrichtung Erwähnung gethan, die in dem Fabrikunternehmen H. vom Bruck Söhne in Krefeld, an dem ich beteiligt bin, seit 1863, also Jahrzehnte vor dem Inslebentreten der Arbeiter-Versicherungsgesetze, auf meine Anregung versuchsweise eingeführt worden war. Es war eine Sterbe- und Alters-Versorgungskasse, mit der seit 1868 auch eine Jahresprämien-Kasse verbunden wurde. Die Prämien sollten denjenigen Arbeitern, die im vorhergegangenen Jahre acht Monate lang in der Fabrik beschäftigt gewesen waren, ausgezahlt werden. In den Jahren 1868—72 haben sie jährlich zwischen 8685 und 43038 Mark betragen. Als dann 1873—75 Verluste eintraten, die aus dem Gewinn von 1876/77 gedeckt werden mußten, die Arbeiter also keine Prämien erhielten, gelang es nicht, sie von der Richtigkeit der angegebenen Thatsachen zu überzeugen. Eine Verlust bringende Fabrik war ihnen undenkbar. Dieser Mißerfolg — erregtes Mißtrauen, statt des erwarteten gehobenen Ver-

trauens — verstärkte das bei den Mitgliedern der Firma nie ganz gehobene Bedenken, ob es nicht zu einer Verwirrung der wirtschaftlichen Begriffe führt, wenn dem Arbeitnehmer eine Beteiligung an Gewinnen gewährt wird, zu deren Erzielung er in den wenigsten Fällen mitzuwirken in der Lage ist. Infolgedessen hat die Firma die Gewinnbeteiligung fallen gelassen.

Neben den wirtschaftlichen und socialpolitischen Vereinen kommt als Verein für ideale Interessen zunächst die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung in Betracht. Die Idee zur Gründung dieses Vereins entstammt dem zielbewußten Streben meiner Freunde Fritz Kalle-Wiesbaden und Franz Leibing-Berlin; den ersten Vorstand bildeten neben dem letzteren: Schulze-Delitzsch, Miquel, Makower und Franz Duncker. Diese Auswahl leitender Persönlichkeiten der liberalen Parteien war dem Rate des Professors von Holtzendorff zu verdanken. Der wieder gewonnene Frieden — so hieß es in dem ersten Aufruf vom März 1872 — muß uns zur ernstesten Selbstprüfung, wie zu erneuter Aufnahme der Kulturarbeiten bereit finden, die der Krieg unterbrochen hat. Hier steht in erster Linie die Arbeit an der allgemeinen Volksbildung. Seitdem die erste gesetzgebende Versammlung Deutschlands aus allgemeinen und direkten Wahlen hervorgeht, ist die Freiheitsfrage zu einer Frage der Bildung der Massen geworden. Es wird darauf hingewiesen, daß, wenn auch in erster Linie die Elementarschule für diese Bildung einzutreten habe, doch naturgemäß selbst die zeitgemäß entwickeltste Elementarschule diese Bildungsaufgabe nie vollständig erfüllen könne, weil die sie besuchenden Schulkinder in einem Alter seien, das zur verständnisvollen Aufnahme mancher Lehren noch nicht reif genug sei. Die Richtigkeit dieser Erwägungen war mir, als ich zum Beitritt aufgefordert wurde, bei der Revision der Krefelder Volksschulen und der Wahl zum ersten Deutschen Reichstag so überzeugend vor die Seele getreten, daß ich zur Mitarbeit sofort bereit war, und weder Mühe noch Geldopfer scheute, um den guten Gedanken zur Ausführung zu bringen. Ich warb Mitglieder nach allen Richtungen, unter Freunden und Abgeordneten, gab größere Summen für Verstärkung der Agitation und garantierte die Kosten für

einen zweiten Wanderlehrer. Auch in der engeren Heimat unterstützte ich alle mit der Volksbildung in Verbindung stehenden Bestrebungen, indem ich einen Zweigverein der Gesellschaft in meinem Wohnorte gründete, den Jahresversammlungen des rheinisch-westfälischen Verbandes der Bildungsvereine beiwohnte und mich bei den Arbeiten des Krefelder Handwerker- und Bildungsvereins beteiligte.

Besonderen Wert legte ich darauf, die Generalversammlungen des Hauptvereins zu besuchen, um Fühlung zu gewinnen und zu erhalten mit den Trägern des Vereinsgedankens in den verschiedenen Landesteilen, besonders auch den politischen Führern. Von den Verhandlungen werde ich nur das mitteilen, was mich selbst betrifft und meinen Entwickelungsgang zu kennzeichnen geeignet ist, da alles andere nur als Äußerung der Zeitströmung zu bewerten ist. In Darmstadt 1872 wurde auf meinen Antrag bei Gelegenheit der Revision des Gesellschaftsstatuts unter die Zwecke der Gesellschaft die Belebung des Interesses für die Aufgaben der Volksschule und des Sinnes für eine zeitgemäße Reform derselben aufgenommen. Bemerkenswert erschien die an beiden Sitzungstagen bis zum Ende andauernde, der Anregung seiner Gemahlin, der geborenen englischen Prinzessin, angeblich zuzuschreibende Teilnahme des Prinzen Ludwig von Hessen, des späteren Großherzogs, und mehrerer hessischer Minister. Der Gegenstand, der Jahre hindurch in allererster Linie die Bildungsvereine beschäftigte: die Werbung für die obligatorische Fortbildungsschule, fand nach Referaten von Bona Meyer-Bonn und Oskar Pache-Zittau einen befriedigenden Abschluß in der Annahme eines Antrages von Schulze-Delitzsch und Franz Duncker: Die Generalversammlung fordert ihre Mitglieder und Zweigvereine auf, in sämtlichen deutschen Staaten für die Gründung von Fortbildungsschulen und Herbeiführung des obligatorischen Besuchs derselben zu wirken. Im Anschluß an diese Verhandlungen richtete am 18. August der Centralausschuß an den preußischen Unterrichtsminister das Ersuchen, veranlassen zu wollen, daß in den Haushaltsetat des Preußischen Staates für das Jahr 1873 eine erhebliche Summe zur Unterstützung der Gemeinden bei Errichtung von Fortbildungs-

ſchulen aufgenommen werde. Die Petition trägt auch die Unterſchrift des ſtellvertretenden Vorſitzenden Miquel.

Die Nummer 8 des Centralblattes „Der Bildungsverein" enthält bei dem Bericht über das in Darmſtadt ſtattgehabte Feſtmahl verſchiedene Reden, die man wohl als bedeutungsvoll für die Vorausſetzungen betrachten darf, unter denen allein die Wirkſamkeit des Vereins eine fortſchreitende und dauernde werden konnte.

Daß ein gemeinſames Band im Dienſte der Volksbildung wirklich vorhanden iſt, das leuchtete klar hervor aus der begeiſterten Aufnahme, welche die beiden Anſprachen von Schulze und Duncker fanden. Schulze rief die großen Denker und Dichter der deutſchen Nation als die Vorkämpfer an in dem Bildungskampfe der Jetztzeit und brachte dem deutſchen Geiſte ein Hoch, während Duncker die veredelnde Wirkung der humanen Geſelligkeit im gleichen Beſtreben vereinigter verſchiedener Geſellſchaftsklaſſen betonte und die Betretung dieſes Weges zur Erreichung der Ziele des Vereins dringend empfahl.

In der Generalverſammlung zu Leipzig 1873 wurden Reformpläne für Volksſchulen eingehend erörtert. In dem Bericht über meine Rede zur Unterſtützung eines derſelben heißt es, daß ich die mangelhafte Beſchaffenheit der Schulen in allen deutſchen Ländern geſchildert habe. Diejenige zu Bonn 1874 erhielt ihren Charakter durch die Anweſenheit und rege Teilnahme als Redner und Antragſteller des Oberbürgermeiſters Miquel. Seine Reſolution zu Gunſten der Pflege edlerer Vergnügungen wurde durch meine Mitteilungen über das Ergebnis ſolcher Beſtrebungen im Krefelder Handwerker- und Bildungsverein und den Hinweis auf die Arbeit der katholiſchen Kapläne in den Geſellen- und anderen Vereinen unterſtützt. Die Göttinger Generalverſammlung 1875 unterſchied ſich dadurch von allen früheren wie ſpäteren, daß in ihr ein den Göttinger Zweigverein vertretender proteſtantiſcher Geiſtlicher, Herr Dr. theol. Brandes als Referent für das Thema: Die ſittliche und wirtſchaftliche Bedeutung der Arbeiterbildungsvereine Theſen aufſtellte, die in vollem Widerſpruch mit Charakter und Satzungen der Geſellſchaft ſtanden. Herr Brandes befürwortete unter vielem anderm, was kaum irgend einer der An-

weſenden genehmigt haben würde, die Faſſung: Wollten die Volksbildungsvereine gegen das evangeliſche Chriſtentum eine verneinende oder auch nur gleichgültige Stellung einnehmen, ſo würden ſie nicht bloß das religiöſe, ſondern auch das Volksleben überhaupt in ſeinen tiefſten Grundlagen ſchädigen. Alle folgenden Redner: Seyffardt-Krefeld, Bona Meyer-Bonn, Heine-Halberſtadt, Duncker-Berlin, richteten ſich gegen ihn und die Verſammlung nahm eine Reſolution von Meyer an, daß die Bildungsvereine in freier Toleranz gegen Meinungsverſchiedenheiten auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens Aufklärung und Verſtändigung ſuchen müſſen, um auf dieſem Wege die ſittliche Ausgleichung der vorhandenen Gegenſätze und die gemeinſame ſittliche Hebung des Volkes herbeizuführen.

Im Jahre 1876 bot die Generalverſammlung in Heidelberg dem Referenten Bona Meyer Gelegenheit, an der Hand der Statiſtik die Teilnahme der verſchiedenen Geſellſchaftsklaſſen an dem Wirken der Bildungsvereine zu erörtern und dem Schreiber dieſes, die Hoffnung auszuſprechen, daß es uns immer mehr gelingen werde, die Begüterten und Glücklichen zu überzeugen, daß es für eine ideale Thätigkeit ihrerſeits keinen beſſeren Boden und Mittelpunkt als unſere Sache irgend geben könne.

Von den Verhandlungen der 1877er Generalverſammlung will ich nur des Themas: „Über die Einbeziehung der Pflege des Vergnügens ſeitens der Bildungsvereine“ Erwähnung thun. Bei der Entſcheidung über das Thema zu Bonn im Jahre 1874 waren die Schattenſeiten einer ſolchen Berückſichtigung wenig hervorgehoben worden. Dies wurde nun nachgeholt. Trotzdem eine Reſolution nicht beſchloſſen wurde, machte die Beſprechung doch den Eindruck, daß die durch Schulze-Delitzſch, Seyffardt, Soldan-Krefeld und Klein-Danzig vertretene Pflege edler Vergnügungen und Volksfeſte der überwiegenden Mehrheit durchaus ſympathiſch ſei.

Die Breslauer Verſammlung bot bei einer abendlichen Feſtfeier einen intereſſanten politiſchen Moment, den die liberale Preſſe ausgiebig verwertete. In dem Berichte heißt es diesbezüglich: Seyffardt-Krefeld brachte ein Hoch auf die Stadt Breslau aus, welche die erſte der Städte war, die den Frieden wider-

ſtreitender Meinungen durch die praktiſche Einrichtung paritätiſcher Schulen herbeizuführen ſuchte und überall vorangeht auf geiſtigem Gebiete. Der Oberbürgermeiſter von Forckenbeck, Präſident des Reichstages, lehnte dies Lob teilweiſe ab, inſoweit es nämlich die Teilnahme der Breslauer an den Beſtrebungen der Geſellſchaft ſelbſt betreffe. Er wünſchte, daß in wenig Jahren die Generalverſammlung nach Breslau zurückkehre — dann ſolle ſie den Boden beſſer beſtellt finden. Mit dieſem Fortſchritte möge auch ein anderer Hand in Hand gehen — der Fortſchritt zur Einigung aller liberalen Parteien über die Klüfte der Fraktionsſchattierungen hinweg.

1878 hatte die Geſellſchaft zur Jahresverſammlung ſich Krefeld ausgewählt und mich zur Frage der Fortbildungsſchule mit dem Referat, Generalſekretär H. A. Bueck mit dem Korreferat betraut. Die Gründe, die ich für meine Theſen damals noch des breiteren ausführen mußte, haben im Laufe der Zeit ſo allgemeine Anerkennung gefunden, daß ich ſie an dieſer Stelle nicht auszuführen nötig habe. Meine von der Verſammlung angenommenen Leitſätze lauten:

1. Die Einrichtung allgemeiner Fortbildungsſchulen mit wöchentlich vier bis acht Stunden zur Befeſtigung und Erweiterung der in der Volksſchule erlangten Kenntniſſe iſt in Stadt und Land erforderlich.
2. Der Beſuch der allgemeinen Fortbildungsſchulen iſt für Knaben bis zum vollendeten 17., für Mädchen bis zum vollendeten 16. Jahre obligatoriſch.
3. Unter beſonderer Berückſichtigung des lokalen Bedürfniſſes ſind gewerbliche Vorbildungsſchulen und eventuell Fachſchulen für einzelne Gewerbe zu errichten, deren Beſuch fakultativ iſt und bei Nachweis eines feſtzuſtellenden Minimums allgemeiner Bildung von der Teilnahme an dem Unterricht der allgemeinen Forbildungsſchule entbindet.

Verhandlungen und daran anſchließende Feſtlichkeiten hatten einen harmoniſchen Verlauf. Über den Feſtabend ſagt der Berichterſtatter im Bildungsverein: Es war eines jener Volksfeſte, in deren Anordnung der Handwerker- und Bildungsverein von

Krefeld so Mustergültiges leistet. Mehr als 4000 Menschen (zu stark aufgetragen!) der verschiedensten Berufsklassen erfreuten sich an der Musik, den Vorträgen des Gesangvereins und den Übungen der Turner. Zu der unübersehbaren Versammlung sprach der Vorsitzende, Fabrikant Andrießen, über die Thätigkeit des Vereins und die Beziehungen zur Gesellschaft, die eben hier ihre Verhandlungen gepflogen. So erhielt die Generalversammlung einen festlichen und fröhlichen Abschluß.

Dieser Abschluß stand indes in einem sehr schroffen Gegensatz zu der Kritik, die die Verhandlungen in einem Artikel der Niederrheinischen Volkszeitung aus der Feder ihres bekannten ℓℓ-Korrespondenten fand. Aus dem Referat „unseres verehrten Landtagsabgeordneten", „der bekannten Schulgröße Krefelds" seien folgende „verschwommene Sätze hervorgehoben", — so sagt sie.

Die Generalversammlung in Danzig 1879 bot den Delegierten in ihrem geschäftlichen Teil, bei dem der Vorsitzende des Provinzialverbands für Ost- und Westpreußen, Herr Klein, besonders mitwirkte, zwar wenig Neues, aber den aus der Fremde, besonders den aus dem Westen erschienenen, einen Einblick in die landschaftlichen Reize und historischen Erinnerungen von Zoppot, Oliva und Marienburg.

Leipzig 1880 brachte u. a. eine Wiederholung der Krefelder Verhandlung unter der Firma: „Die Fortbildungsschule als wesentliches Glied unter den Mitteln der Volksbildung", Berichterstatter Dr. Bräutigam-Leipzig. Es scheint, daß je ferner ein ernsthaftes Thun durch die nach Falks Abgang eingetretene Reaktion auf dem Schulgebiet in eine unbestimmte Zukunft entrückt ist, darüber umsomehr geredet werden soll.

An meinen Besuch der Generalversammlungen der Deutschen Gesellschaft schließt sich der verschiedener Verbandstage der Bildungsvereine Rheinlands und Westfalens. Von 1873—76 war Bonn der Vorort und der Verband in zielbewußter Weise geleitet von Prof. Bona Meyer, Prof. Held und Buchdruckereibesitzer Georgi. Auf dem außerordentlichen Verbandstag 1873 in Bonn wurde in Sachen Fortbildungsschule eine Eingabe an den Minister beschlossen, auf dem ordentlichen Verbandstag desselben Jahres und

an demſelben Ort ein Antrag des Lehrers Hufſchmidt-Unna betreffend die Förderung des Volksſchulweſens: „In jeder Elementarſchule ſollen die Kinder des ganzen Volkes bis zu einer beſtimmten Bildungsſtufe vereinigt bleiben", dadurch umgangen, daß ſtatt ihrer mehrere Theſen von Profeſſor Held angenommen wurden. 1874 auf der Tagung in Düſſeldorf mußte der Antrag aber wieder auf die Tagesordnung geſetzt werden. Trotzdem bei ſehr eingehender Beſprechung faſt alle Redner gegen den ſchroffen Ausdruck eines an und für ſich ſympathiſchen Gedankens die größten Bedenken äußerten, wurde der Antrag doch in ſehr abgeſchwächter Form angenommen.

Meine Meinung iſt in dem Vereinsbericht wie folgt wiedergegeben:

> Ich finde in dem Beifall, der den Rednern für und wider die Theſe geſpendet wird, keinen Widerſpruch. Man könne der warmen Verteidigung der Theſe des Referenten gar wohl ſeine Teilnahme zuwenden, und doch aus Vernunft- und Opportunitätsgründen die Zuſtimmung zur Theſe verſagen. In den Bildungsvereinen ſeien wir allerdings beſtrebt, die Kluft zwiſchen den Ständen zu überbrücken und bedauerten nichts mehr, als daß gerade aus den höheren Ständen ſo manche noch nicht das rechte Herz zeigten für das Bemühen, eine beſſere ſociale Stellung und eine ſchönere Zukunft des Volkes herbeizuführen. Man müſſe ſich aber hüten, über dem Streben nach dem Beſſeren das Gute, das man beſitze, zu verlieren. Zu ſolchem Guten muß ich einſtweilen noch die Vorſchulen höherer Anſtalten rechnen. Dieſelben ſeien doch nicht böswillig octroyiert worden, ſondern als das Ergebnis eines inneren Bedürfniſſes, als Folge einer hiſtoriſchen Entwickelung entſtanden. Vor allem komme es doch auf Hebung des ganzen Schulweſens an. Nun umfaſſe aber der Kurſus einer höheren Lehranſtalt bis zur Vollendung neun Jahre und müſſe daher mindeſtens mit dem neunten Lebensjahre beginnen, wenn die Schulzeit nicht zu weit hinausgerückt werden ſolle. Es ſeien aber alle, welche von der Volksſchule abgingen, mindeſtens 2 bis 2½ Jahre über jenes Minimaljahr hinaus. So lange

deshalb die Volksschulen nicht ganz anders würden als sie jetzt seien, könne man ohne Schädigung des höheren Schulwesens die Vorschulen nicht beseitigen, nicht entbehren.

Hauptgegenstand der Tagesordnung auf dem Verbandstage in Mülheim a. d. R. 1875 war der 1874 in Düsseldorf zurückgestellte Antrag Witten:

> Die Erziehung der Jugend ist die Aufgabe des Staates resp. der bürgerlichen Gemeinde, die Volksschule als Bildungsstätte des Volkes muß folgerichtig eine konfessionell gemischte sein.
>
> Die Errichtung der konfessionell gemischten Schule ist umsomehr anzustreben, als diese nicht nur die Beschaffung der erforderlichen Geldmittel für zu erhöhende Lehrerbesoldungen und zu erweiterndes Unterrichtsmaterial erleichtert, sondern auch ganz besonders im Dienste der humanen und nationalen Erziehung steht.

Nach Referaten von Lehrer Ostwald-Witten und Professor Bona Meyer-Bonn, die bei gleichen Grundanschauungen die Frage doch sehr verschieden behandelten, und sich daran anschließender lebendiger Diskussion, erklärte die Versammlung auf Antrag des Abgeordneten Schlüter-Witten die Angelegenheit für noch nicht spruchreif und beschloß, sie auf einem außerordentlichen Verbandstag weiter zu besprechen. Dieser fand am 23. Januar 1876 in Krefeld statt und führte zur fast einstimmigen Annahme eines durch ein Amendement Held-Bonn nur unbedeutend abgeänderten Antrags des Handwerker- und Bildungsvereins Krefeld, sowie des evangelischen Bürgervereins Krefeld:

1. Nach den in dem Gesetze, betreffend die Beaufsichtigung des Unterrichts- und Erziehungswesens vom 11. März 1872, aufgestellten Grundsätzen sind die Volksschulen Lehranstalten, deren Verwaltung und Beaufsichtigung lediglich dem Staate und den bürgerlichen Gemeinden zusteht. Es folgt hieraus, daß bei der Einrichtung der Volksschulen nur das Interesse des Staates und der Gemeinden zu berücksichtigen ist.
2. Für die Erfüllung der Anforderungen, welche der Staat und die Gemeinden in ihrem Interesse an die Volksschulen

stellen müssen, bieten die konfessionellen, ihrem inneren Wesen nach von einseitig kirchlichem Geiste getragenen Volksschulen keine genügende Gewähr.

Die Lösung der erziehlichen Aufgaben der Volksschulen ist nur gesichert durch Einrichtung von Schulen, in welchen die Kinder ohne Rücksicht auf das Religionsbekenntnis den lehrplanmäßigen Unterricht, mit Ausnahme des Religionsunterrichts, gemeinsem erhalten, Simultanschulen.

3. Die Gemeinden, welche die Errichtung von Simultanschulen beschließen, sind zu erwarten berechtigt, daß sie in diesem Vorgehen von der staatlichen Schulaufsichtsbehörde nicht behindert werden.

Abgesehen von einer in der Versammlung nicht unterstützten Meinungsäußerung des Pfarrers Dr. Thoenes-Lennep, die sich mit der Empfehlung von Simultanschulen nicht einverstanden erklären könne, da pädagogische und konfessionelle Gründe gegen konfessionell gemischte Volksschulen sprächen, drehte sich die Besprechung wesentlich um eine Auseinandersetzung über den Charakter von Simultanschulen. Aus der Debatte hebe ich hervor:

Seyffardt (Krefeld). Es sei die These des Herrn Ostwald, mit welcher er sonst inhaltlich mehr übereinstimme als mit der Ansicht des Korreferenten, in der Fassung mangelhaft gewesen. Man könne doch nicht so kurzweg sagen: „die Erziehung der Jugend sei Aufgabe des Staates resp. der bürgerlichen Gemeinde", in erster Linie sei die Erziehung doch Aufgabe der Familie selbst. Auch die übrigen in Mülheim gestellten Anträge schienen ihm nicht entsprechend und empfehle er daher die Krefelder Resolution. Insbesondere wandte der Redner sich dann gegen den von Bona Meyer vertretenen Standpunkt in dieser Frage. Derselbe habe sich in seinem unlängst erschienenen Buche: „Zum Bildungskampf unserer Zeit" für die Herausnahme des Religionsunterrichts aus der Schule entschieden. In solchen religionslosen Schulen, welche die Pflege der Religion anderen Kreisen überließen, könne er kein Heil, sondern nur neue Gefahren finden; eine Ausgleichung der religiösen Gegensätze im nationalen Interesse

vermöge nur die Simultanſchule zu geben. Eine Agitation für die religionsloſe Schule ſeitens der Bildungsvereine könne er daher vom Standpunkte des praktiſchen Politikers aus nicht für zweckmäßig halten. Noch ſtärkere Bedenken habe er gegen die vom Vorſitzenden zur Befriedigung der konfeſſionellen Sonderintereſſen empfohlene Zulaſſung von Privatſchulen an Stelle der Volksſchulen. Der Beſuch der ſimultanen Volksſchule müſſe für alle obligatoriſch ſein, wenn man durch ſie die national wünſchenswerte religiöſe Ausgleichung erreichen wolle. Dieſen Zwang dürfe man nicht einer philoſophiſchen Toleranzſpekulation zu Liebe aufgeben. Laſſe man daneben die Befriedigung der konfeſſionellen Sonderintereſſen durch Privatſchulen frei, ſo diene man damit nur den geiſtlichen Herrſchaftsgelüſten, wie dies z. B. Belgien beweiſe. Er müſſe ſich daher entſchieden für die Errichtung von Simultanſchulen im Sinne der Krefelder Reſolution ausſprechen. Für die obligatoriſche Errichtung ſolcher Schulen ſei neuerdings Baden durch eine Geſetzesvorlage eingetreten. An die Errichtung von Simultanſchulen dächten jetzt auch die Stadträte mancher Städte Rheinlands und Weſtfalens. In Krefeld habe man durch Umwandlung von vier Volksſchulen mit zuſammen 24 Schulklaſſen in Simultanſchulen bereits einen guten Anfang gemacht. Was in dieſer Hinſicht bei den höheren Schulen ausführbar ſei, laſſe ſich auch bei der Volksſchule durchführen. Dies zu verſuchen liege im Intereſſe der bürgerlichen Gemeinde, und daß die darauf gerichteten Bemühungen der Gemeinde auch von ſeiten der Regierungsbehörde unterſtützt würden, fordere das Staatsintereſſe. Die bisherige konfeſſionelle Volksſchule trage eine weſentliche Mitſchuld an dem religiöſen Zwieſpalt in unſerm Volke; der Geiſt religiöſer Abſonderung werde in ihr großgezogen. Die Simultanſchule ſei beſtimmt, dafür zu ſorgen, daß an Stelle dieſes Geiſtes religiöſer Zwietracht der Geiſt nationaler Eintracht trete. Das wolle die Krefelder Reſolution, deshalb empfehle er deren Annahme.

Prof. Bona Meyer (Bonn). Es ſei ihm niemals eingefallen, eine Agitation für die religionsloſe Schule eröffnen

zu wollen oder dieſelbe für ein erſtrebenswertes Ideal zu erklären, wie Herr Seyffardt gemeint habe. Er habe die religionsloſe Schule nur für ein vielleicht notwendiges Übel erklärt, wenn die religiöſe Unverträglichkeit nicht ab- ſondern zunehmen ſollte. Wäre das letztere der Fall, ſo könnte die Simultanſchule leicht auf unüberwindliche Schwierigkeiten ſtoßen. Für den Religionsunterricht von Katholiken, Altkatholiken, Proteſtanten, Reformierten, Juden, Freigemeindlern u. ſ. w. könne leicht ein und dieſelbe Schule nicht mehr gleichmäßig Sorge tragen. Der Streit über die religiöſe Auffaſſung könne leicht zu immer weiter gehender Sektenſpaltung führen, ſo daß es ſchließlich ganz unmöglich werde, von der einheitlichen Schule aus für die Befriedigung dieſes ſo verſchiedenen Religionsbedürfniſſes zu ſorgen. Eine ſolche Entwicklung könne dann allerdings dazu drängen, in der völligen Entfernung des Religionsunterrichts aus der Schule eine Erleichterung, eine Verringerung der Schwierigkeit zu erblicken. Eine völlige Beſeitigung der Schwierigkeit habe er von dieſer Entfernung des Religionsunterrichts nie erwartet, denn er wiſſe wohl, daß dieſelbe Schwierigkeit auch in anderen Unterrichtsgebieten ſich fühlbar machen könne.

Prof. Held (Bonn). Auf die religiöſe Erziehung der Jugend lege auch er ein gleiches Gewicht, dieſer werde aber auch die Simultanſchule nicht zu nahe treten. Wenn der Lehrer der Geſchichte ſich dogmatiſcher Erörterungen enthalte, ſchade er dadurch gewiß nicht der Religion und nehme ebenſowenig dem Geſchichtsunterrichte Fleiſch und Blut. Der Geſchichtsunterricht finde ſeine Seele in der Pflege nationalen Sinnes. Auch die politiſchen Bedenken von Dr. Thoenes finde er nicht gerechtfertigt, vielmehr beſtimmten gerade politiſche Rückſichten ihn, für die Simultanſchule einzutreten. Die Parteiſcheidungen des jetzigen Kulturkampfes könnten ja nicht ewig dauern; die Simultanſchule, die er nicht als eine vorübergehende, ſondern als eine dauernde Inſtitution wolle, ſolle zur Erledigung des Kampfes beitragen. Zunächſt ſolle ſie mit dazu helfen, das Volk von dem Druck des römiſchen

Priesterjochs zu befreien. Schon die Jugend solle in der Schule sich gewöhnen, in der katholischen Kirche nicht einen selbstberechtigten Staat im Staate zu sehen. Er selbst sei Katholik und wisse noch recht gut, wie schwer es ihm auf der Schule geworden sei, die katholischen Anschauungen mit den nationalen Gedanken in Einklang zu setzen. Das eben solle die Simultanschule erleichtern, welche unbekümmert um dogmatische Konfessionsunterschiede nationalen Sinn in den Geistern der Kinder pflegen solle. Deshalb empfehle er die Krefelder Resolution.

Der Verbandstag in Schwelm 1876 führte bei Gelegenheit des Übergangs der Vorortschaft von Bonn auf Krefeld, den, wie wie es in dem Bericht der Kölner Zeitung heißt, „stärksten und auch wohl blühendsten Verein des ganzen Verbands", zu einer Erörterung über die Teilnahme der verschiedenen Gesellschaftsklassen an den Bildungsvereinen. Alle Redner (Bona Meyer, Rittershaus-Barmen, Seyffardt-Krefeld, Natorp-Essen, Gran-Essen) kamen darin überein, daß gerade die besitzenden Klassen am wenigsten Verständnis und Teilnahme an den Bildungsvereinen zeigten.

Der neue Vorort begann seine Wirksamkeit mit einer sehr praktischen Neuerung, indem er für die drei Jahre 1876—79 die Verbandsarbeiten einem besonderen Vorstand: Professor Soldan, Direktor Buchner und Kaufmann Jacoby übertrug. Dieser Vorstand wußte seiner Aufgabe ebenso einen praktischen Charakter zu geben, indem er die mittlerweile eingetretene politische Lage dahin auffaßte, daß es für die Bildungsvereine geraten sei, politische, selbst schulpolitische Fragen mehr in den Hintergrund treten zu lassen und ihre Wirksamkeit vorwiegend der sachgemäßen Entwickelung der nächstliegenden Aufgaben und somit dem inneren Ausbau der Vereine zu widmen. In dieser Richtung hat die Krefelder Vorortschaft sich in den drei Jahren 1876—79 große Verdienste erworben und in Bezug auf die verschiedenen Zweige ihrer erziehlich-socialen Zwecke: Volksbibliotheken, Wanderbibliotheken, Wesen und Auswahl, Methode und Form der Vorträge, engere Verbindung mit der Centralstelle in Berlin und vieles andere vorzügliche Anregung gewährt. Die jährlichen Berichte

und die Beſprechungen auf den Verbandstagen: 1877 in Köln, 1878 in Eſſen, 1879 in Barmen geben von den dadurch erzielten Erfolgen erfreuliche Kunde, obſchon ſie ſehr deutlich durchblicken ließen, daß die hohen Ideale und weitgehenden Hoffnungen, die nach dem Kriege die Herzen erwärmten, es nicht vermocht hatten, die Arbeiterwelt gegen die Gefahren gewerbsmäßiger Volksbeglückung zu wappnen und die Gebildeten und Beſitzenden von der Stufe eines nicht allzuviel Geld koſtenden Wohlwollens auf die einer lebendigen Teilnahme an einer als bedeutungsvoll anerkannten ſocialen Arbeit emporzuheben.

Meine Beteiligung an dem Krefelder Handwerker- und Bildungsverein war die Folge, nicht die Urſache meines lebhaften Eintretens für die Arbeiten der Berliner Geſellſchaft für Volksbildung. Jener Verein war bereits am Königs-Geburtstag (22. März) 1860 von dem Herausgeber und Redakteur der Krefelder Zeitung, Robert Hugo Baum, als Handwerkerverein gegründet worden und hatte unter der Handwerkerwelt ſehr viel Intereſſe und Teilnahme gefunden. Von Jahr zu Jahr hatte ſich immer deutlicher gezeigt, in wie hohem Grade es Baum gelungen war, die Vereinsmitglieder an ſich und die von ihm verfochtenen edeln Beſtrebungen für den tüchtigen Arbeiter- und Handwerkerſtand heranzuziehen. Am 12. Auguſt 1872 war dem Verein ein neues Statut und der neue Name Handwerker- und Bildungsverein, der der zukünftigen Richtung ein erweitertes Ziel ſteckte, gegeben worden. Ultramontane Oppoſition hatte ſich ſeit der Geſtaltung der Dinge im Frühjahr 1871 natürlich eingeſtellt, die Baum veranlaßte, ſich nach Förderung und Unterſtützung von ſeiten der in Krefeld maßgebenden liberalen Richtung umzuſehen. Ich lernte Baum kennen und ſchätzen und wurde ſehr bald mit ihm einig, daß es für Krefelds öffentliches Leben in ſocialer wie politiſcher Beziehung von Bedeutung ſein würde, den Verein zu heben. Den Antrag, in den Vorſtand einzutreten, mußte ich leider ablehnen, da ich verſprochen hatte, bei der nächſten Wahl für den Landtag ein Krefelder Mandat anzunehmen. Da ließ mich Baum zum Ehrenmitglied des Vorſtands ernennen und teilte mir dies unter dem 19. Januar 1873 in einem

Schreiben, unterzeichnet von den drei Vorsitzenden, Baum, Dr. Keußen, Dr. Evers und den Schriftführern, Carl Jacoby, Fritz Jacken, Starck mit. Unterdessen hatte der Verein einen geradezu fabelhaften Aufschwung genommen. Zu den 1877 Mitgliedern des Januar waren im Laufe des Jahres 680 neue getreten, der Ehrenmitglieder gab es 158, zusammen 2715 Mitglieder. Das innere Leben des Vereins ließ nichts zu wünschen übrig. Da mußte schon Mitte April 1873 Baum infolge seines Austritts aus der Firma Kramer & Baum Krefeld verlassen und nach Weinheim übersiedeln. Wie große Verdienste der neue Vorstand, Dr. Keußen, G. Andrießen und C. Jacoby, sich auch erwarb, den Verlust des Stifters und ersten Vorsitzenden konnte der Verein schwer überwinden. Erst nach dem Rücktritt von Dr. Keußen infolge seiner Wahl als städtischer Schulinspektor 1875 fand sich die Ausgleichung. Unter dem neuen Präsidium, G. Andrießen, Dr. Soldan, G. Jacoby, erreichte der Verein den Höhepunkt seiner Bedeutung als Kulturfaktor in der Entwickelung unserer Stadt. Diese Bedeutung zu kennzeichnen, genügt es, des hervorragenden Anteils Erwähnung zu thun, den der Verein an der Gründung des städtischen Museums, besonders für Kunstgewerbe, der Stadthalle, des ersten größeren städtischen Lokals für künstlerische und gesellige Vereinigungen und der aus persönlichen Gründen mißlungenen Errichtung von Pfennig-Sparkassen sich zur Ehre rechnen konnte. Was den Mitgliedern des Vereins die Abteilungen für besondere Zwecke, in allererster Linie die Turnabteilung, geteilt in eine Männer- und zwei Jugendgruppen, die Volksbibliothek, die populär-wissenschaftlichen Vorträge, sodann die Gesang- und Harmonie-Abteilungen, die Abteilung für Lebensversicherung, die Unterrichtskurse für neuere Sprachen und Buchführung, die Erleichterung der Teilnahme an Fortbildungs- und höheren Schulen geleistet haben, verdient dankbare Anerkennung. Die große Mitgliederzahl, die auf dem Höhepunkt etwa 3400 betrug, gab dem Verein allzeit finanzielle Unabhängigkeit, nur zweimal, 1877 und 1886, durfte ich mir gestatten, die Leistungsfähigkeit der Bibliothek, als nächst der Volksschule einziger städtischer allgemeiner, wenn auch nicht von der Stadt subventionierter Bildungsstätte

durch größere Spenden auf die erwünschte Höhe zu bringen. Außer der Thätigkeit der Vorsitzenden verdient, da ja nicht jedes Verdienst im einzelnen geschildert werden kann, diejenige von Direktor Schwabe als Bibliothekar, F. Holler als Schatzmeister, Hugo Koch als Leiter der gewerblichen Anregungen, P. Schiffer als Vergnügungsrat und R. Gippers als Vorsitzender der Turnabteilung hervorgehoben zu werden.

Als letzte Vereinsbildung, der ich in diesem Zeitraum meine Aufmerksamkeit widmete, erwähne ich des Allgemeinen Vereins der Realschulmänner für Rheinland und Westfalen. Einer späteren Zeit war es vorbehalten, mir Gelegenheit zu geben, für seine Bestrebungen persönlich im Parlament einzutreten. In meinen Notizen finde ich erwähnt, daß schon am 12. April 1871 eine Versammlung stattfand, infolge welcher der Vorstand, die Direktoren der Realschulen 1. Ordnung Schellen-Köln, Schauenburg-Krefeld und Loth-Ruhrort am 15. Januar 1872 eine Petition an das Abgeordnetenhaus richtete, man möge den Abiturienten der von ihnen vertretenen Schulen die volle Gleichberechtigung mit denen der Gymnasien zuerteilen. Am 28. 30. Sept. 1873 gab es eine Versammlung in Gera, die als erste Versammlung des Realschulmännervereins bezeichnet wird; vom 19. April 1876 datieren Statuten, die von dem Vorstand: Cramer-Mülheim a. Rh., Evers-Krefeld, Schacht-Elberfeld, Schauenburg-Krefeld, Schmeding-Duisburg, Steinbart-Duisburg unterzeichnet sind. Am 25. November 1876 findet eine Versammlung in Düsseldorf statt, in der von 47 Anwesenden, Lehrern und Kuratoren rheinisch-westfälischer Realschulen 1. Ordnung 46 dafür stimmen, daß den Abiturienten dieser Schulen die volle Berechtigung zum Studium der Mathematik, der Naturwissenschaften, der modernen Philologie und der Medizin gewährt werde. In der Session des Hauses der Abgeordneten 1878 79 beschloß die Unterrichtskommission auf Antrag Dr. Hofmanns, Direktors des Gymnasiums zum Grauen Kloster in Berlin, vorliegende Petitionen mit 12 gegen 2 Stimmen der Staatsregierung zur Berücksichtigung dahin zu überweisen, daß sie im Bundesrat des Deutschen Reichs bei Feststellung der neuen ärztlichen Prüfungsordnung ihren Einfluß für die Zulassung der

Abiturienten der Realschulen 1. Ordnung zur ärztlichen Prüfung geltend mache.

Den Übergang zur politisch-parlamentarischen Thätigkeit bildet meine Teilnahme an den politischen Bestrebungen der engeren und engsten Kreise, speciell des Deutschen Vereins der Rheinprovinz und des Deutschen Vereins für Krefeld und Umgegend. Es konnte nicht ausbleiben, daß die großartigen Erfolge der Waffen und der auswärtigen Politik auch den Sinn für eine zeitgemäße Entwickelung auf dem Gebiete der inneren Politik hervorriefen und förderten. An verschiedenen Orten im Rheinland waren die Reformer bereits lebendig geworden, um für Kaiser und Reich zu werben, und der Mobilmachung gegen das Deutsche Reich, wie Bismarck sagte, entgegenzutreten, doch fehlte noch irgend welche Verbindung zwischen Städten und Landschaften. Da schrieb mir am 27. Februar 1874 Professor Held, daß Hoffmeister-Remscheid in Bonn gewesen sei und die Gründung eines politischen Vereins, wie er für Bonn vorhanden sei, für die ganze Rheinprovinz angeregt habe, eines Vereins, der sich gleichmäßig gegen Ultramontane und Socialdemokraten zu richten bestimmt sei. Professor von Sybel habe die Idee mit Eifer ergriffen, wolle sich an die Notabilitäten der rheinischen Städte wenden und habe in Köln bereits den Anfang gemacht, die Kanonen mit folgenden Flugblättern geladen:

„Die preußischen Maigesetze und die katholische Kirche,"

„Ansprache an die katholischen Wehrmänner von einem katholischen Kameraden (Notar Vincenz von Zuccalmaglio, Hauptmann a. D.);"

„Katholiken, was hat man aus euerer Religion gemacht?"

„Pfarrer und Schulmeister!"

und bereits am 14. Juni den Deutschen Verein der Rheinprovinz — Vorstand v. Sybel, Wrede, Held, Georgi u. a. — auf einer Generalversammlung in Köln gegründet. Nach einer großen Rede v. Sybels über unseren Gegensatz zur ultramontanen Partei wurden die Statuten beschlossen. Schon am 17. Juni berichtet mir Held über die Gründung. Ich müßte doch einsehen, daß die Katheder-socialisten keine so bösen Menschen seien. Er hoffe, nun

dafür sorgen zu können, daß die Behandlung der heikelen Kontraktbruchfrage auf dem nächsten Kongreß nicht wieder Mißverständnisse hervorrufe und irgendwen vor den Kopf stoße. Ein Übereinkommen mit einem tüchtigen und hochgebildeten Redner, Dr. Moldenhauer in Solingen, sei bereits getroffen.

Die Versammlung vom 21. Februar 1875 auf dem Kölner Gürzenich brachte vortreffliche Reden von v. Zuccalmaglio: Über den deutschen Geist 1813 und heute, und von Classen-Kappelmann: Über die Notwendigkeit des Zusammenhaltens aller liberalen Parteien.

In die letzte Juniwoche dieses Jahres fällt die berühmte Rheinlandfahrt des preußischen Kultusministers Falk, ein Triumphzug durch die alte rheinische Pfaffengasse, wie ihn zu meinen Lebzeiten nie ein König, viel weniger ein Staatsmann, selbst Bismarck nicht, in deutschen Landen gehalten hat. In der Erinnerung erscheinen die zum Teil leidenschaftlichen Kundgebungen, gegen die die rheinische ultramontane Mehrheit gar nicht anzukämpfen versuchte, wie ein gewaltiger Jubelausdruck über die Befreiung von dem geistigen Druck, der immer wiederkehrend die Menschheit in Fesseln schlägt. Wer in jenen sonnigen Tagen den Canossagang des größten Deutschen des Jahrhunderts prophezeit hätte, würde als unrettbarer Pessimist betrachtet worden sein. Als einer der Höhepunkte der Falk dargebrachten Ehrungen erscheint in meinen Erinnerungen das Bürgerfest in Bonn am 24. Juni, dem an der Seite von Falk als Ehrengäste der Oberpräsident von Bardeleben und der altkatholische Bischof Reinkens beiwohnten. Gegeben wurde das Fest von dem Deutschen Verein, dem Bildungsverein und dem Verein zur Eintracht. Festredner war Professor Bona Meyer. Falk erwiderte, daß er keine Woche der Fackelzüge, Begrüßungen, Bankette und Festessen wie diese erlebt habe, er freue sich, daß es nicht der Person, sondern der hohen Aufgabe, der Erziehung der Jugend in vaterländischer Auffassung, gelte. Die Staatsregierung wünsche durch ihre Thätigkeit den Frieden erzielt zu sehen, aber nicht einen faulen, sondern einen kräftigen Frieden.

Die außerordentliche Generalversammlung vom 3. Oktober 1875 brachte Reden des nach Berlin verziehenden Präsidenten

von Sybel und der Vorstandsmitglieder Classen-Kappelmann und Georg Jung, des letzteren auf Bismarck; die ordentliche Versammlung vom 23. April 1876 verzeichnet abermals Reden des mittlerweile zum Ehrenpräsidenten erwählten von Sybel und von Jung und den Geschäftsbericht von Held.

Das 1877er Jahr war ein Jahr schwerer Angriffe der ultramontanen Presse gegen die Geschäftsführung des Vereins, die sich an strafrichterliche Verhandlungen gegen seinen Agenten Dr. Konitzer anschlossen. Der Verein hatte diesen Mann, einen früheren Oberlehrer in Krefeld, zur Sammlung von Material über die Stellungnahme rheinischer Beamten zu den Staatsgesetzen engagiert und war mit diesem höchst zweifelhaften Menschen, der den Auftrag in taktlosester und bis zur Erpressung sich steigernder Weise vollführte, gründlich hereingefallen. Wenn es schon tadelnswert erscheint, daß der Vorstand sich nicht darüber klar gewesen zu sein scheint, daß ein solcher Auftrag, der an und für sich nicht unberechtigt war, nicht an einen beliebigen gut empfohlenen, sondern nur an einen ihm selbst als charakterfest und bewährt bekannten Mann erteilt werden durfte, so war die dem Mann von Krefeld aus Mitleid gewordene Empfehlung ein unverzeihlicher Leichtsinn.

In einer Versammlung der Geschäftsführer und Ausschußmitglieder vom 28. Oktober 1877 in Bonn wurde folgende Erklärung beschlossen:

„Der Ausschuß des Deutschen Vereins erklärt nach Anhörung des demnächst zu veröffentlichenden Vorstandsberichtes in betreff der Konitzerschen Sache, daß der dem Dr. Konitzer gegebene politisch objektive Auftrag dem Ausschuß an sich tadellos erscheint, daß derselbe gar nichts mit Spionage und Denunciation zu thun hat und daß somit nichts weiter vorliegt, als ein bedauernswerter Mißgriff in der Wahl des Beauftragten.

Der Ausschuß erklärt sich daher nach wie vor in dankbarer Anerkennung mit der politischen Gesamtleitung des Vereins durch den Vorstand einverstanden und spricht zugleich seinem Ehrenpräsidenten Abgeordneten von Sybel Dank aus

für das mannhafte Auftreten, durch das er im Abgeordnetenhause unwürdige Angriffe zurückgewiesen hat."

Die politische Wirksamkeit des Vereins hatte durch die ganze Angelegenheit einen Stoß erhalten, von dem sie sich nie ganz erholt hat.

Am 29. April 1877 Generalversammlung in Köln; Redner: Ehrenpräsident von Sybel, Präsident Endemann, von Eynern, K. Menzel. Das Jahr zeigt die höchste Beteiligung, die überhaupt erreicht wurde: 180 Geschäftsbezirke und 17 412 Mitglieder.

Am 28. April 1878, 30. März 1879, 18. April 1880 Generalversammlungen in Köln und Bonn, auf denen nur die Bonner Professoren redeten. Am 25. August 1880 fand Professor Adolf Held, einer der liebsten und tüchtigsten Menschen, die mir im Leben begegnet sind, seinen Tod in der Aare bei Interlaken. 26. Mai 1881 Enthüllungsfeier des Denkmals von Zuccalmaglios (gest. 1876), mit poetischer Festrede von Rittershaus. 23. April 1882 Grabrede auf den Verein in Köln durch den Vorsitzenden Endemann; Thema: Es ist Müdigkeit eingetreten im Kulturkampf; wir hatten uns vereinigt, die Regierung zu stützen; was die aber heute will, können wir nicht stützen.

Als Abgeordneter konnte ich verständiger Weise auf dem rheinischen Welttheater nicht reden. Ich widerstand den jährlich an mich herantretenden Bitten, die Bonner Herren zu unterstützen. Als aber die DVC, die Zeitschrift des Vereins, notleidend wurde, haben Arthur vom Rath von Köln und ich beinahe zwei Jahre, zum Teil auch dem totkranken, wackeren Redakteur Lekebusch zuliebe, die Mittel hergegeben.

Die engste Verbindung patriotischer Arbeit, der ich angehörte, umschloß den Deutschen Verein für Krefeld und Umgegend. Wir hätten den Verein nicht nötig gehabt, denn seit 1871 hatten wir, ein nicht sehr großer Kreis, uns durch das Reichstagswahlergebnis gezwungen gesehen, uns fest zusammenzuschließen. Der Vorstand des Deutschen Vereins der Rheinprovinz drang aber darauf, daß wir uns als Lokalverein konstituieren möchten. Wir thaten es 1875. Dieselben Leute, die bisher liberaler Volksverein gewesen waren und sich später liberaler oder nationalliberaler

Wahlverein nannten, wurden nun Vorsteher und Mitglieder des Deutschen Vereins für Krefeld und Umgegend. Die lokalen politischen Interessen blieben dauernd für uns in erster Linie von maßgebender Bedeutung. Schon am 27. Juni wurden Heimendahl und ich nach Bonn deputiert, um den Kultusminister Falk zu ersuchen, unsere Stadt mit seinem Besuche zu beehren. Da unsere Bitte wegen Mangels an Zeit nicht erfüllt werden konnte, wurde beschlossen, dem verehrten Manne eine Adresse zu widmen. „Wir freuen uns," so hieß es in derselben, „des tapfern deutschen Sinnes, mit welchem Sie die geistige Fremdherrschaft bekämpfen, Schule und Kirche befreien und dadurch der Einheit und Kraft des Vaterlandes die Wege bahnen."

Am 20. Oktober 1875 hatten wir einen Vortrag des Professors von Schulte in Bonn mit nachfolgendem Abendessen in meinem Hause, am 24. Januar 1876 eine patriotische Feier, bei der Professor Held über das Thema: „Was uns die Ultramontanen genutzt haben" sprach, und beim Bankett Eichhoff den Kaiser, Lotz das deutsche Vaterland, Seyffardt den Deutschen Verein der Rheinprovinz, Gansen Falk leben ließen und Dr. Schwabe eine Parallele zwischen Metternich und Bismarck zog. Am 23. Juni 1877 war Vortrag vom Oberlehrer Schrammen über den verzauberten und wiedererstandenen Barbarossa, beim Bankett Rede Matthias auf Kaiser, Seyffardt Vaterland, Risler Schule und Haus, Wollseiffen Zustimmung der Lehrer, Gansen deutsche Jugend. Am 2. September 1877 Sedanfeier. Vortrag Regierungsrat Grotefend: Deutschland vor 200 Jahren. Matthias Begrüßung der Fremden, Gansen Heldenkaiser, Andriessen Kronprinz, Zohlen Armee, Risler Moltkes Schwert und Bismarcks Feder. Seyffardt: Mit uns ist der Geist der Zeit, mit uns, die wir in der Schule eine Bildungsstätte sehen, in der die Treue zu Kaiser und Reich, die Duldsamkeit gegen Andersdenkende gepflegt wird. Möge Falk, der diese Idee verkörpert, die Disteln, Dornen und Nesseln, die auf seinem Wege blühen, vernichten und uns den Frieden sichern, den wir wünschen. W. Gobbers: Gast Grotefend.

Am 3. und wiederholt 10. Dezember 1878 Dankfeier für die glückliche Wiedergenesung Wilhelms I.: Wallensteins Lager; Fest-

ſpiel der Muſen von Frau Matthias-Tendering; 5 lebende Bilder, geſtellt von Maler W. Beckmann in Düſſeldorf. Am zweiten Abend in Anweſenheit höherer Offiziere und Maler Camphauſens. Redner: Matthias, Elfes, Soldan, Beckmann, Schwabe. Am 23. März 1880 Königs Geburtstag, wie es im Bericht ausdrücklich heißt, gemeinſam mit anderen patriotiſchen Vereinen. Matthias Kaiſer, Seyffardt Kronprinz, Schwabe Vaterland, Borgs Armee, Königs Frauen, M. Michels auf mich, ich auf die liberale Partei. Am 7. Februar 1881 Vortrag Schrammen: Kaiſer Heinrich III. und IV. oder Deutſchlands Ruhm neben Deutſchlands Schmach. Elfes Kaiſer, Gobbers Liebe zum Vaterland, Schrammen auf den Deutſchen Verein der Rheinprovinz, Matthias auf die Standhaftigkeit und Pflichttreue in allem, was wir als Recht erkannt, Seyffardt Zukunft des liberalen Gedankens, Königs deutſche Jugend, Pulfrich deutſche Frauen, Molenaar Scherz und Ernſt verbindend, auf eine glückliche, gedeihliche Weiterentwickelung unſerer Vaterſtadt. Alfred Molenaars Trinkſpruch ſoll mit ſeinem Ausblick in die Zukunft an dieſer Stelle Aufnahme finden:

„Geſtatten Sie mir, meine ſehr geehrten Herren, Sie nach den, teils tieftraurigen, teils erhebenden Bildern, welche die geſchätzten Vorredner vor Ihnen entrollt haben, zurückzuführen in den engen Rahmen unſerer Vaterſtadt. Galt auch unſer Fühlen und Denken heute in erſter Linie unſerem engeren und weiteren Vaterlande, unſerem Heldenkaiſer und ſeinem Hauſe, ſo wurzelt doch unſer Sinnen und Trachten in der Familie, in der Vaterſtadt. Nun, meine Herren, ich glaube, wir können mit der Entwickelung, welche unſere Vaterſtadt in den letzten Decennien äußerlich genommen hat, zufrieden ſein. Die Einwohnerzahl iſt ſtetig gewachſen, breite, luftige Straßen dehnen ſich in immer weiterem Ring, ſtattliche Häuſer werden erbaut und wachſen immer mehr dem Himmel zu; ein Zeichen, daß der Wert des Bodens ſteigt. Nicht mehr über Berg und Thal und ſpitze Steine wandeln unſere Füße, glatte, breite Trottoirs erleichtern ihnen die Arbeit und ſchonen ihre Bekleidung. Kryſtallhelles, bakterienfreies Waſſer ſpendet die Waſſerleitung und bald wird die letzte Pumpe, die letzte Gießkanne dem

Nationalmuseum überantwortet werden können: Zeugen einer Zeit, in der Krefelds Bewohner im Schweiße ihres Angesichts sich das Wasser selbst aus der Erde emporarbeiteten. Nicht mehr regellos wie früher ergießen sich die schwarzen Fluten, welche unsere Industrie erzeugt, in die Umgegend, immer weitere Kreise in Mitleidenschaft ziehend, und manches für die Mittagstafel kostbare Leben vernichtend. Still und ungesehen fließen sie heute, in dem ihnen von den Vätern der Stadt und einer hohen Obrigkeit angewiesenen Bette, dem Rheine zu. — Nicht lange mehr und die Pferdebahn wird unsere Stadt durchkreuzen, die Bewohner einander und den Vorstädten näher bringend, und, meine Herren, wer von uns mit einer lebhaften Phantasie begabt ist, der hört vielleicht schon im Geiste das Rauschen der Dampfschiffe, die unsere Vaterstadt mit dem Meere verbinden. — Während so die äußeren Verhältnisse sich im allseitigen Interesse entwickelt haben, können wir von den inneren Zuständen nicht das Gleiche sagen. — Der Sitz im Abgeordnetenhause ist unserer Partei verloren gegangen; Zank und Hader, hervorgerufen durch die maßlose Sprache des gegnerischen Parteiorgans, füllt die öffentlichen Blätter, immer mehr Zeit wird für Streitigkeiten, die auf religiösem Gebiete liegen, und deren letztes Ziel sicherlich nicht das Wohlergehen unserer Vaterstadt ist, vergeudet. Deutlich fühlt man es schon, daß auch die städtischen Wahlen der liberalen Partei entrissen werden sollen. Meine Herren, das kann, das darf nicht sein. Wem das Wohlergehen unserer Vaterstadt am Herzen liegt, der muß mitarbeiten: zu behaupten die Majorität bei den städtischen Wahlen, zurückzuerobern den verloren gegangenen Sitz im Hause der Abgeordneten. Meine Herren: einer glücklichen, gedeihlichen Weiterentwickelung unserer Vaterstadt, an der wir alle, ein jeder nach seinem Teile, mitarbeiten wollen, gilt mein Hoch!"

Am 22. März 1881 Königs Geburtstag. Matthias Kaiser, Königs Kronprinz, Zohlen Prinz Wilhelm und Prinzessin Victoria Augusta, Pulfrich Heer, Borgs Vaterland, Tillmanns Deutscher Verein, Seyffardt die der Schule zu gewinnende weitere goldene

Unterlage und Zukunft, Soldan Frauen, Elfes deutſche Jugend. Am 1. Auguſt 1881 Sommerfeſt in der Stadthalle. Elfes Kaiſer, Seyffardt Vaterland, Molenaar freie ſelbſtändige Bürgerſchaft, Matthias deutſche Frauen.

Meine Stellung im Kulturkampf mußte mir naturgemäß ein ganz beſonderes Intereſſe für die altkatholiſche Bewegung und ihre Träger in Krefeld einflößen. Leider konnte ich dieſe wackeren Männer nur in ſehr beſcheidenem Maße, einesteils durch Beſuch der Veranſtaltungen, die ſie zur Verbreitung ihrer reformatoriſchen Anſichten in Krefeld unternahmen, und andernteils durch Vermittelung ihrer Intereſſen bei den Berliner Miniſterien unterſtützen. Zu einer Teilnahme aller liberalen Kreiſe gab die Einführung des altkatholiſchen Paſtors Herzog am 1. November 1872 Veranlaſſung. Bei der ſehr würdigen Feier ſprachen Bankdirektor von Zuccalmaglio auf den Kaiſer, Carl Zohlen auf den neuen Pfarrer, Herzog auf den Fortgang der altkatholiſchen Bewegung, Geh. Ober-Regierungsrat Wülfing aus Köln auf die Altkatholiken Krefelds, Wm. Gobbers auf die auswärtigen Gäſte. In dieſem Trinkſpruch erinnerte der Redner daran, daß Krefeld nächſt Köln die älteſte altkatholiſche Gemeinde in Preußen ſei, und Köln, das zum Feſte 90 Mitglieder entſandt habe, als ſchönes erfolgreiches Beiſpiel Krefeld zur Nacheiferung entflammt habe. Dort ſei in wichtiger Zeit an wichtiger Stelle auf der Hochwacht der Diöceſe der alten Wahrheit der erſte Altar wieder erobert worden. Auch Bonn habe viele ſeiner Ritter vom Geiſt entſandt, die mit der Leuchte der Wiſſenſchaft hinabſteigen in die Jahrhunderte, viel totes Geſtein wegräumend, viel Eulen und Fledermäuſe aufſchreckend, aber uns den Weg ebnend zur klaren, lebenden Quelle des Chriſtenthums. Der nächſte Redner, evangeliſcher Pfarrer Fay, will nicht in hergebrachter Weiſe den konfeſſionellen Frieden fördern, wohl aber den konfeſſionellen Wettſtreit im Kampfe des deutſchen wiſſenſchaftlichen, des deutſchen patriotiſchen Gewiſſens. Evangeliſcher Pfarrer Schmidt ſpricht auf den altkatholiſchen Pfarrer Langermann, Profeſſor Knoodt-Bonn auf die Frauen und gedenkt ſeiner Jugend, als er aus innerem Drange, aber auch

unter dem Spott seiner Vettern, der Herren Reichensperger, sich dem geistlichen Berufe zuwendete.

Am 6. November 1880 führte die Anwesenheit des altkatholischen Bischofs Reinkens noch einmal zu einer öffentlichen Feier, die den Protestanten Gelegenheit bot, ihrer Sympathie für den Altkatholicismus Ausdruck zu geben. Es redeten beim Festmahl: im Auftrage des Oberbürgermeisters Roos der Beigeordnete Schüller, altkatholischer Pfarrer Rabbertz, Bischof Reinkens, Carl Zohlen, evangelische Pfarrer Schmidt und Schütz, Wilh. Gobbers, Rechtsanwalt Eiländer-Köln, L. F. Seyffardt. Bei den Ultramontanen erzeugte die Feier eine gewaltige Entrüstung, die in der Niederrheinischen Volkszeitung sich recht breit machte: „Wir bestreiten dem Oberbürgermeister und seinem Adlatus mit aller Entschiedenheit das Recht, in solcher Weise die Stadt zu vertreten. Das ist eine unverzeihliche Mißachtung der Gefühle der Katholiken hiesiger Stadt."

In dieses Jahrzehnt fällt noch der Anfang meiner Bemühungen zur endlichen Herbeiführung einer Entscheidung bezüglich des Anteils der Altkatholiken am Eigentumsrecht der Krefelder Kirchen. Entscheidungen gab es zwar mehrere, immer zu Gunsten der Altkatholiken, u. a. den durch Extrablatt der N. Rhein. Volksztg. mitgeteilten Ministerialerlaß vom 2. Juni 1878, daß es bei der Oberpräsidialentscheidung vom 14. Februar, die Altkatholiken in den Mitgebrauch der Stephanskirche einzuweisen, sein Bewenden habe. Aber alles wurde in die Länge gezogen. Unter der falschen Firma, daß man den Römisch-Katholischen eine ihrer Kirchen nehmen wolle, wurde die Unduldsamkeit, keinen Mitgebrauch gestatten zu wollen, verschleiert. Für den im Laufe der Zeit eingetretenen Vorschlag, die Römischen möchten für den Verzicht eine Abfindungssumme zahlen, bin ich mit Wärme eingetreten. In dem Proceß Tietz-Urfey hat das Düsseldorfer Landgericht meine Stellung in der Sache ausdrücklich als einwandfrei erklärt. Die schließliche Entscheidung herbeizuführen, hatte gegenüber geheimen, den Ultramontanen günstigen Einflüssen, der beste Wille der Decernenten im Kultusministerium, der Herren Geheimräte Hübler

und Loewenberg, mit denen ich zu verhandeln hatte, lange Zeit nichts auszurichten vermocht.

An die Berichte über meine Thätigkeit im städtischen und Vereinsleben der Jahre 1871—1880 schließt sich diejenige über meine politisch-parlamentarische Thätigkeit. Durch meine Niederlage bei der Reichstagswahl 1871 von der Teilnahme an den Arbeiten des Reichstages ausgeschlossen, blieb ich Zuschauer in der Zeit des kirchenpolitischen oder Kulturkampfes von 1871 bis 1873, als u. a. 1872 die Adresse des Herzogs von Ratibor und der andern sog. Staatskatholiken an den Kaiser gerichtet wurde und nach der Veröffentlichung in der Krefelder Zeitung auch die Unterschrift vieler Krefelder erhalten hatte, die später gern ihren Namen zurückgezogen hätten. Sicher habe ich 1873 auch zu den Leuten gehört, die dem nachher häufig verspotteten Worte zustimmten: „Es ist heute eine Freude, zu leben," als in dem Briefwechsel zwischen Kaiser Wilhelm und Pius IX. der erstere den unberechtigten Vorwurf des letzteren, die preußisch-deutschen Regierungsmaßregeln zielten auf Vernichtung des Katholicismus, mit der protestantischen Zurückweisung der päpstlichen Anmaßung, daß jeder, der die Taufe empfangen habe, dem Papste gehöre, beantwortete. Blieb ich auch der stehende Reichstagskandidat für die liberale Partei von Krefeld Stadt und Land, so zeigen doch die nachfolgenden Zahlen, daß der Wahlkreis keine Aussichten bot:

Es erhielten Stimmen:

	1874		1877		1878	
	Stadt	Stadt u. Land	Stadt	Stadt u. Land	Stadt	Stadt u. Land
Reichensperger	5345	9500	5437	9467	5589	9654
Seyffardt	3579	4010	4002	4512	3855	4229

Größeres Interesse als die Wahlen zum Reichstag boten die zur Stadtverordnetenversammlung, soweit es sich um die dritte Klasse handelte. Die zur ersten und zweiten Klasse ergaben jederzeit liberale Stadtverordnete. 1873 wählte auch die dritte Klasse liberal, 1875 gewann neben 4 Liberalen ein Klerikaler die Mehrheit. 1877 und 1879 gelang es, alle drei Stellen klerikal zu besetzen, eigentlich zur Freude der verständigen Liberalen, die der Wahlen zum Landtag wegen den Wahleifer der dritten Klasse

ihrer Gesinnungsgenossen nicht herabstimmen durften, während es ihnen doch immer unbillig erschienen war, daß die Mehrzahl der Ultramontanen, dreiviertel der Bevölkerung, im Stadtverordneten-Kollegium keine Vertretung hatte.

Der Politik zurückgegeben wurde ich durch die 1873er Wahl zum Landtag (Abgeordnetenhaus) mit 102 gegen 98 Stimmen. Durch die besonderen Anstrengungen des neuen Vorsitzenden des Wahlausschusses, Rechtsanwalts Matthias, der an Stelle des bisherigen Vorsitzenden R. von Lumm getreten war, stieg die Mehrheit 1876 auf 120 gegen 108 Stimmen. Mit großer Begeisterung wurde das Siegesfest gefeiert, und u. a. ein gutes Festlied von Frau Matthias geb. Tendering auf die drei Helden: Bismarck, Moltke, Falk gesungen. 1879 fand die Wiederwahl mit 121 gegen 107 Stimmen statt, ohne indes Gnade vor den Augen der Wahlprüfungs-Kommission zu finden. Der Antrag Parisius auf vorläufige Beanstandung und Anstellung von Ermittelungen wurde mit 181 konservativen und ultramontanen gegen 159 liberale Stimmen und der Antrag Lauenstein auf Gültigkeit mit Mehrheit abgelehnt. Angenommen dagegen die Ungültigkeit der Wahl und sämtlicher Wahlmännerwahlen.

Die Krefelder Zeitung vom 16. Februar 1880 berichtet über den Beschluß wie folgt:

> Die Entscheidung des Abgeordnetenhauses in der Seyffardtschen Wahl hat hier in Krefeld nach allen Seiten überrascht. Wir sagen nach allen Seiten, denn bei allem Lärm, den man in der ultramontanen Partei wegen angeblicher Ungerechtigkeit in der Einteilung der Wahlbezirke erhob, wußte man doch, daß die hiergegen erhobenen Gründe auf schwachen Füßen standen. Noch mehr war das der Fall hinsichtlich des Einwandes der „überschüssigen Seelen". Es ist eine ganze Reihe von Städten namhaft gemacht worden, in welchen, ganz wie in Krefeld, die Zahl der Wahlmänner der Zahl der Wahlberechtigten nicht entspricht, es ist hervorgehoben worden, daß die Latitude, welche das Gesetz für diese Fälle einräumt, in Krefeld nicht tendenziös ausgenutzt worden ist, es ist dargelegt worden, daß die hier geübte Praxis nicht abweicht von dem,

was seit dreißig Jahren, seit Bestehen der geltenden Wahlordnung, überall im Lande Brauch war. Für Krefeld ist nun ein neues Maß angelegt worden. Das hat überrascht, als es aus dem veröffentlichten Protest bekannt wurde. Die Gegner der Wahl hatten immer nur über die „Wahlkreisgeometrie" Klage geführt; aber es muß das wohl kein allzu verläßlicher Boden gewesen sein, denn größeres Gewicht legten sie nachher auf die fehlenden Wahlmänner. Sie suchten eben nach Gründen und nahmen darum nicht Anstand, den Grund ins Feld zu führen, den beispielsweise in Köln die liberalen Wähler sich nicht aneigneten, der überhaupt noch nirgendwo verwertet worden ist. Nun, der originelle Protest hat Erfolg gehabt; die Entscheidung stand nach den zweiten Beschlüssen der Kommission von vornherein fest; die klerikal-konservative Majorität wollte die Seyffardtsche Wahl einfach aus der Welt schaffen. Trotzdem hätten wir erwartet, daß aus den Reihen der alten Parlamentarier nachdrücklichere Warnungen laut geworden wären gegen das Gefährliche der jetzt in Praxis getretenen Argumentation, gegen die notwendig sich ergebenden Konsequenzen. Vielleicht war das Haus zu sehr ermüdet durch die eben beendeten häßlichen Kultusdebatten, vielleicht war man auf liberaler Seite sich zu wenig bewußt des Umstandes, daß es den Gegnern darum zu thun war, gerade die Krefelder Wahl, weil die einzig liberale auf der linken Rheinseite, umzustoßen. In diesem Umstande ruht allerdings der besondere Eifer der Gegner, aber für die liberalen Wähler enthält er darum den größern Sporn. Die dunkeln Männer des Krefelder Wahlprotestes haben uns vor die Erregtheit eines neuen Wahlkampfes gestellt; es soll ihnen geantwortet werden.

Die Nationalztg. läßt sich über den merkwürdigen Beschluß der Majorität des Abgeordnetenhauses in der Seyffardtschen Wahl in sehr beachtenswerter Weise wie folgt aus:

„Das Abgeordnetenhaus hat heute die Wahl des Abgeordneten Seyffardt kassiert; gegen diesen Beschluß stimmten mit den Nationalliberalen die Freikonservativen und der größte Teil der Fortschrittspartei. Es war über einen Antrag auf Bean-

ſtandung der Wahl zuvor eine namentliche Abſtimmung erfolgt, ein Vorgang, der bei Wahlprüfungen noch nie oder wenigſtens äußerſt ſelten vorgekommen iſt; die Nationalliberalen hatten indeſſen zu dieſem Schutzmittel der Minorität greifen müſſen, um einen Beweis zum ewigen Gedächtnis zu führen, in welcher Weiſe die jetzt konſervativ-klerikale Majorität mit dem Rechte ſchaltet. Die Kaſſation der Wahl Seyffardts iſt der frivolſte Beſchluß, der im preußiſchen Abgeordnetenhauſe jemals bei einer Wahlprüfung gefaßt worden iſt, eine rückſichtsloſe Beugung des Rechts zu Gunſten von Parteitendenzen. Es lag für dieſen Beſchluß weder ein Grund noch der Schein eines Grundes vor. Wenn die Vorwände, unter denen die Wahl kaſſiert wurde, ſtichhaltig wären, ſo wäre in Preußen ſeit dreißig Jahren kaum eine gültige Wahl zu ſtande gekommen, denn dieſe Vorwände laſſen ſich faſt ausnahmslos gegen jede Landtagswahl geltend machen. Das Geſetz ſchreibt vor, daß auf jede Vollzahl von 250 Seelen ein Wahlmann zu wählen iſt, läßt indeſſen zu, daß die Zahl von Seelen in Bezirken, in denen beziehungsweiſe 3, 4, 5 oder 6 Wahlmänner zu wählen ſind, auf 999, 1249, 1499 und 1749 ſteigt. Dieſe Vorſchrift war inne gehalten worden, dagegen blieb die Geſamtzahl der gewählten Wahlmänner um 28 hinter derjenigen Zahl zurück, die ſich herausſtellt, wenn man die Zahl der Einwohner Krefelds durch 250 dividiert. Genau dieſelbe Unregelmäßigkeit iſt diesmal wie ſtets in Berlin, Breslau, Poſen und allen größeren Städten begangen worden. Das octroyierte Wahlgeſetz von 1849 iſt ſo mangelhaft redigiert, daß man ſchlechthin nicht eine einzelne Beſtimmung desſelben nach dem Buchſtaben erfüllen kann, wenn man nicht andere Beſtimmungen um ſo empfindlicher verletzen will. Es iſt nicht möglich, jeden einzelnen Wahlbezirk ſo abzugrenzen, daß ſeine Seelenzahl genau durch 250 teilbar iſt, wenn man ſich nicht einer höchſt willkürlichen Abgrenzung der Wahlbezirke ſchuldig machen will. Nun wurde aber gegen die Wahl Seyffardts gerade das als der zweite Umſtand geltend gemacht, daß die Wahlbezirke willkürlich abgegrenzt ſeien. Zur Begründung dieſes Vorwurfs

konnten aber spezifizierte Thatsachen nicht vorgebracht werden. Es ist nur so viel außer Zweifel gestellt, daß, wenn die ultramontane Partei diese Abgrenzung vorzunehmen gehabt hätte, sie so ausgefallen wäre, daß ein ultramontaner Kandidat gewählt worden wäre. Die Wahl Seyffardts ist kassiert und die seiner sämtlichen Wahlmänner gleichfalls; es ist aber dem Magistrat in Krefeld schlechterdings keine praktisch verwendbare Direktive geworden, wie er in Zukunft die Wahlbezirke abgrenzen soll, damit eine gültige Wahl ermöglicht werde. Der eigentliche Grund, warum gegen die Wahl Seyffardts Protest erhoben wurde, besteht darin, daß das Centrum Krefeld für seine Domäne hält und keine derartige Wahl für gültig anerkennen will, die nicht auf einen Ultramontanen fällt. Dieser Auffassung scheinen sich die Konservativen nunmehr angeschlossen zu haben. Die Zunge an der Wage, die das Schicksal Seyffardts entschied, hat lange geschwankt; seitdem er aber vor einigen Tagen in einer männlich entschiedenen Rede für die Krefelder Simultanschulen eingetreten ist, haben die Konservativen die Überzeugung gewonnen, daß seine Wahl ungültig sei. Der Abg. Lauenstein hatte in einer sehr gründlichen und klaren Rede die Nichtigkeit aller Einwendungen, welche gegen die Wahl Seyffardts erhoben werden, sachlich dargethan; ihm antwortete der konservative Abgeordnete von der Gröben in einer Rede, die zwar keine Gründe, aber desto mehr Spitzen und Ausfälle enthielt. So behauptete er, es seien 6000 Seelen in Krefeld um ihr Wahlrecht betrogen worden. Die Wahrheit ist, daß kein einziger Urwähler gehindert worden ist, sein Wahlrecht auszuüben; nur mußte sich jede Seele damit begnügen, an der Wahl eines Wahlmannes zum 300sten, anstatt zum 250sten Teile mitzuwirken. Der Kultusminister von Puttkamer stellte das Recht über die Parteitendenz und stimmte für den Freund der Simultanschulen.

Als ich ins Abgeordnetenhaus 1873 gewählt wurde, war ich mir klar, daß ich mich zu entscheiden habe, ob ich das neue Amt als eine Übergangsstelle betrachten solle, um etwas später mich außerhalb meines Wohnorts um ein Reichstagsmandat zu be-

werden, oder ob ich mich dauernd für Landtagsfragen interessieren wolle. Ich glaube, daß die mannigfachen außerpolitischen Anregungen, die ich in den 70er Jahren auf wirtschaftlichem Gebiete durch die Vereinsthätigkeit erhielt und die meinem Bedürfnis, in dieser Richtung thätig zu sein, genügten, wesentlich mitgewirkt haben, mich für die letztere Alternative zu entscheiden. Ich bin dann langsam dahin gekommen, daß ich in Plenum und Kommission zwar immer wieder für Einzelfragen auf verschiedenen Gebieten: Wirtschaft, Socialpolitik, Steuerreform, Zollangelegenheiten eingetreten bin, aber die in den letzten Jahren von den politischen Parteien etwas stiefmütterlich behandelten idealen Interessen und am allermeisten die Schul- und Erziehungsfragen zu meinem eigentlichen Arbeitsgebiet erwählt habe. Beim Rückblick auf die 70er Jahre finde ich denn auch, daß, was ich von damaligen Reden und Berichten der zuerst genannten Fächer noch habe, heute wenig Beachtung mehr verdient, sodaß ich nur einige Fragmente ausziehe, um den Schulsachen, und zwar diesen in chronologischer Reihenfolge, etwas größere Aufmerksamkeit zu widmen.

Am 14. Januar 1874 sprach ich gegen ein vom Abgeordneten Hagen beantragtes Gesetz, betreffend die Aufhebung der Bevorzugung der Beamten hinsichtlich ihrer Teilnahme an den Kommunal-, Kreis- und ähnlichen Abgaben, weil bei Annahme das bestehende ungünstige Verhältnis, wonach die Beamten mit ihren wirklichen, alle anderen Bürger aber mit einem niedrigeren fingierten Satz zur Einkommensteuer herangezogen werden, verschlimmert und auf das Gebiet der Kommunalsteuer übertragen würde.

Am 15. März 1875 beklagte ich gegenüber dem Finanzminister Camphausen, daß, wenn wir reicheren und leistungsfähigeren Rheinländer in Anerkennung der idealen Bedeutung unserer Zugehörigkeit zum preußischen Staate auch gern mehr Steuern als die Ostländer bezahlten, doch dabei die Voraussetzung obwalte, daß die Mehrleistungen auf starke und nicht auf schwache Schultern gelegt werden. Der große Mangel der reformierten Klassensteuer bestehe aber darin, daß im Westen gerade die arbeitenden Klassen

besonders belastet erscheinen, denen nach den Äußerungen des Ministers im ganzen Staat die Vorlage eine Wohlthat bringen sollte.

Am 15. April 1875 knüpfte ich an die Ausführung des Ministers Camphausen, daß er nicht in der Lage sei, Steuergesetze anders als nach ihrem Wortlaut, also etwa nach der Absicht des Gesetzgebers, auszuführen, an, um weitergehende Reformen zu Gunsten der Arbeiter für erforderlich zu bezeichnen. Wenn in Ostpreußen 48,5 %, im Regierungsbezirk Düsseldorf aber nur 11,8 % der Bevölkerung von der Klassensteuer befreit seien, so wäre das eine unzulässige Begünstigung des Ostens.

Am 29. Februar 1876 besprach ich das neue Institut der Fabrikinspektoren. Es war mir zweifelhaft, ob nicht die denselben Zwecken dienenden Schweizer Kommissionen, bestehend aus Mitgliedern der Behörde, Industriellen, Technikern und Ärzten eine geeignetere Einrichtung ergäben. Wenn man sich aber für Fabrikinspektoren entschieden habe, so solle man den Widerspruch zwischen der hohen Aufgabe, die den Männern gestellt werde, und der geringen Remuneration, die die sociale Stellung herabdrücke und im steten Wechsel die Stellen zu Durchgangsposten mache, zu lösen versuchen.

Am 7. Februar 1879 bat ich um Beseitigung des alten Zopfes, wonach die Hinterbliebenen von Beamten, die in oder bei einem Kollegium arbeiten, ein Gnadengehalt von 3 Monaten, die nicht so beschäftigt sind, aber nur ein solches von einem Monat erhalten.

Im April 1879 enthält mein Tagebuch eine Betrachtung über mein Leben und Streben, die mir in der Erinnerung beachtenswert scheint, da ich in der Regel über dergleichen Gedankengänge wenig niedergeschrieben habe. Meine Aufzeichnung lautet:

„Nicht als ob das parlamentarische Leben mich eigentlich befriedigte! Es ist in hohem Grade interessant, geistig ungemein fördernd, aber im Grunde meiner natürlichen Anlage, meiner Entwickelung und Vorbildung wenig entsprechend. Wer in seinem Vorleben, wie ich, vornehmlich die Befähigung zur That auszu-

bilden genötigt gewesen ist und dabei Erfolg gehabt hat, wird nicht so leicht Freude an der Rede gewinnen. Er wird sich im öffentlichen Leben lieber an der direkt in die grüne Praxis hineingreifenden Verwaltung als an der Kleinarbeit der Gesetzgebung beteiligen. Bedeutungsvoll bleibt aber immer die Wechselwirkung zwischen der Thätigkeit in Berlin und in der Heimat und die Möglichkeit, für eigene Gedanken im engeren wie weiteren Kreise mit größerer Autorität einzutreten. Mit geringen Ausnahmen fand meine Thätigkeit im Plenum wie in der Kommission ihren Mittelpunkt in Schulfragen, und zwar besonders in der Specialität Kulturkampf, da seit G. Jungs Nichtwiederwahl ich der einzige aus katholischer Umgebung in das Haus gewählte Abgeordnete bin, der jederzeit für die Falkschen Schulreformen einzutreten bereit ist. Nach von Sybel werde ich drum auch wohl der von der Klerisei bestgehaßte Rheinländer sein, wie u. a. die große Zahl der gewiß bald an die Hundert heranreichenden Artikel der hiesigen Niederrheinischen Volkszeitung gegen meine Person und meine öffentlichen Äußerungen zeigt."

Am 8. Januar 1880 bat ich um zeitgemäße Abänderung des Gesetzes vom 18. März 1868, betreffend Errichtung öffentlicher, ausschließlich zu benutzender Schlachthäuser.

An dieser Stelle empfiehlt es sich, an eine Unterredung zu erinnern, die zwar nicht im Parlament, aber doch im direktesten Anschluß an parlamentarische Verhandlungen, am 22. Januar 1875 zwischen dem Fürsten Bismarck und mir in seinem Arbeitszimmer in der Wilhelmstraße stattfand. Das Gesetz über die Reform der Gemeinde-, Kreis- und Provinzialordnung für die östlichen Provinzen war angenommen, dagegen die Übertragung der Verwaltungsreformen auf Rheinland und Westfalen dem Anschein nach auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Abgeordneter von Bockum-Dolffs und 29 meist rheinische Genossen, darunter auch ich, hatten schon am 14. Januar 1874 den Antrag gestellt, einem beiliegenden Entwurf einer Kreisordnung für Rheinland und Westfalen die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen. Die erste Beratung hatte am 4. Februar stattgefunden und zur Überweisung an eine Kommission von 21 Mitgliedern geführt.

Zu einer weiteren Beratung war es indes nicht gekommen. Fürst Bismarck zögerte nämlich, dem Wunsche entgegenzukommen, und berief sich zur Begründung seines Verhaltens auf die Warnungen, die der Abgeordnete von Sybel auf Grundlage der ihm als Vorsitzenden des Deutschen Vereins der Rheinprovinz zu Gebote stehenden besonderen Kenntnis der betreffenden Landesteile bezüglich der dem Staatsinteresse nachteiligen Wirkungen der Übertragung der Selbstverwaltungsgesetze ihm mitgeteilt hatte. Der große Staatsmann, der zu jener Zeit seine Entschlüsse außerordentlich gründlich vorbereitete, glaubte weiterer Erkundigungen zu bedürfen und kam auf den Gedanken, von den drei zu jener Zeit die Staatsregierung stützenden Parteien, den Freikonservativen, den Nationalliberalen und dem Fortschritt nicht etwa die Führer, sondern je ein mit rheinischen Verhältnissen vertrautes einfaches Mitglied über die Sache zu befragen. Bismarcks Wahl war auf Tiedemann, seinen späteren langjährigen Vertrauensmann und Regierungspräsidenten in Bromberg, auf mich und den Abgeordneten Klöppel, späteren Professor in Jena, gefallen. Obschon wir nicht voneinander wußten und einzeln bei Bismarck erschienen, sind unsere Äußerungen gleichmäßig in der den Sybelschen Meinungen entgegengesetzten Richtung erfolgt. Trotzdem schon am 15. Februar desselben Jahres die vom Abgeordneten Virchow gestellte Forderung der Vorlage einer die Gemeinde-, Kreis- und Provinzialverhältnisse von Rheinland-Westfalen regelnden Reformgesetzgebung für dieselbe Session mit 292 gegen 28 Stimmen angenommen wurde, war der Fürst nicht zum Nachgeben zu bewegen. Erst nach Jahren ist es dem Staatsminister und Minister des Inneren, von Puttkamer, gelungen, den Fürsten von der Richtigkeit unserer Auffassung zu überzeugen und die Selbstverwaltung auch in den beiden westlichen Provinzen durchzuführen. Meine Aufzeichnungen sind vor der Aufnahme in das Buch: „Fürst Bismarck und die Parlamentarier" (Breslau 1895), von Dr. H. Ritter v. Poschinger 2. Band. S. 230–236. von dem Fürsten durchgesehen und nur in einem einzigen Satze dem Sinne nach korrigiert worden. Dr. von Poschinger sagt darüber in seinem Briefe vom 18. Juni 1896: „Wie Sie sehen, hat Fürst Bismarck den Text nur unmerklich

modifiziert.“ Der sich gegen Ende vorfindende Satz: „Die Hauptschuld trifft aber die katholische Abteilung im Kultusministerium, welche die Interessen des Staates in unverantwortlicher Weise geschädigt hat,“ hieß bei mir: „Die Hauptschuld trifft dabei unsern verstorbenen König (Friedrich Wilhelm IV.), dessen Schöpfung, die katholische Abteilung im Kultusministerium, ganz schamlos die Interessen des Staates bloßgestellt hat.“

Die Unterredung lautete wie folgt:

S. Durchlaucht haben gewünscht, mich heute Abend zu einer Besprechung bei sich zu sehen.

B. Bitte nehmen Sie Platz. Rauchen Sie?

S. Danke verbindlichst, nicht zu dieser Tageszeit.

B. Ich hoffe nur, daß ich durch meine Citation Sie nicht von dem Besuch des heutigen Opernballes abgehalten habe.

S. Ich hatte durchaus nicht die Absicht, demselben beizuwohnen.

B. Nun wohl. Sie wissen durch Ihre Unterredung mit Graf Eulenburg, über welche Angelegenheit ich mir Ihre Meinung erbitten möchte. Der Abgeordnete Klöppel, den ich gestern bei mir sah, hat mir zwar mitgeteilt, daß er aus einer Unterredung, die er mit Ihnen gehabt habe, entnommen, daß Sie sich mit ihm bezüglich der Verwaltungsreform für die Rheinprovinz in den wesentlichsten Dingen im Einverständnis befinden, doch möchte ich bei der verschiedenen Parteistellung, die Sie einnehmen, Sie auch gern persönlich darüber hören. Zur Sache muß ich natürlich wünschen, daß die Entwickelung der inneren Verhältnisse des Staates in einheitlichem Sinne erfolge und also die Übertragung der Grundsätze der Kreisordnung für die östlichen Provinzen auch auf die Rheinlande und Westfalen keine unnötige Hemmung erfahre. Ehe ich mich aber dafür entscheide, muß ich die Überzeugung haben, daß die Autorität des Staates, für die ich in erster Linie einzutreten habe, bei der Reorganisation nicht irgend welche Beeinträchtigung erfahre. Gewichtige Stimmen aus Ihrer Provinz, ich nenne besonders den Führer des Deutschen Vereins, v. Sybel, scheinen in dieser Beziehung sehr schwarz zu sehen und die

Befürchtung zu hegen, daß der Ultramontanismus durch die Reform Oberwasser gewinne. Man scheint anzunehmen, daß die klerikale Opposition, der die gegen den Mainzer Katholikenverein getroffenen Maßregeln die Möglichkeit, sich öffentlich geltend zu machen, entzogen, eine neue und dazu gesetzliche Grundlage in den Kreistagen und Kreisausschüssen gewinnen werde, ja man scheint zu befürchten, daß auch die unpolitischen Befugnisse diesen letzteren Gelegenheit zum Mißbrauche im ultramontanen Sinne bieten werden. Wie denken Sie darüber?

S. Wenn ich meine Ansicht rückhaltslos aussprechen soll, so muß ich daran erinnern, daß der materielle Inhalt der verschiedenen Behörden zur Begutachtung zugesandten Entwürfe zu einer Landgemeinde- oder Kreisordnung allerdings geeignet war, angesichts der ultramontanen Agitation große Bedenken zu erregen. Wenn wir schon jetzt sehen, daß manche, mit der Polizeiverwaltung betraute Organe, also die von der Regierung ernannten Bürgermeister und Landräte, durch ihre laue und nichts weniger als energische Haltung die neuen Gesetze illusorisch machen, was dürfen wir dann von Amtsvorstehern erwarten, die ihre Stellung der Wahl der entweder aus Überzeugung klerikalen, oder doch aus allerlei naheliegenden Gründen klerikal beeinflußten Gemeindeglieder verdanken. Wie diese klerikale Einwirkung sich geltend macht, ist ja bekannt; was Priester und Beichtstuhl nicht direkt vermögen, thun die Verwandtschaft, die gewerbliche Kundschaft oder aber die Frauen.

B. Ja die Frauen, und die nicht am wenigsten; das Geschäft hat ja schon Mutter Eva verstanden.

S. Das Bestätigungsrecht der Regierung führt meines Erachtens zu gar nichts. Man präsentiert eben nur solche Leute, die den Forderungen des Staates nie einen offenen, aber desto größeren passiven Widerstand entgegensetzen.

B. Der Punkt ist leicht erledigt: ich würde nie zu einer Wahl der Bürgermeister in den ländlichen Gemeinden meine Zustimmung geben. Der passive Widerstand ist der schlimmste, denn man kann ihn nicht fassen.

S. Wenn demnach dafür geſorgt wäre, daß nicht durch geſetzliche Beſtimmungen die Befähigung der Exekutive, für Recht und Intereſſe des Staates einzutreten, beſchränkt werde, wenn im Gegenteil die bisherige, noch vielfach laue Praxis durch feſtes und an allen Orten gleichmäßiges Eingreifen erſetzt würde, dann vermag ich nicht einzuſehen, wie die Einführung der Kreisordnung und die Erziehung der Bevölkerung zur Selbſtverwaltung den Staatsintereſſen nachteilig ſein ſollte. Ich muß wirklich annehmen, daß bei Betonung der entgegengeſetzten Anſicht Herr von Sybel ſich ein wenig in den Eifer hineingeſprochen habe. Freilich, ultramontan werden die Kreistage und die Kreisausſchüſſe in recht vielen Gegenden ausfallen, und es kann dann nicht fehlen, daß hier und da der Verſuch gemacht wird zu kleinen Demonſtrationen. Dieſe kann der Landrat leicht unterdrücken und die Thätigkeit der Ausſchüſſe auf die verſchiedenen wirtſchaftlichen Funktionen, die ihnen zuſtehen, auf Armen-, feldpolizeiliche, Bewäſſerungsangelegenheiten ꝛc., deren Bedeutung meine praktiſchen Landsleute wohl zu würdigen wiſſen, hinweiſen und beſchränken. Der Idee, die Kreisausſchüſſe analog den Vorſchlägen für die Provinz Poſen, wie von einzelnen Seiten befürwortet wird, zur Hälfte aus gewählten, zur Hälfte aus ernannten Mitgliedern zuſammenzuſetzen, kann ich unmöglich beitreten. Der Inſtitution würde dann das öffentliche Vertrauen ebenſo fehlen, wie den jetzigen veralteten Kreisſtänden. Was nun die von Durchlaucht erwähnte Befürchtung betrifft, die Kreisverſammlungen werden an die Stelle der Verzweigungen des Mainzer Katholikenvereins treten, ſo liegt wirklich kein Bedürfnis vor, die Thätigkeit des letzteren durch eine analoge zu erſetzen. Soweit dazu die Öffentlichkeit erforderlich, leiſtet die kleine ultramontane Preſſe das Mögliche, und in Bezug auf geheime Agitation bieten die zahlloſen katholiſchen Vereine, Conſtantia-, Geſellen-, Pius-, Borromäus-, Herz Jeſu-Vereine, die z. B. in meinem Wohnort nach Dutzenden zählen, die fertige Organiſation. Umgekehrt glaube ich, daß die Einführung der Kreisordnung den Schwerpunkt der klerikalen Beſtrebungen aus den Kreiſen der jeſuitiſch erzogenen

Geiſtlichkeit und hier und da der öſterreichiſch geſinnten adeligen Herren in gewählte Körperſchaften verlegen werde, die anfangs vielleicht nur in Bezug auf ihre wirtſchaftlichen Funktionen, ſpäter aber überhaupt mit ſich ſprechen laſſen. Durch Polizeimaßregeln allein läßt ſich ja der Kirchenkonflikt überhaupt nicht löſen. —

B. Gewiß nicht, ſolche Annahme wäre ſehr kurzſichtig. Polizeimaßregeln können nur den Zweck haben, dem Geſetze ſofortige Achtung zu erzwingen.

S. So würden alſo die Kreisvertretungen ihr Teil mit dazu beitragen, die katholiſche Bevölkerung zu einer verſtändigen Behandlung der Streitfragen zu erziehen. Darauf kommt es ja weſentlich an. Hier in den öſtlichen Provinzen iſt man noch vielfach geneigt, die Tragweite des Konfliktes und die Schwierigkeiten, dem Staate zum Siege zu verhelfen, zu unterſchätzen.

B. Das habe ich nie gethan. Im Gegenteil, ich fühle die ganze Schwere der übernommenen Aufgabe. Nicht leichtſinnig bin ich in den Kampf eingetreten. Erſt als ich mich überzeugt hatte, daß er ganz unabwendbar ſei, zögerte ich nicht länger, den unſerem Staate hingeworfenen Fehdehandſchuh aufzunehmen. Nichts hat damals ſo ſehr zu dieſer Überzeugung beigetragen als die unzweifelhafte Wahrnehmung, daß in den polniſchen Landesteilen die deutſchen katholiſchen Geiſtlichen ſich die Poloniſierung der bäuerlichen Bevölkerung zur Aufgabe ſtellten.

S. Ich zweifle nicht, daß Durchlaucht die Sache recht ernſt anſieht. Daß aber die politiſche Bedeutung des Kampfes in allen Reſſorts der Regierung gleichmäßig gewürdigt werde, wird von der öffentlichen Meinung im Weſten ſehr bezweifelt.

B. Und wohl nicht mit Unrecht; ich bin faſt täglich im Fall, mich über die reſervierte Haltung meiner Herren Kollegen zu beklagen. Es gewinnt viel zu häufig die Behandlung wichtiger Dinge den Anſchein, als wenn es ſich ſchließlich nur um die Löſung juriſtiſcher Fragen handele; ſelbſt Falk vermag

in dieſer Beziehung nicht immer die ſtaatsmänniſche Anſchauung gegenüber der juriſtiſchen zur Geltung zu bringen.

S. Wenn Durchlaucht ſich ſo offen ausſprechen, wird noch ein Moment, das gegen die Siſtierung der Verwaltungsreform recht eindringlich ſpricht, hervorzuheben ſein. Es wäre doch nicht der Schein des Stilleſtehens, es wäre ein wirkliches Stilleſtehen, wenn die Staatsregierung aus Furcht vor den Ultramontanen von einem konſequenten Vorſchreiten auf dem Wege, die Verwaltung mit den beſtehenden konſtitutionellen Verhältniſſen in Einklang zu bringen, ablaſſen wollte. Sie würde dadurch dem trotz aller parlamentariſchen Schlappen von den Klerikalen zur Schau getragenen Siegesbewußtſein eine neue Unterlage gewähren. Die ultramontanen Blätter wiſſen ohnehin nur zu gut bei ihren Leſern die Anſicht zu pflegen, daß früh oder ſpät das gegenwärtige Syſtem doch wieder der früheren Praxis weichen müſſe. Durchlaucht hätte nur wahrnehmen ſollen, wie dieſer Augenblick ſchon in Ausſicht genommen wurde, als Sie vor wenigen Wochen Miene machten, die Laſt der Staatsgeſchäfte auf andere Schultern abzuwälzen.

B. Die Anſicht iſt ganz verkehrt, daß mein Rücktritt irgend welche Änderung im Syſtem hervorbringen könnte. Der Gegenſatz zwiſchen der dem Staat abſolut nötigen Autorität und den Forderungen der Kirche iſt ſo ſchroff herausgetreten, daß Se. Majeſtät von der jetzt eingenommenen Haltung niemals abgehen wird, niemals abgehen kann. Die Hoffnung auf den Thronfolger, die ſonſt in Monarchien den Feinden des herrſchenden Syſtems zum Troſt gereicht, trifft bei uns durchaus nicht zu. Seine Königliche Hoheit der Kronprinz, unter ganz anderen Vorausſetzungen wie ſein Vater, ich möchte ſagen unter konſtitutionellen Einflüſſen, ins Leben getreten, iſt, wenn möglich, noch entſchiedener für das Feſthalten.

S. Das iſt ſehr erfreulich, beſtätigt zu hören und auch Hoffnung oder Überzeugung der Reichsfreunde. Wie kann es aber auch in die Überzeugung des irregeleiteten katholiſchen Volkes übergehen, ſolange dieſes wahrzunehmen glaubt, daß

die Organe der Regierung in der Rheinprovinz gar häufig recht gelinde vorgehen, um bei einem als möglich vorausgesetzten Wechsel nicht zu sehr kompromittiert zu sein. Ich gebe indes zu, daß seit Jahresfrist in dieser Richtung eine wesentliche Besserung nicht zu verkennen ist.

B. Es ist wahr, daß im Ministerium des Innern nicht mit der Energie vorgegangen ist, die meinen Wünschen entsprochen hätte.

S. Im Unterrichtsministerium steht es nicht besser, ohne daß Herrn Dr. Falk deshalb ein besonderer Vorwurf zu machen wäre; ja es wird kaum anders werden, ehe das neue in Aussicht stehende Schulgesetz eingeführt sein wird. Für mich noch ein ganz besonderer Grund, warum ich die Durchführung der neuen Ordnungen, an die die Schulgesetzgebung anknüpfen muß, für so dringend notwendig halte. Das einzige durchschlagende Mittel, um in dem gegenwärtigen Konflikt dauernd Sieger zu bleiben, ist ja doch unzweifelhaft die Erziehung eines jungen Geschlechts mit anderen, unserer Ansicht nach besseren Anschauungen. Wir, die wir mitten unter den Gegnern leben, sind darum ganz klar, daß ein Menschenalter erforderlich ist, um ernstlichen Erfolg zu erzielen. Wie könnte es auch anders sein, nachdem die Königliche Staatsregierung beinahe ebenso lang die Schulen ihren schlimmsten Feinden übergeben hatte!

B. Es war ein unglückseliger Irrtum, dessen Folgen nicht sobald gutzumachen. Die Hauptschuld trifft aber die katholische Abteilung im Kultusministerium, welche die Interessen des Staates in unverantwortlicher Weise geschädigt hat.

S. Wenn Durchlaucht aber zugeben, daß erst von einem zu erziehenden Geschlecht die Wandlung zu erwarten, so werden Sie sich nicht wundern können, daß die bisherigen Maßregeln des Unterrichtsministeriums den Reichsfreunden bei uns als Schritte in richtiger Richtung, aber doch nur als halbe Maßregeln, erscheinen. Ein Teil der katholischen geistlichen Lokalschulinspektoren wird entfernt, ein anderer Teil bleibt im Amte. Über Gehen oder Bleiben entscheidet eine Denunziation oder irgend ein Zufall, denn die im Amte verbleibenden sind

genau von denſelben Ideen beſeelt wie die anderen. Solange daher noch ein einziger katholiſcher Prieſter Schulinſpektor bleibt, werden nicht nur die ihm untergebenen, ſondern auch alle übrigen katholiſchen Lehrer nicht glauben können, daß es ſich um eine dauernde principielle Änderung handelt, die ihre Arbeitskraft von dem Drucke der geiſtlichen Gewalt befreit und ſie der civiliſatoriſchen Aufgabe des Staates zur Dispoſition ſtellt. Dieſe Änderung iſt aber nötig, denn bis vor ganz kurzem war von einer Pflege des Patriotismus in den katholiſchen Schulen auf dem Lande in unſerer Provinz kaum die Rede. Faſt allein die Landwehr- und Kriegervereine, deren älteſter in weitem Umkreis ſeit nunmehr 29 Jahren in meinem Wohnort exiſtiert und 1400 Mitglieder zählt, haben die während der Militärzeit unſerer jungen Burſchen gepflanzten Keime eines geſunden Patriotismus, des Bewußtſeins der Zuſammengehörigkeit preußiſcher und deutſcher Lande, lebendig erhalten. Die militäriſche, in dieſer Beziehung ausgezeichnete Erziehung, beginnt aber zu ſpät, um ganz nach Wunſch wirken zu können. Gelingt es dagegen, in der Volksſchule eine von geiſtlichen Einflüſſen ganz befreite kernige Bildung heimiſch zu machen, knüpfen wir daran einen Fortbildungsunterricht von nur wenigen wöchentlichen Stunden mit etwas weitergehenden analogen Zielen, dann wird der ſtaatsfeindlichen Agitation der Boden entzogen.

B. Es bleibt mir noch die Frage, ob in Ihren Gegenden die neue Kreisordnung nicht unter Belaſſung der alten Landgemeindeordnung einzuführen ſei; was halten Sie davon?

S. Zur Beantwortung dieſer Frage bin ich als Stadtbewohner ohne Vorbereitung nicht kompetent. Praktiſch habe ich mit der bisherigen Landgemeindeordnung nicht gearbeitet. Für mich ſind die vielfachen, in dem neuen Entwurf enthaltenen Reformen der Grund, deren Einführung mit den vorhin erwähnten Modifikationen zu wünſchen.

B. Ich reſumiere Ihre Anſichten dahin, daß unter der Vorausſetzung ernſter Pflichterfüllung und ſtrenger Pflichtauffaſſung der Organe der Staatsregierung und der Polizei-

gewalt, Sie von der Einführung der neuen Organisationen in der Rheinprovinz keinen uns ungünstigen Einfluß auf den Kampf mit dem Ultramontanismus erwarten.

S. Gewiß nicht.

(Sich erhebend.) Ich bitte Durchlaucht noch recht sehr um Entschuldigung wegen der Mühe, die es gekostet hat, mich zu citieren. Leider kamen die beiden liebenswürdigen Einladungen zum Mittagsessen in meine Wohnung gerade in der Stunde, die ich in diesen Tagen zum Diner benutzte.

B. Bitte sehr. Mein Unwohlsein läßt mich gewöhnlich erst in den Morgenstunden die unentbehrliche Ruhe finden. Wenn ich dann aufstehe, bleibt mir nur kurze Zeit, um jemand zu Tisch zu laden. Übrigens, besonders häuslich sollen Sie ja doch in Berlin nicht sein. Ihre Hausleute meinten auf die Frage meines Boten, wo Sie denn wohl zu treffen: Wenn Sie zu jener Zeit ausgegangen, könne es ein Uhr nachts werden, ehe Sie wieder zu Hause kämen. Nun ich weiß ja, Hausleute pflegen verleumderischer Natur zu sein.

S. Durchlaucht, ich merke wohl, ich bin entdeckt. —

Bei dem außerordentlichen Interesse, das in der Zukunft alle persönlichen Beziehungen des Fürsten Bismarck gewähren werden, füge ich aus vielen Zeitungsberichten, die von seinen parlamentarischen Diners handeln, nur einen an, dessen Richtigkeit ich als sein Gast bezeugen kann:

Berlin, den 16. Februar 1879.

Bei dem Reichskanzler Fürsten Bismarck fand am Sonnabend-Nachmittag 5 Uhr ein parlamentarisches Diner statt, zu welchem ausschließlich Landtagsabgeordnete geladen waren. Mit Ausnahme des Centrums und der Fortschrittspartei waren alle Fraktionen vertreten; anwesend waren die Abgg. Loewe (Bochum), Berger, v. Bockum-Dolffs, Schumann, Schmidt (Stettin), Loewenstein, Dr. Achenbach, v. Sybel, v. Bismarck (Bruder des Kanzlers), Krech, v. Willamowitz, v. Zedlitz, v. Rauchhaupt, Nasse, Johannsen, Dr. Bähr (Kassel), Dr. Horwitz, Graf Hake, Lauenstein, Lucius (Frankfurt), Graf Bethusy,

v. Colmar, Mahraun, Wehr, Seyffardt, v. Benda, v. Bibra. Es hat bei dieſem Diner natürlich auch nicht an den üblichen Plaudereien gefehlt, welche gefliſſentlich weiter getragen werden. Den Mitteilungen des „Deutſchen Montagsbl." entnehmen wir folgendes: Bismarck beſprach eingehend die Zollpolitik und äußerte ſich unter anderem, er betrachte die von ihm proponierten Wirtſchafts- und Zollvorlagen wie einen Weihnachtstiſch, auf dem allerlei Sachen aufgebaut ſind. Es ſeien freilich auch einige Waldteufel darunter. Nun, die Herren im Reichstage können ſich ja davon ausſuchen, was ihnen beliebt. Seitens der Preſſe wäre ihm vorgeworfen worden, ſeine wirtſchaftliche Politik ſei nur mit dem Hintergedanken angebahnt, in die Reaktion einzulenken; er wolle keine Reaktion, ſonſt hätte er dieſelbe ja nach 1866 und 1871 bequem erreichen können. Was heiße überhaupt „Reaktion"? Das bedeute doch: abſolutes Regiment. Mit dieſem ſei es aber heute nicht mehr möglich zu regieren: man müſſe mit der öffentlichen Meinung regieren. Wenn wir nicht eine anonyme Preſſe hätten, ſondern eine, in welcher Redakteure offen mit vollem Namen hervorträten, ſo wäre es vielleicht möglich, mit dieſem Ausdruck der öffentlichen Meinung zu regieren; da wir aber eine ſolche nicht haben, ſeien die Parlamente der beſte Ausdruck der öffentlichen Meinung, den er ſich verſchaffen könne. Er wolle ſeine Bundesgenoſſen da nehmen, wo er ſie finde.

Die vorgeſchlagene Zolltarifreform werde die einzelnen Bundesſtaaten entlaſten, und er glaube, daß auch das Volk ſeinen Vorſchlag ſo auffaſſe. Die Kornzölle würden nicht den Preis des Getreides in die Höhe treiben; es ſei ein Unſinn, in den Kornzöllen einen Schutz für die Landwirtſchaft zu ſehen. (?) Ebenſo wenig verteure der Viehzoll dem armen Manne das Fleiſch, denn dieſer eſſe Speck und kein Filet oder Kalbsbraten. Das Schwein, das einzige Fleiſch, welches der Tagelöhner ißt, aber zahle heute ſchon einen ſehr erheblichen Zoll. Lächelnd bemerkte er darauf, daß die Herren bei den nächſten Wahlen dem Bruder Bauer tüchtig die Hand würden drücken müſſen, denn der Bauern ſind gar viele; andernfalls

werde der Bauer selbst in den Reichstag kommen und dort Rechenschaft fordern.

In eingehender Weise besprach er darauf die Tariffrage. Der Mißwirtschaft unseres Tarifwesens müsse ein Ende gemacht werden, und da er glaube, noch eine kurze Spanne Lebens vor sich zu haben, so wolle er das noch vor seinem Ende ordnen. Der neue Gütertarif würde die Differentialtarife noch nicht ganz beseitigen, sondern für gewisse Artikel noch beibehalten.

Auch der Kulturkampf kam während der Unterhaltung zu seinem Rechte, und der Fürst äußerte, daß seiner Meinung nach der Frieden mit Rom noch nicht so nahe dem Abschluß sei, wie man vielfach glaubte.

Meine Thätigkeit auf dem Unterrichtsgebiete verteilt sich auf die Unterrichtskommission und auf die Plenarberatung beim Unterrichtsetat und bei besonderen Anträgen. Solange ich im Hause saß, war ich Mitglied der Unterrichtskommission, wohl die Hälfte der Zeit, als an Dienstjahren ältestes Mitglied, anfangs unter dem Vorsitz des nationalliberalen Abgeordneten Techow, später unter dem wechselnder Konservativen, u. a. Frhr. v. Hammerstein, Graf Clairon d'Haussonville und Kropatscheck. Ich erwähne nur diejenigen Angelegenheiten, bei denen in meinen Notizen meiner Teilnahme Erwähnung geschieht. Fast immer kamen während der langen Zeit, über die sich meine Erfahrungen erstrecken, die maßgebenden Männer aller Parteien darin überein, soweit es irgend möglich war, sich in der Kommission auf eine objektive Förderung der Schule zu beschränken und die politische Seite der Verhandlung dem Plenum zu überlassen.

Am 26. Januar 1874 berichtete ich über eine Petition einer Lehrerwitwe, deren Mann nicht Mitglied der Kasse gemäß Gesetz vom 22. Dezember 1869 gewesen war. Aus der Bittschrift interessiert die Angabe, daß die Witwenpensionen der an die Kasse zahlenden Mitglieder sehr geringe, beispielsweise im Regierungsbezirk Königsberg 8 Thaler jährlich, gewesen seien, aus dem Referat die Mitteilung, daß in der sich entwickelnden Diskussion der Ausdruck des Mitgefühls für die gesetzlich nicht berechtigte Lehrerwitwe

das einigende Moment gebildet habe, aber doch infolge erhobener Bedenken zur Tagesordnung übergegangen worden sei. Das Plenum hat sich am 13. Mai 1874 dem Beschluß angeschlossen.

Am selben Tage erstattete ich mein Referat über die an die Staatsregierung zu richtende Aufforderung, der Gründung und Erhaltung landwirtschaftlicher Fortbildungsschulen, insoweit es erforderlich und thunlich ist, eine kräftige Unterstützung angedeihen zu lassen (Antrag Windthorst-Bielefeld und Schorlemer-Alst). Die Feststellung eines Normal-Organisationsplans und die Erteilung von Berechtigungen wurden einstimmig, die Bewilligung staatlicher Beihilfe mit 12 gegen 3, die Unterstellung unter das Kultusministerium mit 10 gegen 5 Stimmen beschlossen.

1875 mein Referat zur Unterstützung der Forderung der Anstellung eines zweiten Lehrers bei Überfüllung von Klassen.

Desgleichen zur Anerkennung des korrekten Verhaltens der Staatsregierung entgegen Klagen über den Unterricht an jüdischen Elementarschulen.

1875 Unterstützung des Bedürfnisses der Erteilung von staatlichen Alterszulagen an alle Volksschullehrer in Stadt und Land, lediglich nach Maßgabe ihres Stelleneinkommens und der örtlichen Bedürfnisse (Ref. Paur); ebenso der Forderung desselben Normaletats für sämtliche an höheren Schulen lehrende akademisch gebildete Lehrer, wie für die Gymnasien und Realgymnasien.

1877 mein Referat über Beeinträchtigung der Juden im Statut der neuerrichteten simultanen Realschule in Viersen, das zu meinem Bedauern auf Tagesordnung hinauslaufen mußte, da für den besonderen Fall der Nachweis gekränkter Rechte nicht zu erbringen war.

1877/78 Zusammenfassung aller Petitionen bezüglich der Verhältnisse der Volksschulen, zum Teil auf dem kirchenpolitischen Kampf begründet (Referent Richter-Sangerhausen).

1878/79 Verstärkung der Zuschüsse für die notleidenden Witwen und Waisen von Elementarlehrern (Referent Mahraun).

1878/79 Wohnungszuschüsse für Lehrer an städtischen Anstalten.

1879/80, und zwar am 1. Dezember 1879, Petition der städtischen Behörden in Elbing gegen die vom Unterrichtsminister

von Puttkamer angeordnete Aufhebung der Simultan-Knabenschulen in Elbing. Antrag des Referenten Graf Clairon d'Haussonville (k.): Übergang zur Tagesordnung, und des Korreferenten Dr. Gneist (nl.): Berücksichtigung. Die Krefelder Zeitung bringt über die Verhandlungen den folgenden Artikel:

„Die Diskussion eröffnete der Abg. Bergenroth (F.) mit sachlichen Erörterungen im Sinne des Gneistschen Antrages, die Petition zur Berücksichtigung zu verweisen. Auf ihn folgte der Abg. Frhr. von Hammerstein (k.), der in seinen Ausführungen gegen die Simultanschule sich bis zu Betrachtungen über den Anfang der Welt und die Urzelle verstieg. Der Abg. Seyffardt-Krefeld (nl.) stellte sich zur Aufgabe, die Diskussion wieder zu dem konkreten Fall und zu der großen Bedeutung der Äußerung des Unterstaatssekretärs von Goßler, er habe noch keine Veranlassung, sich über den Fortbestand der seit drei Jahren bereits simultanisierten Elbinger Mädchenschulen zu entscheiden, die recht deutlich die Absicht erkennen ließe, den bestehenden Simultanschulen allgemein ans Leben zu gehen, zurückzuführen. Ihm folgte der Abg. Brüel (W.) mit Besprechung der lokalen Zweckmäßigkeitsfragen, der Abg. Langerhans (F.), der die Tragweite des Vorgehens des Ministers kennzeichnete, der Abg. Seyffarth-Liegnitz (nl.), der sich dahin aussprach, daß die Frage, ob Simultanschule oder nicht, vom Leben und nicht vom Vorurteil und von der Theorie entschieden werde, der Abg. Platen (nl.), der für die Bedeutung der Simultanschulen zur Erzielung des interkonfessionellen Friedens, und der Abg. Perger (C.), der sich im entgegengesetzten Sinne aussprach. Herr von Goßler suchte sodann die verschiedenen dem Unterrichtsminister ungünstigen Voten zu entkräften. Dem Korreferenten Abg. Gneist gelang es, darauf erwidernd, mit siegreicher Logik, der extremen Geltendmachung des Aufsichtsrechts, für die der Herr Minister sich die unangemessenste Zeit und den unangemessensten Gegenstand ausgesucht habe, entgegenzutreten, während der Referent Herr Graf Clairon d'Haussonville vergeblich versuchte, den Standpunkt des Ministers zu verteidigen. Da aber nicht Gründe, sondern Stimmen

entscheiden, nahm die Kommission mit 11 gegen 10 Stimmen seinen Antrag, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen, an."

Im Plenum am 17. Dezember 1879 wurde der Antrag, die Petition zur Berücksichtigung zu überweisen, von Gneist, Seyffardt-Krefeld, Fubel, Seyffarth-Liegnitz, Platen, Bergenroth und Langerhans eingebracht und nach zweitägigen Debatten mit 245 (darunter Minister v. Puttkamer) gegen 147 (darunter Minister a. D. Falk) Stimmen abgelehnt.

Aus dem Plenum citiere ich einige meiner Reden.

Rede vom 13. Mai 1874:

„Es darf Sie nicht wundern, daß der Herr Abgeordnete v. Mallinckrodt zu einem anderen Resultate kommt, als der Herr Abgeordnete Windthorst und die Unterrichtskommission. Er stellt sich eben auf einen verschiedenen Standpunkt, er tritt auf einerseits als Interessent, der den landwirtschaftlichen Mittelschulen möglichst bald das Recht der Vorbereitung zum einjährigen Dienst gewährt sehen will, und andererseits als Politiker, der sich gegen den Antrag der Unterrichtskommission wendet, indem er glaubt, daß diese aus politischen Rücksichten gerade dem gegenwärtigen Herrn Unterrichtsminister zu lieb sich für die Unterstellung der landwirtschaftlichen Mittelschulen unter sein Ministerium ausgesprochen habe. Die Unterrichtskommission war von Ihnen mit dem Auftrage beehrt, die Anträge ganz objektiv für die Diskussion im Hinblick auf die Entwickelung unseres gesamten Unterrichtswesens vorzubereiten. Sie mußte sich daher sagen, daß nicht nur die heute existierenden landwirtschaftlichen Mittelschulen ins Auge zu fassen seien, sondern alle analogen Organisationen, die das im nächsten Jahre vorzulegende Unterrichtsgesetz einrichten werde. Es ist schon von dem Herrn stellvertretenden landwirtschaftlichen Minister, als im Hause die Frage zum ersten Mal zur Sprache kam, darauf hingewiesen worden, daß das wesentlichste Bedürfnis in unserem höheren Unterrichtswesen ein ausgebildetes System von Mittelschulen sei, das jedem heranwachsenden Staatsbürger diejenige Bildung gewährt, die ihm auf seinem

zukünftigen Lebenswege am förderlichsten sein wird. Die Unterrichtskommission war entschieden derselben Ansicht und hatte daher, indem sie die Gewährung des Freiwilligenrechts für die landwirtschaftlichen Mittelschulen befürwortete, besonders die Garantien zu prüfen, damit auf ihnen das bisher für die Einjährigen erforderliche Maß allgemeiner Bildung nicht herabgedrückt werde und die Schulen selbst nicht zu einseitigen Fachschulen herabsinken.

Als solche Garantien sind nun von dem Herrn Abgeordneten Windthorst vorgeschlagen in erster Linie der Normal-Organisationsplan und in zweiter Linie die Unterstellung unter das Unterrichtsministerium. Da in Bezug auf den ersteren Punkt keinerlei Widerspruch erhoben ist, so darf ich mich darauf beschränken, die Unterstellung unter das Unterrichtsministerium mit wenigen Worten zu berühren, sie zu bezeichnen als die einzig wirkliche Garantie, daß die landwirtschaftlichen Mittelschulen sich nicht als Fachschulen entwickeln.

Meine Herren, wir haben die Erfahrung bei uns in Preußen gemacht, daß alle diejenigen höheren Schulen, die bisher nicht dem Unterrichtsministerium unterstellt gewesen sind, mehr oder weniger eine einseitige Richtung verfolgt haben, wofür besonders die Geschichte der Gewerbeschulen vollgültigen Beweis liefert. Die Gewerbeschulen haben gewiß einer ganzen Reihe Menschen recht nützliche Kenntnisse verschafft, aber zu jeder Zeit gelitten an einem vollständigen Mangel des Strebens, die allgemeine Bildung zu fördern. Das ist nicht eine einseitige Behauptung meinerseits, das ist eine Thatsache, die in den Motiven, die von seiten des Handelsministeriums den Verordnungen über die Umgestaltung der bestehenden Gewerbeschulen in Preußen vom März 1870 beigegeben sind, Ausdruck findet. Es wird darin klar ausgesprochen:

> Viele Abiturienten der Gewerbeschulen stehen ferner, wenn sie auch in ihren mathematischen und naturwissenschaftlichen Kenntnissen die Abiturienten der Gymnasien und Realschulen überragen bezüglich ihrer allgemeinen Bildung mit einem Elementarschüler auf gleicher Stufe. Diesen Übel-

ständen ist nur dadurch abzuhelfen, daß einerseits die Aufnahmebedingungen verschärft, andererseits in den Lehrplan diejenigen allgemeinen wissenschaftlichen Disciplinen eingefügt werden, deren Kenntnis der Gewerbetreibende heutzutage nicht entbehren kann, wenn er seinen Beruf mit Erfolg ausüben und sich eine geachtete Stellung in der bürgerlichen Gesellschaft sichern will.

Sie sehen also, meine Herren, daß da offenherzig ausgesprochen wird, daß die Gewerbeschulen sehr einseitige Fachschulen gewesen sind, daß sie in Bezug auf die Fachbildung ihren Schülern ausgezeichnete Kenntnisse gegeben haben, die denselben den Zutritt zu wichtigen Staatsämtern und den Eintritt in die gebildeten gesellschaftlichen Kreise vermittelten, während in Bezug auf die allgemeine Bildung, soweit nicht Privatstudium nachgeholfen, dieselben Schüler auf dem Standpunkt der Volksschule verblieben. Meine Herren, den weitesten Kreisen, nicht nur der Pädagogen, sondern aller derjenigen Männer, die sich für das Schulwesen interessiert haben, ist diese einseitige Pflege der Fachbildung immer ein Dorn im Auge gewesen.

Unsere Vorschläge, die bestehenden und neu zu kreierenden landwirtschaftlichen Mittelschulen unter das Unterrichtsministerium zu stellen, haben nun ihren Grund in der korrekten Entwickelung, die unter dem Unterrichtsministerium die Schulen genommen haben, die ihm untergeben waren. Ich würde der letzte sein, mich für die einseitigen Strömungen, die in unserem Unterrichtsministerium während der letzten Decennien mannigfach vorgeherrscht haben, zu erwärmen; ich kann aber die Überzeugung aussprechen, daß nun und nimmermehr eine so pädagogische Verirrung, wie sie in den während der drei Decennien in Preußen existierenden Gewerbeschulen zu Tage getreten ist, geduldet worden wäre, wenn auch diese Schulen dem Unterrichtsministerium untergeben gewesen wären. Den Beweis für diese meine Behauptung liefern die Real- und höheren Bürgerschulen, die der Wunsch der Interessenten ja auch vielfach in Handelsschulen umgewandelt sehen wollte. Es ist dem Unter-

richtsministerium zu verdanken, daß sie sich als Schulen für allgemeine Bildung entwickelt haben, daß auch in den Kreisen der Interessenten der Wunsch nach Handelsschulen heute als überwundener Standpunkt angesehen wird.

Meine Herren, indem wir also den Antrag Windthorst befürworten, bitten wir Sie, die landwirtschaftlichen Mittelschulen durch Unterstellung unter das Unterrichtsministerium aus der Isolierung zu befreien und ihnen den organischen Zusammenhang mit unserem gesamten Unterrichtswesen zu gewähren."

1. Rede vom 15. März 1876:

„Wenn ich nach den ausgezeichneten Worten des Herrn Kultusministers, der dem Herrn Abgeordneten Dauzenberg in so richtiger Weise gedient hat, doch noch das Wort ergreife, so geschieht es, um meinem rheinischen Landsmann klar zu machen, wie verschieden die Welt und die thatsächlichen Verhältnisse in ihr sich darstellen, je nachdem man sie durch eine klerikale oder durch eine staatsfreundliche Brille ansieht. Meine Herren, wir sind in den westlichen Provinzen wohl gewöhnt, infolge des Kulturkampfes in Streitigkeiten der allerverschiedensten Art verwickelt zu werden; wenn wir uns aber auch gelegentlich darüber beklagen, so müssen wir die Kreisschulinspektoren als diejenigen unserer Mitbürger ansehen, die am schlimmsten daran sind, die auf die ungebührlichste Weise auf allen Wegen und Stegen empfindlich selbst an ihrer Ehre geschädigt werden. Die Kreisschulinspektoren sind eben in unserem Landesteil die bestgehaßten Menschen, und deshalb wundert es mich gar nicht, wenn wir gestern ein so drastisches Wort aus dem Munde des Herrn Abgeordneten Windthorst (Meppen) gehört haben, daß er der Ansicht sei, diese Männer müßten möglichst bald aus dem Tempel gejagt werden. Nun, meine Herren, wir von der linken Seite des Hauses, wir haben entgegengesetzt das entschiedenste Interesse, diese Männer nicht nur recht lange im Tempel zu behalten, sondern ihnen auch noch recht viele Berufsgenossen zuzugesellen, damit wir endlich die geistliche Schulaufsicht in unserem Staate beseitigen. Meine

Herren, ich nehme es nun den Herren vom Centrum gar nicht übel, wenn sie auf alle mögliche Art und Weise gerade diese Männer angreifen; sie fühlen eben durch, daß es diesen zu verdanken ist, daß nach den verschiedensten Richtungen hin ihren Bestrebungen ein Halt geboten ist. Wir anderen aber von der Majorität, meine Herren, wir legen darum auch weniger Gewicht auf die einzelnen kleinen Nadelstiche, die der Herr Abgeordnete Dauzenberg den Kreisschulinspektoren zufügen zu müssen geglaubt hat, denn wir wissen, daß es nicht die einzelnen Fälle sind, über die die Herren vom Centrum sich beklagen, wir wissen, daß sie nicht den Sack, sondern daß sie das Institut meinen. (Heiterkeit.)

Meine Herren, ich will auf die kulturkämpferische Seite dieser Frage nicht eingehen; der Herr Kultusminister hat Ihnen ja offen und unverhohlen gesagt, daß er dem Institut auch in der Richtung ganz besonderen Wert beilege. Ich will nur das mit Bestimmtheit aussprechen, daß von allen Maßregeln, die bisher zu Gunsten des nationalen Staates ergriffen sind, auch einschließlich der Ausführung der kirchenpolitischen Gesetze, keine einzige sich den Anschauungen und Bestrebungen des Centrums so hinderlich und feindlich gezeigt hat, wie die Beseitigung der geistlichen Schulaufsicht. Meine Herren, ganz abgesehen von dem Kulturkampf, gestatten Sie mir, aus dem inneren und äußeren Leben der Schule im Westen, speciell im Rheinland aus den drei Regierungsbezirken, die ich kenne, am Niederrhein, Ihnen mitzuteilen, welch ein erfreulicher, — ja, ich wage es zu sagen, welch ein wunderbarer Aufschwung in den Volksschulen sich seit der Beseitigung der geistlichen Schulaufsicht gezeigt hat.

Meine Herren, es ist eben klar allerwärts, daß die Dinge sich gründlich umgestaltet haben, seit die Lehrer von der mindestens gesagt unerfreulichen Lebensstellung erlöst sind, zu Vorgesetzten nur Männer zu haben, denen im allergünstigsten Falle doch die Schulinteressen erst in zweiter Linie standen, im ungünstigsten Falle aber Schulinspektoren, die die Anschauung durchblicken ließen, daß es für den kleinen Bauer,

Arbeiter oder Weber gar nicht so notwendig sei, mehr als die notdürftigsten Schulkenntnisse zu besitzen, wenn sie nur zu gehorsamen Dienern der Kirche resp. des jeweilig regierenden Pfarrers oder Kaplans erzogen werden, während es im übrigen auf die Erziehung zu logischem Denken viel weniger ankomme.

Meine Herren, ich würde der letzte sein, nicht anzuerkennen, daß katholische Geistliche als Lokal- und Kreisschulinspektoren sich um unser rheinisches Schulwesen mannigfach verdient gemacht haben. Es sind diese Verdienste um so schätzenswerter, da sie zu einer Zeit geübt wurden, als Staat und Gemeinde Decennien hindurch die Schule gewissermaßen als Aschenbrödel behandelten. Aber, meine Herren, wenn wir zurückblicken auf jene Zeit, wenn wir rein objektiv uns den Verhältnissen gegenüber denken, müssen wir doch sagen: es war die Pflege während jener Zeit einseitig und engherzig. Daß sie einseitig war, brauche ich nicht zu beweisen; das engherzige zeigt sich namentlich darin, daß sie die allerwichtigste Institution in unserem Schulwesen, den Schulzwang, von demselben Standpunkt aus verurteilen, den gestern der Herr Abgeordnete Windthorst (Meppen) betont hat. Dem Schulzwang haben die geistlichen Schulinspektoren in aller und jeder Form entgegenzuwirken gesucht, offen und geheim, bewußt und unbewußt, direkt nnd indirekt.

Meine Herren vom Centrum, es ist von Ihrer Seite gestern geleugnet worden, daß der Abgeordnete Windthorst seine Verurteilung des Schulzwangs so entschieden ausgesprochen habe. Ich bin nun der Meinung, daß er sie auch in derselben Schärfe wiederholen wird, denn diese Ansicht gehört unbedingt schon seit langen Jahren zu den Anschauungen, die die maßgebenden Elemente unter Ihnen auf ihre Fahne geschrieben haben. Bei uns zu Lande ist die Kenntnis davon notorisch. Doch, meine Herren, es hat ja diese Widerwilligkeit gegen den Schulzwang selbst ihre Schatten bis in die Verhandlungen dieses Hauses geworfen. Ich habe nachgesehen, daß im Jahre 1872, als der Kulturkampf noch in den Windeln lag, wenigstens auf dem Schulgebiete noch kaum die Rede davon war,

und eine Petition an das Haus gekommen war von einem Bezirk, der meiner Heimat nahe liegt, man möge den Schulzwang mit vollendetem zwölften Jahre aufheben, daß da der Referent der Unterrichtskommission, noch jetzt Mitglied dieses Hauses, entgegen dem Beschlusse der Kommission, die auf Tagesordnung erkannt hatte, diese Petition dem Hause entschieden empfahl und sie befürwortete. Daß jener Herr nicht weiter ging in seinen Ausführungen, daran hinderten ihn seine Verpflichtungen als Referent. Ein anderes Mitglied der Centrumspartei, auch heute noch Mitglied dieses Hauses, gestand aber bei der Gelegenheit offen ein, daß nach seiner Ansicht in dem Schulzwange eine Gefährdung der Prärogative der Eltern, eine schwere und sich schwer rächende Rechtsverletzung enthalten sei. Meine Herren, wenn nun solche Anschauungen maßgebend waren in den Reihen der Kreis- und Lokalschulinspektoren, da können Sie denken, wie es mit diesem Schulzwange bei uns aussah. In erster Linie wurden die Eltern, die ihre Kinder nicht in die Schule schickten, in sehr vielen Fällen nicht bestraft; aber abgesehen von dieser Unterlassungssünde gegen den Schulzwang, läßt sich aus den Schulakten mancher Kreise nachweisen, daß ganz systematisch die Kinder massenweise dispensiert wurden, so daß während gewisser Jahreszeiten den Lehrern nur ganz entvölkerte Klassen zurückblieben. Es läßt sich aus anderen Schulakten nachweisen, daß die vorzeitigen Entlassungen nicht ausnahmsweise, sondern ganz regelmäßig vorkamen. Wenn Sie nun dabei in Betracht ziehen, daß an allen Marientagen schon die Kinder überhaupt von der Schule dispensiert wurden, daß fast überall auf dem Lande die erste Morgenstunde für den Gottesdienst in Aussicht genommen war und dem Schulunterricht abging, daß dann auch noch die Kinder zu Bittgängen und Leichenbegängnissen während der Schulzeit verwendet wurden, daß endlich an manchem kleinen Ort noch zwei Mal in der Woche eine Dispensation vom Unterricht notwendig wurde, damit die Kinder den Religionsunterricht im Pfarrort, und zwar auch außer der Zeit zur Vorbereitung für die erste Kommunion, besuchen

konnten, so werden Sie sich nicht wundern, daß in unseren Landesteilen die Schulziele in den katholischen Schulen weit hinter den allerbescheidensten Anforderungen zurückbleiben (Widerspruch im Centrum), dann werden Sie sich nicht wundern, meine Herren, daß eine Volksbildung nicht erzielt werden konnte, wie sie doch für eine Bevölkerung erforderlich ist, der man mit dem allgemeinen Wahlrecht schwerwiegende Rechte gegeben hat, damit sie in die Lage gebracht werde, auch ihrem Recht entsprechende Pflichten auszuüben.

Meine Herren, ich will nun die Gelegenheit nicht benutzen, um auch aus meinem Schatzkästlein Ihnen einige Anekdoten nach Art des Abgeordneten Herrn Dauzenberg vorzutragen, ich würde sonst nach meinen Erfahrungen im Schulwesen Ihnen aus dem Leben der geistlichen Schulinspektoren, vornehmlich aber aus dem pädagogischen Treiben der von diesen so protegierten Schulschwestern und in klösterlichen Instituten ausgebildeten weltlichen Lehrerinnen einiges zum besten geben können. Ich stelle dieses Material jedem, der mich darum angehen wird, zur Verfügung.

Meine Herren, wir verdanken nun unserem gegenwärtigen Herrn Kultusminister, daß er unsere rheinischen Schulen von dem Alp der geistlichen Bevormundung erlöst hat. In mehreren unserer Städte ist es nur ihm zu danken, daß an Stelle der Schulkommissionen, die noch nach den Anordnungen der Fremdherrschaft entweder ganz oder zu $^{7}/_{8}$ oder $^{11}/_{12}$ aus geborenen meist geistlichen Mitgliedern bestanden, jetzt gewählte Kommissionen getreten sind. Nun die in der Selbstverwaltung bewährten Elemente auch auf dem Gebiete des Schulwesens zur Geltung gekommen sind, werden die Städte sich selbst helfen, und ich darf versichern, sie sind wacker bei der Arbeit, um unter der Kontrolle der Regierung dem Schulwesen aufzuhelfen, oder, um einen anderen Ausdruck zu gebrauchen, aus einer älteren Verfügung über die Bildung von Schulkommissionen aus dem Jahre 1811, „ihre Mitbürger für die hohe Bedeutung des Volksschulwesens zu erwärmen". Diese Aufgaben, meine Herren, die die Kommissionen in den Städten

übernommen haben, sie erfüllen, und ich darf sagen im großen Ganzen in voller und befriedigender Weise, die weltlichen Kreisschulinspektoren in unseren ländlichen Bezirken. Auf dem Lande überall in unserem Landesteile bis in das fernste Dorf an der holländischen Grenze ist Fluß in die Schulangelegenheiten hineingekommen, die Lehrer und Schüler sind mit Liebhaberei daran, die vielfach erhöhten Schulziele auch wirklich zu erreichen; die Realien, auf die in diesen Tagen hingewiesen worden ist, sind zur Geltung gekommen in der Schule, vor allem der Unterricht in der patriotischen Geschichte. (Rufe: Aha! Aha!)

Ja, meine Herren, wissen Sie denn nicht, daß in unserem Landesteil Hunderttausende von Menschen leben, die niemals etwas davon gehört haben würden, daß sie zum preußischen Staate gehören und daß unser Fürstenhaus die Hohenzollern sind, wenn nicht die vom Militärdienst zurückkehrenden Männer, die sich nachher zu Krieger- und Landwehrvereinen vereinigen, die Kenntnis davon verbreitet hätten? In den Schulen haben sie niemals davon etwas gehört! (Große Unruhe.)

Aber noch weiter ist von den Kreisschulinspektoren trotz der kurzen Zeit ihrer Wirksamkeit manches erzielt worden: der Unterricht in den weiblichen Handarbeiten, der für unsere Weberdistrikte von der höchsten Bedeutung ist, ist eingeführt worden, auch der Turnunterricht ist angebahnt; der Besuch der Schule hat sich ganz wunderbar gebessert, die Renitenz der Eltern ist vor dem strammen, energischeren Regiment zu Kreuze gekrochen; die Revision, auf die der Herr Abgeordnete Dauzenberg zurückkam, findet besser statt als früher, denn, wenn der Herr Abgeordnete Dauzenberg sagt, daß der Kreisschulinspektor nur alle Jahr ein- oder zweimal in die Schule kommen könne, dann mache ich mich anheischig, hundert Dörfer anzugeben, wo in sechs bis acht Jahren ein geistlicher Kreisschulinspektor nicht seinen Fuß in die Schule hineingesetzt hat. (Ruf: Namen nennen!)

Nun, meine Herren, die Lehrerkonferenzen, die unter dem alten System zumeist nur pro forma abgehalten wurden, bei

denen die meiſten Kreisſchulinſpektoren vielleicht einmal im Jahre erſchienen, dieſe Schulkonferenzen werden jetzt regelmäßig abgehalten und dienen ernſtlich dazu, um pädagogiſche Erfahrungen auszutauſchen und Einheitlichkeit in die Lehren und Schulziele hineinzubringen. Und wenn ich zuletzt noch ſagen ſoll, wie die Lehrer ſich zu dem Wechſel der Dinge ſtellen, ſo haben Sie aus den Zeitungen erfahren, wie ſich dieſelben bald aus dieſem, bald aus jenem Orte, ſei es in Adreſſen, ſei es in Reſolutionen, mit abſolut überwiegender Majorität zu Gunſten des neuen Syſtems ausgeſprochen haben. Meine Herren, dieſe Kundgebungen ſind ſo auffallender Natur geweſen, daß auch ich anfangs geneigt war, ſie für gemacht, für gekünſtelt anzuſehen, aber ich habe mich genau erkundigt und erfahren, daß mindeſtens $^{19}/_{20}$ der Lehrer, die ſonſt ganz ſtramm in kirchlicher und politiſcher Beziehung zu dem Centrum halten, in Bezug auf die geiſtliche Inſpektion unſerer Anſicht ſind. Ich habe mich überzeugt, daß ſie in der Beſeitigung der geiſtlichen Inſpektion die Beſeitigung der lange gefühlten ſchwer wiegenden Übel und die Gewährleiſtung für eine kommende gedeihliche und geſunde Entwickelung unſeres Schulweſens ſehen. Meine Herren, ich ſchließe mit dem Wunſche, daß der Herr Miniſter, wie er uns hier heute angedeutet hat — und ich möchte dieſe Andeutung als eine Art von Verſprechen gern betrachten — fortfahren möge auf dem Wege, möglichſt alle geiſtlichen Schulinſpektoren in unſerem Staate zu beſeitigen. Ich knüpfe daran die Bitte, daß bei der Gelegenheit niemals die proteſtantiſchen Landesteile anders behandelt werden möchten als die katholiſchen. (Bravo!) Alle diejenigen, denen es ernſt iſt mit einem gedeihlichen Volks- und Staatsſchulweſen im Sinne des Allgemeinen Landrechts, meine Herren, die werden es ihm Dank wiſſen! (Bravo!)"

2. Rede vom 15. März 1876:

„Abgeordneter Seyffardt: Meine Herren! Der Herr Abgeordnete Windthorſt (Meppen) hat meine Legitimation beſtritten, zu ſprechen über die Verhältniſſe in den Schulen in den drei Regierungsbezirken des Niederrheins, über die ich zu

referieren die Ehre hatte. Meine Herren, dieſe Legitimation beſteht einfach in meiner perſönlichen Kenntnis der Verhältniſſe in dieſen Regierungsbezirken, eine Kenntnis, die ihren Grund darin hat, daß ich in vielen Ortſchaften dieſer Regierungsbezirke, in allen dreien, eine große Menge von Arbeitern beſchäftige, die die Zahl von Tauſenden erreicht, und daß ich nach den Reſultaten, die die Schulbildung dort während Decennien bei meinen Arbeitern gehabt, doch einigermaßen einen Schluß ziehen darf auf die Beſchaffenheit der Schulen. (Oho! im Centrum. Sehr richtig! links.)

Im übrigen will ich dem Herrn Abgeordneten Windthorſt (Meppen) das zugeben, daß ich, wenn auch nicht begeiſterter Schulinſpektor, doch begeiſterter Schulfreund, nicht nur heute, ſondern all' mein Lebtag geweſen bin, daß ich mich alſo für die neuen weltlichen Schulinſpektoren deswegen intereſſiere, weil ich während der kurzen Wirkſamkeit dieſer Männer ſchon viele, wenn auch erſt beginnende Reſultate zu bemerken Gelegenheit gehabt habe.

Wenn der Herr Abgeordnete mich dann gewiſſermaßen gewarnt hat vor den Schulen der Zukunft und darauf hingedeutet hat, als wenn mir als Fabrikant in Krefeld wohl unbequem werden würde, wenn die Reſultate des neuen Syſtems ſich im Lande geltend machen würden, ſo möchte ich ihm darauf erwidern — (Rufe: Das iſt nicht perſönlich!)

Präſident: Es thut mir leid, Herr Abgeordneter Seyffardt, weitere Ausführungen gegenüber denjenigen des Herrn Abgeordneten Windthorſt kann ich im Rahmen einer perſönlichen Bemerkung nicht zulaſſen.

Abgeordneter Windthorſt (Meppen): Ich habe aber nichts dagegen. (Heiterkeit.)

Präſident: Herr Abgeordneter Windthorſt, Sie würden nicht in der Lage ſein, mich von der Handhabung der Geſchäftsordnung zu befreien.

Ich erſuche den Abgeordneten Seyffardt, in der Bemerkung fortzufahren.

Abgeordneter Seyffardt: Darf ich vielleicht mit der Be-

merkung ſchließen, daß der Herr Abgeordnete Windthorſt es uns ſelbſt überlaſſen kann, uns mit unſeren Arbeitern zurechtzuſtellen, wenn die Herren von jener Seite nur die Güte haben wollen, die Geiſtlichen dazu zu veranlaſſen, daß ſie nicht unſer Friedenswerk unterbrechen. (Oho! im Centrum. Sehr richtig! links.)"

1. Rede vom 24. Februar 1877:

„Sie werden von mir nicht erwarten, daß ich der letzten Rede des Herrn Vorredners in ihren einzelnen Windungen folge, Sie werden es um ſo weniger erwarten, als alle die Vorausſetzungen nicht mehr zutreffen, unter denen urſprünglich meine Meldung erfolgt war. Ich habe nur die Abſicht in dieſer ſpäten Stunde, zu proteſtieren gegen die Art und Weiſe, mit der der Volksſchulunterricht dieſes Jahr in dieſem Hauſe zur Sprache gebracht iſt, zu proteſtieren namentlich gegen die Art, mit welcher der Herr Abgeordnete Franz bei Beginn der Generaldebatte ſich an unſeren verehrten Herrn Kultusminiſter gewandt hat in den weitgehendſten Ausdrücken, in Ausdrücken, welche darin gipfelten, daß er ſagte, der Herr Miniſter habe die Schulen vergiftet. Heute ſchon ſchallt dieſes Wort als Echo aus dem Lande zu uns zurück, und man wirft uns vor: habt Ihr keinen energiſcheren Proteſt als denjenigen, den der Abgeordnete Kieſel ausgeſprochen hat gegen dieſe Art und Weiſe der Behandlung, habt Ihr keinen energiſcheren Proteſt gegen die Unterſtellung, als wenn die Hunderttauſende von katholiſchen Kindern in Schulen hineingezwungen werden ſollen, die von dem Herrn Miniſter vergiftet ſind, in die Schulen unſeres Staates, der ja nach Herrn Reichenſpergers Ausdruck aſiatiſcher Deſpotie verfallen iſt? Meine Herren, meine Abſicht iſt, dieſen Proteſt formell auszuſprechen. Wir wiſſen ja hier in dieſem Hauſe, auf welcher Grundlage der maßloſe Angriff beruht, wir wiſſen ja, daß Herr Roeckerath uns geſagt hat, es gelte fortan, den Kulturkampf mit energiſcheren, ſchrofferen Mitteln fortzuführen, wir haben auch aus dem Ton der Debatten in den letzten Tagen erfahren, daß der Stern dieſes geehrten rheiniſchen Kollegen hoch genug am klerikalen

Himmel geſtiegen iſt, um den Glanz der Perle von Meppen ein klein wenig zu verdunkeln. (Heiterkeit.)

Aber, meine Herren, entſchieden ausſprechen müſſen wir, daß bezüglich der Volksſchule unſere Ziele weit, weit auseinandergehen. Der Herr Abgeordnete Bachem hat dieſer Tage daran erinnert, daß wir unſere Sprache gegenſeitig nicht mehr verſtehen, was uns in gewiſſen Dingen ſchwarz iſt, erſcheint Ihnen weiß und umgekehrt. Nirgendwo treffen die Gegenſätze ſo ſcharf aufeinander, wie in der Auffaſſung von den Aufgaben der Volksſchule.

Aber, meine Herren, uns gehört die Zukunft! Sie mögen glauben, daß Sie noch einmal zu der Herrſchaft in der Schule gelangen, die wir ja Decennien lang gekannt haben, wo Sie die Kinder erzogen haben allein zu Mitgliedern des römiſchen Weltreichs; Sie werden ſich täuſchen. Wir aber wollen ſie neben der Sorge für ihre Religioſität auch erziehen für die bürgerliche, gemeinſchaftliche, den verſchiedenen Konfeſſionen angehörende Geſellſchaft, wir wollen ſie erziehen zu patriotiſchen Genoſſen unſeres preußiſchen und deutſchen Vaterlandes. (Bravo!)

Meine Herren, Sie ſprechen immer von der katholiſchen Familie, von den Anſprüchen, welche die katholiſche Familie an die chriſtliche Erziehung erhebt. Sie haben ja vollſtändig Recht. Aber wollen wir nicht dasſelbe? Wenn Sie aber mit ſolchen provokatoriſchen Agitationsaufforderungen an das Land vorgehen, wie Herr Franz das bezüglich der Volksſchule gethan hat, und wie Herr Perger es bezüglich der Religion wiederholt hat, indem er ausdrücklich meinte, es gingen unſere Staatsregierung und die Liberalen darauf aus, die Katholiken aufzuſaugen und ihnen den Glauben ihrer Väter zu rauben, dann ſind Sie die Männer, die den Untergang unſeres Vaterlandes an die Wand malen, nicht wir. Meine Herren, wir haben die Zukunft, denn wir haben Breſche geſchoſſen gerade bezüglich des Elementarunterrichts in Ihre eigenen Reihen, die Lehrer ſind für uns. Ich ſpreche nicht, meine Herren, von denjenigen Lehrern, und es giebt ihrer viele, die ſeit Beſeitigung

der geiſtlichen Schulaufſicht von der Befürchtung erlöſt ſind, daß ſie ein Geſchlecht erziehen ſollen, das an kraſſem Wunder- und Aberglauben mit den Pilgern von Lourdes und der Deutſchen Verſuchsſtation Marpingen wetteifern ſoll, denn dieſe werden ſie der Ketzerei oder des Liberalismus zeihen. Ich ſpreche von denjenigen Lehrern, die die faſt einſtimmige Majorität bilden in allen verſchiedenen Schulinſpektionsbezirken und unzweideutig durch eine Reihe von Kundgebungen bezeugen, daß ſie der Anſicht ſind, das Schulweſen ſei wunderbar gefördert worden in den ſechs Jahren, ſeit unſer jetziger Herr Kultusminiſter am Ruder iſt. Ich ſpreche von denjenigen Lehrern, die keine Gelegenheit vorübergehen laſſen, ohne ausdrücklich hervorzuheben, wie ſie ſich als Einzelne und als Stand gehoben fühlen durch die höheren Ziele, die das weltliche Syſtem unter Kontrolle ſeiner Pioniere, der weltlichen Schulinſpektoren, ihrer patriotiſchen Arbeit, der Verbreitung wahrer, echter Volksbildung, zum Ziele geſteckt hat. (Bravo!)"

2. Rede vom 24. Februar 1877:

„Ich bin dem geehrten Herrn Abgeordneten Dauzenberg recht dankbar für die liebenswürdige Reklame, die er meiner kleinen Schrift über katholiſche Volksſchulen am Niederrhein unter geiſtlicher Leitung gemacht hat. Es zeigen ſeine Ausführungen recht deutlich, daß meine Schrift leſenswert ſein dürfte und ich hoffen darf, daß die Anſichten, die darin niedergelegt ſind, weitere Verbreitung finden werden.

Wenn Herr Abgeordneter Dauzenberg nicht in der Lage iſt, eine einzige der Mitteilungen, die darin aufgenommen ſind, zu beſtreiten, ſo beweiſt das vollſtändig den Charakter der Schrift, der eben ein rein thatſächlicher iſt. (Oho! im Centrum.)

Geſtatten Sie mir endlich bei dieſer Gelegenheit zu bemerken, daß, obſchon meine Schrift bereits ſechs Wochen im Buchhandel iſt, in der Öffentlichkeit keine einzige der mehreren Hundert Thatſachen, die darin Erwähnung gefunden haben, irgendwie angefochten worden iſt."

Antwort des Abgeordneten Dauzenberg vom 24. Februar 1877:

„Abgeordneter Dauzenberg: Dem Herrn Abgeordneten

Seyffardt habe ich zu erwidern, daß ich ausdrücklich erklärt habe, daß in seiner Schrift Unwahrheiten vorkämen, die ich mich anheischig machte, nachzuweisen. Dem Herrn Abgeordneten Kiesel habe ich zu erwidern, daß ich seine neuliche Äußerung aus dem stenographischen Bericht entnommen habe, daß ich allerdings auch jetzt nicht ausgesprochen habe, als wenn der Herr einen Wunsch hätte nach geistlichen Schulinspektionen. Ich glaube, wer den Standpunkt des Herrn kennt, würde, wenn ich eine solche Äußerung machte, darin einen Unsinn finden."

Rede vom 30. Nov. 1877 und Antw. Windthorsts:

„Ich bitte Sie, mich für meine Kühnheit, in so später Stunde über einen Gegenstand zu sprechen, der seit so vielen Tagen Sie beschäftigt hat, nicht zu sehr durch Ihre Unachtsamkeit auf das, was ich sage, zu bestrafen. Ich fühle mich veranlaßt das Wort zu ergreifen, da einer der Vorwürfe, der von der Gegenseite der Königlichen Staatsregierung gemacht ist, von dieser Seite noch nicht beleuchtet worden ist, da die Verhältnisse der in neuerer Zeit in den westlichen Landesteilen so häufig gegründeten paritätischen Schulen noch nicht aus dem Hause selbst zur Besprechung gelangt sind. Die Veranlassung ist für mich eine um so dringendere, als ich selbst in meiner heimischen Provinz für diese paritätischen Schulen mit Entschiedenheit eingetreten bin, da ich von ihnen für unsere Landesteile mit gemischt-konfessioneller Bevölkerung auf dem Schulgebiete das Heil der Zukunft erwarte. Meine Herren, ich brauche auf die Sachlage in meinem speciellen Wohnort Krefeld wohl nicht einzugehen; der Herr Regierungskommissarius hat ganz trefflich ausgeführt, daß alle Bedingungen, die die Staatsregierung an die Überführung der konfessionellen Schulen in paritätische geknüpft hat, bei uns in vollstem Maße erfüllt worden sind. Bei uns ist nicht nur auf erziehlichem, sondern auch auf unterrichtlichem Gebiet durch die paritätische Schule ein wesentlicher Fortschritt erreicht, ohne dabei die für unsere westlichen Fabrikstädte mit schwerer Kommunalsteuerbelastung so wichtigen finanziellen Interessen un-

berücksicht zu lassen. Die Vorwürfe, die der Abgeordnete Bachem aus der Verwandlung von konfessionellen in paritätische Schulen herleitet, sind auch eigentlich nicht gegen die Staatsregierung gerichtet gewesen, der Herr Abgeordnete hat höchstens Vermutungen aussprechen können, aus welchen Gründen denn eigentlich die Staatsregierung die paritätischen Schulen hier begünstigt, dort aber nicht aufkommen läßt. Die Vorwürfe sind gerichtet entweder an die Adresse der liberalen Partei oder an die Adresse der zahlreichen Gemeindevorstände in den größeren und mittleren Städten unserer Provinz, die fast insgesamt in der Pflege der paritätischen Schulen eine Aufgabe der Zukunft erblicken. Denn, meine Herren, es ist die Bewegung für paritätische Schulen, die in Rheinland in allererster Linie der Beachtung steht, eine naturwüchsige, sie ist aus dem Bedürfnis hervorgegangen, in einer irgend absehbaren Zeit den in unserem Landesteile so außerordentlich gestörten konfessionellen Frieden wiederherzustellen. So charakterisiert sich die Bewegung für die paritätische Schule in Rheinland als eine aus dem Bedürfnis der Zeit hervorgegangene. Daß nicht politische Gründe ihr zur Unterlage dienen, das können Sie schon aus dem Umstande ersehen, daß die im liberalen Lager als klarstellend und überzeugend auf dem Schulgebiet anerkannten Gneistschen Schriften über die konfessionelle Schule und die Selbstverwaltung in der Volksschule während der Bewegung kaum je genannt worden sind. Freilich, eins ist richtig. Als sich die öffentliche Debatte erhob, da war man sehr erfreut, zu erfahren, daß die als antichristlich verschriene Bewegung nichts mehr und nichts weniger war als Beseitigung eines Verwaltungsmißbrauchs, der seit Decennien in Preußen stattgefunden hatte, da war man sehr erfreut, zu gewahren, daß die Erstrebung der paritätischen Schulen nichts anderes sei, als Wiederherstellung der allgemeinen preußischen Volksschule nach guter alter Tradition und den Bestimmungen des Landrechts. Als vor zwei Jahren diese Frage der paritätischen Volksschulen zuerst an dieses Haus herantrat und in der Unterrichtskommission der Gegen-

ſtand behandelt wurde, da ſtellte ſich alsbald heraus, daß die Gründe, welche die Gegenſeite gegen die paritätiſchen Schulen ins Feld führte, nicht Stich hielten, es ſtellte ſich heraus, daß die Verfaſſungsparagraphen, auf die der Herr Abgeordnete von Wendt heute zurückgekommen iſt, nicht aktuelles Recht gewähren, daß die den konfeſſionellen Schulen günſtigen ſogenannten Geſetze entweder Miniſterialreſkripte ſind, die auf demſelben Wege wieder beſeitigt werden können, wie ſie gegeben worden, oder aber Kabinettsordres, die nicht publiziert oder durch ſpätere Kabinettsordre wieder aufgehoben worden ſind. Die Herren vom Centrum haben ſich dieſem Standpunkte auch einigermaßen anbequemt. Sie ſehen ja, meine Herren, heute wird die Oppoſition aus einer ganz anderen Tonart geblaſen, man ſpricht von dem katholiſchen Gewiſſen, heute beruft man ſich auf das Bedürfnis der Katholiken in unſerem Landesteile, ihren Kindern eine ſpecifiſch-katholiſche Erziehung zu geben. (Sehr richtig!)

Ja, meine Herren, die Veränderung der Frontſtellung iſt für die Gegenſeite eine ſehr glückliche, denn es iſt dadurch gelungen, auch in dem proteſtantiſchen Lager Stimmen wachzurufen, die mit einmal auch ein proteſtantiſches Gewiſſen und das Bedürfnis einer ſpecifiſch-proteſtantiſchen Erziehung entdeckt haben wollten. Meine Herren, für uns Laien war die Erſcheinung eine in ſolchem Grade eigentümliche, als wir gewahr wurden, daß nicht nur die päpſtlichen Prieſter (Murren im Centrum), ſondern auch die proteſtantiſchen Geiſtlichen, das heißt diejenigen unter ihnen, die in ſich die Kraft und den Beruf fühlen, in jedem einzelnen Dorf oder Städtlein ein Päpſtlein im kleinen zu repräſentieren — daß dieſe Herren, die ſich ſonſt nicht auf demſelben Wege zu begegnen lieben, gemeinſchaftliche Sache machen, ſobald es ſich um Einfluß und Macht handelt in religiöſen und Schulfragen. Meine Herren, wir konnten uns zuletzt des Eindrucks nicht erwehren, daß die Herren in gleicher Weiſe durchgefühlt haben, daß mit der konfeſſionellen Schule, wie ſie ſich bei uns entwickelt hat, nicht die Stütze eines geſunden, kräftigen, praktiſchen Chriſten-

tums, wie wir es in unſerer Zeit brauchen und wie es den Anſchauungen des bei weitem größten Teils der Menſchen mittlerer Bildung bei allen Konfeſſionen in Preußen entſpricht, ſondern die feſte Stütze einer auf ſtarrem Dogmenglauben beruhenden geiſtlichen Herrſchaft ſteht und fällt. Meine Herren, wir haben nun wohl beinahe acht Tage miteinander diskutiert und verhandelt, ob denn die Wirkung der Geſetze, die die Häuſer des Landtags mit der Regierung erlaſſen haben, um dieſem prieſterlichen Wunſche nach Herrſchaft entgegenzutreten, eine günſtige oder ungünſtige ſei. Sie haben erfahren, daß auf dieſer Seite (links) des Hauſes manche Täuſchung über die Wirkung des Brotkorbgeſetzes und anderer Geſetze verſchwunden iſt. Sie haben auf der andern Seite ausſprechen hören, daß wir Liberalen uns auf dem Rückzug befinden. Ja, meine Herren, ich meinerſeits ſtehe keinen Augenblick an, nach meinen Wahrnehmungen in der Rheinprovinz zuzugeſtehen, daß, als die Herren vom Centrum uns prophezeiten, der Kampf werde ihrer Kirche zu größerer Glorie gereichen, ſie Recht gehabt haben, aber ich muß gleich hinzufügen, im Grunde nur ſcheinbar und nur ganz einſtweilen. Wenn unſere Staatsregierung feſt bleibt auf dem Boden, den ſie namentlich in der Schulfrage eingenommen hat, wenn ſie nicht nachläßt den Beweis zu liefern, daß ihr die Tragweite des Kampfes, den ſie unternommen, bewußt geweſen und bewußt geblieben, dann wird ſchließlich die Agitation von jener Seite auseinanderflattern wie Spreu vor dem Winde. Meine Herren, wodurch wird denn die klerikale Agitation erfolgreich erhalten? Durch eine Hetze ohnegleichen, wie ſie in unſerem Landesteile ſchon lange vorbereitet war durch die religiöſen Vereine, wie ſie heute weiter geführt wird durch die katholiſchen Verſammlungen, die katholiſche Preſſe, wie ſie vor allen Dingen gepflegt wird an einer bedeutungsvollen Stelle des katholiſchen Kultus, in die nach dem Worte eines altkatholiſchen Prieſters auf dem letzten Kongreß neuerdings die Folter des Mittelalters verlegt worden. Meine Herren vom Centrum, Sie haben ja ſelbſt erfahren auf den ſogenannten Verſammlungen

katholiſcher Männer, wie gelegentlich ſelbſt Ihre Führer erſchrecken vor der krampfhaften Agitation, die Sie hervorgerufen haben, ſo daß gegenüber den Anſchuldigungen von liberaler Seite, daß Sie die Abſicht hätten, die Nacht des Mittelalters ihre Schatten in die neue Zeit werfen zu laſſen, Herr v. Schorlemer-Alſt jüngſt auf einem Kongreß der katholiſchen kaufmänniſchen Vereine die liebenswürdige und humane Äußerung zu machen ſich veranlaßt ſah, daß er die Zeit nicht herbeiwünſchte, in der ſeine Standesgenoſſen als Wegelagerer oder auf dem etwas glimpflicheren Wege der Beſteuerung die Kaufleute ſo ſehr gedrückt hätten. Meine Herren, ich glaube, es würde . . . . .

Präſident: Herr Abgeordneter, darf ich Sie wohl bitten, ſich näher anzuſchließen an den Titel, mit dem wir uns jetzt beſchäftigen? (Heiterkeit.) Der Titel 12 iſt allerdings der erſte Titel über Elementarſchulen ſelbſt, und es iſt dabei durchaus nicht ausgeſchloſſen, allgemeine Betrachtungen an das Elementarſchulweſen anzuknüpfen; aber den ganzen Kulturkampf bei dieſer Gelegenheit hereinzuziehen, das halte ich doch nicht für zuläſſig.

Abgeordneter Seyffardt: Der Aufforderung des Herrn Präſidenten entſprechend, werde ich mich dem Gegenſtand unſerer Diskuſſion wieder etwas näher zuwenden. Ich habe eingangs meines Vortrages ausgeführt, daß vom rechtlichen Standpunkt aus es für die Herren von jener Seite in Bekämpfung der paritätiſchen Schule abſolut keine Grundlage giebt. So bleibt mir denn noch hauptſächlich übrig zu unterſuchen, wie ſich die Entwickelung unſerer Unterrichtsgeſetzgebung, wie das zu erwartende Unterrichtsgeſetz ſich zur Frage der paritätiſchen Schule ſtellen werde. Da meine ich, ich habe meine unterbrochene Rede hinreichend weit fortgeſetzt, um klar zu machen, daß von meinem Standpunkt — und ich glaube, die Herren von jener Seite werden ſelbſt nicht anderes erwarten — ich es nicht für möglich erachten kann, daß im Staate Preußen ihnen noch einmal die Möglichkeit gewährt

werde, in der konfessionellen Schule ihre Maulwurfsarbeit von vorne zu beginnen. (Oho!)

Meine Herren, Sie wissen es ja; schon vor Jahr und Tag haben wir Ihnen in diesem Hause vorgehalten, was Sie in den konfessionellen Schulen erstrebt haben. Als damals der Vorwurf gemacht wurde, daß Sie für Rom gegen Preußen und Deutschland die jungen Gemüter zu entflammen versucht hätten durch Decennien hin, da wurde das als etwas Ungeheuerliches bezeichnet. Heute kann man es von jeder Kanzel, von jeder Tribüne der katholischen Volksversammlungen erschallen hören: erst sind wir Römer, dann erst Preußen oder Deutsche. (Rufe: Nein!)

Meine Herren, das heißt doch nicht etwa Römer im Sinne der Zugehörigkeit zu der dogmenspendenden Mutter, der Kirche; nein, das heißt Römer im Sinne der Parteigängerschaft für alle die weitgehenden und weittragenden Absichten der Kurie politischen und internationalen Charakters, für die der Herr Abgeordnete Windthorst neulich noch eingetreten ist. (Abgeordneter Windthorst [Meppen]: Unwahr!)

Weiter, meine Herren, möchte ich fragen, wird man denn gestatten in dieser konfessionellen Volksschule der Zukunft, zu Gunsten von Bauernkindern in Marpingen und Dietrichswalde und deren abergläubischen Eltern zu lehren, daß der liebe Herrgott die Absicht haben könnte, die Naturgesetze zeitweilig zu suspendieren.

Daß dies die Absicht der konfessionellen Schule der Zukunft ist, das ist nicht etwa die Phantasie eines überspannten Liberalen, das ist auch nicht eine Folgerung aus dem früheren Thun und Treiben der Schulschwestern und der in ihren Klöstern erzogenen weiblichen Lehrerinnen; — nein, meine Herren, das geht ganz deutlich aus den Manifestationen Ihrer Hauptagitatoren in Schulangelegenheiten hervor. Ich kann da verweisen auf eine Rede, die der schon mehrmals in dieser Diskussion genannte Pfarrer Schulte aus Erwitte, am 20. August in Paderborn gehalten hat. Da sagt er:

Diesen ultramontanen Geist wollen wir festhalten, die

Kinder sollen diesen Geist in der Schule erhalten; für uns ist der ultramontane und katholische Geist vollständig dasselbe; wir nehmen alles an, was an den sogenannten Ultramontanen bemängelt wird, alles, einschließlich des unfehlbaren Lehramtes des Papstes wie der Möglichkeit des von dem Reichskanzler getadelten „Schwindels" von Marpingen und Lourdes.

Meine Herren, Sie sehen, wie weit wir gekommen sind! Wenn von unserer Seite vor Jahr und Tag versucht worden wäre, die Unfehlbarkeit des Papstes mit dem Götzen- und Fetischdienst von Marpingen in eine Kategorie zu stellen, was würden Sie gesagt haben? Nun aber von Ihrer Seite solche Äußerungen kommen, da, glaube ich, dürfen wir doch sagen: wenn wir auch Ihrem tiefgefühlten Autoritätsbedürfnis zu Liebe gern die Unfehlbarkeit mit „Hut ab" verehren wollen — soweit, daß wir auch dem Marpinger Wunderschwindel die gleiche Reverenz erzeigen, soweit werden Sie uns niemals bringen!

Meine Herren, die Frage, die ich gestellt habe, würde ich dahin beantworten, und damit will ich schließen: die künftige Entwickelung unseres Unterrichtswesens möge uns davor bewahren, daß Sie (zum Centrum) unsere Schule noch einmal in die Hand bekommen. Im Gegenteil, ich habe die Hoffnung, daß in unserem Unterrichtsgesetz eine allgemeine preußische Volksschule als Regel wieder hergestellt wird, daß es die Kinder derselben Nation, die ohne Unterschied der Konfession nicht nur vor dem Feinde das Vaterland gemeinschaftlich verteidigen, sondern auch im bürgerlichen Leben sich friedlich und herzlich miteinander vertragen sollen, auf dieselbe Schulbank setzen, sie in denselben Schulräumen vereinigen wird. Gelingt dies, meine Herren, so habe ich die frohe Zuversicht, daß der häßliche konfessionelle Hader, der jetzt in unseren Landesteilen im Westen die Menschen so gewaltsam auseinanderreißt, verschwinden wird vor dem vollen Maße der christlichen Liebe, ohne die ja protestantisches wie katholisches Christentum in gleicher Weise eine Schale ohne Kern, eine

taube Nuß iſt. Gelingt das, meine Herren, dann habe ich die Überzeugung und die Zuverſicht, daß bei von Jugend auf geübter Pflege des uns allen Gemeinſchaftlichen, beſonders aber der patriotiſchen Anſchauungen, die Beendigung des Kulturkampfes in beſſerer, ſicherer und alle Beteiligten mehr befriedigender Weiſe vorbereitet würde, als durch die Vorſchläge der Herren von jener Seite, die unſerer Geſetzgebung eine rückläufige Bewegung geben wollen. (Bravo!)

Abgeordneter Windthorſt (Meppen): Der Abgeordnete, welcher zuletzt ſprach, hat in Bethätigung der chriſtlichen Liebe, von der er geſprochen hat, uns, alſo auch mir, allerlei ſehr artige Dinge vorgeworfen, auf die ich jetzt nicht antworten will und nicht antworten kann. (Rufe links: perſönlich!)

Seien Sie ganz ruhig und überlaſſen Sie dem Herrn Präſidenten ſein Amt.

Er hat außerdem aber ganz ſpeciell mir Sachen in den Mund gelegt aus früheren Diskuſſionen, die ich mit keinem Worte erwähnt habe. Ich habe in der Rede, auf die er anſpielt, klar und beſtimmt definiert, wie auf kirchlichen Gebieten unſere Stellung zum heiligen Vater, zum Papſt iſt. Das ſchließt keineswegs aus, daß wir übrigens unſerem Vaterlande alles dasjenige gewähren, was ihm gebührt, und was wir mit unſerem Blute für dasſelbe beſiegeln werden.

Solche Inſinuationen, daß wir für unſer Vaterland nicht ſo eintreten, wie die anderen Herren und wie insbeſondere Herr Seyffardt, weiſe ich mit Entrüſtung zurück. (Bravo!)

Rede vom 1. Dezember 1877:

Der Herr Abgeordnete Dauzenberg hat mir die Beantwortung des mich betreffenden Teils ſeiner Rede in einer perſönlichen Bemerkung ſehr leicht gemacht. Er hat Ihnen geſagt, daß ſowohl die Art und Weiſe, wie ich an die Behandlung der Unterrichtsverhältniſſe im Rheinlande herangetreten bin, wie mein Chriſtentum à la mode, nicht ſeinem Geſchmacke entſpräche. Nun, m. H., über Geſchmack läßt ſich

eben nicht ſtreiten und ſo kann ich mich wohl enthalten, meinerſeits in eine Verteidigung für meinen Geſchmack einzutreten.

Dann hat der Herr Abgeordnete Dauzenberg Ihnen mitgeteilt, daß er mich als eine Perſon anſehe, die von der Königlichen Staatsregierung wohl benutzt ſein möge, um das frühere Schulregiment in Rheinland zu diskreditieren, er hat aber gleich hinzugefügt, daß er das durchaus nicht beweiſen könne. Zum Überfluß erkläre ich auf das allerbeſtimmteſte, daß ich niemals in irgend einem Stadium des Kulturkampfs zu der Königlichen Staatsregierung in offizieller Beziehung geſtanden habe, daher auch niemals von ihr Material empfangen habe.

Abgeordneter Dauzenberg: Dem Herrn Kollegen Seyffardt gegenüber habe ich zu bemerken, daß ich allerdings geſagt habe, daß ihm das Material für ſeine Broſchüre: „Über die Unterrichtsanſtalten in den Rheinlanden" von den Behörden amtlich müſſe zugeſtellt worden ſein. Ich halte die Behauptung durchaus aufrecht, weil ich gewiß nicht annehmen darf, daß der Herr Kollege auf eine widerrechtliche Weiſe in den Beſitz dieſes amtlichen Materials gekommen iſt. (Oho! links.)

Rede vom 15. Januar 1879:

Die wenigen unter uns Liberalen, die das Glück gehabt haben, aus Gegenden mit überwiegend katholiſcher Bevölkerung in dieſes Hohe Haus durchzudringen, haben vor vielen Kollegen den zweifelhaften Vorzug, daß ſie lange vor Beginn der Seſſion durch die klerikalen Blätter aufgeklärt werden über die Ziele, die bei der Beratung des Kultusetats von den Herren Gegnern ins Auge gefaßt werden. Wir haben uns daher durchaus nicht gewundert, daß dieſelben Vorwürfe, die wir ſeit Jahren gegen die Unterrichtsverwaltung vernommen haben, auch heute und geſtern wieder vorgebracht ſind, denn meine Herren, wir haben ja leſen können in der klerikalen Preſſe, daß die vielbeſprochenen Verhandlungen unſerer Staatsregierung mit der römiſchen Kurie dann unzweifelhaft zu einer Niederlage des Ultramontanismus führen müſſen, wenn es nicht gelingt, bei Gelegenheit dieſer Verhandlungen die Schule ganz und voll wieder unter geiſtliche Botmäßigkeit zu bringen.

Meine Herren, wenn ich gesagt habe, daß ich vorausgewußt habe, wie diese Verhandlungen wohl Platz greifen würden, dann können Sie wohl denken, daß, als ich mich zum Worte meldete, ich eine ganze Reihe von Gesichtspunkten bezüglich des Unterrichtes in der Volksschule zum Vortrag bringen wollte, die sich auf die verschiedenen von dem Herrn Kultusminister heute vorgebrachten Momente beziehen. Sie werden aber wohl mit mir fühlen, daß nach der ganz vorzüglichen Rede des Herrn Ministers, die auf dieser Seite des Hauses gezündet hat, wie wohl kaum irgend eine seiner Reden vorher, jedes Wort, was ich in jener Richtung weiter sagen würde, die Rede abschwächen hieße.

Meine Herren, so will ich mir nur eine ganz kleine Nachlese erlauben, und zwar eine Nachlese, die anknüpft an die Bewegung, die gegen die Schulverwaltung in unseren westlichen Provinzen in den letzten Jahren stattgefunden hat, und wie eigentümlich es Ihnen erscheinen mag, daß ein Laie das thut, an die Bewegung bezüglich der missio canonica, die unzweifelhaft in unseren Landesteilen in die allererste Linie der Beachtung getreten ist, wie Sie ersehen können aus zahlreichen Petitionen, die dem Hohen Hause noch zur eingehenden Kenntnis gelangen werden.

Meine Herren, ich anerkenne mit den Herren Gegnern, daß gerade hierin die schwächste Seite der Stellung der Staatsregierung in der Schulfrage liegt. Ich anerkenne auch, daß die Staatsregierung nur so lange berechtigt ist, ihren gegenwärtigen Standpunkt aufrecht zu erhalten, als sie sich absolut gezwungen sieht, zwischen zwei Übeln zu wählen, zwischen dem Übel der Erteilung des Religionsunterrichts durch Lehrer, die nicht die unbezweifelte Berechtigung im Sinne ihrer eigenen Konfession haben und zwischen dem viel schlimmeren Übel, den Religionsunterricht in der Volksschule fallen lassen zu müssen. Meine Herren, wenn diese Frage von den Gegnern gewöhnlich in der Art behandelt wird, daß man auf der einen Seite das göttliche Recht der Kirche, auf der anderen das natürliche Recht der Eltern betont, so liegt es mir fern, über den ersteren

Standpunkt nur ein Wort zu äußern. Ich weiß nicht, ob es Gelehrte des Staatsrechts im Hause giebt, die es für nötig erachten, über das erstere noch ein Wort zu sagen; worauf ich aber die Aufmerksamkeit lenken wollte, das ist, die Frage zu stellen, ob denn unser katholisches Volk nach den Worten, die der Herr Abgeordnete Dauzenberg in diesen Tagen brauchte, wirklich die angebliche Beeinträchtigung des Elternrechtes so auffaßt, daß es darin einen traurigen Notstand, eine Gewissensbedrängnis in der Schule, in der kein christlicher Geist mehr herrscht, fühlt und erkennt.

Meine Herren, soweit ich wahrzunehmen Gelegenheit habe, ist von einem solchen aus dem Herzen des Volkes kommenden Widerstande gegen die Art und Weise, wie die Staatsregierung diese Dinge behandelt, wenig zu bemerken, und wo er ganz sporadisch in die Erscheinung tritt, ist es nur allein die Folge der Agitation (Widerspruch. Sehr wahr!), die immer aufs neue sich breit macht. Meine Herren, es ist dem Centrum bisher noch nicht gelungen, eine irgend erhebliche Zahl unserer werten katholischen Mitbürger in unseren Landesteilen dazu zu bringen, der Forderung aller katholischen Volksversammlungen bezüglich dieses Religionsunterrichts in ihrem Verhalten zu den Schulbehörden irgend Rechnung zu tragen. Auf alle Fälle ist die Zahl derjenigen, die dies letztere thun, eine ganz verschwindend kleine gegenüber den Tausenden, die auf jenen Volksversammlungen den heißblütigen Resolutionen des Centrums Beifall klatschen.

Meine Herren, worin mag das liegen? Warum giebt die Geistlichkeit in unseren Landesteilen, die doch noch heute wie früher unbeschränkte Gebieterin in ihren Gemeinden nach vielen Richtungen ist, zu, daß bezüglich dieses Punktes ein Nachgeben der Sache noch stattfindet, wenn nur noch einigermaßen die Form gewahrt wird. Denn die Sache liegt so, daß, wenn auch hier oder dort die Frage der missio canonica in Anregung gebracht wird, es nur wenige Wochen dauert und alle Welt, die anfangs beunruhigt war, rücksichtlich ihrer Gewissensbeschränkung beschwichtigt ist; der Religionsunterricht geht seinen Gang wie vorher. Unter der Hand hört man dann,

daß dieſer oder jener Lehrer entgegen den Weiſungen der Staatsregierung von dem Ortspfarrer ſich die Erlaubnis erbeten hat, den Religionsunterricht erteilen zu dürfen, anderen dieſer Religionslehrer die Erlaubnis ſogar ins Haus getragen wird. Woher, frage ich, kommt dieſe eigentümliche Konnivenz von ſeiten der Geiſtlichkeit? Ganz einfach aus dem Grunde, weil ſie die Agitation nicht hat durchführen können. Heute hat, ſoweit meine Blicke reichen, nur allein das Seminar in Xanten nach dieſer Richtung den Vorzug, ſcharf behandelt zu werden, vielleicht wegen der Perſönlichkeit ſeines Direktors, ich weiß das nicht. Welches iſt nun der Grund, warum die Herren die Sache ſo behandeln? In meinem Wohnort Krefeld iſt der Grund zum Teil der, daß die Geiſtlichkeit gar nicht aus der Schule heraus gemaßregelt worden iſt, ſondern daß ſie den von ihr ſelbſt erteilten Religionsunterricht einfach aufgegeben hat, als ihr unangenehme und mißfallende Anordnungen in der Schule zur Geltung kamen. Da wäre es doch eine eigentümliche Zumutung an die katholiſchen Familienväter geweſen, für mangelhafte Garantien im Sinne der Kirche plädieren zu ſollen, während die Kirche die größte Garantie, die Erteilung des Religionsunterrichts durch die eigenen Prieſter freiwillig aufgegeben hatte. Aber der Hauptgrund, warum die Agitation nicht hat durchdringen können, iſt doch nichts mehr und nichts weniger als das ſtillſchweigende Anerkenntnis der urteilsfähigſten katholiſchen Familienväter, daß unſere Falkſche Volksſchule gut und tüchtig arbeitet, daß ſie Fortſchritte in Bezug auf die Zucht ſowohl, als auch auf den Unterricht nachweiſt, von deren Möglichkeit wir wenige Jahre vorher kaum eine Idee gehabt haben. Die katholiſchen Familienväter kommen alſo zu ganz anderen Erfahrungen, als der Herr Abgeordnete Perger. Nun hat ſchon der Herr Miniſter darauf hingewieſen, daß nach den Früchten die frühere Erziehungsweiſe ſich als wenig vorteilhaft charakteriſiere; ich möchte dem hinzufügen, daß auch die Brutalitätsſtatiſtik unſeres Weſtens ſich faſt nur auf Menſchen bezieht, die vor 1872 die Schule verlaſſen haben. Worin be-

ſtehen denn nun die großen Fortſchritte, die unſere Schulen gemacht haben? Ich muß da eigentlich alles wiederholen, was der Herr Miniſter Ihnen als ſeinen Beſtrebungen entſprechend dargeſtellt hat, während ich Ihnen gleichzeitig ſagen darf, daß dieſe Beſtrebungen bis zu einem gewiſſen Punkte heute ſchon erreicht ſind. Es iſt wirklich ein erhöhtes Streben in unſere Volksſchule gekommen ſeit dem Jahre 1871 und 1872. Die Volksſchule iſt nicht nur anders geworden, wie der Abgeordnete Dauzenberg in dieſen Tagen ſagte, ſondern ſie iſt ſehr viel beſſer geworden, wir haben endlich den Schulzwang, den wir ſo lange nur auf dem Papier beſaßen, durchführen ſehen; wir haben nicht nur von ſeiten des Herrn Miniſters, ſondern aller unſerer Gemeinden im Weſten die größten Aufwendungen machen ſehen, um die Zahl der Schüler in den einzelnen Klaſſen auf etwa die Hälfte zu vermindern gegenüber 10 bis 15 Jahren vorher. Und, meine Herren, wir haben ſogar ſchon Reſultate dieſer Beſtrebungen; es hat ſich ſeit dem Jahre 1874 die Zahl derjenigen Schüler in unſerem Landesteile, in den Städten mindeſtens, ich glaube aber auch auf dem Lande, die das Ziel eines abgeſchloſſenen, tüchtigen Elementarunterrichts gemäß heutigen erhöhten Anforderungen wirklich in der Schule erreicht haben, nach Ausweis der letzten Entlaſſungsprüfungen in dieſem Frühjahr und im Jahre vorher, gegen früher verdoppelt und verdreifacht. Das ſind doch Reſultate, und ich glaube, es würde dem Herrn Miniſter nicht ſchwer werden, durch Rückfragen bei den Schulinſpektoren für meine Behauptung auch den thatſächlichen Beweis zu erbringen.

Meine Herren, geſtatten Sie mir nur noch ein Wort bezüglich der Angriffe, die ſich gegen die Perſon unſeres Herrn Kultusminiſters in dieſen Tagen gerichtet haben. Meine Herren vom Centrum! Ich habe mich nicht gewundert, daß Sie ſo überraſcht geweſen ſind, als der Herr Miniſter vor einigen Wochen mit einer Sicherheit, die wahrlich nichts zu wünſchen übrig ließ, Ihnen zurief, Sie möchten ſich doch nicht der Täuſchung hingeben, daß Sie die Volksſchule in Preußen noch einmal in die Hand bekommen würden. Mich und viele auf

dieſer Seite des Hauſes hat lange nicht eine Äußerung ſo gefreut, meine Herren, als dieſe, und zwar deswegen, weil wir der Anſicht ſind, daß der Herr Miniſter hier für das ganze Land als einen ſicheren Erfolg ſeiner Verwaltung in Anſpruch nahm, was wir in verſchiedenen Landesteilen nach unſeren Erfahrungen als bereits vollzogene Errungenſchaften betrachten. Ich gerade als Rheinländer glaube, daß für uns das Falkſche Regiment nunmehr lange genug gedauert hat, um einer dauernden Nachwirkung ſicher zu ſein — einer Nachwirkung betone ich, denn es iſt dieſem Regiment gelungen, in den Städten, nicht nur in den großen Städten, ſondern auch in den mittleren und kleinen ein Intereſſe für die Volksſchule wachzurufen, von dem man früher keine Ahnung hatte (ſehr richtig!), ein Intereſſe, trotzdem der Herr Abgeordnete Perger, nach ſeinem Kopfſchütteln zu urteilen, es nicht zugeben will, das ſich hauptſächlich darin erweiſt, daß man heute in den Schuletats 50 bis 100 Prozent mehr für die Schulen verzeichnet findet als vor ſechs bis zehn Jahren, ſodaß in den meiſten Städten für die Volksſchulen allein hundert und mehr Prozent der geſamten Klaſſen- und Einkommenſteuer verwendet werden. (Zuruf im Centrum: Ja leider!)

Ihr „leider" meine Herren, kann nur für meine Auffaſſung ſprechen, denn es beweiſt, daß Ihre Beſtrebungen nicht der Volksſchule und ihrem Beſtehen, ſondern Nebenzwecken dienen. (Sehr richtig!)

Meine Herren, das Ziel, das wir ins Auge gefaßt haben im Rheinland und das uns in Bezug auf die Schulfrage in den letzten Jahren zu ſo großen Reſultaten geführt hat, das wird uns auch die Kraft geben, wenn, was ja möglich wäre, noch einmal ein ſo engherziges Syſtem wie unter Mühler ſich auf unſere Schulen wie ein Nebel lagern ſollte, dies zu überdauern; wir würden ihm einen größeren Widerſtand gegenüberſtellen, als dies in früheren Jahren der Fall war.

Nun, meine Herren, habe ich noch einen Punkt zur Erwähnung zu bringen. Der Herr Abgeordnete Dr. Majunke hat neulich in ſeiner unterbrochenen Rede uns gefragt — alſo

die liberale Seite des Hauſes —, ob wir noch nicht zugeſtänden, daß ſämtliche Katholiken Ultramontane ſeien. Meine Herren, das geſtehen wir abſolut nicht zu, und wir können uns ja auch darauf berufen, was die Statiſtik bezüglich dieſer Dinge neuerdings berichtet hat. Ich erinnere nur daran, daß ſelbſt mit dem allgemeinen Wahlrecht des Reichstags von 5 800 000 Wählern nur 1 300 000 klerikal geſtimmt haben, es ſind das 22 Prozent, während die Zahl der Katholiken im Deutſchen Reich 40 Prozent beträgt.

Nun meine Herren, eine Million katholiſcher Bürger des Deutſchen Reiches ſtehen alſo hinter den nicht klerikalen Parteien des Reichstags. Wenn aber die Stimmen nicht bloß gezählt, ſondern auch gewogen werden, dann liefert meine heimiſche Provinz, das Rheinland, den beſten Beweis dafür, wieviel liberale Katholiken wir haben und wie treu wir zu ihnen ſtehen und ſie zu uns. Meine Herren, es haben ſich in den letzten Wochen des vergangenen Jahres die Ergänzungswahlen zu den Stadtverordnetenverſammlungen vollzogen. In Rheinland finden dieſe Ergänzungswahlen alle zwei Jahre ſtatt; es iſt alſo nur der eine Teil der rheiniſchen Städte, auf den ich mich beziehen kann, da im anderen Teil die Wahlen in dieſem Jahre ſtattfinden. In faſt allen dieſen Städten mit überwiegend katholiſcher Bevölkerung, d. h. in denen mindeſtens dreiviertel aller Bürger, meiſtens aber ſiebenachtel oder ein größerer Bruchteil Katholiken ſind, ſind in mindeſtens zwei Klaſſen, meiſt in der erſten und zweiten, häufig aber auch in der dritten Klaſſe die Herren vom Centrum unterlegen. (Hört, hört! links.)

Geſtatten Sie mir, nur einige dieſer Städte zu nennen, wie ich ſie mir zufällig aufgeſchrieben habe: Eſſen, Düſſeldorf, Ehrenfeld, Mühlheim am Rhein, München-Gladbach, Dülken, Rheinbach, Euskirchen, Düren, Stolberg, Koblenz, Boppart, St. Goar. (Ruf im Centrum: Iſt das alles? Heiterkeit.)

Meine Herren, das verbreitetſte Organ der Klerikalen in unſerer Provinz, die „Kölniſche Volkszeitung", hat denn auch ihre höchſte Mißbilligung ausgedrückt über dieſe Zwiſtigkeiten,

wie sie sagt, unter den Katholiken. Ja, meine Herren, diese Zwistigkeiten bestehen eben, und die Schulfrage ist gerade der Angelpunkt dieser verschiedenen Anschauungen in den katholischen Kreisen. Unsere rheinischen liberalen Katholiken sind herzensfroh, daß sie durch die Falksche Schulverwaltung alles das los geworden sind, was die Glaubensgenossen in Belgien und Frankreich gleichfalls über Bord zu werfen, heute als größtes Ziel erstreben. (Sehr richtig! links.)

Sie sind los geworden die Schulbrüder, die Schulschwestern, und eine Menge anderer Dinge, die ich Ihnen, um Sie nicht aufzuhalten, gar nicht nennen will und auch gar nicht zu nennen brauche. Zum Schluß, meine Herren, darf ich sagen, das beste Bindemittel zwischen den liberalen Katholiken unserer Provinz und den Andersgläubigen besteht in der Erkenntnis, daß die Bestrebung der Falkschen Ära bei treuer Pflege konfessioneller Religösität in der Schule — (Widerspruch und Lachen im Centrum.)

— Nun, meine Herren, Sie haben heute erfahren, wie ernst der Herr Minister es gerade mit dieser Pflege nimmt, — (Lachen im Centrum) — bei dieser treuen Pflege die Schule der geistlichen Herrschaft zu entziehen, die Schule dem gemeinsamen Fühlen und Denken aller Staatsbürger dienstbar zu machen, für das Rheinland das richtige und wahre Programm der Zukunft ist. (Lebhaftes Bravo links. Zischen im Centrum.)

Gegenrede des Abgeordneten Dr. Majunke:

Abgeordneter Dr. Majunke: Der Herr Abgeordnete für Krefeld scheint eine neuliche Äußerung von mir ganz mißverstanden zu haben. Wenn ich gesagt habe, daß das katholische Deutschland ultramontan geworden sei, so habe ich das nicht in dem absoluten Sinne gemeint, daß jedes einzelne Individuum, welches katholisch getauft ist, in dem landläufigen Sinne des Wortes ultramontan geworden sei, sondern in dem Sinne, daß die weit überwiegende Majorität unter den deutschen Katholiken ultramontan geworden sei, so zwar, daß der restierende liberale, staats- oder altkatholische Teil so gut wie gar nicht mehr existiert. (Lauter Widerspruch links.)

Meine Herren, Sie ändern nichts an dem Aussehen eines Waldes, wenn Sie eine Anzahl verdorrter Zweige hinausschaffen, und ebensowenig ändern Sie an dem Wesen und der Substanz des deutschen Katholizismus etwas, wenn eine Minderzahl wegfällt. (Ruf: Persönlich!)

Sie haben mich neulich durch Ihre Unterbrechungen Ihnen den Sinn meiner damaligen Worte nicht klarlegen lassen, sonst würde der Abgeordnete für Krefeld vielleicht heute nicht zu einem Mißverständnis verleitet worden sein. Es ist mir aber damals gelungen, wenigstens ein Argument von den beiden Hauptargumenten, die ich zur Erhärtung meiner Behauptung anführen wollte, vorzubringen, und wenn er darauf geachtet hätte, dann hätte der Herr Abgeordnete für Krefeld seine heutigen Bemerkungen sicher unterlassen. Ich wollte Sie seiner Zeit zunächst auf den Zustand in den Staatspfarreien hinweisen, wo es notorisch ist, (Rufe: Persönlich!) daß die betreffenden Staatspfarrer außer ihren Hausgenossen und dem Küster fast niemand in der ganzen Gemeinde hinter sich haben. Das ließen Sie mich neulich eben nicht mehr sagen; aber Folgendes konnte ich noch anführen, und das sollte und müßte der Abgeordnete für Krefeld wissen, ich habe das Resultat der Kirchenvorstandswahlen angeführt und hervorgehoben, daß dieselben zu 99 Prozent im ultramontanen Sinne ausgefallen seien. (Rufe: Persönlich!)

Den restierenden hundertsten Teil überlasse ich nunmehr dem Abgeordneten für Krefeld; mit ihm kann er das Jahrhundert in die Schranken fordern. (Sehr gut! im Centrum.)

Rede vom 17. Januar 1879:

Abgeordneter Seyffardt: Meine Herren! Ich bin dem verehrten Herrn Kollegen Dauzenberg recht dankbar für die Erwähnung, die er einem kleinen Schriftchen von mir, das vor zwei Jahren herausgekommen und „Die katholische Volksschule am Niederrhein unter geistlicher Leitung" betitelt ist, zu Teil werden ließ, und zwar in ähnlicher Weise, wie schon früher in diesem Hause geschehen. Ich bin ihm deswegen dankbar dafür, trotz der persönlichen Spitze gegen mich, auf

die ich nicht näher einzugehen brauche, weil er mir Gelegenheit giebt, kurz darzulegen, in welcher Art die Erwähnungen, die der Herr Kollege Dauzenberg meinem Büchlein hat zu Teil werden laſſen, erfolgt ſind. Als er zuerſt in recht abfälliger Weiſe über dieſes Schriftchen ſprach, forderte ich ihn auf, die thatſächliche Richtigkeit meiner Mitteilungen zu entkräften. Der Herr Abgeordnete hat dann ſpäter geantwortet, er könne das wohl, aber er hat es trotz alledem bisher nicht gethan. Die heutige Bemerkung ſcheint alſo endlich die Unrichtigkeit meiner thatſächlichen Behauptungen klarſtellen zu ſollen, und da muß ich mir erlauben, den von ihm angefeindeten Paſſus dieſes Schriftchens Ihnen kurz vorzutragen, um mit drei Worten zu zeigen, daß er mich unrichtig vielleicht nicht dem Wortlaut, wohl aber dem Sinne nach angegriffen hat. Dieſer Satz lautet:

„Ich habe vorher der relativ beſſern Vorbildung der Lehrer gedacht und der Erfahrung Erwähnung gethan, daß die katholiſchen Lehrer ſich nicht als ſo gefügige Werkzeuge des Ultramontanismus erwieſen hätten, wie nach ihrem Bildungsgang vermutet werden durfte. Man kann wirklich dieſe unzweifelhafte Thatſache als ein ganz beſonderes Verdienſt der Lehrer hervorheben, als einen Tribut, den ſie unter ſchwerer geiſtiger Arbeit dem Genius des 19. Jahrhunderts dargebracht haben. Der preußiſche Staat hat es nicht um ſie verdient, denn er hat bis in die jüngſte Zeit die Bildungsſtätten der Lehrer der Direktion von katholiſchen Geiſtlichen unterſtellt, die vielfach nach einer Vorbereitung von wenigen Wochen als Seminarhoſpitanten für befähigt erachtet wurden, den Sprung vom Kaplan zum Seminardirektor zu machen.“

Wenn es auch richtig ſein ſollte, daß das Wort „Kaplan“ durch „Landpfarrer“ erſetzt werden müßte, ſo glaube ich, daß der Sinn ſo deutlich iſt, daß durch die thatſächliche Berichtigung des Kollegen Dauzenberg gegen meine Broſchüre durchaus nichts erwieſen iſt. (Bravo!)

Gegenrede des Abgeordneten Dauzenberg:

Abgeordneter Dauzenberg: Dem Herrn Kollegen Seyffardt gegenüber wiederhole ich, daß es allerdings einen wesentlichen Unterschied giebt zwischen Kaplan und Landpfarrer, und bleibe ebenso bei meiner frühern Warnung, daß es außerordentlich gefährlich ist, wenn man sich auf ein Gebiet begiebt, von dem man nichts versteht.

In Bezug auf die Broschüre, die hier angezogen ist, muß ich den Herrn dahin rektifizieren, daß ich allerdings, wenn ich nicht irre vor zwei Jahren, ausdrücklich und ganz bestimmt hervorgehoben habe aus seiner Broschüre, was ich als absolut unwahr hinstelle, und es so genau bezeichnet habe, daß er darüber nicht im Zweifel sein konnte, worauf sich diese meine Behauptung bezog. Der Herr hat es für gut befunden, nicht darauf zu reagieren, sondern es bei den Unwahrheiten zu lassen.

Persönliche Bemerkung vom 17. Januar 1879:

Der Herr Abgeordnete Roeckerath scheint seinen Fraktionsgenossen, den Herrn Abgeordneten Dauzenberg, an Liebenswürdigkeiten mir gegenüber überbieten zu wollen, denn die kleine Bemerkung, daß meine vorgestrige Rede gehässig gegen das Centrum gewesen sei, darf ich ihm nicht zu hoch anrechnen, da meine Freunde auf dieser Seite (links) des Hauses von solcher Gehässigkeit nichts gemerkt haben. Liebenswürdig, meine Herren, darf ich es wohl nennen, wenn der Herr Abgeordnete einem einfachen Bandwirker — damit bin ich gemeint — einen maßgebenden Einfluß in Bezug auf die Volksschulangelegenheiten einer Stadt von 70 000 Einwohnern einräumt, insoweit eine so gewaltige Überschätzung des Einflusses und der Wirksamkeit eines Menschen nicht über die Liebenswürdigkeit hinausgeht. Das ist allerdings richtig, wir verdanken dem Herrn Kultusminister, daß er der Selbstverwaltung in Schulangelegenheiten eine Stimme verschafft hat, die die katholische Hierarchie ihr nie zugestanden hat und nie zugestehen würde. Es ist jeder Schulverwaltung .... (Rufe: Persönlich!)

Präſident: Das iſt nicht perſönlich, Herr Abgeordneter Seyffardt.

Abgeordneter Seyffardt: Daß die Bäume dieſer Selbſtverwaltung nicht in den Himmel wachſen, dafür wird wohl das preußiſche Schulaufſichtsgeſetz ſorgen.

Gegenbemerkung des Abgeordneten Dr. Röckerath:

„Was nun die Worte des Abgeordneten Seyffardt betrifft, ſo muß ich in der That die Art und Weiſe, wie er vorgeſtern ſo ſchwerwiegende Vorwürfe bezüglich des Volksſchulweſens gegen meine Partei geſchleudert hat, als gehäſſig bezeichnen. Wenn er ſagt: die Löffelfabrikanten, Strumpfwirker, Bandwirker, Mehlhändler, welche bezüglich des Volksſchulweſens das große Wort haben wollen, ſind auch keine Freundlichkeit, indem er ſich ſelber mit dem Bandwirker gemeint fühlt, ſo nehme ich keinen Anſtand zu erklären, daß ich die Vertreter dieſer Berufszweige als ſehr ehrenwerte Männer achte, nur wünſche ich nicht, daß ſie ſich auf das Gebiet des Volksſchulweſens begeben, von dem ſie nichts verſtehen.“

Rede vom 21. Januar 1879:

„Wenn ich Sie bitte, mir für einige Augenblicke Aufmerkſamkeit zu ſchenken, ſo geſchieht es, um meine Freude auszudrücken über den Umſchwung, der in den Anſchauungen der maßgebenden Stelle ſeit einiger Zeit bezüglich des techniſchen Unterrichtsweſens eingetreten iſt. Mir erſcheint dieſer Umſchwung als ein Fortſchritt, der weit über die Bedeutung dieſes Zweiges des Unterrichtsweſens hinausgeht, indem mehr, als es ſonſt bei uns der Fall zu ſein pflegt, dem Kern aller Unterrichtsfragen näher getreten und erörtert wird: welche Erziehung, welche Bildung iſt wohl die geeignetſte für einen ganz beſtimmten Beruf, hier alſo für das gewerbliche Fach. Ich habe nach dieſem Vorgang die Hoffnung, daß das Unterrichtsminiſterium in ähnlicher Weiſe nach dem Grundſatze „Eines ſchickt ſich nicht für alle“ und nach dem ferneren Grundſatze „der Teilung der Arbeit“ weiter unterſuchen werde, welche Änderungen in unſerem Unterrichtsweſen ſich empfehlen

dürften. Ich will nur erinnern an das Realgymnasium und die Forderung, daß seine Abiturienten auch zum Studium der Medizin zugelassen werden. Vor allem will ich aber hervorheben, daß das Bedürfnis nach einem durch unser ganzes Land verbreiteten System von Mittelschulen, durch welche unsere Gymnasien und Realschulen von dem Ballast solcher Schüler befreit werden, die von den mittleren Klassen abgehen, endlich in der Art seine Befriedigung finden möchte, daß die dazu nötigen Voraussetzungen geschaffen werden. Der Herr Minister ist infolge eingehender Prüfung der Frage einerseits zu der Erkenntnis gekommen, daß unsere Gewerbeschulen in einem viel höheren Maße als bisher den gewerblichen Interessen unserer Nation dienstbar gemacht werden können; und andererseits, daß das, was unzweifelhaft die mit uns konkurrierenden Nationen auf dem Gebiete der Technik und des Gewerbes vor uns voraushaben, mit Bildungsanstalten zusammenhängt, die bei uns kaum dem Namen nach bekannt sind, mit Fachschulen und Lehrwerkstätten. Ich will die erste Konsequenz, zu der der Herr Minister in der Verfolgung der Behandlung des Gegenstandes gekommen ist, nur ganz flüchtig berühren, diejenige der Gründung neunklassiger Schulen für die auf unseren technischen Hochschulen Studierenden. Es hat ja schon der Herr Referent die Sache ziemlich erschöpft, und es werden noch weitere Redner, die ich in der Rednerliste verzeichnet sehe, in sachkundiger Weise auf diesen Gegenstand zurückkommen. Mit der Idee werden sich unzweifelhaft alle diejenigen einverstanden erklären, die, obwohl sie nicht zugestehen, daß irgend eine andere allgemeine Bildung der klassischen gleichwertig sei, doch damit einverstanden sind, daß es ein großer Fortschritt ist, wenn unsere Techniker durchgehends ein bis zwei Jahre mehr Vorbereitung haben als bisher. Ein anderer Punkt, auf den die Denkschrift besonders Wert legt, ist die Unterscheidung zwischen der allgemeinen Bildung, die derjenige auf den Gewerbeschulen erringen soll, der sich für das einjährige Dienstexamen vorbereitet, im Gegensatz zu demjenigen, der die neun Klassen durchmachen will, um dadurch die Berechtigung zum

Studium an dem Polytechnikum zu gewinnen. Meine Herren, es ist bedeutsam, daß auf diese Weise, indem für die Gewerbeschulen der Zukunft eine Trennung der beiden Ziele als notwendig hingestellt wird, damit angedeutet ist, daß ein großer Teil unserer Schulen eigentlich in dieser Beziehung nicht den idealen Anforderungen entspricht, indem er gleichzeitig beiden Zielen dienstbar gemacht wird. Sowohl unsere Gymnasien als Realschulen müssen ja auch einen minderen Abschluß mit der vollendeten Untersekunda in Aussicht nehmen. Also mit der Tendenz der Scheidung der Gewerbeschulen in zwei Kategorien bin ich in hohem Grade einverstanden. Ich habe nur das Bedenken, daß praktisch nicht erreicht werde, was die Staatsregierung in Aussicht nimmt. Meine Herren, von den bestehenden neunzehn Gewerbeschulen werden unzweifelhaft diejenigen zwölf, welche schon heute ein System von Vorschulen haben, sich für den neunklassigen Kursus entscheiden. Die anderen sieben werden sich vielleicht für den Anfang auf die Vorbereitung für den sogenannten Techniker mittleren Ranges beschränken, aber mit dem Hintergedanken, sobald irgend die Mittel nur beschafft werden können, sich auch zu der höheren neunklassigen Stufe zu erheben. So dürfte trotz der guten Absicht der Staatsregierung das Bedürfnis nach einer gedeihlichen Vorbildung für den Techniker mittleren Ranges ebensowenig Befriedigung finden, wie das Bedürfnis nach Mittelschulen überhaupt wegen der Konkurrenz der Gymnasien und Realschulen bisher nicht zur vollen Geltung hat gelangen können. Es wird daher eines weiteren Fortschrittes bedürfen, ehe es möglich sein wird, daß das Bedürfnis einer technischen Vorbildung der mittleren Schichten gedeckt wird, es wird der Erkenntnis im Unterrichtsministerium bedürfen, daß nicht eher Mittelschulen in größerer Zahl in Preußen erstehen können, als bis der an ihnen lehrende, akademisch oder polytechnisch gebildete Lehrer vollständig gleichgestellt wird mit dem Lehrer an der neunklassigen Schule, in ähnlicher Weise, wie ja der Amtsrichter in den neuen Justizgesetzen mit dem Richter an den Landgerichten gleichgestellt worden ist.

Meine Herren, indem dieſe Reorganiſation eintritt, fällt mit der veränderten Beſtimmung der Gewerbeſchulen die Fachſchule mit wenigen anerkennenswerten Ausnahmen in das Freie. Es iſt nun das Verdienſt des dritten Abſchnitts der Denkſchrift, klar zu ſtellen, in welcher Weiſe dieſe Fachſchulen, die doch nach den Erfahrungen unſerer Nachbarn, der Franzoſen und Öſterreicher, eine ſehr große Bedeutung haben, in der Zukunft organiſiert werden ſollen.

Jeder, der nur einigermaßen Gelegenheit gehabt hat, dieſe Fachſchulen des Auslandes zu ſehen oder die allerdings etwas magere Litteratur darüber zu befragen, wird mit großer Anerkennung den Ausführungen der Denkſchrift gefolgt ſein. Aber, meine Herren, ich glaube, auch demjenigen, der der Sache ferner ſteht, wird der Eindruck geworden ſein, daß, wenn es überhaupt für die notleidende Induſtrie eine Staatshilfe geben ſoll, die beſte Staatshilfe in der Gründung ſolcher Fachſchulen beſteht.

Meine Herren, die Denkſchrift verſteht es auch in ſehr zutreffender Weiſe, der Aufgabe der Fachſchulen die praktiſchen Ziele zu ſtellen. Die Fachſchule ſoll hinfüro anknüpfen an den vollendeten Bildungsgang der Volksſchule, der ſechs- oder neunklaſſigen Gewerbeſchule; je vielſeitiger ſie ſich bei uns entwickelt, um ſo beſſer, denn ſie ſoll ſpecialiſieren, ſie ſoll je nach lokalem Bedürfnis hier mehr dem einfachen handwerksmäßigen, dort dem kunſtgewerblichen Betriebe dienen. Nur dann wird ſie allerdings dem angehenden Handwerker die Privatwerkſtätte erſetzen können, wenn ſolche Lehrwerkſtätten, wie ſie in Frankreich in ausgedehntem Maße beſtehen, bei uns errichtet werden. Aber auch ohne Lehrwerkſtätten werden die Schüler der Fachſchulen ſich geeignet erweiſen, durch die ihnen zu teil werdende beſſere Vorbildung bei ihrem Eintritt ins Leben auf ihre Genoſſen anregend einzuwirken. Das höhere Maß des Könnens wird die Luſt an guter Leiſtung erheblich fördern und denjenigen, die aus der Fachſchule hervorgehen, eine Vorzugsſtellung unter den Berufsgenoſſen zu ſchaffen vermögen.

Ich faſſe meine Anſicht über die Denkſchrift dahin zuſammen, daß ich mit lebhafter Freude die veränderte Anſchauung begrüße, die an maßgebender Stelle ſich herausgebildet und hiſtoriſch entwickelt hat, und ich hege die Überzeugung, daß dieſelbe Freude in den weiteſten Kreiſen der Gewerbetreibenden in unſerem Vaterlande empfunden wird."

Rede vom 11. Februar 1880:

„Die Ausführungen, mit denen der geehrte Herr Abgeordnete Perger geſtern die ſo wichtigen Verhandlungen über das Volksſchulweſen eröffnete, waren ſo durchgreifend theoretiſcher Natur, daß Sie von mir, einem Laien im Schulweſen, gewiß keine eingehende Erwiderung erwarten können. Überſetze ich die Sprache des geehrten Herrn in die Sprache des politiſchen Lebens, frage ich mich, warum der Herr Abgeordnete Dr. Perger dieſe ſo ganz in das Detail gehende Illuſtrierung der Bedeutung der chriſtlichen Grundlagen des Volksſchulweſens uns vorgeführt hat, ſo muß ich in ſeinen Betrachtungen den Ausdruck eines tief inneren Gegenſatzes mit all' den Ideen, die heute als maßgebend in Bezug auf das Volksſchulweſen exiſtieren, erblicken. Iſt doch der Ausgangspunkt aller ſeiner Ausführungen immer der Gedanke, daß das Falkſche Syſtem ſich die Beeinträchtigung der chriſtlichen Grundlage des Volksſchulweſens habe zu Schulden kommen laſſen.

Wie ſehr ich nun auch anzuerkennen geneigt bin, daß er ein Recht hat, nicht angenehmer Stimmung zu ſein über alles, was in den letzten Jahren paſſiert iſt, — das Recht muß ich ihm beſtreiten, gerade nach der Seite der Wahrung des chriſtlichen Charakters der Schule das Falkſche Syſtem anzugreifen: denn da beſitzt dies einen Panzer, der undurchdringlich iſt, den niemand irgendwie zu durchbrechen vermag. Würden die Herren nicht beſſer thun, dieſe Art, uns und unſere Anſchauungen anzugreifen, wie ſie immer wiederkehrt, lieber zu unterlaſſen? Sie zwingen uns ja, tagtäglich aufs neue den Proteſt auszuſprechen, als wenn irgendwie auf unſerer Seite die Abſicht beſtände, die chriſtliche Grundlage des Volkslebens auch nur anzutaſten. Wäre es nicht viel richtiger, wenn Sie

der Wahrheit die volle und ganze Ehre gäben und als Grund der Angriffe, die Sie auf Falk und sein System jeden Tag im Munde führen, nicht die unbewiesene Schädigung der christlichen Grundlage, sondern die stattgehabte Beseitigung der priesterlichen Benutzung der Volksschulen zu Zwecken der eigenen Macht und Herrschaft entgegen den Interessen des Staates bezeichneten? (Lachen im Centrum.)

Meine Herren, ich stehe mit dem Abgeordneten Platen, der dieser Tage, ganz in ähnlicher Weise wie ich, seine Verwahrung ausgesprochen hat, auf dem Standpunkt, daß das biblische Wort: ‚An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen,' auch heute noch in voller Geltung ist. Und da frage ich Sie: was hat denn die alte katholische Volksschule, die Sie wieder herstellen wollen, geleistet? Sieben Jahre haben wir uns eingehend bei den Beratungen des Elementarschulwesens gerade mit der Frage beschäftigt, und, meine Herren, das Resumé aller dieser Verhandlungen ist doch das gewesen, daß alle Parteien dieses Hauses, mit Ausnahme des Centrums und ich glaube eines Fünf- oder Siebengestirnes von Altkonservativen, darin übereinstimmten, daß die geistlichen Inspektoren, solange sie die Herren der Schule waren, — anerkennen will ich dabei gern viele und große Verdienste im einzelnen —, im großen und ganzen nicht dem steigenden Bedürfnisse der Volksschule im 19. Jahrhundert genüge geleistet haben, daß sie vor allen Dingen eine Seite des Volksschulwesens, die Pflege des Nationalbewußtseins, ganz vernachlässigt haben. (Lachen und Widerspruch im Centrum.)

Meine Herren, die Autoritäten, auf die wir auf dieser Seite des Hauses und die damalige Majorität sich bei dieser Beurteilung gestützt haben, werden ja wohl schwerlich vor der heutigen Mehrheit Gnade finden. Gestatten Sie mir daher, mich auf eine Autorität zu beziehen, die auf der rechten Seite des Hauses ganz gewiß anerkannt werden wird, auf den Herrn Fürsten Reichskanzler, und aus dem Material, das ich mir ausgezogen habe, nur einen einzigen kleinen Satz zu citieren. Noch am 30. November 1874 beschuldigte im Reichstage Fürst

Bismarck der Mitschuld an der unerfreulichen Entwickelung der Dinge in den katholischen Landesteilen die Art von Schulunterricht, die bisher dort stattfand, und an der viele Elemente teilnahmen und Einfluß übten, die zum Zwecke der Herrschaft ein Interesse hatten — er wolle nicht sagen, an der Verdummung der Jugend — aber doch daran, daß sie nicht zu klug werde. (Hört! hört!)

Daß damit die geistlichen Lokal- und Kreisschulinspektoren gemeint, das brauche ich wohl kaum anzuführen. Meine Herren, wenn ich dann noch an die Rede des Herrn Fürsten Reichskanzler vom 16. April 1875 in diesem Hause erinnere, an die Rede, in der er seine Freude darüber aussprach, die Aggression, die er bisher wider Willen habe selbst betreiben müssen, nun aufgeben und sich in die Defensive zurückziehen zu können, in Zukunft aber die Aggression der Schulbildung mehr als der Politik zu überlassen, dann, glaube ich, haben Sie ein vollgültiges Urteil, wie der Fürst Reichskanzler in Bezug auf die Frage des Volksschulunterrichts in den katholischen Landesteilen gedacht hat. Dieses Urteil, meine Herren, war nicht das Ergebnis augenblicklicher zornmütiger Erregung, es war im Gegenteil das Ergebnis ernster Erfahrung, die sich ihm namentlich aufgedrängt hatte bei Beleuchtung der Wirksamkeit der katholischen Abteilung, der Ausdruck gewonnener Überzeugung. Fürst Bismarck hat von diesen Beschuldigungen nie ein Wort zurückgenommen und, meine Herren, er hätte es auch nicht gekonnt, denn sie beruhen auf einer richtigen Beurteilung faktisch bestandener Verhältnisse; sonst würden auch wir auf dieser Seite des Hauses durch Pflicht und Gewissen genötigt gewesen sein, die daraus zur Reform der Schule gezogenen Folgerungen Hand in Hand mit der Centrumspartei zu bekämpfen.

Meine Herren, der Herr Fürst Reichskanzler hat aber mit seinem Urteil denen, die in praktischer Arbeit dem Schulwesen meiner Heimat ihre Aufmerksamkeit geschenkt haben, vollständig aus dem Herzen gesprochen. Die Resultate der Reform seit dem Eintritt des Herrn Ministers Dr. Falk sind

nun in hohem Grade in die Augen springend. Wie haben Staat und Gemeinde gewetteifert, dem Schulwesen die erforderlichen Mittel zuzuführen! Wie haben wir neue Klassen, neue Schulen erbauen sehen! Wie sind die Schullehrergehälter erhöht worden! Wie ist die Disciplin gefördert, die Durchführung des Schulzwangs ermöglicht worden! Meine Herren, man müßte geradezu eine Broschüre reden, wenn man alle die außerordentlichen Fortschritte, die das Volksschulwesen gemacht hat, zur Erkenntnis bringen wollte. Nicht nur den Rahmen des Systems hat das Falksche Regime herzustellen gewußt, es hat den Rahmen auch bereits durch Leistungen, die den Kindern zu gute gekommen sind, auszufüllen verstanden. Denn die Zahl der Kinder, die die erhöhten Ziele, die der Volksschule gesetzt sind — Ziele, die in keiner Weise die Bedürfnisse des gemeinen Mannes in unserer Zeit übersteigen —, auch wirklich erreichen, ist von Jahr zu Jahr in erfreulichem Wachsen begriffen.

Meine Herren, ich beabsichtige nicht, eine Ruhmrede auf das Falksche System zu halten, nur gegenüber den Äußerungen des Abgeordneten Perger, der, wenn man ihm gefolgt ist, eigentlich klar ausgesprochen hat, daß wir aus einem guten System der Vergangenheit in ein schlechtes System der Gegenwart hinübergetreten sind, hat mich dazu gebracht, meine mit der Art des Falkschen Systems und Schulleitung durchaus übereinstimmenden Anschauungen vorzutragen.

Weshalb ich mich zum Wort gemeldet habe, das ist, weil ich noch einmal auf die principielle Seite der Simultanschulfrage zurückkommen wollte. Meine Herren, Sie werden das sehr erklärlich finden, wenn Sie sich in Erinnerung zurückrufen wollen, daß bei der Elbinger Debatte die Diskussion vorschnell zum Abschluß gebracht wurde, und daß die vollständige Verneinung der Berechtigung der Simultanschule wie sie von den Rednern der Majorität beliebt wurde, keine erschöpfende, die Äußerung des letzten Herrn Redners — und des einzigen vom Centrum —, des Herrn Dr. Roeckerath, dagegen gar keine Erwiderung gefunden hat.

Meine Herren, auch in der Simultanſchulfrage exiſtieren in den weiteſten Kreiſen die verkehrteſten Ideen, man thut den Simultanſchulen in den weiteſten Kreiſen Unrecht, in derſelben Art wie der Abgeordnete Preger es der konfeſſionellen, ſogenannten Falkſchen Volksſchule thut. Ich behaupte, es ſind dieſe beiden Formen Früchte desſelben Baumes und eines guten Baumes. Es iſt kein praktiſcher Unterſchied zwiſchen einer wohlgeleiteten Simultanſchule und einer wohlgeordneten und wohlgeleiteten katholiſchen reſp. evangeliſchen Volksſchule unſeres heutigen Syſtems. Wollen Sie einen Unterſchied haben zwiſchen der Simultanſchule und der konfeſſionellen Schule, ſo müſſen Sie notwendig zurückgreifen auf die Formen der Vergangenheit, die konfeſſionellen Schulen, die wir zwiſchen 1848 und 1870 gekannt haben, oder Sie müſſen denken an die konfeſſionelle Schule der Zukunft, wie Sie ſie in den Blättern der Centrumspartei mit großem Behagen und mit leuchtenden Farben als das Ziel hingeſtellt ſehen, — die Schule, in der die Kirche nicht nur den faktiſchen Beſitz wie vordem, ſondern auch den rechtlichen Beſitz hat. Das wiſſen die Herren vom Centrum ja auch ganz wohl. Sie werden erleben, daß aus den 382 Orten, in denen heute Simultanſchulen exiſtieren, Petitionen um deren Aufhebung bei dem Kultusminiſter einlaufen. Wo ein katholiſcher Prieſter am Orte iſt, iſt unzweifelhaft dafür geſorgt, daß eine ſolche zu ſtande gebracht wird. Iſt man dann allen Simultanſchulen ans Leben gegangen, wird man unausbleiblich die Forderung erheben, von der Falkſchen Volksſchule keinen Stein auf dem andern zu laſſen. Meine Herren, ich bin ein großer Freund der Simultanſchule, aber ich bin kein Fanatiker für dieſelbe; ich will gerne zugeben, daß es Verhältniſſe geben kann, wo es fraglich iſt, ob durch Errichtung einer Simultanſchule ein Fortſchritt erzielt wird. Aber, wo nach reiflichem Ermeſſen die Träger der Schullaſten, diejenigen, die die Verantwortung für die Entwickelung des Schulweſens haben, ſich für die paritätiſche Schule einſtimmig oder faſt einſtimmig entſcheiden, oder aber, wo durch ſie gewiſſermaßen nur eine Wieder-

herstellung guter alter Tradition stattfindet, da glaube ich, hat die Simultanschule, die doch nur eine doppelt-konfessionelle Schule ist, volle und gleiche Berechtigung mit der einfach-konfessionellen Schule.

Meine Herren, ein solcher Ort ist mein Wohnort Krefeld (Rufe: Aha!), ja, meine Herren, ich wußte wohl, daß Sie meine Äußerungen mit einem „Aha" begleiten werden, denn es vergeht ja kaum ein Tag zu den Zeiten, wo es sich um Schulfragen handelt, wo nicht auf diese Krefelder Schulen exemplifiziert wird und Anschuldigungen gegen sie erhoben werden. (Sehr richtig! im Centrum.)

Meine Herren, darum wollte ich das Hohe Haus um Nachsicht bitten, mir zu gestatten, auf diese Schulen, die von dem Unterstaatssekretär v. Goßler seiner Zeit in der Verhandlung dieses Hauses als die signifikantesten für die Entwickelung des Simultanschulwesens bezeichnet sind, näher einzugehen. Meine Herren, Eins hat mich eigentümlich angemutet bei den damaligen Verhandlungen. Ich habe gar nicht begreifen, nicht fassen können, wie Männer, die ohne Vorurteil an die Simultanschule heranzutreten die Absicht gehabt hätten, so abfällig sich äußern könnten, wie das die Herren von der Majorität damals für gut befunden haben. Ich bin aber, als ich mir die Sache näher überlegte, zu der für mich fast positiven Überzeugung gekommen, daß von allen den Herren nie einer eine Simultanschule gesehen, nie einer eine solche betreten hat (Heiterkeit!), nie einer dem Unterrichte in ihr gefolgt ist. Herr Stöcker hat es ja offen ausgesprochen, daß seine Kenntnis der Simultanschule allein auf Kenntnis des Lehrganges in einer simultanen, höheren Töchterschule beruhe, und doch, meine Herren, genieren sich die verehrten Herren Kollegen nicht, von der Höhe ihres theologischen Standpunktes aus den Bannstrahl auf die ganze Institution zu werfen. Sie gehen gegen die Institution los wie der Stier gegen das rote Tuch (Große Heiterkeit!), ganz unbekümmert darum, wie denn Ihr Schreckbild von der Simultanschule mit dem wirklichen Leben übereinstimmt.

Meine Herren, Sie beanstanden diesen meinen Ausdruck — ja was ist es denn anderes als ein Losgehen gegen das rote Tuch, wenn Herr v. Kröcher neulich beim Feld- und Forstpolizeigesetze die ungetauften Heiden, die nicht kirchlich eingesegneten Ehen Entsprossenen, die Pilz- und Beerensucher und alle möglichen Vagabonden der Zukunft mit der Simultanschule in logische Verbindung gebracht hat. (Heiterkeit!)

Er hat dabei wahrscheinlich ganz außer Acht gelassen, daß in den Landesteilen im fernen Westen und Osten, wo Simultanschulen gegründet sind, von einem Nichttaufenlassen der Kinder, von einem Verzicht auf den kirchlichen Segen der Ehe nicht die Rede ist. Die Ausnahmen sind so unbedeutend, daß sie gar nicht in Betracht kommen.

Meine Herren, ich nehme also an, daß Sie die Freundlichkeit haben, mir zu gestatten, gerade an dem Beispiel der oft erwähnten Krefelder Schulen zu zeigen, daß die Vorwürfe gegen die Simultanschulen, als ob sie mit einer besonderen Bosheit gegen den Konfessionalismus gerichtet wären, in keiner Weise begründet sind. Die Simultanschulen existieren bei uns in Krefeld bereits seit mehreren Jahren; sie finden dort neben 13 paritätischen Schulen mit 87 Klassen und 5407 Schülern 14 konfessionelle Schulen mit 51 Klassen und 3242 Kindern. Die einen wie die anderen sind mir durch jährlich wiederkehrende Teilnahme an den Revisionen und den Schulprüfungen wohl bekannt. Da muß ich nun konstatieren, daß ein Unterschied in der Behandlung des Religionsunterrichts in den beiden Arten von Schulen weder bei den Protestanten noch bei den Katholiken bemerkbar ist, daß ein Vorzug der konfessionellen Schulen vor den paritätischen durch die Ermöglichung einer intensiveren Wirksamkeit des Religionsunterrichtes auf die Erziehung, oder eine Beeinflussung der übrigen Lehrgegenstände durch konfessionelle Besonderheiten weder mir — ich gebe zu, das bedeutet ja wenig (Sehr richtig! im Centrum. Heiterkeit.) noch den verschiedenen Regierungsschulräten, die den Revisionen beiwohnten, vor die Augen getreten ist. Nie hat einer der Herren nach dieser Richtung hin eine Be-

merkung gemacht. Meine Herren, die Erfahrung aber darf ich daraus entnehmen, wie recht Herr v. Sybel neulich hatte, als er es aussprach, daß das wirklich erziehliche Moment nicht in den Unterscheidungsformeln, sondern in dem allen christlichen Konfessionen Gemeinsamen liegt. (Sehr richtig! links.)

Wollen Sie aber einen Unterschied zwischen den beiden Arten von Schulen machen, so kann ich ihn nur zu Gunsten der paritätischen konstatieren. In ihnen gewinnen die Kinder ohne besondere Belehrung durch den einfachen Augenschein, durch die Teilnahme an den Leiden und Freuden des gemeinsamen Schullebens eine Grundlage zu echt christlicher Toleranz, wie wir sie nicht schöner wünschen und in unserer Zeit, wo die Konfessionen sich an den verschiedenen Orten mehr und mehr mischen, gar nicht entbehren können. (Unruhe im Centrum.)

Das ist eben der Grund meines lebhaften Interesses für die Simultanschulen. Ich bin jedesmal hoch erfreut, wenn ich gewahr werde, wie die Kinder ihr religiöses Bedürfnis nicht allein an die streitende Kirche, sondern auch an den uns allen gemeinsamen Gott der Liebe anknüpfen. (Sehr richtig!) (Lachen im Centrum!)

Nun werden wir häufig gefragt: warum denn gerade bei uns diese Lust, Simultanschulen zu gründen, erwacht sei, was das für eine Bewandtnis habe, ob wir ganz speciell gegen den Konfessionalismus eingenommen wären. Meine Herren, diese bei uns gegründeten, die Genehmigung der Staatsregierung besitzenden Schulen, haben die Bedeutung, daß damit eine alte lokale, aber auch gleichzeitig gut preußische Tradition wieder ins Leben gerufen worden ist. Die Sache verhält sich folgendermaßen. Krefeld mit der Grafschaft Mörs gehört zu den ältesten Besitzungen der preußischen Krone am Niederrhein. (Zuruf: Seit wann?) — Seit wann? Seit 1702 aus der oranischen Erbschaft, Herr Kollege, und erfreut sich seit der Einverleibung, Dank den bewährten Principien der Hohenzollern, voller und ganzer Gewissensfreiheit, in erfreulichem Gegensatz zu den benachbarten geistlichen Territorien. Ihrer Religion wegen Verfolgte fanden Schutz in ihrem Weichbilde,

unter anderen bei Beginn des vorigen Jahrhunderts eine große Anzahl niederländiſcher Mennoniten. Dieſe brachten mit ſich das Gewerbe der Seidenweberei, welches unter Friedrich dem Großen ſchon zu großem Aufſchwung kam und die Grundlage zur Proſperität der Stadt geworden iſt.

Die Toleranz war die Fahne, unter der ſich die Bürger zuſammenſcharten, das Einvernehmen unter den Konfeſſionen war ungetrübt, das Schulweſen blieb bis weit in dies Jahrhundert hinein faktiſch ſimultan. Da war es wirklich eine Wiederaufnahme der alten Tradition, daß im Jahre 1875 von der Stadtverordnetenverſammlung beſchloſſen wurde, zur Ausgleichung entſtandener Mißhelligkeiten die Simultanſchulen im Princip einzuführen, und zwar mit denjenigen Stadtteilen zu beginnen, in denen das Bedürfnis am meiſten hervorgetreten war. Im Jahre 1876 wurden dieſe Schulen denn auch eröffnet, nachdem die von der Regierung zu Düſſeldorf, an deren Spitze damals der jetzige Herr Finanzminiſter Bitter ſtand, verlangten pädagogiſchen Fortſchritte durch Übergang zum Siebenklaſſenſyſtem nachgewieſen worden. Den katholiſchen Unterricht übernahmen auf Wunſch der ſtädtiſchen Behörden die katholiſchen Geiſtlichen. Es hatten die ſtädtiſchen Behörden ſich, entgegen dem damals in unſeren Landesteilen allgemein beſtandenen Verhältnis, daß die Geiſtlichkeit vom Religionsunterricht ausgeſchloſſen war, ſpeciell dafür ausgeſprochen, daß das Äußerſte gethan werden möge, um die brüderliche Mitwirkung der Geiſtlichkeit in der Art, wie Herr v. Puttkamer ſie wünſcht, der Schule zu erhalten. Länger als ein Jahr hat die Geiſtlichkeit denn auch mit Eifer und Liebe dem Religionsunterricht obgelegen; ſie hat während dieſer Zeit ſich die vorſchriftsmäßige Reviſion und die Anweſenheit des ſtädtiſchen Schulinſpektors bei den Prüfungen gefallen laſſen. Sie ſehen alſo, meine Herren, daß damals noch kein non possumus gegenüber der Simultanſchule beſtand.

Am 15. Oktober 1877 änderte ſich die Scene; da erfolgte von der geſamten Geiſtlichkeit die Anzeige, daß ſie nicht geneigt ſei, ferner den ſchulplanmäßigen Religionsunterricht zu

erteilen, da ihr Gewiſſen ihr nicht länger erlaube, ſich der Anſchauung auszuſetzen, als wenn ſie den Religionsunterricht im Auftrage des Staats erteile, andrerſeits, als wenn ſie ſich mit dem Gedanken der Simultanſchule irgendwie verſöhnen könne.

Nun, meine Herren, nachdem bei der Geiſtlichkeit das Gewiſſen neu erwacht war, mußte es auch bei der Konfeſſionsgenoſſenſchaft in Aufruhr gebracht werden, um den Anſchein zu erzeugen, als wenn die neue Oppoſition nicht etwa, wie wirklich der Fall war, auf Grund der Weiſung von höherer geiſtlicher Stelle entſpringe, ſondern als wenn ſie ein Ausdruck ſei des Herzensbedürfniſſes der katholiſchen Bevölkerung, des Rechts, das die Eltern ſich in Bezug auf die Schulerziehung ihrer Kinder nicht wollen nehmen laſſen. Meine Herren, wie nun zu dieſem Behuf unter lebhafter Beteiligung der Geiſtlichkeit ein Komitee eingerichtet wurde, das ſich zur Aufgabe ſtellte, die Bürger aufzufordern, durch ihre Kinder die Lehrer überwachen zu laſſen, das iſt ein Gegenſtand, den ich nur möglichſt kurz behandeln will. Dies Komitee ſcheute ſich nicht, nach erfolgten Anzeigen die Kinder förmlich zu inquirieren und ihnen Vorſchriften zu machen für ſpätere regierungsſeitige Unterſuchungen. Da haben Sie, meine Herren, das vollſtändige Spioniersſyſtem, das dem Deutſchen Verein fälſchlich in die Schuhe geſchoben wird, angewandt von der katholiſchen Geiſtlichkeit und ihren Anhängern. (Oho! im Centrum.)

Nun, meine Herren, wie leicht es iſt, in die Kinder etwas hineinzulegen, was ſie nachher ſelbſt glauben, das haben die gerichtlichen Verhandlungen über den Marpinger Schwindel gezeigt. Wie leicht alſo in dieſem ſpeciellen Falle es möglich war, etwaige hinterbrachte Äußerungen der Lehrer in einen verfänglichen Zuſammenhang zu bringen, ohne daß die Kinder die weſentliche Veränderung des Sinnes merkten, das brauche ich wohl nicht auszuführen. Der Zweck aber aller dieſer Veranſtaltungen iſt ganz mißlungen. Es iſt nicht möglich geweſen, an den konſtatierten Beiſpielen die Verderblichkeit der Simultanſchule klarzulegen; denn, meine Herren, was wollen

die vier oder fünf Fälle von Taktlosigkeit, die man auf Aussagen der Kinder hin sofort in die weiteste Öffentlichkeit mit Überspringung der Beschwerde bei der nächstvorgesetzten Schulinstanz verbreitet hat, beweisen bei mehrjähriger Schulthätigkeit auf einem so ausgedehnten Gebiet? Gern geneigt sind die Freunde der konfessionellen Schule, die gerade dort, man kann sagen, fast täglich vorkommenden Fälle der Taktlosigkeit gegen Andersgläubige dadurch zu entschuldigen, daß man sie dem etwas zu scharf ausgesprochenen konfessionellen Bewußtsein des Lehrers zuschiebt, und doch werden diesen Schulen Tausende und aber Tausende von Kindern der an den betreffenden Orten befindlichen religiösen Minoritäten zugewiesen. Ist es dann aber solcher Nachsicht gegenüber billig und recht, wenn man die wenigen, ganz vereinzelt an Simultanschulen vorkommenden ähnlichen Dinge als Sünden gegen den Geist der Gewissensfreiheit bezeichnet? Meine Herren, wenn Sie gerecht sein wollen, werden Sie zugeben, daß der Minister wohl thun wird, wenn er die Aufgabe, den Minoritäten gerecht zu werden, auch nach der Richtung zur Erscheinung kommen läßt, daß er den Simultanschulen nicht ein religiöses Vorurteil, sondern ein offenes, wenn auch kritisches, Vertrauen entgegenbringt.

Aus meinen Darlegungen haben Sie erfahren, daß es ein ganzes Jahr gedauert hat, bis die katholische Geistlichkeit zu der Erkenntnis gekommen war, wie sie sich der Simultanschule gegenüber stellen solle. Es geschah im Anschluß an die Beschlüsse der sogenannten Katholikenversammlungen, die damals in besonders scharfer Weise vorzugehen sich zur Aufgabe stellten. Es war den Herren klar geworden, daß allerdings die Simultanschule eine bedeutungsvolle Etappe in dem Streit des Staats mit der Kirche um die Schule bedeute. Meine Herren, wir mögen denken, wie wir wollen, das werden wir doch wohl einsehen und zugeben müssen: dieser Streit wird nicht aufhören, wenn auch ein modus vivendi den Kulturkampf beendet haben wird. Es hat mich eigentümlich sympathisch berührt, daß selbst von jener Seite des Hauses durch den Herrn Abgeordneten Eilers neulich bei Beratung des Organi-

sationsgesetzes auf die Notwendigkeit dieses Kampfes mit einer anderen Konfession in Hannover hingewiesen wurde. Ja, meine Herren, auch diesem Kampf wünsche ich durchschlagenden Erfolg, denn auch er bedeutet nichts anderes als den Kampf der berechtigten Interessen des preußischen Staates gegen die auf dem Schulgebiet nicht berechtigten Sonderinteressen der einzelnen bestehenden Kirchen. Meine Herren, daß die Simultanschule in der That eine Etappe in diesem Kampfe ist, das ist ja leicht zu erklären. So lange konfessionelle Volksschulen existieren, darf die Geistlichkeit ja nur auf die nächst eintretende günstige Konjunktur rechnen, um alle Aussicht zu haben, ihre frühere maßgebende und herrschende Stellung wieder einzunehmen. Daß sie große Aussichten hat, liegt ja insofern in der Natur der Dinge, als die unwandelbare Festigkeit, die man der Hierarchie nachrühmen darf, wenn sie einmal eine Position gefaßt hat, immer im Vorteil ist gegen die schwankende Haltung des Staats, die ihren natürlichen Grund hat in den wechselnden Personen. Erinnern Sie sich doch nur, welches Frohlocken auf der ganzen Linie erscholl, als Herr v. Puttkamer das Regiment antrat; man hoffte mit Entschiedenheit, daß nun alles sich zu Gunsten der klerikalen Anschauung gestalten werde! Heute ist man schon sehr viel weniger sanguin in der Beziehung, aber auch heute noch können Sie in jedem Organ der Provinzialpresse des Centrums lesen, daß es erforderlich sei, den Herrn Minister zu schonen vor allen seinen Kollegen, da man noch immer Aussicht habe, mit ihm fertig zu werden, respektive sich mit ihm zu verständigen. Diese Verständigung soll also bei der gegenwärtigen Lage doch wohl nichts anderes heißen, als daß man die Hoffnung hege, der Herr Minister werde der Geistlichkeit gestatten, wenn auch nicht mit Sang und Klang, so doch durch eine Hinterthür, wieder als maßgebendes Element in die Schule hineinzukommen. (Unruhe im Centrum.)

Wie anders ist das in der Simultanschule. (Lachen im Centrum.) Da ist die geistliche Herrschaft von selbst ein für allemal ausgeschlossen.

Die Mitwirkung der Geistlichkeit kann da immer nur in dem Sinne des Herrn Stoecker stattfinden, der es für Preußen als ein besonderes Glück hingestellt hat, wenn die beiden Hauptkonfessionen sich recht kräftig gestalten, um in ihrem gegenseitigen Streit den Staat zu fördern in seinen idealen Interessen. Meine Herren, in der Simultanschule kommt das Kind zu seinen Mitschülern, abgesehen von dem Religionsunterricht, in ein ganz natürliches, einfach menschliches Verhältnis. (Lachen im Centrum.) Es wird mit ihnen durch ein unzerreißbares Band der Begeisterung für das engere preußische und das weitere deutsche Vaterland, der Liebe für das allverehrte Herrscherhaus verbunden. Meine Herren, demgegenüber können Sie nicht darauf hinweisen, daß es in der heutigen katholischen Volksschule ganz ähnlich geschieht. Das ist ja unzweifelhaft wahr, und das ist der große Fortschritt, den wir gemacht haben; in der katholischen Volksschule der Vergangenheit war von diesen schönen Dingen wenig oder gar nicht die Rede. Ich will nicht mit den Herren vom Centrum disputieren, ob bei dieser Unterlassung eine Absicht untergelegen, ich sage, thatsächlich war in den katholischen Volksschulen der Vergangenheit der Patriotismus ein nicht gern gesehener Gast. (Oh! oh! im Centrum.)

Meine Herren, es ist in den vergangenen Sessionen recht oft in diesem Hause unter Beweis gestellt worden, wie es in dieser Beziehung in den Schulen aussah. Denken Sie nur an den am 12. März 1875 verhandelten Fall aus Mesenich, Kreis Zell, wo ein geistlicher Schulinspektor den preußische Geschichte vortragenden Lehrer mit den Worten korrigierte: „Es stinkt in Ihrer Schule nach Patriotismus!“ Meine Herren, ich will aber nicht annehmen, daß es Absicht war, den Patriotismus so wenig zu pflegen. Ich will den Grund lieber in der Protektion einer specifisch-katholischen oder klerikalen Gemütsrichtung und Erziehung suchen. Es ist das dieselbe Richtung, die zu bekämpfen in den fast ganz katholischen Ländern Frankreich und Belgien den bedeutendsten Staats-

männern mehr als ein sociales, denn als ein politisches Bedürfnis erscheint.

Wenn Sie denn auch einen der Männer, der dieser Tage genannt wurde, Paul Bert, als einen Atheisten bezeichnen, — es sind Tausende und aber Tausende, die an dem Kampfe gegen die klerikalen Anschauungen in Frankreich sich beteiligen, denen eine konfessionelle Überzeugung nicht in Abrede zu stellen ist. Bei den Verhandlungen über den höheren Mädchenschulunterricht, die in der französischen Deputiertenkammer vor wenigen Tagen stattgefunden haben, sind auf diese Verhältnisse viele Schlaglichter geworfen worden, es sind Andeutungen der verschiedensten Art in einer Weise ergangen, die ich nicht näher charakterisieren will. Nur eins möchte ich anführen, was jeder weiß, der längere Zeit in Frankreich sich aufgehalten hat. Es erschwert in Frankreich die aus der klösterlichen Erziehung hervorgegangene Bigotterie der Frauen gegenüber dem Radikalismus der Männer die ideale Gemeinsamkeit in der Ehe, die nach deutschen Begriffen die Hauptsache ist, in einer das Familienwohl gefährdenden Weise. Aber abgesehen von Frankreich und Belgien, — wir Rheinländer haben genug Gelegenheit gehabt, vor dem Jahre 1870 die Folgen der klerikalen Erziehung an unseren Landeskindern gewahr zu werden, in jener Zeit, als in den Schulen sich immer mehr die Nonnen und die in Klöstern erzogenen weltlichen Lehrerinnen einbürgerten. (Aha! im Centrum.)

Wir haben auch noch heute Gelegenheit, die Folgen gewahr zu werden an den Hunderten von Landeskindern, die den belgischen Klöstern zur Erziehung überliefert werden. Die guten, schönen Folgen, die Erziehung zu frommem Glauben und zu einfachen Sitten will ich nicht nur nicht leugnen, sondern anerkennen, ich bin nicht blind gegen die Vorzüge auch der Institutionen, die mir nicht gefallen. Aber erschöpft sich denn der Schulunterricht während der acht Jahre des Schulzwangs in der Erziehung zu frommem, kindlichem Glauben? Im übrigen hat jene Erziehung dazu gedient, die Kinder zu ihren protestantischen, jüdischen, einer liberalen Gesinnung

verdächtigen katholiſchen Mitbürgern, ganz beſonders aber zu dem als proteſtantiſch gedachten und auch verketzerten Staat in einen bewußten beſtimmten Gegenſatz treten zu laſſen. Ja, meine Herren, eine Folge iſt auch unzweifelhaft die Judenhetze in den klerikalen Provinzblättern meiner Provinz, gegen die die hieſige chriſtlich-ſociale ähnliche Bewegung wie ein Kinderſpiel erſcheint.

Meine Herren! Der Herr Miniſter hat uns die erfreuliche Beruhigung gewährt, daß er in keiner Weiſe eine rückläufige Bewegung in unſerer Schule dulden werde. Er hat mit der größtmöglichſten Beſtimmtheit geſagt, daß er nie daran denken werde, die Volksſchule an eine Genoſſenſchaft, der er nur die brüderliche Mitwirkung zugeſtehen wolle, auszuliefern. Ich habe voll und ganz das Vertrauen, daß es ihm gelingen werde, ſeinen Willen auch durchzuſetzen. Ich habe umſomehr dieſes Vertrauen, da er ja in viel glücklicherer Lage iſt als ſeinerzeit Herr v. Mühler, ſolange er in den weltlichen Schulinſpektoren Organe hat, auf die er ſich verlaſſen kann.

Nun verlautet aus verſchiedenen Mitteilungen, als wenn der Herr Miniſter den weltlichen Schulinſpektoren, den berufenen Vertretern des ſtaatlichen Standpunkts, doch nicht ſo ganz günſtig geſtimmt, als wenn er wenigſtens der Anſicht ſei, daß die geiſtlichen Schulinſpektoren ebenſogut die Sache machen könnten. (Sehr richtig! im Centrum.)

Ich möchte demgegenüber dem Herrn Miniſter die Äußerung des Herrn Abgeordneten Windthorſt von vorgeſtern als Bedenken zur Erwägung anheimgeben; ich würde dieſe Äußerung, wenn ſie von irgend einem anderen als einem Mitgliede dieſes Hauſes gemacht wäre, als den Ausdruck eines blinden Fanatismus bezeichnen, die Äußerung, daß er alle die Männer, die im weltlichen Schulinſpektoratsamt ſind, von ihrer Stelle und Würde geſagt zu ſehen wünſche.

Meine Herren, ohne weltliche Schulinſpektoren iſt der Vorgänger des Herrn Miniſters Falk, Herr v. Mühler, an der Aufgabe, die preußiſche Staatsſchule zu ſchirmen, in trauriger

Weiſe geſcheitert. Herr v. Mühler hat nicht einmal gemerkt, daß bei ſeinem blinden Eifer für ſtrenge Gläubigkeit die Staatsſchule langſam immer mehr zur Prieſterſchule geworden war.

Meine Herren, ich habe das Vertrauen zu dem Herrn Miniſter, daß er unſerer Volksſchule den ſtaatlichen Charakter wahren werde, wenn er auch die Hilfe der Simultanſchule weit von ſich weiſt; ich habe es umſomehr, da ja auch ſein unmittelbarer Vorgänger, Herr Dr. Falk, dem fälſchlich die tendenziöſe Begünſtigung der Simultanſchule unterſchoben wird, bezüglich dieſer Inſtitution nur die alte preußiſche Verwaltungsmaxime befolgte, und doch die Staatsſchule intakt ſeinem Nachfolger überliefert hat.

Hätte Herr Falk nur ein wenig mehr Entgegenkommen gezeigt — und es iſt jammerſchade, daß er es nicht gethan hat —, ſo würde heute das Volksſchulweſen vieler unſerer größeren und mittleren rheiniſchen Städte ſimultaniſiert ſein, es würden heute ſowohl in Düſſeldorf wie in Köln Simultanvolksſchulen exiſtieren, zum Entſetzen der Herren von jener Seite.

Meine Herren, die Äußerungen der Stadtverordneten dieſer Städte ſind in der Richtung ergangen. (Widerſpruch.)

Wenn es nach Ihren Wünſchen ginge, daß die Stadtverordneten durch das allgemeine Stimmrecht berufen würden, dann würden die Anträge wohl anders gelautet haben. So lange ich aber der Anſicht ſein darf, daß man auf jener Seite des Hauſes (rechts) mit dieſem Wunſch der Herren vom Centrum nicht einverſtanden iſt, darf ich ihn wohl als einen frommen und als wenig erheblich für die Verhandlungen in unſerem Hauſe bezeichnen.

Meine Herren, ich ſchließe. (Bravo! rechts.)

Ich bin mir voll bewußt, daß die Strömung gegen die Simultanſchule eine ganz außerordentlich ſtarke in dieſen Tagen iſt; aber Strömungen dieſer Art wechſeln wie die Launen und Stimmungen der einzelnen Menſchen. Ich weiß nicht, ob ich Recht habe, es kommt mir ſo vor, als ob ſie in

Preußen heute noch häufiger wechſeln als früher. Wer kann daher wiſſen, ob eine den Simultanſchulen günſtigere Wendung nicht bald wieder eintritt. Die Bewegung für paritätiſche Schulen, für doppeltkonfeſſionelle Schulen, mit dem beſonderen Charakter, wie ich ihn bezeichnet habe, ſie iſt nicht unterdrückt, ſondern nur vertagt. Sie wird wiedererſtehen, wenn eine kommende Zeit die vielen Mängel, die auch heute noch unſerem Schulweſen ankleben, durch eine große That, durch Schaffung des Unterrichtsgeſetzes, das der Staatsſchule ein für alle Zeiten ſicheres Fundament gewährt und die Mitwirkung der Gemeinde reguliert, beſeitigen wird. Mit Sicherung der Kommunalſchule unter Staatsaufſicht gegen alle Eventualitäten wird die Bewegung für paritätiſche Schulen zur friedlichen Ausgleichung der ſchroffen Gegenſätze des Tages und ohne Beeinträchtigung des legitimen Einfluſſes der Konfeſſionen ſich aufs neue und, wie ich hoffe, mit unbeſieglicher und unüberwindlicher Kraft Bahn brechen! (Bravo! links.)

Zum Schluſſe meiner Erinnerungen aus den Jahren 1870 bis 80 werfe ich noch einige Blicke auf Haus- und Familienleben, Reiſen und geſellige Vergnügungen. In meinem Tagebuch komme ich erſt 1879 zu der entſagenden Auffaſſung, daß mein Leben ſich zwiſchen den zwei Angelpunkten des Parlaments und der kranken Frau hin und her bewege. In Wirklichkeit war dies ſchon lange vorher mein Schickſal geweſen. Alle 14 Tage fuhr ich auf ein bis zwei Tage und zwei bis drei Nächte im Schlafwagen I. Klaſſe zum Beſuch meiner guten Frau, deren Tage mit allen Mitteln der Liebe und der Kunſt erhalten werden mußten, nach Hauſe. Ich lernte bald erkennen, daß die dauernde Spannung, die die Teilnahme am politiſchen und ſonſtigen öffentlichen Leben hervorruft, unter ſolchen Verhältniſſen eine Wohlthat war. Die jährlichen Reiſen: im Sommer Neuenahr (72 u. 73), Badenweiler 73, Beckenried und Gerſau 74, Interlaken (75 u. 76, im letztern Jahr Tod meines lieben Töchterchens Laura), Genferſee 76, im Winter Mentone (76 77, 77 78), kräftigten die Lebensgeiſter meiner Frau noch für Jahre; ſelbſt der letzte Sommer vor ihrem Tode 1880 auf dem Gute Hütten bei Krefeld verlief nicht ungünſtig, ſodaß

wir den Eindruck hatten, daß alles, was zur Linderung einer todbringenden Krankheit geschehen konnte, mit Erfolg angewandt worden war. Das Leben in der Heimat konnte unterdessen dank der Fürsorge meiner Haushälterin, Fräulein Barnstein, seinen gewohnten Gang weitergehen, ohne die Geselligkeit ganz ausschließen zu müssen. Immerhin berichten meine Notizen, daß mein Haus gesellschaftlich stiller als während der ersten Jahre meiner Ehe gewesen sei, und daß meine regelmäßigste, wöchentlich wiederkehrende Zerstreuung in dem Besuche des Mittwochskränzchens bestanden hätte, das nach dem Tode von Dr. Herm. Tendering und Gerhard von Beckerath sich aus den Freunden Alexander Heimendahl, Wilhelm Jentges, Hugo Kopstadt (gestorben 1876, nachdem er noch die Freude erlebt, den Druck seiner Schrift über Hermann von Beckerath beendet zu sehen), Richard von Lumm, August Risler und mir zusammensetzte und später durch den Zutritt von Adolf von Randow und Wilhelm Crous ergänzt wurde. In dem Kränzchen hospitierten außer den Mitbürgern Fay, Dr. Schauenburg und Schütz alle die fremden Gäste, die in unserm Verein für wissenschaftliche Vorlesungen Vortrag hielten. Notiert finde ich aus jener Zeit unter den letzteren: Aegidi, Bluntschli, Bodenstedt, Curtius, du Bois-Reymond, Helmholtz, W. Jordan, Köchly, von Löher, Bona Meyer, Mommsen, Maurenbrecher, W. Oncken, Overbeck, Prutz, Riehl, Rittershaus, Rolffs, Schaffhausen, Schleiden, — zum Teil allererste Namen der Litteratur und Wissenschaft.

Von besonderen geselligen und persönlichen kleinen Ereignissen nenne ich die folgenden: Bei meinem Besuch in London 1872 speisten Miß Read's Schwager, Reverend Mr. Murßell und Frau bei mir und ich bei ihnen und nahmen wir zusammen Teil an einem working man's supper, wobei es nur warme Suppe, aber kein Bier gab. Der bekannte Gottesmann Newman Hall ebenso wie Murßell hielten Pauken, die mich zwangen, zu der einzigen kurzen englischen Rede in meinem Leben das Wort zu nehmen.

1872 Ausflug des Leipziger Handelstages nach Chemnitz. Heimendahl, Stephan (Königsberg) waren mein Anschluß.

1874. Interessante Nachsitzung bei Heimendahl in seiner

Villa Godesberg der in Düſſeldorf zu einer Ausſchußſitzung des deutſchen Handelstages verſammelt geweſenen Herren: Haker, Königs, Liebermann, Alexander Meyer, Meviſſen, Mulvany, Reincke, Soetbeer, Weigel, Weſenfeld, Witte (Roſtock).

1874. Beſteigung von Rigi und Pilatus mit Eduard Lasker, Becker-Oldenburg, zwei Freunden des letztern, meinem Sohn Emil und Neffen Carl. Lasker logierte dann einen Tag bei meiner Familie in Gerſau und elektriſierte meine Frau durch die Geſchicklichkeit, mit der er ihre geiſtige und gemütliche Richtung ausfindig zu machen und anzuregen verſtand.

1874. Enthüllung der Janßenſchen Rathausbilder und Feſteſſen auf der Ölmühle; das glückliche Ereignis des Tages war die Wiederherſtellung des Rufs von Oberbürgermeiſter Roos als Redner, nachdem er bei Königs Geburtstag greulich ſtecken geblieben war. Bloem I machte als Vertreter des Düſſeldorfer Kunſtvereins ſeine Sache auch recht gut.

1878—80 mit den erwachſenen Töchtern auf Sonntagsfahrten nach Xanten, Pfalzdorf (Cleve, Venlo, Roermond, ins Siebengebirge, nach Rolandseck und Boppard, nach Friemersheim zur Apfelblüte.

Größere Reiſen machte ich:

1871 Mai—Juni nach Mittel- und Süd-Italien.

1873 April—Mai nach Rumänien, der Türkei, Kleinaſien, Griechenland.

1879 Auguſt—September nach Schweden und Norwegen mit Töchtern Emma und Sophie.

Während meiner Reichstagszeit 1870 beſuchte ich mit Vergnügen die von Bismarck in ſeinem Palaſt eingerichteten Unterhaltungsabende. Ich wurde dem Reichskanzler durch den Reichstagspräſidenten Simſon vorgeſtellt, als ich zum erſtenmal erſchien. Als Abgeordneter zum Landtag verkehrte ich von 1874 bis 1880 in verſchiedenen Berliner Familien außer denen der Kollegen, ſo bei Martin Gropius und Frau geb. de Greiff aus Krefeld, Adelbert Delbrück und Frau geb. Jonas, Wlm. Herbertz und Frau geb von Wittgenſtein, Geh. Komm.-Rat R. Stephan u. a. Von 1875 an lud ich alljährlich zu einem größeren Mittageſſen ein.

zu dem ich in den ersten beiden Jahren außer meinen nationalliberalen Freunden auch mir bekannte Mitglieder der Fortschrittspartei: Duncker, Parisius, Welter, Schlüter einlud. Nach der Entwickelung der politischen Gegensätze zwischen den liberalen Parteien finde ich in der Liste meiner Gäste vom Jahre 1878 außer Nationalliberalen nur noch den aus dem Fortschritt ausgetretenen Petri. Durch die Zahl von 50 Teilnehmern werde ich daran erinnert, daß ich erst nach meinem Wiedereintritt ins Parlament meine Einladungen an alle Mitglieder der nationalliberalen Fraktion des Landtages und die mir persönlich bekannten Mitglieder der Fraktion des Reichstages gerichtet habe. 1878 sagt die Kölnische Zeitung bei Gelegenheit meines Festes, daß die Nachricht einiger Blätter, daß der Präsident von Bennigsen abermals in Varzin gewesen sei, völlig erfunden sei. Er befand sich an dem fraglichen Tage mit etwa 50 seiner Kollegen als Gast bei einem parlamentarischen Diner des Abgeordneten Seyffardt. Die National-Zeitung sagt bei derselben Veranlassung, daß das Fest den beiden Düsseldorfer liberalen Abgeordneten Dr. Jansen von Dülken und Hausmann von Düsseldorf gegolten habe, deren Mandate soeben für ungültig erklärt worden seien. Der Präsident von Bennigsen habe ein auf ihn ausgebrachtes Hoch mit einem bedeutsamen Hinweis auf fortdauernde feste Einigkeit der Partei beantwortet und damit bestätigt, was Lasker vor 14 Tagen der Fraktion als Ausgangspunkt der Verhandlungen mit dem Fürsten Bismarck bezeichnet habe.

Dritter Teil.

1880—1890.

Wie schon seit Jahren blieb während der gesamten Zeit meine Teilnahme an dem kommunalen und parlamentarischen Leben die eigentliche Grundlage meiner Thätigkeit. Daß es der Centrumspartei gelungen war, in der 3. Klasse der Stadtverordneten die gewonnene Mehrheit sich zu erhalten, konnte im Grunde auch den Liberalen nur recht sein, wenn sie es auch in der Öffentlichkeit nicht gerade eingestehen durften, um die Wähler dieser Klasse dem Parteileben zu erhalten. Würde in einer Stadt mit 70% katholischer Bevölkerung nach Eintritt eines durch das Schaukelsystem der Regierung herbeigeführten schroffen Verhältnisses zwischen den Konfessionen, das weder Krieg noch Frieden bedeutet, nicht wenigstens eine Klasse der Mehrheit nach Kopfzahl gehören, so wäre eine Veränderung des Systems unausbleiblich. Da nun wie in Krefeld die 3. Klasse dem Centrum und die 1. Klasse ebenso den Liberalen sicher ist, so beschränkt sich der ernste Wahlkampf auf die 2. Klasse. In dieser haben infolge der mehrmals eingetretenen Reformen in den Steuergesetzen die Verhältnisse sich im Laufe der Zeit wohl geändert, ohne indes die liberale Mehrheit zu gefährden. Es erhielten:

1871	die Liberalen	386,	die Klerikalen	244	Stimmen,
73	„ „	421,	„ „	254	„
75	„ „	420,	„ „	216	„

1877	die Liberalen	465,	die Klerikalen	294	Stimmen,
79	„ „	408,	„ „	328	„
81	„ „	491,	„ „	357	„
83	„ „	493,	„ „	322	„
85	„ „	496,	„ „	402	„
87	„ „	468,	„ „	394	„
89	„ „	587,	„ „	465	„

Die liberale Zweidrittel-Majorität ist daher in der Stadtverordnetenversammlung aufrecht erhalten geblieben.

Anders beim Landtag. Als mein Mandat 1880 ungültig erklärt worden war, versuchte es der Oberbürgermeister Roos, der seit seinem Schlaganfall noch eigenwilliger geworden war wie vorher, mit einem andern System der Bildung der Wahlbezirke, trotzdem ihm Widerspruch und Warnung von kompetenter Seite zu teil geworden war. Die Volksstimme behauptete, er sei unbewußt in eine klerikale Falle gegangen. Bei der Landtagsersatzwahl am 24. Mai 81 blieb ich mit 108 gegen 132 Stimmen in der Minderheit.

Als dann bei den allgemeinen Neuwahlen vom 4. Dezember 1882 der eben erst gewählte Oberbürgermeister Küper wieder auf die althergebrachte Wahlordnung zurückgriff, änderte sich das Verhältnis sofort und meine Wahl erfolgte mit 154 gegen 127 Stimmen. Trotz des von den Klerikalen erhobenen Protestes konnte ich die ganze Session im Abgeordnetenhause mitmachen, doch wurde am letzten Tage derselben meine Wahl sowie die sämtlicher Wahlmänner abermals für ungültig erklärt. Der Beschluß wurde nach mündlichem Bericht des Abgeordneten Francke statt des sonst bei Wahlprüfungen üblichen schriftlichen Berichts noch in letzter Stunde gefaßt, damit nicht dieselben beanstandeten Wahlmänner die Neuwahl zu thätigen hätten. Nach den Äußerungen des Berichterstatters, denen von keiner Seite widersprochen wurde, ist die Ungültigkeit nicht wegen einer von den Gegnern behaupteten Wahlkreisgeometrie, sondern bloß deswegen beschlossen worden, weil auch Seelen, die erst nach der 1880er Volkszählung dem Wahlbezirk hinzugetreten, mit in Rechnung gezogen seien. Es war dies ein Grund, der noch nie bei einer Wahlprüfung in Berück-

sichtigung gezogen worden ist und bei dem scharfen Gegensatz der beiden Parteien in Krefeld auf das Ergebnis absolut keinen Einfluß gehabt haben kann. Wenn Jemand noch zweifelhaft gewesen wäre, daß die Entscheidung über Wahlprüfungen unrichtigerweise dem Abgeordnetenhaus und damit dem Interesse der Fraktionen in Kommission und Plenum statt einem unparteiischen ordentlichen Gerichtshof übertragen ist, so würde seinem objektiven Urteil die Ungültigkeitserklärung meines Mandats den Beweis für die Mangelhaftigkeit des bisherigen Verfahrens erbracht haben.

Die allgemeine Neuwahl am 15. November 1883 ergab dann auch dasselbe mir günstige Ergebnis. Es gab zwar wieder einen energischen Wahlprotest der Klerikalen; da aber mittlerweile die konservativ-klerikale Freundschaft etwas fadenscheinig geworden war, ließ man den Streitfall bis zum Ende der Legislaturperiode in der Schwebe, ohne mich im Besitzstand zu behelligen. Ein neuer Wechsel blühte dem in Preußen meistbestrittenen Wahlkreis Krefeld-Stadt bei der Neuwahl am 5. November 1885, indem ich mit 130 gegen 152 Wahlmännerstimmen für Trimborn in der Minderheit blieb und so der letzte rheinische Landtagswahlkreis mit überwiegend katholischer Bevölkerung den Liberalen verloren ging. Schon am Tage nach dem Mißerfolg erhielt ich von dem Centralausschluß der nationalliberalen Partei, speciell von v. Cuny, Gneist und Hobrecht und gleichzeitig von dem stellvertretenden Vorsitzenden des Magdeburger nationalliberalen Vereins, Dr. Dürre, die Aufforderung, neben Gärtner für die zweite Magdeburger Stelle zu kandidieren, nachdem der bei der Neuwahl gewählte Gneist schon für Kreuznach zugesagt hatte. Ich erklärte mich bereit, jeden anzugebenden Tag vor den Wählern zu erscheinen, hörte dann 14 Tage lang nichts von meinen neuen Freunden, um bereits am 24. November 85 einstimmig gewählt zu werden. Unzweifelhaft hatte die Empfehlung meiner Freunde, Bürgermeister Born und Syndikus der Kaufmannschaft Zwicker, die Sache sehr erleichtert. Angeblich hatten sich konservative und freisinnige Stimmen der Wahl enthalten. Ich will nicht untersuchen, ob die Entscheidung, wie Gärtner mir schrieb, eine Freundlichkeit, um mir die Reise zu ersparen, oder wie Zwicker sich ausdrückte, ein Zeichen des vollständigen Ver-

trauens zu bedeuten hatte. Jedenfalls war sie eine Genugthuung für den Märtyrer des Kulturkampfs und ein nicht geringer Ärger für die Widersacher, die alles daran gesetzt hatten, ihn dem Abgeordnetenhaus fern zu halten.

Obschon der Kampf um das Reichstagsmandat für Krefeld ein aussichtsloser war, wurde er mit Thatkraft und Geduld fortgesetzt. Es erhielten Stimmen:

	1881		1884		1887	
	Stadt	Stadt u. Land	Stadt	Stadt u. Land	Stadt	Stadt u. Land
Reichensperger C.	6172	10541				
Trimborn C.			6822	11164	8195	13010
Seyffardt n. lib.	3735	3936	4120	4436	5433	5975
v. Rittinghausen s. d.	334	398				
Grillenberger s. d.			1106	1181	1599	1822

Meine immer wiederkehrenden erfolglosen Reichstagskandidaturen haben mir verschiedene Anfragen von auswärts, ob ich kandidieren wolle, eingetragen. Unter anderen finde ich notiert eine Korrespondenz mit Emil Pirazzi in Hanau vom Jahre 1881 und mit Louis Simons und Jul. Peters in Elberfeld vom selben Jahre. Daß nichts daraus wurde, war bei der Parteistellung in diesen Kreisen natürlich. Auffälliger war ein Fehlschlagen nach der Annullierung meines Mandats 1880 in dem Landtagswahlkreis Frankfurt a. O., wo ich auf Anfrage vom Centralausschuß und aus dem Wahlkreise selbst nach Techows Tode mich mit der Bescheidenheitsredensart, daß ich kaum glaube aus so weiter Ferne der richtige Mann zu sein, zur Annahme des Mandats bereit erklärt hatte. Ich hörte später von meinem guten Freund Beisert, dem Syndikus der Berliner Kaufmannschaft, der in Frankfurt gewählt wurde, daß ihm gesagt sei, ich habe das Mandat ausgeschlagen. Unzweifelhaft hat man Beisert vorgezogen, weil er sich der Secession, über die ich später berichte, angeschlossen hatte.

Ich beginne mit meiner Thätigkeit in der Handelskammer, über die im allgemeinen nur zu sagen ist, daß sie sich derselben Richtung befleißigte, wie die Arbeit im Parlament und in den freien Vereinen. Ich wollte und konnte mich nicht schmollend

zurückziehen, nachdem durch Bismarcks Übergang, von dem gemäßigten Freihandel zum gemäßigten Schutzzoll, die wirtschaftliche Lage eine wesentlich andere geworden war. Für mich galt es nun, mich in die Konsequenzen der beschlossenen Maßregeln hineinzudenken, an meinem bescheidenen Teil Wache zu halten, daß nicht aus dem gemäßigten ein übermäßiger Schutzzoll würde, und vor allen Dingen die Kompromißanschauung der 78 79er Bewegung, daß die Rohstoffe für die Industrie gar nicht, die Halbfabrikate, wie Garne, nur mäßig durch Zölle verteuert werden dürften, aufrecht erhalten bliebe. Daß diese Auffassung auch öffentlich Ausdruck fand, geht aus dem Bericht der Krefelder Zeitung über den Besuch hervor, den am 7. September 1881 die Mitglieder der Hamburger Handelskammer, geführt von dem Ausschuß des Düsseldorfer Vereins für die wirtschaftlichen Interessen von Rheinland und Westfalen in Erwiderung eines Besuches von Großindustriellen in der alten Hansestadt, den rheinischen Fabrikstädten abstatteten. Nach der Besichtigung der Webeschule, der Seidentrocknungsanstalt und verschiedener Fabriken hatte man sich zu einem Frühstück in der Gesellschaft Verein vereinigt. Der Vorsitzende der Krefelder Handelskammer, Geh. Kommerzienrat Heimendahl, sagte in seinem Trinkspruch auf Kaiser und Reich u. A.

„Wer die Geschichte der freien Reichsstadt Hamburg seit der Zeit Ottos IV. kennt und der Vergangenheit wie der wirtschaftlichen Entwickelung unserer modernen Stadt Krefeld Interesse geschenkt hat, wird bei aller Verschiedenheit des Erwerbslebens und der wirtschaftlichen Verhältnisse beider Städte, deren Handelsvorstände sich heute in diesem Saale freundschaftlich begrüßen, eine verwandte Erscheinung in den Charaktereigenschaften ihrer Bewohner konstatieren können. Hier wie dort deutliche Zeichen großen Unabhängigkeitssinnes, hier wie dort vieles Vertrauen auf die eigene Kraft. Vielleicht ist es die letztere Eigenschaft unserer Industriellen, welche den Reichstag, bei der Änderung unserer Wirtschaftspolitik, Krefelds Industrie durch sein Votum bei Beratung des Zolltarifs Opfer zumuten ließ, deren Tragweite zu ermessen auch dem kundigsten Urteil bis heute noch unmöglich sein dürfte. War es da zu

verwundern, meine Herren, daß wir damals warnten, abwehrten und auch wohl murrten? Und doch glaube ich behaupten zu dürfen, daß unsere Industrie gerne und willig jene Opfer bringt, wenn sie erkennt, daß dieselben im Interesse des gesamten Vaterlandes gebracht werden müssen. Gerade so handelte Hamburg in ähnlichem Falle. Unsere Devise in Krefeld wird stets lauten, so weit man uns zur Mitwirkung bei der Entwickelung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Vaterlandes aufruft: Jedes Opfer für Kaiser und Reich, nur Kampf gegen unberechtigte Sonderinteressen."

Darauf antwortete ihm der Präsident des wirtschaftlichen Vereins für Rheinland und Westfalen, Herr Mulvany, um seinem Erstaunen über die Leistungen der Krefelder Industrie Ausdruck zu geben, von denen er bislang, trotzdem er seit 27 Jahren in Rheinland, und in allernächster Nähe der Stadt Krefeld weile, keine Ahnung gehabt habe [!] Erst der heutige Besuch habe ihn von der Bedeutung der Seiden- und Samtweberei Krefelds überzeugt. Unter warmer Anerkennung der Thätigkeit und Errungenschaften der Krefelder Handelskammer und ihres Präsidenten, seines langjährigen Freundes, schloß Redner mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Krefelder Handelskammer und ihren Vorsitzenden.

Es folgte der Landtagsabgeordnete Herr L. F. Seyffardt mit den Worten:

Mein Freund, Herr Heimendahl, will den liebenswürdigen Toast des Herrn Vorredners durchaus nicht persönlich auf sich bezogen wissen, sondern nur als Vorsitzender der Krefelder Handelskammer dankbar entgegennehmen. Er ersucht mich daher namens der letztern, Herrn Mulvany für seine Freundlichkeit zu danken, die uns in dem Munde des Präsidenten eines Vereins, dem zwar einige von uns als Mitglieder angehören, der aber im großen Durchschnitt den handelspolitischen Anschauungen der Krefelder Handelskammer entgegengesetzte Ansichten vertritt, doppelt liebenswürdig erscheint. Auch wir Krefelder, die wir nun einmal nicht davon lassen können, in dem möglichst freien und ungehinderten Austausch aller Güter

das Glück der Zukunft zu ſehen, haben uns gefreut, daß während des Beſuches unſerer Hamburger Gäſte jeder handelspolitiſche Gegenſatz ſuſpendiert wurde, da wir perſönlich ſo manchem unſerer Gegner von der andern Seite des Rheins die größte Hochachtung entgegentragen. Wir haben darum gerne darauf verzichtet, in den Hamburger Gäſten unſere freihändleriſchen Geſinnungsgenoſſen zu feiern, wir haben dies um ſo lieber gethan, als bezüglich der Freude über die bedeutungsvolle Phaſe deutſcher Entwickelung, die uns die Ehre des Hamburger Beſuchs verſchafft hat, zwiſchen Freihändlern und Schutzzöllnern des Binnenlandes keine Meinungsverſchiedenheit herrſcht. Wir Freihändler glauben durch Hamburgs Zutritt unſere handelspolitiſche Poſition weſentlich zu verſtärken, die Herren Schutzzöllner haben andere Gründe für ihre Zuſtimmung zu dem wichtigen Ereignis, die Ihnen darzulegen Sie mir erlaſſen. Aber, m. H., wie ſchön und menſchlich wohlthuend auch der Waffenſtillſtand ſein mag, ſobald er abgelaufen ſein wird, wird der Kampf der Meinungen wieder ſein volles Recht gewinnen. Ein Jeder trete dann ein für ſeine ganze Überzeugung nach beſtem Wiſſen und Gewiſſen! Ich bringe einen Trinkſpruch aus auf den weitern ehrlichen Kampf der handelspolitiſchen Gegenſätze und auf die Wiederkehr ähnlicher ſchöner und glücklicher Ruhepunkte, wie der Beſuch der Hamburger Freunde uns diesmal gebracht hat!

Für die Intereſſen der Exportinduſtrie und damit ganz beſonders der Seideninduſtrie einzutreten, hatte die Krefelder Handelskammer und ich in ihrer parlamentariſchen Vertretung ſowohl 1885 wie 1888 Veranlaſſung. Im erſtern Jahre hatte ich bezüglich des Brömel-Bambergerſchen Antrags und Trimbornſchen Amendements über zeitweiſe Befreiung von den Garnzöllen (Admission temporaire) auf Einladung von Buhl und Marquardſen der nationalliberalen Reichstagsfraktion Vortrag gehalten, ohne indes das Reichstagsplenum zu Gunſten der Krefelder Intereſſen beeinfluſſen zu können. Im letztern Jahr war mir die Aufgabe geſtellt, jener Fraktion die Bedenken vorzutragen, die für die betroffene Induſtrie aus dem Umſtand hervorgingen, daß man in

dem 88er Zusatzantrag zu dem Handelsvertrag zwischen Deutschland und der Schweiz vom 23. Mai 81 den gegen den Willen der Mehrzahl der deutschen Fabrikanten von 600 auf 800 Mk. erhöhten Zoll auf ganz seidene Waren aus taktischen Gründen (als Kompensationsobjekt) schon nach drei Jahren wieder auf 600 Mk. herabsetzte, nachdem sich verschiedene Fabrikanten auf Grundlage der erhöhten Zölle auf früher in Deutschland nicht verfertigte Arten eingerichtet hatten. Daß die Bedenken keine Erhörung fanden, wie der Referent Siegle mir mitteilte, war mir ganz einleuchtend.

Am 1. Januar 1887 war ich unterdessen nach 25jähriger Amtsthätigkeit aus der Handelskammer ausgeschieden. In der Sitzung vom 5. April wurde die nachfolgende Adresse an mich beschlossen:

Krefeld, den 6. April 1887.

Verehrter Herr Landtagsabgeordneter!

Mit aufrichtigem Bedauern hat die gestrige Plenarversammlung der Handelskammer von Ihrem Ausscheiden aus dem Kollegium, welchem Sie nunmehr seit 25 Jahren angehören, Kenntnis genommen.

Die Verdienste, welche Sie Sich um die Handelskammer, in Vertretung der wirtschaftlichen Interessen ihres Bezirkes, in einem Vierteljahrhundert erworben haben, veranlassen das Kollegium, Ihnen auszusprechen, wie ungern dasselbe Sie aus seiner Mitte scheiden sieht, und wie dankbar es Ihre treue Mitarbeit anerkennt.

Die Handelskammer wird sich stets erinnern, wie gerne Sie, hochverehrter Herr, auch Veranlassung genommen haben die Bestrebungen der Kammer in Wahrung der Interessen von Handel und Industrie in den Parlamentarischen Körperschaften zu unterstützen.

Die Unterzeichnete giebt deshalb der Hoffnung Raum, daß dieses kollegiale Verhältnis mit Ihrem Ausscheiden aus der Handelskammer nicht aufhören wird.

Hochachtungsvoll!

Die Handelskammer

Der Vorsitzende H. Heimendahl. Der stellv. Vorsitzende C. Königs.

Von der Vertretung städtischer Interessen in der Handelskammer zu der im Stadtverordnetenkollegium ist nur ein Schritt. Unser Oberbürgermeister Roos, ein Bismarck im Kleinen, monopolisiert 1879 alle Initiative in seiner Person. Das geht so lange gut, wie man mit ihm einverstanden ist. Ich bin aber bange, daß es früher oder später zu Differenzen führen wird, umsomehr als seine Arbeitskraft seit dem Schlaganfall beeinträchtigt erscheint. Er tritt am 31. Dezember aus seiner Stellung zurück mit der Anerkennung, in den neun Jahren seiner Wirksamkeit Großartiges geleistet zu haben. Der Krefelder Zeitung vom 20. November 1880 zufolge ist dem Eigensinn, der ihn in seiner letzten Zeit kennzeichnete, das Experiment einer ganz neuen Wahlkreisordnung, die er trotz Verabredung und besserm Rat durchführte und der daraus sich ergebende Verlust des Krefelder Mandats von 1880 zum Landtag zu verdanken. Man hatte, statt nur die vier von der Wahlprüfungskommission bemängelten Bezirke zu revidieren, alle Wahlkreise ins Blaue geändert. Nach jenem Zeitungsbericht hätte nur die sogen. „städtische Camarilla" gewußt, was sie veranlaßt hatte.

Am 1. Februar 1882 wurde Oberbürgermeister Küper von Beuthen mit 12 gegen 7 Stimmen, die auf den Beigeordneten Schüller fielen, zum Oberbürgermeister von Krefeld erwählt. Die Klerikalen enthielten sich der Abstimmung.

Die persönlichen Streitigkeiten, Anfeindungen und Beleidigungen, die der Kulturkampf in unserm kommunalen Leben hervorgerufen hat, habe ich für richtig gehalten mit zwei Ausnahmen unberührt zu lassen.

Die erste Ausnahme betrifft die am 14. Februar 1881 verhandelte Anklage des Beigeordneten W. Jentges gegen die Unterzeichner des ultramontanen Wahlprotestes, von 1879 Dr. Urfey und Genossen, vor der Strafkammer des Landgerichts in Düsseldorf (Vorsitzender Landgerichtsdirektor Arntz) wegen Beleidigung durch die Beschuldigung, Jentges habe seine Amtspflichten als Wahlvorsteher des 3. Urwahlbezirks bei der Landtagswahl vom 30. September 79 in gröblichster Weise verletzt und durch parteiische ungesetzliche Handhabung des Wahlgeschäfts das Wahl-

ergebnis ungebührlich beeinflußt. Der Staatsanwalt resümierte die Verhandlungen dahin, daß aus den Zeugenaussagen der Thatbestand der Anklage klar hervorgehe, daß von all den im Protest enthaltenen Anschuldigungen kein Wort wahr und geeignet sei, die Ehre des Herrn Jentges auch nur leise zu berühren. Herr Dr. Urfey habe genau gewußt, daß kein Wort wahr sei, er habe also eine Lüge zum besten gegeben. Der Staatsanwalt beantragte gegen Dr. Urfey, da er schon einmal wegen politischen Vergehens vorbestraft sei, eine Geldstrafe von 600, gegen seine Genossen von 500 Mk. Der Gerichtshof erklärte die Angeklagten der Beleidigung des Herrn Jentges schuldig, gestand ihnen aber mildernde Umstände zu und verurteilte Urfey zu 60, die anderen Angeklagten zu 30 Mk. Geldstrafe.

Die zweite Ausnahme bezieht sich auf die Anklage, die auf Anregung der Regierung zu Düsseldorf von mir gegen Dr. Urfey und Kaplan Tietz erhoben und die vor der Strafkammer zu Krefeld wegen öffentlicher Beleidigung am 11., 12. und 14. Juni 1883 verhandelt wurde.

1. Der Gerichtshof (Landgerichtsrat vom Rath, Beisitzer Amtsrichter Wolff, Lauerburg, Daniels und Jerusalem. Staatsanwalt von Winckler, Verteidiger Otto Euler) hat für erwiesen erachtet, daß Dr. Urfey gesagt hat: „Spuck Deiner Mutter ins Gesicht und Du begehst eine geringere Sünde, als wenn Du diesen Mann — womit nur Seyffardt gemeint sein konnte — wählst."
2. Der Angeklagte Urfey ist der öffentlichen Beleidigung schuldig und wird dieserhalb zu einer Geldstrafe von 500 Mk., für welche im Unvermögensfalle für je 10 Mk. eine Gefängnisstrafe von einem Tage substituiert wird, verurteilt.
3. Das Gericht hat als erwiesen angenommen, daß von Kaplan Tietz die Äußerung nicht gemacht ist.
4. Der Angeklagte Tietz wird von der erhobenen Beschuldigung freigesprochen.

Aus dem Urteil sind noch folgende Einzelheiten hervorzuheben:

1. Es ist nach Ansicht des Gerichtshofes unzweifelhaft, daß bei den Zeugen, welche die Äußerung von dem Kaplan

Tietz gehört haben, dies deren aufrichtigste Überzeugung ist, die in keiner Weise angezweifelt werden darf.

2. Es ist nichts weiter nachgewiesen, als daß der Abgeordnete Seyffardt in Berlin gewirkt hat, um einen Vergleich dahin herbeizuführen, daß die Altkatholiken sich mit einer Geldabfindung zufrieden erklären möchten, und daß er bemüht gewesen ist, die Vergrößerung des Risses zwischen den Katholiken und den Altkatholiken zu verhüten. Daß er in anderer Weise thätig gewesen, ist durch nichts erwiesen. Die Behauptung, daß er in Berlin thätig gewesen, den Katholiken die Gotteshäuser zu entreißen, ist unwahr.
3. Es ist erwogen, daß die Beleidigung gegen den Abgeordneten Seyffardt so schwerer Art ist, daß an und für sich auf eine Gefängnisstrafe hätte erkannt werden müssen. (Der Staatsanwalt hatte 1 Monat Gefängnis beantragt.)

In den Verhandlungen interessieren die Aussagen des Dechanten Lefranc und des Kaplans Krichel ganz besonders. Der Erstere bemerkte auf die Frage des Präsidenten, ob ihm die Ausdrücke des Dr. Ursey mit Bezug auf das Spucken nicht besonders aufgefallen seien: „Das könne er durchaus nicht sagen; er habe das Bild vollständig richtig gefunden, denn der Ausdruck bezeichnet das, was jeder Katholik empfindet.“ Kaplan Krichel erklärt: „Bei dem Ausdrucke: ‚Leibliche Mutter ins Gesicht spucken‘ hat es mich gegruselt.“

Diese zwei Beispiele genügen, um es erklärlich zu machen, daß auch in allen geschäftlichen Dingen der Stadtverordnetenversammlung das Zusammenwirken der beiden Parteien auf der Spitze des Schwertes beruhte. Seit das Centrum die dritte Klasse erobert hatte, war die Forderung, bei der Zusammensetzung der Kommissionen mit einem Drittel der jeweilig zu wählenden Mitglieder berücksichtigt zu werden, erhoben worden. Nach meinen Erfahrungen im Parlamente mußte ich die praktische Richtigkeit des Verlangens vom Beginn an anerkennen und unterstützen. Die Mehrzahl meiner Freunde aber war durch die gelegentlich, u. a. bei einer Nachwahl, sich zeigende Illoyalität der Klerikalen so erbittert, daß es viele Mühe kostete, das Zugeständnis durchzusetzen,

und als das endlich geſchehen, noch wieder mehrere Jahre vergingen, bis der Centrumsfraktion die freie Wahl ihrer Kommiſſionsmitglieder geſtattet wurde.

Faſt ſchlimmer noch als der Streit mit dem Centrum waren die bei jeder Stadtverordnetenwahl wiederkehrenden Reibereien im liberalen Lager. Immer waren es neue Opponenten, und immer verlief die bei den Haaren herbeigezogene Unzufriedenheit der ſogenannten Bürgerſchaft wie ein Schlag ins Waſſer. Die Gegenkandidaten kamen nie über eine verſchwindend geringe Stimmenzahl. Einmal ſchien die Sache einen ernſtern Charakter anzunehmen, als nämlich nach dem Tode unſeres Herrenhausmitgliedes Wilhelm Jentges, am 16. Juni 1884, die Wiederbeſetzung der Stelle in Frage ſtand. Zwei Bewerber traten auf: Heimendahl und Küper. Jentges war in ſeiner Eigenſchaft als Beigeordneter gewählt worden, obſchon Küper, dem dieſe unſere Abſicht vor ſeiner Wahl bekannt gemacht worden war, nach ſeiner Wahl das Amt beanſprucht hatte. Da Heimendahl noch nicht Beigeordneter war, wurde die Sache ſo gedacht, daß, um ihn wahlfähig zu machen, die Beigeordnetenwahl vor der Herrenhaus-Präſentationswahl ſtattfand. Für die erſtere erhielt Heimendahl alle Stimmen von Liberalen und Klerikalen, für die letztere Küper alle Stimmen der Liberalen, Heimendahl die der Klerikalen. Wie war das wohl gekommen? Einfach daher, weil mein alter Jugendfreund, der früher in allen Fragen mit der liberalen Mehrheit zuſammengegangen war, als Stadtverordneter zwar der liberalen Fraktion beitrat, die Fraktionsverſammlungen aber kaum beſuchte, in allem ſeine eigenen Wege ging und dadurch immer mehr die Fühlung mit uns anderen verloren hatte. Natürlich ſollten Emil de Greiff und ich die Schuld tragen an dieſer Entwickelung. Aber ich kann verſichern, daß ich mit keinem Kollegen ein Wort gegen Heimendahl geſprochen habe. Ich bin allerdings ebenſowenig für den alten Freund eingetreten, da ich ſeine Wahl für eine Schädigung der liberalen Gemeinſchaft hätte erachten müſſen. Heimendahl trat nach der Wahl aus der Fraktion aus und ſtrafte mich zwei Jahre lang mit dem Winter ſeines Mißvergnügens, bis die ſeinem Ehrgeiz geſchlagene Wunde ein wenig vernarbt war.

Ich lasse hier einige thatsächliche Mitteilungen folgen, die ich zur Zeit einem engeren Kreise gegeben und zur Erinnerung aufbewahrt habe.

Sechs oder acht Wochen nach dem Tode des Beigeordneten und Herrenhausmitgliedes Jentges kam Oberbürgermstr. K. eines Tages zu mir, um mich zu ersuchen, bei der demnächstigen Wahl für das Herrenhaus ihm meine Stimme zu geben. Meiner Entgegnung, daß ich principiell, solange wir unsere, der Selbstverwaltung wenig günstige rheinische Städteordnung ohne Magistrat haben, für die Entsendung eines Beigeordneten sei, erwiderte der Herr Oberbürgermeister mit einer Darlegung, warum er besonderen Wert darauf lege, nicht übergangen zu werden, und schloß mit der Bitte, unter Anerkennung der Gründe seines Wunsches, diesmal die Praxis anders entscheiden zu lassen, als das Princip. Ich versprach darauf, die Angelegenheit der liberalen Fraktion des Gemeinderates vorzulegen, und that dies auch bald darauf, indem ich Gründe und Gegengründe vortrug, und meinerseits Geneigtheit zeigte, dem Wunsche des Herrn Oberbürgermeisters zu entsprechen. „Der für mich durchschlagende Grund," führte ich aus, „sei der, daß ich es für richtig halte, einen Mann, der seine Schwächen habe wie jeder andere, aber den Willen zeige, den hiesigen Verhältnissen gerecht zu werden, und vor allem ein kollegiales Zusammenarbeiten ermögliche, wie wir es, solange ich zurückdenken kann, nicht gehabt haben, einmal ein Vertrauensvotum zu geben." Meine Ausführungen fanden keinen Widerspruch von irgend einem der Anwesenden, so daß ich erklärte, dem Oberbürgermeister meine Stimme versprechen zu wollen. Der Name Heimendahl wurde nicht genannt. Gegen den Usus, wonach selbständige Anträge von Mitgliedern zuerst in der Fraktion zum Vortrag kommen sollen, brachte dann Matthias in der Stadtverordnetenversammlung den Antrag ein, die Herrenhauswahl auszusetzen, bis die erledigten Beigeordnetenstellen besetzt seien. Selbstredend wurde der Antrag einstimmig angenommen. Zu Beigeordneten wurden gewählt Herr H. einstimmig, meine Wenigkeit mit allen liberalen Stimmen gegen die Klerikalen. Hier Küper, hier Heimendahl, war nun die Losung. Beide Kandidaten machten ihre Besuche, Herr K. unter

ausdrücklicher Betonung einer Bitte, Herr H. ohne dies. Man hat mir gesagt, daß die Anhänger H.'s Dutzende von Versammlungen gehalten haben. Daß die für K. Geneigten auch nur eine einzige abgehalten hätten, ist mir nicht bekannt geworden. Ich, für meine Person, gebe mein Ehrenwort, daß ich keiner, speciell zur Besprechung der Sache, angesetzten Versammlung angewohnt habe. Auch erinnere ich mich nicht, in irgend einer socialen Vereinigung anders als im Zwiegespräch derselben gedacht zu haben. Am allerwenigsten aber habe ich irgend einen Kollegen aufgefordert, nicht für H. zu stimmen.

Worin besteht nun mein Verbrechen? Ich habe mich für K. entschieden, ehe von H. die Rede war, ich habe nicht gegen ihn agitiert. Der Herr Vorredner muß also wohl eine gewisse Böswilligkeit darin erblicken, daß ich nicht von vornherein Herrn H. als den einzig Qualifizierten angesehen habe. Ja, m. H., da möchte ich Ihnen ein Bekenntnis machen. In schwachen Stunden habe ich auch wohl einmal den Kitzel empfunden, nach fünfzehn Jahren Kriegsdienst, ich glaube, so darf man ein Krefelder Mandat im Reichstage und Abgeordnetenhause mit all' der persönlichen Verunglimpfung und den ungerechten Wahlkassationen wohl nennen, da Kriegsjahre doppelt zählen, die Wahl ins Herrenhaus als eine Art Ruheposten, eine ehrenvolle Stellung mit wenig Arbeit, zu beanspruchen. Ich habe es aber doch nicht verübelt, daß außer mir selbst sonst noch niemand den guten Gedanken gehabt hat.

Im Ernste gesprochen, da ich mich nicht hinter die mehr zufällige Thatsache verschanzen will, daß ich gebunden war, als der Name H. zuerst genannt wurde, ich hätte auch nicht für ihn gestimmt, wenn mir seine Bewerbung bekannt gewesen wäre. Weit werfe ich den Einwand von mir, als wenn dabei irgend welche Animosität mit unterliefe. Ich habe seiner Zeit die Wahl zum Präsidenten der Handelskammer abgelehnt, um Herrn H. Platz zu machen, den ich für den geeignetsten Mann hielt, die Stelle auszufüllen. Diesmal aber war ich der sehr bestimmten Ansicht, daß durch Teilung der Arbeit auch für etwaige in Berlin zu verfechtende städtische Interessen eine besondere Vertretung neben der

Vertretung der Handelskammer, der ja Herr H. mit gewohntem Eifer sich hingeben wird, ihre Vorzüge habe. Was Einer vielleicht gut macht, so dachte ich, werden Zweie besser machen.

Dieser Gedanke scheint sich in der Zeit vom Herbst bis zum Frühjahr ganz naturgemäß und ohne Nachhilfe bei fast allen Kollegen entwickelt zu haben. Bei der Vorwahl im Schoße der liberalen Fraktion stimmten nur drei für H., die übrigen für K. Der Fraktionszwang wurde ausdrücklich nicht in Anspruch genommen, doch stimmten von den Dissentierenden zwei mit der Majorität, nur einer hatte vorgezogen, durch Nichterscheinen sich der Wahl zu enthalten.

Mein Interesse für die Volksschule und ihre Lehrer blieb ungeschwächt, als der Kultusminister Falk 1879 nach siebenjährigem segensreichen Regiment (22. Januar 1872 bis 3. Juli 1879) seine Entlassung erbeten und erhalten hatte. Es galt jetzt zu schützen, was die Schule in der verhältnismäßig kurzen Zeit, in der sie zum ersten Male nicht als geduldige Magd der Kirche, sondern im Streben nach eigenem Recht und nach eigenen Zielen erreicht hatte. Es war wenig genug: die theoretische Befreiung von der kirchlichen Aufsicht, die Ausstattung mit zweckmäßigeren Bestimmungen über ihre Aufgabe und praktische wie ideale Thätigkeit, die lebendige Hoffnung auf staatliche Förderung mit äußeren und geistigen Mitteln. Ein wirkliches Recht war der Schule nicht geworden, sie blieb immer noch die geduldige Magd, nicht mehr der Kirche, aber des jeweiligen Ministers für Kultus, Unterricht und Medizinalangelegenheiten. Wir Mitglieder der städtischen Schuldeputation suchten, auch als unsere Simultanschulen aufgehoben wurden, die durch die Besuche bei den jährlichen Revisionen der einzelnen Klassen der Simultanschulen gewonnene Fühlung mit dem inneren Schulleben nicht ganz zu verlieren, die Autorität der Hauptlehrer gegenüber den Anfeindungen eines Teiles der rheinischen Klassenlehrer zu stärken und den Bestrebungen für Hebung des gesamten Lehrerstandes in Gehalt und socialer Stellung die Wege zu ebnen. Erhebliche Schwierigkeiten bereiteten uns die Simultanschulen, die wir aus dem vorigen Jahrzehnt überkommen hatten. Ich habe Seite 138 bei Besprechung des Verbands-

tages der Bildungsvereine vom 23. Januar 1876 in Krefeld gezeigt, wie unter dem Falkschen Regiment das Interesse für Simultanschulen in weitesten Kreisen erwacht, in unserer Stadt bereits im Sommer 1875 der Grundsatz der Parität für alle Schulen angenommen und mit der Simultanisierung von fünf Schulen in den Außenbezirken bereits im selben Jahre vorgegangen worden sei. Die Königliche Regierung in Düsseldorf genehmigte die Einrichtung, und nur die katholische Geistlichkeit erließ einen Protest, der dem Anscheine nach zahmer Natur war. Anders wurde die Sache, als die Stadtverordneten von der städtischen Schulkommission und dem städtischen Schulinspektor Berichte über die in Aussicht genommene Ausführung des fünfundsiebenziger Beschlusses erbaten und diese in der Stadtverordnetenversammlung vom 29. März 1877 zur Vorlage gelangten. Die Umwandelung sämtlicher Volksschulen in Simultanschulen wurde nunmehr endgültig beschlossen. Bereits am 10. April entschied sich eine Versammlung der Centrumspartei, sogen. Katholikenversammlung, für energischen Widerstand. Am 13. April gab es einen Protest der katholischen Geistlichkeit und Aufforderung an Väter, Mütter und Vormünder, darüber zu wachen, daß der römisch-katholische Glaube ihrer die Simultanschulen besuchenden Kinder in keinerlei Weise Schaden erleide. Nach einem späteren Berichte von Ende Dezember 1879 soll man dann durch eine Deputation bei dem Regierungspräsidenten von Bitter erfahren haben, daß dieser der Opposition seine Unterstützung zukommen lassen und den Krefelder Beschluß nicht genehmigen wolle. Als dann Herr von Bitter als Unterstaatssekretär nach Berlin berufen wurde, scheint man nach dem genannten Berichte zwar rasch bei der Hand gewesen, aber bei Absendung einer Deputation nach Düsseldorf nicht ganz so zufriedenstellend beschwichtigt worden zu sein, wie durch Herrn von Bitter. Man spricht seine Verwunderung darüber aus, wie so rasch nach Bitters Weggang der Krefelder Beschluß habe genehmigt werden können. Diese Bemerkung beruht indes auf einem Irrtume. Der Simultanisierungsbeschluß wurde erst genehmigt, als Oberbürgermeister Geheimer Regierungsrat Roos in meiner Begleitung am zweiten Tage nach der Ankunft des neuen Regierungspräsidenten, Herrn

von Hagemeister, von Oppeln her kulturkämpferischen Angedenkens, demselben seine Aufwartung machte. „Wir möchten nur an die noch fehlende Bestätigung erinnern, dann wolle er schon sorgen," so lautete seine Antwort. Mittlerweile war von der Krefelder ultramontanen Opposition am 20. August 1877 eine neue Bitte um Sistierung der Genehmigung zur Simultanisierung der Volksschulen an die Königliche Regierung in Düsseldorf und von da an den Kultusminister Dr. Falk ergangen. Bereits am 3. Oktober erfolgte der ablehnende Bescheid des Ministers. Am 8. Oktober 1877 ging Zug um Zug eine Immediateingabe an den Kaiser und König, betreffend Umwandelung der konfessionellen in konfessionslose Schulen; so hatte man sich gewöhnt, in absichtlicher Verdrehung die Streitfrage zu bezeichnen. Ob die Eingabe an höchster Stelle Anklang gefunden, wurde zunächst nicht bekannt, und mußten die fehlenden Nachrichten durch Gerüchte, daß von dem Kaiser sie immer zu unterst der zu erledigenden Aktenstücke gelegt werde, während der Kaiserin Augusta ultramontane Umgebung sie immer wieder obenauf legen ließe, ersetzt werden. Am 23. Mai 1879 gab es wieder eine Petition der katholischen Pfarrer an die Regierung, am 15. Oktober eine erneute Petition an den Regierungspräsidenten von Hagemeister, die dieser durch die Königliche Regierung in Düsseldorf, als durch frühere Antworten erledigt, zurückweisen ließ, und Ende Dezember 1879 eine Petition an den neuen Kultusminister Herrn von Puttkamer. Mit dem Rücktritt des Ministers Falk 1879 war das Signal zum langsamen Abbröckeln der kirchenpolitischen Neuerungen gegeben. Auch die Schulpolitik wurde, wenn auch nur ganz allmählich, davon betroffen. Allein bei der Simultanschule sollte der Rückschritt ein etwas rascherer sein. Falk hatte schon in seiner Amtszeit dazu, vielleicht nur unbewußt, die Vorbereitung getroffen. Ganz unzweifelhaft war in den Jahren von 1870–75 die Begeisterung für Simultanschulen auf politischem Gebiete entstanden. Ein Kaiser, ein Reich, eine Schule für alle Konfessionen derselben Nation! Der Falksche Erlaß vom 16. August 1875 bezüglich Simultanschulen zeigt demgegenüber schon eine Abschwächung, noch viel mehr ein Teil der Reskripte, die die Schulpläne be-

handelten, die dem Minister auf jenen Erlaß hin zur Genehmigung unterbreitet wurden. Da trat der große patriotische Gedanke, das Kind des Bismarckschen Kulturkampfes, ganz zurück, und kleine Gesichtspunkte, thunlichste Schonung der bestehenden Verhältnisse, der fehlende Nachweis stark konfessioneller Mischung, die Begründung der Notwendigkeit der Vereinigung der Konfessionen, der Abkürzung der Schulwege, traten an Stelle der vom Minister früher verlangten Beweise für das praktische Bedürfnis und die pädagogische Zweckmäßigkeit. U. a. war der Simultanisierungsplan der Kölner Volksschulen und ein Rekursgesuch des Oberbürgermeisters Becker in Köln vom 24. April unter dem 9. Juli 1877 abgelehnt worden. Wären diese Voraussetzungen an die Krefelder Schulen angelegt worden, so hätten sie nicht genehmigt werden dürfen. Der Abgeordnete Georg Jung, der über die verschiedene Behandlung von Köln und Krefeld in der Kölnischen Zeitung Beschwerde erhebt, sagt nicht mit Unrecht: Man sieht, das Reskript ist ein Meisterstück, unbequemen Anforderungen durch Schaffung künstlicher Hindernisse aus dem Wege zu gehen, ohne sich über das Princip auszusprechen. Wenn man sich wundert, daß dieselbe Sache an zwei verschiedenen Orten verschieden behandelt worden ist, so mag das wohl seinen Grund in der etwas geschickteren Abfassung des Krefelder Berichtes gehabt haben, die mir persönlich, wie ich Dr. Keussen ausdrücklich erwähnte, viel zu diplomatisch war und das patriotisch-ideale Ziel gar zu sehr verschleierte. Wenn ich nach der neunundsiebenziger Petition an den Minister von Puttkamer mit dem Oberbürgermeister Roos der eigentliche Urheber, Schützer und Mehrer der Simultanschulen gewesen sein soll, so will ich mich dieses schweren Verbrechens gerne schuldig bekennen, nicht aber des ungemein viel geringeren Vergehens, mich aus Opportunitätsgründen, vornehmlich zur leichteren Durchführung des siebenjährigen Schulsystemes für die Krefelder Begründung der Umwandelung der Schulen aus konfessionellen in Simultanschulen, erwärmt zu haben. Es hat kein Interesse, die einzelnen Vorkommnisse zu verfolgen, die zwischen der neunundsiebenziger Petition der ultramontanen Gesellschaft an von Puttkamer und den letzten endgültigen Verfügungen seines

Nachfolgers von Goßler bezüglich der Rückbildung der Simultanſchulen in konfeſſionelle Schulen vom 24. März und 26. September 1882 ſich ereigneten. Alles, was auf politiſchem wie konfeſſionellem Grunde Intereſſe an einer gründlichen Reaktion hatte, erblickte in den Simultanſchulen ausgeſprochene Gründungen des Gottſeibeiuns. In den Krefelder Schulen wurde ohne Scheu vor den daraus ſich ergebenden erziehlichen Nachteilen ein rückſichtsloſes Spioniersyſtem gegen die Lehrer an den Simultanſchulen unter geiſtlichem Beiſtande eingerichtet und die kleinſte Verfehlung von Kindern und Lehrern in fabelhafter Weiſe aufgebauſcht. Der fanatiſche Eifer fand ſeinen Höhepunkt in Dr. Urſeys Rede in der Stadtverordnetenverſammlung vom 15. April 1880:

„Wenn es ſo weitergeht, dann wird der jetzt ſchon ſtark gärende Vulkan zu offener Flamme ausbrechen und emporlodern und den Liberalen das Dach über dem Kopfe brennen.“

Ein komiſches Intermezzo ergab ſich zwiſchen den beiden Goßlerſchen Verfügungen, als alles nahezu beendet war, eine Petition von proteſtantiſchen Krefelder Familienvätern, bei Nachfrage ſechs an der Zahl, von denen zwei, als ſie öffentlich darüber angefaßt wurden, zurücktraten. Sie waren von dem Verein für Erhaltung der evangeliſchen Volksſchule und deren Leiter, Paſtor Zilleßen aus Crſoy, angeregt worden.

Der Eingaben an die Behörden, der Bürger- und Volksverſammlungen für und gegen Simultanſchulen gab es eine große Zahl. Die Staatsregierung konnte lange nicht zu der Entſchließung gelangen, der ſeit Falks Abgang zur Herrſchaft gelangten neuen Anſchauung, die in der Puttkamerſchen Äußerung gipfelt, daß die Simultanſchule eine verlorene Sache ſei, durch ein Machtwort zu entſprechen. Es widerſprach doch gar zu ſehr der dem konſtitutionellen Staate zu Grunde liegenden Rechtsidee, vor aller Welt auszuſprechen, daß die Schule in Preußen kein Recht habe. Man hätte alſo gar zu gern geſehen, wenn die Krefelder freiwillig auf ihre von der früheren Aufſichtsbehörde genehmigten Simultanſchulen verzichtet hätten. Dies herbeizuführen, ſoll der Regierungspräſident von Hagemeiſter in Düſſeldorf ganz beſonders durch die Kaiſerin Auguſta veranlaßt worden ſein. Auch nur den Vorſchlag

zu machen, war niemand zu bewegen. Bei gemeinschaftlicher Reise von Düsseldorf bis Minden suchte Herr von Hagemeister mich dafür zu gewinnen und mich der Dankbarkeit der Staatsregierung zu vergewissern, wenn ich darauf einginge.

Am 24. März 1882 erfolgte der Gewaltakt, der den Krefelder Simultanschulen ein Ende machte. Am 4. Mai desselben Jahres wurde der neugewählte Oberbürgermeister Küper durch den Regierungspräsidenten von Hagemeister feierlich in sein Amt eingeführt. Bei dieser Gelegenheit gestattete sich dieser Herr, der doch, wie berichtet, vor Jahren den Schlußstein der Simultanschuleinrichtung selbst sanktioniert hatte, sowohl in der Stadtverordnetensitzung wie beim Festmahl eine Reihe von Bemerkungen, die von den den Dingen Näherstehenden kaum anders wie als Hohn aufgefaßt werden konnten. Die kommunalen Körperschaften seien nicht dazu berufen, hochpolitische Fragen zum Austrag zu bringen, — es sei nicht gut, wenn sich hier der Einfluß der Parteien geltend mache, — in Preußen regiere der König — und ähnliche, bei solcher Gelegenheit angebracht, byzantinisch erscheinende Redensarten. Herr von Hagemeister bekundete damit, daß ihm das Geschick und der Takt fehlte, die es den Verwaltern von Provinzen und Regierungsbezirken ermöglichen, bei Systemwechsel durch die zu den höchsten Stellungen Berufenen Ansehen und Würde des Staates und der eigenen Person zu wahren.

Wie das Abgeordnetenhaus gegen die Krefelder Simultanschulen Partei nahm, wird bei Besprechung der Politik berichtet.

Ausführliche Mitteilungen enthält eine von mir 1881 im Auftrage des liberalen Schulvereins erschienene Schrift: „Die Entwickelung des Simultanschulwesens in der Stadt Krefeld". Ich lasse an dieser Stelle die drei letzten Seiten folgen.

Sie lauten:

> Trotz aller Aufhetzungen, trotz der künstlichen Zuspitzung des konfessionellen Standpunktes in den besprochenen Beschwerdefällen, ist ein konfessioneller Gegensatz an den Simultanschulen viel weniger bemerkbar gewesen, als in früherer Zeit, wo die Schüler der konfessionellen Schulen gelegentlich einander Straßenkämpfe lieferten. Ungemein wohlthuend wirkt es auf

jeden nicht in Parteianſchauungen Verbiſſenen, wenn er in die Simultanſchulen hineintritt und die Kinder des Volkes, Katholiken und Proteſtanten, der Pflege der allen gemeinſchaftlichen Ideale, des Guten, des Wahren und Schönen obliegen ſieht, wenn er aus den Antworten der Schüler ihre volle Unbefangenheit erkennt und die Nachwirkung der Jugenderinnerung der Kinder für das ſpätere Leben, daß ſie als Angehörige derſelben Gemeinde, desſelben Volkes auf derſelben Schulbank geſeſſen haben, in Betracht zieht. In Gegenden mit gemiſcht-konfeſſioneller Bevölkerung iſt das wahrlich nichts Geringes, wie gerade die Krefelder Bevölkerung zu erfahren Gelegenheit gehabt hat. Seit 1702 zum preußiſchen Staate gehörig, bot Krefeld, Dank der Toleranz der Hohenzollern, ſchon jedem der Religion wegen Verfolgten eine Stätte, während in den die Enklave Mörs-Krefeld umgebenden geiſtlichen Territorien die Angehörigkeit zum Katholizismus die Vorbedingung der Aufnahme war. Niederländer Mennoniten brachten der Stadt die jetzt ſo blühende Seideninduſtrie, die ſie weit über alle Nachbarſtädte hinauswachſen ließ. Es war ganz natürlich, daß bei ſolchen Traditionen das gute Einvernehmen zwiſchen den Konfeſſionen rege Pflege fand, ja daß wir in der Chronik der Krefelder Schulen noch 1846 ſimultane Einrichtungen verzeichnet finden, deren frühere Schüler bis heute ihre Lobredner ſind. Dies Einvernehmen ſchien äußerlich auch noch immer ſtattzufinden, als bereits durch den Arbeiterzuzug aus der ausſchließlich katholiſchen Nachbarſchaft die Katholiken ganz bedeutend in die Majorität gekommen waren. Der Oberpfarrer der katholiſchen Gemeinde gefiel ſich z. B. darin, bei feſtlichen Gelegenheiten die konfeſſionelle Eintracht zu feiern, ſo daß noch in den ſechziger Jahren der damalige Abgeordnete für Krefeld, der jetzige Senatspräſident Kanngießer in Berlin, den Eindruck gewann, als wenn das Verhältnis zwiſchen den Konfeſſionen in Krefeld ein wahrhaft ideales genannt zu werden verdiene. Es war indes wirklich unter der Hand längſt anders geworden und bei aller und jeder Gelegenheit das Beſtreben einer unſichtbaren Macht die Katholiken zum Gefühl ihrer Beſonderheit

gegenüber ihren protestantischen Mitbürgern wie gegenüber dem Staat und zur Bevorzugung ihrer Glaubensgenossen in Handel und Wandel zu erziehen, hervorgetreten. Das bedeutsamste Mittel zur Erreichung des Zieles hatte man in der Errichtung von Dutzenden religiöser Vereine, die sich, hauptsächlich über die Frauen und über die heranwachsende Jugend erstreckten, gefunden. Der geistliche Charakter dieser Vereinigungen ließ sie lange Jahre vom weltlichen Standpunkt aus als harmlos erscheinen, was sie entschieden nicht waren, wenn man in Betracht zieht, daß durch sie der Ring geschlossen wurde, der von frühester Jugend an in den durch geistliche Lokal- und Kreisschulinspektoren geleiteten Volksschulen um Herz und Gemüt der niederen Volksklassen im Interesse der Hierarchie gelegt worden war. Vor Beginn des kirchenpolitischen Kampfes war, wie fast überall, die Sonderstellung der Katholiken auch in Krefeld eine so entschiedene geworden, daß es nur der konsequenten Weiterentwickelung von einem oder zwei Decennien bedurft hätte, um sie für lange Zeit zur Grundlage einer katholischen Interessengemeinschaft innerhalb der bürgerlichen Gemeinde, analog dem katholischen Staate im preußischen Staate, zu machen.

Dieser Wahrnehmnng, die bei der Entwickelung des kirchenpolitischen Kampfes immer deutlicher einem Jeden, der sich der Erkenntnis der Thatsachen nicht absichtlich verschloß, vor die Augen traten, ist die Errichtung der Simultanschulen in Krefeld zu verdanken. War die Wahrnehmung unrichtig, durch die trüben Gläser eines Vorurteiles hervorgerufen, so war die Maßregel eine unberechtigte, ein Experiment, zu dem eine genügende Veranlassung fehlte. War sie aber richtig, war die Bestätigung, die sie in einer ganzen Reihe von Reden des Urhebers des kirchenpolitischen Kampfes, des Herrn Reichskanzlers, fand, den Thatsachen entsprechend, so muß der preußische Staat die Mittel, die er damals zur Abhilfe des Übels, zugelassen, auch heute noch unterstützen. Von den schweren Anklagen, die Fürst Bismarck damals gegen die Leiter der Hierarchie ausgesprochen, hat er nie ein Jota zurückgenommen.

Der Beweis, daß sie ungerecht gewesen seien, ist vom Centrum hundert und aber hundert Mal versucht, nie aber erbracht worden. Die Kurie und ihre Satelliten werden von dem mit so viel äußerem Erfolge betretenen Wege nicht zurückweichen und niemals der preußisch-deutschen Staatsregierung die geringste Konzession machen, so lange diese den umgekehrten Tanz der Echternacher Springprozession, zwei Schritt zurück und einen vorwärts, für tapfer und geschmackvoll hält. Die Notwendigkeit der Selbsterhaltung wird daher unsern Staat recht bald wieder zwingen, zu der strammeren Anschauung im kirchenpolitischen Kampf zurückzukehren, nicht in dem Sinne, daß er irgend welche als Mißgriff erwiesene Bestimmung der Maigesetze als Kampfmaßregel aufrecht erhält, wohl aber indem er auf dem Gebiete, wo er Herr und Meister ist, auf dem Gebiet der Schule, in der Pflege des allen guten Menschen und treuen Patrioten Gemeinschaftlichen der katholischen Jugend ein Gegengewicht gegen die Sondertendenzen und Machtgelüste der römischen Hierarchie auf den Lebensweg giebt.

Unser Staat ist von seinen Leitern recht häufig in zweifelhafte oder gar falsche Bahnen geleitet worden. Seine große historische Mission unter den Hohenzollern hat er immer wieder aufgenommen und bis zu dem Höhepunkte durchgeführt, wo Kaiser Wilhelm selbst als der Träger der deutschen Einheitsidee auftrat, derselben Idee, für die so mancher Vaterlandsfreund in Kerker und Banden gelitten hat. Sollte eine ähnliche Wandlung nicht auch auf dem Wege zur inneren Einheit wahrscheinlich sein? Es ist undenkbar, daß der preußische Staat, das Deutsche Reich den Schrullen der hochkirchlichen Reaktion, der heute mächtigsten Koterie unter den Konservativen, denselben Leuten, gegen deren Willen die deutsche Einheit errungen, zuliebe darauf verzichten sollten, die Erzielung einer größeren Gleichmäßigkeit in der Auffassung der Beziehungen ihrer Bürger zu den modernen Staatseinrichtungen, mit einem Worte die Erzielung der inneren Einheit, unbeschadet der konfessionellen Verschiedenheiten, sich zur Aufgabe zu stellen.

Mit wenigen Worten will ich an dieser Stelle des Zweiges

des Schulwesens gedenken, der sich mit der Fürsorge für das vorschulpflichtige Alter beschäftigt. Lange Zeit waren die Kleinkinderbewahranstalten ohne Konkurrenz einem Privatverein überlassen, an dessen Spitze der evangelische Pastor Fay stand, um den sich eine Anzahl verdienter Damen, unter anderen Frau Geheim-Rath Roos, Frau Luise de Greiff und Frau Gustav Scheibler, zusammenschloß. Für die Beschaffung der Lokale und ähnliche Dinge waren einige Herren gewonnen worden; die Beaufsichtigung der Schulen, die einen absolut simultanen Charakter trugen, sieben an der Zahl, war allein den Damen anheimgegeben. Erst ganz kürzlich ist bei der gestiegenen Vorliebe für konfessionelle Trennung jenem Verein eine von Nonnen geleitete Organisation zur Seite getreten, für die Herr Dr. Ursey die Konzession erhalten hat, in der die Katholiken Gelegenheit haben, ihren Kindern eine mehr specifisch konfessionelle Vorbereitung für den öffentlichen Schulunterricht zu geben.

Trotz meiner jährlich wiederkehrenden längeren Abwesenheit von Krefeld konnte ich in den Jahren 1880/90 die Stelle als erster Vorsitzender der städtischen Armenverwaltung dank der steten Bereitwilligkeit meines Stellvertreters W. Elfes, bei meiner Abwesenheit einzuspringen, beibehalten. Wir hatten seit der Begründung des Systems moderner Armenpflege anfangs normale, später vorzügliche Verhältnisse gehabt, die sich indes im Laufe der siebziger Jahre allmählich verschlechterten. Im Jahre 1880 kommt es der Armenverwaltung zur Erkenntnis, daß die Schwierigkeiten, die sich ihr entgegenstellen, voraussichtlich andauern, einmal bewilligte Unterstützungen nicht beim Aufleben des Geschäfts nach flauer Zeit gleich wieder in Wegfall kommen dürfen. Man muß ausdrücklich gegen die in normaler Zeit praktische Taktik, den sich zur Unterstützung Meldenden anfangs einfach zurückzuweisen, sich verwahren, weil man erfährt, daß der Arbeitsverdienst in manchen Fällen so unsicher geworden ist, daß ganz ordentliche Leute, die dem Gedanken, sich um öffentliche Unterstützung zu bewerben, bis zum letzten Augenblick widerstrebt haben, plötzlich auf dem Trocknen sitzen. Dabei macht sich das Mißtrauen, ob nicht doch langsam eine gewisse Lauheit an der Behandlung der Einzelfälle eingetreten

sei, immer erneut geltend; die Verwaltung ändert das System der Revisionen, versucht die Bezirksvorsteher gegen die Armenpfleger auszuspielen, alles vergebens! 1886 sind die Ausgaben seit drei Jahren um 50%, seit fünf Jahren um 100% gestiegen. Die städtische Finanzkommission vermerkt, daß eine zeitweise Verbesserung der Beschäftigung keine entsprechende Verminderung der Lasten herbeiführt und verlangt verschärfte Kontrollen. 1888 stellt endlich nach vielfachen Verhandlungen in den Bezirksversammlungen, in der Armendeputation, in der Stadtverordnetenversammlung, die öffentliche Meinung fest, daß als entscheidende Thatsache zur Begründung des unerquicklichen Steigens der Armenunterstützungen eine teils andauernde, teils in kurzen Perioden wiederkehrende ungenügende Beschäftigung zu betrachten sei, die mangelnde Arbeit aber neben anderen Umständen in erster Linie der durch den mechanischen Betrieb hervorgerufenen Überproduktion und der vielen Tausend in Krefeld zugezogenen beschäftigungslosen Hausweber aus den benachbarten Weberdörfern zu verdanken sei. Interessant erscheint zwanzig Jahre später bei solcher Erwägung, daß bei der ersten Andeutung über auswärtige Konkurrenz in dem Protokoll von 1880 nicht der Rückgang der linksrheinischen Webeindustrie, sondern der der rechtsrheinischen Eisenwerke genannt wird. Wenn dann 1880 in dem Protokoll der Sitzung der Armendeputation mit den Bezirksvorstehern gesagt wird, daß die Verhältnisse der Industrie seit Jahren eine fortwährende Steigerung unserer Bemühungen erfordern und eine verständige Armenpflege in außerordentlichem Maße erschweren, so ist nicht zu verwundern, daß schon 1889 der Spieß umgedreht und ausgesprochen wird, daß ein Teil der Überschreitungen dem Umstand zuzuschreiben ist, daß die Sätze zu niedrig sind. Alle Verhandlungen führen schließlich zu der Überzeugung hin, daß bei Wiedereintritt normaler Verhältnisse in der Armenpflege verschärfte Kontrollen der Entscheidungen der Bezirke einzuführen sein werden.

Im Dezember 1888 findet sich in meinem Tagebuche folgende auf Armenpflege bezügliche persönliche Bemerkung: Als Vorsitzender der Armenverwaltung hatte ich, wenn auch manchmal mit unterdrücktem Seufzer, es allzeit für meine Pflicht gehalten, Jedermann

zugänglich zu sein, um etwaigen Klagen aus der Armenpflege gerecht zu werden. Seit Eintritt der aus dem Kampf zwischen Hand- und Maschinenstuhl hervorgegangenen Verschlechterung der Erwerbsverhältnisse unserer Stadt steigerte sich der Zudrang zu meinem Hause indes auf die Höhe von 30—50 Personen täglich, so daß ich den größeren Teil der Fälle nur durch Spendung in klingender Münze loswerden konnte und befürchten mußte, trotz guter Absicht den Betteltrieb zu befördern. Seit 1886 habe ich infolgedessen, auf Anraten des Oberbürgermeisters Küper, die Beschwerdeinstanz in das Büreau der Armenverwaltung verlegt und bin für den ärmlich aussehenden Bittsteller nicht mehr in meinem Hause sichtbar gewesen. Die sich daraus ergebenden Ersparnisse habe ich dazu verwandt, die Zahl der von mir aus den Armenbezirken zu Weihnachten zu beschenkenden Kinder von zwei auf vier Fälle zu erhöhen (zuletzt waren es 128).

Zum 1. April 1888 veröffentlichte die städtische Armendeputation einen Bericht aus meiner Feder: „25 Jahre der Wirksamkeit des Krefelder Armenwesens, seit Einführung des Elberfelder Systems 1863—1888". Am 30. Juni desselben Jahres vereinigte ein Festmahl in der Stadthalle an 500 Mitglieder der Behörden, Stadtverordnete, Armendeputation, Bezirksvorsteher, Armenpfleger und Mitbürger zur Feier des Tages. Die Bezirke saßen zusammen.

Es redeten: Oberbürgermeister Küper unter Verlesung eines zur Gedenkfeier eingetroffenen Schreibens der Königlichen Regierung zu Düsseldorf, lautend:

> Die städtische Armendeputation hat einen Bericht über die 25jährige Wirksamkeit des Krefelder Armenwesens seit Einführung des Elberfelder Systems (1863—1888) erstattet, dessen Inhalt von der Wirksamkeit der gedachten Deputation und von den erzielten Erfolgen ein ausführliches und erfreuliches Bild giebt. Die Darstellung hat zugleich eine volkswirtschaftliche Bedeutung, welche über die Grenzen der Stadt Krefeld hinausreicht. Auf diesen bei Kramer & Baum in Krefeld gedruckten Bericht, wird daher an dieser Stelle besonders aufmerksam gemacht, und können wir die Be-

schaffung desselben für die Armenverwaltungen unseres Bezirks nur empfehlen.

Düsseldorf, den 26. Juni 1888.

Der Regierungspräsident.
J. V. Königs.

Herr Oberbürgermeister Küper ließ unsern Kaiser und König Wilhelm II., Herr Alfred Molenaar die sich stets verjüngende Jubilarin, Landtagsabgeordneter L. F. Seyffardt Oberbürgermeister Küper und die Stadtverordneten, Herr W. Elfes die acht Jubilare, Herr W. Gobbers Frau Rhodius, die große Wohlthäterin unserer Stadt, und Herr Bezirksvorsteher Fritz Kowes den ersten Vorsitzenden der Armendeputation leben.

Eine schon längst in Aussicht genommene Anlehnung des Krefelder Zweigvereins des vaterländischen Frauenvereins an unsere städtische Armenfürsorge kam in diesem Jahrzehnt immer erneut zur Anregung. Schon 1871 hatte Frau Jenny Heydweiller geb. von den Leyen, nach Beendigung ihrer verdienten Wirksamkeit in dem Krefelder Lazarett mir schriftlich den Wunsch zahlreicher Damen, die bei der Kriegsleistung im Namen des 1866 in Berlin gegründeten vaterländischen Frauenvereins beteiligt gewesen, ausgesprochen, eine dauernde Friedensthätigkeit zu begründen. Der Gedanke gelangte erst 1878 zur Reife, als auch von dem Berliner Hauptverein die Gründung eines Krefelder Zweigvereins angeregt wurde. Nachdem in mehreren Sitzungen die Damen, Frau Geheimrat Roos, Frau Geheimrat Heimendahl und Frau von Randow mit mir die Art und Weise des Zusammenwirkens mit der Armenverwaltung verabredet hatten, verstärkten sie sich durch eine Anzahl von Damen und erließen einen Aufruf zur Vereinsgründung. Fritz de Greiff und ich traten dem Vorstand bei, zu dessen Vorsitzenden Frau Geheimrat Roos gewählt wurde. Der Verein fand gleich zahlreiche Mitglieder und entfaltete eine recht gemeinnützige Thätigkeit, doch schien es 1883 angemessen, angesichts der erfreulichen Ergebnisse bei sehr beschränkten Mitteln, die dem vaterländischen Frauenverein nachzurühmen waren, dem so vortrefflich arbeitenden Apparat bedeutend größere Zuwendungen der freien Wohlthätigkeit zur Verfügung zu stellen. Oberbürgermeister

Küper und die Armenverwaltung erließen daher am 3. Januar eine die Wünſche des Vereins recht dringend unterſtützende Bitte an die Mitglieder, größere jährliche Beiträge beizuſteuern. Der Erfolg war ein recht erſprießlicher und wurde im Laufe der Zeit noch bedeutend überboten durch die Ergebniſſe von Feſtlichkeiten und Bazars, bei deren Einrichtung und Durchführung neben vielen anderen Damen ganz beſonders Frau Geheimrat Küper und Frau Johannes von Beckerath geb. Schramm ſich hervorthaten. 1885 wurde zum erſtenmal vom Zweigverein die Delegierten- und Generalverſammlung des Hauptvereins in Berlin beſucht und zwar durch Frau Oberbürgermeiſter Küper und mich. Frau Küper hatte übernommen, die Eigenart der Krefelder Verbindung des Frauenvereins mit der öffentlichen Armenpflege zur Darſtellung zu bringen. Sie that es mit großer Friſche und anerkanntem Erfolg. Ein Zeitungsbericht ſagt darüber:

> Im Anſchluß an einen von dem Deutſchen Verein für Armenpflege und Wohlthätigkeit gefaßten Beſchluß, wodurch die in jener Sitzung anweſenden Vertreter öffentlicher Armenpflegeverbände und freier Wohlthätigkeitsvereine erſucht worden waren, dazu beitragen zu wollen, daß eine regere Beteiligung der Frauen an der öffentlichen Armenpflege erreicht, und wo Frauenvereine beſtehen, eine geregelte Verbindung mit denſelben hergeſtellt werde, war die Frage zur Beſprechung geſtellt, inwieweit jener Beſchluß einen praktiſchen Erfolg durch Verbindung der Vereine mit den Behörden, Gemeinden, Kreiſen und Provinzen auf den verſchiedenen Gebieten der geordneten Armenpflege gehabt habe und nach welchen Richtungen es für wünſchenswert zu erachten ſei, fernere Anſchlüſſe zu ſuchen. Die von dem Staatsminiſter a. D. Dr. Friedenthal geleitete Verhandlung war eine ſehr angeregte. Von beſonderem Intereſſe waren die Mitteilungen, welche die Vertreter des badiſchen Frauenvereins, Geheimer Finanzrat Fuchs, des Zweigvereins in Kaſſel, Staatsanwalt Chuchull, und die Vertreterin des Zweigvereins in Krefeld, Frau Oberbürgermeiſter Küper, über das Zuſammenwirken der betreffenden Vereine mit den

Behörden und den sonst am Orte bestehenden Wohlthätigkeitsvereinen machten. Aus diesen Mitteilungen wie aus den von einzelnen Vereinen über jene Frage eingesendeten schriftlichen Berichten ergab sich die allseitig gewonnene Überzeugung von der Notwendigkeit eines solchen Zusammenwirkens, ohne welches eine gedeihliche Armenpflege nicht möglich ist. Von ganz besonderem Interesse waren gerade die Ausführungen der Vertreterin für Krefeld, welche gegenüber den von dem Vertreter des Zweigvereins Kassel über die dortigen Einrichtungen, die als ein Unikum und besonders nachahmenswert bezeichnet wurden, die Vorzüge des Krefelder Zusammenwirkens des vaterländischen Frauenvereins in Verbindung mit der öffentlichen Armenpflege darlegte und aus dem von ihr eingesandten eingehenden, mit sämtlichen hier in Gebrauch befindlichen Formularen versehenen Berichte die wesentlichsten Punkte in anschaulicher Schilderung hervorhob. Die Ausführungen der Rednerin gaben dem Vorsitzenden, Herrn Staatsminister a. D. Dr. Friedenthal, Veranlassung, auch seinerseits zu erklären, daß gerade die Krefelder Einrichtungen für die Armenpflege als mustergültig hinzustellen seien.

Als ich dann 1886 zu derselben jährlichen Veranlassung diesmal allein im Schlosse erschien, war ich bereits an Straßmanns Stelle zum Vorsitzenden des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohlthätigkeit erwählt. Staatsminister a. D. Friedenthal stellte mich in dieser Eigenschaft von allen Anwesenden zuerst der Kaiserin Augusta vor, da der Leiter eines deutschen Gesamtvereins doch einen Vorzug vor den einzelnen Delegierten haben müsse. Ihre Majestät dankte leutselig für die Behandlung des Themas: Über die Thätigkeit der Frauen, insbesondere der Mitglieder der vaterländischen Frauenvereine in der öffentlichen Armenpflege auf der vorjährigen Jahresversammlung des Deutschen Vereins. 1887 und 88 war ich wieder zur Stelle und wurde jedesmal vorgestellt; 89 nachdem ich vorher auf eine Frage des Regierungspräsidenten Graf Hue de Grais, ob ich eine Wahl in den Hauptvorstand des vaterländischen Frauenvereins annehmen würde, mit ja geantwortet hatte, wurde ich wirklich gewählt. Die Mitteilung

der Vorsitzenden Charlotte Gräfin von Itzenplitz vom 5. Februar 1889 lautete wörtlich, daß ich auf den Vorschlag Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin Augusta auf Grund des § 8 Absatz 4 des Vereinsstatuts vom 24. Mai 1869 vorbehaltlich der Bestätigung durch die nächste Generalversammlung zum Mitglied des Vorstands des vaterländischen Frauenvereins gewählt worden sei. Der ausgesprochene Zweck meiner Wahl war die Anerkennung für die von dem Deutschen Verein in den Jahren 1885 und 88 den Zielen des vaterländischen Frauenvereins zu Teil gewordene Unterstützung und der Wunsch, die beiderseitige Fühlung zu heben und zu stärken.

Der genannte Deutsche Verein für Armenpflege und Wohlthätigkeit ist im Jahre 1881 in Berlin gegründet worden. Die erste Anregung hatte der langjährige Leiter des Gothaischen Armenwesens, Senator Doell von Bremen, 1879 gegeben. Es folgten auf der Leipziger Generalversammlung der deutschen Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung am 23. Mai 1880 acht Männer in der Anerkennung des Bedürfnisses, eine Vereinigung gleichgesinnter Männer und Frauen zu bilden, um durch Wort und Schrift auf dem Gebiete von Armenpflege und Wohlthätigkeit einen Meinungsaustausch anzubahnen, auf vorhandene Schäden hinzuweisen, die Heilmittel zu besprechen, und Beispiel und Anregung für die praktische Durchführung nützlicher Einrichtungen zu geben. Es waren die Herren Oberbürgermeister Dr. Georgi-Leipzig, Pastor Höpfner-Hannover, Reichstagsabgeordneter Kalle-Wiesbaden, Direktor Knops-Siegen, Schriftsteller Lammers-Bremen, Stadtrat Ludwig-Wolf-Leipzig, Stadtrat Roestel-Landsberg, Landtagsabgeordneter Seyffardt-Krefeld. Man einigte sich dahin, den Stadtverordnetenvorsteher Dr. Straßmann-Berlin als einen durch öffentliche Stellung und Sachkunde berufenen Mann zu ersuchen, die Angelegenheit weiter zu betreiben und die vorläufige Leitung zu übernehmen. Herr Straßmann entsprach der an ihn gestellten Bitte und widmete dem sich rasch und günstig entwickelnden Verein seine ganze Liebe und Thatkraft. Mitteilungen über die Vereinsleistungen in Referaten und Verhandlungen enthalten die in den Händen aller Mitglieder befind-

lichen Druckſachen, in ſehr ausführlicher, der Generalbericht des frühern Leiters des Hamburger, ſpätern Leiters des Berliner Armenweſens, Stadtrat Dr. Münſterberg von 1880—1895 in gedrängter, ungemein überſichtlicher und ſachkundiger Darſtellung. Den Jahresverſammlungen 1882 Darmſtadt, 83 Dresden, 84 Weimar, 85 Bremen präſidierte Dr. Straßmann. Anfangs 86 verſetzte ſein unerwarteter Tod den Verein in tiefe Trauer und in einige Verlegenheit, da Stellvertreter und Vorſtandsmitglieder nicht vorgeſehen waren. Die Berliner Mitglieder baten mich, der ich als Abgeordneter zur Stelle war, den Übergang in neue Verhältniſſe zu vermitteln und ich ſtand nicht an, mich zur Verfügung zu ſtellen. Die Ausgaben hatten die Einnahmen um 3000 Mk. überſchritten; dieſe Schuld zu decken, war die geringere Schwierigkeit. Wer aber ſollte die eigentliche Leitung, die Vermittelung zwiſchen den nach deutſcher Art mannigfach auseinander ſtrebenden Elementen, die ſachliche Vorbereitung der Jahresverſammlungen, mit einem Wort den Vorſitz übernehmen? Bei der Gründung hatte die Wahl Straßmanns die Bedeutung gehabt, daß man allgemein der Meinung war, es könne nur gehen, wenn ein Magiſtratsmitglied von Berlin, dem ein Bureau zur Verfügung ſtehe, die Arbeit übernehme. Nun hatte der Oberbürgermeiſter von Forckenbeck die drei der Konſtituierung vorhergegangenen Konferenzen ſehr freundlich und entgegenkommend begrüßt, ſo daß meine Freunde gar nicht bezweifelten, daß ich leicht zurecht kommen würde, wenn ich mich an ihn oder den Bürgermeiſter Tuncker wenden würde. Ich dürfe mich aber nicht mit dem bisherigen Vertreter von Berlin auf unſeren Verſammlungen, Syndikus Eberty einlaſſen, der ſich mehrmals durch eigenſinniges Verharren auf einem verſchrobenen Standpunkt mißliebig gemacht hatte. Das war aber alles weit gefehlt. Forckenbeck wollte ebenſowenig wie der alte Tuncker. Zuletzt ſagte der Erſtere, ohne Zweifel durch Ebertyſche Weisheit bearbeitet, der Berliner Magiſtrat ſtände auf einem andern Standpunkte als die große Mehrheit der bei uns vertretenen Städte. Er ſagte nicht inwiefern, aber ich glaubte durchzufühlen, daß der bekannte politiſche deutſchfreiſinnige Standpunkt der Berliner Verwaltung mit im Spiele

war. So blieb mir nichts übrig, als die Sache allein zu machen. In der Frühjahrsausschußsitzung wurde ich dann zum Vorsitzenden, Freiherr von Reitzenstein-Freiburg zum Stellvertreter, Ludwig-Wolf-Leipzig zum Schatzmeister, Oberbürgermeister Ohly-Darmstadt und Stadtsyndikus Eberty zu Beisitzern erwählt.

Bei den Jahresversammlungen 1886 in Stuttgart, 1887 in Magdeburg, 1888 in Karlsruhe und 1889 in Kassel führte ich den Vorsitz.

Von den Erwiderungen auf Begrüßungsreden der staatlichen und städtischen Behörden, mit denen ich gelegentlich kurze Ausführungen über Zwecke und Ziele des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohlthätigkeit verband, sei diejenige des letztgenannten Versammlungsortes Kassel erwähnt:

> Ich danke Sr. Excellenz dem Herrn Staatsminister a. D. Oberpräsidenten Graf zu Eulenburg und dem Herrn Oberbürgermeister Weise von ganzem Herzen namens unseres Vereins für die liebenswürdigen Worte, die sie zu unserer Begrüßung gesagt, ich danke ihnen für die Anerkennung, die sie unseren Bestrebungen und unseren Leistungen ausgesprochen haben. In den Wünschen, die sie dem Gelingen unserer Jahresversammlung und unserer ferneren Wirksamkeit gewidmet haben, darf ich wohl die Anerkennung willkommen heißen, daß auf dem Gebiete der Armenpflege neben der staatlichen, den Gemeinden übertragenen Fürsorge, sich ein fruchtbringendes Feld für freiwillige, gemeinnützige Thätigkeit darbietet. Wir selbst sind in hohem Grade von dieser Überzeugung durchdrungen; stammt ja doch die Gründung unseres Vereins, wie der Herr Oberpräsident so richtig ausgeführt hat, aus einer Zeit, in der das Bewußtsein, daß unserem neugegründeten Deutschen Reiche neben so vielen anderen auch hohe Aufgaben in Förderung der socialen Lage der minderbegüterten Klassen gestellt seien, Aufgaben, die in der früheren staatlichen Zersplitterung nicht zur Geltung hatten kommen können, einen kräftigen Aufschwung nahm, und in der auch vom Herrn Oberpräsidenten bereits angeführten Kaiserlichen Botschaft von 1881 einen glücklichen Ausdruck fand. Seitdem ist unsere

Reichsregierung beſtrebt geweſen, durch eine Reihe von wohlthätigen Geſetzen — durch die Kranken-, Unfalls-, Alters- und Invalidenverſicherung — Zeugnis abzulegen, wie ernſt ſie befliſſen iſt, der humanen Strömung gerecht zu werden, während unſer Verein in ſeinen jährlichen Verſammlungen den Mittelpunkt der in unſeren Gemeinden und Verbänden thätigen Beſtrebungen zu bilden ſich vorgeſetzt hat, die auch die älteſte Art der Fürſorge für Hilfsbedürftige, die Armenpflege, mit dem neuen ſocialen Geiſte der Zeit durchdringen wollen. Je mehr wir uns in dieſe unſere Aufgabe verſenken, um ſo mehr erkennen wir, wieviel uns zu thun übrig bleibt. Wir dürfen uns nicht länger begnügen, das alte Übel der Unfähigkeit von Tauſenden und Abertauſenden, den Wechſelfällen des Lebens durch Selbſthilfe zu begegnen, dann zu bekämpfen, wenn es an die Oberfläche tritt. Wir müſſen uns der ſocialen Arbeit unterziehen, das Übel an der Wurzel zu erfaſſen und jeden einzelnen Fall daraufhin zu prüfen, ob er nicht aus der großen Maſſe des Elends und der Verwahrloſung herausgegriffen werden kann. Wir ſind ſicher, dann immer mehr die einzelnen Grade der Armut und Verkommenheit unterſcheiden zu lernen, und manche ſchwache Kraft der Selbſthilfe zurückgeben, im ſchlimmſten Falle aber, wenn auch nicht mehr den verkommenen Erwachſenen, doch den heranwachſenden Kindern die hilfreiche Hand bieten zu können. Wir werden ſo uns immer mehr von der Herrſchaft der Schablone befreien und uns zu der höchſten Aufgabe der Armenpflege emporarbeiten, auch zukünftiger Not und Verkommenheit unſerer Mitmenſchen durch Geſetze und Einrichtungen im großen und chriſtliche Liebe im einzelnen vorbeugen.

Einige Aufzeichnungen aus dem Krefelder kommunalen Leben des Jahrzehnts 1880 1890 verdienen trotz der durch meinen Berliner Aufenthalt entſtandenen Lücken noch hervorgehoben zu werden.

Im Oktober 1881 brachte die aus Geſundheitsrückſichten hervorgegangene Bitte von Roos um Entlaſſung aus dem Amte die ſo oft ſchon im engern Kreiſe beſprochene Magiſtratsverfaſſung

in den Vordergrund aller Besprechungen. In der Presse, den Parteiversammlungen, den Wahlvereinen, den privaten Vereinigungen wurden die Vorzüge und Nachteile der Magistratsgegenüber der rheinischen Mairieverfassung sehr eingehend verhandelt. Obschon ich bei jeder Gelegenheit auf die Anregung meiner parlamentarischen Erfahrung hin mit meiner Ansicht, daß für eine rechte Selbstverwaltung die Magistratsverfassung entschieden geeigneter sei, nie hinter dem Berge hielt, hatte ich einen Erfolg nicht gehabt. Der Gedanke, die dem Oberbürgermeister zur Last liegende allgemeine Verantwortlichkeit auf verschiedene Magistratsmitglieder zu verteilen, erschien anfangs Allen so plausibel wie möglich, aber im Verlauf der Besprechung erschienen dann wieder so viele Bedenken, daß der Entschluß zur Änderung nicht reifen wollte. In Köln (O. B. Becker) wie in Düsseldorf (O. B. Lindemann) wurde die Frage zugleich mit uns verhandelt und trotz angeblicher Geneigtheit der Oberbürgermeister für die überrheinische Ordnung nicht weiter gefördert als bei uns. Wir in Krefeld kamen nur soweit, daß im Einverständnis mit den Stadtverordneten die Männer, die mit den Kandidaten für die Nachfolge von Roos verhandelten, aussprechen durften, daß der Gewählte nicht als ein Mißtrauensvotum zu betrachten habe, wenn man sich früher oder später für die Magistratsverfassung entscheiden sollte.

Im selben Jahre wurde wieder wie 1879 über die für Krefelder Verhältnisse geeignetste Ordnung der kommunalen Zuschläge zu den Staatssteuern verhandelt. Ich führte an den Verhältnissen der sechs Höchstbesteuerten, zu denen ich selber gehörte, den Beweis, wie sehr sie durch die Zuschläge zu den Realsteuern, entlastet, durch die zu der Einkommensteuer belastet würden. Mein motivierter Antrag, es bei dem bisherigen Zuschlag von 50 % zur Grund- und Gebäudesteuer zu belassen, wurde gegen neun klerikale Stimmen für 1881 1882 angenommen.

Am 8. Oktober 1885 weise ich auf den Abhilfe erfordernden verwahrlosten Zustand des alten Kirchhofs, den die öffentliche Meinung gerne in einen städtischen Spaziergang verwandelt sähe, hin.

Die Steuerfragen hatten unterdessen bei der jährlichen Etatsberatung immer die Vorhand behalten und bei der in Folge der fortgesetzten Diskussion und des staatlichen Wunsches nach Steuerreform immer größer werdenden Meinungsverschiedenheit 1888 zur Einsetzung einer Kommission zur Revision des Gemeindesteuerwesens geführt. Als diese am 15. Juni Bericht erstattete, gab es einen langen theoretischen Meinungskampf, bei dem ich mich im Interesse der unteren Schichten gegen indirekte Steuern, besonders aber gegen die Schlachtsteuer, Molenaar sich aus praktischen Gründen für dieselben aussprach. Aus dem großen Wirrwarr der Meinungen kristallisierte sich zuletzt der Beschluß, daß die Mehrheit sich für indirekte Steuern und zwar eine Biersteuer in namentlicher Abstimmung mit 17 gegen 9 Stimmen des Centrums und eine mäßige Heranziehung von Fleisch, Licht und Wasser, deren Einzelheiten zu bestimmen der Kommission übertragen wurde, entschied. Von den anwesenden 26 Mitgliedern stimmten 13 für Besteuerung von Fleisch, 17 für eine solche auf Licht und 14 für eine Erhöhung des Wasserzinses.

Bei den in diesem Jahrzehnt die Öffentlichkeit immer einseitiger beherrschenden materiellen Interessen trat der von den Altkatholiken so ernst und würdig eröffnete Kampf mit dem Ultramontanismus sehr zurück. Nachdem der größte Mann des Jahrhunderts den Canossagang angetreten, hatte die kleine aber gerechte Gemeinde für absehbare Zeit die Aussicht auf öffentliche Erfolge verloren. Daß sie die Hoffnung auf eine bessere Zukunft, wenn die Zeitumstände der idealen Anschauung im Kreislauf der Dinge einmal wieder günstiger sein werden, mit Überzeugung festhält, ist anzuerkennen. Die Gewährleistung ihres dauernden Bestehens hat die altkatholische Gemeinde in Krefeld erst im folgenden Jahrzehnt 1894 durch die Eröffnung und Einweihung ihrer Christuskirche erhalten. Ich war erfreut, dem feierlichen Akt, den Bischof Weber und Pfarrer Rabbertz vollzogen, beiwohnen zu können.

Aus dem persönlichen Verkehr mit den Leitern der altkatholischen Bewegung will ich nur einiger Äußerungen des Bischofs Reinkens bei Gelegenheit eines Besuches, den er mit

Bischof Herzog von Bern und Wilh. Gobbers mir am 23. September 1889 abstattete, Erwähnung thun. Es heißt darüber in meinen Notizen:

Reinkens war sehr gesprächig und erging sich des breitern über ältere Vorkommnisse des kirchenpolitischen Kampfes. Einige Thatsachen will ich gemäß seiner Schilderung notieren. Er sei seiner Zeit vom Minister Mühler zum Leiter der katholischen Abteilung ausersehen gewesen, da habe Fürst Radziwill sich an Kaiser Wilhelm gewandt, infolgedessen Krätzig, der von Bismarck nachher im Parlament so schlecht Behandelte, mit dem Posten betraut worden wäre. In Rom habe er (Reinkens) auf Veranlassung der preußischen Staatsregierung sich bei den Jesuiten lieb Kind machen sollen, um von päpstlicher Seite keinen Widerspruch zu erfahren, wenn die Staatsregierung ihn zu einem Vertrauensposten erwählen würde. Es sei aber übersehen worden, daß die Jesuiten sich keinen gefallen lassen, den sie nicht mit Haut und Haaren zu besitzen vermeinen. Niemals herrsche in Rom ein weitsichtiger, kirchenpolitischer Standpunkt, sondern immer nur die alte erfolgreiche Routine. Staatsfreundliche Katholiken, die die Jesuiten (letztere aktiv gemeint) zu kennen glauben, würden in der Lage sein, durch weit angelegte Kombinationen sie lahm zu legen. Ein solcher Mann an der richtigen Stelle, hätte mit dauernder Unterstützung des Staates in zehn Jahren unter den geistigen Verhältnissen der siebziger Jahre den preußischen Episkopat umgestalten können, durch Entgegenkommen gegen die Kurie im kleinen und Festhalten im großen.

Den Verein für Socialpolitik habe ich verlassen, als auf der Jahresversammlung 1879 in Frankfurt a. M. eine ganz einseitige Interessenpolitik die Mehrheit gewonnen hatte. Die geistigen Leiter sahen ein, daß sie in eine schiefe Richtung hineingeraten waren und daher mit allem Ernste die erforderlichen Mittel ergreifen müßten, um nicht noch weiter von den bei der Gründung des Vereins angestrebten Zielen abgedrängt zu werden. Immer mehr waren im politischen Kampf die wirtschaftlichen Fragen Parteifragen geworden und hatten den Verein in ihre Kreise hineingezogen. Es galt die wissenschaftliche Grundlage, von der

man ausgegangen war, wiederherzustellen und auszubauen. Zu diesem Behuf wurden neue Statuten vereinbart, deren wesentlichste Änderung in der Abschaffung der Abstimmung beruhte. Mit vielem Interesse hatte ich die jährlichen Versammlungen des Ausschusses in Frankfurt a. M. besucht und von den Männern der Wissenschaft Schmoller, Nasse, Brentano, Miaskowski, Cohn, Knapp, Neumann und so manchen anderen erwünschte Anregungen erhalten. Ich hatte die höchste Achtung vor dem Geist und dem Streben der neuern nationalökonomischen Schule gewonnen, aber doch nie den Eindruck überwunden, daß mangels der richtigen Vorbildung für ihr Amt, die ohne eine wirkliche Teilnahme am wirtschaftlichen Leben einseitig bleibt, ihr Beruf zu maßgebender Beeinflussung der wichtigsten socialpolitischen Frage der Gegenwart, der Reform des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, angezweifelt werden muß. Mit der stattgehabten Statutenänderung war ich ganz einverstanden, wenn ich auch wohl erkannte, daß damit die Stellung der Nicht-Professoren im Verein noch mehr als bisher zurücktreten müßte.

Wider Erwarten gab mir die Verhandlung von 1884: „Einwirkung der Organisation unserer höheren und mittleren Schulen auf das sociale Leben und die Erwerbsthätigkeit der Nation" am 7. Oktober in Frankfurt a. M. in dem Kreise des Vereins, in dem Schulfragen recht ungewohnte Kost waren, Gelegenheit, meine Meinung über die nötige Reform des nähern auszusprechen.

Ich hebe aus meiner Rede nur die großen Nachteile hervor, die nach meiner Auffassung die bisherige Organisation unserer höheren Schulen der Erwerbsthätigkeit unserer Nation zugefügt hat. Auf allen Gebieten menschlicher Thätigkeit, in der Wissenschaft, der Kunst, der Industrie, habe sich das System der Teilung der Arbeit vollzogen, nur die Schule wolle nicht folgen. Dieselben Schulen, die zum höchsten Ziele, dem Studium auf der Universität vorbilden, müssen auch dem mittleren und kleinen Beamten und Gewerbetreibenden dienen. Es fehle an Schulen für die große Zahl von Schülern, die nicht bis zum Abiturienten-Examen durchdringen können und von einer der unteren oder

mittleren Klaſſen der neunklaſſigen Schulen ohne eine irgend abgeſchloſſene Bildung abgehen. Für alle dieſe Schüler haben die toten Sprachen abſolut keine Bedeutung. An ihre Stelle müßten Bildungselemente treten, die den modernen Bedürfniſſen entſprechen.

Den Verſammlungen in Frankfurt a. M. von 1886 und 88, ſowie den darauf bezüglichen Ausſchußſitzungen wohnte ich bei, ohne das Wort anders als zur Beteiligung an Specialdiskuſſionen zu ergreifen.

An den Bericht über den Verein für Socialpolitik will ich die Mitteilung an eine im Intereſſe der Arbeiter der Hausweberei erfolgte Gründung von drei Unterſtützungsfonds für den linken Niederrhein, in Kempen (zugleich für Kreiſe Cleve und Geldern), in Krefeld (Stadt und Land, zugleich auch für Moers und Neuß) und M.-Gladbach (zugleich für Grevenbroich, Erkelenz, Geilenkirchen und Heinsberg), anknüpfen. Der Fonds in Kempen wurde durch Komm.-Rat Niedick in Lobberich am 3. März 1886, die in Krefeld und M.-Gladbach wurden am 19. Juli 1887 begründet. Sie hatten den Zweck, den vielen älteren Seiden- und Samtwebern, die nach dem Niedergang der Hausinduſtrie nicht ohne Überwindung großer Schwierigkeiten andere Arbeit erhalten konnten, den Übergang zu erleichtern. Zu den Fonds haben meine Firma 10000, mein Bruder Heinrich 10000 und ich 30000 Mark beigeſteuert. Die drei unter dem Vorſitz des Landrats von Boenninghauſen in Kempen verwalteten Fonds werden im Statut als vorübergehend beſtehend bezeichnet. Sollte ſich der Übergang der Hausinduſtrie in die mechaniſche Induſtrie leichter vollziehen, als heute zu befürchten, ſo heißt es, geht der Wunſch der Stifter dahin, daß die disponibelen Fonds zunächſt für Altersverſorgungskaſſen verwandt werden, ohne jedoch den Beſchlüſſen der Kuratorien damit vorgreifen zu wollen.

Die beiden nächſtdem in Betracht kommenden freien Vereine ſind die Geſellſchaft für Verbreitung von Volksbildung und der liberale Schulverein. Beide habe ich auf dem Brüſſeler Kongreß für Unterrichtsfragen 1880 vertreten. Ich folgte zudem noch einer Einladung, die an mich perſönlich von der ligue belge de

l'enseignement, Präsident der Abgeordnete Couvreur, Schriftführer der spätere Oberbürgermeister von Brüssel, Buls, ergangen war. Die Einladungen waren sehr dringend, denn der Kongreß sollte der belgischen liberalen Schule, die unter der Herrschaft der liberalen Kammermajorität so große Fortschritte, besonders in der Herabminderung der Zahl der Analphabeten erzielt hatte, eine moralische Unterstützung bieten. Die Fratze der zukünftigen ultramontanen Mehrheit, die der antiklerikalen Staatsschule das Lebenslicht auszublasen beabsichtigte, war bereits an der Wand erschienen.

Der Congrès belge de l'enseignement unter dem Ehrenvorsitz des belgischen Unterrichtsministers van Humbeeck dauerte vom 22. bis 29. August 1880. Er war von auswärts stark besucht und zeigte nach verschiedenen Richtungen die Vorteile wie die Nachteile solcher internationalen Vereinigungen. Die Sitzungen waren lebendig und interessant und teilten sich in Haupt- und Sektionssitzungen. In der ersten Sektion: Volksschulen, sprach ich mehrmals, einmal gegen den Vorsitzenden Olin, recteur de l'université de Bruxelles. Da ich mir die Mühe gegeben hatte, das, was ich sagen wollte, französisch vorzubereiten, hatte ich vor den meisten Deutschen den Vorzug, von den Zuhörern verstanden zu werden. Über Art und Charakter der Verhandlungen sagte die Vossische Zeitung:

„In Belgien beherrscht die politisch-religiöse Spaltung so sehr alles Denken und Trachten, daß es schwer war, bei irgend einer Diskussion die Gemüter von diesem Einfluß zu befreien. Die Menschen zerfallen dort in drei Klassen: Catholiques (d. h. Ultramontane), Libéraux (d. h. staatstreue Katholiken) und Protestants. Die Catholiques waren so gut wie gar nicht vertreten, jede feindliche Anspielung auf sie ward mit donnerndem Beifall aufgenommen. Hierzu kam die den romanischen Völkern eigene Sucht nach schöner Phrase: wer die zu fördern wußte, war gleichfalls des Beifalls sicher. Nur ein Beispiel: Bei der Frage der Ausbildung der Lehrer sagte ein berühmter Mann: „Voulez vous des professeurs excellents, enseignez aux jeunes gens à chercher le beau et le vrai, à aimer la vérité, car la vérité, c'est la liberté."

(Salve réitérée d'applaudissements.) Wollt ihr gute Lehrer, ſo lehrt die jungen Leute das Schöne und Wahre ſuchen und die Wahrheit lieben, denn die Wahrheit iſt die Freiheit. (Wiederholte Beifallsſalven.)

Trotzdem iſt es noch möglich geweſen, manchen kräftigen Gedanken auszuſprechen, manchen ſtrammen Hieb zu verſetzen. Dies geſchah faſt ausſchließlich von den Deutſchen. Man merkte bald, die Deutſchen waren nicht ſehr beliebt, aber gerade in Bezug auf Unterrichtsſachen geachtet. Oft wurden wir direkt aufgefordert, unſere Meinung zu äußern oder zu ſagen, wie es bei uns ſtände. Man beklatſchte nicht immer, was wir ſagten, aber man beſprach es nachher allgemein in den Pauſen oder in den Geſellſchaften am Abend. Leider waren wir in der dritten Sektion (Univerſitäten) ſo gut wie gar nicht vertreten; Stoy-Jena beteiligte ſich in der zweiten Sektion. In der erſten Sektion (Elementarunterricht) haben Seyffardt-Krefeld, Bertram-Berlin und Hamſpohn-Köln mehrfach mit Glück geſprochen; in der zweiten (écoles moyennes) Stoy, Erkelenz-Köln und Steinbart-Duisburg.

Meine erſte Rede lautete (ſtenographiſcher Bericht Brüſſel 1882: Discussions): Première question: Quelles sont les limites légitimes de la liberté d'enseignement?

— La liberté s'oppose-t-elle à ce que la loi exige une garantie de capacité et de moralité de ceux qui font profession publique d'enseigner?

— Dans la plupart des législations figure parmi les peines l'interdiction de certains droits politiques ou civils, par exemple du droit d'être tuteur, de faire parti d'un conseil de famille etc., le législateur doit-il comprendre le droit d'enseigner parmi ces interdictions?

— Les lois pénales répriment les faits qui troublent la sécurité de l'état. Dans les pays libres, cette répression n'atteint pas la simple expression d'opinions. Si l'on enseigne le mépris dans une école non officielle, mais accessible à tous, cet enseignement est-il protégé par la

liberté des opinions et de l'enseignement, ou constitue-t-il un fait à réprimer?

M. Seyffardt, membre de la Chambre des représentants (Krefeld).

D'après moi, les limites légitimes de la liberté d'enseignement sont fixées de la manière la plus positive par les intérêts de l'Etat.

C'est l'Etat moderne, monarchie ou république, qui nous garantit un progrès sain et suivi du genre humain. Le cosmopolitisme du XVIIIe siècle a dû faire place aux idées nationales et internationales: ce n'est que par l'intermédiaire des Etats divers existants qu'il peut formuler ses demandes. De nos jours la liberté dans le sens de la révolution de 1789 perd son influence sur les esprits, si elle s'oppose aux intérêts des Etats modernes, qni, ne se contentant pas d'éloigner les obstacles qui portent préjudice à la liberté de l'individu, ne peuvent se soustraire à l'obligation de chercher à augmenter le bien-être et le progrès de tous leurs membres. S'il en était autrement, la liberté, belle fille du ciel, comme un poète allemand l'a appelée, pourrait conduire à l'égoisme ou à l'individualisme absolus, elle pourrait nous ramener le combat de tous contre tous et provoquer la réaction et le césarisme à venir au secours des tendances de la culture et de l'humanité. Mettre la liberté sur un piédestal en qualité de souveraine dans l'empire de la pensée et de l'idéal, comme M. Olin l'a fait, ce serait oublier combien de fois on a péché en son nom contre les lois de la raison et de l'expérience, quoique, soit dit par parenthèse, pas autant qu'au nom de la religion, le don le plus précieux que la providence ait fait à l'homme. Rappelez-vous qu'on a cru pouvoir combattre, et qu'on le fait toujours, l'enseignemeent obligatoire, le seul moyen possible pour élever un peuple dans sa totalité à un degré avancé de culture, par la théorie, ou plutôt par le mot de la liberté.

Je suis d'avis que la liberté d'enseignement est con-

traire à l'intérêt de l'Etat, aussi bien s'il s'agit de l'enseignement primaire que de l'enseignement moyen et pourquoi? Parce qne les écoles primaires et moyennes apportent la lumière à des têtes qui ne sont pas mûres, dont on ne peut cultiver les facultés par le doute, la contradiction ou la négation. Celui qui possède l'école possède l'avenir, d'après un mot allemand devenu proverbe. L'Etat s'abandonne donc à une faiblesse impardonnable, s'il permet au hasard ou à une opposition par principe de donner à la jeunesse du pays une éducation qui pourrait être contraire aux idées et aux intérêts de la majorité gouvernante. Il importe peu que l'Etat ne représentera jamais l'idéal, qu'il chancellera d'idées conservatrices à des opinions libérales et que l'école ne saurait se soustraire aux conséquences de ces changements. Mais en tous cas, l'Etat, en prenant l'enseignement primaire dans ses mains, peut être sûr que les résultats ne se dirigent jamais contre lui-même.

Je n'ai pas le moindre engagement de chanter les louanges du Ministre de l'Enseignement actuel en Prusse; au contraire j'appartiens à ses adversaires. Mais quant à l'objet en question, j'admets que le régime conservateur von Puttkamer ne se distingue du tout du système libéral Falk. S'appuyant sur les bases de l'enseignement obligatoire et du droit d'inspection renouvelé et étendu par la loi de 1872, le Gouvernement ne donne la concession à aucune école primaire laïque ou ecclésiastique, si la commune n'a satisfait tant soit peu aux besoins par l'établissement d'une école officielle, appelée en Prusse école publique. En effet le nombre d'écoles non officielles en Prusse, qui du reste ne sont pas exemptes de l'inspection de la part de l'Etat est tout à fait insignifiant.

Repondant à la troisième subdivision de la question, je suis d'accord que la répression dans les pays soi-disant libres n'atteint pas la simple expression d'opinion qui, selon l'avis du parti actuellement gouvernant, puisse troubler la sécurité de l'Etat, mais je considère cette répression comme le droit

naturel de la majorité, si le parti opposé entrepend de s'adresser aux intelligences peu développées de la jeunesse par l'école primaire.

Les ennemis les plus acharnés de l'Etat moderne, ce ne sont pas les confessions, mais les hiérarchies catholique et protestante. Les tendances de l'une et de l'autre sont analogues, quoique la première se montre si évidemment plus puissante et plus dangereuse. Je n'ai pas besoin d'en discuter la cause à ce Congrès. Le combat durera aussi longtemps que les confessions ne voudront se limiter à protéger auprès de leurs croyants l'énergie de la croyance et de la conscience et les principes de la morale. Le combat ne trouvera sa fin que quand les confessions renonceront à préférer la puissance et l'honneur extérieur de leurs corporations, au comme elles aiment à le représenter, de leur Dieu, au bien-être intellectuel et moral de leurs adhérents. En attendant on ne devrait jamais accorder à une hiérarchie quelconque la possibilité de tirer profit de l'enseignement dans les écoles pour l'avancement de ses intérêts séparés.

Je sais bien que la Ligue belge de l'enseignement, à laquelle nous sommes redevables de la convocation de ce Congrès international, a attendu une réponse bien différente de celle que je prends la liberté de donner. Elle a appris à connaître le caractère et les défauts de l'école ecclésiastique, mais elle espère de la vaincre par la force de la raison et par les résultats des écoles officielles. La force de la vérité est telle, comme dit M. Olin, qu'elle finit toujours par surnager et triompher. Ces résultats et les efforts de la Ligue et du Gouvernement belge actuel qui y conduisent possèdent mes sympathies les plus intimes. J'espère que le succès sera éclatant et indiscutable; mais je crains beaucoup que nous, amis des écoles, esprits timorés et attardés d'après l'expression de M. Olin, ne vivrons pas jusqu'au jour de la victoire. Je crains que les obstacles qui auront leur origine dans l'intelligence peu avancée des basses classes de la société même dans les pays soi-disant

libres, seront plus puissants que la bonne volonté et l'enthousiasme le plus sérieux.

Je me résume, après tout ce que j'ai dit, en répondant à la question nº 1: Les intérêts de l'Etat constituent les limites légitimes de la liberté d'enseignement. L'Etat, s'appuyant sur les votes des Représentants élus du peuple, a le devoir de garantir à chacun de ses citoyens le minimum de connaissance et d'éducation indispensable au XIXe siècle. L'Etat pour cela peut et doit revendiquer le droit de l'enseignement primaire comme sa propriété et le soutenir contre toute attaque, n'importe de quel côté qu'elle vienne.

Eine andere Rede lautete:

Sixième question. Les écoles officielles doivent-elles être gratuites, même quand le père est dans l'aisance?

M. Seyffardt. Pour répondre à cette question, on peut partir de deux points de vue différents. Il paraît que la Ligue belge de l'enseignement, en proposant cette question, a eu devant les yeux les écoles officielles comme elles existent dans ce pays. Permettez-moi cependant de ne pas m'y limiter, et de discuter la question aussi bien sur la base d'une école officielle obligatoire pour tous selon l'exemple de la Prusse. Du reste, je suis d'opinion que l'école belge primaire du jour ne représente qu'une institution transitoire et que la marche des évènements, une fois que la supériorité de l'enseignement laïque officiel sera reconnue par la nation, l'engagera tôt ou tard à adopter le système officiel obligatoire.

Pour les écoles belges ou autres officielles non obligatoires, la question de gratuité en première ligne me semble être une question d'utilité. La gratuité les aidera à soutenir et à vaincre la concurrence des écoles ecclésiastiques. Le clergé ne tardera pas à s'apercevoir combien ses écoles gagneront aux yeux des basses classes, si elles sont gratuites et ne manquera pas de s'y conformer. Nous tous qui vivons dans des pays où la confession catholique pré-

domine, nous connaissons les moyens enormes dont la hiérarchie dispose. Nous savons que ces moyens sont illimités, s'il s'agit d'un but qui lui paraît indispensable pour son autorité. L'Etat en collision avec la hiérarchie fera par conséquent bien de prévoir ce qui va venir et de se décider pour la gratuité. L'Etat fera bien de ne pas se limiter à accorder la gratuité comme une faveur aux personnes des classes inférieures, parce que la définition de l'expression d'un père ou d'une famille dans l'aisance est très difficile à construire. Beaucoup d'artisans et d'ouvriers possèdent un certain degré d'aisance et néanmoins ils sont bien aises de se soustraire au payement pour l'enseignement de leurs enfants, aussitôt que la gratuité n'est pas limitée aux pauvres qui recoivent l'assistance de la part de la commune. Il vaut mieux les libérer par principe que les provoquer à venir prier les autorités de les favoriser. Ce n'est pas, du reste, en beaucoup de cas une sorte d'insolence de la part des classes ouvrières, mais plutôt le sentiment que la subsistance des enfants dans les années qu'ils fréquentent les écoles, impose aux parents des sacrifices qu'il leur est on ne peut plus difficile de faire. Au point de vue social une telle prière ayant une influence funeste sur sur son auteur, devrait être évité jusqu'à l'extrémité. L'ouvrier apprend à connaître ce que c'est que la protection, qui lui paraît une injustice, si elle décide contre lui, et qui lui paraît un simple agrément, si elle décide en sa faveur. En tous cas il est démoralisant pour lui de commencer à se fier plutôt au patronage qu'à sa propre force.

Les écoles officielles obligatoires comme nous les possédons en Prusse, se fondent sur l'idée que l'Etat a le droit et le devoir de développer l'intelligence de tous ses membres dans un sens qui n'est pas contraire à ses fondements. Les resultats de ce système sont tels qu'il y a en Prusse 99 % de lettrés vis-à-vis de 18 1/2 % en Belgique. Ce point de vue allemand regarde l'école primaire comme une institution patriotique analogue à l'armée. Les citoyens

sont obligés d'envoyer leurs enfants à l'école officielle pour leur faire acquérir les connaissances et les qualités, nécessaires d'après l'opinion du parti gouvernant si vous voulez, pour occuper une certaine position, quelque modeste qu'elle soit, dans la société et dans l'Etat. Les jeunes gens doivent quitter leurs familles pour gagner dans les rangs de l'armée la capacité de défendre la cause de la patrie en danger. La conséquence de ces deux devoirs, auxquels personne ne peut se soustraire, est que la totalité qui est représenté par l'Etat doit supporter les frais des deux institutions de l'école primaire aussi bien que de l'armée et les demander aux impôts comme toute autre dépense publique. Il serait injuste de la part de l'Etat de se faire payer pour un enseignement qu'il impose à ses citoyens pour aider aux intérêts publics, et en seconde ligne seulement, pour être utilisé par l'individu dans son intérêt propre. De l'autre côté l'Etat se fait payer pour l'enseignement moyen et supérieur qui n'est pas obligatoire et procure des privilèges et des positions favorables, comme il impose des frais considérables à ceux de ses membres qui veulent acquérir l'avantage d'un service d'armée d'une durée moins longue qu'à l'ordinaire.

Je me résume en répondant à la question nº 6: Oui, les écoles officielles doivent être gratuites, même quand le père est dans l'aisance. Lorsque les écoles officielles sont en concurrence avec des écoles ecclésiastiques, ce sont principalement des raisons d'utilité; lorsqu'elles sont obligatoires pour tous, c'est la conséquence du principe auquel elles doivent leur existence qui m'engagent à faire cette réponse positive.

Die Generalverſammlung der Geſellſchaft für Verbreitung von Volksbildung fand 1881 in Berlin ſtatt. Ich hatte das Referat über das Thema: „Wünſche für die Entwickelung des Volksſchulweſens vom Standpunkte der Volksbildungsvereine.“ Als Ausdruck meiner Meinung über die nach Falks Rücktritt von der Rückſichtnahme auf Regierungsanſchauungen befreiten Hoff-

nungen auf die Zukunft lasse ich einen Teil meiner Rede folgen:

„Nach dem Absatz 3 des Satzes 2 unserer Statuten soll die Gesellschaft ihren Zweck zu erreichen suchen unter anderem durch Belebung des Interesses für die Aufgaben der Volksschulen und des Sinnes für eine zeitgemäße Reform derselben. Dieser Zweck selbst wird in Satz 1 dahin definiert, daß der städtischen und ländlichen Bevölkerung, welcher durch die staatlichen Volksschulen im Kindesalter nur die Elemente der Volksbildung zugänglich gemacht werden, dauernd Bildungsstoff und Bildungsmittel zugeführt werden sollen, um sie in höherem Grade zu befähigen, ihre Aufgaben im Staate, in Gemeinde und Gesellschaft zu verstehen und zu erfüllen.

Sie sehen, daß man bei Abfassung der Statuten sich klar bewußt war, auf den Schultern der Volksschule und ihrer Leistungen zu stehen, in erster Linie aber sich berufen fühlte, ergänzend und erweiternd für die geistige Anregung zu sorgen, die die auf der Schule gepflegte Knospe der Volksbildung zur Blüte und Frucht entwickeln sollte. Der in Rede stehende Absatz ist in unserem auf der ersten, 1871 in Berlin stattgehabten, ordentlichen Generalversammlung beschlossenen Statut nicht enthalten und wurde erst 1872 in Darmstadt auf meinen Antrag in dasselbe aufgenommen. Es lag mir daran, dem Wechselverhältnis zwischen Volksschule und Bildungsverein einen unzweideutigen Ausdruck zu geben. Die Bildungsvereine sollten nicht nur die Vorarbeit der Volksschule bei ihren Mitgliedern erkennen, sondern als Gegengabe ihr Scherflein dazu beitragen, das Verständnis für die Bedeutung der Volksschule zu verbreiten. Sie sollten darum aber nicht sich als Schulvereine gerieren und eine Aufgabe übernehmen, die an und für sich geeignet ist, die ganze Kraft einer Vereinsorganisation in Anspruch zu nehmen. Unzweifelhaft beruht die Wahrscheinlichkeit des Erfolges in allen menschlichen Dingen auf der Fähigkeit sich zu beschränken, die dringendste Arbeit der weniger dringenden vorzuziehen und nicht etwa da die Hand anzulegen, wo schon andere Kräfte im selben Sinne sich anstrengen. So

lange Herr Dr. Falk in Preußen Kultus- und Unterrichtsminister war, durften die Bildungsvereine sich darauf verlassen, daß das Volksschulwesen immer mehr in eine des modernen Kulturstaates würdige Bahn hinübergeleitet werde. Sie waren nicht lau in ihrer Anerkennung, wovon manche Verbandstage und Vereinsfeste redendes Zeugnis ablegen. Die Veranlassung, in die im Werden befindlichen Neuorganisationen und Reformen mangels Übereinstimmung hineinzureden, wurde thunlichst vermieden, und nur im Notfalle, wie bei den Simultanschulen, zu Kundgebungen geschritten. Entschuldigen Sie, wenn ich, obschon wir ja doch ganz Deutschland repräsentieren, wie Sie sehen, preußische Zustände zur Grundlage aller meiner Ausführungen nehme. In unserer Gesellschaft überwiegen die preußischen Mitglieder noch mehr als die preußischen Vertreter im Reiche, und wenn auch in fast allen deutschen Mittel- und Kleinstaaten die Schulverhältnisse eine bessere gesetzliche Basis und gesundere Entwickelung wie in Preußen zeigen, so zieht Fortschritt oder Rückschritt in dem Großstaate sie alle gar sehr in Mitleidenschaft. Die preußischen Schulverhältnisse gestatte ich mir demnach als typisch zu betrachten.

Seit dem Abgange Falks ist die Garantie für einen glücklichen Fortgang der deutschen Schulreform verloren gegangen, und wenn auch seine Nachfolger zu durchgreifenden Änderungen bisher noch keine Muße gefunden haben, so genügt der Hinweis auf ein einziges folgenschweres Vorgehen, die Rückgabe der Lokalschulinspektion an den größeren Teil der katholischen Geistlichen, denen dieselbe im Schul- und Staatsinteresse entzogen worden war, um die Richtung zu kennzeichnen, in der der Krebsgang erfolgen wird. Diese Rückgabe konstatiert praktisch die Suspension des Schulaufsichtsgesetzes, indem sie eine Anerkennung des staatlichen Auftrages vorauszusetzen vorgiebt, die die geistlichen Herren bei jeder Gelegenheit verleugnen und von der Hand weisen.

Unter diesen Umständen ist es Gewissenspflicht für alle Freunde eines Volksschulwesens, auf unabhängiger Grundlage sich zu sammeln, um das glücklich Errungene zu behaupten

gegen alle Anfechtungen und ſeine Bedeutung den Geſinnungsgenoſſen recht lebhaft vor die Seele zu führen. Da müſſen auch die Bildungsvereine Farbe bekennen und den Moment für gekommen erachten, wo ſie den Volksſchulintereſſen ſich etwas mehr zuzuwenden verpflichtet ſind. Sie werden die Aufgabe nicht agitatoriſch zu erfüllen trachten, da die eigentliche Agitation nicht ihre, ſondern der politiſchen Parteien Sache iſt, wohl aber aufklärend über Wege und Ziele, den lebendigen Funken wach zu erhalten ſuchen, der ſeit Mühlers Rücktritt aller Orten zu Tage getreten iſt und die Geiſter zur Teilnahme und zur Opferwilligkeit für die Kulturaufgabe der Volksſchule erwärmt hat. Die Volksbildungsvereine können ſich dabei nicht anders als auf den Standpunkt liberaler Anſchauung ſtellen, obſchon ſie oftmals in einer glücklicheren Zeit betont haben, daß ihren unpolitiſchen Zielen auch konſervative Männer ſich wohl anſchließen könnten. Es war das zu jener Zeit, als die Liberalen in der Kreisordnung der ſocialen Stellung des konſervativen Grundbeſitzes berechtigte Konzeſſionen gemacht hatten und recht viele Konſervative, damals Neu-Konſervative genannt, darauf Verzicht zu leiſten ſchienen, hierfür Schule und Kirche zu Gunſten der Parteiintereſſen zu mißbrauchen. Heute ſind dieſe Männer im öffentlichen Leben wie in den Parlamenten nahezu kalt geſtellt: die Rauchhaupt und Genoſſen haben den Stöcker und Minnigerode längſt die Führung des Vordertreffens überlaſſen müſſen. Wir brauchen auf ſie daher in unſerer Organiſation keine Rückſicht mehr zu nehmen.

Indem die Volksbildungsvereine ſich zur liberalen Anſchauung bekennen, treten ſie in keiner Weiſe in den Dienſt irgend einer der liberalen Parteien; ſie werden aber allerdings dazu beitragen, auf dem Schulgebiet den übertriebenen Individualismus, der das Grab des Einfluſſes der Liberalen geworden, nicht aufkommen zu laſſen. Es iſt das heute noch möglich, weil die in der Behandlung der Volksſchule ins Auge zu faſſenden Ziele in den liberalen Programmen nur eine untergeordnete Stelle, in den Kontroverſen der liberalen feindlichen Brüder nur geringe Beachtung gefunden haben. Erleichtert wird die

Übereinstimmung durch den Umstand, daß für jetzt und voraussichtlich noch für lange Zeit alle Bestrebungen auf dem Schulgebiete sich mehr auf die Befreiung von Hindernissen und Einflüssen, die der Wirksamkeit der bestehenden Organisation entgegentreten, konzentrieren, als auf die Neubildung nach veränderten Anschauungen und Principien richten werden.

Die Grundlage, auf der die preußische Volksschule erbaut, ist durch das Landrecht dem gewaltig sich entwickelnden jungen Staate geschaffen und theoretisch endgültig in dem Schulaufsichtsgesetz von 1872 in festeren Formen gestaltet worden. Es wird hinfür die Aufgabe sein, diesem Gesetz die volle und ungeschmälerte Geltung in der Praxis des öffentlichen Lebens zu erringen, seine Konsequenzen zu ziehen, aber auch die schützenden Garantien zu pflegen, die seinen Mißbrauch zu politischen und nicht in der Sache liegenden Zwecken zu verhindern geeignet sind. Es wird fortan die Aufgabe sein, durch die Gedankenarbeit unseres Volkes das Material zusammenzutragen, das im richtigen Augenblick unter der Hand eines zukünftigen Bismarck für die inneren Angelegenheiten und die Schule dem sehnlichst erhofften Unterrichtsgesetz die feste und sichere Basis liefern wird.

Man pflegt dieser Auffassung zu entgegnen, daß es doch bedenklich sei, auf ein Unterrichtsgesetz zu dringen, solange konservative und klerikale Strömungen in unserem Staate obenauf sind. Das ist ein Irrtum. Unsere Gegner machen niemals ein Unterrichtsgesetz, so wenig sie seiner Zeit Verfassungen für den Staat Preußen oder das Deutsche Reich aus eigener Initiative zu schaffen unternommen haben. Wem die Autorität der Personen, einerlei, ob Schwächlinge oder Männer, und die Autorität der Institutionen, einerlei, ob veraltet oder noch in voller Lebenskraft, lieber ist als die Autorität der Gesetze, die dem Bedürfnis der Gegenwart entspringen, der wagt sich nur im Notfalle auf das Glatteis solch heikeler Gebiete.

Wir umgekehrt verkennen zwar nicht die großen Schwierigkeiten, die in der Sache selbst liegen, aber uns binden keine Vorurteile, keine Rücksichten auf andere an und für sich be-

rechtigte Intereſſen, weil wir der Anſicht ſind, daß die Aufgabe der Schule im modernen Kulturſtaate ſo groß iſt, daß ſie ſich unter allen Umſtänden dafür bedanken muß, im Schlepptau irgend eines anderen Intereſſes ihrer Miſſion zu leben.

Welches ſind nun vorzugsweiſe die Ziele, die wir betonen?

Die Schule muß ſichergeſtellt werden gegen den Egoismus der Eltern, die in den niederen Volksſchichten die Bedeutung einer guten Volksbildung nicht zu würdigen wiſſen; die Kinder müſſen befreit werden von der unglücklichen Gewohnheit ſo mancher Eltern, bei Verſäumnis des Unterrichts die junge Arbeitskraft zum eigenen Vorteil auszubeuten. Der Schulzwang muß eine Wahrheit werden.

Die Schule muß ſodann befreit werden von der Engherzigkeit der zu ihrer Unterhaltung verpflichteten Hausväter, von der übel angebrachten Sparſamkeit der Kommunen, von der Zufälligkeit, ob der gute Wille vorhanden iſt oder nicht, dem Bedürfnis gerecht zu werden. Der Staat wird ſich der Aufgabe nicht entziehen können, leiſtungsfähige Träger der Schullaſt heranzubilden, wo ſolche noch nicht vorhanden ſind, und mit ſeinen Mitteln nicht kargen dürfen, der Volksſchule eine entſprechende Dotation zu gewähren.

Die Schule muß ferner befreit werden von dem Gängelband der Kirchen und Konfeſſionen, die ſie benutzen wollen im Intereſſe ihrer hierarchiſchen Beſtrebungen, vor allem von der geiſtlichen Inſpektion, die im günſtigſten Falle mangels Zeit und techniſcher Befähigung ihrer Aufgabe nicht genügen kann. Die Schule hat als weltliche Inſtitution ein Recht darauf, von weltlichen durch ihren Beruf dazu vorbereiteten Behörden verwaltet zu werden.

Die Schule muß endlich befreit werden von der faſt ſchrankenloſen Willkür der jeweiligen Kultus- und Unterrichtsminiſter durch feſte geſetzliche Normen, die die Rechte der Eltern, der Gemeinden und der ſonſtigen Träger der Schullaſt unzweideutig feſtſtellen.

Vier verſchiedene Richtungen ſind es demnach, in denen unſere Wünſche der Erfüllung harren, ſie begegnen ſich in dem

einen Mittelpunkt, der die Aussicht auf alle eröffnet, in der schon hervorgehobenen Vereinbarung eines die Schulfrage auf konstitutionellem Wege lösenden Unterrichtswesens. Sehen wir uns die einzelnen Richtungen etwas näher an, suchen wir uns in der heutigen Debatte wenigstens über die Umrisse des Zukunftsplanes zu orientieren, verzichten wir aber darauf, von der populären Betrachtung der Materie zu ihrer den Fachmännern zu überlassenden Ausarbeitung im Kleinen und Einzelnen abzuschweifen!

Durchführung des Schulzwanges, der heute vieler Orten nur auf dem Papier steht! Leider vermehren die bezüglichen Bestimmungen die Zahl der Gesetze, denen eine thatsächliche Wirksamkeit nur zu häufig fehlt. Was kann es nützen, wenn die Gerichte, Monate lang, nachdem die Versäumnis stattgefunden hat, die Eltern, die ihre Kinder von der Schule zurückhalten, zu Geldstrafen von wenigen Mark verurteilen? Höchstens soviel, um aller Welt klar zu machen, daß die Gerichte in ihrer heutigen Organisation allein nicht helfen können. Es steht auf einem anderen Blatte, die Frage zu entscheiden, ob nicht über der wissenschaftlichen Seite, ein möglichst konsequentes System zu schaffen, die praktische Seite, eine prompte und billige Justiz herzustellen, bei unserer jüngsten Reichsorganisation etwas sehr vernachlässigt worden. Der Verurteilung zu unbedeutenden Geldstrafen, die in gar keinem Verhältnis zu den Summen stehen, die die Eltern aus der Arbeitskraft ihrer Kinder gewinnen, muß auf alle Fälle nicht nur ein nicht zu mißdeutendes Recht, sondern auch die Pflicht der Schulverwaltung, den Besuch durch Vermittelung der Polizei zu erzwingen, zur Seite gestellt werden. Das Recht steht nach der Ansicht vieler Behörden ihnen auch heute zur Seite, und wo es ausgeübt wird, liefert es für den Schulbesuch durchschlagende Erfolge. Würde seine Handhabung eine zu kontrollierende Pflicht der Verwaltung und damit die energische Bestrafung der die Kinder beschäftigenden Arbeitgeber verbunden, so wäre vieles gewonnen. Zu der Übertretung der gesetzlichen Bestimmungen über den Schulzwang, die der Eigennutz der Eltern

hervorruft, kommt in den katholiſchen Landesteilen noch die Gleichgültigkeit, mit der die katholiſche Geiſtlichkeit, ſelbſt wenn ihr die Schulinſpektion übertragen iſt, dem Bedürfniſſe nach gediegener Volksbildung gegenüberſteht. Sie iſt Gegnerin des Schulzwanges, ebenſo wie in Öſterreich geneigt, die Schulpflicht um mehrere Jahre zu verringern und daher jeden Augenblick bereit, durch Rückſichten aller Art die Verſäumniſſe zu entſchuldigen oder gar durch Dispenſation zu ſanktionieren. Die ernſthafte Durchführung der Schulpflicht erſcheint aber als eine Notwendigkeit, wenn man die Erfahrung macht, daß der Schulbeſuch am ſchlechteſten, wo die häusliche Erziehung am mangelhafteſten, und daß man den meiſten Schwierigkeiten bei den Eltern begegnet, die ſelbſt jeder ordentlichen Schulbildung entbehren und ihren Wert nicht zu erkennen vermögen. Wenn nach achtjähriger Schulzeit die Kinder den beſcheidenen Abſchluß, den die Volksſchule gewährt, nicht erreichen, ſo iſt es unter zehn Fällen nur einmal der mangelnden Begabung, neunmal dem unregelmäßigen Schulbeſuch zuzuſchreiben.

Dotation der Schule von ſtaatswegen, nach beſtimmten geſetzlichen Normen! Ob der Anteil des Staates etwa darin beſtehen ſoll, daß er die Beſoldung der Lehrer übernehme, während den Gemeinden die Baulaſt und die Beſorgung der Lehrmittel verbleibe, ob als Träger der Schullaſt ſtatt der Gemeinden und Gutsbezirke die Kreiſe oder andere größere Verbände zu beſtellen ſeien, bedarf noch ſehr der eingehenden Erwägung, da die Verhältniſſe in den verſchiedenen Provinzen des preußiſchen Staates ſo weſentlich von einander abweichen. Vor der einheitlichen Ordnung dieſer Angelegenheit wird die Übertragung der Verwaltungs-Reorganiſationen auf alle Landesteile gethätigt ſein müſſen. Auch nach der Durchführung dieſer Reform wird das Bedürfnis, den Staat zum verſtärkten Eintritt in die Verpflichtung heranzuziehen, in den weſtlichen Provinzen weniger offenkundig hervortreten als im Oſten, obſchon auch dort die Kräfte vieler Gemeinden in ganz hervorragender Weiſe ſchon allein durch die Volksſchullaſt, die, abgeſehen von anderen Gemeindelaſten, recht häufig ſich auf 100 bis 200

Prozent Zuſchlag zu der ſtaatlichen Klaſſen- und Einkommenſteuer beziffert, überangeſtrengt ſind. Wie unbefriedigend die Dotation der Schule noch in recht vielen beſonders ländlichen Gegenden, wie ſchlecht und überfüllt die Schulräume, wie gering beſoldet die Lehrer, davon wiſſen die Verhandlungen der Unterrichtskommiſſion des preußiſchen Abgeordnetenhauſes zu erzählen, nicht minder auch von den nie aufhörenden Reibereien zwiſchen den Verpflichteten und den beaufſichtigenden Königlichen Regierungen. Daß dieſe letzteren unter Falk das Intereſſe der Schule gegenüber dem engherzigen Verkennen ihrer Bedeutung mit früher nie gekannter Energie verfolgt haben, verdient die höchſte Anerkennung, nicht aber den verblümten Tadel, den eines der letzten Reſkripte des Herrn von Puttkamer dieſerhalb ausgeſprochen hat. Herrn Falk wurde das Vorgehen gar ſehr durch die bedeutenden Mehrbewilligungen der geſetzgebenden Faktoren für Volksſchulzwecke erleichtert. Was mit dieſen zur Förderung der guten Sache an vielen Orten erzielt worden, erſcheint dem aufmerkſamen Beobachter ſo bedeutend, daß der Wunſch nach ausgiebigem Eintritt des Staates für die Entwickelung des Volksſchulweſens dadurch große Nahrung gewonnen hat. Wie vortrefflich die belangreichen Summen aber auch von der maßgebenden Stelle verwandt ſein mögen, ſo hat die Notwendigkeit, den Bewilligungen ganz feſte Normen zu geben, ſich von Jahr zu Jahr immer mehr herausgeſtellt. Um nur ein Beiſpiel anzuführen, hat die Praxis, den Lehrern überall da, wo eine Skala mit ſteigenden Gehältern beſteht, die Alterszulagen zu verweigern, die Bereitwilligkeit bei den Gemeindevertretern, ihren Lehrern Bewilligungen über das durchaus erforderliche Minimum hinaus zu machen, wahrlich nicht vermehrt. Auf alle Fälle wird der Schulfreund in der Dotationsfrage gewappnet ſein müſſen, vor der Vertagung der gründlichen Erledigung zu warnen, wenn dieſe einen Koſtenaufwand verlangen ſollte, vor dem die parlamentariſchen Befürworter des Sparſamkeitsſyſtems zurückſchrecken. Alles Gute in der Welt koſtet Geld, und jeder Groſchen, der auf die Volksbildung verwandt wird, bringt

Wucherzinsen. Schon die dringend notwendige Regulierung der Lehrergehälter, verschieden auch nach Stadt und Land, verschieden auch nach den Provinzen, sowie die nicht aufzuschiebende Berechnung der Pensionen nach dem Regulativ für Staatsdiener, werden erhebliche Mittel erfordern. Nicht minder wird das nicht länger zurückzuhaltende Verlangen, dem die Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichtes fordernden Verfassungsparagraphen und damit der einfachen Konsequenz des den regelmäßigen Schulbesuch im Staatsinteresse durchführenden Schulzwanges gerecht zu werden, bedeutende Kosten verursachen.

Beseitigung der geistlichen Schulinspektion! Unter meinen Wünschen wird dieser den größten Widerspruch hervorrufen. Er klingt so radikal, während er doch nur die einfache Forderung des gesunden Menschenverstandes enthält: die Kirche den Geistlichen, die Schule den Lehrern und Pädagogen! Niemand wird annehmen können, daß sechswöchentliches Hospitieren an einem Seminar dem jungen Theologen die Befähigung erteile, als Leiter von Volksschulen zu fungieren. Es wird ihm vielleicht Lust an der Schularbeit erwecken und ihn unter Umständen veranlassen, sich der Schule, solange er nicht in der Seelsorge wirkt, oder auch ganz, zu widmen. Tritt er aber in ein Pfarramt, so erblüht ihm ein Wirkungskreis, der seinem Gedankengang und seiner Thätigkeit eine ganz veränderte Richtung giebt, so daß der Regel nach kein Grund vorliegt, warum der Pfarrer zur Lokalschulinspektion geeigneter sein soll, als ein anderer gebildeter, ideal denkender, in der Selbstverwaltung thätiger Mann, daß er aber ganz sicher als Kreisschulinspektor hinter den Anforderungen zurückbleiben wird, die man an die Wirksamkeit eines Beamten zu stellen berechtigt ist, der die verantwortliche Kontrolle über die Schulleistungen eines ganzen Verwaltungskreises zu üben hat. Sollen unsere Schulen gedeihen und sich fortschreitend entwickeln, so bedürfen sie der Kontrolle von Fachmännern, die ihre ganze Kraft der Arbeit widmen, nicht der Inspektion um Gotteswillen, die im Nebenamt so gut wie gar nicht remuneriert wird und den Schein erweckt, als wäre sie ein Annex des Pfarramtes und die Schule

eine Einrichtung der Kirche. Freilich ist es seit dem Schulaufsichtsgesetz rechtlich nur ein Schein, da die Staatsregierung das unbezweifelte Recht hat, den staatlichen Auftrag, in dem die gesamte Schulinspektion geübt wird, zurückzuziehen, aber auch mit dem Schein läßt sich eine Abhängigkeit der Schule vom geistlichen Amte herstellen, die drückend auf dem Lehrer liegt, das öffentliche Interesse an der Schule vermindert und das Verlangen nach der der deutschen Entwickelung nicht entsprechenden konfessionslosen Schule geradezu herausfordert. Eine ganz unumgängliche Forderung eines freisinnigen Schulgesetzes wird daher der vollständige Ersatz der geistlichen durch die weltliche Kreisschulinspektion sein und die ausdrückliche Bestimmung, daß zur Lokalschulinspektion neben schulfreundlichen Geistlichen auch gebildete Laien, am besten in einem Kollegium vereinigt, herangezogen werden sollen. Den technischen Teil der Lokalschulinspektion ganz wegfallen zu lassen, dürfte kaum nachteilig sein. Wird er beibehalten, so dürfte sich empfehlen, ihn an vier- und mehrklassigen Schulen den Hauptlehrern oder Rektoren, analog den Direktoren höherer Schulen, an ländlichen einklassigen Schulen bewährten älteren Lehrern der nächsten Umgebung zu übertragen. Durch den kirchenpolitischen Kampf, der den katholischen Geistlichen die Kreisschulinspektion ganz, die Lokalschulinspektion fast ganz genommen, sind die Aussichten der weltlichen Inspektion überhaupt ganz ungemein gestiegen. Wer den Unterschied in den Leistungen sehen wollte, hat Gelegenheit gehabt, sich zu überzeugen, daß mit der weltlichen Inspektion ein neuer Geist der Strebsamkeit und des Fortschrittes in die Schule eingezogen, der in wenigen Jahren Wunder gewirkt hat. Wie siegesfreudig die Reaktion auch auftreten möge, sie wird nicht ewig leben. Sobald der Wind sich dreht, wird wieder an das gelungene Experiment angeknüpft werden.

Ich komme endlich zum vierten Punkt: Gesetz statt Ministerialgutdünken, gesetzliche Feststellung der Rechte der Gemeinden! Der preußische Kultusminister besitzt eine Omnipotenz, die ihres Gleichen sucht. Ihm gegenüber haben Eltern

und Gemeinden niemals Recht, höchstens Billigkeit zu beanspruchen. Gesetzliche Hindernisse gab es nicht, wenn Falk die ganze Mühlersche Verwaltungspraxis umstieß, und giebt es heute nicht, wenn Puttkamer und Goßler keinen Stein auf dem anderen lassen sollten von dem Bau, den Falk errichtet. Ein solcher Zustand ist eines modernen Kulturstaates ganz unwürdig; er ist im Interesse keiner Partei. Am wenigsten von allen öffentlichen Institutionen kann die Schule es ertragen, wenn der Wechsel der Strömungen in den höheren Regionen, der der Natur der politischen Verhältnisse entspricht und ganz unvermeidlich ist, immer erneut in die Kreise ihrer stillen Wirksamkeit hineingreift. Die des politischen Charakters entbehrende Gemeinde scheint demnach besonders geeignet, der Arbeit an der Heranbildung des jüngeren Geschlechtes die ruhige objektive Seite zu wahren. Ihrer Mitwirkung ist im Interesse der Stabilität der erforderliche, gesetzlich abgegrenzte Spielraum zu gewähren. An einer Errungenschaft der jüngeren, Jahre, an den Simultanschulen, die sich in den Landesteilen mit gemischt-konfessioneller Bevölkerung die Pflege des allen Gemeinschaftlichen zur Aufgabe stellen, hat die Reaktion auf dem Schulgebiete vor anderem ihr Mütchen zu kühlen versucht. Das Bedürfnis, die von den Trägern der Schullast gegründeten Simultanschulen durch gesetzliche Maßnahmen zu schützen, ist daher besonders zu betonen.

Die Wünsche für die Entwickelung unseres Volksschulwesens, die ich Ihnen vorgetragen, habe ich vom Standpunkte der Volksbildungsvereine ausgehend bezeichnet. Sie sind im großen Ganzen die Wünsche der meisten liberalen und vorurteilsfreien Schulfreunde. Unsere Vereine scheinen mir aber besonders berufen, ohne Nebenrücksichten der Arbeit der Volksschule ihre innigste Teilnahme zu schenken. Je mehr die Volksschule selbst leistet, je mehr sie in dem heranwachsenden Bürger den Trieb nach Weiterbildung über die bescheidenen Grenzen ihrer eigenen Leistungen zu wecken versteht, um soviel mehr erleichtert sie die Arbeit der Bildungsvereine, die gerne auf denjenigen Teil der Wirksamkeit verzichten, der bei ihren Mitgliedern erst die Lücken der mangelhaften Vorbildung aus-

füllen wollte, die die bisherigen Volksschulen verschuldet hatten. Was die letzteren wirklich geleistet, wird kaum irgendwo dankbarer anerkannt, als in den Bildungsvereinen, die die Entwickelung der deutschen Volksschule auf der historischen, den Religionsunterricht der Konfessionen pflegenden Basis gerne gutheißen, wenn es nur gelingt, in immer höherem Maße die Schule von den Einflüssen zu befreien, die ihre Arbeit zu beeinträchtigen geeignet, und von den noch schlimmeren Einflüssen, die sie den gemeinschaftlichen Kulturzwecken abwendig zu machen bestrebt sind."

Die Generalversammlung tagte 1882 unter meinem Vorsitz an Stelle des verhinderten Präsidenten Schulze-Delitzsch in Gotha, 1883 unter dem Vorsitzenden Justizrat Makower-Berlin nach Schulzes Tode in Barmen, 1884 unter dem auf meinen Vorschlag zum Vereinspräsidenten gewählten Abgeordneten Rickert in Görlitz, 1885 in Posen, 1886 in Wiesbaden, 1887 in Coburg immer unter dem ersten Vorsitzenden Rickert. Coburg war die letzte Generalversammlung, an der ich teilnahm. Warum? Die für die Bedeutung der liberalen Parteien so nachteilige Secession vom Jahre 1880, über die ich weiterhin sprechen werde, hatte die Möglichkeit des Zusammengehens der Liberalen in Dingen, bezüglich derer es keine Meinungsverschiedenheiten gab, immer mehr eingeschränkt, so daß ohne irgend welche Verabredung seit Rickerts, des Mitglieds der deutsch-freisinnigen Vereinigung und später der deutsch-freisinnigen Volkspartei, Übernahme des Präsidiums, einer nach dem andern von den der nationalliberalen Partei Treugebliebenen, besonders aber den Parlamentariern, den Austritt aus dem Verein vollzog. In den westlichen Verbänden, die der Unterstützung der Gesellschaft wenig bedurften, war die Stimmung gegen Rickert, trotzdem er bis dahin kein Wasser getrübt hatte, eine so scharfe geworden, daß durch anonyme Einsendungen an das Frankfurter Journal die Nichtwiederwahl des Vorsitzenden oder die Trennung von der Gesellschaft angedroht wurde. Der Rückschlag von seiten der Freisinnigen Zeitung steigerte die Gegensätze zur höchsten Höhe durch die Behauptung, daß die Nationalliberalen eine ursprünglich freisinnige Gründung, das sei die

Gesellschaft für Volksbildung, in ihr Fahrwasser hinübergeleitet hätten. In diesem Stadium des Streites glaubte Kalle, der eigentliche Gründer der Gesellschaft, der Wahrheit die Ehre geben und in ausführlicher Darlegung am 28. August 1888 in dem Frankfurter Journal zeigen zu müssen, daß die gründenden Nationalliberalen den verdienten Volks- und Fortschrittsmann Schulze-Delitzsch zum Vorsitzenden gewählt hatten, um keinen Zweifel darüber zu lassen, daß man auf dem Gebiete der Volksbildung alle Liberalen zu vereinigen beabsichtigte. Es ergab sich nun, daß die herausfordernden Artikel von dem vortrefflichen Vorsitzenden des mittelrheinischen Verbandes, Weidenbusch in Wiesbaden, ausgegangen waren und auf vielleicht mißverstandenen Mitteilungen beruhten, die ihm der Generalsekretär Wislicenus über Rickert gemacht hatte. Ich wurde in die Sache durch den Schluß des Kalle'schen Artikels hineingezogen, der den folgenden Wortlaut hatte:

> Auf die Leistungen der Gesellschaft gehe ich nicht ein und will nur noch bemerken, daß hier das höchste Verdienst neben Schulze dem nationalliberalen Abgeordneten Seyffardt gebührt, der der Gesellschaft nicht nur reiche, nach Tausenden zählende Beiträge zuwandte, sondern auch ihre Arbeiten durch seine sachverständigen Ratschläge auf das ersprießlichste förderte. Seyffardt hat, was wohl einzig in seiner Art dasteht, an sämtlichen Generalversammlungen teilgenommen, sie mochten an für ihn noch so unbequem gelegenen Orten abgehalten werden, und gar manches Mal machte er die Reise von Krefeld nach Berlin, lediglich um eine wichtige Vorstandssitzung zu besuchen. Als Schulze starb, hatte man allseitig den Wunsch, Seyffardt möge den Vorsitz in der Gesellschaft übernehmen, er lehnte aber ab, weil er meinte, man müsse einen Mann aus dem Osten des Reichs an die Spitze stellen, da die östlichen Verbände der Gesellschaft mehr wie die westlichen der Unterstützung bedürfen.

Meine 'hervorgehobenen Ratschläge hatten seit der Secession wesentlich darin bestanden, daß ich nicht wie so manche meiner nähern Freunde das sinkende Schiff verließ, sondern in der

Hoffnung auf bessere Zeiten zusammenhielt, was noch zusammenzuhalten war. In erster Linie mußte das Verhältnis des Generalsekretärs zum Vorsitzenden gebessert werden. Als Leibing, der Mitgründer der Gesellschaft und erste Generalsekretär, 1875 starb, trat der durch die Böhmer Wirren aus seiner Stellung als Realschuldirektor verdrängte Lippert an seinen Platz. Als Redner wie als Leiter gelang es Lippert sich Geltung zu verschaffen, bis mit der Secession sich Mitgliederzahl und Beiträge sehr verringerten und sich ein von Jahr zu Jahr steigender Fehlbetrag ergab. Da schwand ihm Mut und Hoffnung, er widmete sich immer mehr einer intensiven litterarischen Thätigkeit und kündigte der Gesellschaft zum 1. Juli 1885. Sein Nachfolger Dr. Wislicenus, vortrefflicher Wanderredner, konnte sich in seine Funktionen als Generalsekretär nicht recht hineinleben. In dem besprochenen Konflikt spielte er eine für seine Stellung recht unerwünschte Rolle. Da ich persönlich sehr gut mit ihm stand, der Vorsitzende auch eine von Natur wohlwollende Persönlichkeit ist, gelang es durch Zuspruch und Abwarten die Gegensätze zu beschwichtigen und Wislicenus bis zum Juni 1890 in seiner Stelle zu erhalten, zu welcher Zeit mein alter Freund Roestel das Generalsekretariat ehrenamtlich übernahm.

Während dieser Zeit nahm ich Veranlassung, in einer Ausschußsitzung in offener Weise an den Vorsitzenden die Frage zu richten, ob die Wahlagitation, die er neuerdings sich zur besonderen Aufgabe gestellt habe, mit den Interessen der Gesellschaft verträglich sei. In der Vereinsthätigkeit sei Rickerts Parteianschauung zwar nicht hervorgetreten, aber er habe doch durch seine Bemühungen für die deutschfreisinnige Partei, wenn auch ohne Absicht, fast sämtliche badische Reichstagswahlkreise den Nationalliberalen abspenstig gemacht und den Ultramontanen zugeführt. Eine politisch weniger schroff und agitatorisch auftretende Persönlichkeit würde doch wohl besser am Platze sein. Rickerts Antwort ging dahin, daß er ein Eingehen auf meine Wünsche vor seinen politischen Freunden nicht verantworten könne. Für mich war die Folge dieser Erklärung, daß ich zwar im Ausschluß blieb und der Gesellschaft meine jährlichen be-

ſondern Beiträge nicht vorenthielt, mich aber aus dem Vorſtand zurückzog und die Generalverſammlungen nicht mehr beſuchte.

Die jährlichen Verſammlungen des rheiniſch-weſtfäliſchen Verbands der Bildungsvereine beſuchte ich regelmäßig. Sie boten recht hübſche Referate, Verhandlungen und geſellige Vereinigungen, die ihre Rückwirkungen auf die Einzelvereine nicht verfehlten. Zu Vororten wurden gewählt: Elberfeld: 1879—1882, Vorſitzender Emil Rittershaus; Eſſen: 1882—1885, Vorſitzender Natorp; Witten: 1885—1888, Vorſitzende Matthes und Beumer; Köln-Nippes 1888 ff., Vorſitzender Andries. Die Leiſtungen des Krefelder Vororts vor 1879 ſind nicht wieder erreicht worden, zum Teil weil den Vertretern die Muße fehlte, zum Teil weil die Zeitumſtände ſich den idealen Intereſſen ſo viel weniger günſtig geſtaltet hatten. Immerhin blieb dem Verband der große Rückgang erſpart, der in den achtziger Jahren die Berliner Geſellſchaft getroffen hat.

Auch unſer Krefelder großer lokaler Bildungsverein, genannt Handwerker- und Bildungsverein, hielt ſich im achtziger Jahrzehnt auf der Höhe der Vergangenheit. Einmal ganz beſonders, im Jahre 1885, führte das 25jährige Stiftungsfeſt eine Anzahl Vertreter auswärtiger Vereine in unſere Stadt und ließ uns an zwei aufeinander folgenden Tagen ein Abendeſſen und ein Bankett feiern, die lebhaft an die Begeiſterung der Zeit erinnerten, in der die Bildungsvereine im Mittelpunkte der vorwärts drängenden Bewegung ſtanden. In der Krefelder Zeitung finde ich die Reihe der Redner und ihrer Ausführungen. Alles ſo wunderſchön, wir leben in der beſten der Welten! Nur einer, der eine Andeutung auf die Erbſünde der Deutſchen wagt und das war ich ſelber. Ich trank darauf, daß nachdem wir nun ein geeinigt Volk von Brüdern geworden, wir auch bald ein einig Volk von Brüdern werden möchten!

Der Rückſchlag der öffentlichen Meinung nach Falks Amtsniederlegung zeitigte am 9. Januar 1881 eine neue Vereinsbildung, den liberalen Schulverein für Rheinland und Weſtfalen. Es galt zur Aufklärung über das Bedürfnis einer freiſinnigen Entwickelung unſeres geſamten Schulweſens beizutragen, praktiſche

Reformen herbeizuführen, insbesondere auch auf die Erlangung eines entsprechenden Schulgesetzes vorbereitend hinzuarbeiten. Gegenüber dieser Zweckbestimmung der Statuten ist die einfachere Fassung dahin gehend, daß man das Bedürfnis fühlte, auch nach Falks Rücktritt das durch seine Thätigkeit erwachte und gestärkte Schulinteresse dauernd zu erhalten. Professor J. B. Meyer-Bonn wurde zum Vorsitzenden, ich zum Stellvertreter, Hamspohn-Köln zum Kassierer, Gymnasialdirektor Schmelzer-Hamm und Buchdruckereibesitzer Georgi-Bonn zu Schriftführern erwählt. Jährlich sollten zwei Generalversammlungen abgehalten, vom 1. Januar 1883 auch ein Monatsblatt des liberalen Schulvereins von dem Vorsitzenden Bona Meyer herausgegeben werden.

Gleich die erste Sitzung führte zu denselben unerquicklichen doktrinären Ausführungen des Vorsitzenden Meyer über den Religionsunterricht in der Volksschule, den ich schon bei der Volksbildung gekennzeichnet habe. Politische und Lehrerzeitungen waren voll davon. Mein Vortrag: „Unsere Principien im Munde der Gegner".

Am 30. Oktober 1881 verhandelte der Verein nach Schmelzers Referat in Dortmund über Schulaufsicht. Ich betonte in meiner Rede, daß die Laien das der geistlichen Inspektion ungünstige Urteil der Lehrer unterschrieben.

Am 21. Mai 1882 Bonn. Schulüberbürdungsfrage. Zehn Berichterstatter, darunter ich. Meine Rede schloß wie folgt: Mit der Ersetzung der Tradition durch die moderne Erkenntnis, durch das Anpassen der Schulorganisationen an die Bedürfnisse der Menschen, wie sie nicht von der Majorität, sondern von den Tüchtigsten und Strebsamsten in jedem Lebenskreis erkannt werden, würde der meiner Ansicht nach wesentlichste Grund der Überbürdung beseitigt sein. Noch ist der dazu erforderliche Reformator nicht in Sicht. Aber kommen wird er, darauf können wir uns verlassen.

30. September 1883: Iserlohn. Lokalschulaufsicht. Gutachten des freien Lehrervereins zu Duisburg und des Lehrers Hufschmidt-Unna. Referent Oberbürgermeister Kaiser in M.-Gladbach. Ich entwickelte den Gedanken, nach Analogie der städtischen

Schuldeputationen an Stelle von Lokalſchulinſpektor und Schulvorſtand auf dem Lande eine kollegiale Inſpektion einzurichten, bei der die ſchultechniſche Aufſicht von dem Hauptlehrer oder einem ältern Lehrer der Nachbarſchaft, die Vermittelung mit dem Leben und der Gemeinde durch den mit der Leitung des Religionsunterrichts betrauten Geiſtlichen und den Bürgermeiſter geübt wird.

4. Mai 1884. Duisburg: Die angebliche ſittliche Verwilderung der Jugend unſerer Zeit und die behauptete Mitſchuld der Schule an derſelben. Referent Profeſſor J. Bona Meyer-Bonn und Gewerbeſchuldirektor Köhler-Bielefeld. Ich ſprach mich dahin aus, daß bei den Klagen der Schwerpunkt auf der angeblichen Mitſchuld der Schule liege und der Zweck verfolgt werde, der Staatsſchule am Zeug zu flicken und die rechtliche Unterordnung der Schule unter die Kirche herbeizuführen.

28. September 1884. Bielefeld: Staats- oder Gemeindeſchule. Referenten J. Bona Meyer, Reichstagsabgeordneter Hamſpohn-Köln, Rektor Schrader-Minden. In der zu recht ſcharfen Gegenſätzen führenden Debatte erklärte ich mich für den Standpunkt, daß der Staat als der Herrſcher in der Schule zu betrachten, die Staatsſchule demnach im Princip aufrecht zu erhalten iſt, daß wir aber in dem Unterrichtsgeſetz den bisher der Gemeinde vom Staate nur zulaſſungsweiſe verſtatteten Einfluß geſetzlich geſichert, und die Schullaſt durch ratierliche Beiträge von Staat und Gemeinde getragen zu ſehen wünſchen.

3. Mai 1885. Krefeld: Die Mittelſchule und das politiſche Leben. Referent Rektor Bartholomaeus-Humm, Korreferent Seyffardt. B. hatte das Thema ſo aufgefaßt, als wenn die Falkſche Mittelſchule von 1872 gemeint wäre, die bei ausgewählten Lehrern und Leitern hier und da wohl günſtig wirken mag, aber mangels von Berechtigungen für allgemeine Intereſſen ſich als ein todgeborenes Kind erwieſen hat. Die Mittelſchule meiner Auffaſſung iſt die beſtehende ſechsklaſſige höhere Bürgerſchule, beſtimmt für Kinder, die nicht länger als ſechs Jahre eine höhere Schule beſuchen können. Sie iſt eine Schule ohne alte und mit zwei neuen Sprachen, die nach beſtandener Abgangs-

prüfung das Zeugnis der Reife für den einjährigen Dienst verleiht. Ihre Lehrer müssen akademische Bildung haben, um eine gewisse Ebenbürtigkeit mit den neunklassigen Schulen zu erzielen, und den mittlern Bürgerstand zu veranlassen, seine Kinder diesen Schulen, statt den unteren und mittleren Klassen der Gymnasien, in denen sie eine für das wirtschaftliche Leben ungeeignete Bildung erwerben, zuzuweisen. 1882 gab es solcher Schulen nur 19 mit 4574 Schülern. Ihre Förderung entspricht einem Bedürfnis weiter Kreise.

11. Oktober 1885. Bochum: Berechtigungsfrage. Abschaffung des Gymnasialmonopols. Ich sagte in meiner Rede u. a.: Wie kommt es doch, daß man so gar häufig Leuten begegnet, die niemals eine Stellung im praktischen Leben zu erhalten wissen? Liegt es nicht manchmal daran, daß man ganz künstlich zwei Drittel der Nation in einen Gymnasialpalast hineinschiebt, der einen Ausgang hat für die Minderheit, die auf ein glücklich bestandenes Abiturientenexamen eine Universitätsbildung aufbaut, aber keinen Ausgang für den ganzen übrigen Rest? Aus logischen Gründen sollte man doch jedem, der nicht den Abschluß eines Bildungswegs erreichen kann, abraten, sich mit Dingen zu beschäftigen, die er nachher nicht brauchen kann. Was kann denn der kleine Geschäftsmann, der Handwerker, der bis zur Quarta gekommen ist, mit seinen Kenntnissen im spätern Leben anfangen? Recht wenig, während er sich selbst doch für einen halben Gelehrten hält.

Im Januar 1886 übernahm Freund Natorp statt meiner den stellvertretenden Vorsitz.

3. Oktober 1886: Siegen. Die Entwickelung des höhern Mädchenschulwesens. Referenten Oberlehrer Dr. Wychgram-Leipzig und Rektor Bars-Siegen. Meine Rede lautete in abgekürzter Fassung:

> Ich schließe mich gern dem Ausdrucke des Dankes an für die beiden Herren Referenten, von denen der erstere uns in großen Zügen die Ziele, die dem Mädchenunterricht in Zukunft zu stellen sein werden, bezeichnet, während der letztere

das heute bestehende Mädchenschulwesen gegen vielfache Angriffe in Schutz genommen hat.

Ich glaube, der erste Herr Referent hat uns manche schöne ideale Ziele gezeichnet, und wenn wir im Laufe eines Menschenalters soweit gekommen sein werden, in der von ihm empfohlenen Richtung wirkliche Erfolge verzeichnen zu können, dann, glaube ich, werden wir Ursache haben, recht zufrieden zu sein. Auf den Mädchenunterricht paßt ganz besonders das Wort: „In Preußen müssen wir uns nicht darüber wundern, daß manches, was allseitig als dringend notwendig erachtet wird, doch nicht zur Durchführung gelangt, weil es unseren alten, an und für sich guten preußischen Schultraditionen, widerspricht." Es widerspricht diesen Traditionen, die Bildung der Mädchen als von derselben Bedeutung zu erachten, wie die Bildung der Knaben, und schon aus diesem Grunde wird auf lange Zeit hinaus den Mädchenschulen nicht dieselbe Aufmerksamkeit wie den Knabenschulen zu Teil werden.

Wenn der erste Referent Abhilfe von dem Preußischen Abgeordnetenhause gewünscht hat, so kann ich seinen Wunsch nur unterstützen. Das Haus der Abgeordneten behandelt leider Unterrichtsfragen nach wechselnder Stimmung. In der Falkschen Ära war es bereit, Opfer zu bringen, während heute diese Opferwilligkeit wesentlich hrrabgemindert ist und es großer Anstrengungen bedarf, die Majorität zu einer etwas lebhafteren Beteiligung zu gewinnen.

In betreff des Ausschlusses der Mädchenschullehrer von dem Gehalts- und Pensionsgesetz möchte ich eine Thatsache klarstellen. Allerdings waren in der Kommission alle diejenigen, welche sich überhaupt für das Zustandekommen des Antrages Kropatscheck interessierten, der Ansicht, daß es dringend wünschenswert sei, daß die Mädchenschullehrer eingeschlossen würden. Als aber seitens der Staatsregierung darauf hingewiesen wurde, daß jede Analogie zwischen den einzelnen Stellen an Knaben- und denen an Mädchenschulen fehle, schien es nach erlangter Gleichstellung von Knabenvoll-

und Knabennichtvollanstalten doch bedenklich, durch Einbeziehung der Stellen an Mädchenschulen dem Gesetz neue Schwierigkeiten zu bereiten.

Gestatten Sie mir sodann noch einige Worte bezüglich derjenigen Punkte, in denen ich, was die zukünftige Entwickelung der Mädchenschule betrifft, mit dem ersten Herrn Referenten nicht ganz übereinstimme. Zunächst war er der Meinung, daß es doch viel richtiger sei, die vielseitige Betrachtung weniger und wichtiger, als die einseitige Behandlung der vielen Gegenstände, die jetzt gelehrt würden, zu fördern. Diese Anschauung entspricht so allgemein ausgesprochen nicht der Ansicht der am wirtschaftlichen Leben der Nation teilnehmenden Stände.

Wenn wir heute sehen, daß es akademisch Gebildete giebt, die von unserer ganzen modernen Entwickelung der Naturwissenschaften und ihrer Anwendung in der Industrie keine Ahnung haben, daß ihnen noch nicht die allerersten Anfangsgründe der Chemie, der Maschinenkunde u. s. w. zur Kenntnis gekommen sind, so können wir uns ernster Bedenken nicht erwehren. Wenn wir ferner sehen, daß es akademisch gebildete Leute giebt, selbst solche, die später in praktische Berufsstände eingetreten sind, die so gut wie kein Wort Französisch und Englisch verstehen, dann meine ich, wäre es viel besser, wenn diese Herren etwas mehr Englisch und Französisch und etwas weniger Latein und Griechisch gelernt hätten. (Zustimmung.) Jedenfalls hat der aufmerksame Beobachter täglich Gelegenheit zu erfahren, daß eine auf wenige Fächer beschränkte einseitige Bildung ihre Schattenseiten hat und kaum allgemeine Bildung genannt zu werden verdient. Wenn ich nun auch nicht bestreiten kann, daß das Grundprincip, wonach man sich vor Zersplitterung hüten und nicht an der Oberfläche haften soll, richtig ist, so meine ich doch, daß es einen guten Mittelweg giebt, der das Princip anerkennt und doch dem Bedürfnisse der Gegenwart Rechnung trägt. Der erste Herr Referent hat sodann noch eine Bemerkung gemacht, die mir Veranlassung bietet, seine Worte

etwas abzuſchwächen. In dem neuen Plan für die Mädchenſchulen ſei die Herabminderung idealer Bildungszwecke nicht zu verkennen. Ich glaube, in meinem Leben ſoviel wie irgend jemand unter den aus dem Laienſtande hervorgegangenen Schulfreunden mich für ideale Bildung erwärmt zu haben; aber ich bin drum nicht minder der Anſicht, daß die in großen Kreiſen des deutſchen Volkes vorhandene Strömung nicht alles als ideal anzuſehen, was als ſolches überliefert iſt, ihre Berechtigung hat. Was iſt es denn anders, was das große Intereſſe für den Handfertigkeitsunterricht erzeugt hat, als das Beſtreben, zu den idealen Bildungselementen auch noch einige andere Hilfsmittel hinzuzufügen, um eine harmoniſche Entwickelung aller Kräfte des jungen Menſchen zu erzielen. Ich möchte alſo glauben, daß, wenn der neue Lehrplan einige beſcheidene Abweichungen gegenüber dem Plan, der bisher maßgebend geweſen iſt, zeigt, dann dürfte ihm nicht als Fehler anzurechnen ſein, daß dem Unterricht für praktiſche Lebensziele etwas mehr Raum gewährt wird.

Den weſentlichſten Widerſpruch aber muß ich dagegen erheben — und ich ſtelle mich da ganz auf den Standpunkt des zweiten Referenten — daß die Lehrerinnen nicht für den Unterricht in den oberen Klaſſen geeignet ſeien. Wenn wir von den Lehrern abſehen, die aus beſonderen Gründen oder weil ſie raſcher vorwärts kommen wollen, eine Stellung an einer Mädchenſchule annehmen, ſo beweiſt die Erfahrung, daß es unendlich ſchwer hält, unter den akademiſch gebildeten Lehrern geeignete Kräfte für Mädchenſchulen zu gewinnen. Auch darin kann ich mich dem Herrn Referenten nicht anſchließen, wenn er meint, daß es den Lehrern leichter wird, ſich bei den Mädchen der höheren Klaſſen Autorität zu verſchaffen, als tüchtigen Lehrerinnen. Meine Erfahrungen liegen auf der ganz entgegengeſetzten Seite und ich glaube an die Überzeugung ſehr vieler deutſcher Mütter appellieren zu dürfen, wenn ich behaupte, daß ſie ſich für eine zukünftige höhere Mädchenſchule ohne Beteiligung gebildeter Damen an dem Unterricht in den oberen Klaſſen recht wenig intereſſieren würden.

Meine Bedenken schließen aber nicht aus, daß ich mit dem Herrn Referenten durchaus einverstanden bin, daß wir für das Gedeihen der Mädchenschulen ganz unerläßlich eingreifender Reformen bedürfen. (Lebhafter Beifall.)

23. Oktober 1887. Essen: Ist die Aufnahme der Wirtschaftslehre und der Gesetzeskunde unter die Unterrichtsgegenstände der niederen und höheren Schulen zu empfehlen oder nicht? Referenten Dr. Natorp-Essen und Schuldirekttor Pache-Leipzig-Lindenau. Ich sprach als meine Auffassung der höchst interessanten Ausführungen von Referenten und Rednern den Satz aus, daß, nachdem unsere Handels-, Industrie- und Verkehrsbewegungen sich so großartig entwickelt haben, wie das vor unseren Augen in den letzten Jahrzehnten geschehen ist, andere Voraussetzungen als bisher zu erfüllen sind, um die jungen Leute mit den notwendigen Kenntnissen in diese Bewegung eintreten zu sehen.

18. November 1888. Köln: Abgrenzung der Schulpflicht. Referent Prof. J. B. Meyer. Ich schlug vor, daß gesetzlich bestimmt werde:

1. Die allgemeine Schulpflicht dauert vom vollendeten 6. bis zum vollendeten 14. Jahre.
2. Die Entlassung findet zweimal jährlich statt:
   a. für alle Kinder, die sich im Alter zwischen 13¾ und 14¼ Jahren befinden, sofern sie die Oberstufe erreicht haben oder dafür reif sind;
   b. für alle Kinder, die sich im Alter zwischen 14¾ und 15¼ Jahren befinden, sofern sie der Mittel- oder Unterstufe angehören.
3. Dispensation findet nicht statt.

Bei der Gelegenheit erfüllte ich J. B. Meyers dringendsten persönlichen Wunsch, 1000 Mark zum Zwecke der Aufstellung eines Verzeichnisses empfehlenswerter Jugendlitteratur zu stiften.

13. Oktober 1889. Witten: Fortbildungs- und Haushaltungsschulen für Mädchen. Referenten Professor J. B. Meyer und Handelskammersekretär Dr. Stegmann-Remscheid. Nach vortrefflicher Berichterstattung und Besprechung trat ich für den Gedanken ein, daß es erforderlich sei, die Sache schon in den letzten Jahren

der Volksſchule zu betreiben. Wenn wir nicht die Volksſchule zu Hilfe nehmen, wird der erhoffte Einfluß auf die weiteren Arbeiterkreiſe niemals zu erreichen ſein.

5. Oktober 1890: Barmen: Bildung und Aufgabe der Schulausſchüſſe. Referent Rektor Bartholomäus-Hamm. Meine Anſicht fand ihren Ausdruck in folgenden abgekürzten Ausführungen:

Ich glaube, daß meine Ausführungen ſich mit denen des Herr Vorredners mehr decken als mit denjenigen des Herrn Referenten. Ich habe mich eigentlich gewundert, daß der letzte verehrte Herr als Ergebnis ſeiner Studien über die vorliegende Frage zu einer Zuſammenſetzung der Verwaltungsinſtanzen gekommen iſt, welche nach meiner Anſicht überwunden iſt durch die ganze Entwickelung unſerer Schulverhältniſſe. (Sehr richtig!) Wir können unmöglich durch Geſetz ſolche Einzelheiten vorſchreiben, denn wir leben in einem Staat wie Preußen mit 28 Millionen Einwohnern unter ſo vielen verſchiedenen Verhältniſſen, daß, wenn wir überlegen wollen, ob drei oder vier Mitglieder des Gemeinderates, ſo oder ſo viele Eltern, deren Kinder die Schule beſuchen, die Schulvorſtände bilden ſollen, wir hier das Richtige, dort das Verkehrte feſtſtellen werden. Wie kann man übrigens heute, wo wir doch in der Selbſtverwaltung das kommunale Princip überall durchzuführen ſuchen, noch ſolche Beſtimmungen treffen wollen? Die natürliche Konſequenz des kommunalen Princips iſt, daß die Vertreter der Gemeinde die entſcheidende Stimme haben. Es ſollen nun nach dem Referenten ſogar die höchſten Steuerzahler beſonders berückſichtigt werden — das begreife ich erſt recht nicht. Die höchſten Steuerzahler — das kann doch nur in dem Sinne gedacht ſein, daß dieſe für ſparſame Wirtſchaft ſorgen werden, daß die Schule nicht zu gut wird, das heißt zu viel koſtet. Wenn wir aber eine gute Schule haben wollen, und das wollen wir, dann müſſen wir die Sparſamkeitsgedanken endlich beiſeite ſetzen. (Sehr richtig!) Die hiſtoriſche Entwickelung hat faſt überall dahin gedrängt, an die Stelle der Societät die Kommune treten zu laſſen. Es iſt nicht anzunehmen, daß das in Zukunft anders wird.

Dann hat der Herr Referent auch Dinge beſprochen, die eigentlich nicht in die heutige Diskuſſion hineingezogen werden ſollten. Ich bin ja gegen jede geiſtliche Schulaufſicht; ich habe dieſelbe mehrere Jahrzehnte hindurch gründlich kennen gelernt und mich gefreut, als es in den ſiebziger Jahren endlich ſchien, als ob man ſie durch Fachaufſicht erſetzen wollte. In den katholiſchen Gegenden iſt das auch wirklich geſchehen und deren Schulen, die ſehr weit gegen die proteſtantiſchen Schulen zurückſtanden, dadurch ungemein genützt worden. Ich glaube daher, daß man die äußerſte Anſtrengung machen muß, wenn dieſe Frage wieder in Fluß kommt, der Schule die Fachaufſicht überall zu geben und die geiſtliche Aufſicht, die nicht im Intereſſe der Schule, ſondern in dem der Kirche liegt, vollſtändig zu beſeitigen. (Bravo!) Aber ich meine, für heute ſollten wir von der Schulaufſicht abſehen und uns darauf beſchränken, bezüglich der Schuldeputationen und Schulvorſtände einige Grundzüge feſtzuſtellen, die wir für dieſe Organe als maßgebend erachten. Die Städte müſſen allgemein Schuldeputationen haben und das Land würde ſich mit Schulvorſtänden begnügen müſſen; beide ſollten aber nach denſelben Principien zuſammengeſetzt ſein. In den Schuldeputationen wie in den Schulvorſtänden müßten einesteils die Religionsgeſellſchaften vertreten ſein und andererſeits die Lehrer Sitz und Stimme haben. Dieſe beiden Vorausſetzungen ſollten als obligatoriſch hingeſtellt werden, im übrigen aber müßte man den Gemeinden geſtatten, ſich ihre Verwaltungsdeputationen ſo einzurichten, wie ſie es nach den örtlichen Verhältniſſen für richtig halten. Man wird dann Erfahrungen machen und austauſchen, und der Aufſichtsbehörde Gelegenheit geben, darauf einzuwirken, daß die Verſchiedenheiten nie den Intereſſen der Schule hinderlich ſind.

Wenn ich den Herrn Referenten richtig verſtanden habe, ſo iſt er der Anſicht, man ſolle die Aufſichts- und Verwaltungsinſtanzen nicht zu ſehr trennen. In manchen ſtädtiſchen Schuldeputationen iſt der Gedanke allerdings zur Ausführung gelangt. Es iſt da die Einrichtung getroffen, daß der von

der Stadt angeſtellte und die Verwaltung leitende Stadtſchulrat gleichzeitig mit der ſtaatlichen Aufſicht als Kreisſchulinſpektor betraut iſt. Das hat der Staat urſprünglich gethan, weil er auf dieſe Weiſe einen Teil des Gehalts des letzteren ſpart. Es hat ſich indes gezeigt, daß man mit dieſem Syſtem ganz ausgezeichnet arbeitet, und darum hoffe ich, daß das zukünftige Geſetz die aus dem praktiſchen Schulleben ſich ergebende Erfahrung benutzen und derartige Organiſationen in Ausſicht nehmen werde.

Ich beſchränke mich auf dieſe wenigen fragmentariſchen Bemerkungen und hoffe, daß recht viele der Anweſenden, auch Mitglieder des Lehrerſtandes, ſich über den Gegenſtand äußern werden. (Beifall.)

In dieſer Periode meines Lebens begann ich der Entwickelung der evangeliſch-proteſtantiſchen Kirche wieder einige Aufmerkſamkeit zu ſchenken. Ich war ganz unkirchlich geweſen und hatte mich eigentlich nur noch inſofern als Glied der Konfeſſion betrachtet, als mir das Chriſtentum zwar nach wie vor als die höchſte Blüte ideal-menſchlicher Sittlichkeit erſchien, ich aber von dem Inhalt der Lehren ſeiner Kirche die evangeliſchen Dogmen für überlebt erachtete und mich nur für den in der Reformation ausgeſprochenen Proteſt gegen die katholiſche Knechtung des menſchlichen Geiſtes erwärmen konnte. Seit dem Canoſſagang des großen Bismarck mußte ich mir aber doch ſagen, daß nun für längere Zeit der evangeliſchen Kirche in höherem Grade als bisher die Aufgabe erblühe, dem Fanatismus und der Heuchelei der ultramontanen Lebensanſchauung mit den Waffen einer zwar auch den Anforderungen der modernen Zeit nicht entſprechenden, aber doch weniger veralteten Denk- und Gefühlsweiſe entgegenzutreten, und es daher auch vom Standpunkte der Humanität aus erforderlich ſei, ſie zu unterſtützen. Ich habe ſeitdem die Mitgliedſchaft durch Kirchenbeſuch erneut bekundet und mich bereit finden laſſen, der kirchlichen Repräſentation beizutreten. Der äußerſten Linken der evangeliſchen Kirche, dem Proteſtantenverein, gehörte ich ſchon in den ſiebziger Jahren an, finde aber in meinen Erinnerungen erſt im Beginn der achtziger Jahre einige Zeichen,

daß ich außer durch jährliche wie außerordentliche Beiträge mich an den Bestrebungen des Vereins beteiligt habe. Zu diesen Zeichen gehört u. a. eine Beantwortung der Aufforderung meines Freundes A. Lammers in Bremen, des damaligen Vorsitzenden des Protestantenvereins, Berichte zu sammeln und zu übersenden über die Teilnahme der freier gesinnten Protestanten an den Werken der Nächstenliebe und den Besuch eines nordwestdeutschen Protestantentags in Bad Oeynhausen am 11. und 12. Oktober 1881. Predigten (Pastoren Hanne, Manchot, Klapp), Verhandlungen (Bona Meyer-Bonn: Behandlung der Schule auf den rheinischen und westfälischen Provinzialsynoden, Rechtsanwalt Zurhellen-Elberfeld: Welche Forderungen haben wir gegenüber den bestehenden Kirchenordnungen zu stellen? Manchot: Das Recht und die Pflicht der liberalen Laien zur aktiven Beteiligung am Leben der evangelischen Kirche), Festessen, alles vornehm und ideal gehalten. Bei der trotz Vorhandenseins verschiedener Richtungen in Krefeld herrschenden gegenseitigen Duldsamkeit habe ich nie den Versuch gemacht, im öffentlichen wie im kirchlichen Gemeindeleben meine Mitgliedschaft im Protestantenverein besonders zu betonen. Mit dem Herausgeber der protestantischen Flugblätter, Pastor Hönig in Heidelberg und dem späteren Vorsitzenden, Kammergerichtsrat und Reichstagsabgeordneten Schröder habe ich mehrfach Briefe gewechselt.

An dieser Stelle will ich meiner Thätigkeit bei Begründung des Deutschen Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke gedenken. Schon oft war in engeren wie weiteren Kreisen, die sich der Pflege gemeinnütziger Bestrebungen widmeten, die Frage aufgeworfen worden, ob es sich nicht empfehle, neben solcher Thätigkeit, die auf die bei allen Menschen in höherem oder geringerem Maße vorhandenen guten Eigenschaften und Neigungen sich aufbaut, auch die Bekämpfung nachteiliger und böser Triebe, die man bisher der Erziehung in Familie, Schule und Religion überlassen habe, einige Aufmerksamkeit zu widmen. Es zeigte sich, daß ganz besonders ein Gebiet, die Unmäßigkeit im Genuß von Spirituosen, in allen Klassen der deutschen Bevölkerung unter der neueren Entwickelung zu immer größeren Bedenken führe

und die beteiligten Kreiſe wohl Anſpruch darauf machen könnten, durch den Einfluß freier Vereinsthätigkeit unterſtützt zu werden. Lammers-Bremen, Herausgeber des „Nordweſt“, hatte die Vermittelung zur Einberufung einer vorbereitenden Verſammlung übernommen, die eine Anzahl von Ärzten, Profeſſoren, Männern des öffentlichen und praktiſchen Lebens, wie der inneren Miſſion vereinigen ſollte. Die Verſammlung fand am 10. März 1882 im Hotel Blinzler in Godesberg ſtatt und kam zu dem Ergebnis, durch ſechs Herren aus ihrer Mitte, und zwar

Geh. Medizinalrat Dr. Naſſe-Bonn,
Prof. der Nationalökonomie Dr. Erwin Naſſe-Bonn,
Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Finckelnburg-Bonn,
Redakteur Lammers-Bremen,
L. F. Seyffardt-Krefeld,
Konſiſtorialrat Pfarrer Natorp-Düſſeldorf

zum 8. Oktober einen weiteren Kreis geeigneter Männer nach Frankfurt a. M. einzuladen, um zu beraten, „ob eine große deutſche Mäßigkeitsgeſellſchaft ins Leben zu rufen ſei“. In dieſer Vereinigung wurde die Frage bejaht, in einer weiteren Komiteeſitzung am 28. Dezember in Kaſſel ein Aufruf an das deutſche Volk und in der Generalverſammlung am 29. März 1883, ebenfalls in Kaſſel, die Konſtituierung mit Wahl von Geh. Med.-Rat Naſſe zum Vorſitzenden und Lammers zum Geſchäftsführer beſchloſſen. Der Verein hatte von vornherein dadurch den Beifall größerer Kreiſe, daß er beſtimmt ausſprach, nicht gegen den Genuß, ſondern gegen den Mißbrauch des Genuſſes aufzutreten. Jedenfalls hatte er den Erfolg, daß angeſichts der Beteiligung von Manchen, die der ſchönen Gottesgabe, ſoweit Wein und Bier in Betracht kommt, ihren Wert nicht ſchmälern laſſen wollten, die Freunde des Gehenlaſſens mit ihren Verſuchen, die Sache lächerlich zu machen, nicht durchdringen konnten. Es war damit das erſte Stadium erreicht, daß man ganz objektiv auf den Blödſinn des Trinkzwangs, die böſe Gewohnheit des Vortrinkens hinweiſen und die Folgen des ſchlechten Beiſpiels der Studenten, „der Blüte der Nation“ auf die unteren Schichten bekämpfen konnte. In den erſten Jahren machte ich ſowohl Vor-

ſtands- als Generalverſammlungen mit, z. B. 1884 Berlin und Düſſeldorf (Provinzialtag) u. ſ. w., ſpäter blieb ich fern, wenn die Reiſe zu weit war oder nächſtliegende Pflichten mich allzuſehr in Anſpruch nahmen. Die Thätigkeit war eine recht vielſeitige, zunächſt die Agitation zur Verbreitung der Erkenntnis von der Wichtigkeit der in Ausſicht genommenen Ziele, ſowie die Verteilung der Einzelarbeit auf Bezirksvereine und Vertreterſchaften. Die eigentlichen Ziele dürften ſich in drei Teile ſcheiden, von denen der erſte wohl von der Mehrzahl der dazu Stellung nehmenden Männer anerkannt wird, der zweite dem Streit der Meinungen bezüglich ihrer Anwendbarkeit und Erfolge überlaſſen bleibt und der dritte als an und für ſich wenig empfehlenswert oder ausſichtslos bezeichnet werden muß. Zu 1 würde ich rechnen:

Die Entmündigung von Gewohnheitstrinkern.
Errichtung von Trinkerheilanſtalten.
Einrichtung von Kaffeehäuſern.
Erhöhung des Preiſes des Trinkſchnapſes durch Beſteuerung.
Trennung von Schankbetrieb und Kleinhandel.
Beſeitigung der Überſchwemmung der Kolonien mit Schnaps.

Zu 2:

Änderung der Schankgeſetzgebung.
Beaufſichtigung der Reinheit des Trinkſchnapſes.
Einfluß der Arbeitgeber auf Entwöhnung vom Schnaps.
Anregungen auf Änderung mißbräuchlicher Univerſitätsgewohnheiten.

Zu 3:

Beſtrafung Ärgernis erregender Trunkenheit.
Erſatz alkoholreicher durch alkoholarme Getränke.
Reform der Wirtshäuſer und Schenken.

Der Wirkſamkeit des Vereins hat längere Zeit das vielköpfige Präſidium und die Krankheit von Lammers Abbruch gethan. Als dann der Oberbürgermeiſter Struckmann von Hildesheim den Vorſitz und Dr. Bode die Geſchäftsführung übernahm, gelang es zwar, die eingetretene Lauheit zu beſiegen, nicht aber die bei der Gründung vorhandene Kraft zur Initiative wiederherzuſtellen.

Es mag dies zum Teil an dem nie ganz vermiedenen Schein, als wenn der Verein unter Umständen geneigt sein würde, aus dem Lager des Kampfes gegen den Mißbrauch in das für Deutschland unwirksame der Beförderung der totalen Enthaltsamkeit überzugehen, gelegen haben.

Zu den vielen Gebieten öffentlicher Thätigkeit, auf denen im Beginn der achtziger Jahre sich Reformbestrebungen geltend zu machen versuchten, gehören auch die Sparkassen. Sie waren ursprünglich gegründet, um den Spartrieb zu fördern, dem kleinen Mann eine Gelegenheit zu bieten, seine Ersparnisse möglichst günstig verzinst zu sehen, doch hatten sie sich im Laufe der Zeit in Institute verwandelt, die in erster Linie Erzielung möglichst hoher Überschüsse zu Gunsten der städtischen Finanzen im Auge hatten. Ob es möglich sein würde, bei dem vielfach empfundenen Bedürfnis, eine Erleichterung der allerdirektesten Steuer, der Einkommensteuer, herbeizuführen, idealen Reformen Berücksichtigung zu verschaffen, war von vornherein sehr zweifelhaft. Doch sollte die Sache in die Hand genommen und zuvörderst ein allgemeiner deutscher Sparkassenverband gebildet werden. Die beiden stärksten Verbände waren der sächsische Verband unter Führung des Oberbürgermeisters Kuntze in Plauen und der westdeutsche Verband unter derjenigen des Oberbürgermeisters Hache in Essen. Die erste Tagung fand unter Vorsitz von Lammers 1882 im Anschluß an den Verein für Armenpflege und Wohlthätigkeit in Darmstadt statt. Das allgemeine Motto, das Ziel des Vereinsstrebens, war die Erziehung der noch nicht sparenden Klassen zu Sparern. Auf der Tagesordnung standen folgende Gegenstände:

Deutsche Sparsamkeitsgesetze.
Übertragbarkeit der Einlagen.
Popularisierung der Sparkasseneinrichtungen.

Der zweite Sparkassentag 1883 fand wieder im Anschluß an den Armenpflegertag in Dresden statt. Vorsitzender Herse-Posen, Stellvertreter Seyffardt-Krefeld und Lammers-Bremen. Tagesordnung: Organisation von Sparkassenverbänden. Beschluß, durch Benutzung des Sparmarkensystems dem Sparsinn der weniger günstig situierten Bevölkerungsschichten entgegenzukommen und

Pfennig-, Jugend- und Schulsparkassen möglichst Vorschub zu leisten.

In Weimar 1884 vereinigte sich der dritte Sparkassentag, Oberbürgermeister Pabst Vorsitzender, Lammers und Seyffardt Beisitzer, Dr. Heyden Schriftführer. Tagesordnung: Übertragbarkeit der Einlagen. Begrenzung der Einlagen nach oben. Beteiligung der Sparer am Gewinn.

Unmittelbar nach der Versammlung am 2. Oktober wurde ein Gesetzentwurf zur Ermächtigung der Post zur verzinslichen Annahme von Volksersparnissen dem Reichstag vorgelegt. Am 25. November hielt der Sparkassentag unter meinem Vorsitz in Hannover eine Art von Schlußsitzung ab, in der konstatiert wurde, daß für die nächste Zeit die Sparkassenfrage aus dem Stadium der Vereinsthätigkeit in den Bereich der parlamentarischen Behandlung hinübergeleitet sei. Zugleich wurde eine Eingabe bezüglich einzelner Bedenken gegen die Postsparkassen-Vorlage an die Mitglieder des Reichstags und eine Anempfehlung zeitgemäßer Reformen an die deutschen Sparkassen, um im Wettbewerb mit der Post nicht zu unterliegen, beschlossen.

Die Vorbereitungen zur Überleitung des westdeutschen in einen deutschen Verband gingen mittlerweile ihren Weg. Wegen zu starker anderweitiger Belastung mußte ich die von Oberbürgermeister Lehr in Duisburg an mich am 21. April 1885 gestellte und am 25. April von Dr. jur. Heyden-Essen wiederholte Bitte, den Vorsitz zu übernehmen, dankend ablehnen.

Wenn irgendwo die Aufforderung des zweiten Sparkassentags 1883, Pfennig- und Schulsparkassen zu gründen, angebracht war, so hätte man das von meiner guten Vaterstadt Krefeld glauben sollen. Der Sparsinn ist bei den arbeitenden Klassen sehr wenig entwickelt, und es hat lange an Anregungen gefehlt, ihn zu erwecken und zu fördern. Während des Schulstreites und nach demselben war es indes ausgeschlossen, die vorhandenen Schwierigkeiten durch Vorschläge zur Errichtung von Schulsparkassen zu vermehren, dagegen schien das im Beginn der 80er Jahre allseitig anerkannte Bedürfnis, neue Spargelegenheiten zu schaffen, und dieserhalb eine Revision der Sparkassenstatuten vor-

zunehmen, der Einrichtung von Pfennigsparkassen günstig zu sein. Ich finde in meinem Notizen die Antworten der Pfennigsparkassen benachbarter Städte: Barmen, Düsseldorf, Dortmund, Elberfeld, an die ich mich gewandt hatte, um Einzelheiten der dortigen Bestimmungen kennen zu lernen und des Direktors der Reichsdruckerei, an den ich wegen des Druckes der Sparmarken geschrieben hatte. Bereits am 18. Dezember 1881 wandte sich der Handwerker- und Bildungsverein an die städtische Sparkasse, mit der Bitte, neben ihren statutarischen Aufgaben durch Errichtung einer Pfennigsparkasse auch kleinere und kleinste Beiträge zu verzinsen. Der Verein erklärte sich gerne bereit, falls es nötig erscheinen sollte, nach Kräften für die Einrichtung und Führung eines solchen Instituts mitzuwirken. Von den vorhandenen Sparkassenbüchern lauteten

1078 auf Beiträge unter 60 Mk.
1152 „ „ von 60—150 Mk.
1109 „ „ „ 150—300 „
2242 „ „ „ 300—600 „
3244 „ „ über 600 „

woraus sich ergab, daß die Sparkasse in sehr viel höherem Grade den Bedürfnissen des Mittelstands, als denen des kleinen Mannes diene und in viel geringerem Maße, als vom Standpunkt des socialen Fortschrittes wünschenswert, von einer Einwirkung und Erziehung zur Sparsamkeit in den unteren Schichten der Gesellschaft Kenntnis gebe.

Trotz vielfacher persönlichen Bemühungen gelang es nicht, die Mitglieder der städtischen Sparkassenkommission für die Angelegenheit zu erwärmen. Es mußte daher der Versuch gemacht werden, durch eine freie Vereinigung den Beweis zu liefern, daß auf dem geplanten Wege Ersprießliches zu leisten sei. Aus den Mitgliedern des Handwerker- und Bildungsvereins bildete sich ein Ausschuß von 40 Personen, der die Annahme von Sparkarten alltäglich in den Stunden von 7—8 Uhr übernahm und als Garantie für deren Einlösung dem Oberbürgermeister ein Sparkassenbuch von 1000 Mk. überreichte. Als dann im Mai 1883 die Statistik ergab, daß der Sparkasse 4—5000 neue Sparer und

im ersten Jahre gegen 70000 Mk. kleinen Kapitals zugeführt waren, schien dem Ausschuß der Beweis erbracht, daß die Anregung des Spartriebes auf dem betretenen Wege sich günstig entwickelt habe. Der Vorstand, unterzeichnet B. Abels, G. Andrießen, P. J. Eicker, G. Frings, Albr. Pick, L. F. Seyffardt, wandte sich abermals an den Oberbürgermeister, die Stadtverordneten und die Verwalter der Sparkasse mit der Bitte, die Annahme der mit Sparmarken in einem Minimalbetrag von 1 Mk. versehenen Sparkarten an Geldesstatt zu den für die Einlagen bei der städtischen Sparkasse bezeichneten Stunden verfügen zu wollen. Der Antrag wurde an eine Kommission verwiesen, in der es recht schwer wurde, zu einem Ergebnis zu gelangen, da man mit der Behauptung der Verwalter zu kämpfen hatte, daß die Pfennigsparkasse der städtischen Sparkasse eine solche Überbürdung mit Arbeiten zugeführt habe, daß die Beamten mehrere Monate mit dem Rechnungswesen zurückgeblieben seien. Eine fernere Schwierigkeit ergab die weitverbreitete Ansicht, daß der anerkannte Zweck der Pfennigsparkassen, vermehrte Spargelegenheit zu schaffen, dadurch erreicht sei, daß durch die beabsichtigte Reorganisation an soviel mehr Stunden und Tagen Einlagen entgegengenommen würden. Die Kommission kam endlich auf den Gedanken, eine vollständige Trennung der Pfennigsparkasse vorzuschlagen, ohne indes auch hiermit durchdringen zu können. Der Ausschuß hatte unterdessen die Vermittelung zwischen den Sparern und der städtischen Sparkasse rüstig fortgesetzt, trotz der allen Mitarbeitern immer deutlicher werdenden Erkenntnis, daß zur Zeit für die dauernde Inangriffnahme der Hebung des Spartriebs das Wohlwollen der maßgebenden Kreise nicht zu gewinnen sei. Am 7. Januar 1886 wurden die früheren Anträge bei Gelegenheit der für den 1. April entworfenen neuen Kassendienstanweisung der Sparkasse von mir noch einmal im Stadtverordnetenkollegium zur Sprache gebracht, sei es auch nur, wie ich gestand, um der Kasse ein anständiges Begräbnis zu verschaffen. Der Antrag hatte den Erfolg, daß beschlossen wurde, den Sparkassenverwaltern anheimzugeben, vorläufig auf ein Jahr, Sparmarken anzunehmen. Dem Anheimgeben wurde zum 1. April

1886 entsprochen. Wie erwartet, fiel im Laufe weniger Monate der Reformversuch dem geringen Wohlwollen der Sparkassenverwaltung und ihrer Beamten zum Opfer.

Den Realschulmännerverein betreffend, waren unsere wechselseitigen Beziehungen in diesem Jahrzehnt recht angeregte. Ich wurde immer zu den jährlichen Versammlungen noch besonders eingeladen; wenn sie aber verschiedentlich in den Osterferien in Berlin abgehalten wurden, war ich durch meine gleichzeitigen parlamentarischen Ferien in Krefeld am Erscheinen behindert. Immerhin wurde das taktische Verhalten des Vereins mit mir mündlich oder schriftlich besprochen und mir von Einzelnen wie von Versammlungen schriftlich oder telegraphisch Zustimmung zu meinen Reden im Abgeordnetenhaus übermittelt. Fast immer mußte ich meine Aufgabe darin erkennen, die rosigen Hoffnungen der Herren Schulmänner, besonders der verdienstvollen Agitatoren Direktor Steinbart und Professor Schmeding in Duisburg herabzustimmen und zur Vorsicht in Beurteilung der wenigen der Reform günstigen Kundgebungen zu mahnen. Das günstigste Ereignis war das Ergebnis eines von Direktor Dr. Schauenburg unterzeichneten Preisausschreibens von Ein Tausend Mark für die beste und zutreffendste Beantwortung der Frage: „Woher rührt die Überfüllung der sogenannten gelehrten Fächer und durch welche Mittel ist derselben am wirksamsten entgegenzutreten?"

Als Preisrichter wurden ernannt: Geh. Rat Dr. Höpfner, Kommissar des Unterrichtsministers, Professor Dr. Conrad-Halle, Professor Dr. Paulsen-Berlin, Abgeordneter Seyffardt-Krefeld, Direktor Dr. Schauenburg-Krefeld, Direktor Dr. Steinbart-Duisburg, Geh. Rat Freiherr v. Zedlitz und Neukirch-Berlin. Nach eingehender Besprechung der eingereichten 76 und insbesondere der sechs zur engern Wahl gebrachten Arbeiten, so heißt es in dem Protokoll vom 15. April 1889, einigte sich das Preisgericht, gemäß dem Antrage des abwesenden Mitgliedes L. F. Seyffardt zu dem Beschlusse, den Preis zu teilen und zwar zu gleichen Teilen:

1. dem Gymnasialoberlehrer Dr. Pietzker zu Nordhausen.
2. dem Gymnasialoberlehrer Dr. Treutlein zu Karlsruhe.

Eine ehrenvolle Erwähnung gewährte das Preisgericht auch den eine beachtenswerte Behandlung des Gegenstandes zeigenden Arbeiten

3. des Realgymnasialoberlehrers Dr. Gercken zu Perleberg,
4. des Gymnasialoberlehrers Perthes zu Bielefeld.

Alle vier Arbeiten verdienen nach Form und Inhalt ganz besonders hervorgehoben zu werden.

Ich gehe nun über zur Kennzeichnung der politischen Lage in dem Zeitraum 1880—1890. Im allgemeinen habe ich bei meinen Aufzeichnungen bis hierher den eigentlichen nationalliberalen Fraktionsstandpunkt wenig hervortreten lassen. Ich hatte der nationalliberalen Partei seit ihrer Gründung angehört, aber doch immer mit der Partei, der ich früher angehört hatte, der Fortschrittspartei, Fühlung behalten, als den eigentlichen Kernpunkt meines Ichs radikale Lebensanschauungen nie verleugnet, als Mann des praktischen Lebens aber gleich mit meinem Eintritte ins Parlament die Erfahrung gemacht, daß mehr wie auf irgend einem andern Gebiet in der Politik das Bessere der Feind des Guten ist und das Gute und die Möglichkeit der Entwickelung zum Bessern nicht ohne Vermittelung, nicht ohne Kompromisse, zu erzielen ist. Der große Einfluß, die staunenswerten Erfolge, die die nationalliberale Partei in den Jahren von 1866—71 errungen hat, beruhen auf Kompromissen. Sie würden noch größer, noch dauernder gewesen sein, wenn nicht immer aufs neue das deutsche Erbübel des übertriebenen Individualismus, der abstrakten Doktrin, des theoretischen Eigensinns, hemmend in den Weg getreten wäre. Bis zum Jahre 1878 waren die Nationalliberalen die eigentliche Regierungspartei gewesen, alle Einrichtungen des neuen Deutschen Reiches hatten einen nationalliberalen Stempel erhalten und doch war nationalliberaler Ehrgeiz kaum je störend und einseitig hervorgetreten. Wenn die angesehensten Männer, Forckenbeck und Bennigsen, das Präsidium in Reichstag und Abgeordnetenhaus übernahmen, so hatte das dem Leben der Partei entschieden geschadet und recht eigentlich die Spaltung in einen linken und einen rechten Flügel hervorgerufen. Diese trat offen zu Tage, als Fürst Bismarck 1878 die

Absicht bekundete, den Kulturkampf zu beenden und in der Handelspolitik die bisherige freihändlerische mit der schutzzöllnerischen Richtung zu vertauschen. Am 11. Juni 1878 war der Reichstag aufgelöst worden nach Ablehnung des Gesetzes gegen die Socialdemokratie. Im neugewählten Hause wurde zwar das alte nationalliberal-freikonservative Präsidium (v. Forckenbeck, Freiherr v. Stauffenberg, Fürst Hohenlohe-Langenburg) wiedergewählt, aber als Zeichen des Umschwungs eine freie, ausgesprochen schutzzöllnerische, wirtschaftliche Vereinigung, aus Centrum und Konservativen begründet. Im Jahre 1879 wurde der Reichstag am 12. Februar wieder eröffnet. Mehrere Nationalliberale traten der Vereinigung bei und in der Fraktion schärften sich die Gegensätze so sehr, daß man die Hoffnung auf allgemeine Verständigung in wirtschaftlichen Dingen aufgab. Mehrmals waren Zusammenstöße von Bismarck und Lasker erfolgt, die Reichstagsfraktion schien immer haltloser zu werden. Am 17. Mai 1879 trat in Berlin ein Städtetag zusammen, auf dem 68 Städte gegen, 4, Essen, Bochum, Witten, Heilbronn, für Zölle auf Getreide, Vieh und Fleisch mit großer Energie eintraten. Am Nachmittag beim Festmahl im zoologischen Garten gruppierte sich um den Berliner Oberbürgermeister von Forckenbeck, den Präsidenten des Reichstages, eine ehrenwerte Gesellschaft, die nach englischem Muster auf Rickerts Antrag eine Antikornzoll-Liga und eine allgemeine liberale Oppositionspartei oder wie Forckenbeck nach einem Briefe von Schüller, unserm Krefelder Vertreter, an mich, sagte, eine einheitliche liberale Bürgerpartei gründen wollte. Du lieber Gott! Forckenbeck Mittelpunkt einer radikal-freihändlerischen Bewegung, derselbe kommunalfiskalische Mann, den ich nicht allzu lang vorher unter Zustimmung von Rickert und in Anlehnung an die Untersuchungen des Statistikers Schwabe aus Forckenbecks Breslauer Zeit in unserm nationalliberalen Fraktionslokal, Schweizer Pensionat in der Leipziger Straße, mit dem Beweise hatte berichtigen müssen, daß die Brotpreise im Durchschnitt der Zeiten nicht von dem guten oder bösen Willen der Bäcker, sondern von dem Steigen und Fallen der Getreidepreise bestimmt werden. Als zwei Tage später, am 19. Mai, das Vorgehen des Städte-

tags im Reichstag zur Sprache gekommen war, legte Forckenbeck das Präsidium nieder, mit ihm die Vicepräsidenten. An ihrer Stelle wurden als Präsident der konservative von Seydewitz, als Vicepräsidenten der ultramontane Freiherr v. Franckenstein und der rechts-nationalliberale Hölder gewählt. Die Folgen dieser Wandlung gestalteten sich für die nationalliberale Partei recht eigentümlich. Friedrich Böttcher berichtet darüber in seiner Biographie Stephanis. Äußerster linker und äußerster rechter Flügel, v. Forckenbeck und Völk, wetteiferten in dem Bestreben, den vermittelnden Bennigsen totzuschlagen; das zweifelhafte Verdienst, das Auseinanderfallen der Partei einzuleiten, war aber dem rechten Flügel vorbehalten. 15 Mitglieder der Gruppe Völk-Schauß traten aus der nationalliberalen Fraktion aus und stimmten für das Tarifgesetz. Das negative Votum gegen dies Gesetz vereinigte die verbleibenden Nationalliberalen des Reichstags noch einmal vor Schluß der Session. Allem Anschein nach war aber bei Herrn v. Forckenbeck die Absicht der Lostrennung des linken Flügels von der Partei nur aufgeschoben, nicht aufgehoben. Erst mußten die freihändlerisch gestimmten Mitglieder des preußischen Abgeordnetenhauses gewonnen werden, ehe man Aussicht auf Erfolg hatte. Sie wurden, darunter auch ich, im Winter 1879/1880 eingeladen, alle 14 Tage an einem Abend im Tiergartenhotel am Potsdamertor zu erscheinen, um über die veränderte politische Lage seit Bismarcks Canossagang und Bekehrung zum Schutzzoll zu verhandeln. Ich merkte bald, daß die Verhandlungen nur Spiegelfechterei waren und auf eine Art Bauernfang hinausliefen. Im Hintergrund standen die eigentlichen Doktrinäre, die radikalen Freihändler, doch waren die Redner zumeist im Parlament wenig hervortretende Männer und ich konnte mir nicht helfen, ich glaubte immer bei Forckenbeck eine Art Eifersucht auf die Bedeutung und die Erfolge des ihm als Redner und Parteiführer so sehr überlegenen Bennigsen herauszufühlen. Obschon entschiedener, wenn auch lange nicht extremer Freihändler, fühlte ich mich in den Versammlungen nicht recht behaglich und ging nicht mehr hin. Selbst Rickert hielt sich sehr zurück und hoffte noch immer auf eine glückliche Vermittelung.

Ich war im Abgeordnetenhause täglich Zeuge, wie eifrig er sich bemühte, eine solche zwischen Forckenbeck und Bennigsen herbeizuführen. Rickert hatte den Eckſitz auf der ersten nationalliberalen Bank am Ministertisch, dann kam ein leerer Platz, den R. für das stets reichlich aufgehäufte Material beanspruchte, sodann kam ich, neben Bennigsen auf dem Eckplatz. Nun pflegte Rickert recht häufig auf den leeren Platz hinüberzurücken, um mit mir ein Gespräch über die Reichstagsstreitigkeiten anzuknüpfen und so Bennigsen anzuregen, sich daran zu beteiligen. Erfolg konnte er nicht haben, besonders nachdem am 28. Februar 1880 in der Reichstagsfraktion Forckenbeck in höchst unfreundlicher Weise gegen Bennigsen losgezogen war und das Bekenntnis abgelegt hatte, daß er bei den Besprechungen 1877 bezüglich des Eintritts von Nationalliberalen ins Ministerium seine Bedingungen nur gestellt habe, um die Verhandlungen zum Scheitern zu bringen. Nachdem indes in jenen Tagen meine Wahl ungültig erklärt worden, war meine Hoffnung auf Vermeidung der Fraktionsspaltung wieder belebt worden, als der Abgeordnete Rickert auf dem Fraktionsessen der Nationalliberalen des Landtags in Wansee in unzweideutiger Weise seiner Übereinstimmung mit Bennigsen einen recht lebhaften Ausdruck gegeben hatte. Verstärkt wurde meine Zuversicht durch die Abstimmungen im Reichstag, bei welchen sämtliche Nationalliberale bis auf fünf das Septennat und bis auf vier in der Schlußabstimmung das Militärgesetz annahmen, doch es sollte anders kommen. Im August traten ganz unerwartet 20 Mitglieder aus der Fraktion des Reichstags und vereinigten sich zu der neuen Fraktion der Secession. Wenn trotz allem Vorhergegangenen auch Rickert sich anschloß und sogar meinen Freund Gärtner-Magdeburg zum Austritt zu bewegen suchte, so geschah es, weil vor ihm fast alle namhaften Parteiglieder von jenseits der Elbe ausgeschieden waren, mit denen er sich stets solidarisch gefühlt hatte.

Böttcher ist in dem genannten Buche mit seiner Auffassung, daß die Meinungsverschiedenheit zwischen Bennigsen und Rickert bei der ersten Abbröckelung der Maigesetze im Landtag zur Vertiefung des Gegensatzes benutzt worden sei, vielleicht recht be-

richtet gewesen. Daß jene Verschiedenheit aber zum Teil eine Folge der mangelhaften Organisation der Fraktion des Landtags, der ein Geschäftsführer fehlte, war, ist ganz zuverlässig. Die Fraktion war eine Stunde vor dem Plenum berufen worden und hatte keine Zeit gehabt, die wichtige Frage zu diskutieren. Bei der zweiten und den folgenden Anträgen der Staatsregierung auf Abänderung der Maigesetze besann die Fraktion sich auf die einzig richtige Konsequenz ihres frühern Verhaltens und versagte einstimmig die Genehmigung. Dieser Haltung gingen allerdings recht lebhafte Verhandlungen vorher, in denen die Rheinländer, besonders von Eynern und ich, der ich mittlerweile in Krefeld wiedergewählt worden war, am entschiedensten dafür eintraten, daß die nationalliberale Partei abdanken könne, wenn sie mit Bismarck nach Canossa ginge.

Man hat später Rickert Unrecht gethan, wenn man seine Rede in Wansee den Judaskuß der Secessionisten genannt hat.

Am 29. Mai 1881 erließen von den in der nationalliberalen Partei Verbliebenen 185 Mitglieder des Reichstages und der Einzellandtage die folgende Erklärung:

„Entschlossen, die bestehende gewerbliche Gesetzgebung und die auf ihr beruhende wirtschaftliche Freiheit gegen reaktionäre Angriffe zu verteidigen, halten wir an der Überzeugung fest, daß entgegenstehende Meinungen über Schutzzoll und Freihandel nicht zur Grundlage politischer Parteibildung dienen dürfen."

Wie richtig diese Erklärung auch den Fehler der Secessionisten kennzeichnete, nun dasselbe zu thun, was man so lange Jahre an der Fortschrittspartei bekämpft hatte, so hatten in den nächsten Jahren die Nationalliberalen unter den Folgen der Spaltung fast noch mehr zu leiden als die Secessionisten. Das bekundete am offenbarsten die 1883 stattfindende Niederlegung der beiden Mandate durch Bennigsen. Sie war eine Folge des Mißmuts über die Entwickelung der Dinge, die dem Liberalismus für absehbare Zeit jede Aussicht auf Wiedergewinnung eines mitentscheidenden Einflusses zu rauben schien. Auch diesmal sollten die rheinischen Kulturkämpfer den Entschluß des für die Partei unentbehrlichen Mannes auf dem Gewissen haben. Die Ansicht

war falsch, wie ich am Abend der Erklärung in der Kneipe bei Zennig, neben Bennigsen sitzend, erfuhr. Wir Anderen hielten Bennigsens Zurücktreten für den Ausdruck einer vorübergehenden Schwäche, ohne es zu sagen. Wir wußten, daß unser verehrter Führer bald wiederkommen würde. Schon im nächsten Jahre am 18. Mai 1884 auf dem Berliner Parteitag war er wieder da.

Von meinen Reden und Anregungen im Plenum außer den Schulangelegenheiten habe ich nur wenig zu erwähnen.

Am 4. Dezember 1883 sprach ich zum Minister des Innern bei dem Posten: Vermehrung der Landgendarmerie; der Schlußsatz faßt meine Ansicht zusammen:

„Alle Vermehrung der Gendarmen in Ehren, die Abhilfe des Übels ist nur dann zu erzielen, wenn die Armenpflege eine bessere wird. Wir müssen überall ein wirksames Mittel gewinnen, um die Unglückseligen, die obdach- und arbeitslos werden, aus Gefängnissen und Krankenhäusern kommen, der traurigen Wahl zu entreißen, entweder Verbrecher oder Vagabunden zu werden. Es fehlen uns Organe zur Gründung von Arbeitshäusern mit mehr erziehlichem als strafendem Charakter, neben den Korrigendenanstalten und statt derselben und andere Einrichtungen der socialen Hilfeleistung."

Am 18. Dezember 1883 schließe ich eine Rede zur Strafanstaltsverwaltung mit den Worten:

„Ich kann mir nicht denken, daß wir uns beruhigen wollen und dürfen in einer Zeit, in der wir so weitgehende Forderungen stellen an den Staat und die Gesellschaft bezüglich der Verbesserung der Lage der niederen Klassen, in der wir Gesetze erlassen über Kranken-, Unfall- und Invaliditätsversicherung, noch länger die älteste anerkannte socialpolitische Pflicht des Gemeinwesens, die Fürsorge für die Armen und Hilfsbedürftigen ganz kleinen Verbänden zu überlassen, deren Unfähigkeit zur Tragung der ihnen durch das Gesetz zugemuteten Leistungen unbezweifelt ist."

Am 22. Januar 1884 danke ich dem Staatsminister Maybach für die seit der Verstaatlichung der Bahnen eingetretene bessere Berücksichtigung der Interessen der Stadt Krefeld, sowie für die infolge eines nur einstündigen Aufenthalts des Ministers be-

reits eingetretene Abänderung eines dringenden Notstands, bitte aber die drum nicht minder erforderliche Inangriffnahme des Bahnhofsumbaues nicht verzögern zu lassen.

Am 13. Mai 1884 befürworte ich bei dem Gesetzentwurf zur Ergänzung des Gesetzes vom 13. März 1878 über Unterbringung verwahrloster Kinder die Ausdehnung über das vollendete 16. Jahr hinaus.

Am 30. Januar 1885 ersuche ich den Minister des Innern von Puttkamer, daß er sich den von mir ausgeführten Wünschen des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohlthätigkeit bezüglich der vorgeschlagenen Reformen in der Art anschließen möge, daß er die ihm zu Gebote stehende staatliche Initiative in Anwendung bringe. Der Minister dankt für die gegebene Anregung und hofft, daß die humanen Anregungen des Deutschen Vereins in allen Schichten der Bevölkerung die richtige Würdigung und Anerkennung finden werden. Was der Staat auf dem Gebiete bisher gethan habe, sei nicht sehr tiefgreifend.

Am 20. Februar 1886 erneuere ich die Bitte für den Umbau des Bahnhofes Krefeld.

Am 31. März 1886 beteilige ich mich in längerer Rede an der Debatte über den ultramontanen Antrag Jul. Bachem, Fritzen, Mosler, wonach die im Gesetz vom 25. Mai 1873 in den Kommunalordnungen mit Census, in denen das Dreiklassenwahlsystem gilt, ausgesprochene Befugnis, einen höheren Klassensteuersatz als 6 Mk. durch Ortsstatut für Ausübung des Wahlrechts festzustellen, aufgehoben wird. Selbstredend war ich gegen jeden Versuch der Herabminderung der Kautelen, die die rheinischen Städte vor der klerikalen Herrschaft bewahren. Die Verweisung an die Gemeindekommission wurde abgelehnt.

Am 6. Mai 1886 sprach ich abermals für die Nationalliberalen in derselben Sache, unter Zurückweisung von Fritzens Statistik der Stadt Wesel und Trimborns Vorwurf, ich hätte zur Zeit mit von Sybel gegen die Übertraguug der Selbstverwaltung auf die westlichen Provinzen gestimmt. Schließlich wurde der ultramontane Antrag mit 147 gegen 132 Stimmen abgelehnt.

Am 31. Januar 1887, wie oft vorher, verfocht ich die Errichtung eines Landgerichts Krefeld. Mein Material in der Sache habe ich der Krefelder Handelskammer übergeben.

Meine Vertretung der Magdeburger Lokal- und Specialintereſſen erfordert eine kurze chronologiſche Aufzeichnung. Wenn ich mich auch im Laufe der Jahre an die manchen großen und kleinen Unannehmlichkeiten, die der außergewöhnlich heftige Parteiſtreit in unſerer guten Stadt Krefeld mit ſich brachte, ganz gewöhnt hatte und die bei jeder Gelegenheit ſich wiederholenden perſönlichen Nadelſtiche nur als nützlich für Erhaltung der Hautthätigkeit erachtete, ſo empfand ich doch das ungemein freundliche Entgegenkommen, das ich in meinem neuen Wahlkreis Magdeburg fand, als eine angenehme Abwechſelung, als einen neuen Reiz. In den 13 Jahren, während deren ich mit den Specialkollegen Gärtner, Dr. Dürre und Reichardt Magdeburg vertrat, iſt mein Verhältnis nicht nur mit den Parteigenoſſen, ſondern auch mit den Konſervativen und Fortſchrittlern ungetrübt geblieben. Von den letztern habe ich, wohl zum Teil in Folge des Einfluſſes der in der Partei befindlichen mir günſtigen Lehrer, ſogar manche Stimmen erhalten, trotzdem ich in Verteidigung meiner nationalliberalen Anſichten weder in Kandidatenreden noch Rechenſchaftsberichten ein Blatt vor den Mund nahm. Bei den letzteren, die ein- oder zweimal im Jahre ſtattfanden, darf ich ſagen, daß die Wechſelwirkung zwiſchen Redner und Parteigenoſſen ſtets eine recht warme war.

Schon zwei Monate nach meiner Wahl mußte ich zu einer recht traurigen Veranlaſſung in Magdeburg erſcheinen, zur Beerdigung meines guten Freundes, des Stadtälteſten Carl Gaertner am 21. Januar 1886. Lange Jahre hatten wir im Abgeordnetenhaus ſehr freundſchaftlich verkehrt, waren aber durch die Seceſſion einander noch näher gekommen. Wir beide, entſchieden freihändleriſch geſinnt, konnten es abſolut nicht verſtehen, wie man aus theoretiſchen Gründen, ohne ſich mit den bisherigen Freunden darüber unterhalten und beraten zu haben, ſo rückſichtslos mit ſeiner Vergangenheit brechen könne. Mit mir vertraten Weber-Halberſtadt und Jordan die Fraktion bei dem Begräbnis. Ich

ſprach einige Worte an der Bahre. Zwicker ſchrieb mir, daß der Aufenthalt in Amerika, an dem teilzunehmen Gaertner noch im Juli mich recht dringend eingeladen hatte, ihm nicht gut bekommen ſei.

Die erſte Gelegenheit, Magdeburger Intereſſen zu dienen, ergab ſich bereits am 2. März 1886. Der Etat beantragte für Errichtung eines Archivs in Halle, das Magdeburg genommen werden ſollte, als erſte Rate 80 000 Mark zu bewilligen. Schon in der Budgetkommiſſion gelang es mir, geſtützt auf die der Stadt Magdeburg günſtigen Referate Francke (nl.) und Stengel (fk.) in Verteidigung der idealen Intereſſen Magdeburgs gegen Alexander Meyer, den Vertreter von Halle, die Streichung durchzuſetzen. Das Plenum, in dem ich durch den Regierungspräſidenten Steinmann und durch meines Specialkollegen Dr. Dürres Jungfernrede unterſtützt wurde, beſtätigte dieſe Entſcheidung.

Am 23. April 1887 feierten wir eine geſellige Vereinigung zur Nachfeier der Wahl von O. Duvigneau als Reichstagsabgeordneter. Generaldirektor Liſtemann ſprach zuerſt auf den Kaiſer, dann folgten politiſche Reden des Herrenhausmitglieds Oberbürgermeiſter Böttticher, der Landtagsabgeordneten Seyffardt, Dr. Dürre, und des Reichstagsabgeordneten Duvigneau. Mir war das Hoch auf den Oberbürgermeiſter übertragen. Ich feierte die Rückgewinnung des Reichstagsmandates von der Socialdemokratie und ſchloß mit den Worten: „Wenn irgendwo, ſo erkennt man in Magdeburg auf Schritt und Tritt, daß Einzelne wie Geſamtheit gleichmäßig beſtrebt ſind, auf dem Gebiete der privaten wirtſchaftlichen Arbeit raſtlos vorwärts zu ſchreiten, auf dem Gebiete der öffentlichen idealen Thätigkeit opferwillig dem Gemeinwohl zu dienen. Das Magdeburg der Gegenwart und ſein verdienter Oberbürgermeiſter Böttticher, ſie leben hoch!“

Am 23. Januar 1888 wandte ſich das Pädagogium zum Kloſter unſerer lieben Frauen in Magdeburg an mich um Unterſtützung ſeiner Petition an die Staatsregierung, ſie möge das Relictengeſetz von 1882, ſobald es die Finanzlage erlaubt, auch auf die Lehrer an höheren Anſtalten ausdehnen, welche als mittelbare Beamte von demſelben nicht betroffen werden. Ich hatte ſchon

bisher jede Gelegenheit benutzt, für die Besserstellung der Lehrer auch ohne die Klausel von der Finanzlage einzutreten.

Am 14. Dezember 1889 bat das Lehrerkollegium des Domgymnasiums, seine Petition um Gleichstellung im Gehalt mit entsprechenden Beamten anderer Dienstzweige und Einführung von Dienstalterszulagen zu unterstützen.

Meine Freunde meinten irrtümlich, daß ich mir die Petition bestellt hätte.

Am 25. Februar 1888 wünschte das Magdeburger Ältestenkollegium (Unterschrift Neubauer, Hubbe, Pilet) meine Unterstützung seiner Petition zur möglichst baldigen Ausführung des Elbe-Trave-Kanals. Berücksichtigung erfolgte ungewöhnlich rasch.

Am 27. März 1888 wohnte ich einer Vorberatung nationalliberaler Vertrauensmänner zur Bildung eines Wahlkomitees für die Provinz Sachsen bei, das dann am 5. April ins Leben gerufen wurde.

Aus den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses über die Schule gedenke ich zuerst der Arbeiten der Unterrichtskommission und zwar, um nicht gar zu weitläufig zu werden, vornehmlich der Fragen, an denen ich mich selbst beteiligte. Da ich selbstredend den Hauptwert auf die Kennzeichnung meiner Ansichten lege, und Kundgebungen wie Thatsachen den Berichten liberaler Zeitungen entnehme, so wird trotz meines Strebens nach Objektivität die Darstellung etwas einseitig werden.

Am 4. Dezember 1882 ist aus langen Verhandlungen die Petition des Gymnasiums und Realgymnasiums in Greifswald auf Bewilligung des Wohnungsgeldzuschusses an nichtstaatlichen Gymnasien hervorzuheben. Seydlitz erklärt den Widerstand der Gemeinden durch deren nicht unberechtigte Klagen über die Verteilung der Staatszuschüsse zu den höheren Lehranstalten und meint, die ungleiche Behandlung der Lehrer hätte leicht vermieden werden können, wenn die staatliche Autorität für die Wohnungsgeldzuschüsse mit derselben Energie wie für den Normaletat in die Wagschale geworfen worden wäre. Bei der Abstimmung bleibt der Antrag zur Berücksichtigung mit 4 Stimmen in der Minderheit gegen den als Material.

Am 16. Dezember 1882 wurde die Petition des Gemeinderats in Calcar, ihn gegen die von der Regierung in Düsseldorf verlangte definitive Anstellung des Rektors seiner dreiklassigen höheren Schule zu schützen. Die Kommission hält das Recht der Regierung auf definitive Anstellung der Lehrer zu dringen, für nützlich im Interesse der Entwickelung der Schulen und empfiehlt eine Vereinbarung mit der Regierung, wenn etwa die abnehmende Schülerzahl den Wunsch auf Aufhebung der Schule begründen sollte.

Die Petition aus Beyenburg, Samtgemeinde Lüttringhausen, auf Beseitigung der seit 1876 bestehenden Simultanschule und Wiederherstellung der früheren dreiklassigen katholischen und einklassigen evangelischen Schule wird mit 10 konservativen und klerikalen gegen 8 fortschrittliche, nationalliberale und freikonservative Stimmen zur Berücksichtigung überwiesen.

Am 11. Januar 1883 wird eine Petition aus Weddingen in Hannover um anderweitige Regulierung der Schul- und Kirchenlasten zur Berücksichtigung überwiesen. Das Bedenkliche des Fehlens gesetzlicher Bestimmungen und der Entscheidungen nach jeweiligem ministeriellen Gutdünken trat recht zu Tage.

Die Stadt Schwedt petitioniert gegen die Entscheidung der Staatsregierung, ihr den Ausbau ihres Progymnasiums zu einem vollständigen Gymnasium zu verwehren. Es wird aus besonderen örtlichen Gründen Berücksichtigung beliebt, entgegen der von Seyffardt vorgeschlagenen Erwägung, die besser andeuten würde, daß man eine Beschränkung unvollständiger gymnasialer und realgymnasialer Bildung für wünschenswert erachte.

Am 17. Januar 1883 wurde eine Petition der sämtlichen Volksschullehrer der Stadt Krefeld beraten, die sich über die Verletzung ihrer Interessen infolge unrichtiger Anwendung des Gesetzes über die Erhöhung der Witwenpensionen vom 24. Februar 1881 beschweren. Unter Betonung der Bedeutsamkeit des dem Witwenkassenkuratorium zustehenden, in diesem Fall aber nicht beachteten Rechts, vor der Beitragserhöhung gehört zu werden, durch Seyffardt, wurde die Petition in zwei Punkten zur Berücksichtigung empfohlen.

Am 3. Februar 1883 beschloß die Kommission in Zusammenfassung sämtlicher eingegangenen Petitionen bezüglich allgemeiner Volksschulinteressen die Staatsregierung aufzufordern, noch in dieser Session unter Vorbehalt eines allgemeinen Schuldotationsgesetzes, ein die Pensionsverhältnisse der Lehrer, und ingleichen, wenn möglich, ein die Alterszulagen regelndes Gesetz vorzulegen.

Die Beratung vom 19. Februar 1883, betreffend die Petition des Amtsrichters Hartwich in Düsseldorf, Vorstand des Centralvereins für Körperpflege in Volk und Schule, wurde durch den Beschluß beendet, die Petition zur Prüfung der Frage zu überweisen, ob eine Überbürdung der Schüler an höheren Lehranstalten stattfinde, und eventuell welche Maßregeln zu treffen seien, um dieselbe zu heben.

Am 5. März 1883 kam die Petition der Krefelder Stadtverordneten auf Aufrechthaltung der bestehenden Simultanschulen, Referent von Zitzewitz (k.), Korreferent Seyffardt (nl.), zur Besprechung. Entgegen dem Antrag des letzteren wurde mit 11 gegen 9 Stimmen zur Tagesordnung übergegangen und durch diesen Beschluß die Petition der 3275 Bürger als erledigt erklärt. Siehe Plenum.

Am 14. März 1883 wurde über die noch ausstehenden Fälle verhandelt, in denen katholische Geistliche, Kirchenvorstände und Privatleute um Aufhebung bestehender Simultanschulen petitionieren, so aus Merscheid, Regierungsbezirk Düsseldorf, Solingen, Tilsit. Der heilige Eifer, mit dem Konservative und Klerikale in früheren Sitzungen den Simultanschulen zu Leibe gegangen waren, erschien um ein merkliches abgekühlt, nachdem die Kommission in der Behandlung der Fälle Beyenburg und Krefeld principiell dahin schlüssig geworden war, den Minister zur Beseitigung aller Simultanschulen, in denen die finanzielle Zweckmäßigkeit nicht allüberzeugend nachgewiesen, aufzufordern.

In der Sitzung vom 20. April 1883 wurden die Petitionen aus fünf nordöstlichen Kreisen in Westfalen gegen die Einrichtung neuer Schulen und für die Erhaltung der Halbtagsschulen besprochen. Die Meinung der Kommission fand einen nicht ganz korrekten Ausdruck in einer auf Antrag des Abgeordneten Langer-

hans (F.) angenommenen motivierten Tagesordnung: In
wägung, daß die Unterrichtsverwaltung nach ihrer Erklärun
Rücksicht auf die lokalen Verhältnisse nimmt und die Halb
schulen nicht abschaffen will, geht das Haus zur Tagesord
über. Es hätte nach der Diskussion heißen müssen: „nicht so
abschaffen will, da der Kommissar ausdrücklich auf eine Red
Ministers hingewiesen hatte, in der die Vollschule statt der
tagsschule als das Endziel aller Bestrebungen auch für d
Frage stehenden Landesteile bezeichnet wurde.

Am 1. und 26. Mai 1883 fand die Beratung des
Herrenhaus übersandten Gesetzes über Schulversäumnisse
Außer dem Centrum und den Polen vereinigten sich Alle
dem Standpunkte, daß die Regelung nicht durch ein Exek
verfahren, sondern durch Geldstrafen für Übertretungen erf
müsse.

Am 22. Februar 1884 wurde mit 10 gegen 6 Stimme
Petition der Stadt Mehlsack im Kreis Braunsberg auf W
herstellung des früheren konfessionellen Charakters ihrer A
schulen dahin zur Berücksichtigung überwiesen, daß die R
fessionalisierung durchgeführt werde, falls die städtischen Beh
die von der Königlichen Staatsregierung dieserhalb gestellten
dingungen annehme.

Derselbe Antrag des katholischen Pfarrers in Solingen
am 26. März 1884 mit 9 gegen 7 Stimmen zur Berücksichti
überwiesen. Am selben Tage gelang es mir als Referenten
Petition des Vorstandes der Schulgemeinde Zschortau, Kreis Del
auf Aufschub der von der Königlichen Staatsregierung verla
Anstellung eines dritten Lehrers mit 9 gegen 6 Stimmen zu
gewiesen und Tagesordnung beschlossen zu sehen. Eine Empfel
der Wünsche der Petenten würde gemäß der Erörterung der lo
Verhältnisse gleichbedeutend gewesen sein mit einer Aufford
an alle Gemeinden, dem Drängen der Aufsichtsbehörden au
füllung der dringendsten Bedürfnisse der öffentlichen Sc
Widerstand entgegen zu stellen.

Am 29. April 1884 wurden 450 Petitionen in der
dilatorisch behandelt, daß man einstimmig in Erwägung,

die Staatsregierung eine möglichst baldige Vorlage des Schuldotationsgesetzes in Aussicht gestellt habe, dessen integrierender Teil die Regelung der Pensionsverhältnisse sein wird, zur Tagesordnung überging.

Zahlreiche dem Hause zugegangene Petitionen von Lehrern an höheren Schulen wurden in Sitzung vom 13. Mai 1884 mit 9 gegen 4 Stimmen zur möglichsten Berücksichtigung im Sinne einer einheitlichen Regelung der Gehalts-, Pensions- und Rangverhältnisse der Lehrer an den höheren Unterrichtsanstalten staatlichen und kommunalen Patronats überwiesen.

Am 28. Januar 1885 wurde vom Freiherrn von Zedlitz und Neukirch, unterstützt von einer großen Anzahl von Mitgliedern der nationalliberalen, freikonservativen und konservativen Fraktionen, ein Gesetzentwurf, betreffend die Pensionierung der Volksschullehrer eingebracht. Bei der ersten Beratung wurde eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern mit dem Vorsitzenden Graf Clairon d'Haussonville und dem stellvertretenden Vorsitzenden Seyffardt-Krefeld gebildet. Ich hatte während der Verhandlungen das Unglück, das Bein zu brechen und dadurch verhindert zu sein, bis zu Ende mitzuwirken.

Am 4. März 1885: Wiederholung des Beschlusses vom 13. Mai 1884.

In Sitzung vom 17. Februar 1886 wurde mit allen gegen 2 Stimmen der Antrag von Berliner Stenographen, die Stenographie zum obligatorischen Unterrichtsgegenstand in den höheren Schulen zu machen, abgelehnt, da eine Vermehrung der Unterrichtsgegenstände in höheren Schulen ausgeschlossen sei, wenn nicht die vielfach behauptete Überbürdung wirklich eintreten solle.

Am selben Tage wurde in erster Beratung der Antrag Kropatscheck, betreffend die Gleichstellung der Lehrer an den nichtstaatlichen höheren Lehranstalten mit denen an Anstalten staatlichen Patronats verhandelt und an eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern, der auch ich angehörte, verwiesen.

Am 17. März 1886 wurde über eine Petition einer Anzahl von Lehrern, dem vorjährigen Gesetz über die Pensionierung der Volksschullehrer rückwirkende Kraft zu geben, als gesetzgeberisch

gar zu bedenklich und durch die vorhandenen stark doti
Unterstützungsfonds unnötig gemacht, zur Tagesordnung
schritten.

Am 23. März 1886 kam zur Besprechung die Petition
408 seminarisch gebildeten Lehrern an höheren Schulen um
besserung ihrer Besoldung, Regelung ihrer Ascensionsverhäl
und Gewährung des Ruhegehalts wie für Volksschullehrer
Anschluß an ihre Pension von 1884. Gegen den Antrag auf T
ordnung wurde Überweisung als Material für die gesetzliche Reg
der Verhältnisse der Lehrer an höheren Lehranstalten beschl

Am 2. Februar 1887 begannen die Verhandlungen der U
richtskommission über Petitionen mit erneuter Befürwortung
Bestrebungen der letzten Sessionen, bezüglich derer, abgesehen
den konfessionell angehauchten und vom geistlichen Vorurtei
hängigen Fragen immer der Wunsch nach Verständigung
herrschte. Die Forderung eines Dotationsgesetzes für die V
schule, das Festhalten an den Grundsätzen des vorjährigen
patscheckschen Gesetzes für die Besoldung der Lehrer an hö
Schulen, die Erklärung der Notwendigkeit des Erlasses
Pensionsgesetzes für Lehrer an Mittelschulen, Vorschulen
solchen Anstalten, die weder unter die allgemeine Schulp
noch unter den Begriff von höheren Schulen fallen, wurd
Anschluß an vorliegende Petitionen erneut betont. Neu wa
Forderung aus einem schlesischen Dorfe, für ihre Mädchen
von Schulschwestern geleitete Schule in dem benachbarten
reichischen Flecken Weißwasser besuchen zu dürfen. Die An
mit Rücksicht auf die Wünsche der Eltern die Beschwerde
zuheißen, wie zum Zwecke der Förderung nationaler Erzie
sie abzulehnen, fielen gleichmäßig mit 8 gegen 8 Stimmen.

Am 7. März 1887 wurde die Petition auf Errichtung
öffentlichen katholischen Schule in Weißenfels mit 10
6 Stimmen unterstützt, zum Teil weil ich, der Freund
Simultanschule, daran erinnerte, daß im Rheinland die Regi
für viel kleinere protestantische Minderheiten die Errichtung
testantischer Klassen angeordnet hat.

Die Bürgermeister von Saarlouis und Fraulautern b

ihren Schulvorſtänden, das ihnen nach der niemals aufgehobenen franzöſiſchen Geſetzgebung zuſtehende, neuerdings aber von der Regierung beſtrittene Vorſchlags- oder Wahlrecht ihrer Elementarlehrer anzuerkennen. Der Antrag des Referenten Natorp auf Berückſichtigung wurde einſtimmig gutgeheißen.

Die Unterrichtskommiſſion vom 12. März 1887 war wegen gleichzeitiger Reichstagsſitzung nur von zwölf Mitgliedern beſucht. Da ſich darunter ſechs Ultramontane und ein Freiſinniger befanden, wurden alle polniſchen Bittſchriften entweder zur Berückſichtigung oder zur Erwägung überwieſen. Die anders zuſammengeſetzte Mehrheit des Hauſes wird dieſe Beſchlüſſe unzweifelhaft nicht beſtätigen.

Am 24. März 1887 wurden die Petitionen um Aufhebung des Erlaſſes des Miniſters der öffentlichen Arbeiten vom 6. Juli 1886, nach welchem den Abiturienten der Oberrealſchulen das Recht der Zulaſſung zu den Staatsprüfungen im Bau- und Maſchinenfach entzogen und um Regelung der Berechtigungsfrage der höheren Schulen durch ein Geſetz gebeten wird, mit 15 gegen 1 Stimme zur Berückſichtigung überwieſen, und zwar in der Erwägung, daß es dringend wünſchenswert iſt, die Vorſchriften über die Vorbildung für die Zulaſſung einer allgemeinen geſetzlichen Regelung zu unterwerfen.

Die Unterrichtskommiſſion vom 29. März 1887 beſchloß einſtimmig Tagesordnung über den Antrag des rheiniſchen Bauernvereins dahin gehend, daß für die Kinder der ländlichen Bevölkerung behufs Abkürzung des Schulbeſuches die Ausdehnung der Schulpflicht auf das vollendete 14. Lebensjahr beſeitigt werden möge, da vom Miniſter die generelle Regelung der Verhältniſſe für die Rheinprovinz in Ausſicht geſtellt iſt und eine milde Praxis bereits geübt wird.

Am 17. April 1887 wurde eine Petition aus Zielen, die Schulſtelle ſtatt wie bisher mit einem evangeliſchen, fortan mit einem katholiſchen Lehrer zu beſetzen, mit einer Stimme Mehrheit zur Berückſichtigung überwieſen. In der Schule gab es 53 katholiſche (Beiträge 53 Mark) und 24 evangeliſche (Beiträge 265 Mark) Kinder. Das Centrum trat aus Gründen der Parität für den

katholischen Lehrer ein, Seyffardt umgekehrt, unter Erinnerung daran, wie überzeugend der Minister vor einigen Jahren dem Abgeordneten Spahn die Notwendigkeit der Berücksichtigung der Interessen der angesessenen Bevölkerung gegen die anströmenden polnischen Arbeiter nachgewiesen habe.

Die Kommissionsarbeit in Schulsachen betraf 1888 vorwiegend verschiedene neue Gesetze und zwar, betreffend die Erleichterung der Volksschullasten, und betreffend Erweiterung, Umwandelung und Neuerrichtung von Witwen- und Waisenkassen für Elementarlehrer.

Am 7. Februar 1889 und in mehreren folgenden Sitzungen wurde die Fürsorge für die Witwen und Waisen der Volksschullehrer eingehend erörtert und trotzdem während der Beratungen der Regierungsvertreter noch erklärt hatte, daß für den Augenblick der Staat an der Grenze der den Lehrern zu machenden Zugeständnisse angelangt sei, zum Schluß einstimmig der Antrag angenommen, die Staatsregierung zu ersuchen, in der nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Pensionsverhältnisse der Relikten der Elementarlehrer in Analogie der Verhältnisse der unmittelbaren Staatsbeamten geregelt werden, jedoch mit der Maßgabe, daß der jetzt bestehende Pensionssatz von 250 Mark und das Recht der Zugehörigkeit zu besonderen Unterstützungskassen gewährt und daß hierbei eine Neubelastung der Gemeinden thunlichst vermieden wird.

Der 15. Februar 1889 zeitigte folgenden Beschluß:

1. den Erlaß eines die Gehaltsverhältnisse der Lehrer und die Schuldotation durchgreifend regelnden Gesetzes thunlichst zu beschleunigen,
2. im nächsten Etat einen erhöhten Betrag für Dienstalterszulagen behufs Berücksichtigung auch der Lehrer in Städten mit eingerichteter Gehaltsskala bei unzureichender Besoldung der Lehrer und bei ungenügender Leistungsfähigkeit der Gemeinden einzustellen.

Am 23. März 1889 hat aus Anlaß von verschiedenen Erfahrungen, unter anderen bei Seminarlehrern, die Unterrichtskommission sich einstimmig in einer Resolution dahin ausgesprochen,

daß es im Intereſſe des Schuldienſtes unerläßlich ſei, den Königlichen Beamten den Kommunaldienſt bei ihrer Penſionierung anzurechnen.

Die Intereſſen der Lehrer von gehobenen, Mittel-, Vor- und Mädchenſchulen und die Bittſchrift von Saarlouis und Fraulautern (ſiehe 1887) wurden wiederholt zur Berückſichtigung überwieſen. Der Initiativantrag der deutſch-freiſinnigen Partei bezüglich Anfang und Ende der Schulpflicht fand dadurch Erledigung, daß die Kommiſſion als Anfang das ſechſte, als Ende das vierzehnte Lebensjahr beſtimmte, mit der Befugnis für die Schulbehörden, aus perſönlichen und lokalen Gründen den Termin hinauszuſchieben.

Zur Charakteriſtik meiner Teilnahme an den Debatten des Plenums wird am beſten die Wiedergabe einiger meiner Reden dienen.

Ich beginne mit derjenigen vom 28. Februar 1883:

Der ausdrücklichen Aufforderung des Herrn Abgeordneten v. Stablewski, die Angelegenheit der Krefelder Simultanſchulen hier zur Sprache zu bringen, werde ich nicht folgen. Unſer verehrter Herr Präſident hat uns geſtern daran erinnert, wie wünſchenswert es ſei, diejenigen Dinge, die durch Berichte unſerer Kommiſſionen noch an das Haus gelangen und hier zu einer eigenen Diskuſſion führen würden, nicht während der Debatte des Kultusetats zur Sprache zu bringen. (Sehr richtig! links.) Ich ſehe in dem Beſchluß der Königlichen Staatsregierung, die Simultanſchulen in Krefeld aufzuheben, allerdings eine Vergewaltigung. (Unruhe im Centrum.) Die Stadtverordneten von Krefeld hatten dieſerhalb Rekurs an den Herrn Miniſter ergriffen; der Herr Miniſter hat indes dieſen Rekurs zurückgewieſen. Darauf hat die Stadtverordnetenverſammlung ſich an das Hohe Haus gewendet. Es wird demnächſt der Bericht der Unterrichtskommiſſion über die Frage an dies Haus ergehen, und dann ausreichend Gelegenheit ſein, ſie zur Erörterung zu bringen. Wenn Sie, meine Herren, ſich alsdann den Anſchauungen der Krefelder Stadtverordneten anſchließen, dann werde ich die Gelegenheit wahrnehmen, Sie um

Rechtsschutz für unsere Simultanschulen zu ersuchen. Meine Herren, wenn ich das Wort ergreife, um dem Herrn Minister bezüglich seiner Amtsführung einige Bedenken zu äußern, so thue ich es auf die Gefahr hin, daß, da meine Anschauungen gerade die entgegengesetzten der beiden Herren Vorredner sind, meine Bedenken sich auch von der ganz entgegengesetzten Seite erheben, der Herr Minister in der angenehmen Lage sein wird zu sagen: von zwei so extremen Seiten werde ich angegriffen, mein Standpunkt ist der der richtigen Mitte, ich treffe den Nagel auf den Kopf. (Heiterkeit.) Meine Herren, sei dem wie ihm wolle, ich freue mich, eine Wendung der Dinge konstatieren zu können in den Debatten dieses Kultusetats. Es hat mich sympathisch berührt, als der Herr Kultusminister am vergangenen Donnerstag den Ausspruch gethan hat, daß im kirchenpolitischen Kampfe sein Wohlwollen gegenüber den Personen und Institutionen nur reiche bis an die Grenze der Gesetze. Der Herr Minister befindet sich damit vollständig in Übereinstimmung mit dem Programme der gegenwärtigen Staatsregierung, wie es aus dem Passus der Thronrede hervorgeht, in welcher es heißt, daß auf Grund der bestehenden Gesetze und der der Regierung erteilten Vollmachten den Bedürfnissen der katholischen Unterthanen auf kirchlichem Gebiet jede Rücksicht gezollt würde, die mit den Gesamtinteressen des Staates und der Nation verträglich ist. Der Herr Minister befindet sich auch, wie ich glaube konstatieren zu dürfen, in dieser Beziehung im Einverständnis mit der weitaus überwiegenden Majorität dieses Hauses, mit Ausnahme der geehrten Herren im Centrum, deren Führer bei der Wiederholung jener Worte ihnen eine so eigentümliche Betonung gab, daß seine abweichende Meinung unschwer zu erkennen war. Meine Herren, wenn nun der Herr Kultusminister sich diesmal sehr viel bestimmter ausgesprochen, als je vorher, so ist doch dadurch die Frage nicht gelöst, ob in seiner Amtsführung diese richtige Anschauung in der Art zu Tage getreten ist, daß die untergeordneten Organe seiner Verwaltung stets in der richtigen Lage waren, der Direktive zu folgen. Zu meinem Bedauern

muß ich in der That bezweifeln, ob seine Haltung in dieser Richtung immer eine vollständig korrekte gewesen ist. Meine Herren, im vergangenen August hat der Herr Minister mit einem Schlage die geistliche Schulaufsicht in unseren westlichen Provinzen an Hunderte und aber Hunderte von katholischen Geistlichen zurückgegeben (Bravo! im Centrum), allein an 203 im Regierungsbezirk Düsseldorf. Das ist der Regierungsbezirk, in dem nach den Äußerungen des Abgeordneten Steinbusch die rückläufige Bewegung auf dem Schulgebiet auf das entschiedenste sich Geltung verschafft in den westlichen Provinzen — also an eine Reihe von Herren, die ich in Bezug auf ihre Leistungen in der Seelsorge recht sehr verehre, von denen aber nicht einer die auf dem Schulgebiet maßgebenden Gesetze — und das ist doch vor allen Dingen das von dem Herrn Vorredner angefeindete Schulaufsichtsgesetz — anerkennt oder anerkennen darf. Nun, meine Herren, zum Wächter der Gesetze Männer hinzustellen, die diese Gesetze nicht respektieren, nicht anerkennen, das ist doch eine ganz eigentümliche Gesetzestreue. (Hört! hört! links.) Meine Herren, die Rehabilitierung der Herren Geistlichen als Volksschulinspektoren hat in unserm Westen natürlich sehr großes Aufsehen erregt. Es wurde dieses Aufsehen noch bedeutend verstärkt durch eine gleichzeitig eintretende Veröffentlichung und durch ein besonderes Ereignis. Die Veröffentlichung, von der ich spreche, war eine berichtigende Zuschrift der Regierung in Marienwerder an die Germania, in der nach Art verschiedener Reden des Fürsten Reichskanzlers und des Ministers Falk aus den Jahren 1873 bis 1876 hervorgehoben wurde, wie vom staatlichen Gesichtspunkt die frühere Führung der Inspektion des größten Teiles der Herren Geistlichen bemängelt werden müsse. Von diesen seinen Äußerungen hat der Herr Reichskanzler niemals etwas zurückgenommen; und es ist auch nicht möglich gewesen, die Charakterisierung der Inspektion, die er damals gegeben hat, irgend wie zu berichtigen oder zurückzuweisen. Die Herren Geistlichen haben diesmal die Volksschulinspektion zurückerhalten, ohne irgend welche Mantelen, ohne irgend welche Garantien, ganz einfach

von einem Tag zum andern, ohne daß jemand erwarten konnte, daß plötzlich ein so großer Schub von neuen Aufsichtsbeamten erfolgen werde. Ein besonders ominöses Zusammentreffen war aber das gleichzeitige Bekanntwerden der Rehabilitierung der Geistlichen und der Kundgebung des Abgeordneten Dr. Windthorst in seiner Düsseldorfer Rede, worin er die zukünftige Stellung der Centrumspartei zur Schule in gar nicht schärfer auszuprägender Form in die Welt sandte. Gestatten Sie, meine Herren, da der Herr Minister die Form nicht in ihrer ganzen Tragweite wiedergegeben hat, sie zu reproduzieren. Ich nenne jene Kundgebung nicht wie der Herr Minister ein neues Programm, ich nenne sie nur eine Parole. Es lautete diese Parole dahin: Daß zwar zunächst das Streben des Centrums dahin ginge, für die katholische Kirche die vom Klerus erwünschten Zustände herbeizuführen, daß aber mit der Erreichung dieses Zieles der Kulturkampf noch lange nicht beendet sei, daß vielmehr erst dann dessen härterer und langwierigerer Teil beginnen werde, der Kampf um die Schule, welche der Kirche zurückgewonnen werden müsse. (Oho! links. Sehr wahr! im Centrum.) Meine Herren, Sie sagen „sehr wahr", warten Sie noch einen Augenblick. Der Herr Minister hat nun geglaubt, eine Wendung in dem Programm des Centrums in diesem Ausspruch zu erblicken. Ja, meine Herren, darin irrt der Herr Minister ganz und gar; wir Älteren haben ja doch die Ausführung desselben Programms in den Jahren 1850 bis 1870, und die daraus sich ergebende geistliche Herrschaft in der Schule in unseren westlichen Provinzen vollständig kennen gelernt. Unter der schwachen Führung des Herrn Ministers von Mühler war in unseren westlichen Provinzen die Staatsschule unter der geistlichen Kreisschulinspektion und der geistlichen Lokalschulinspektion vollständig eine Kirchenschule geworden. Also das Programm ist nicht neu, es ist das alte; es ist aber selten mit derselben Entschiedenheit hingestellt worden, wie diesmal vom Herrn Abgeordneten Dr. Windthorst. Ich sehe in diesem angeblich neuen Programm nur das Produkt der Einwirkung der Sonne der Volksgunst, die den Fuchs einmal aus seinem

Bau herausgelockt hat. (Heiterkeit.) Meine Herren, Sie sehen, einerseits Rückgabe der Lokalschulinspektionen und andererseits Proklamierung der Kirchenschule! Ist das nicht eine Komödie der Irrungen ohnegleichen, und daß das komische Element nicht fehle, dafür sorgte die Königliche Staatsregierung zu Düsseldorf durch den Wortlaut der Ernennung, wie er gleichlautend den Lokalschulinspektoren zuging. „Die Ernennung," heißt es unter anderem in diesem Reskript, „geschieht in der Erwartung, daß die neuernannten Herren den bestehenden und den noch zu erlassenden Gesetzen und Bestimmungen willig Folge leisten werden." (Heiterkeit.) Nach unseren Erfahrungen im kirchenpolitischen Kampf ist das doch wirklich eine etwas gar zu naive Anschauung. (Sehr richtig! im Centrum.) Es hat ja allerdings kein einziger der Herren Geistlichen gegen die Voraussetzung offiziell protestiert, wohl aber hat das ein jeder gethan, der in den alsbald folgenden Volks- und Wahlversammlungen in der Schulfrage das Wort genommen hat und, meine Herren, das sind recht viele gewesen, die alle das Thema variierten, man brauche eigentlich dem Herrn Minister garnicht so sehr dankbar zu sein für seinen Schritt, da die Rückgabe der Inspektion doch nur eine Abschlagszahlung auf das Recht der Kirche sei. (Ganz richtig!) Zum Überfluß ist auch die gesamte Presse des Centrums dem Herrn Minister die Antwort nicht schuldig geblieben. Weiß der Herr Minister nicht, daß kein Mann von Ehre Gesetzen gehorchen kann, die er nicht einmal kennt? (Sehr richtig!) Fixieren wir die Thatsachen! Der Herr Minister giebt die Aufsicht und damit den maßgebenden Einfluß in der Schule an eine Reihe von persönlich achtbaren Männern zurück in demselben Augenblick, in dem die Kenntnisnahme von den weitgehenden Absichten der politischen Freunde dieser Männer ihn so erschreckt hat, daß er von dem Augenblick an kaum mehr geglaubt hat, daß eine Vereinbarung auf dem großen kirchenpolitischen Gebiete möglich sei. (Sehr gut!) Ja, meine Herren, Sie wissen, daß ich auf einem anderen schulpolitischen Standpunkt stehe, wie der Herr Minister. (Sehr gut!) Der Herr Minister seinerseits steht bekanntlich

auf dem Standpunkt, den ſein Herr Amtsvorgänger mit den ſchön klingenden Worten bezeichnet hat, die Schule wieder an ihre natürlichen Autoritäten anzuknüpfen. Meine Herren, wenn ich aber auch nicht mit dem Standpunkt übereinſtimme, ſo weiß ich ihn doch zu würdigen. Der Herr Abgeordnete Dr. Windthorſt hat Unrecht gehabt, wenn er dieſer Tage der Meinung war und ſie ausſprach, daß der Herr Miniſter einen bedeutenden Schritt nach links gethan habe. Ich halte den Herrn Miniſter für einen Mann von Charakter und von ſehr feſter, beſtimmter Weltanſchauung, und ich muß ihn darum gegen den Abgeordneten Windthorſt in Schutz nehmen, aber das glaube ich allerdings, daß der Herr Miniſter nach der Wendung, die gemäß ſeiner Rede in der Entwickelung der Dinge eingetreten iſt, bald dahin geführt werden wird, einzuſehen, daß die Betonung der natürlichen Autoritäten in unſeren weſtlichen vorwiegend katholiſchen Provinzen zu gar nichts anderem führen kann, als dieſe Autorität gegen die nach den Geſetzen doch entſcheidende Autorität des Staates auszuſpielen. (Sehr richtig! links.) Meine Herren, das vollſtändige Preisgeben der feſten Poſition, die der Staat unter Falk in der Schulfrage eingenommen hat, hatte bei uns im Weſten in den weiteſten Kreiſen die Anſchauung wach gerufen, daß der Herr Miniſter eigentlich vollſtändig die große „Vergewaltigung" anerkenne, die den Katholiken durch die Maigeſetzgebung geſchehen ſei und nur noch nicht damit heraustreten wolle. Dieſe Volksmeinung hat ihm ja auch die Anerkennung des Herrn Freiherr v. Schorlemer-Alſt in deſſen erſter Rede eingetragen. Nun aber, meine Herren, wird das wohl etwas anders werden, ſeitdem der Herr Miniſter mit einer Beſtimmtheit, wie man ſie nicht beſſer wünſchen kann, geſagt hat, er ſtehe unbedingt auf dem Standpunkte des Staates, auf dem guten altpreußiſchen Standpunkte, den der Abgeordnete Steinbuſch, welcher ſoeben die Tribüne verlaſſen hat, ſoweit ich ihn habe verſtehen können, in ſeiner großartigen kulturgeſchichtlichen Bedeutung gar nicht erfaßt hat. (Lachen im Centrum.) Meine politiſchen Freunde und ich, die wir feſt und unentwegt noch

an den Falkſchen Principien feſthalten, insbeſondere in der Schulpolitik, und dieſelben für Preußen als die allein richtigen betrachten, wir haben bei der Entwickelung, welche dieſe Debatte ſeit Donnerſtag genommen hat, ganz geſchwiegen; aber ich glaube doch, wenn uns die Verhältniſſe ſo verſchleiert dargelegt werden, wie das in der Rede des Herrn Miniſters geſchehen, dann wird man in weiten Kreiſen unſer Schweigen beſſer verſtehen, wie es die Norddeutſche Allgemeine gethan hat. (Heiterkeit.) Wenn wir beim Volksſchulunterricht einen Augenblick aus der Reſerve heraustreten, ſo geſchieht es, weil unſere Mitglieder im Weſten doch das Bedürfnis haben, die Anſichten aller Nichtklerikalen in der Heimat noch einmal markiert zu ſehen, denn bei uns im Weſten ſind die Anſchauungen, die wir dem Centrum gegenüber vertreten, auch die Anſichten der Konſervativen. (Widerſpruch rechts und im Centrum.) Widerſprechen Sie nicht, das haben konſervative Blätter häufig genug zugegeben. Meine politiſchen Freunde können nicht erwarten, daß nach der erfolgten Wendung der Dinge der Herr Kultusminiſter nunmehr zu unſeren Anſchauungen ſich bekehrt, aber die Hoffnung dürfen wir allerdings ausſprechen, daß er in Zukunft die Siſyphusarbeit aufgiebt, die weitgehenden Ziele der Herren aus dem Centrum in Bezug auf die Vergewaltigung der Schule durch die Kirche mit den Traditionen des preußiſchen Staates zu verſöhnen. (Lebhafter Beifall links. Ziſchen im Centrum und rechts.)

Meine Rede vom 6. März 1883 lautete:

Es iſt nicht meine Abſicht, dem Antrage der Kommiſſion gegenüber noch viele Worte zu machen, um Ihnen denſelben zu empfehlen. Er iſt faſt einſtimmig beſchloſſen worden und ſtützt ſich darauf, daß nach allem, was vorhergegangen war, doch die Billigkeit zu Gunſten von Schwedt ſpricht und die Verweigerung der Erhebung des Progymnaſiums zu einem Gymnaſium als eine große Härte erſcheint. Wenn ich das Wort ergreife, ſo geſchieht es in Anknüpfung an die principiellen Gründe der Verweigerung des Ausbaues jenes Pro-

gymnasiums, welche der Herr Regierungskommissar in der Kommission angeführt hat. Sie finden dieselben auf Seite 14 des Berichts, wo es heißt, es solle entgegengetreten werden der Überproduktion von Gymnasialabiturienten, es solle das Mißverhältnis, das zwischen dem Bedarf an jungen, zum akademischen Studium vorbereiteten Leuten und dem wirklichen Bestand langsam eingetreten ist, korrigiert und einigermaßen ausgeglichen werden. Meine Herren, es ist wohl keinem Zweifel unterworfen, daß nach der Richtung Bestrebungen eintreten müssen, wenn wir die Kalamität nicht von Jahr zu Jahr größer werden sehen wollen; aber ob die Bestrebungen gerade mit den Mitteln zu fördern sind, die der Regierungskommissar in der Unterrichtskommission bezeichnet hat, erscheint mir doch einigermaßen fraglich. Es scheint mir diese Korrektur eine mechanische, rein äußerliche, etwas kleinliche, denn was wird daraus entstehen, wenn man in denjenigen Orten, wo alle Vorbedingungen zu gedeihlicher Wirksamkeit vorhanden sind, den Ausbau der höheren Lehranstalten aus Princip verweigert? Nichts anderes, als daß vielleicht einige Eltern aus Furcht vor den Kosten, die der Übertritt ihrer Söhne auf Gymnasien in anderen Städten verursacht, nun diese Söhne ihre Bildung abbrechen lassen. Ich meine, wenn man in der Richtung, die der Herr Ministerialkommissar nach der neuerdings eingetretenen Wandlung der Ansichten der Königlichen Staatsregierung als das richtige Ziel hingestellt hat, Erfolge erzielen will, dann muß man doch ein klein wenig tiefer greifen, dann muß man vor allen Dingen sich klar machen, worin die Überproduktion von akademisch Gebildeten ihren Grund hat. Sie liegt im wesentlichen an der Überproduktion an Gymnasialbildung überhaupt, an der Überproduktion, die ja allerdings vielfach nur eine unabgeschlossene Gymnasialbildung ist. Würde nun in der Weise, wie der Herr Ministerialkommissar uns mitgeteilt hat, verfahren, so würde eine Prämie auf die unabgeschlossene gegenüber der viel besseren abgeschlossenen Gymnasialbildung geschaffen werden. Nun ist ja diese Überproduktion von akademisch Gebildeten ein Übel, und es ist dringend zu

wünſchen, daß die Königliche Staatsregierung dadurch abhilft, daß ſie überhaupt die zu große Zahl der Unterrichtskörper, aus der alle dieſe Abiturienten hervorgehen, ſo viel an ihr liegt, einigermaßen zu beſchränken ſucht. Aber es iſt doch noch ſehr viel wichtiger, die daneben liegende Frage ins Auge zu faſſen, das iſt die Überproduktion an Schülern, die mit der Berechtigung zum einjährigen Dienſt die Gymnaſien verlaſſen, durch geeignete Maßregeln zu beſeitigen. Die jungen Leute, welche ihr Abiturientenexamen machen, erhalten doch eine ganz vorzügliche Bildung, eine Bildung, die in formaler wie idealer Beziehung noch nicht überboten iſt; dieſe jungen Leute werden unzweifelhaft, wenn ſie nachher auch nicht die Univerſität beſuchen, für das bürgerliche Leben ſich Geltung zu verſchaffen wiſſen. Aber anders iſt es mit den Tauſenden und Abertauſenden, die bis Unterſekunda die Gymnaſien beſuchen und ſich das Recht für den einjährigen Militärdienſt ganz einfach erſitzen; die erhalten doch eine Bildung, die ganz unzweifelhaft für ihren künftigen Beruf wenig geeignet iſt und in idealer Richtung erſt recht des Ruhmes entbehrt, da ja ihr Lebenselement, der altſprachliche Unterricht, gerade in dem Augenblick abgebrochen wird, wo er erſt beginnt, fruchtbringend zu werden. Ich glaube darum kaum, Widerſpruch zu finden, wenn ich behaupte, daß alle dieſe jungen Leute vielmehr auf die ſechsklaſſigen Schulen ohne Latein gehören, als auf die unteren Klaſſen der Gymnaſien. Nun, meine Herren, pflegt man dem gegenüber zu ſagen, das iſt ja allgemein anerkannt, aber wo iſt der Ausweg? Ich glaube, meine Herren, der Ausweg iſt nicht ſo ſchwer zu finden, wenn man nur einigermaßen die richtigen Mittel ergreift. Man pflegt dann ferner zu ſagen, es iſt nicht die Unterrichtsverwaltung, welche die Schuld trägt, es ſind die Herren Eltern, die das nicht wollen, und lieber die Schüler auf die Gymnaſien ſchicken, es iſt der Unverſtand der Eltern, der den Gymnaſien den Ballaſt ſchafft, der die Vertiefung des wiſſenſchaftlichen Unterrichts ſo ſehr erſchwert. Aber, meine Herren, wer ſo urteilt, der urteilt doch etwas oberflächlich. Der Genre von Eltern, der von vornherein ſeine

Kinder auf den Gymnasien nicht dazu bestimmt, die Schule durchzumachen, schickt sie nicht deswegen dorthin, weil er die da zu gewinnende Bildung für die geeignetere hält, sondern weil das die vornehmeren Anstalten sind, weil seit einigen Decennien bald die Ministerien, bald die höheren und mittleren Schulbehörden das Möglichste gethan haben, die Gymnasien allen anderen Anstalten gegenüber zu bevorzugen. Nun, meine Herren, würde da durch unsere Unterrichtsverwaltung wohl Wandel geschaffen werden können, wenn sie sich nur zu einem energischen Erfassen des Bedürfnisses entschließen wollte. Ganz abgesehen von der allgemeinen Regelung der Berechtigungsfrage, die wirklich einmal an der Zeit wäre, so würde die Beseitigung des Vorrechts der Ersitzung der Militärberechtigung an Gymnasien und Realgymnasien außerordentlich günstig wirken, und wenn man dann noch das andere Mittel ins Auge fassen wollte, daß man endlich jenen sechsklassigen Schulen das Gepräge der Minderwertigkeit nähme, wenn man ihnen gute, den Gymnasiallehrern ebenbürtige Lehrer verschaffte — und das könnte man dadurch, daß man den Normaletat in derselben Höhe wie für Gymnasien auch für die entsprechenden Stellen solcher Schulen belieben würde —, dann würde in der That Wandel geschaffen werden. Ich glaube, meine Herren, daß der Herr Minister, welcher es unternehmen würde, nach dieser Richtung zu reformieren, sich wohlverdient um die Entwickelung unseres Unterrichtswesens machen würde. Er würde nach der einen Seite eine Entlastung der gelehrten und wissenschaftlichen Fächer hervorbringen, und nach der anderen Seite den wirtschaftlichen Berufen für ihre Zwecke besser vorgebildete Elemente zuführen als die heutigen Berechtigungskandidaten sind. (Bravo! links.)

Meine Rede vom 4. Mai 1883 lautete:

Entgegen dem Antrage der Unterrichtskommission schlagen meine Freunde und ich Ihnen vor, die Petitionen der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Es handelt sich in beiden Petitionen um ein System von Simultanschulen, das die Petenten als rechtsgültig erachten, das aber die Regierung

in Düſſeldorf dem Untergange geweiht hat. Dieſe Krefelder Simultanſchule hat das Haus und ſeine Kommiſſion ſchon öfter beſchäftigt, aber alles eher als deren Gunſt erhalten, ſeit die Regierung in Bezug auf Kirchen- und Schulfragen die bekannte Wendung genommen hat und die Majorität dieſes Hauſes eine andere geworden iſt. Heute handelt es ſich aber nicht um Gunſt oder Ungunſt gegenüber den Simultanſchulen im allgemeinen, heute handelt es ſich um eine Rechtsfrage, ob nämlich die Regierung berufen und berechtigt iſt, mir nichts dir nichts ein beſtehendes Simultanſchulenſyſtem wie das in Krefeld zu beſeitigen (ſehr richtig! links), und, m. H., im Falle Sie anderer Anſicht ſind, handelt es ſich dann um den Schutz für das gekränkte Recht, den die Petenten von Ihnen in Anſpruch nehmen. Ich will mich darauf beſchränken, mich alledem anzuſchließen, was mein verehrter Kollege Seyffarth (Liegnitz) bei Gelegenheit der Beratung des Simultanſchulweſens beim Unterrichtsetat in Bezug auf die hohe ideale Bedeutung der Simultanſchulen ausgeführt hat. (Unruhe und lebhafter Widerſpruch im Centrum.) Ja, m. H., wenn Sie wünſchen, will ich dieſe Seite noch einmal hervorheben (Lachen im Centrum), damit Ihr Widerſpruch doch eine kleine Entgegnung findet. Ich will aber vorerſt konſtatieren, daß die Entgegnungen, die mein Freund Seyffarth (Liegnitz) von ſeiten der Redner auf der andern Seite des Hauſes, von den Abgeordneten Stroſſer und Dr. Windthorſt, gefunden hat, doch nach einer gewiſſen Richtung hin eine Anerkennung enthalten, indem ſie nicht in den Ton eingeſtimmt haben, der neuerdings von ſeiten des Vereins zur Erhaltung der evangeliſchen Volksſchule, z. B. bei Beratung in Hückeswagen, angeſchlagen worden iſt. Die Äußerungen aber von Windthorſt und Stroſſer veranlaſſen mich, ganz beſtimmt noch zu erklären, daß dieſe Herren eine Simultanſchule moderner Einrichtung unzweifelhaft nie geſehen haben, viel weniger ihrem Lehrgang, ihren Erfolgen und Mißerfolgen durch perſönliche Anſchauungen gefolgt ſein können, ſonſt würde ihre Äußerung eben eine andere ſein. Nach unſerer Anſicht iſt

für die Landesteile mit gemiſcht-konfeſſioneller Bevölkerung die Simultanſchule auf die Dauer die richtige Einrichtung, wenn wir nicht zu Zuſtänden kommen wollen, die, wie Herr Dr. Windthorſt geſagt hat, an die Zeit bei Beginn des dreißigjährigen Krieges erinnern. Auch von offiziöſer Seite wird die Bedeutung der Simultanſchulen verkannt, wenn es ſich nicht um politiſche Fragen handelt. Im vergangenen Sommer war es ja der Fall, daß die Norddeutſche Allgemeine Zeitung einmal zum Erſtaunen aller Welt — in einem unbewachten Augenblick vielleicht — jene Bedeutung anerkannte; es handelte ſich allerdings damals um die bekannten Münchener Simultanſchulen. Herr Dr. Windthorſt hat einmal hervorgehoben, daß die ſchlimmſte Seite der Simultanſchule die ſei, daß ſie die Konfeſſionalität abſchwäche. Ja, m. H., iſt das ein Unglück, wenn bei treuer Pflege des konfeſſionellen Religionsunterrichts, wie ſie heute in allen preußiſchen Simultanſchulen ſtattfindet, die Kinder auf die gemeinſame Schulbank hingeſetzt werden, um gewiſſermaßen ein Sinnbild zu erhalten, daß es ſpäter im Leben ihre Aufgabe ſei, miteinander zu wetteifern, wer ſeinen Glauben als den fruchtbringendſten zu erweiſen verſteht? Dann hat Herr Stroſſer damals eine andere Seite an den Simultanſchulen gerügt, daß die chriſtliche Erziehung an ihnen nicht zu ihrem vollen Rechte komme. Es iſt mir aber bisher noch kein Mitbürger vorgekommen, der die erziehliche Bedeutung des Chriſtentums nicht viel mehr in den großen Ideen erkannt hat, die das Chriſtentum in das Volksleben getragen, als in den verſchiedenen Dogmen (ſehr richtig! links). Dieſe erziehliche Bedeutung beruht am meiſten auf dem Beiſpiele des Lehrers, auf ſeiner Fähigkeit, alle guten Keime in den Kindern zu wecken und zu pflegen, und auf dem Vertrauen der Kinder zu dem Lehrer. Das chriſtliche Schulideal kann bei der heutigen Geſtaltung der Simultanſchule ſo gut erreicht werden wie in der konfeſſionellen Schule. Dann ſoll die Simultanſchule einem verſchwommenen Humanismus die Wege bahnen. Das verſtehe ich vollends nicht, denn praktiſches Chriſtentum und

Humanität ſtehen nicht in Gegenſatz zu einander; jeder konfeſſionelle Religionsunterricht wird ſeinen Schwerpunkt in der höchſten Aufgabe des Chriſten erkennen müſſen: Liebe deinen Nächſten wie dich ſelbſt, und wenn dann in der Simultanſchule die Kinder gelernt haben, mit dieſer Liebe zu ihrem Nächſten, zu dem Andersgläubigen, unter den Augen des Lehrers wenigſtens einen kleinen Anfang zu machen, dann iſt das doch als ein Vorzug der Simultanſchule hervorzuheben. (Beifall links.) M. H., mögen Sie das meinetwegen Kultus der Humanität nennen, ich habe nichts dagegen. Es erinnert das an die beſchämende Thatſache, daß durch Jahrhunderte hindurch zu häufig geſündigt worden iſt gegen die großen Ideen und die großen ſittlichen Principien, die der Stifter der chriſtlichen Religion der Welt verkündet hat. Denken Sie doch daran, wie es bei den Hexenprozeſſen war (Gelächter im Centrum); daß man in dieſen Zeiten an die Humanität appellierte, war im höchſten Grade berechtigt, heute aber ſolle man einen Gegenſatz zwiſchen Humanität und praktiſchem Chriſtentum unter verſtändigen Menſchen wirklich nicht mehr konſtatieren wollen. Ich gehe jetzt auf den beſonderen Fall über und berufe mich zum Beweiſe der Rechtsgültigkeit der Simultanſchulen auf die Autorität der drei einander folgenden Kultusminiſter. Die Äußerungen des Herrn Dr. Falk will ich übergehen, da die gegenwärtige Majorität vielleicht weniger Wert auf dieſelben zu legen geneigt ſein möchte; dagegen kann ich nicht umhin, die Miniſterialerlaſſe der Herren v. Puttkamer und v. Goßler dem Wortlaute nach anzuführen. In der Rede des Elbinger Simultanſchulkonflikts vom 17. November 1879 erklärte Herr Miniſter v. Puttkamer, daß er eine vorhandene, unter Genehmigung der Aufſichtsbehörden zuſtande gekommene, in voller thatſächlicher Wirkſamkeit befindliche Simultanſchule als in rechtlicher Geltung befindlich und als definitiv organiſiert in ihrer Exiſtenz anerkennen müßte und er ohne Bewilligung der Träger der Schulunterhaltungspflicht und bei geſicherter Erfüllung der bei der Einrichtung maßgebenden pädagogiſchen, finanziellen und ſonſtigen

Rückſichten und Vorausſetzungen einzugreifen nicht das Recht habe. (Hört, hört! links.) Die Antwort desſelben Herrn Miniſters vom 25. März 1881 lautet: „Der gegenwärtige Zuſtand der paritätiſchen Schulen in Krefeld giebt mir aber, nachdem die dortigen ſtädtiſchen Behörden die Umwandlung derſelben in Konfeſſionsſchulen abgelehnt haben, nicht ausreichende Veranlaſſung, um entgegen dem Beſchluſſe der zur Unterhaltung verpflichteten Gemeinde die abſolute Wiederherſtellung konfeſſioneller Schuleinrichtungen, wie ſolche durch die Paritätiſierung verloren gegangen ſind, zur Durchführung zu bringen.“ (Hört, hört! links.) Deutlich genug! M. H., in der Antwort des Herrn Miniſters v. Goßler an die petitionierenden Familienväter vom 17. Januar 1882 heißt es: „In betreff des Hauptantrags läßt die Vorſtellung die Angabe ſolcher thatſächlichen Momente vermiſſen, welche nicht ſchon infolge der von meinem Amtsvorgänger in derſelben Angelegenheit gerichteten Eingaben Gegenſtand der ſorgfältigſten Prüfung und Erwägung geweſen wären. Es fehlt mir daher ebenſo wie meinem Amtsvorgänger, mit welchem ich das lebhafte Intereſſe an der Entwickelung der Krefelder Schulverhältniſſe teile, an einem ausreichenden Anlaß, von Oberaufſichtswegen die Auflöſung der zu Recht beſtehenden paritätiſchen Volksſchulen zu Krefeld anzuordnen, um an ihre Stelle wieder Konfeſſionsſchulen treten zu laſſen, und kann ich in dieſer Beziehung nur auf den diesſeitigen Erlaß vom 25. März vorigen Jahres verweiſen.“ (Hört, Hört! links.) M. H., dieſe kurzen Auszüge genügen, um es mir vollſtändig unnötig erſcheinen zu laſſen, Ihnen noch weitere Gründe für die Rechtsbeſtändigkeit dieſer Schulverhältniſſe vorzuführen. Ich wende mich der Frage zu, was denn wohl paſſiert ſein kann in dem kurzen Zeitraum von acht Monaten, ſeitdem der Erlaß des Herrn v. Goßler das Licht der Welt erblickte, und dem Tage, an dem die königliche Regierung zu Düſſeldorf den Beſchluß der Auflöſung der Stadtverordnetenverſammlung in Krefeld übermittelt hat. Es iſt in letzterm Beſchluſſe der königlichen Regierung kein Grund hierfür angegeben worden;

es ist auch damals in der offiziösen Presse darüber nichts Bestimmtes verlautet; nur erinnere ich mich, daß — es war zur Zeit der Wahlen — in der Nordd. Allg. Ztg. mit Bestimmtheit versichert wurde, daß von seiten des Ministeriums in der Frage an die königliche Regierung keine offizielle Mitteilung gemacht worden sei. Äußerm Vernehmen nach soll aber der Herr Minister v. Goßler den Regierungspräsidenten v. Hagemeister unter der Hand darauf aufmerksam gemacht haben, daß es wohl an der Zeit sei, eine vollendete Thatsache zu schaffen. Ob das richtig ist, kann ich natürlich nicht wissen; was ich aber weiß, ist, daß wenige Wochen nachher, als der Herr Kultusminister unsere Provinz mit seinem Besuche beehrte, eine Deputation von Krefeldern sich bei ihm meldete und ihm einen Zeitungsbericht überreichte, der die Mitteilung machte, der verehrte Herr habe seine Freude darüber ausgedrückt, nunmehr mit der Entsimultanisierung vorgehen zu können. Der Herr Minister hat denn auch in seinem Bescheid vom 22. Januar d. J. die Maßregelung von seiten der Düsseldorfer Regierung gutgeheißen und, wie der Herr Referent schon ausgeführt hat, die Rechtsgültigkeit nur soweit anerkennen wollen, als nicht das Oberaufsichtsrecht zur Entsimultanisierung die Veranlassung böte. In diesem Reskript des Ministers ist über den Grund der plötzlichen Wendung und der plötzlich veränderten Anschauungen in Bezug auf die Behandlung der Frage kurz hinweggegangen. Der Minister sagt: Wir erachten es jetzt für zulässig, die Entsimultanisierung vorzunehmen, ihr habt euch darein zu schicken — denn das ist der einzig durchschlagende Grund in dem Reskript —, es hat sich bei euch eine hochgradige Erregung vornehmlich in der katholischen Bevölkerung herausgestellt, die mich zur Konfessionalisierung der Schulen zwingt. M. H., das ist der einzig ausgesprochene Grund, alle übrigen fallen vollständig fort, und ich glaube die Anerkennung darin zu finden, daß die Aufsichtsinstanz, die königliche Regierung in Düsseldorf, das Gedeihen der Schulen und den guten Willen der Schulverwaltung in Krefeld anerkannt hat. Auch der Kommissar

des Unterrichtsministeriums, der uns besucht, hat bezüglich dieses Urteils keine ableugnende Äußerung gemacht. Die Behandlung der Krefelder Schulen charakterisiert sich demnach als einfach auf politischem Gebiete stehend. Der Herr Minister stellt sich auf die Seite der einen politischen Partei, auf seiten der Familienväter, die angeben, in ihrem heiligsten Rechte gekränkt zu sein; mit andern Worten, der Herr Minister steift sich auf sein Recht der Oberaufsicht, um das autonome Recht der Gemeinde zu Gunsten der Anschauungen einer gesetzlichen Minorität zu beugen. M. H., dem Herzen des Ministers gereicht dies ja unzweifelhaft zur Ehre. Ich bin nicht Parteimann genug, um unter allen Umständen solches Eingreifen ausschließen zu wollen; es fragt sich nur, ob es hier nötig und erforderlich war. Das bestreite ich aufs allerentschiedenste. Denn diesen Familienvätern, deren Qualität als solche nicht geprüft war, stehen viele andere Familienväter Krefelds gegenüber, katholischen wie protestantischen Glaubens, von denen nicht zutrifft, daß sie meistens ihre Kinder in die Vorschulen höherer Anstalten schicken. Diese haben doch auch ihr Recht, und sind durch die Entsimultanisierung unzweifelhaft in eine starke Erregung hineingeraten. Wenn man ferner den historischen Verlauf der ganzen Angelegenheit ins Auge faßt, dann kann man wirklich nicht sagen, daß diese Bewegung aus dem konfessionellen Herzensbedürfnis des Volkes hervorgegangen ist; es ist entschieden eine Frage der politischen Anschauung. (Sehr richtig! links.) Eine ganz kurze Erinnerung an diese Entwickelung der Thatsachen wird Ihnen das beweisen. Als 1875 die Stadtverordnetenversammlung die Simultanisierung beschloß, war es eine Minorität von drei dem Centrum angehörigen Stadtverordneten, die dagegen stimmte, aber in keiner Weise ihrem Votum Folge gab. Die Geistlichen erteilten den Religionsunterricht noch Jahr und Tag an der simultanen Schule, und es war so für die Stadtverordnetenmajorität kein Zweifel, daß die Sache mit dem religiösen Bedürfnis des Volkes in keiner Weise irgend etwas zu thun habe; erst zwei Jahre nachher ist auf Anregung der politischen

Partei und unter dem hochgradigen Einfluß von politiſchen und kirchlichen Vereinen die Bewegung ins Leben getreten. Es wurde alsbald eine Schulkommiſſion eingeſetzt, welche die Kinder gegen die Lehrer in der Art aufzureizen beauftragt war, daß ſie die Lehrer zu überwachen hatten, um kleine etwa vorkommende Dinge zu berichten. Dieſe kleinen Dinge wurden dann zu gewaltigen Aktionen aufgebauſcht und Berichte in alle Welt verſandt als Material für die politiſche Bewegung. Meine Herren, ſelbſt Maſſenpetitionen hat man durch Kolportierung von Liſten von Haus zu Haus fertig gebracht. Aber nun kommt der entſcheidende Punkt: wenn zweimal im Jahre der Schulinſpektor diejenigen Familienväter aufforderte, welche die Verſetzung ihrer Kinder aus der einen Schule in die andere wünſchten, dann erſchienen ein halbes Dutzend, auch ein ganzes Dutzend, die anderen beruhigten ſich, denn ſie hatten die Adreſſe nur unterſchrieben den Geiſtlichen gegenüber oder den Männern ihrer politiſchen Partei, denen ſie ſich verpflichtet fühlten. Es iſt keinem Krefelder Bürger, der die Umſchulung ſeiner Kinder in konfeſſionelle Schulen verlangt hat, dies abgeſchlagen worden, wenn es ſich nicht um eine Schule der nächſten Nachbarſchaft handelte, wo eben abſolut kein Platz war. M. H., ich darf wohl mit Beſtimmtheit ſagen, daß die Erregung, auf die der Herr Miniſter ſein ganzes Gebäude ſtützt, nicht infolge der Simultaniſierung entſtanden iſt, ſondern ich muß den Spieß umdrehen und behaupten, daß die zeitweilige Erregung künſtlich hervorgerufen worden iſt, wenn auch die verehrten Herren aus dem Centrum, die uns beſucht haben, vielleicht in irgend einer ſtürmiſchen Verſammlung einen andern Eindruck bekommen haben mögen. Dieſe Erregung hat nur ſo lange gedauert, als die Agitation von Haus zu Haus ging. Ich behaupte, daß die entſchiedenſten Kraftmittel notwendig geweſen ſind, um den Funken in der Aſche nur einigermaßen zu erhalten, um bei anderer Gelegenheit wieder zur Flamme angeblaſen zu werden. Ein Beiſpiel hierfür will ich Ihnen geben. Noch bei den letzten Wahlen waren die Führer der Centrums-

partei, unter anderen ein Kaplan Tietz, bei uns ihrer Sache so wenig gewiß, daß sie es für notwendig hielten, ihren nach Tausenden zählenden versammelten Anhängern die Worte ins Gesicht zu schleudern: Es ist eine geringere Sünde, eure eigene Mutter ins Gesicht zu spucken, als den liberalen Kandidaten zu wählen! (Unruhe im Centrum.) M. H., wenn sich gebildete Menschen so weit prostituieren, daß sie bei einer solchen Gelegenheit eine Erregtheit ihrerseits zu Tage treten lassen, die doch über alles, was sonst im Parteikampfe erlaubt sein soll, weit hinausgeht, dann ist es ein Zeichen dafür, daß diese Erregtheit noch nicht vorhanden war, daß nur, weil sie nicht vorhanden war, diese Herren sich in solchen extremen Ausdrücken ergehen zu müssen nötig erachteten. M. H., ich kann wirklich behaupten, daß die Maßregel der königlichen Regierung nur wirken würde in der Richtung, als sie eine Prämie für die wüsteste und roheste Agitation liefert. Ich fürchte aber, daß in weitern Kreisen man die objektive Auffassung, die doch dem Oberaufsichtsrecht eines preußischen Kultusministers als Voraussetzung unbedingt zur Seite stehen muß, schmerzlich vermißt. Dieses Oberaufsichtsrecht geht ja unendlich weit; so lange wir kein Unterrichtsgesetz haben, wird es immer sehr nahe an Ministerwillkür grenzen; das darf es aber nie werden. Ich gestehe ja ein, daß jeder Minister Neuorganisationen, die seinen Wünschen nicht entsprechen, entgegentreten darf, aber, m. H., so weit zu gehen, daß er — gestatten Sie mir den Ausdruck, denn er bezieht sich ja doch nicht auf eine vollendete Thatsache — par ordre de mufti einen Rechtsbeschluß, den sein Vorgänger mit staatlichem Siegel versehen hat, einfach aufhebt, das widerstreitet denn doch der Erfahrung, die man bisher mit der preußischen Verwaltung gegenüber der Rechtssicherheit unserer Bürger erlebt hat; das läuft schließlich in dem Endresultat auf türkische Willkür hinaus. (Heiterkeit im Centrum.) Ich glaube, daß alle Parteien ein Interesse daran haben, in diesem Falle die Krefelder Petenten zu unterstützen, sie haben entschieden ein Interesse, der Ministeromnipotenz entgegenzutreten.

Denn denken Sie daran, wie wird es in wenigen Jahren sein? Der Kultusminister bleibt nicht ewig im Amt, und Sie schaffen ein zweischneidiges Schwert, das sich einmal gegen den Bestand der konfessionellen Schulen ebenso richten kann, wie es sich heute gegen die Simultanschulen richtet. Ich glaube, wenn Sie sich nicht dem Vorwurfe aussetzen wollen, daß Sie an Stelle des Rechts die politische Opportunität treten lassen, dann müssen Sie unsere Schulen schützen. Ich bitte, die Petition der Krefelder Stadtverordneten und der 3474 Bürger der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. (Lebhafter Beifall links; Zischen im Centrum und rechts.)

Der in dieser Debatte gestellte Antrag von Rauchhaupt:

In Erwägung, daß die Königliche Staatsregierung von dem Grundsatze, die Einrichtung von Simultanschulen von dem Beschluß der Unterhaltungspflichtigen abhängig zu machen, in Krefeld abgesehen hat, und daß die Annahme gerechtfertigt ist, sie werde in ähnlichen Fällen in derselben Weise verfahren, über die Petitionen der Stadtverordneten von Krefeld, de Greiff und Genossen, zur Tagesordnung überzugehen und die Petition von 3274 Bürgern Krefelds, Matthias und Genossen, durch diesen Beschluß für erledigt zu erklären, —

wurde mit 158 gegen 127 Stimmen zum Beschluß erhoben.

Meine Rede vom 6. Dezember 1883 lautete im Stenogramm:

Die Herren Abgeordneten Gneist und Hobrecht haben den Standpunkt der nationalliberalen Partei dargelegt mit solcher Schärfe und solcher Wärme, daß ich es wohl unterlassen kann, auf den Gegenstand unserer Verhandlungen, den Antrag Stern, sachlich noch einmal zurückzukommen. Doch, meine Herren, kann ich beim besten Willen nicht darauf verzichten, das Wort zu ergreifen, nach den beispiellos heftigen Angriffen, die die Herren Bachem und Windthorst gegen die nationalliberalen Fabrikherren der Rheinprovinz und Westfalens, speciell aber gegen den Wahlkreis, den ich die Ehre habe zu vertreten, und den sie als den wahrhaft klassischen Bezirk der Wahlbeeinflussungen bezeichneten, und zuletzt auch gegen meine

Person gerichtet haben. Meine Herren, die verehrten Herren Kollegen haben Beschuldigungen ausgesprochen, aber sie haben vergessen, den Beschuldigungen irgend welche Unterlage zu geben. Wo sind denn die Beweise für das, was sie sagen? wo steht es geschrieben, daß in der That ein solcher Druck auf die Arbeiter von den Arbeitgebern in unserer Provinz ausgeübt wird? (Zurufe aus dem Centrum: In den Wahlakten!) Der einzige Beweis dafür, von dem in der Diskussion die Rede war, sollte in einem Berichte der Petitionskommission vom vorigen Jahre enthalten sein. Erinnern Sie sich, daß es sich in jenem Berichte nur um Anschuldigungen aus drei Orten der Rheinprovinz handelte, Krefeld, Dülken und Trier. Und aus solchen vereinzelten Anschuldigungen, die ich auf das allerbestimmteste bestreite, wollen Sie Anklagen von so großer Tragweite herleiten, daß Sie daraufhin die Gesetze ändern wollen? Das ist in keiner Weise gerechtfertigt. In Krefeld, wo ich die Verhältnisse doch genau kennen muß, (Heiterkeit im Centrum) — ja selbstverständlich — da sind alles in allem zehn einzelne Fälle erwähnt. Und um was für Kleinigkeiten handelt es sich denn da? Um eine Dame, die ihren Gärtner beeinflußt hat, (Heiterkeit) um den Werkführer eines Färbermeisters, der seinen Arbeitern angeblich den Urlaub verweigert hat, um zur Wahl zu gehen, und ähnliche Vorkommnisse. Dagegen ist nicht eine einzige Anschuldigung gegen die Fabrikanten erhoben, die Zehntausende von Arbeitern beschäftigen. Also worauf wollen Sie Ihre ungeheuerlichen Angaben gründen? Sie schweben vollständig in der Luft, und da darf ich denn wohl den Anfang eines Beweises erwarten, ehe ich für nötig halte, mit der Widerlegung das Hohe Haus zu behelligen. Bisher habe ich immer geglaubt, wenn solche Klagen in der Petitionskommission aufgebauscht wurden, daß sie sich schließlich nur auf meine unglückliche Person, als des letzten Trägers eines liberalen Mandats aus überwiegend katholischem Wahlkreis zuspitzen sollten (große anhaltende Heiterkeit); heute sehe ich, daß das, was mir immer als ein Manöver gegen die Gültigkeit meiner Wahl erschienen ist, nunmehr für ganz

Rheinland und Westfalen allgemein behauptet und generalisiert wird. Ich möchte wirklich wissen, wenn die Herren Kollegen Windthorst und Bachem sich mal hätten im Spiegel betrachten können, als sie mit advokatorischer Meisterschaft zuletzt immer auf mich ihre Spitzen drängten, um Stimmung zu machen, damit auch diesmal wieder meine Wahl vom Hause angefochten und vielleicht wieder kassiert werden möchte — (Heiterkeit) ob wohl die Freude über die geschickte Art und Weise, die Dinge zu einem ganz bestimmten Zwecke darzustellen, oder ob nicht ein Lächeln der Selbstironie die Vorhand gewonnen hätte? Ich versichere, so wie die geehrten Herren dem Hause vorerzählen, ist es nicht in unseren rheinischen Wahlbezirken, (Lachen im Centrum), es findet dort nicht annähernd eine solche Wahlbeeinflussung statt, wie es hier geschildert wird; im Gegenteil — gestatten die Herren aus dem Centrum mal einen Augenblick den Spieß umzudrehen, — wenn von einer Wahlbeeinflussung im großen Stil in Rheinland und Westfalen geredet werden soll, so ist sie auf Ihrer Seite zu finden. (Sehr wahr! links. Widerspruch im Centrum.) Ist nicht die gesamte katholische Geistlichkeit in Rheinland und Westfalen gewöhnt, als Ihre Wahlagitatoren zu fungieren? (Lachen im Centrum.) Daß die Geistlichen nicht bei jeder Wahl heraustreten, die Ihnen doch sicher ist, kann man von den Herren als verständigen Männern wohl erwarten, aber wenn es gilt, dann sind die Herren immer bei der Hand. (Bravo! im Centrum. Unruhe.)

Vicepräsident Dr. Freiherr v. Heeremann: Ich bitte, den Herrn Redner nicht zu unterbrechen.

Abgeordneter Seyffardt (Krefeld): Da ist denn der Fluch der bösen That, (Heiterkeit) daß, wenn die Wahlbeeinflussung einmal ausnahmsweise bei den Fabrikanten oder Arbeitgebern stattfindet, die öffentliche Meinung darin nicht eine Verleitung der Wähler zur Stimmabgabe gegen ihre Überzeugung, sondern eine Stütze der Betreffenden gegen die Einflüsse der Priester auf sie selbst, ihre Frauen und Verwandten, einen Kampf gegen die Bestrebung der Geistlichen erblickt, die Angehörigkeit

zum katholiſchen Glauben unter Hinweis auf das Seelenheil zu Gunſten der Centrumspartei auszubeuten oder richtiger geſagt, zu mißbrauchen. Darin liegt aber doch die denkbar größte Wahlbeeinfluſſung, daß Agitation und Geiſtlichkeit von jedem Katholiken verlangen, daß er auch ultramontan ſei und ultramontan wählen ſolle. (Zuruf aus dem Centrum: Das iſt ſelbſtverſtändlich!) (Große Heiterkeit.) Das iſt ſelbſtredend, Herr Kollege Fuchs?! — Ja, meine Herren, dann muß ich mir doch erlauben, darauf aufmerkſam zu machen — es iſt ja in dieſem Hauſe ſo oft geſagt worden, aber es ſcheint noch immer nicht allgemein bekannt zu ſein — in den Rheinlanden decken ſich die Begriffe katholiſch und ultramontan abſolut nicht. (Lachen im Centrum.) Denn, meine Herren, wie wollen Sie es denn ſonſt erklären, daß in allen größeren überwiegend katholiſchen Städten Rheinlands und ebenfalls in faſt allen mittleren Städten die erſte Klaſſe der Wahlberechtigten zu dem Stadtverordnetenkollegium niemals Centrumsleute wählt? Wie wollen Sie es ferner erklären, meine Herren, daß in allen großen Städten, mit Ausnahme der einen Stadt Aachen, meiner lieben Vaterſtadt, in faſt allen mittleren Städten auch in der zweiten Klaſſe niemals Centrumsleute aus der Urne hervorgehen? Wie wollen Sie es endlich erklären, daß ſelbſt in der dritten Klaſſe, wo doch die für die Stadt Deutz von dem Herrn Abgeordneten Bachem aufgeſtellte Behauptung, daß die Eiſenbahnangeſtellten die Mehrzahl der Wähler der dritten Klaſſe ausmachten, nur ſelten zutreffen kann, noch eine Reihe von Städten, darunter die alte Biſchofsſtadt Trier, auch in der dritten Klaſſe eine liberale Majorität hat? Wie wollen Sie es endlich erklären, daß auch für die dritte Klaſſe in einer ferneren Anzahl von Städten wie Köln und Krefeld die Liberalen und Klerikalen einander die Wage halten? Meine Herren, woran es liegt, iſt doch ganz einfach: die Elemente, die, obſchon zumeiſt katholiſchen Glaubens, die kommerzielle, induſtrielle, gewerbliche, und das iſt doch wohl die hervorragendſte Bedeutung Rheinlands, dieſer Perle in der Krone Preußens,

ausmachen, die ſtehen nicht hinter dem Centrum. (Sehr richtig! links.) Meine Herren, wir wollen Ihnen ja Ihre große Machtſphäre nicht beſtreiten, weil wir es leider eben nicht können, (Heiterkeit im Centrum), wen haben Sie eigentlich hinter ſich? Sie haben ein paar Dutzend adelige Herren, die ich meiner größten perſönlichen Hochachtung verſichere, die aber für unſer Rheinland doch ſehr wenig Bedeutung haben, da ihr Grundbeſitz noch nicht fünf Prozent des geſamten Areals ausmacht, und dann haben Sie die große Menge der kleinen Leute, der Bauern und der Handwerker und Arbeiter, die haben Sie für ſich. Mit einem Wort, Sie haben für ſich die große katholiſche Intereſſengemeinſchaft, die Sie ſeit 1870 ſo ſehr gepflegt haben, und zwar, meine Herren, doch wahrhaftig mit recht zweifelhaften, der Legitimität ernſthaft entbehrenden Mitteln. Denn, meine Herren, Sie haben dieſe Maſſe zuſammengeſchweißt nur dadurch, daß Sie ihr immer vorgeredet haben, daß dieſer proteſtantiſche preußiſche Staat, daß dieſes proteſtantiſche König- und Kaiſertum den Katholiken nicht ihre volle Berechtigung zu Teil werden laſſe. (Sehr wahr! links.) Meine Herren, Ihre Agitatoren halten dieſe Gemeinſchaft auch aufrecht mit denſelben Mitteln, mit denen ſie gegründet worden, indem ſie ähnlich einigen eben von Herrn Abgeordneten Dr. Windthorſt gehörten Ausführungen immer aufs neue betonen, daß unſer preußiſcher Staat ſich nie dazu verſtehen werde, den Katholiken volle Parität zu gewähren. Meine Herren, zur Unterſtützung ſolcher Agitation — jedermann weiß in dieſer Beziehung bei uns in den Rheinlanden, wie die Dinge liegen — wenn es gilt, Mann gegen Mann, hart gegen hart, dann iſt immer der geiſtliche Einfluß bereit, um privatim zu Gunſten der Centrumspartei einzutreten. Niemals wird er ausbleiben, wenn es gilt. Doch, meine Herren, Sie werden mir ſagen, ich könne das nicht beweiſen. Private Einflüſſe kann man allerdings nicht beweiſen; von Zeit zu Zeit aber ſind dieſe privaten Einflüſſe ſo unglücklich oder unklug, an die Öffentlichkeit zu treten, und da will ich denn zum Schluß meiner

Auseinanderſetzungen Ihnen nur ein Beiſpiel aus jüngerer Zeit mitteilen. Im vorigen Jahr habe ich dieſe Beeinfluſſungen an meinem eigenen Leibe erfahren. Ich rechne es mir zur allerhöchſten Ehre, daß Hunderte und nochmals Hunderte und abermals Hunderte meiner katholiſchen Mitbürger mich immer aufs neue in dieſes Haus ſenden. Ich habe Grund zu hoffen, daß dieſe Männer mir treu bleiben. Fangen Sie an, was Sie wollen, meine Herren vom Centrum, Sie werden mich noch lange nicht los. (Bravo! Heiterkeit.) Jene eigenen Erfahrungen über die von der Geiſtlichkeit beliebte Wahlagitation habe ich bei Gelegenheit der Verhandlung über die Krefelder Simultanſchulen in dieſem Hauſe am 4. Mai d. J. mitgeteilt. Das Beiſpiel, das ich heute aus vielen ähnlichen mir bekannten erwähnen will, bezieht ſich auf einen Wahlkreis, der dem meinen benachbart iſt. Nach der letzten Landtagswahl ſchrieb der Vorſitzende des katholiſchen Kirchenvorſtandes J. Braem in Xanten an die Gebrüder Bauſſart daſelbſt, welche überhaupt nicht gewählt hatten — es handelt ſich um den Wahlbezirk Moers-Rees des konſervativen Herrn v. Hochwächter — folgenden Brief:

> Durch den verachtungswürdigen Verrat, den Sie bei der geſtrigen Wahl durch Ihre Abſtimmung reſp. Nichtbeteiligung an der Sache der heiligen Kirche begangen, ſieht ſich der Kirchenvorſtand veranlaßt, Ihnen die fernere Benutzung der Chorſitze, welche für den Kirchenvorſtand und die Gemeindevertretung beſtimmt ſind, zu unterſagen.

(Hört! hört!) Der Briefſchreiber wurde von der Strafkammer zu Cleve wegen dieſer Ehrenkränkung zu einer Geldſtrafe von 150 Mk. verurteilt. Meine Herren, gegenüber ſolchen Thatſachen, gegenüber der wenn es gilt nie ruhenden, nie nachlaſſenden, zielbewußten Agitation der katholiſchen Geiſtlichkeit und ihrer Strohmänner für die Centrumspartei, einer Agitation, die niemals einen Zweifel darüber beſtehen läßt, daß zeitliche und ewige Strafen einen jeden erwarten, der nicht blindlings Folge leiſtet, was ſind dagegen die durch die beiden Vorredner den Fabrikanten und Arbeitgebern in

Rheinland und Westfalen ins Gesicht geschleuderten Verdächtigungen stattgehabter Wahlbeeinflussung, wenn selbst sie auf Wahrheit beruhten, was ich bestreite? Sie sind das reine Kinderspiel. Auf die Wähler in unserm Rheinland, die sich bei dem Centrum beklagen über die Beeinflussung durch die Arbeitgeber, dürfte wirklich das Bibelwort Anwendung finden von dem Splitter im fremden und dem Balken im eigenen Auge. (Lebhaftes Bravo links. Zischen im Centrum.)

Meine Rede vom 6. Februar 1884:

Meine Herren, als in der bei dem Ministerposten gebräuchlichen Generaldiskussion des Kultusetats der Abgeordnete Dr. Windthorst bemerkte, daß die Gegner dem Centrum unausgesetzt den Vorwurf machen, daß es mit seinem Friedensbedürfnis doch nicht besonders bestellt sei, daß jede ihm gemachte Konzession nur zu neuen Forderungen führe, da wurde ihm von dieser Seite (links) des Hauses mit einem „Sehr richtig" geantwortet. Der Herr Abgeordnete Windthorst war so gütig, aus der Stimmen Chor die meinige zu erkennen und seiner Befriedigung Ausdruck zu geben, in mir den Unverbesserlichen, den Attentäter zu entdecken. Bei dem Kapitel Elementarschulen, dachte ich, werde ich wohl Gelegenheit haben, unser „Sehr richtig" mit wenig Mühe, ja, vielleicht mit wenig Worten zu beweisen. Ich schwieg also, um nicht die Debatte zu durchkreuzen. Zum Teil darum habe ich mich heute zum Worte gemeldet. Zu meiner Freude sehe ich den Abgeordneten Dr. Windthorst gerade erscheinen (Heiterkeit) und darf mich daher direkt an ihn wenden. Hat der Herr Abgeordnete Dr. Windthorst denn wirklich ganz vergessen, daß er die Thatsache uns im vergangenen Jahre vollständig zugestanden hat, als ihm von dem Herrn Minister sowie aus dem Hause die Rede, die er im Herbst 1882 in Düsseldorf gehalten hat, vorgehalten wurde jene Rede, in der er ausführte, daß der heißere, härtere Kampf, der Kampf um die Schule, die für die Kirche zurückgewonnen werden müsse, erst dann beginnen werde, wenn das Centrum in dem kirchenpolitischen Kampfe gesiegt

haben würde? Er hat dieſe Düſſeldorfer Äußerung in dieſem Hauſe nicht widerrufen, ſondern, wenn auch mit einigen Einſchränkungen, ausdrücklich beſtätigt. (Abgeordneter Dr. Windthorſt: Auch heute noch!)

Ich berufe mich auf den Herrn Kultusminiſter, der damals, ſpeciell auf jene Worte des Herrn Abgeordneten Windthorſt eingehend, in ſeiner Rede mit Überraſchung einerſeits, mit Entrüſtung andererſeits dieſe Äußerung des Herrn Abgeordneten Windthorſt zurückweiſen zu müſſen glaubte. Ich berufe mich auf den Herrn Kultusminiſter, der verzweifeln wollte an der Möglichkeit des Friedensſchluſſes, wenn ſchon vor demſelben ein neuer Kriegszuſtand proklamiert würde. Ich erinnere auch daran, daß dieſe vielleicht etwas verfrühte Kriegserklärung einigermaßen abzuſchwächen dem Herrn Dr. Windthorſt damals abſolut nicht gelang. Nur im Kampf iſt Leben; der alte Kampf iſt nahezu tot, es lebe der neue Kampf! — das war die Bedeutung der Worte des geehrten Herrn Kollegen.

Meine Herren, ich glaube danach wohl den Beweis geliefert zu haben, daß es in der That ſo iſt, daß die Konzeſſionen, die dem Centrum bisher von der Königl. Staatsregierung gemacht worden ſind, nur dazu geführt haben, neue Anforderungen zu ſtellen, und wir — ich bin feſt überzeugt, viele mit mir auf dieſer Seite des Hauſes — bleiben der Anſicht, daß alles, was die Königl. Staatsregierung an entgegenkommenden Schritten dem Centrum gegenüber gethan hat, verlorene Liebesmühe geweſen iſt.

Freilich hat der Herr Abgeordnete Dr. Windthorſt ſeitdem in Bezug auf die Schulfrage etwas Waſſer in ſeinen Wein gegoſſen; er hat ja abermals im Herbſt 1883 in Düſſeldorf allerdings die Kriegserklärung aufrecht erhalten, aber doch hinzugefügt, daß er einſtweilen den Oberbefehl noch nicht übernehmen wolle, oder — wenn Sie lieber ſeine eigenen Worte hören wollen, ſo lauteten dieſelben: „wenn er auch nicht gewohnt ſei, bei dem erſten Schuß davon zu laufen, ſo halte er es doch für richtig, abſichtlich ſich in die zweite Schußlinie zu ſtellen.“ Da iſt es nun intereſſant, meine Herren, ſich zu

fragen, wie der Herr Kollege Dr. Windthorst sich bei dieser Gelegenheit, wo er sich offenherziger über die Schulfrage ausgesprochen hat, als es hier im Hause der Fall zu sein pflegt, des weiteren ausgelassen hat. Trotz aller seiner Reserve hat er dann in einer Antwort an die belgische Deputation die Kirchenschule als das Ideal hingestellt, dem er nachstrebe, und wenn die nicht zu erreichen sei, die belgische Schule, in der bis 1879 die Klerikalen vollständig das Heft in der Hand hatten, die Schule ohne Schulzwang, aber mit Schulfreiheit. In den vergangenen Tagen, meine Herren, ist, wie Sie sich erinnern werden, der Herr Abgeordnete Dr. Windthorst verschiedentlich auch auf den Elementarschulunterricht eingegangen, wenn auch vielleicht nicht immer ganz direkt. Er hat uns vorgestern gesagt, auch in den unteren Instanzen solle die Lehrfreiheit angestrebt werden, und gestern — zum wievielten Male, weiß ich nicht — verkündet, Religion müsse in die Volksschule hinein. Nun, meine Herren, was die letztere Frage angeht, so wird die Königl. Staatsregierung stets geneigt sein, zu erwägen, ob vielleicht einige Stunden Religionsunterricht mehr in den Lehrplan der Volksschule aufgenommen werden müssen. Aber Sie sehen aus meiner Düsseldorfer Reminiscenz, daß der Zweck ein ganz anderer ist, daß es sich nicht um die Verbesserung der Volksschule, sondern um die Erzielung der Priesterschulen, um die eigentlichen Kirchenschulen handelt. (Bravo! links.)

Meine Herren, es ist doch vielleicht bei dieser Gelegenheit nicht ganz inopportun, einmal zu fragen, was jene angepriesenen belgischen Schulen eigentlich bisher geleistet haben. Da giebt uns eine Veröffentlichung des belgischen Kriegsministeriums das Material an die Hand. Von den 8889 Rekruten des Jahres 1882 waren nur 20 Prozent, die eine genügende, 52 Prozent, die eine ungenügende Schulbildung hatten, 28 Prozent, meine Herren, konnten aber gar nicht einmal schreiben. Nun, meine Herren, werde ich ja doch nicht von dem Herrn Abgeordneten Dr. Windthorst erwarten, daß er sich für eine so schlechte Schule als solche interessiere, aber die Gefahr kann

er doch nicht leugnen, daß, wenn wir von dem Schulzwang absehen, wenn auch bei uns neben den Staatsschulen Kirchenschulen entstehen, den belgischen ähnliche Resultate sich ergeben können. Mein Schluß muß also dahin gehen, daß, wenn auch nicht der Zweck, doch der Erfolg der Bestrebungen des Abgeordneten Windthorst ein verkehrter sein werde, ein solcher, der die Leistungen unserer Volksschulen herabzudrücken geeignet ist. Mein Schluß muß dahin gehen, daß seine Anfeindung gegen unsere Schulen nicht eine sachliche, sondern politische ist, daß es sich um andere Fragen, als um die eigentlichen Volksschulfragen, daß es sich um politische Machtfragen handelt.

Meine Herren, entgegengesetzt dem Herrn Abgeordneten Dr. Windthorst verhält sich der Herr Kultusminister. Ich fühle, wenn ich den diesjährigen Etat betrachte, die Hoffnung in mir verstärkt, daß auf seiner Seite in Zukunft die rein sachliche und unpolitische Behandlung der Volksschule das Übergewicht behalten werde. Der rasende See der Parteistreitigkeiten hat seine politischen Opfer, die Simultanschule und die weltliche Lokalschulinspektion, verschlungen; die altpreußische Schultradition tritt wieder mehr in den Vordergrund. Neunzehn neue Kreisschulinspektoren im Hauptamt! Meine Herren, so ist es richtig, wenn, ganz abgesehen von politischen Nebengedanken, die Bestimmungen von 1872 für die Volksschule aufrecht erhalten und durchgeführt werden sollen. Der Herr Minister will sie aufrecht erhalten, er will sie durchführen; denn er hat uns in dem vergangenen Jahre erklärt, daß diese Bestimmungen eine großartige Leistung und segensreich für die Entwickelung unserer Volksschulen seien. In dem Etat ist die beantragte Erhöhung nun ausreichend motiviert. Der zu große Umfang der einzelnen Schulinspektionen ist notorisch. Ich habe aber noch einen ganz besonderen Grund, warum ich mich dieser Bewilligungen freue. Die Kreisschulinspektoren im Hauptamt, treue Beamte des Staates und der Schule, erfahren doch nun, daß, was sie lange befürchteten, sie noch nicht auf den Aussterbeetat gesetzt sind. Sie erfahren ferner, daß Sie auf Unterstützung von oben rechnen können,

wenn ſie dem geheimen, immer bemerkbaren, aber nicht immer faßbaren Widerſtand begegnen, der von den katholiſchen geiſtlichen Lokalſchulinſpektoren gegen die Beſtimmungen von 1872 geleiſtet wird, die doch nur eine ſyſtematiſche Erziehung durch Unterricht und ein Minimum von allerdings abgeſchloſſener Volksbildung erſtreben. Meine Herren, ich habe eben geſagt, daß der Abgeordnete Windthorſt nicht gerade ſachliche Momente ins Auge faßt in ſeinen Äußerungen über die Volksſchulen, da könnte man mit vielleicht entgegnen, daß ja dagegen ſpricht die eifrige und anſcheinend ſachliche Behandlung der Volksſchulfrage, wie wir ſie in den vergangenen Jahren in dieſem Hauſe erfahren haben, und wie ja auch wohl in dieſem Jahre von ſeiten des Centrums ſie uns nicht erſpart bleiben wird. Meine Herren, in der Behandlung der Volksſchule unterſcheiden ſich zwei Richtungen, die ich durch die Namen verehrter Redner bezeichnen will. Die eine iſt die durch den Abgeordneten Dr. Perger repräſentierte, das iſt eine verſöhnliche oder doch minder ſchroffe, die andere, die denkbar ſcharfe, repräſentiert durch den Herrn Kollegen Mooren.

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Dr. Perger beklagt in der Volksſchule hauptſächlich das „Zuvielerlei", der Herr Mooren dagegen das „Zuviel". Ich will nun zunächſt einige Worte dem Herrn Dr. Perger gegenüber ſagen: Herr Dr. Perger glaubt, daß die Realien der ſchlimme Faktor ſeien und ſo ziemlich alles in der von ihm getadelten Richtung verſchulden. Vor allen Dingen ſollen ſie ſchuld ſein, daß heute das Leſen, Schreiben, Rechnen nur noch ſo gepflegt werden, daß recht viele Schüler nach einigen Jahren dieſe Disciplinen völlig vergeſſen haben. Herr Dr. Perger glaubt denn auch, daß infolge der Beſchäftigung mit den Realien recht viele Schüler in den unteren und mittleren Elementarſchulklaſſen zurückgelaſſen werden und nur wenige das eigentliche Ziel der Volksſchule erreichen. Herr Dr. Perger ſagte aber im vergangenen Jahre, daß er dieſe Anſchauung nicht ſchöpfte aus eigener Erfahrung, ſondern aus denen eines bewährten Geſchäftsmannes, und ſtellte an die Königliche Staatsregierung die Bitte, auch ihrer-

seits dazu beizutragen, daß diese Lage aufgeklärt werde. In dieser Richtung kann ich mich ihm vollkommen anschließen. Auch ich hoffe, daß die Königl. Staatsregierung aus solcher Anfrage einmal Anlaß nehme, neben den so dankenswerten Mitteilungen über die äußeren Verhältnisse der Volksschulen auch etwas über die Resultate zu sagen. Ich bin für mich überzeugt, daß sie, ganz entgegengesetzt den Befürchtungen des Herrn Abgeordneten Dr. Perger, der meint, daß in den letzten zehn Jahren der Volksschulunterricht zurückgegangen sei, eminent günstige sein werden. So lange wir aber kein amtliches statistisches Material haben, muß ich mich auf meine eigenen Erfahrungen in der Schule und in zahlreichen Arbeiterfamilien beschränken, und da kann ich dem Herrn Dr. Perger aus demselben Landesteile, dem er wie ich gleichmäßig angehören, sagen, daß seine Befürchtungen absolut unzutreffend sind, daß in den letzten zehn Jahren der Fortschritt ein ganz bedeutender gewesen ist, und daß die Pflege der Realien in keiner Weise den Religionsunterricht und die Kenntnis im Lesen, Schreiben und Rechnen beeinträchtigt oder beeinflußt habe.

Ich wende mich jetzt zu dem Abgeordneten Mooren. Meine Herren, ohne dem verehrten Herrn Kollegen zu nahe treten zu wollen, muß ich in der That sagen, daß, wenn ich seine Reden höre, es mir immer so vorkommt, als wenn sie in ihrer vollen Tragweite nicht so ganz ernst gemeint seien. Der Herr Abgeordnete Mooren muß sich doch bewußt sein, daß auch in unserer Provinz — wir sind ja sehr nahe Nachbarn — unter den Bauern und Kleinbürgern es recht viele giebt, die im Interesse ihrer Kinder und ihres Fortkommens in der Welt, da ja heute auch der Kleinste dank der Freizügigkeit nicht mehr an die Scholle gebunden ist, auf das allerenergischste gegen seine Ideen, die Schule zn einem niedrigeren Ziele zu degradieren, protestieren würden. Meine Herren, um mit wenigen Worten die Einwendungen des Herrn Kollegen Mooren zu charakterisieren, gestatten Sie mir vielleicht einige Citate. „Das Ziel der Volksschule," sagt der Herr Abgeordnete Mooren, „ist so hoch geschraubt, daß selbst die talentiertesten, fleißigsten

Kinder kaum mehr Rechnung tragen können.“ Er ſagt weiter: „es iſt zweifelhaft, ob viele Gymnaſialabiturienten wohl vollſtändig den rigoroſen Anforderungen, die an einen Volksſchüler geſtellt ſind, entſprechen.“ Und er ſagt weiter: „die Aufrechterhaltung des Schulzwanges bis zu vierzehn Jahren bietet die größten Gefahren für die Sittlichkeit namentlich in den gemiſchten Klaſſen und bei den Mädchen.“ Meine Herren, die beiden erſten Sätze muß ich objektiv für unwahr erklären, und die letztere Befürchtung für die Sittlichkeit exiſtiert, ſo viel ich erfahren habe, nur in der Phantaſie des Abgeordneten Mooren. (Sehr gut! links. Oho! im Centrum.)

Meine Herren, es wird dieſe Blumenleſe hinreichen, um Ihnen zu ſagen, daß im Beginn des Schulkampfes der Herr Abgeordnete Mooren ſchon bei dem Superlativ angelangt iſt, den wir im kirchenpolitiſchen Kampfe bei ſeinen Fraktionsgenoſſen ſo häufig zu bemerken Gelegenheit gehabt haben und den wir als arge Übertreibung bezeichnen müſſen. Ich weiß ja natürlich nun nicht, ob die Herren vom Centrum in dem Herrn Abgeordneten Mooren bereits, um mit Herrn Frhrn. v. Schorlemer zu reden, einen Athleten erſten Ranges in der Schulfrage erkennen, ich weiß daher auch nicht, ob die von ihm geſprochenen Worte für die Partei Bedeutung haben und ob ſie in dieſem Fall den Weg andeuten ſollen, den die Herren nach dem vom Herrn Abgeordneten Dr. Windthorſt, dem Führer der Partei, in Ausſicht genommenen Ziele, gehen wollen. Ich muß mir geſtatten, das einſtweilen noch recht ſehr zu bezweifeln. Meine Herren, allerdings iſt es richtig, daß in Öſterreich die Geſinnungsgenoſſen des Centrums die Verkürzung der Schulpflicht und die Verringerung der Schulbildung wirklich durchgeführt haben; auch iſt es richtig, daß in Belgien ſeit 1879 die Einführung des Unterrichtszwanges und die Verbreitung und Vertiefung der Volksbildung von eben den Geſinnungsgenoſſen des Centrums mit Hand und Fuß bekämpft worden ſind. Aber, meine Herren, Öſterreich iſt doch nicht Deutſchland und Deutſchland nicht Belgien; die Herren werden doch zugeſtehen, daß nach der hiſtoriſchen Entwickelung der

Dinge, namentlich der Volksſchule in Preußen und Deutſchland, an unſere Verhältniſſe ein anderer Maßſtab angelegt werden muß, als an diejenigen jener Länder. Will man aber trotz der Verdammung des allgemeinen Wahlrechts durch den Syllabus für Deutſchland eben dies Wahlrecht für entſprechend erachten, dann wird man auch wohl, abweichend von der Praxis der Freunde in anderen Ländern, für Deutſchland eine beſondere Behandlung der Schulfrage verantworten können.

So hege ich denn die Hoffnung, daß das verehrliche Centrum in dem Herrn Abgeordneten Mooren doch nur einen Freiſchärler erblicken, ſich aber nicht mit ihm und ſeinen Anſchauungen identifizieren werde. Ich hoffe, daß, wenn auch die Wege verſchieden ſein mögen, die Herren doch das Ziel möglichſt großer Volksbildung auch in Zukunft gemeinſchaftlich mit uns erſtreben werden. Meine Herren, ich fühle mich in dieſer Hoffnung noch beſonders dadurch ermutigt, daß der Herr Abgeordnete Windthorſt gerade in dieſen Tagen bei dem Kapitel Univerſitäten das ſchöne Wort geſprochen hat, daß die Pflege der Wiſſenſchaften in der That die beſte Kapitalanlage ſei, die wir — oder er hat anders geſagt — das Produktivſte ſei, das wir leiſten können. Ich hoffe, daß der verehrte Herr dieſe ſeine Anſchauung auch auf die Volksſchulen zu übertragen die Güte haben werde. Einem Volke, dem bei der Gründung des neuen Reiches das allgemeine Wahlrecht als Geſchenk in den Schooß gefallen iſt, ſollte man Mittel zur Erkenntnis der aus dem Recht hervorgegangenen Pflicht, und die können doch am leichteſten durch die Volksſchule geſchaffen werden, nicht verkürzen, ſondern in möglichſt hohem Grade zuzuführen beſtrebt ſein. Meine Herren, ich hoffe, daß ich in der eben ausgeführten Beziehung nicht einen Trugſchluß machen werde, ich hoffe, daß das Centrum bezüglich des Zieles ſich mit uns dauernd einverſtanden erklären wird. Sollte ich mich trotz alledem in meiner Hoffnung täuſchen, ſo hege ich die Überzeugung, daß alle übrigen Parteien des Hauſes einig ſein werden in der Verteidigung einer der größten Errungenſchaften, die wir vor anderen Kulturnationen voraus haben: unſerer

Volksschule und der Stufe der Bildung, die sie für die breiten Massen unseres Volkes erstrebt und auch bisher in reichlichem Maße erzielt hat. (Bravo!)

Am 19. März 1884 spreche ich nach v. Schenckendorff und Kropatscheck zum Kapitel Wohnungsgeld für nichtstaatliche höhere Schulen. Durch unseren diesjährigen Beschluß wird ein weiterer Fortschritt in der Richtung der Gleichstellung der nichtstaatlichen mit den staatlichen Schulen gethan. Wenn die Staatsregierung ihn ausführt, so wird zur Beseitigung des Stempels der Minderwertigkeit, der den 6- bis 7-klassigen Schulen aufgedrückt ist, der erste bedeutungsvolle Schritt gethan.

Am 2. April 1884 wird der Fall Lindlar (Kreis Wipperfürth) besprochen, bei dem sich die Gemeinde gegen die von der Staatsregierung verlangte Errichtung zweier neuer Klassen wehrt. Die Klerikalen dringen durch mit ihrem Antrag auf Berücksichtigung, während ich höchstens nochmalige Erwägung empfehle, da die Unfähigkeit der Gemeinde nicht nachgewiesen und leistungsfähige Gemeinden nicht in ihrer Renitenz gegen Forderungen der Aufsichtsbehörde ermutigt werden dürfen.

Meine Rede vom 16. April 1885:

Der vorliegende Antrag einer einheitlichen Regulierung der Gehalts-, Pensions- und Rangverhältnisse der Lehrer an den höheren Unterrichtsanstalten staatlichen und kommunalen Patronats, mit anderen Worten die Gleichstellung aller akademisch gebildeten Lehrer mit den Lehrern an Vollanstalten, hat eine viel größere Tragweite und eine viel weiter gehende reformatorische Bedeutung, als der Kommissionsbericht hervorhebt. Wenn ich nun dem Vorschlag schon an und für sich zustimme, so ist es doch diese größere Tragweite, die ihn mir noch ganz besonders sympathisch macht. Zu meiner Freude hat denn auch der Vorredner Dr. Kropatscheck gerade die mir für die Schulen wichtigste Seite des Antrags mit warmen Worten betont. Ich möchte auch glauben, daß dieser Reformtendenz wegen der Herr Minister alle Ursache habe, ihn freundlich zu begrüßen, nachdem er mehrfach bei Beratung des Kultus-

etats hervorgehoben hat, daß seine ganze Anstrengung darauf gerichtet sei, solche Anstalten, die in sechs- bis siebenjähriger Dauer eine gewisse abgerundete Bildung gewähren, zu stützen. Der Herr Minister führte durchaus zutreffend aus, — ich citiere, da ich den stenographischen Bericht nicht zur Stelle habe, nicht dem Wortlaut, sondern den Gedanken nach — daß es auch außerhalb der gelehrten Stände ein großes, weites und fruchtbares Gebiet zur Entfaltung menschlicher Thätigkeit giebt, dessen Beackerung der heranwachsenden Generation zu empfehlen sei. Es wird nun seiner Aufmerksamkeit gewiß nicht entgangen sein, daß die öffentliche Aussprache solcher Erkenntnis nur bedingten Wert haben kann, wenn nicht bei dem geringen Einfluß, den die lokale Selbstverwaltung auf die Entwickelung des höheren Schulwesens hat, von der maßgebenden Stelle auch die geeigneten Schritte gethan werden, um den den Mittelschulen zugute kommenden Anstrengungen auch die Möglichkeit des Erfolges zu verschaffen. Wie die Dinge heute liegen, ist eine geeignete Vorbildung für das höhere Handwerk, die mittleren Stellungen im Handel, Gewerbe und Landwirtschaft, aber außerordentlich schwer zu gewinnen, da die betreffenden Schulen, die höheren sechsklassigen Bürgerschulen und siebenklassigen Realschulen, nur in der Zahl von etwa 35, also noch nicht drei pro Provinz, in Preußen vorhanden sind. Ich zweifle also nicht, daß der Herr Minister sein Augenmerk darauf gerichtet hat, solche Anstalten zu vermehren, soviel in seiner Macht liegt. Ich gestehe offen, daß mir das außerordentlich viel wichtiger erscheint, als die von dem Herrn Abgeordneten Goldschmidt neulich betonte Einrichtung specifisch kaufmännischer Fachschulen, die im günstigsten Fall immer die Gefahr bieten, daß in ihnen die Fachbildung nicht neben die allgemeine Bildung, die wir als Grundlage unseres höheren Unterrichts unbedingt festhalten wollen, sondern an deren Stelle tritt. Alles Bemühen des Herrn Ministers wird aber nach den Erfahrungen des letzten Menschenalters vergeblich sein, wenn er sich, ganz abgesehen von der Reform der Berechtigungen, nicht zu einer durchgreifenden Maßregel entschließt, die die

unumgängliche Voraussetzung des dauernden Prosperierens von sechsklassigen Mittelschulen bildet, von Schulen also ohne Latein, mit Einjährigen-Berechtigung und einem, eine abgeschlossene allgemeine Bildung ins Auge fassenden Schulplan. Diese Maßregel ist keine andere als die in dem Kommissionsbeschluß erbetene gesetzliche Gleichstellung des Gehalts der an ihnen wirkenden akademisch gebildeten Lehrer mit den Lehrern an Gymnasien und Realgymnasien und dadurch die Rehabilitierung jener in den Augen des Publikums als Aschenbrödel erscheinenden Anstalten. Eine solche Maßregel, die den Schulen den Stempel der Inferiorität abnähme, würde die Wirkung haben, daß die Lehrer ihre Stellen nicht mehr bloß als Durchgang zu den Posten an Vollanstalten betrachten und sich für die eigentlichen Zwecke der Mittelschulen erwärmen lernen. Sie würde ferner den Erfolg haben, daß nicht gar so leicht wie bisher eine Minorität von interessierten aber einflußreichen Eltern und die Spekulation der Gemeinden auf auswärtige Schüler künstlich zu höhern Ordnungen und Berechtigungen hintreiben. Ich sollte glauben, daß auch die beiden Herren Abgeordneten, die bei der Etatsberatung sich über die Realbildung am ungünstigsten ausgesprochen haben, die Herren Frhr. von Minnigerode und Dr. Windthorst, bezüglich der Pflege sechsklassiger Schulen keinen Widerspruch erheben werden. Ich hätte gewünscht, daß auch die entgegengesetzte Anschauung aus dem Hause wärmere Vertretng gefunden hätte, doch erkenne ich dankbar an, daß der Herr Abgeordnete Reichensperger-Köln ihren Ausführungen gegenüber einen Vorbehalt ausgesprochen hat. Abgesehen davon erwarte ich sogar besondere Unterstützung für diese Schulen von Herrn Frhr. von Minnigerode, wenn es ihm nach seinen Worten, wie ich nicht zweifle, Ernst ist, dem Fluch der Halbbildung entgegenzuwirken. Halbbildung und ganze, wahre Bildung unterscheiden sich weder voneinander durch Maß und Umfang der Kenntnisse, die dieser oder jener erworben, noch durch die Art und Natur der Disciplinen, an denen der Geist geschult worden ist. Halbbildung ist jede unfertige, auf dem Wege zum Ziele stecken

gebliebene Bildung, wahre Bildung ist die Ausfüllung eines wenn auch beschränkten Gedankenkreises. Die allerschlimmste Halbbildung finden wir daher in Deutschland unter den Tausenden, die von den Gymnasien in Quarta, Tertia, ja mit dem Zeugnisse der Reife von Untersekunda abgehen. Was haben diese jungen Leute von den alten Sprachen, die sie aufgegeben in dem Augenblick, wo die formale Schulung gerade in die ideale Würdigung der klassischen Schriftsteller überzugehen beginnt? Was haben sie besonders dann davon, wenn sie die wirtschaftliche Laufbahn erwählen? Würden sie nicht viel besser ihre Zeit auf moderne Sprachen, auf Naturwissenschaften, vor allem auf unsere liebe Muttersprache und die deutsche Litteratur verwandt haben? (Sehr richtig!) Alles Disciplinen, die das Leben weiter zu führen täglich Veranlassung bietet. Sie würden wahrlich in den sechs Jahren mehr Elemente einer gediegenen idealen Weltanschauung in sich haben aufnehmen können, als der Lehrgang der sechs unteren Klassen des Gymnasiums ihnen bietet. Durch die Verbreitung von sechsklassigen Mittelschulen entlasten wir daher die neunklassigen höheren Schulen von vielen Schülern, die dort absolut nicht hingehören, jedenfalls von denen, die sich dem mittleren Wirtschaftsleben widmen wollen. Je höher die Meinung von der Bedeutung des humanistischen Gymnasiums, um so entschiedener sollte drum die Parteinahme für die Anwendung des Grundsatzes sein: Eines schickt sich nicht für Alle. Ich ersuche Sie, meine Herren, den Antrag der Unterrichtskommission anzunehmen. Ich ersuche den Herrn Minister, überzeugt sein zu wollen, daß seine Zustimmung zur gesetzlichen Ordnung im Sinne des Kommissionsantrages nicht nur den berechtigten Anforderungen des ehrenwerten Standes der akademisch gebildeten Lehrer eine dankenswerte Erfüllung gewähren, sondern durch die Ermöglichung geeigneter Vorbildung für das praktische Wirtschaftsleben eine reformatorische Maßregel ersten Grades bedeuten würde. (Bravo!)

Meine Rede vom 18. Februar 1886:

Ich ergreife das Wort, meine Herren, um die Stellung, die meine politiſchen Freunde und ich dem Antrage Kropatſcheck gegenüber einnehmen, ganz kurz zu kennzeichnen. Wir wiſſen ſehr wohl, gleich den geehrten Herren, die vorhin geſprochen haben, daß in der That durch dieſen Antrag die Selbſtverwaltung der Gemeinden in Mitleidenſchaft gezogen wird, und wir fühlen, daß man von engerem kommunal-fiskaliſchen Standpunkte aus ſich dem Antrage gegenüber möglicherweiſe nicht ſympathiſch verhalten kann. Die Gemeinden ſind im Laufe der Jahre immer mehr belaſtet worden und zwar recht häufig durch Ausgaben, die im eigenſten Sinne auf Aufgaben des Staates, wie das höhere Schulweſen, beruhen. In dieſem Falle nun zugeben zu ſollen, daß die Gemeinden, die für das Schulweſen ſchon ſo viel gethan und ſo viele Koſten zu tragen haben, noch mehr belaſtet werden, wird uns umſo ſchwerer, ſolange nicht gemäß den jedes Jahr bei den Etatsverhandlungen hervorgehobenen Klagen — um das Wort eines der Herren Vorredner zu gebrauchen — die ausgleichende Gerechtigkeit vor allen Dingen einmal von der Staatsregierung in Anwendung gebracht wird bezüglich der Verteilung der Staatszuſchüſſe an die Städte, die höhere Lehranſtalten gegründet haben. Aber trotz alledem und alledem können wir dem Grundgedanken des Kropatſcheckſchen Antrags uns nicht anders als freundlich gegenüberſtellen. Nachdem in dem diesjährigen Etat durch das Wohlwollen des Herrn Miniſters den Lehrern an den ſtaatlichen Anſtalten eine Stellung in der preußiſchen Beamten-Hierarchie geboten worden, die, wie ich glaube, entſchieden ihren gerechten Anſprüchen entſpricht, da wird es nahe liegen, zu fragen, wie die große Zahl der Lehrer, vielleicht die Hälfte der Geſamtheit, die an ſtiftiſchen und kommunalen Schulen thätig ſind und nicht von dem Beneficium betroffen werden, ſich zu der Änderung ſtellen wird. Ich befürchte, daß, wenn die beſprochene Etatsforderung Realität gewinnt, — nachdem die Budgetkommiſſion zu ihren Gunſten einſtimmig votiert, wird das Haus ſich wohl nicht

ablehnend verhalten —, da werden alle dieſe Lehrer ſich in Zukunft vielfach noch mehr gedrückt fühlen als bisher. Ich meinerſeits halte das nicht für berechtigt, denn ich erblicke in der Zuerkennung des Ranges in der That eine Anerkennung, die nicht nur den ſtaatlichen Lehrern, ſondern allen Lehrern, dem geſammten Lehrerſtande, zu Teil geworden iſt. Ich kann nicht bezweifeln, daß in verhältnismäßig kurzer Zeit derſelbe Rang mit ſeinen Konſequenzen allen Lehrern zuerkannt werden muß. Da der Antrag Kropatſcheck dieſe Ausdehnung auf die geſamte Lehrerzahl bezweckt, ſo ſind wir ſehr geneigt, recht ernſthaft zu diskutieren, ob der Weg, den der Herr Kollege vorſchlägt, der richtige iſt. Wir behalten uns demnach vor, in einer Kommiſſion, die ich demnächſt noch beſonders befürworten werde, alle dieſe Dinge gründlich zu erwägen und alle Bedenken, die der Herr Antragſteller im einzelnen hervorgehoben hat oder die im Laufe der Diskuſſion hervorgetreten ſind, eingehend zu prüfen. Nur auf eins der Bedenken, das Herr Dr. Kropatſcheck ſelbſt angezogen hat, möchte ich mir erlauben, zurückzukommen. Ich glaube, wenn er ſich gewundert hat, daß gerade die Lehrer an Nichtvollanſtalten ſich zu dem Geſetzentwurf in etwas auffälliger Weiſe ſtellen, dies vielleicht an ſeiner nicht ganz klaren Faſſung liegt. Es wird notwendig ſein, eine beſſere unzweideutige Formulierung zu finden. Dieſe Herren, die Lehrer alſo an Schulen von ſechs- bis ſiebenjähriger Kurſusdauer, haben wirklich bisher Urſache gehabt, ſich als Aſchenbrödel zu betrachten, und Sie dürfen es ihnen nicht übel nehmen, daß ſie ängſtlich ſind bei dieſer Gelegenheit, noch eine Stufe heruntergedrückt zu werden. Wenn es möglich wäre, die Lehrer an den kommunalen Anſtalten, wie das vielfach im Lande vorausgeſetzt worden iſt, nach zwei Kategorien zu trennen, ſofern ſie an Vollanſtalten oder Nichtvollanſtalten thätig ſind, dann würden diejenigen, die jetzt nicht berückſichtigt werden, allerdings berechtigt ſein, zu ſagen, daß man ſie zu Lehrern zweiter Klaſſe machen wolle. Das große Intereſſe der Hebung der ſechs- und ſiebenklaſſigen Schulen, die erforderlich ſind, um die geeignete Vorbildung für die wirt-

ſchaftlichen Berufe zu ſchaffen und die Gymnaſien von ihrer großen Überlaſtung an niederen Klaſſen zu befreien, dürfte unter allen Umſtänden es nicht dazu kommen laſſen, daß aus den Beratungen der einzuſetzenden Kommiſſion ein Geſetzentwurf hervorginge, der nicht allen akademiſch gebildeten Lehrern, einerlei ob an Vollanſtalten oder Nichtvollanſtalten beſchäftigt, die gleiche Berechtigung mit den Lehrern an Schulen ſtaatlichen Patronats gewähren würde. Ich beantrage, den Antrag des Herrn Dr. Kropatſcheck und Genoſſen nicht an die Budgetkommiſſion, ſondern an eine ſelbſtändige Kommiſſion von 21 Mitgliedern zu verweiſen. (Bravo!)

Meine Rede vom 4. Mai 1884 und des Fürſten Bismarck Antwort:

Die Ausführungen des Herrn Reichskanzlers, die die freundliche Abſicht bekundeten, der Stellung der nationalliberalen Partei gerecht zu werden, meiner Anſicht nach nicht ganz gelungen, veranlaſſen mich, wenige Worte zu reden. Der Herr Reichskanzler hat geſagt: Wir Andern könnten uns vielleicht den Luxus eines Parteiſtandpunktes geſtatten, für ſeine verantwortliche miniſterielle Stellung ſei das einfach unmöglich. Der Herr Reichskanzler hat mit dieſer Gegenüberſtellung ganz Recht; aber er hat unterlaſſen, hinzuzufügen, daß wir Anderen die Wahrung des ſeit einem Jahrzehnt feſtgehaltenen Parteiſtandpunktes nicht für einen Luxus, ſondern für Pflicht und Schuldigkeit zu halten berufen ſind. Wir Nationalliberalen verfahren heute in ganz natürlicher Konſequenz unſerer Haltung in einer ganzen Reihe von Jahren. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Wir ſtehen theoretiſch noch heute auf dem Standpunkt, den die Staatsregierung in den ſiebziger Jahren eingenommen hat, daß der Staat allein einſeitig die Grenze zwiſchen den Gewalten von Kirche und Staat zu ordnen und zu beſtimmen habe. Wir haben aber auch, da wir praktiſche Politiker ſind (Lachen im Centrum), dieſen theoretiſchen Standpunkt nicht gegen alle Klippen durchzuführen verſucht, ſondern wir haben eine veränderte Stellung genommen, ſeitdem die Staatsregierung ſich zu einem anderen Standpunkt bekehrt hat.

Darum sind wir in die materielle Behandlung der einzelnen Novellen, die unserer Zustimmung unterbreitet wurden, eingetreten. Nun, meine Herren, wir haben gegen die zweite und gegen die dritte Novelle gestimmt, weil wir glaubten, daß unmöglich der Weg der fortgesetzten und langsamen Abbröckelung einer in allen Konsequenzen durchgeführten Gesetzgebung zum Frieden führen könne. Wenn wir nun zu dieser vierten Novelle uns ähnlich verhalten, so ist es unserer Überzeugung zuzuschreiben, daß, obwohl wir ebenso ernstlich wie irgend eine andere Partei dieses Hauses einen leidlichen modus vivendi herbeiwünschen, wir doch der Ansicht sind, daß er auf diesem Wege nicht, sondern nur durch eine organische Revision der Maigesetze, zu der wir immer erklärt haben, gerne die Hand zu bieten, herbeigeführt werden kann. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Denn, meine Herren, wir haben die Erfahrungen der Wirksamkeit der drei früheren Novellen vor uns. Es ist ja richtig, daß für die Interessen der katholischen Kirche daraus manche Vorteile hervorgegangen sind, und wir gönnen der Kirche das von ganzem Herzen (Lachen im Centrum), aber für den Frieden ist mit Ausnahme der diplomatischen Kreise kein Erfolg dieser drei Novellen zu verzeichnen gewesen, im Gegenteil, es ist die katholische Bevölkerung in vielen Landesteilen immer mehr in schlimme Blindheit (Lachen im Centrum) gegen das, was richtig ist in Bezug auf das Verhältnis von Staat und Kirche, in eine schlimme Verkennung der Notwendigkeit des herzlichen Zusammengehens mit den Gliedern anderer Konfessionen hineingehetzt worden. (Sehr wahr! bei den Nationalliberalen, Lachen im Centrum.) Also, meine Herren, für uns liegt die Frage einfach so: Sind nun die Bedingungen, die Voraussetzungen gegeben in dieser vierten Novelle, daß uns nicht wieder dasselbe passiert, wie mit den früheren drei Novellen? Diese Frage müssen wir verneinen. Meine Herren, ich will nicht auf die verschiedenen Ausstellungen eingehen, denen meine politischen Freunde Gneist und v. Cuny schon längere Ausführungen gewidmet haben; ich will nur sagen, es spitzt sich schließlich die ganze Ent-

ſcheidung der Frage dahin zu: Vertrauen wir auf die Gewalten, mit denen wir zu kontrahieren uns gezwungen ſehen, oder haben wir dieſes Vertrauen nicht? Wenn der Herr Reichskanzler uns von der Deutſchfreundlichkeit der Kurie ſpricht, ſo muß ich ſagen: „Die Botſchaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.“ Und wenn Sie mir geſtatten, noch ein paar andere Goetheſche Citate aus dem Taſſo hinzuzufügen, ſo bekenne ich mich zu dem Dichterwort: „Der Papſt will immer nehmen, geben nichts.“ Und endlich zu dem weiteren Ausſpruch: „Denn welcher Kluge fänd' im Vatikan nicht ſeinen Meiſter?“ Ich meine, meine Herren, wenn der Herr Reichskanzler die Freundlichkeit hat zugegeben, daß wir nun doch als Parteimänner nicht in jedem beliebigen Augenblick diplomatiſcher, für uns unberechenbarer Eventualitäten wegen unſere Meinung wechſeln können, ſo muß er anerkennen, daß wir (große Unruhe im Centrum) daß wir Nationalliberalen durch alle die Jahre uns als die treueſten Freunde des Staates erwieſen haben, ſo muß er vorausſetzen, daß, wie auch die Würfel fallen, wir in dieſer Richtung uns nicht untreu werden. Der Herr Reichskanzler möge es mir drum nicht verdenken, daß ich die vielhundertjährige Tradition der Kurie doch als größere Autorität betrachte, als ſeine Fiktion von dem friedfertigen Papſt und von der Möglichkeit, durch denſelben das Centrum und die „Germania“ unſchädlich zu machen. (Lachen im Centrum.) Meine Herren! es wird mir in der That trotz der denkbar größten Verehrung, die ich unſerm großen Staatsmanne entgegentrage, unendlich ſchwer zu verſtehen, wie er ſich der Illuſion hingeben kann, daß überhaupt auf dem Wege von Konzeſſionen auf kirchenpolitiſchem Gebiete es in abſehbarer Zeit möglich ſein wird, die politiſche Zuſammengehörigkeit der Intereſſenverbrüderung unſerer ſehr verehrten Kollegen vom Centrum zu lockern. Unſer großer Staatsmann verkennt wirklich, wie ganz außerordentlich das Siegesbewußtſein iſt, das bei den Anhängern des Centrums in weiten Landesteilen durch das Zurückgehen der Staatsregierung ſich herausgebildet hat und das den Herrn Dr. Windthorſt nicht einmal, ſondern

wie oft ſchon zu der Drohung geführt hat: wenn der kirchenpolitiſche Kampf beendet iſt, dann wird mit erneuter Kraft der Kampf um die Schule begonnen. Meine Herren, ich perſönlich würde ſchon deswegen nicht für dieſes Geſetz ſtimmen können, weil ich nach meiner Erfahrung in den katholiſchen Landesteilen die dort allgemein ſeit dem Zurückgehen des Staates verbreitete Meinung, die nach meiner Überzeugung auf die Dauer ſich als unrichtig erweiſen wird, daß der preußiſche rocher de bronce doch nur ein ſchwächliches Kunſtprodukt gegenüber dem nie wankenden Felſen Petri ſei, meinerſeits keine Unterſtützung gewähren will. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Miniſterpräſident Fürſt Bismarck: Ich will zunächſt bemerken, daß ich mit meiner Äußerung über den Luxus einer unabhängigen Meinung durchaus keine Kritik verbunden habe, ſondern nur dem Neide Ausdruck gegeben habe über die Freiheit der Bewegung der Herren, auf die ich verzichten muß. Ich zweifle nicht, daß ich wie jeder andere Kluge im Vatikan meinen Meiſter finden werde, nur in dem einen Punkte nicht, nämlich auf dem Gebiete der Fürſorge für das Wohl des eigenen Vaterlandes. (Lebhafter Beifall.) In dieſem Sinne handle ich und mache den Verſuch, welchen der Vorredner eine Illuſion nennt. Ich bin Illuſionen ſehr ſchwer zugänglich, aber ich will die Hoffnung nicht entmutigen. Aber wenn ich frei von Illuſionen wäre, ſo würde mich dieſe Freiheit nicht dispenſieren, den Verſuch zu machen, wie wir im Vaterlande zum Frieden kommen. Ich habe das Vertrauen, es wird gelingen. Der Nachhall, der aus der Tonart des Vorredners ſpricht, iſt mir erklärlich und nicht unſympathiſch. Ich ſage, wenn ich nicht Miniſter wäre. Aber da ich es bin, ſo muß ich das Gefühl unterdrücken, und mich und meine Mitarbeiter loslöſen von dem Zuſammenhange mit dem Kampfeszorn der Vergangenheit. Ich möchte die jetzige Situation frei machen von dem Einfluß dieſer Illuſion, daß wir bei dieſer Gelegenheit die Grenze zwiſchen Staat und Kirche genau und dauernd und juriſtiſch erkennbar und für jedermann vrrbindlich feſt-

legen könnten. Schon in meinen ersten Worten, welche ich heute gesprochen habe, habe ich darauf hingewiesen. Eine Grenze zwischen Staat und Kirche läßt sich nicht festlegen, weil beide Teile von verschiedener Überzeugung ausgehen. Die Grenze, die der Staat für notwendig hält, ist überall, auch in heidnischen und jüdischen Reichen, immer streitig gewesen und geblieben und wird es auch immer bleiben. Es handelt sich nur darum, ob es nicht gelingen wird, das Gefühl, daß wir alle Deutsche und Landsleute sind, stärker zu machen als das Gefühl, verschiedenen Konfessionen anzugehören.

Meine Rede vom 29. Mai 1886:

Ich bin in der für mich persönlich nicht ganz erwünschten Lage, die Anschauungen des überwiegenden Teils meiner Fraktion gegenüber denen unseres verehrten Fraktionsgenossen Hobrecht zu vertreten. Nachdem die Kommission, der Sie die Vorberatung des Gesetzentwurfes Kropatscheck anvertraut haben, mit allen gegen zwei Stimmen Ihnen mit ihrem Bericht ein neues, wesentlich verbessertes Gesetz vorgelegt hat, und wir nun in die Specialdiskussion eingetreten sind, wird es nicht schwer halten, uns über die einzelnen Punkte zu einigen, wenn wir die schwerwiegenden Bedenken, die auch heute wieder von verschiedenen Seiten gegen das Gesetz ins Gefecht geführt worden sind, vorher erledigt haben. Ein Bedenken, das in der Kommission auch nicht unwesentlich betont wurde, das Verfassungsbedenken, ist heute nicht zur Sprache gebracht worden. Ich darf mich also bezüglich dessen auf den Kommissionsbericht beziehen und darauf nicht weiter eingehen.

Die beiden verbleibenden wesentlichen Bedenken sind erstens die Frage, ob ein Bedürfnis vorhanden ist für das Eintreten der Legislative in der Richtung dieses Gesetzes, und zweitens die Erwägung ob es berechtigt ist, in die Autonomie der Gemeinden in der von uns als nötig erachteten Weise einzugreifen.

Meine Herren, was die Bedürfnisfrage angeht, so ist zu deren Bejahung seit Jahren die Unterrichtskommission dieses

Hauſes, wie ich wohl glaube ſagen zu dürfen, in edlen Wetteifer mit dem Herrn Miniſter eingetreten; der Herr Miniſter in der Weiſe, daß er gewünſcht hat, daß aus der Initiative dieſes Hauſes die ſchwierige Regelung dieſer Frage in die Hand genommen würde. Es hat ja eine Zeit gegeben, — und ſie liegt noch nicht lange hinter uns, — die Zeit vor Einführung des Normaletats; da regelten ſich alle dieſe Dinge von ſelbſt. Auch heute iſt kein Bedürfnis, durch Geſetz die Sache zu regeln, bezüglich aller größeren Städte vorhanden. In ihren Magiſtraten und Stadtverordnetenverſammlungen giebt es intelligente Männer genug, die den wirklichen Bedürfniſſen ihrer höheren Schulen allezeit gerecht zu werden und auch die Majorität der Kollegen in der erwünſchten Richtung zu beeinfluſſen wiſſen.

Aber meine Herren, es giebt nun auch denen gegenüber eine Reihe von kleineren Städten, bei denen der Druck der Kommunalſteuern derart wirkt, daß die für die Schule thätig und begeiſtert eintretenden Männer ſehr ſchwer in der Lage ſind, für ihre ſtädtiſchen Anſtalten die Mittel zu erzielen, welche ihnen allein auf die Dauer ermöglichen, die Konkurrenz mit den ſtaatlichen Anſtalten auszuhalten. Es iſt aber ein entſchiedenes öffentliches Intereſſe, daß dieſe Hunderte von Anſtalten in kleineren Orten nicht immer mehr herabſinken zu einer zweiten Klaſſe, und daß die Lehrer, die an dieſen Anſtalten wirken, ſich nicht als Lehrer zweiter Klaſſe zu betrachten genötigt ſind.

Meine Herren, nun iſt von dem Herrn Kollegen Langerhans hervorgehoben worden, wie ſehr unſere Staatsregierung beſtrebt geweſen iſt, nachdem ſie das Übel erkannt hat, durch eine Beeinfluſſung der Magiſtrate, ja manchmal durch einen gelinden Druck, dem Bedürfnis Abhilfe zu verſchaffen. Und man könnte nach den großen Erfolgen, welche die Staatsregierung in dieſer Richtung gehabt hat, vielleicht ſagen: nachdem ſie nun auch begonnen hat, den kleineren Anſtalten, den Nichtvollanſtalten in ähnlicher Weiſe ihre Berückſichtigung zu widmen, ſo würde vielleicht nur dieſelbe Zeit — es iſt aller-

dings die lange Zeit von 15 Jahren — erforderlich sein, um auch diesen Anstalten die helfende Hand zu reichen. Aber meine Herren, die Sache nun der Zeit und ihrer Abhilfe anheim zu geben, geht aus einem bestimmten Grunde nicht: das ist die bei allen Schulfreunden immer gebieterischer auftretende Erkenntnis, daß es Anstalten giebt, die nicht länger warten können. Wir haben in der Entwickelung unserer Schulverhältnisse gesehen — und auch da freue ich mich, mich mit dem Herrn Kollegen Langerhans in Übereinstimmung zu befinden —, daß eine Anzahl von Gymnasien und Realgymnasien an Orten gegründet worden ist, wo nur ein Bedürfnis für eine sechs- bis siebenklassige Anstalt vorlag, daß sogar Anstalten minderer Ordnung, sechsklassige Schulen, bloß deshalb zu Vollanstalten entwickelt worden sind, um den Lehrern die von ihnen gewünschten, bei Beibehaltung der niederen Ordnung unmöglichen höheren Gehälter zu geben. Nun ist es aber ein durch unser ganzes öffentliches Leben allseitig, und namentlich von den im wirtschaftlichen Leben stehenden Berufsarten gefühltes Bedürfnis, daß doch endlich einmal nicht bloß für die der akademischen Bildung zustrebenden Mitbürger, sondern auch für die bürgerlichen Mittelstände besser gesorgt werde durch ihren Bedürfnissen entsprechende Anstalten, als es bis jetzt der Fall war. Es fehlt uns in Wirklichkeit noch vollständig ein durchgeführtes System von sechs- bis siebenklassigen Schulen für die wirtschaftlichen Berufe.

Der Herr Minister hat in dankenswerter Weise principiell recht häufig diesen Wünschen das Wort geredet; aber er wird ernstliche und durchgreifende Erfolge nicht eher erzielen können, als bis dasjenige, was bis jetzt den staatlichen Lehrern an Kompetenzen, Gehalt, Wohnungsgeld und Reliktenversorgung gewährt worden ist, auch den Lehrern an solchen Anstalten minderer Ordnung ganz generell, sei es durch den Staat, sei es durch die Gemeinden, zu Teil wird.

Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, erscheint der Ihnen vorliegende Gesetzentwurf viel weniger als ein Versuch,

den höheren Lehrern in ihrem an und für sich berechtigten Drange nach Gleichstellung mit anderen Berufsarten gerecht zu werden, sondern vielmehr als die Bestrebung, unserer Unterrichtsverwaltung als Aufsichtsbehörde im Interesse einer gesunden Entwickelung unseres höheren Schulwesens auch unsererseits hilfreiche Hand zu reichen.

Ich will nun gern, meine Herren, der Ansicht der Herren Freiherrn v. Huene und Hobrecht eine gewisse Berechtigung zugestehen, daß die Gemeinden durch unser Gesetz neuen Belastungen entgegengehen. Sieht man sich aber die Sache genauer an, so kommt man zu einem anderen Schluß. Bezüglich der Leitung unserer höheren Schulen haben die Städte heutzutage nur minimale Rechte. Die Verantwortlichkeit für die Leistungen hat ganz allein die königliche Staatsregierung zu tragen. Man kann nun sehr wohl für wünschenswert halten, daß in Zukunft den Gemeinden größere Rechte in der Organisation und Leitung ihrer höheren Schulen gegeben werden, ja ich bin selbst der Ansicht, daß unser Schulwesen dadurch mächtig gefördert werden würde; so lange aber die Regierung wie heute die volle Verantwortung vor dem Lande hat, ist doch verständiger Weise nichts dagegen einzuwenden, wenn sie durch Gesetz ermächtigt wird, die Gemeinden zu Geldopfern für die höheren Schulen, deren Patrone sie sind, zu zwingen, so weit dies zur Sicherung und Erhaltung der Leistungsfähigkeit erforderlich erscheint. Das Interesse der Schulen muß doch allezeit der wichtigste Gesichtspunkt bleiben.

Ich empfehle Ihnen, meine Herren, eine wohlwollende Zustimmung zu den einzelnen Paragraphen des Gesetzentwurfes. (Bravo!)

Von meinen Reden im Februar 1887 zeichne ich aus diejenige über die Oberrealschulen:

Das traurige Schicksal der Oberrealschulen ist in hohem Grade geeignet, allen unseren Schulfreunden, ganz abgesehen von der Parteistellung, wieder einmal den Nachweis zu liefern, zu welchen Konsequenzen der auf dem Gebiete des höheren Schulwesens regierende wohlwollende Absolutismus in Er-

mangelung jeder gesetzlichen Regelung der Berechtigungen geführt hat. Gerade acht Jahre sind verflossen, seit durch die Initiative der Königlichen Staatsregierung die Umwandlung der früheren Gewerbeschulen in Oberrealschulen und Realschulen herbeigeführt und durch Genehmigung der betreffenden Etatspositionen von diesem Hause gutgeheißen wurde. Zum so und so vielten Male waren jene unglücklichen Schulen seit ihrer Gründung in den 30er und 40er Jahren nach dem technischen Ausdruck reorganisiert worden. Nach dem unzweifelhaft besten, aber immer ganz willkürlichen Ermessen der jeweilig maßgebenden Männer hatte man mit ihnen und an ihnen experimentiert, ihnen Aufgaben gestellt und wieder genommen. Da erweckte es Vertrauen in den weitesten Kreisen, als die Staatsregierung vor das Haus mit der Erklärung trat, daß es hohe Zeit sei, der Vorbereitung für Polytechnikum und gewerbliches Leben endlich eine mehr definitive Gestaltung zu geben und hierzu die vorgeschlagene Form der lateinlosen Realschule als besonders geeignet zu erwählen. Von vornherein wurde den neuen Schulen die Berechtigung zum Staats-Bau- und Maschinenfach gewährt, nicht etwa als ein Versuch sondern als Einführung einer definitiven Organisation, wie der Herr Geheimrat Lüders ausdrücklich konstatierte, und als Vorläufer der Erteilung viel weiterer Berechtigungen wie der Referent Abgeordneter von Bunsen unter der Benennung des Post- und Telegraphenfachs, des Forstfachs, des Bergfachs, gemäß den Versprechungen der Regierungskommissarien in der Kommission hervorhob. Gegen die Erteilung der Berechtigung an die Oberrealschulen, ihre Schüler zu der staatlichen Baukarriere vorzubereiten, hatte sich aus den Kreisen der Baubeamten eine ansehnliche Opposition erhoben, die indes viel weniger sich gegen den Lehrplan der Schulen richtete, als daß sie der Befürchtung Raum gab, die andersartige Vorbereitung werde der Stellung des Baufaches in der preußischen Beamtenhierarchie, deren Gliederung nun einmal an chinesische analoge Verhältnisse erinnere, nachteilig sein. Herr Ministerial-Direktor Dr. Jacobi hatte diesen Bedenken die Bemerkung des

Herrn Miniſters der öffentlichen Arbeiten entgegengeſtellt, daß es ihm bei ſeiner Entſchließung nicht habe entgehen können, daß, wenn man die Stimmen wägen wollte, eine verhältnismäßig große Zahl ſolcher Techniker, die als Koryphäen auf dieſem Gebiete bezeichnet werden könnten, von vornherein auf ſeiner Seite geſtanden hätten. Aus der Budgetkommiſſion erklärte Herr Abgeordneter Graf von Limburg-Styrum, daß in ihr die einſtimmige Anſicht geherrſcht habe, daß für die höhere Bildung, die für die Zwecke des Polytechnikums gefordert wird, die klaſſiſchen Studien nicht unbedingt nötig ſeien und die Diskuſſion deshalb die Bedeutſamkeit habe, in entſchiedener Weiſe das Monopol der klaſſiſchen Vorbildung für die einſchlagenden Wiſſenſchaften zu durchbrechen.

Wie die Redner des Regierungstiſches und des Hauſes ſich zu der Miſſion der Oberrealſchulen ſtellten, ergiebt ſich aus einer kleinen Auswahl von Citaten, die zu verleſen das Haus und der Herr Präſident mir wohl geſtatten werden.

Herr Geheimrat Bonitz frug mit der vollen Überzeugung des eine Verneinung ſeiner Frage unbedingt erwartenden Fachmannes: Iſt es überhaupt noch möglich, daß diejenigen, deren Lebenslauf weitere wiſſenſchaftliche Studien erfordert, alle auf dieſelbe Art allgemeiner Vorbildungsſchulen gewieſen werden?

Herr Abg. Miquel äußerte: Unſere Gymnaſien wollen noch immer zu ſehr Philologen ausbilden. Wir wollen nun auch praktiſche Männer werden, daher iſt die uns vorgeſchlagene Organiſation berechtigt.

Herr Abg. Gymnaſialdirektor am Grauen Kloſter, Dr. Hofmann ſagte folgendes: Es iſt erwieſen, daß man auf der höchſten Stufe der Bildung ſtehen kann ohne Kenntnis der alten Sprachen. Sie müßten denn den Kreis der Hochgebildeten ſehr enge ziehen und vielen darin einen hohen Rang anweiſen, die jetzt einen recht niedrigen Rang einnehmen.

Der damalige Abgeordnete Dr. Lucius, unſer gegenwärtiger Landwirtſchaftsminiſter, endlich ſchloß ſeine Rede und reſumierte den Eindruck der langen und eingehenden Ver-

handlungen für den größten Teil der Mitglieder des Hauſes ſehr zutreffend mit dem Wunſche, daß wir in unſeren bürgerlichen Berufskreiſen dem Vorurteil gegen dieſe Anſtalten entgegentreten und ihnen die Achtung verſchaffen und ſichern möchten, die ſie ihrem innern Wert nach in der That verdienen.

Wie unparteiiſch ich dieſe Citate gewählt, haben Sie vielleicht bemerkt. Ich habe einen Konſervativen, einen Freikonſervativen, einen Nationalliberalen und einen Fortſchrittler ſprechen laſſen. Einen Herrn vom Centrum habe ich nicht citieren können, da ein ſolcher nicht das Wort ergriffen.

Wer den damaligen Verhandlungen, es ſind kaum acht Jahre her, nicht beigewohnt, wer die hochehrenwerten, die Regierungsvorlage unterſtützenden Männer, deren Ausſprüche ich citiert, nicht genauer kennt, muß angeſichts der Geſchichte der Oberrealſchulen ſeit ihrer Gründung unwillkürlich eine Anwandlung des Zweifels verſpüren, ob das damals Geſagte Scherz oder Ernſt geweſen. Ich brauche nicht zu verſichern, m. H., daß es wirklich heiliger Ernſt geweſen iſt. Sie können das ſchon aus der Denkſchrift für die Mitglieder der ſtändigen Kommiſſion für das techniſche Unterrichtsweſen, die zwei Jahre ſpäter, 1881, erſchien, entnehmen. Die Berechtigung des Zieles wird voll anerkannt, aber der Ton iſt ſchon ein recht gedämpfter, auf die Zukunft vertröſtender. Die Denkſchrift ſchließt mit folgenden Worten, die wir beſcheidene Schulfreunde uns wohl zum Muſter nehmen könnten, wenn unſere Wünſche nach Reform jahraus jahrein an maßgebender Stelle ohne Gegenliebe bleiben, die aber im Munde des nach unten hin allmächtigen preußiſchen Unterrichtsminiſters eigentümlich anmuten:

„Gleichwohl bleiben noch einige wichtige Berechtigungen, welche, ſelbſt wenn man in den Konzeſſionen an die Realanſtalt ohne Latein nicht ſo weit gehen will, als in anderen, z. B. auch ſüddeutſchen Ländern, geſchehen. Die Unterrichtsverwaltung wird es in dieſer Beziehung an Anregungen nicht fehlen laſſen, aber die Entſcheidung liegt nicht bei ihr allein,

der Fortschritt wird nach der Natur der Dinge nur allmählich erfolgen. Wer aber von der Notwendigkeit überzeugt ist, daß nach den Bedürfnissen unseres heutigen bürgerlichen Lebens auch diejenige Realanstalt, welche ihren Lehrplan durch Beschränkung auf die modernen Sprachen vereinfacht, innerhalb unseres Unterrichtssystems vertreten sei, wird sich durch die Allmählichkeit jenes Fortschritts nicht irre machen lassen."

In den seitdem verflossenen sechs Jahren haben die Freunde einer den heutigen Bedürfnissen besser entsprechenden Teilung der Arbeit zwischen realistischen und sogenannten humanistischen Anstalten, die Freunde einer Entlastung der Gymnasien und Realgymnasien von dem Ballast der Schüler, die mit Abgang von den unteren und mittleren Klassen aus den alten Sprachen nur eine Förderung formaler Bildung, nicht aber idealer Lebenszwecke gewinnen, an Stelle des allmählichen Fortschritts den ungehemmten Rückschritt treten sehen. Keine einzige der bei der Gründung den Schulen auf den Weg gegebenen Hoffnungen ist erfüllt, keine einzige der in Aussicht gestellten Berechtigungen erteilt worden. Dieselben Männer, die früher persönlich oder durch ihre Kommissarien für die Schulen eingetreten waren, die Herren Staatsminister Maybach und Lucius, haben als Ressortchefs keinen Finger zu ihrer Förderung gerührt. Ich zweifle nicht, daß sie persönlich und theoretisch noch auf dem damaligen Standpunkte stehen. Unpolitische Lebenserfahrungen in Bezug auf Unterricht und Erziehung, pflegen geringeren Wandlungen zu unterliegen als manche andere Dinge. Trotzdem hat der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten schließlich den Oberrealschulen den Todesstoß gegeben, indem er ihnen die Berechtigung zum Staats-Bau- und Maschinenfach, die ganze Grundlage ihrer Existenz, durch Ministerialverfügung einfach entzogen hat. Ein Protest gegen diese Entscheidung ist nicht erfolgt. Die Oberrealschulen mögen sich mit der erneuten Erfahrung trösten', daß wieder einmal ein Versuch fehlgeschlagen, die Vorbereitung zu den technischen Studien wie zu dem höheren gewerblichen Leben von der Anwendung des französischen Sprichworts: Ordre,

contre-ordre, désordre, zu emancipieren. Die ehrende Grabſchrift hat der Vertreter des Kultusminiſteriums, Herr Geh. Rat Bonitz, im vorigen Jahr beim Etat vorausſchauend jenen Schulen gegeben, indem er ſagte: „Die Unterrichtsverwaltung iſt der Überzeugung, daß die Organiſation gegenwärtig ebenſo berechtigt, und an ſich wertvolle Ziele verfolgt, wie dies an zwei Berliner Anſtalten längſt vorher anerkannt war. Mit der Überzeugung, daß für Beamte das Latein abſolut erforderlich, ſtehen wir gegenüber anderen Kulturſtaaten ziemlich iſoliert.“

M. H., wie Sie auch über die Bedeutung der zu raſchem Tode verurteilten Oberrealſchulen denken mögen, ſo hoffe ich doch auf Ihre Zuſtimmung, wenn ich ſage, daß die in Ihr Gedächtnis zurückgerufene Geſchichte dieſer Schulart kein rühmliches Kapitel in der Entwickelung des preußiſchen höheren Schulweſens bildet, und in denkbar draſtiſcher Weiſe das Verdienſt illuſtriert, das der preußiſche Kultusminiſter ſich erwerben wird, dem es früher oder ſpäter gelingt, auf dem Gebiete der höheren Schulen und der Berechtigungen die Herrſchaft des Zufalls, des Vorurteils, des willkürlichen, wenn auch gutgemeinten Ermeſſens durch die Herrſchaft verſtändiger Geſetze zu erſetzen.“ (Bravo!)

Im übrigen handelte es ſich bei meinen Reden im Februar 1887 u. a. um Anfragen beim Etat, wie es mit dem in Ausſicht genommenen Geſetz ſteht über die Penſionierung der Lehrer an Schulen, die weder der allgemeinen Schulpflicht dienen, noch unter das Geſetz von 1846 für Lehrer an höheren Schulen fallen, um Angelegenheiten des Kunſtgewerbemuſeums u. dergl.

Am 19. April 1887 hatte ich eine Auseinanderſetzung mit Zelle von der deutſch-freiſinnigen Partei über Taktik in Schulfragen. So gut ich nach der Vergewaltigung der Kreſelder Simultanſchulen dem Kommiſſar der Staatsregierung geſagt hatte, wir in Krefeld würden als Beſiegte darum nicht minder das Schulintereſſe fördern, ſo gut wir könnten, ſo mußte ich auch dafür eintreten, wenn einmal zu meinem großen Bedauern alles

konfessionell geschieden wird, den beiden Konfessionen gleiche Behandlung zu Teil werden zu lassen. Ich sagte:

Wenn bei uns in dem mehr katholischen Westen 100 Kinder der evangelischen Minorität vorhanden sind, so können Sie sich heilig und fest darauf verlassen, daß ihnen eine besondere Schule zu Teil wird. Wo also in dem evangelischen Osten 100 Kinder der katholischen Minderheit sich befinden, so haben sie auf dieselbe Berücksichtigung Anspruch.

Windthorst antwortete:

Nach der Rede, welche der Abg. S. soeben gehalten hat, habe ich nichts mehr zu sagen. Wenn ich aber sprechen wollte aus dem Gesichtspunkt der Billigkeit und Gerechtigkeit gegen Alle, von dem der Abg. S. in der zutreffendsten Weise gesprochen hat, so würde ich den Eindruck, den seine Rede machen muß, nur schwächen. Ich habe meinerseits Herrn S. nur meinen Dank auszusprechen.

Am 13. Mai 1887 kamen die Petitionen bezüglich Oberrealschulen nach der Verhandlung am 24. März aus der Kommission wieder ins Haus. Meine Rede zur Sache lautete:

Der Herr Referent hat Ihnen gesagt, daß es sich im wesentlichen handelt um die Zurücknahme einer Berechtigung, die derselbe Herr Minister, der auch heute die öffentlichen Arbeiten leitet, vor acht Jahren den Oberrealschulen gewährt hat, ohne irgend welche andere Motive, als daß diese Zurücknahme dem Wunsch der Baubeamten entspreche, deren Ansehen in der preußischen Beamtenhierarchie eine solche Rücksichtnahme rechtfertige. Ich weiß sehr wohl das Standesbewußtsein zu schätzen. Ich glaube, jedermann wird gewiß alles mögliche gern zugestehen, um das Standesbewußtsein irgend eines Teiles des von uns so hoch geschätzten Staatsbeamtentums zu fördern, aber immer nur unter der Voraussetzung, daß dieses Standesbewußtsein nicht zum Standesvorurteil wird und dadurch die Interessen viel weiterer Kreise geschädigt werden. Es wird aber zum Vorurteil, wenn es die Vorbildung über die möglichst tüchtige Leistung stellt. Das ist unbedingt der Fall, wenn man eine Klasse von Schulen,

die man vor acht Jahren noch für geeignet hielt, die nötige Vorbildung für den Staatsdienſt zu gewähren, nun plötzlich davon ausſchließen will. Die öffentliche Meinung wird meiner Anſicht nach niemals dieſe Forderung der Herren Staatsbaubeamten gutheißen, ſo lange ſie nicht nachweiſen können, daß die Bildung der Staatsbaubeamten auf den Oberrealſchulen ungeeignet oder weniger geeignet iſt, als diejenige auf den Gymnaſien und Realgymnaſien. Es iſt aber, wenn Sie den Kommiſſionsbericht geleſen haben, auch nicht einmal der Verſuch gemacht worden, das zu beweiſen, denn das Gegenteil iſt ſo klar wie die Sonne am Himmel. (Heiterkeit.)

Mag auch auf den Gymnaſien, Realgymnaſien und Oberrealſchulen gleichwertiges Wiſſen gewonnen werden, ſo — ich erinnere nur an das Zeichnen — wird unbedingt auf den Oberrealſchulen das Können der Baubeamten beſſer gefördert. Den Nachteil aber, den dieſe plötzliche Zurücknahme früher gewährter Berechtigungen dem geſamten höheren Schulweſen in Preußen zufügt, werde ich mir geſtatten, Ihnen des näheren auszuführen.

Meine Herren, für wie bedeutend die Sache in weiteren Kreiſen angeſehen wird, können Sie ſchon daraus entnehmen, daß Ihnen drei verſchiedene Anträge zur Erledigung dieſer Sache vorliegen. Das Wichtigſte iſt aber dabei, daß die drei Anträge in der Grundtendenz übereinſtimmen. Ich habe Recht gehabt, als ich beim Etat zur Sprache brachte, daß etwas Ähnliches wie dieſe plötzliche Zurücknahme der früher erteilten Berechtigungen im preußiſchen Staate noch nicht vorgekommen ſei, und daß es alſo eine hohe Aufgabe für den preußiſchen Kultusminiſter ſei, dahin zu wirken, daß der Vorfall ſich nicht wiederhole, der in ſeiner Nichtberückſichtigung der geſunden Entwickelung der Schulen eines Kulturſtaates nicht ganz würdig iſt. (Bravo!)

Der Unterſchied in der Anſchauung liegt ja bezüglich dieſer drei Anträge nur darin, ob man den Oberrealſchulen mehr oder weniger günſtig geſtimmt iſt. Am ungünſtigſten ſtehen ihnen die Herren Freiherr v. Minnigerode und v. Liebe-

mann gegenüber, die unbarmherzig über die heute existierende Oberrealschule zur Tagesordnung übergehen wollen und nur für die Zukunft in die richtige Bahn eingelenkt zu sehen wünschen. Die beiden anderen Anträge, derjenige der Kommission und der von Hermes, stehen einander sehr nahe, da sie beide die Maßregel verurteilen und nur über die Taktik verschiedener Ansicht sind. Der Antrag der Kommission will in erster Linie die Notwendigkeit der Abänderung der bisherigen gesetzlichen Zustände betonen und dadurch indirekt den Oberrealschulen nützlich sein. Anders will der Antrag Hermes verfahren, dem ich mich voll und ganz anschließe, und der in keiner Weise als der Antrag einer politischen Partei betrachtet werden kann, da auch Nationalliberale und Mitglieder des Centrums in der Kommission dafür gestimmt haben. Ich empfehle ihn Ihnen deshalb, da er nicht, wie der Kommissionsantrag, in erster Linie die generelle Regelung, sondern das Eingehen auf den besonderen Fall und erst in zweiter Linie die generelle Regelung der Angelegenheit ins Auge faßt. Mit dem Antrag werden Sie einen Ausspruch fällen, an dem sich nicht drehen noch deuteln läßt, während es immerhin möglich ist, daß, wenn der Antrag der Kommission angenommen wird, bei der Nachweisung der Entscheidungen der Königlichen Staatsregierung auf die Beschlüsse dieses Hohen Hauses im nächsten Jahre derselbe eine recht wohlwollende Beantwortung, aber kaum in absehbarer Zeit eine thatsächliche Ausführung finden wird.

Meine Herren, der Gegenstand, mit dem wir uns beschäftigen, ist ein sehr wichtiger und Ihre Entscheidung wird eine weit über das Schicksal der Oberrealschulen hinausragende Bedeutung haben. Wenn auf irgend einem Gebiete, so ist auf dem Gebiete des Unterrichtswesens Stabilität die allerwichtigste Voraussetzung des Gedeihens. Diese Stabilität ist aber auch bezüglich unserer höheren Schulen, soweit sie neunklassig entwickelt sind, nur dadurch zu gewinnen, daß den Schulen die Befähigung, Staatsdiener zu erziehen, erteilt und, nachdem erteilt, nicht wieder entzogen werde. Man kann ja vielleicht wünschen, daß es anders sein möchte, aber die Thatsache wird

niemand bestreiten: der Herr Kultusminister war nicht im Recht, als er meinen Ausführungen beim Etat gegenüber erwiderte, daß ein viel wichtigeres Recht die Einjährigfreiwilligenberechtigung sei. Daß das nicht der Fall ist, zeigt ja gerade das Schicksal der Realschulen und der höheren Bürgerschulen, die trotz dieses Rechtes nicht zu einer gesunden Entwickelung in Preußen haben kommen können. Denn, meine Herren, was bedeuten die 39 solcher Schulen, auf die der Herr Minister sich damals berief, gegenüber den $^7/_{10}$ aller Schüler, die eine höhere Bildung als die der Volksschule beanspruchen, jenes Teils unserer Jugend, der eigentlich auf höhere Bürgerschulen gehört und heute sich mit der unabgeschlossenen Bildung der mittleren und unteren Klassen der neunklassigen Schulen behelfen muß. Es ist also meiner Ansicht nach durch die thatsächliche Entwickelung der Dinge bewiesen, daß nur die Befähigung der Schulen, für den Staatsdienst vorzubereiten, den neunklassigen Schulen eine günstige Entwickelung bieten kann. Die schützende Hand, von der der Herr Minister sprach, vermag ihnen diese Berechtigung in keiner Weise zu ersetzen. Wie sehr ich diese Hand auch schätze in ihrer Wirkung, so bin ich überzeugt, daß sie der platonischen Liebe gleichzuachten ist.

Es bedarf für jede höhere Schule zum Wetteifer im wissenschaftlichen Streben einer Anzahl von Schülern, deren Lebensgang ihnen unerläßlich das abgelegte Abiturientenexamen vorschreibt, sonst gehen erfahrungsgemäß nach Obersekunda, nach Unterprima, ja selbst unmittelbar vor dem Examen recht viele ab. Der größeren Zahl solcher Schüler wegen verdanken die mit der Fülle aller Berechtigungen ausgestatteten Gymnasien ihre relativ vollen oberen Klassen, der geringen Zahl solcher Schüler wegen kämpfen die Realgymnasien und Oberrealschulen den verzweifelt harten Kampf um die Existenz ihrer drei, über die Freiwilligenberechtigung hinausgehenden Klassen. Wie viel geistige Kraft in diesem Kampfe in unserem Staate vergeudet wird, will ich nur ganz nebenbei erwähnen.

Nun fragen die Anhänger des Gymnasialmonopols: Ist es überhaupt nötig, daß die Anstalten auf realistischer Grund-

lage eine neunklassige Stufenfolge haben? So fragen wenigstens diejenigen, die an und für sich für die weitesten Kreise unseres Volkes das Realschulwesen für absolut nötig erachten. Ich möchte diese Frage ganz unbedingt mit Ja beantworten. Das Bedürfnis ist in hohem Grade vorhanden. Alle Autoritäten, die irgendwie die Frage genau erörtert haben, sind der Ansicht, daß das Gymnasium für viele Berufe eine ganz vorzügliche, für andere eine schon weniger hervorragende, für wieder andere Berufe aber kaum die richtige Vorbildung gewähre. Es liegt auf der Hand, daß die heutige Verteilung der Berechtigungen auf diesen Auffassungen beruht. Deshalb hat man dem Abgangszeugnis der Realgymnasien den gleichen Wert beigelegt wie dem der Gymnasien für das Studium der Naturwissenschaften, der modernen Sprachen und der Mathematik. Deswegen hat man dem Abgangszeugnis der Oberrealschulen und Realgymnasien dieselbe Gleichberechtigung zugesprochen bezüglich der polytechnischen Fächer. Ob man auch die Medizin den Realgymnasien freigeben soll, ist ja bekanntlich eine Streitfrage und wird es bleiben, so lange Standesvorurteile auch da an Stelle der Beachtung des Lehrganges der Anstalten als entscheidend betrachtet werden. Daß schon 1869 von den neun deutschen Universitäten, die gefragt worden sind, vier sich für die Berechtigung der Realgymnasialabiturienten für das Studium der Medizin ausgesprochen haben, ist wohl noch in der Erinnerung. Die hohe wissenschaftliche Autorität, die namens der Universität Berlin sich damals gegen die Gleichberechtigung ausgesprochen und den bezüglichen Bericht abgefaßt hat, ist bekanntlich seitdem anfangs auf einen vermittelnden und neuerdings sogar auf einen entgegengesetzten Standpunkt gekommen, indem sie sich überzeugt hat, daß für die Medizin das Realgymnasium die geeignetste Vorbereitung bildet.

Aber abgesehen davon, meine Herren, jedenfalls zeigt die historische Entwickelung, daß unter allen Umständen die mühsamen Errungenschaften der neunklassigen Schulen nichtgymnasialer Art viel eher auf die Konsequenz weiterer Kon-

zessionen hinweisen, als daß es gestattet wäre, ganz allmählich wieder zum Monopol des Gymnasiums zurückzukehren. Erinnern wir uns, meine Herren, daß noch vor hundert Jahren das Latein die Universitätssprache war, ohne daß heute auch nur eine Menschenseele den seitdem eingetretenen Fortschritt rückgängig zu machen wünscht. Ich glaube, es wird also keiner Prophetengaben bedürfen, um zu behaupten, daß in abermals hundert Jahren, unbeschadet der unverminderten Geltung des Geistes des klassischen Altertums, man die Forderung der obligatorischen Kenntnis der alten Sprachen nicht als Voraussetzung des Studiums auf den Universitäten ansehen, sondern dieselbe als einen längst überwundenen veralteten Standpunkt bezeichnen wird.

Meine Herren, es ist dann unzweifelhaft richtig, daß wir den Schulen, die so mühselig eine kleine Berechtigung nach der anderen erlangt haben, nicht zumuten dürfen, einen Schritt zurückzugehen. Wir müssen die Realgymnasien und Oberrealschulen im Interesse unserer Volksbildung erhalten; wir schädigen sonst unbedingt die moderne Wissenschaft, das moderne Leben, ganz besonders aber das moderne wirtschaftliche Leben unserer Nation. Es ist ja männiglich bekannt, daß die Abiturienten von den Gymnasien nur dann sich wirtschaftlichen Aufgaben widmen, nur dann Industrielle und Kaufleute werden, wenn ein vom Vater gemachtes Bett sie zu bequemem Leben einladet. Es ist aber auf der anderen Seite ein sehr großes Bedürfnis unserer Nation, daß recht viele Mitglieder dieser Berufe, die zur Mitarbeit in Gemeinde, Provinz und Staat berufen sind, ohne deren Mitwirkung in idealer Richtung ein wirkliches Erreichen der hohen idealen Ziele unserer Socialpolitik gar nicht zu denken ist, eine der Gymnasialbildung gleichwertige Bildung gewinnen, wie sie ihnen nach meiner innigsten Überzeugung und nach meinem eingehenden Studium der Lehrpläne dieser Anstalten und der Berichte, die jährlich davon in die Öffentlichkeit dringen, auf Realgymnasien und Oberrealschulen zu Teil wird.

Nun, meine Herren, man könnte mir vielleicht entgegnen,

daß meine Befürchtungen bezüglich des Realschulwesens überhaupt doch etwas übertrieben seien; es handele sich ja gar nicht um die Realgymnasien, sondern um die wenigen Oberrealschulen. Ja, meine Herren, ich bitte aber doch zu bedenken, daß, wenn man — ohne jemand zu nahe treten zu wollen — so mir nichts dir nichts das Resultat einer 50jährigen Entwickelung — das ist nämlich die Oberrealschule — schädigt, wenn Sie sich erinnern, wie sie sich langsam entwickelt hat auf der Basis der ursprünglichen Provinzialgewerbeschule, daß dann auch den wenig älteren Realgymnasien in Zukunft nicht mehr die Berufung auf die ihnen gewährten Rechte, sondern höchstens noch der Schutz, der ihnen im höheren Grade als den Oberrealschulen in städtischen und anderen Interessen zur Seite steht, zu statten kommen wird. Es ist im Grunde genommen derselbe Vorwurf, den man den Oberrealschulen macht, daß sie den Baubeamten nicht dieselbe Vorbildung gewähren wie die Gymnasien, auch den Realgymnasien zu machen. Also, wenn wir heute gutheißen, daß die Oberrealschulen in der beabsichtigten Weise geschädigt werden, dann kann es nur eine Frage der Zeit sein, unabhängig von der Meinung der Herren, die darüber heute zu entscheiden haben, daß man die Realgymnasien ganz ähnlich behandelt. Und, meine Herren, wenn man weiter geht, dann möchte ich doch wissen, ob, wenn vielleicht der jetzige Herr Minister der öffentlichen Arbeiten sich noch einmal auf denselben Standpunkt zurückversetzt wie vor acht Jahren, er nicht auf den Gedanken kommen könnte, den Gymnasien die Vorbereitung für die Polytechniken zu entziehen. Es geht eben für unser höheres Schulwesen das Fundament verloren, wenn die Freunde der realistischen Bildung die Errungenschaft ehrlicher Arbeit trotz der moralischen Verpflichtung der Staatsregierung wie einen Hauch hinweggeweht sehen.

Meine Herren, ich bitte nun schließlich, meine Worte nicht so zu deuten, als wenn ich glaubte, daß durch den Streich, den das Standesvorurteil der Herren Baubeamten — das ist ja des Pudels Kern — den Oberrealschulen versetzt hat, dem

Realschulwesen eine dauernde tödliche Schädigung bereitet würde. Wer etwas älter geworden ist, der weiß, daß auch auf geistigem Gebiete wechselnde Strömungen mit Naturnotwendigkeit immer wiederkehren. Im gegenwärtigen Stadium unserer politischen, wirtschaftlichen und auch wissenschaftlichen Gestaltung ist es aber eine Sache von wirklich so großer Bedeutung, daß die Bildung auf moderner Grundlage der klassischen gleichgestellt werde, daß das Bedürfnis sich mit unwiderstehlicher Gewalt doch Bahn brechen wird.

Meine Herren, wenn Sie aber, wie ich hoffe und erbitte, eintreten für das Schicksal der Oberrealschulen, indem Sie den Antrag Hermes annehmen, dann thun Sie nichts anderes, als daß Sie nicht zugeben wollen, daß die natürliche Entwickelung, der Ersatz der alten Sprachen für manche Berufe durch andere Bildungselemente eine gewaltsame Unterbrechung erleide. Wenn Sie auf der anderen Seite diesen Antrag Hermes annehmen, dann schließen Sie sich darum nicht weniger der Forderung des Kommissionsantrags an, daß die Berechtigungsfrage endlich auf gesetzlichem Wege geordnet werde. Ich empfehle Ihnen in erster Linie den Antrag Hermes, in zweiter Linie den Antrag der Kommission. (Bravo!)

Angenommen wurde der Antrag v. Tiedemann und Freiherr v. Minnigerode: T. C. bez. der einseitigen Wiederzulassung zum Studium des Staatsbaufaches, Berücksichtigung, soweit sie eine generelle Regelung der Vorschriften über die Vorbildung für den Eintritt in den Staatsdienst befürworten.

Am 14. Mai 1887. Besprechung des Kommissionsberichts vom 29. März im Plenum. Statt der motivierten T. C. über die Petition des rheinischen Bauernvereins, das letzte Schuljahr im Interesse der Landwirtschaft fallen zu lassen, wollen von Schenckendorff und Seyffardt-Magdeburg eine strengere Fassung. Der Erstere will ein ernstes und entschiedenes Nein und der Letztere meint, die Kommission habe dem bildungsfeindlichen Antrag viel zu viel Ehre erwiesen. Trotzdem wird der Kommissionsantrag angenommen. Besonders Rededuell zwischen Freiherrn v. Schorlemer-Alst und Seyffardt.

Bei der ersten Beratung des schon bei der Unterrichtskommission erwähnten deutsch-freisinnigen Antrags Berling und Genossen bez. Erweiterung, Umwandlung und Neuerrichtung von Witwen- und Waisenkassen für Elementarlehrer sprach ich am 24. Februar 1888 wie folgt:

Ich habe das Bedürfnis, doch einer kleinen Meinungsverschiedenheit mit dem ersten Herrn Redner der deutsch-freisinnigen Partei Ausdruck zu geben. Warum haben die Herren denn nicht, wenn sie den Volksschullehrern vor allen mittelbaren Staatsbeamten zuerst helfen wollten in Bezug auf Regelung der Verhältnisse ihrer Witwen und Waisen, eine eigene Kommission beantragt? Denn ich glaube, eine solche Kommission hätte sich denn doch viel eingehender als die Reliktenkommission mit der mir am Herzen liegenden Frage beschäftigen können, ob die bisherige Fürsorge für die Witwen und Waisen der Volksschullehrer wirklich eine genügende sei. Daß sie irgendwie ausreichend sei, muß ich auf das allerentschiedenste bestreiten.

Meine Herren, der Minimalbeitrag ist weitaus auch in den meisten Fällen der Maximalbeitrag. Zum Teil aus diesem Grunde habe ich mich nach meinen Lebenserfahrungen und den vielen alljährlich unserer Unterrichtskommission vorliegenden Petitionen überzeugen müssen, daß wirklich recht viel Not und Sorge im Lande vorhanden ist, gerade in den Kreisen der Lehrerwitwen und Lehrerwaisen. Ich halte dafür, daß die Lehrerwitwen und -waisen nicht hinreichend bedacht sind in allen den Landesteilen mit teurer Lebenshaltung. Ich bin ferner der Ansicht, daß im Durchschnitt der Fälle die Pension von 250 Mk. nicht genügend ist bei Arbeitsunfähigkeit der Witwe, bei größerer Zahl von Kindern, bei Kränklichkeit und körperlichen Gebrechen derselben, die ihre Erziehung erschweren.

Ich möchte daher meinerseits wohl dem Wunsche Ausdruck geben, daß, wenn auch — da ich keinen Antrag stellen will — eine eigene Kommission nicht gewählt wird, dann wenigstens die Unterrichtskommission nach der von mir angedeuteten

Richtung hin die Lücke ausfüllt, die voraussichtlich die Entschließung der Reliktenkommission lassen wird. Ich schließe mich in allem und jedem dem Antrage Berling und Genossen an, behalte mir vor, in der Unterrichtskommission auf die Bedürfnisfrage näher einzugehen, und hege die zuversichtliche Hoffnung, daß seiner Zeit aus den Beratungen dieser Kommission entsprechende Anträge dem Hause unterbreitet werden. (Bravo! links.)

Meine Rede vom 17. März 1888, betreffend Realgymnasien, die mir ein Danktelegramm des Realschulmännervereins einbrachte, lautete:

Als am 7. März dieses Jahres das Kapitel „Höheres Schulwesen" zur Verhandlung kam, stand das Haus so sehr unter dem schweren Druck der unmittelbar bevorstehenden Katastrophe, daß die Aufmerksamkeit bis auf den Nullpunkt gesunken war. Die Ausführungen des Herrn Ministers bezüglich der Berechtigung der Realgymnasien sind aber so schwerwiegender Natur, daß ich Sie bitten muß, mir zu gestatten, bei diesem Titel, der ja auch vom höheren Schulwesen handelt, auf dieselben mit einigen Worten zurückzukommen.

Der Herr Minister ist sich ja selbst bewußt gewesen, daß seine Ausführungen geeignet waren, in weiten Kreisen viele Hoffnungen zu verkümmern und recht viel Widerspruch hervorzurufen. Ich darf ihm aber versichern, daß der Widerspruch doch geringer ist als das Erstaunen, daß gerade er, dem man mit so vollem Recht eine sachliche und vorurteilsfreie Behandlung der Unterrichtsfragen nachrühmt, in dieser hochwichtigen Angelegenheit seine Entscheidung von einer reinen Opportunitätsfrage abhängig gemacht hat.

Der Herr Minister hat ausgeführt, daß schon allein der Umstand für ihn entscheidend sei, daß, wenn man die Schleusen aufziehen wollte, die heute die Schüler von Realgymnasien verhindern, sich der Jurisprudenz oder der Medizin zu widmen, die Zahl der Studierenden dieser Fächer in ungemessener Weise vermehrt werden würde. Er hat sich zum Beweis, daß diese

seine Befürchtung nicht eine übertriebene sei, auf die Erfahrung berufen, die man mit der Mathematik, mit den neueren Sprachen und den Naturwissenschaften seit der Zeit gemacht hat, als man den Realgymnasiasten den Übergang zur Universität zu diesen Fächern gestattet hat.

Der Herr Minister hat ja insofern auch ganz recht, daß aus seiner Statistik hervorgeht, daß die Zahl der Vollprüfungen von dem Jahre 1877/78 bis zum Jahre 1884/85 von 152 auf 338, also um das Doppelte gestiegen ist. Ich muß aber doch den Beweis, daß die Steigerung der Erteilung der Berechtigung an die Realgymnasien zuzuschreiben sei, als nicht geführt betrachten, denn der Herr Minister hat sich insofern selbst widerlegt, als er in demselben Atem den genannten Zahlen die Vermehrung der Studierenden der Medizin für dieselben Jahre mit den Ziffern 1342 und 3805 gegenübergestellt hat. Sie sehen also, meine Herren, daß bei der Medizin sogar eine Steigerung auf das Dreifache vorhanden ist.

Vergleichen wir die beiden Statistiken, so zeigt sich, daß da, wo die Realgymnasien mit berechtigt sind, zur Universität, zur akademischen Karriere zu entlassen, nur eine Steigerung auf das Doppelte, dagegen da, wo, wie bei der Medizin, von einer Mitwirkung der Realgymnasien nicht die Rede ist, eine Steigerung auf das Dreifache stattgefunden hat. Ich meine also, es ist schwer widerleglich, daß eine weitere Vermehrung der Berechtigungen der Realgymnasien mutmaßlich nicht eine Steigerung der Gesamtzahl der Studierenden, sondern nur eine bessere, verständigere Verteilung der Vorbereitung zu den Studien auf die beiden konkurrierenden Anstalten, Gymnasium und Realgymnasium, im Gefolge haben wird, und zwar eine solche Verteilung, die den Eltern gestattet, nach ihrer Überzeugung von der größeren oder geringeren Bedeutung des klassischen oder modernen Bildungselements ihre Auswahl zu treffen.

Ich gehe aber noch weiter und bekenne mich zu der Ansicht, daß, selbst wenn das Resultat das entgegengesetzte wäre, auch dann daraus nicht die Berechtigung hervorginge, irgend

etwas, das im allgemeinen Intereſſe des Unterrichts erforderlich ſchiene, der Befürchtung des Mißbrauchs wegen zu unterlaſſen. Erinnern ſich doch die Herren, wie es mit unſeren Polytechniken ergangen iſt. Die Errichtung derſelben war doch ein abſolutes Bedürfnis der Zeit. Ihre über das richtige Verhältnis hinausgehende Vermehrung hat indes die Folge gehabt, eine ungemeſſene Zahl von jungen Leuten in die techniſchen Fächer hinüberzuführen. Niemand hat aber ſeitdem jemals geglaubt, wegen des Übermaßes, das in wenigen Jahren mit Hilfe des Einfluſſes der Wirkſamkeit von Angebot und Nachfrage Ausgleichung gefunden, die Errichtung von Polytechniken an und für ſich zu tadeln. Meine Herren, wenn wir alſo ſehen, daß der Herr Miniſter nicht hat behaupten können, daß die Realgymnaſien mit ihren geringen Berechtigungen einen erheblichen Anteil an dem bisherigen Zudrang zu den Univerſitäten haben, wenn meine Ausführungen vielleicht dazu beigetragen haben, Sie zu überzeugen, daß auch in Zukunft die Vermehrung der Berechtigungen der Realgymnaſien einen ſolchen ungebührlichen Zuwachs der an den Univerſitäten Studierenden nicht hervorbringen wird, — dann liegt es nahe, zu fragen: worin liegt eigentlich dieſer große Zuwachs, der über alles Maß hinausgeht? Und da möchte ich dem Standpunkt des Herrn Miniſters gegenüber hervorheben: es liegt ganz weſentlich an dem Monopol unſerer Gymnaſien, das ſich ſehr nachteilig erweiſt für alle diejenigen Berufsarten, die dem Wirtſchaftsleben angehören. Ich bin der Überzeugung, daß keine Maßregel ſo ſehr dazu beitragen würde, den Zudrang zu den Univerſitäten zu verringern, als wenn man den Anſtalten mit realiſtiſcher Grundlage eine andere Bedeutung beilegte, als dies bisher geſchehen, und durch Erteilung von Berechtigungen ihnen die Konkurrenz mit den Gymnaſien ermöglichte. Der Herr Miniſter hat mit dankenswerter Objektivität die Anſchauung anerkannt, daß drei Viertel der Schüler an den Gymnaſien aus den unteren und mittleren Klaſſen, die nachher in das bürgerliche Erwerbsleben übergehen, viel beſſer eine realiſtiſche Vorbildung erhalten würden, die ihnen wegen Mangels an entſprechenden

Anstalten an ihrem Wohnort zu gewinnen unmöglich ist. Er ist fortwährend bestrebt gewesen, nach dieser Richtung hin Abhilfe zu schaffen, aber er wird selbst zugestehen müssen, daß er bisher einen irgend nennenswerten Erfolg nach dieser Seite nicht gehabt hat. Die Thatsache aber, daß so viele eine höhere Bildung suchende junge Leute den Gymnasien überwiesen werden müssen, namentlich in den östlichen Landesteilen, wo die Realanstalten noch viel weniger verbreitet sind als im Westen, hat zwei große Übel im Gefolge: einerseits, daß der größere Teil dieser Schüler in das Leben tritt ohne irgend eine abgeschlossene Bildung, und andererseits, daß schließlich ein nicht unbeträchtlicher Teil derselben Schüler denn doch die von dem Herrn Minister augenblicklich besonders ins Auge gefaßte Übervölkerung der Universitäten verursacht. Denn wenn auch viele Schüler die Gymnasien besuchen, ohne sich bereits für einen Beruf entschieden zu haben, so ist nicht zu bezweifeln, daß sie den Einfluß der gymnasialen Schulung doch in genügendem Maße empfinden, um nach dem Wendepunkt der Untersekunda weit weniger aus Wissensdrang als — wie soll ich sagen — vielleicht Nichtachtung des vermeintlich banausischen Erwerbslebens sich bis zum Abiturientenexamen hindurchzuarbeiten oder auch manchmal hindurchzuquälen. Diese Elemente, behaupte ich — und ich glaube, mich da auf die Erfahrung aller derer stützen zu können, die den Verhältnissen unserer höheren Schulen nähere Aufmerksamkeit gewidmet haben — diese Elemente sind es, die die Übervölkerung der Universitäten bilden und besser in andere Bildungswege hinübergeführt werden sollten.

Meine Herren, nach dem, was ich eben ausgeführt habe, bin ich überzeugt, daß, wenn man auch eine noch so hohe Meinung, ja die denkbar höchste Meinung von der Bedeutung unserer Gymnasien als Bildungsanstalten ganz vorzüglicher Art haben mag, man zugestehen muß, daß die geschilderten Schüler der Gymnasien der Unterrichtsverwaltung die schwere Aufgabe stellen, ihre Vorbildung thunlichst zu reformieren. Ich halte die Aufgabe aber nicht für unlösbar. Wenn der

Herr Minister aber bei seinen Ausführungen von vor acht Tagen beharrt, dann wird er den Anschein erwecken, als wenn ihm diese von ihm bei verschiedenen Gelegenheiten als richtig anerkannte Aufgabe zur Zeit als unlösbar erscheint; er wird den Anschein erwecken, daß er die Inopportunität einer gerechten verständigen Regelung der Berechtigungen nur deswegen betont, um der Lösung aus dem Wege zu gehen.

Meiner Überzeugung nach ist für alle die Übel, die ich mit kurzen Worten gekennzeichnet habe, das einzige, aber sehr durchschlagende Mittel, daß die mannigfach schönen Worte, die von Vertretern unserer Unterrichtsverwaltung in diesem Hohen Hause bezüglich der Gleichwertigkeit der klassischen und modernen Bildungselemente gesprochen sind, in Handlungen zu Gunsten der Realanstalten umgesetzt und in allen Konsequenzen, als da sind Berechtigungen, Stellung der Lehrer und dergl., durchgeführt werden. Denn, meine Herren, wenn den Realanstalten diese Förderung zuteil wird, wird mit manchen anderen Übelständen auch der Übelstand des ungewöhnlichen, zu starken Andranges zu den Universitäten Schritt für Schritt verschwinden.

Ich ersuche den Herrn Minister, seine Ausführungen unter den von mir angegebenen Gesichtspunkten gütigst noch einmal in Erwägung nehmen zu wollen. Ich bin überzeugt, daß er dann zu anderen Resultaten kommen wird, die den Realgymnasien nicht so ungünstig sind, als seine Ausführungen vom 7. März dieses Jahres. (Bravo!)

Diejenige vom 18. April 1888 bez. der zweiten Beratung des Gesetzes zur Erleichterung der Volksschullasten, wie folgt:

Ich bin ein Freund des Gesetzes, ein Freund der Idee, die gegenwärtige günstige Finanzlage zu benutzen, um die durch die Schullasten so hart getroffenen Gemeinden zu erleichtern, und ich bin auch ein Freund des Gedankens, endlich den Paragraphen der Verfassung, der in den Volksschulen kein Schulgeld erhoben wissen will, durchzuführen, und doch habe ich mich gegen einschreiben lassen. Ich habe das gethan, um deutlich zu dokumentieren, daß die Verbesserungen, welche die

Kommiſſion in Bezug auf den Geſetzentwurf verſucht hat, doch nicht in der richtigen Richtung ſich bewegen. Wenn ſchon die Regierungsvorlage großes Bedenken hervorrief und in dieſem Hauſe ſchwerlich die Majorität gewonnen haben würde, ſo iſt es noch weniger möglich, daß die Vorlage, wie ſie die Kommiſſion Ihnen gemacht hat, in dieſem Hohen Hauſe die Majorität findet. Ich will damit die Arbeiten, die die Kommiſſion gethan hat, in keiner Weiſe unterſchätzen; ſie hatte eine ſehr ſchwierige zwiefache Aufgabe. Die eine Aufgabe beſtand darin, die wenig gerechte Verteilung der Staatsbeiträge in die richtigen Kanäle zu leiten, eine andere Verteilung vorzuſchlagen, und ich glaube, nach dieſer Richtung hin hat die Kommiſſion ihre Pflicht ſehr glücklich erfüllt. Sie hat einen Vorſchlag gemacht, der in allen Fraktionen dieſes Hauſes Zuſtimmung gefunden hat. Ja, es hat ſich in den Beratungen der Kommiſſion herausgeſtellt, daß der urſprüngliche Gedanke der Königl. Staatsregierung, die ländlichen Gemeinden durch die Zuwendung der höheren Zulagen für den einzigen Lehrer an einer Landſchule zu unterſtützen, doch nicht eigentlich dem für die ländlichen Gemeinden erwünſchten Zweck in dem Maße dient, als wenn die zweiten und dritten Lehrer bezüglich der Staatsbeiträge beſſer bedacht werden, weil ja in den ländlichen Gemeinden die eigentliche Schwierigkeit meiſt erſt dann beginnt, wenn ein zweiter oder dritter Lehrer angeſtellt wird. Alſo nach dieſer Richtung, kann man ſagen, wird ſchwerlich in dem Hauſe eine Oppoſition gegen den Beſchluß der Kommiſſion erfolgen. Nach einer anderen Richtung hin, die in der Kommiſſion zu langen Verhandlungen führte, hat aber die Königliche Staatsregierung keinen Grund, über die Beſchlüſſe der Kommiſſion ſchon in der zweiten Beratung ſich unliebſam zu äußern, da zwiſcheu den Zeilen die im Bericht enthaltenen Äußerungen ſämtlicher Kommiſſionsmitglieder, wie ich wohl ſagen darf, darauf hindeuten, daß ſie bereit ſind, in dritter Beratung nicht über die 20 Millionen hinauszugehen, und es ja leicht ſein wird, jenachdem das Plus auf 1 oder 2 Millionen von der Königlichen Staatsregierung

kalkulatorisch festgestellt wird, von den verschiedenen Staatsbeiträgen einen prozentualen Abzug von 5 oder 10 Prozent zu vereinbaren.

Viel schwieriger aber, meine Herren — und ich glaube, die Geschäftsordnungsdebatte dahin verstanden zu haben, daß die Unmöglichkeit anzuerkennen sei, bei diesem § 1 die Rücksichtnahme auf § 5 außer Acht zu lassen —, viel schwieriger war die zweite Aufgabe der Kommission, diesen § 5 in einer Weise zu regeln, wie es den Wünschen weiter Kreise im Lande entspricht.

Auch ist die Kommission bestrebt gewesen, nach dieser Richtung sich zu bemühen und Abhilfe zu schaffen. Sie hat in dem zweiten Absatz unter Nummer 2 den Wünschen mancher städtischen Gemeinden und in dem dritten Absatz vielen in den ländlichen Gemeinden gefühlten Bedürfnissen Rechnung zu tragen versucht. Nur glaube ich, daß es ihr nicht ganz gelungen ist, den richtigen Weg zu finden und eine Schädigung des zweiten Hauptzweckes des Gesetzes, der Aufhebung des Schulgeldes zu vermeiden, wie ich in kurzen Ausführungen Ihnen darzulegen mir gestatten werde.

Das Volksschulwesen hat sich in Preußen nach zwei verschiedenen Richtungen hin entwickelt. Wir haben in einer großen Zahl von Provinzen nur eine Art von Volksschule, die des Landrechts, in der die besser Situierten Schulgeld bezahlen, und die weniger Vermögenden auf Antrag davon befreit werden können. Wir haben dagegen ganze mittlere Landesteile, vornehmlich die Provinzen Sachsen und Hannover, in denen es zwei Arten von Volksschulen giebt, eine Volksschule im engeren Sinne des Wortes, die mit der eben geschilderten Volksschule der anderen Provinzen identisch ist, und die sogenannte gehobene oder Bürgerschule, die in diesen Landesteilen eine ganz außerordentliche Entwickelung gefunden hat und ein höheres Schulgeld fordert, von dem der Regel nach keine Befreiung stattfindet. Gegen diese Entwickelung hat sich niemals irgend ein Anstand, sei es in den städtischen Vertretungen, sei es in diesem Hohen Hause, sei es von seiten

der Aufsichtsbehörden ergeben. Es würde nun doch gewiß einen sehr schweren Eingriff in die städtische Autonomie, die mit Vorliebe sich der Pflege dieser Schulen gewidmet hat, bedeuten, wenn man sie, die zur Erhöhung der Volksbildung in den mittleren Volksschichten wesentlich beigetragen haben, mit einem Schlage dadurch ruinierte, daß man den betreffenden Gemeinden in Zukunft nicht mehr gestatten würde, ein Schulgeld zu erheben. Wenn nun die Kommission den Wunsch gehegt hat, diese Schulen zu erhalten, so ist das dankbar anzuerkennen und nur zu bedauern, daß sie eine Fassung gewählt hat, deren Annahme geradezu unmöglich ist. Wenn Sie im § 5 den ersten Absatz, wo es heißt, es soll kein Schulgeld erhoben werden, vergleichen mit dem zweiten Absatz unter Nummer 2, wo es heißt: es soll aber gestattet sein bei einzelnen Schulen, deren Unterrichtsziele über die zur Erfüllung der allgemeinen Schulpflicht vorgeschriebenen Anforderungen nicht hinausgehen, also bei Schulen, die ganz identisch sind mit denjenigen, wo es aufgehoben werden soll, so wird Ihnen das einleuchten. Es ist also unmöglich, diesen Passus beizubehalten, wenn wir nicht große Gefahr laufen wollen, daß neben den Schulen mit Schulgeld, in welche die vermögenderen Klassen ihre Kinder schicken, Armenschulen ohne Schulgeld entstehen, — daß dies, was faktisch schon vielfach im Lande ohne Sanktion vorhanden war, jetzt auch rechtlich in Zukunft durch dieses Gesetz Sanktion erhalten werde. Ich glaube, daß wir zur Vermeidung dieser Konsequenzen das Richtige getroffen, wenn wir in unserm Kompromißantrage 134, auf den ich verweise, die Bürgerschulen als das charakterisieren, was sie wirklich sind. Es ist zwar richtig, daß nach dem Kommissionsausdruck ihnen von den Aufsichtsbehörden keine höheren Ziele vorgeschrieben sind; aber es ist ebenso richtig und für ihre Berechtigung zu einer Ausnahmestellung entscheidend, daß ihre Leistungen ganz bedeutend über die Volksschulen in engerem Sinne hinausgehen und zur Befriedigung weiter Kreise der Bevölkerung bisher gedient haben; die hundert und mehr Petitionen, die zu Gunsten der Bürgerschulen an das Haus

gelangt ſind, konnten darum mit Recht behaupten, daß es eine Kalamität auch bezüglich der Herunterdrückung der Volksſchulbildung in bürgerlichen Kreiſen ſein würde, wenn man dieſen Schulen nicht die Möglichkeit des Weiterbeſtehens gewähren wollte.

Nun habe ich noch einige Worte zu ſagen bezüglich des Abſatz 3 im § 5, den die Kommiſſion eingeſetzt hat, um den Intereſſen ſolcher Landgemeinden zu dienen, in denen das Schulgeld bisher einen höheren Betrag aufgebracht hat, als in Zukunft die Staatsbeiträge betragen werden. Ich gebe gern zu, und es iſt dies auch in der Kommiſſion an vielen Beiſpielen deutlich gemacht worden, daß manche leiſtungsunfähigen Gemeinden auf dieſe Weiſe geſchädigt werden und daß es doch erwünſcht ſei, für dieſelben eine Fürſorge auf Grund des Geſetzes zu treffen. Ich bin daher geneigt, ſolchen wenig leiſtungsfähigen Gemeinden unter den Kautelen der Kommiſſion zu geſtatten, noch weiter Schulgeld zu erheben, wenn dieſe Konzeſſion für eine beſtimmte Zeitdauer feſt begrenzt wird und ſo die Abſchaffung des Schulgelds in abſehbarer Zeit nicht verhindert wird. In dem Kompromißantrag Nr. 134 wird entſprechend vorgeſchlagen, die Beſtimmungen der Kommiſſion gutzuheißen, ſofern nur die Worte eingefügt werden: „längſtens auf die Dauer von 10 Jahren“.

Meine Herren, ich glaube genug geſagt zu haben, um meine Anſicht zu motivieren, daß mit dem Antrage Hobrecht-Holtz-Zedlitz das Richtige getroffen iſt, daß dem Sinne des Geſetzes, die Gemeinden zu entlaſten und gleichzeitig, ſoweit es irgend praktiſch ohne allzugroße Schwierigkeiten durchführbar iſt, das Schulgeld aufzuheben, volle Genüge gethan iſt und daß wir damit dem Zweck, den die Regierung mit der Einbringung dieſes Geſetzes gehabt hat, volle Anerkennung und Geltung verſchaffen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Die ſchon am 17. April 1887 in der Unterrichtskommiſſion vorgekommene Angelegenheit Zielen kam infolge erneuter Petition am 8. Mai 1888 wieder vor das Haus. Aus der Kommiſſion war ſie mit dem Votum der Berückſichtigung begleitet. Das

Haus ging indes auf Antrag Seyffardt-Dr. Gerlich zur Tagesordnung über.

Am selben Tage wurde die Petition von Familienvätern in Hohenstein Ostpr. um Errichtung einer öffentlichen katholischen Schule, eventuell Gründung einer katholischen Privatschule nach Befürwortung Seyffardt aus Gründen der Parität (siehe 19. April 1887) zur Berücksichtigung überwiesen.

Am 20. Februar 1889 stand auf der Tagesordnung der Antrag Rickert wegen Vorlegung eines Gesetzes zur Regelung des Beginns und des Endes der Schulpflicht. Ich schloß meine Rede mit folgender Ausführung:

> Meine Meinung geht dahin, daß, wenn wir die Durchführung der allgemeinen Schulpflicht wünschen, wir nichts anderes thun, als der heranwachsenden Generation den Besitz der abgeschlossenen Volksschulbildung, die der Staat für jeden seiner Bürger als unerläßlich erachtet und die in den allgemeinen Bestimmungen über Einrichtung, Aufgabe und Ziel der preußischen Volksschulen vom 15. Oktober 1872 ein sachgemäßes Programm gefunden hat, garantieren. Zu diesem Behuf erwarten wir von dem Staate, daß er vorzeitige Entlassung nur im Notfalle gestatte und über das Vorhandensein des Notfalls die Organe der Selbstverwaltung befinden. Wir legen Wert darauf, daß das Recht und die Pflicht des Staates betont werde, Kinder, die noch nicht reif zum Abgang sind, über die normale Zeit in der Schule zurückzuhalten, wie es heute schon thatsächlich in mehreren Landesteilen geschieht. (Bravo! links.)

Der 27. Februar 1889 brachte die Beratung des schon 1888 vorgelegten aber nicht verhandelten Antrags des Abgeordneten Dr. Windthorst wegen Vorlegung eines Gesetzentwurfs über die Befugnisse der Kirche und ihrer Organe in betreff des religiösen Unterrichts in den Volksschulen.

Meine Antwort auf Windthorsts Begründung lautete:

> Der Antrag des Abgeordneten Windthorst ist den Mitgliedern dieses Hauses, die schon der vergangenen Legislaturperiode angehört haben, ein alter, wenn auch kein lieber

Bekannter. Seitdem nun das Centrum dieſen Antrag in den Mittelpunkt ſeines Wahlprogramms (Oho! im Centrum) und ſeiner Wahltaktik geſtellt hat, ſind wir veranlaßt, ihn auch noch einmal näher uns anzuſehen, ja ihn ernſtlich zu ſtudieren, ihn allen falſchen Beiwerkes zu entkleiden und ihn nackt und bloß aller Welt zu zeigen, als das, was er iſt, daß er nicht als die Forderung der Bedürfniſſe der Katholiken erſcheint, ſondern nichts iſt als eine politiſche Fahne im Kampf gegen den allmächtigen Staat oder gegen Einrichtungen, die wir mit dem preußiſchen Staat, wie er hiſtoriſch gewachſen iſt, als gleichbedeutend betrachten. (Sehr richtig! links.) Wie die verſchiedenen politiſchen Parteien außerhalb des Centrums, wie bei der Wahlbewegung ſich ſichtbar herausgeſtellt hat, ihren Standpunkt zum Windthorſtſchen Antrage genommen haben, ſo meinte man, wäre es einfach am richtigſten, darüber ohne Erörterung hinwegzugehen, ihn als Machtfrage zu behandeln, wie er gemeint iſt, und einfach darüber abzuſtimmen. Ich bin anderer Meinung geweſen nnd auch geblieben, denn für den Antrag haben Tauſende und Abertauſende im Lande geſtimmt und, den Lockungen des verehrten Kollegen folgend, das Heiligſte was ſie beſitzen — und das iſt ja ihr religiöſer Glaube — für ſich und ihre Kinder gefährdet erachtet. Dieſen unſeren Mitbürgern Beruhigung zu gewähren, oder den Verſuch zu machen, ihnen zu zeigen, daß die religiöſen Befürchtungen doch nur, ſagen wir, die roten Vogelbeeren ſind, welche die Leute auf den Leim der Partei locken ſollen — das iſt immerhin der Mühe wert! (Sehr gut!) Es iſt ganz unzweifelhaft doch dem Abgeordneten Windthorſt auch unſererſeits zuzugeben, daß er von einem nicht unrichtigen Gedanken ausgegangen. Der gegenwärtige Zuſtand wohl mag der jeweilige Miniſter es allein in der Hand haben, die Vorausſetzungen zu beſtimmen, unter denen die Mitwirkung der katholiſchen Kirche an der Leitung des Religionsunterrichtes ſtattfindet — iſt doch ſehr verbeſſerungsfähig. Das kann man nicht leugnen. Dieſe Mitwirkung findet ja durch die katholiſchen Geiſtlichen ſelbſt ſtatt, denen durch den Miniſter mit Ausnahme derjenigen Landes-

teile, in denen lokale Interessen entgegenstehen, die Lokalschulinspektion im großen und ganzen gegeben ist. Überall im Lande hat sich aber gezeigt, daß der Zustand, wie wir ihn jetzt haben, praktisch sehr gut arbeitet. Ich habe die Centrumspresse nach dieser Richtung sehr genau verfolgt und kann feststellen, daß seit einer Reihe von Jahren bezüglich der reinen Lehre niemals ein berechtigter Vorwurf gemacht worden ist, jedenfalls nicht der Vorwurf, daß die königliche Regierung nicht den Wünschen der katholischen Geistlichkeit freundlich entgegengekommen sei. Ich muß annehmen, daß der Abgeordnete Windthorst nicht praktisch etwas für sein Bekenntnis erzielen, sondern daß er theoretisch die Frage heute zur Entscheidung bringen will, daß die Kirche in Zukunft nicht mehr mit dem Staate gemeinsam, sondern aus eigenem Recht die Sache leiten soll. (Sehr wahr! links.) Die ganze Quintessenz der Ausführungen der Abgg. Windthorst und Mosler kommt zuletzt auf den Punkt heraus, alle die Rechte, die sie wünschen, herzuleiten aus dem Verfassungsparagraphen 24: „Die religiösen Gesellschaften leiten den Religionsunterricht.“ Ich glaube, es ist eigentlich von mir eine Anmaßung, einem so hervorragenden Juristen wie Abgeordneten Windthorst gegenüber noch einmal zu wiederholen, daß dieser Paragraph nicht aktuelles Recht ist, und daß alles, was er über die Anschauungen des Herrn v. Ladenberg gesagt hat, für uns völlig belanglos ist. Wir wissen, daß die nächststehenden Paragraphen das gerade Gegenteil wollen. § 23 ordnet an, daß der Unterricht in den Volksschulen der Aufsicht von dem Staat eingesetzter Behörden unterliegt. § 24 Absatz 3 ordnet an, daß der Staat die zum Unterricht befähigten Volksschullehrer anstellen solle. Sie sehen also, die wichtigsten Verfassungsparagraphen werden durch den Antrag Windthorst aufgehoben. Wenn der Antrag wirklich ins Leben treten, wenn es der Kirche gestattet sein sollte, nicht nur vor dem Beginn der Wirksamkeit des Lehrers, sondern in jedem beliebigen Augenblick während derselben Bedenken gegen seinen Religionsunterricht aufzustellen — wo bliebe da der arme Lehrer! (Sehr wahr! links.) Was würde aus ihm da

werden? Er würde nicht nur abhängig von der Kirche — das ist er heute schon — er würde abhängig von jedem einzelnen beliebigen Herrn auf dem Lande, dem zufällig die Kirche die Aufsicht über den Religionsunterricht gegeben hat. Daß dann eine weitere Wirksamkeit des Lehrers in seinem Beruf für die Zukunft ausgeschlossen wäre, liegt auf der Hand. Höchstens in den Städten, wo größere Systeme sind, würde man den Lehrer von dem Unterricht entbinden können, auf dem Lande wäre das aber nicht möglich. Daß das letztere doch nicht nur so bloß theoretisches Bedenken gegen den Antrag Windthorst ist, können Sie ja aus einzelnen Beispielen aus der letzten Vergangenheit entnehmen. Der Abgeordnete Windthorst hat ja gerade darauf hingewiesen, daß es sich in Krefeld ereignet hat, daß auf einmal die gesamte Lehrerschaft sich ganz eigentümlich benahm. Es war allerdings noch nicht vorgekommen, daß bei den Wahlen von 140 katholischen Lehrern 14 liberal, 86 gar nicht wählten und 40 dem Centrum ihre Stimme gaben. Ja, das war in katholischen Landesteilen allerdings lange nicht dagewesen. Das läßt freilich tief blicken und zeigt, wie die Furcht vor den Folgen des Antrages Windthorst in den Lehrerkreisen gewirkt hat. Denn die Lehrer wissen ganz genau, daß, wenn sie überhaupt eine selbständige politische Meinung haben wollen, sie das sehr schwer entgelten müssen. Als die oben erwähnte Thatsache bekannt wurde, da beschwor das Centrumsblatt der Stadt den Zorn des Himmels, der höheren Geistlichkeit und der Eltern auf diese gefährliche Thatsache herab, der mit allen Mitteln entgegenzutreten heilige Pflicht sei. (Hört! hört!) Ja, wenn der Windhorstsche Schulantrag angenommen sein würde, dann brauchte man nach weiteren erlaubten Mitteln nicht zu suchen, dann würde mißliebigen Lehrern einfach der Religionsunterricht entzogen. Nehmen wir an, der Abgeordnete Windthorst hätte aus der Tiefe seines gläubigen Gemüts oder aus dem Eifer, der sich bei ihm naturgemäß ergiebt, — wie er es ja nennt, daß heute nicht die Geistlichen, sondern die Regierungsräte den Religionsunterricht beaufsichtigen — seinen Antrag formuliert,

ſo hätte der verehrte Herr ſich doch ſagen müſſen, daß er damit weit über das Ziel hinausgeſchoſſen hat. Er hätte ſich ſagen müſſen, daß die Proteſte, welche alle politiſchen Parteien, außer ſeiner eigenen, bei den Wahlen erhoben hatten, ihn dazu hätten bringen müſſen, ſich zu fragen, ob er nicht durch Beharren auf dem Antrag die Bereitwilligkeit zum Entgegenkommen naturgemäß abſchwächen müßte; ja, er hätte ſich fragen müſſen, ob er nicht mit einem viel maßvolleren Antrage denſelben Zweck, den er im Auge hatte, hätte erreichen können. Er hat das nicht gethan. Parlamentariſch iſt es ja unzuläſſig, jemandem andere Motive für ſeine Reden und Handlungen zuzuſchreiben, als er ſelbſt zu bekennen für gut findet: wir müſſen daher, wenn wir ſeinen Abſichten nachſpüren wollen, auf ſeine Worte zurückzugehen verſuchen, wir müſſen aus ſeinen eigenen Ausführungen bei anderen Gelegenheiten eine Erklärung ſeiner Abſichten und ſeiner Auffaſſungen zu gewinnen ſuchen. Freilich dürfen wir uns da nicht auf die Äußerungen der allerjüngſten Zeit oder wenigſtens der Zeit, ſeit der Antrag zum erſten Mal im Abgeordnetenhauſe eingebracht iſt, verlaſſen; denn ſeitdem bedient er ſich einer vergleichsweiſe ſehr milden Redeweiſe, höchſtens geht er noch einmal ſo weit, wie auf dem Parteitage in Köln im Oktober v. J., wo er alle diejenigen für Ignoranten erklärt hat, die nicht für ſeinen Antrag wären. Im übrigen aber iſt er vergleichsweiſe ruhig und maßvoll und erklärt, daß er nicht die ganze Schule unterwerfen wolle. Vergleichen wir nun die Äußerungen des Jahres 1887 mit Äußerungen vom vorigen Jahre. Ich erinnere vornehmlich an die Äußerungen auf der Katholikenverſammlung in Trier. Wie äußerte ſich der verehrte Herr damals? „Die Schule gehört der Kirche ganz allein; zuvörderſt muß mit dem Schulaufſichtsgeſetz gebrochen werden. Die Frauen, als die unabſetzbaren Schulinſpektoren, müſſen nicht aufhören, in ihre Männer zu dringen, ſie zu zwingen, daß die Schule wieder das werde, was ſie früher war, ganz und gar geiſtlich.“ So lauteten damals die Töne aus der Poſaune des verehrten Antragſtellers, und ſie finden ihren

Schlußaccord in der ausgeſprochenen Abſicht, mit immer ſich erneuernder Kraft von Minderheiten zu Mehrheiten zu ſteigen und dann auf dieſe Weiſe die Emancipation der Schule vom Staate durchzuführen. Sie ſehen, mit dem Wunſch, einem religiöſen Bedürfnis gedient zu ſehen, wie es doch der Abgeordnete Windthorſt in erſter Linie hinſtellt, iſt es nichts. Der Staat iſt nach allen Richtungen entgegengekommen, ein praktiſches Bedürfnis iſt nirgends vorhanden, und es würde nicht ſo ſchwer ſein, auch zu einer Verſtändigung zu gelangen über das wirkliche Bedürfnis, das die Beaufſichtigung nicht von zufälligen oder willkürlichen Umſtänden abhängen läßt. Der Zweck des Antrages kann nur der ſein, die religiöſen Befürchtungen als Sturmbock für die allgemeinen Prieſterſchulen zu benutzen. Ich weiß ja nun nicht, ob Abgeordneter Windthorſt der Anſicht iſt, daß dieſes Ziel jemals erreicht wird. Er ſelbſt hat es ja aufgegeben, es noch zu erleben, aber er ſagte auf dem Parteitage zu Köln, ſeine Jungen — das waren die Abgeordneten Bachem und Lieber (Heiterkeit) — würden das Ziel wohl noch erreichen. (Sehr wahr! im Centrum.) Alſo ſo bald noch nicht, aber er hat doch die Hoffnung noch nicht ganz aufgegeben. Uns kann es einerlei ſein, ob dem Abg. Windthorſt durch die großen Erfolge, die er im kirchenpolitiſchen Kampfe durch ſeine bewundernswerte Zähigkeit, aber noch mehr durch die weniger bewundernswerte Nachgiebigkeit der Staatsregierung erlangt hat, die Augen ſo weit getrübt ſind, daß er glaubt, auch in dem ſchulpolitiſchen Kampfe ein Zugeſtändnis nach dem andern zu erlangen, oder ob der Abg. Windthorſt den Kampf nur des Kampfes wegen unternommen hat, um die Schar ſeiner Anhänger im Harniſch zu halten gegen den ſtaatsſchulfreundlichen, aber religionsfeindlichen Staat. Wir wiſſen, was wir von den Prieſterſchulen zu halten haben. Ganz abgeſehen von den Erfahrungen, die wir unter dem ſchwachen Regiment des Herrn v. Mühler in den fünfziger und ſechziger Jahren gemacht haben, wiſſen wir, daß die ſchulfreundliche Abſicht der Prieſterſchulen in dem großen Prozentſatz der des Leſens und Schreibens Un-

kundigen in allen romaniſchen Ländern ihren Ausdruck findet. (Beifall.) Wir nehmen daher an, daß der Antrag des Abg. Windthorſt nur die Ankündigung des Kampfes gegen die preußiſche Schule iſt, gegen die Schule, die unter der geſetzlichen Mitwirkung der Gemeinden allein dem Staate gehört. (Sehr wahr!) Auf dem Schulgebiet giebt es zwiſchen den Anſchauungen hüben und drüben keine Vermittelung. Wir Nationalliberalen, einerlei, ob wir mehr oder weniger in einzelnen Fragen mit dem gegenwärtigen Leiter des Kultusminiſteriums einverſtanden ſein mögen, werden zu dem Staate ſtehen in allen Phaſen des ſich entwickelnden Kampfes. Auch wir wollen, wie geſagt, eine treue Mitarbeit der Kirche in der Schule; eine Herrſchaft der Kirche in der Schule werden wir aber, ſo weit unſer Einfluß reicht, nimmermehr geſtatten. Wir wollen der katholiſchen Schule, nicht minder aber der evangeliſchen, den Zuſammenhang mit der wiſſenſchaftlichen Entwickelung, mit den wiſſenſchaftlichen Fortſchritten unſerer Nation dauernd gewährleiſtet wiſſen. Wir wollen nicht die Gefahr laufen, durch konfeſſionelle Zuſpitzung des Unterrichts, auch außerhalb des Religionsunterrichts den Riß noch mehr verbreitert und vertieft zu ſehen, der heute unſere Nation nur deswegen trennt, weil der eine von proteſtantiſchen und der andere von katholiſchen Eltern geboren iſt. Ich empfehle Ihnen, den Antrag Windthorſt einfach abzulehnen. (Lebhafter Beifall.)

Nachdem der Abgeordnete Dr. Frhr. v. Schorlemer-Alſt mit Rückſicht auf die vorgerückte Stunde und auf das Haus ſeinen Antrag auf namentliche Abſtimmung zurückgezogen hatte, wurde der Antrag nach Erklärung des Präſidenten verworfen.

Am 1. März 1889 begann die zweite Beratung des Ergänzungsgeſetzes zur Erleichterung der Volksſchullaſten. Abg. v. Holtz war Vorſitzender, ich ſtellvertretender Vorſitzender der Kommiſſion geweſen. Wegen Abweſenheit von Holtz fiel mir die Leitung zu. Ich trat für die Beſchlüſſe ein, indem ich ausführte:

Der Herr Miniſter hat ſich dahin ausgeſprochen, daß eine gleichmäßige Erleichterung der Schullaſten der Zweck des

Geſetzes ſei und daß, da das vorjährige Geſetz in dieſer Beziehung die richtige Richtung innegehalten habe, eine Korrektur des vorjährigen Geſetzes nicht ſtatthaft ſei. Nun, auch wir, die wir die Majorität der Kommiſſion gebildet haben, hatten dieſelbe Meinung von der Bedeutung des Geſetzes, haben aber nicht die Anſicht gehabt, daß das vorjährige Geſetz den Abſichten des Hauſes in dem Maße entſprochen hat, als es zu wünſchen geweſen wäre. Geſtatten Sie mir, um das klarzuſtellen, kurz darzulegen, wie im vergangenen Jahre der Verlauf der Sache geweſen iſt. Allerdings ſind die Vertreter landwirtſchaftlicher Kreiſe, als ſie in die 28er Kommiſſion traten, zu Beginn der Anſicht geweſen, daß, je mehr man die alleinſtehenden und erſten Lehrer bevorzuge und je mehr man die Lehrſtellen zurückdränge, die die zweiten und ferneren in dem Schulſyſtem bilden, umſomehr den Intereſſen der landwirtſchaftlichen Bezirke gedient ſein werde. Im Verlauf jener Verhandlungen haben wohl die meiſten Herren ſich überzeugt, daß thatſächlich doch die Sachen anders liegen, daß erſt mit dem zweiten und dritten Lehrer, entgegen den Anſchauungen des Finanzminiſters, die eigentliche Schulnot beginnt und daß recht viele von den ärmeren Gemeinden, vielleicht freilich mehr im Oſten als im Weſten, unter den Schullaſten zu leiden haben, wenn ſie das Syſtem der Schulen ausbilden und mit weiteren Lehrern bevölkern. Damals iſt die Meinung der Kommiſſion, die durch eine ganz überwiegende Meinung geſtützt wurde, auch von dieſem Hohen Hauſe durch vier Beratungen ratifiziert worden, in der zweiten und dritten und in der durch die Anſicht, daß eine Verfaſſungsänderung eintreten würde, verurſachten vierten Leſung. Da hat das Haus die Anſichten der Kommiſſion, die dahin gingen, daß die erſten Lehrer mit 400, dagegen die zweiten mit 300 Mark bezüglich ihrer Stellen dotiert werden müßten, gutgeheißen. Damals hat das Haus auch der Meinung ſeine Zuſtimmung gegeben, daß die Lehrerinnen nicht vergeſſen werden dürften, ſondern daß auch deren Stellen in demſelben Maße dotiert werden müßten, wie die der zweiten und ferneren

Lehrer. Es ist also heute nicht ein Umstürzenwollen des Gedankens, der im vorigen Jahre das Haus bewegt hat, wenn wir sagen: wir wollen nicht eine Korrektur des Gesetzes, sondern nur die Wiederherstellung der Anschauungen, die damals in dem Hohen Hause die Majorität gehabt haben. (Zuruf des Abg. Rickert: Sehr richtig!) Es ist damals ausdrücklich ausgesprochen worden, daß in Hinsicht der durchschnittlichen Verhältnisse des Landes ein Verhältnis von 4 zu 3 wohl das richtige ist. Wir geben gerne zu, daß es kleinere Landesteile im Osten giebt, wo die Sache anders liegt. Dagegen müssen wir doch für uns in Anspruch nehmen, daß man auch die industriellen Landesteile, wo ganz entschieden das Entgegengesetzte der Fall ist, nicht außer Acht lassen darf, und daß auch die großen Schullasten möglichst erleichtert werden, die dort auf den Gemeinden liegen. Als die diesmalige Kommission, die aus vierzehn Mitgliedern bestand, in der also naturgemäß die verschiedenen Landesteile nicht so reichlich vertreten sein konnten als im vorigen Jahre, die Kontinuität wahren wollte und sich die Frage vorlegte, ob nicht erforderlich sei, dem Gedanken, daß 4 zu 3 der richtige Satz sei, auch vollen Ausdruck zu geben, hat sie sich in bejahendem Sinne entschieden und gesagt, wir müssen das, was im vorigen Jahre durchzuführen nicht möglich war, diesmal durch unsern Beschluß an das Haus bringen und durchführen. Sie werden sich erinnern, daß sich das Haus erst im allerletzten Moment, mehr der Not gehorchend als dem eignen Triebe, als das Herrenhaus die ersten Sätze wieder hineingebracht hatte, mit denselben einverstanden erklärt hat. Ich möchte also behaupten, daß wir nur das thun, was wir in natürlicher Konsequenz der Beschlüsse des vorigen Jahres thun müssen, wenn wir die Staatsregierung veranlassen, dem Grundsatz der ausgleichenden Gerechtigkeit gemäß unseren Anträgen endlich Ausführung zu gewähren. Bezüglich des finanziellen Punktes, glaube ich, ist es klar, daß wir nicht hinausgehen über die Sätze, die die königliche Regierung zur Erleichterung der Gemeinden dem Lande belasten will. Denn

den 1 700 000 Mk., die wir den ersten Lehrern streichen — 34 000 Stellen à 50 Mk., macht 1 700 000 Mk. —, stehen gegenüber die 50 Mk., die wir etwa 24 000 Schulstellen zuschreiben werden, macht 1 200 000 Mk., und 100 Mk., die wir den Lehrerinnen zuweisen wollen, macht 500 000 Mk., zusammen gleich 1 700 000 Mk. Daß wir besonderen Wert daranf legen, den Lehrerinnen die Zuwendung zu machen, liegt daran, daß wir nach den Erfahrungeu, die wir bezüglich der trefflichen Lehrfähigkeit dieser Damen gemacht haben, nicht gern sehen möchten, daß eine Prämie darauf gesetzt werde, daß bei Neuanstellungen in Zukunft man zu Ungunsten der Lehrerinnen ihre männlichen Berufsgenossen bevorzugt. Ich kann nicht umhin, meine Herren, trotz der Ausführungen des Herrn Ministers, das Haus zu ersuchen, den Anträgen der Kommission Zustimmung zu gewähren. (Bravo!)

Bei Kapitel 120 des Etats: Dauernde Ausgaben, sprach ich am 6. März 1889 über Schulreform:

Gestatten Sie auch mir, die wichtige Frage, ob und inwieweit eine Reform unseres höheren Schulwesens erforderlich ist, kurz zu erörtern. Ich werde es von einem anderen Standpunkt aus thun als der verehrte Herr Vorredner, der sich mehr auf den wissenschaftlichen Standpunkt gestellt hat; ich werde es thun im Anschluß an die öffentliche Meinung, soweit sie sich in einer Bewegung, die im vergangenen Jahre die Aufmerksamkeit weiter Kreise erregt, kundgethan hat, derjenigen Bewegung, die ihren Ausdruck gefunden hat in einer Petition einer Anzahl von Schulfreunden, die sich Geschäftsausschuß der akademischen Vereinigung für deutsche Schulreform nennen, und bei der unser Kollege v. Schenckendorff mitgewirkt hat.

Meine Herren, ich halte die damalige Bewegung umsomehr für eine bedeutungsvolle, als sie in den allerweitesten Kreisen Ermutigung und Zustimmung gefunden hat; nicht weniger als 23 000 Unterschriften aus gebildeten Kreisen haben sich ihr angeschlossen, Tausende von akademisch Gebildeten, darunter nicht weniger als 1437 Ärzte, ferner eine ganze Reihe von Geistlichen und Juristen, auch Professoren an

Gymnasien und Universitäten. Etwa die Hälfte der Unterzeichner aber gehört dem wirschaftlichen Leben an. Es sind wahrlich nicht die weniger strebsamen Elemente, die den auf idealem Gebiete so seltenen, auf wirtschaftlichem Gebiet so häufigen Schritt der Beteiligung an einer Massenpetition sich gestattet haben. Nicht als Mitglieder einzelner Berufe, sondern als für die Zukunft ihrer Söhne besorgte Väter unterstützen sie die Bitte an den Herrn Minister. Gewiß wird mancher von den Unterzeichnern nicht mit jeder einzelnen Redewendung, jeder begründeten Ausführung der Verfasser einverstanden gewesen sein. Das hat sie und unter ihnen auch mich nicht abgehalten, es höchst dankbar zu begrüßen, daß einige wenige Namen aus der schwerfälligen Masse der Schulinteressenten heraus die Anregung gegeben, um den Wünschen, die im bürgerlichen Leben täglich von Mund zu Mund gehen, in der Litteratur immer eindringlicher betont werden, auch einmal vor der höchsten Schulautorität unseres Landes und vor der ganzen großen Öffentlichkeit das Wort zu reden.

Ich will nun nicht versuchen, die Wünsche dieser Petition im einzelnen Ihnen vorzutragen und zu erläutern. Manche dieser Wünsche finden ja gar keinen Widerspruch und haben wirklich große Bedeutung selbst in socialpolitischer Bedeutung, z. B. die Forderung, daß es doch nicht so unendlich erschwert sein möge, wie heute, von einer Schule auf die andere überzugehen. Denken Sie sich, welche Wirkung es in socialer Beziehung haben würde, wenn die Berufswahl einige Jahre später an den Menschen heranträte, wieviel sociales Elend damit verhindert werden könnte. Und doch habe ich nicht die Hoffnung, daß nach dieser Richtung sobald Abhilfe geschaffen wird, da das vorgeschlagene Mittel, nämlich die Verlegung des Beginns des Unterrichts der alten Sprachen auf die höheren Klassen, der historischen Entwickelung unserer Gymnasien und somit der bei uns so mächtigen, vielleicht allzu mächtigen Schultradition widerspricht.

Meine Absicht ist also nicht, in das Einzelne einzugehen,

sondern nur einen Punkt — und der ist meiner Ansicht nach der eigentliche Kernpunkt der eben genannten Petition — hervorzuheben, und dieser Kernpunkt ist und bleibt nichts anderes als dasjenige, was der Herr Vorredner ausgeführt hat: eine bessere Verteilung unserer Schüler nach ihrem Lebensbedürfnis auf die Anstalten gymnasialer und realistischer Gattung. Aber auch diese meiner Ansicht nach berechtigte Seite der Petition hat Anfechtung gefunden; vor allem ist der die Gymnasien betreffende Passus, und mit vollem Recht, angefeindet worden. Zwar bin auch ich der Ansicht, daß in den Privilegien der Gymnasien der Urgrund aller Schwierigkeiten, die in dem höheren Schulwesen bestehen, liegt. Das hat aber nicht direkt mit dem Lehrplan zu thun. Wir wissen in erster Linie, daß das Gymnasium uns den weitaus größten Teil unserer tüchtigen Männer in Wissenschaft, in Verwaltung, im öffentlichen Leben, und damit den Beweis geliefert hat, daß es vortrefflich geeignet ist, bis zum Abiturientenexamen die geistige Reife zu erzeugen, die zum vollen und ganzen Eindringen in die Kultur und das Leben der Gegenwart befähigt. Darum kann ich aber auch mit voller Sicherheit behaupten, daß weitaus die größte Mehrheit dieser Unterstützer der Petition nicht an eine Reform der Gymnasien durch Beseitigung des Griechischen gedacht hat, an den Punkt, der am meisten beanstandet worden ist. Desto entschiedener ist aber der weitaus größte Teil der Unterzeichner sich bewußt, daß in dem Verlangen nach Revision der Berechtigungen das einzige Mittel zu finden, die Gleichwertigkeit moderner und antiker Bildungselemente zur Geltung zu bringen. Wie gern man auch zugiebt, daß das Gymnasium eine vorzügliche Vorbereitung für die Universität ist, so erinnert man doch daran, daß noch vor zwei Menschenaltern ein ganz anders geartetes Gymnasium dasselbe Recht genossen hat. Das Gymnasium nach dem Plane von 1816 hatte z. B. in Sexta und Quinta 6 Stunden Deutsch gegenüber den 3 und 2 Stunden des heutigen Gymnasiums, 6 Stunden Latein gegenüber den heutigen 9 Stunden. Warum sollte nun das Real-

gymnaſium heutigen Tages mit je 3 Stunden Deutſch und 7 bis 8 Stunden Latein ſich nicht als ebenſo berechtigten Erben des Gymnaſiums von vor 1837 betrachten wie das heutige Gymnaſium. Meine Herren, gleichzeitig mit dem Inslebentreten des neuen Gymnaſialplanes von 1837 wurde durch ganz Preußen eine Reihe ſechsklaſſiger höherer Bürgerſchulen gegründet, die dem wirtſchaftlichen Leben dienen ſollten. Durch die Prüfungsordnung von 1859 wurden dieſe Schulen, die ſich außerordentlich bewährt, und weiten Kreiſen eine für ſie recht geeignete Bildung gegeben hatten, zu neunklaſſigen Realſchulen erſter Ordnung entwickelt. Es wurden dieſen Schulen hohe Ziele gegeben, aber Berechtigungen nur in Ausſicht geſtellt. Als dieſe Berechtigungen endlich gewährt wurden — ich faſſe die Sache in einigen ganz kurzen Sätzen zuſammen —, erſtreckten ſie ſich nur auf Mathematik, neuere Sprachen und Naturwiſſenſchaften; zu viel zum Sterben und zu wenig zum Leben. Die Realſchulen erſter Ordnung, ſpäter Realgymnaſien genannt, friſteten ſeitdem ein kümmerliches Daſein. Was Bürgerſchule geblieben, wurde nun im Laufe der letzten 20 Jahre bis auf 30 oder 40 Schulen, Progymnaſium, Gymnaſium. Was iſt nun ſchließlich die Folge dieſer Entwickelung geweſen? In den Jahren 1882 bis 1887 haben von 1000 das Gymnaſium verlaſſenden Schülern 693, vorwiegend für das wirtſchaftliche Leben beſtimmt, ſich mit Latein und Griechiſch gequält, während doch Deutſch, Mathematik, Naturwiſſenſchaften und neuere Sprachen ihnen für ihr Leben ſehr viel nützlicher geweſen wären. Es haben ſich, meine Herren, alſo die Verhältniſſe in unſerem Lande allmählich dahin zugeſpitzt, daß unſere höheren Anſtalten, theoretiſch vorzüglich nach dem Willen und den Beſtrebungen ihrer Leiter, praktiſch vorzüglich nach ihrer inneren Einrichtung und nach der Befähigung ihrer Lehrer, doch nur einer Minderheit von Schülern die in ſich gefeſtigte abgeſchloſſene Bildung gewähren, die der großen Mehrheit mit auf den Weg zu geben ihre bedeutungsvolle Aufgabe wäre. Am ſchlimmſten kommt dabei weg der Nachwuchs der dem wirtſchaftlichen

Leben angehörigen Kreiſe, ſoweit er nicht Zeit und Trieb hat, bis zum Abiturientenexamen eines Realgymnaſiums oder Gymnaſiums durchzudringen. Für dieſen Nachwuchs — das iſt wirklich ein Krebsſchaden in unſerem kaufmänniſchen, induſtriellen, überhaupt wirtſchaftlichen Leben — für dieſen Nachwuchs bedeutet die Reife für Oberſekunda und damit das Zeugnis der Reife für den einjährig-freiwilligen Dienſt, beſonders wenn dieſe Bildung auf dem Gymnaſium errungen iſt, zwar den Beſitz einer guten formalen Schulung, aber ganz beſtimmt einen Fehlbetrag an allgemein wiſſenſchaftlicher und idealer Bildung.

Meine Herren, ich weiß nicht, ob dieſe meine Ausführungen, die ja darauf hinausgehen, Ihnen zu zeigen, was der eigentliche Grundgedanke der 23000 Männer iſt, die ſich an den Herrn Miniſter gewandt haben, als richtig anerkannt werden. Daß viele ſo denken wie ich, das zeigt die in den letzten Jahren erfolgte Neugründung von Realſchulen, ſechs- und ſiebenklaſſig, in manchen Städten, wo zur Selbſthilfe Kraft und Mittel vorhanden waren. Der Herr Miniſter hat dieſen Beſtrebungen Verſtändnis und Anerkennung entgegengetragen, ſie zu fördern in freundlicher Weiſe in Ausſicht geſtellt. Es wird für ihn nicht nötig ſein, noch einmal, wie in der Petition befürwortet wird, Gutachten einzuholen, in welcher Richtung die allgemeinen Wünſche ſich bewegen. Schwieriger wird es ſein, die geeigneten Mittel zu finden und den Bedenken zu begegnen, die ſich dem zweifelnden Sinn auf Schritt und Tritt entgegentürmen. Die Mittel würden ſich finden, wenn der Herr Miniſter zu dem Entſchluß kommen wollte, aus ſeinem großmächtigen Einfluß heraus das geſamte Realſchulweſen aus ſeiner jetzigen Aſchenbrödelſtellung emporzuheben. Freie Konkurrenz, gleiches Licht und gleiche Sonne für die beiden Anſtalten zu geiſtiger Reife und, wie ſchon der Herr Vorredner geſagt hat, zu denſelben idealen Zielen! Das iſt es, was das Realſchulweſen bedarf.

Wenn man dem Abiturienten der Gymnaſien zutraut, daß er die Lücken ſeiner Bildung in der Naturwiſſenſchaft,

Mathematik und anderen Sprachen trotz Mensur, Abendkneipe und Frühschoppen auf der Universität auszufüllen vermag, wenn er für seinen zukünftigen Beruf dieser Ausfüllung dringend bedarf, dann kann man wohl dem Realgymnasialabiturienten auch zutrauen, daß dieser die weitere Kenntnis des Lateinischen und das Griechische nachholen wird, wenn in seltenen Fällen sein Herzensdrang ihn zu Berufen führt, in denen gerade diese Disciplinen als die wichtigsten betrachtet werden. In Zukunft würde dann nicht mehr wie jetzt das an der Vorbildung klebende Vorurteil, sondern das Staatsexamen über die Befähigung zum künftigen Beruf entscheiden.

Ist sonach, meine Herren, die Erweiterung der Berechtigungen, die volle Gleichstellung der beiden Anstalten das vornehmste Mittel für die dringend nötige Hebung der realistischen Anstalten, so tritt unmittelbar in gleicher Bedeutung daneben die staatliche Förderung der Anstalten ohne Latein mit kürzerer Kursusdauer und abgeschlossener Entwickelung. Wenn wir in unserem Etat einen Zuschuß von fünf Millionen auf die für die gelehrten und Beamtenberufe bestimmten neunklassigen Schulen verwandt sehen — fast alle im Kapitel 120 bedachten Schulen sind neunklassig —, dann kann man mit demselben Recht von dem Staate verlangen, daß er den eine höhere Bildung suchenden, im wirtschaftlichen Leben stehenden Berufen dadurch eine entsprechende Vorbildung gewährleistet, daß er eine von Jahr zu Jahr steigende Summe für die Förderung solcher Anstalten auswirft. Hat der Staat in früherer Zeit in verständiger Weise zur Hebung der Qualität seiner Beamten, zur Förderung der Wissenschaft große Opfer zu bringen sich zugemutet in Förderung der Gymnasien, so kann er sich, wie die Dinge sich verändert haben, wie die wirtschaftlichen Forderungen der Neuzeit nun einmal nicht aus der Welt geschafft werden können, dem nicht entziehen, daß er auch denjenigen Schulen, die ihm die tüchtigen Kräfte zur Anbahnung wirtschaftlichen Gedeihens und allgemeinen Wohlstands erziehen sollen, in gleicher Weise fördernd zur Seite trete.

Der Herr Minister soll — mit dieser Bemerkung will ich schließen — in Beantwortung der durch die besprochene Petition angeregten Wünsche sich dahin ausgesprochen haben, daß hervortretende Übelstände sich nur auf dem langsamen Wege allmählicher Einzelbesserung beseitigen lassen und hierauf sein Bemühen unabläßig gerichtet sei. Ich will gerne zugeben, daß dies im allgemeinen richtig ist. Ich hoffe nur, daß der Herr Minister darum nicht weniger zu dem Zugeständnis bereit sein wird, daß über das Tempo, in welchem dem erkannten Bedürfnissen Abhilfe zu schaffen geradezu erforderlich ist, sich sehr wohl streiten läßt.

Ich bin der Ansicht, daß die Dinge so weit gekommen sind, daß ein recht rasches Tempo der Reform zu empfehlen ist. Unter allen Umständen aber hoffe ich, daß der Herr Minister in meinen Ausführungen einen Ausdruck des in weiteren Kreisen bestehenden ungemein großen Interesses für die Entwickelung unserer höheren Lehranstalten und des dringenden Wunsches, durch die öffentlichen Schuleinrichtungen mehr als bisher dem Bildungsstreben aller Berufsarten gleichmäßig gedient zu sehen, erblicken und anerkennen wird. (Bravo! links.)

Bei Kapitel 122: Kunst und Wissenschaft, kam ich am 12. März 1889 auf das von mir schon mehrfach behandelte Thema, die Museen der Volksbildung und Volksveredlung in höherem Grade als bisher nutzbar zu machen, zurück.

Am 26. März 1889 sprach ich zu der Resolution, welche die Kommission für das Gesetz bezüglich der Witwen- und Waisenkassen für Elementarlehrer gestellt hatte:

Meine Herren, das tiefere Eingehen auf die Materie der Fürsorge für die Witwen und Waisen unserer Volksschullehrer hat Ihre Unterrichtskommission an der Hand einer großen Reihe von Petitionen veranlaßt, sich nicht mit der Vorberatung des Gesetzentwurfs, den Sie eben angenommen haben, zu begnügen, sondern auch in Frage zu ziehen, ob die Fürsorge für die Witwen und Waisen der Volksschullehrer, wie sie bisher stattgefunden hat, eine den allermäßigsten Ansprüchen

genügende sei. Die Kommission hat diese Frage in verneinendem Sinne entschieden. Die Fürsorge ist nicht genügend. Sie tritt daher an das Hohe Haus mit der Resolution heran, die Staatsregierung aufzufordern, die Pensionsverhältnisse der Witwen und Waisen der Volksschullehrer neu zu regeln.

Die Fürsorge beträgt für alle Witwen gleichmäßig 250 Mark. Es mag das genügend sein für jüngere arbeitskräftige Witwen ohne Kinder, vielleicht auch noch mit einem Kinde; es wird nicht hinreichend sein für Witwen im höheren Alter, vielleicht krank und arbeitsunfähig, oder für Witwen mit mehreren oder gar vielen Kindern. Es wird dieser gleichmäßige Satz für alle Witwen vielleicht genügen in Landesteilen mit billiger Lebenshaltung und niedrigem Lehrergehalt. Es wird aber nicht hinreichend sein in Landesteilen mit teurer Lebenshaltung und hoher Lehrerbesoldung. Die über ganz Preußen verbreiteten Pestalozzivereine haben in ihrer segensreichen Wirksamkeit es sich zur Aufgabe gestellt, das Fehlende nach besten Kräften zu ergänzen, aus Mangel an Mitteln dies jedoch nur in beschränktem Maße vermocht.

Die Lehrer selbst empfinden dringend das Bedürfnis, daß für ihre Hinterbliebenen besser gesorgt werde. In einer großen Zahl von Petitionen machen sie Vorschläge, die meist in der Richtung sich bewegen, den Betrag von 250 Mark etwa auf 400 Mark zu erhöhen und für die Waisen eine Summe von je 80 Mark in Aussicht zu nehmen, um eine gute Erziehung zu gewährleisten. Die Kommission hat auf diesen Wunsch schon allein um deswillen nicht eingehen können, weil damit nur dem einen der vorhandenen Übelstände, der Gleichstellung der Witwen ohne Kinder mit der verwitweten Mutter abgeholfen würde, nicht aber dem andern ebenso großen Mangel, daß die Witwen ganz gleichmäßig behandelt werden, einerlei, in welcher Lebenshaltung sie sich befinden oder wie das Gehalt ihrer verstorbenen Ehemänner gewesen ist. Es wird erforderlich sein, wenn wir wirklich etwas Befriedigendes erreichen wollen, mit dem bisherigen System zu brechen und,

wie es in der Resolution heißt, nach Analogie des Gesetzes für die Witwen und Waisen der unmittelbaren Staatsbeamten vorzugehen, nach Analogie, nicht in voller Übereinstimmung, da wir es ja hier mit besonders gearteten, bestehenden Kassen zu thun haben.

Ich denke mir nun, meine Herren, die Einrichtung folgendermaßen. Die neu eintretenden Lehrer können, wie der Herr Abgeordnete Krah schon angeführt hat, nicht verlangen, günstiger gestellt zu werden als die übrigen Staatsbeamten und werden daher gerne bereit sein, soweit sie noch keine Rechte haben, einen besonderen Zuschuß zu bezahlen, um im ungünstigsten Falle, wie bei frühem Tode, statt des staatlichen Satzes die bisher bezogene Minimalwitwenpension von 250 Mark dauernd gesichert zu erhalten. Was dann noch fehlen wird, um die bisherigen Kassen zu befähigen, den neuen Anforderungen zu genügen, und die Fürsorge für die Lehrerwitwen und -Waisen bis zu der Höhe derjenigen für die unmittelbaren Staatsbeamten zu steigern — das setzt sich zusammen aus drei Faktoren, in erster Linie aus den Beiträgen der Lehrer zu den Kassen — diese sind von der Staatskasse übernommen —; zweitens aus den Beiträgen der Gemeinden — diese bleiben bestehen. — Die beiden Faktoren würden aber nicht genügen, um die Leistungsfähigkeit der Kassen dauernd zu sichern, es wird also drittens noch ein Bedürfniszuschuß notwendig sein, der auf Staat und Gemeinden nach billigem Verhältnis zu verteilen ist unter Schonung der Mittel der Gemeinden, denn so verstehe ich den Ausdruck der Resolution „in Zukunft eine Neubelastung der Gemeinden thunlichst zu vermeiden".

Wenn ich daran erinnere, wie große Opfer ein erheblicher Teil der mittleren und größeren Städte bereits in den letzten Jahrzehnten für die Witwen und Waisen ihrer Volksschullehrer gebracht hat, Opfer, die mannigfach über die Leistungen des Staates für die unmittelbaren Staatsdiener hinausgehen, so zweifle ich nicht, daß auch die weniger bemittelten Gemeinden im Verhältnis zu ihren Mitteln gern mithelfen werden, damit

der besprochene Übelstand, der jetzt in den Lehrerkreisen so allgemein und tief empfunden wird, aus der Welt geschafft werde. Ich empfehle Ihnen die Resolution ad 2 zur einstimmigen Annahme.

Am 8. April 1889 erinnerte ich, wer weiß zum wievielten Male, an die noch immer ausstehende Regelung der Pensionsverhältnisse der Lehrer an den mittleren Schulen.

Haus, Familie, gesellige Beziehungen, Reisen treten in diesem Jahrzehnt gegenüber dem Berliner Leben und der Thätigkeit im Parlament etwas in den Hintergrund. Die durch den Tod meiner lieben Frau hervorgerufene Familientrauer war durch die Krankheit meiner Tochter Sophie so verschärft worden, daß für Jahre ein frohes Leben am häuslichen Herd keine Wurzel fassen konnte. Es zeigte sich, daß es der gesunden Lebenslust der einzelnen Familienglieder vorbehalten sein müsse, sich von dem so geschaffenen Bann zu befreien. Meine Tochter Emma verheiratete sich 1883 mit Ernst Heydweiller (Trauung Pastor Fay, besonders schöner Trinkspruch auf die Eltern von W. Jentges), Sophie 1885 mit Arthur Dahl und Helene ebenfalls 1885 mit Oberleutnant Schelle. Die Hochzeit von Emma wurde in meinem Hause, die von Sophie und Helene zusammen in der Stadthalle gefeiert. An Familienzuwachs hat es in den ersten Jahren nicht gefehlt. In den Jahren 1883—1886 hatten wir die Freude, einen Sohn und drei Töchter meines Bruders Wilhelm aus Amerika auf Besuch bei uns zu sehen. Dagegen nahm uns der unerbittliche Tod im August 1880 unseren lieben Onkel Moritz vom Bruck und im Juli 1884 unseren lieben Schwieger- bezw. Großvater Emil vom Bruck. Mein altes Kränzchen, das ich noch im vergangenen Jahrzehnt als den Mittelpunkt meiner geselligen Beziehungen bezeichnete, blieb nunmehr nur noch bestehen als Vereinigung zur Begrüßung und Bewirtung der Redner in unserem Verein für wissenschaftliche Vorträge. Es gelang, bis zum Schlusse der Wirksamkeit dieses Vereins, seine Leistungen auf der Höhe zu erhalten. Notiert finde ich nur die Redner, die ich während der Pausen meines Berliner Aufenthalts ein oder mehrere Male gehört habe. Es waren: Brugsch-Pascha, Gareis, von Hellwald, Kugler, Lamprecht,

Lazarus, Jul. Leſſing, Riehl, Scherer, Erich Schmidt, Trendelenburg. Gewohnt haben in dieſen Jahren bei mir recht viele Freunde und Bekannte; ich finde die Namen: Conrad, Crönert, Gareis, Graf, Kugler, Jul. Leſſing, Alex. Meyer (Vortrag im Deutſchen Verein), Münſterberg und Frau, Paaſche, Miß Read, die alte Freundin meiner Frau (1888), von Schenckendorff, Erich Schmidt, Couſine Luiſe Seyffardt in Kampen, der ich Oktober 1883 einen Gegenbeſuch machte, Alida Seyffardt in Amſterdam, Trendelenburg, Wehrenpfennig; und ſchließlich die Einquartierungen, u. a. die Oberſten des 39. Regiments von Kamecke und Schmidt von Knobelsdorf. Von den Mitgliedern meines Kränzchens ſtarben am 12. Januar 1883 Richard von Lumm, das unzweifelhaft luſtigſte, am 16. Juni 1884 bei Gelegenheit des Begräbniſſes von Fritz Hermes: Wilh. Jentges, das weitaus begabteſte Mitglied unſeres Freundeskreiſes.

Wie im vorigen Jahrzehnt dem damals dringendſten öffentlichen Bedürfnis, der Stadt Krefeld einen Saal für größere Feſtlichkeiten, Konzerte und ſonſtige Aufführungen zu verſchaffen, nur dadurch entſprochen worden war, daß Jentges, Heimendahl und ich mit je 10000 Mark an die Spitze der Unterzeichner traten, ſo mußte ich 1884 wieder mit 10000 Mark die Liſte eröffnen, um die Reſtauration des Krefelder Stadttheaters in die Wege zu leiten.

1881 finde ich zuerſt erwähnt, daß ich meine Wohnung zu allen Vorberatungen der liberalen Fraktion des Stadtverordnetenkollegiums zur Verfügung ſtelle (in meiner Abweſenheit that dies mein Schwager Emil de Greiff), nicht minder auch zu kleinen Abendeſſen und größeren Bowlenpartien zur Unterſtützung der nationalliberalen Partei bei den ſtaatlichen und kommunalen Wahlen. Die Friedensfeier vom November 1886 nach Beendigung der aus der eigenen Partei hart angefeindeten Stadtverordnetenwahl iſt mir in der Erinnerung geblieben.

Ich nahm, aufgefordert offiziell vom Komitee und privatim durch meine alten Jugendfreunde Auguſt Croon und Carl Mayer, am 25. Oktober 1885 Teil an dem im großen Kurhausſaale in Aachen veranſtalteten Feſteſſen zum 50jährigen Jubelfeſt des Real-

gymnasiums, auf welcher damals höhere Bürgerschule genannten Anstalt ich mein Abiturientenexamen gemacht hatte. Bei dieser Gelegenheit, an der sich, wahrscheinlich wegen des traditionell antiultramontanen Geistes der Schule, weder ein Vertreter der Stadt noch des Kuratoriums beteiligte, war eine Kribben-Hilgers-Stiftung für Schüler, die an der Anstalt ihr Examen machen wollten, begründet worden. Aus dem „Aachener Anzeiger, politisches Tageblatt" meines Schulkameraden Laruelle notiere ich von den ungemein zahlreichen Trinksprüchen diejenigen, die man vielleicht als die offiziellen bezeichnen dürfte: Vorsitzender des Komitees G. Kesselkaul auf den Kaiser, L. F. Seyffardt auf das Realgymnasium und seine Zukunft, jetziger Direktor Dr. Neuß auf die altehrwürdige Kaiserstadt, Buchhändler Mayer auf den früheren Direktor, Geh. Regierungsrat Professor Dr. Hilgers, Hilgers auf die alten Schüler, Regierungsbaumeister Frentzen auf die Ehrengäste: Deiters, Steinbart, Rovenhagen; Rektor der technischen Hochschule Professor Dr. Wüllner auf Direktor Neuß.

Ich war eingeladen und beteiligte mich an einer im Sommer 1888 durch den Kollegen Seer veranstalteten Besichtigung der neuen deutschen Ansiedelungen in der Provinz Posen. Teilnehmer waren: Hobrecht, Jordan, Jürgensen, Knebel, Sattler, von Schenckendorff. Wir wurden von Seer auf Domäne Nischwitz bei Güldenhof gastlich aufgenommen, von dem Oberpräsidenten Graf von Zedlitz-Trützschler geführt und von dem letzteren und dem Rittergutsbesitzer Wendorff bewirtet.

Meine größeren Reisen richteten sich in diesen Jahren nach:

1880 Juni-Juli: Rußland und Polen.

1881 Mai-Juni: Spanien und Marocco. Begleitung meine Tochter Emma und Nichte Maria von Beckerath.

1882 Juli-August: Krim und Kaukasus.

1883 Juli-August: Schweiz, mit Töchtern Sophie und Helene, teilweise auch Ehepaar Heydweiller und Fräulein Barnstein.

1884 Juli: Schwarzwald (Baden-Baden), mit Töchtern Sophie und Helene.

1884 August-September: Österreich, mit Töchtern Sophie und Helene.

1886 Auguſt: Ungarn, Siebenbürgen.

1887 Auguſt-September: Bosnien, Herzegowina, Montenegro, Dalmatien.

1888 Juli-Auguſt: England, Schottland und Irland.

1889 Juli-Auguſt: Nordland und Lappland.

In dieſem Zeitraum geſtaltete ſich, wie das parlamentariſche, auch das außerparlamentariſche Leben in Berlin für mich recht angenehm, beſonders ſeit ich 1885 das Mandat für Krefeld mit dem des für die Nationalliberalen idealen Wahlkreiſes Magdeburg vertauſcht hatte. Ich wurde in der neuen Legislaturperiode zum Vorſtand der Fraktion erwählt und mit dem Vorſitz der die Mitglieder der Kommiſſionen auswählenden Kommiſſionskommiſſion an Stelle des alten Wachler betraut. Nach Franckes Austritt vertrat ich die Fraktion auch im Seniorenkonvent. Statt des Mittagstiſches im Theaterreſtaurant Faber (Teilnehmer u. a. Wachler und Knebel) fand ich ſeit 1884 eine ſehr angenehme Tafelrunde im Hotel du Nord bei B. Seifert, in dieſem Jahrzehnt u. a. aus den Kollegen Dürre, von Eynern, Francke, Friederichs, Gaertner, Graf, Grimm-Frankfurt a. M., Grimm-Wiesbaden, Heineken, von Hergenhahn, Jordan, Knauer, Knebel, Melbeck, Natorp, Olzem, Sattler, von Schenckendorff, Schmieding, Schultz-Bochum, Seer beſtehend. Es war derſelbe Kreis, der auch den Mittelpunkt der Fraktionskneipe bildete. Dieſe wechſelte von Zennig zum alten und dann zum neuen Siechen, endlich zu Sedlmayrs Spatenbräu. Auf der Kneipe überwogen die Landtagsmitglieder, doch waren auch vom Reichstag u. a. Büſing, Buhl, Marquardſen, Meyer-Jena, Müller-Sangerhauſen, Oechelhäuſer tägliche Gäſte.

Ich verkehrte von Jahr zu Jahr weniger in Berliner Kreiſen, abgeſehen von Häuſern der Kollegen und von den Einladungen zu Hofe. Alljährlich machte ich bei den Majeſtäten eine Defiliercour und einen Ball mit, in dieſem Jahrzehnt noch im Frack, ſeit 1891 in der neuen Hoftracht (Brandenburger Rock, Wadenſtrümpfe, Degen).

1885 wohnten meine beiden Töchter und Schwiegertochter Paula v. Randow noch unvermählt in Berlin bei mir, 1887 die

Ehepaare Heydweiller und Schelle und 1888 Ehepaar Dahl. Mit Paula besuchte ich Kaiser Wilhelms I. (gest. 9. März 1888) Aufbahrung im Dom; bei Francke Unter den Linden sah ich den Leichenzug. Zum Begräbnis Kaiser Friedrichs III. war ich wieder in Berlin, um der Eidesleistung Kaiser Wilhelms II. beizuwohnen.

Als Berliner kleine Ereignisse, denen ich beiwohnte, verzeichne ich:

1881 Konferenz für Ferienkolonien unter Minister Falks Vorsitz und Inspektion der Berliner Ferienkinder durch die Kronprinzessin Victoria.

1883 Begräbnis von Schulze-Delitzsch in Potsdam. Zusammentritt der Secession und des Fortschritts zur Deutschfreisinnigen Partei.

1884 Trauerfeier für Lasker in der Synagoge und Gedächtnisrede auf Lasker von Bamberger in der Singakademie.

Meine Fraktionsdiners in ihrer der zwanglosen Geselligkeit gewidmeten Form fanden, mit Ausnahme der Jahre, in denen mein Mandat in Frage stand, alljährlich statt. Sie wurden von den Mitgliedern des Landtags und Gliedern der befreundeten Presse mit großer Freundlichkeit besucht und hochgehalten. Die liberalen west- und norddeutschen Zeitungen berichteten über den Seyffardtstag wie über jede andere Fraktionsangelegenheit. Hobrecht, Hammacher, Gneist, Marquardsen erschienen wie die täglichen Tisch- und Kneipgenossen regelmäßig. Die Herren vom Reichstage, die sogen. Oberkollegen, besonders Buhl, Meier-Bremen, Meyer-Jena, Oechelhäuser, in den Jahren, in denen der Verkehr zwischen Reichstag und Landtag etwas lebendig war, wie 1885 und 1886, mehr wie in anderen Jahren. 1886 beehrten mich meine neuen Magdeburger Freunde, u. a. Duvigneau, Zwicker, Listemann, Oberbürgermeister Böttticher, mit ihrem Besuch auf dem Fraktionssessen.

Vierter Teil.

1890—1900.

Bei der Wahl zur Stadtverordnetenverſammlung beſitzen die Liberalen noch immer das Übergewicht in der 1. und 2. Klaſſe, in der erſten unbeſtritten, in der zweiten mit erheblicher Mehrheit.

Bei den Wahlen erhielten in 2. Klaſſe:

	die Liberalen	die Klerikalen	die Bürgerpartei
1891	583	396	— Stimmen
1893	414	105	— „
1895	386	303	— „
1897	386	116	57 „
1899	370	105	37 „

Der Zweifel, der bei der 97er Wahl in mir entſtand, ob ich nach ſo lange Zeit ſich regelmäßig jährlich wiederholender Abweſenheit einem jungen Manne Platz machen ſolle, wurde gehoben, als ich in der geheimen Vorwahl ſämtliche Stimmen erhielt.

Das 1885 verlorene Landtagsmandat blieb den Klerikalen dauernd erhalten.

1888 ſtimmten 185 Wahlmänner für Trimborn, 143 für Landgerichtsrat Grönert in Trier.

1893 ſtimmten 239 Wahlmänner für Dr. Bachem, 151 für Gymnaſialdirektor Dr. Wolleiffen in Krefeld.

1898 ſtimmten 247 Wahlmänner für Dr. Bachem, 143 für Chefredakteur Dr. Weſtenberger in Krefeld.

Alle drei liberalen Kandidaten zeigten in ihren Reden, daß sie einen besseren Erfolg verdient hätten. Sie mußten sich mit dem Gedanken trösten, daß gegen geistige Rückständigkeit nicht anzukommen ist.

In meinem seit 1885 erworbenen Landtagswahlkreis Magdeburg gingen die Sachen ganz nach Wunsch. Ich wurde 1888 mit 461 gegen 45 konservative Stimmen (Peter Schmidt) und 9 deutsch-freisinnige Stimmen (Hänel in Kiel), mein Specialkollege Dr. Dürre-Magdeburg mit 460, gegen 38 und 5 Stimmen gewählt.

Bei der 93er Wahl erhielt ich 636 nationalliberale gegen 30 konservative, Specialkollege Reichardt-Magdeburg 617 nationalliberale gegen 25 konservative Stimmen. Telegramme, unterschrieben von Duvigneau, Knyrim und Pipo benachrichtigten mich von dem leicht gewonnenen Sieg.

Bei der Krefelder Reichstagswahl, zu der ich von 1871 bis 1887 mit dem Bewußtsein der Erfolglosigkeit kandidiert hatte, trat im Jahre 1890 auf der liberalen Seite ein Personenwechsel ein, 1893 mußte ich aber doch wieder daran glauben. Politische Dilettanten waren in den Vordergrund getreten mit dem theoretisch plausibeln Gedanken, man solle doch einmal versuchen, einen staatstreuen Katholiken zu gewinnen. Man gab sich undenkliche Mühe und reiste bis nach Koblenz zu Generaloberst von Loë und nach Breslau zu Fürstbischof Kopp, aber man wurde nicht einmal vorgelassen. Der alte Durchfallskandidat wurde nun doch veranlaßt zuzusagen. Die nicht gewonnenen Lorbeeren der städtischen Deputation ließen aber die ländlichen Wähler nicht ruhen. Man müsse an ländliche Vertrauensmänner denken. Ein solcher war bald gefunden und schien auch das in ihn gesetzte Vertrauen verdienen zu wollen. Im allerletzten Augenblick versagte aber auch er und der Vorsitzende des Wahlkomitees, Karl Kramer, schrieb mir nach Berlin, ich müßte schließlich doch die Sache vor die Brust nehmen und meine Weisheit vor den Wählern auskramen.

Es erhielten Stimmen:

	1890		1893		1898	
	Stadt	Stadt u. Land	Stadt	Stadt u. Land	Stadt	Stadt u. Land
Bachem C.	6802	10 309	7216	11 134	7141	11 551
Crönert n.l.	3621	3 926	—	—	—	—
Grillenberger f.d.	2703	3 028	—	—	—	—
Seyffardt	—	—	3868	4 168	—	—
Schreinergef. Helbig f.d.		—	3357	3 725	—	—
Dr. Weſtenberger n.l.		—	—	—	2974	3 242
Clemens Hengsbach f.d.		—	—	—	4521	5 145

Aus den Beratungen der Stadtverordneten iſt neben Schule und Armenverwaltung noch über verſchiedene andere Gegenſtände fragmentariſch zu berichten. Bis zu dem Zeitpunkt, an dem der Drang der Umſtände, beſonders die Übernahme der Gasfabrik, es deutlich erkennen ließen, daß die rückſichtsloſe Betonung des Parteiintereſſes der Geſamtentwickelung unſerer Stadt recht nachteilig zu werden begann, war das Verhältnis der beiden Fraktionen zu einander unleidlich. Die Lorbeeren, die der erfolgreiche Kampf gegen die Simultanſchulen den Krefelder Hauptheldenim ultramontanen Lager eingebracht hatten, ſollten nicht nur ſorgfältig gewahrt, ſondern auch, wo immer eine Gelegenheit ſich darbot, vermehrt werden. Man legte Wert darauf, die Gegenſätze, die im Beginn der achtziger Jahre zu ſeltener Kampfesluſt aufgebauſcht worden waren, in denkbar größter Schroffheit immer wieder neu zu beleben.

Ein beſonders auffälliges Beiſpiel ergiebt die Anfeindung, die im Beginn des Jahrzehnts das ſtädtiſche Krankenhaus von klerikaler Seite erfuhr. Wie bei den Simultanſchulen waren ſchon ſeit längerer Zeit Beſchwerden geſammelt und nie unterſchieden worden, ob die Mitteilungen von anſtändigen oder ſehr zweifelhaften Leuten ausgingen. Als Endergebnis dieſer Bewegung wurde am 19. Juni 1890 ein klerikaler Antrag beſprochen, der den Neubau eines konfeſſionell evangeliſchen Krankenhauſes mit gleichzeitiger Einrichtung des vorhandenen zu einem unter Pflege von Ordensſchweſtern ſtehenden konfeſſionell katholiſchen Krankenhauſe betraf. Der Antrag wurde an eine Kommiſſion, beſtehend aus den Herren Urſey, Otto, F. de Greiff, Seyffardt, Wollſcheiffen, überwieſen. Am 20. November 1890 wurde die Er-

richtung eines zweiten Krankenhauses mit 18 (darunter 16 Liberale und von Klerikalen Brockerhoff und Creutzberg) gegen 8 (darunter (7 Klerikale und Bongardt) Stimmen, die Pflege von Ordensschwestern mit 16 (liberalen) gegen 10 Stimmen (9 klerikal und Bongardt) abgelehnt. Die einander bekämpfenden Ansichten finden ihren Ausdruck in den beiden folgenden Reden von Seyffardt und Dr. Urfey:

Stadtv. Seyffardt: Sie alle werden es mir nachfühlen, wie schwer es ist, auf die Ausführungen des Vorredners zu antworten, zumal dieselben sich in einer anderen Richtung bewegten, als wir vorbereitet waren. Herr Dr. Urfey gab eine lebendige Verherrlichung der Thätigkeit der geistlichen Schwestern, an der ich sehr viel Wahres gefunden habe. An seine Rede, die er in so feierlicher Weise hielt, will ich nicht das Messer der Kritik anlegen, ich will nicht die Vorzüge der weltlichen Pflege hervorheben, die von der „Wissenschaft" anerkannt werden —, wir würden da in einen Konflikt der Gefühle geraten, der dem einen oder anderen peinliche Momente und Stunden verschaffen könnte. Ich verzichte darauf und acceptiere den Vorschlag, die Angelegenheit in einer Kommission zu behandeln. Wir wollen allem, was da vorgebracht wird, volle und ganze Beachtung widmen, und wenn auch jeder seinen Entschluß bereits gefaßt hat, alles hören und besprechen. Ich will auch nicht im einzelnen nachweisen, welch eigentümlichen Vorschlag die Antragsteller uns machen, einen Vorschlag, der gar nicht ausführbar ist. Nur das eine will ich hervorheben: Projekte, welche die Stadt so sehr belasten, wie dieser Antrag, jährlich 30—40 000 Mark, muß man nicht bloß mit dem Herzen, sondern auch mit dem Verstande erwägen. Der Vorredner hat die Sache nur mit dem Herzen erwogen; er hat die historische Entwickelung unseres Krankenhauses nicht berücksichtigt, er hat nicht gefragt, ob Statuten bestehen, die die Ausführung des Antrages unmöglich machen, oder Vermächtnisse, welche rückgängig werden, wenn wir dem Antrage Folge leisten. Auf eine Besprechung der Mängel des Krankenhauses einzugehen, wäre ich bereit; ich freue mich aber, daß

der Vorredner davon abgesehen hat, sich in öffentlicher Sitzung darüber auszulassen. Ich verehre die Wirksamkeit der Schwestern in vielen Hospitälern, ich habe mehrfach Gelegenheit gehabt, mich davon zu überzeugen. Ob aber in den einzelnen Fällen, namentlich bei konfessionell gemischter Bevölkerung, die Thätigkeit der Schwestern am Platze ist, das steht auf einem anderen Blatt. Es ist mir völlig klar, in welcher Absicht man diesen unhaltbaren Antrag gestellt hat; derselbe ist unhaltbar schon deshalb, weil in Preußen keine einzige Stadt existiert, wo von städtischer Seite konfessionelle Krankenhäuser eingerichtet worden sind. Uns zuzumuten, daß Krefeld in dieser Hinsicht ein Unikum bilde, das ist doch in der That eine etwas starke Zumutung. Wir werden uns zu dem vorliegenden Antrage (Errichtung konfessionell getrennter Krankenhäuser) absolut ablehnend verhalten. Der Grund dafür liegt in unserer ganzen Vergangenheit. Das moderne Leben reißt die Menschen auseinander, Alter, Stellung und Vermögen rufen Abgründe hervor, welche man zu überbrücken sich bemühen muß. Wir respektieren die Konfession, aber wir wünschen nicht, sie zum Hindernis im Verkehr werden zu lassen. Wir gehen einer Zeit entgegen, wo die konfessionellen Gegensätze nicht mehr so schroff auftreten werden; ich habe zwei Drittel meines Lebens in milderen Zeiten zugebracht, ich hoffe, es noch zu erleben, daß diese Zeiten wiederkehren. Soweit meine Fühlung reicht, ist alle Aussicht vorhanden, daß in der neuen Ära die Morgenröte des von mir erwünschten Zustandes aufgeht. Darum wollen wir uns bestreben, unser Krankenhaus in diese mildere Zeit hinüber zu retten. Im übrigen aber verspreche ich, daß wir in der Kommission alles recht eingehend mit Wohlwollen besprechen werden, aber ich glaube nicht, daß wir zu dem von Ihnen erwünschten Ziele gelangen.

Der Vorsitzende sprach seine Anerkennung darüber aus, daß man in die Debatte keine Punkte hereingezogen, welche nicht hineingehören und nur geeignet seien, die Gemüter zu verbittern. Er bat, auch weiterhin untergeordnete Sachen aus der Debatte zu lassen.

Stadtv. Dr. Urfey: Herr Seyffardt hat so gesprochen, wie ich es nicht anders von ihm erwartet habe; er hat sich gegeben, wie er ist. Aber er hat gerade gegen das verstoßen, was der Herr Vorsitzende soeben gerühmt hat. Es ist kaum möglich, ohne Erregung auf seine Ausführungen zu antworten, denn er hat mit großer Emphase gerade alles verherrlicht, was wir als das größte Unglück beklagen. Er hofft, die Morgenröte aufgehen zu sehen, ich glaube, statt dessen geht ihm ein Irrlicht auf. Ich will mir Gewalt anthun und absolut nicht auf diese Dinge weiter eingehen. Wenn aber der Vorredner gemeint hat, ich habe unseren Antrag nur mit dem Herzen, nicht aber mit dem Verstande erwogen, so muß ich darauf einiges antworten. Gewiß habe ich mit dem Herzen die Sache in Erwägung gezogen, sogar mit vollem Herzen; aber mit dem Herzen müssen auch Sie an die Krankenhausfrage herantreten, wenn Sie nicht den Vorwurf auf sich laden wollen, daß Sie unseren armen Kranken gegenüber herzlos sind. Ich gestehe gerne, daß ich mit wärmstem Herzen die Frage in Erwägung ziehe, weil eben, wie der Vorredner mit Recht andeutete, die sociale Frage dabei in Betracht kommt, daß für die ärmeren Klassen in der Krankheit in leiblicher und geistiger Hinsicht aufs beste gesorgt wird; ich werde nicht eher ruhen, und sollte es die letzte Arbeit meines Lebens sein, bis ich für unsere Kranken das erreicht habe, ich halte es für meine Gewissenspflicht als Christ und als Arzt. Aber ich habe auch den Verstand bei Erwägung unseres Antrages zu Rate gezogen. Woran liegt es denn, daß wir hier in Krefeld bei mehr als 100000 Einwohnern nur 170—180 Kranke im Krankenhause haben, während alle anderen Städte im Verhältnis zu ihrer Einwohnerzahl die vier- bis fünffache Anzahl haben? Liegt es etwa daran, daß die Krefelder zu eigensinnig wären, ins Krankenhaus zu gehen? Ich könnte Ihnen Herren von Ihrer politischen Gesinnung namhaft machen, welche sagen: „Ich ginge auch nicht hin!“ „Ich schicke mein Dienstmädchen nicht mehr dahin!“ Ich will mich gelinde ausdrücken: Man hat Bedenken, ins Krankenhaus zu gehen. Würden diese

Bedenken gehoben, dann wäre ein zweites Krankenhaus längſt notwendig. Allerdings würde dann das ſtädtiſche Budget etwas mehr belaſtet, aber andererſeits würden die Kranken auch ihre Geſundheit raſcher wiedererlangen und damit wäre auch Geld verdient. Aber auch, wenn wir jährlich 30 bis 40000 Mark mehr ausgeben müßten, was in Wirklichkeit nicht der Fall ſein würde, dann ſcheint mir dieſe Summe nicht zu hoch zu ſein für die Bethätigung der chriſtlichen Nächſtenliebe. Ich habe aber die Überzeugung, daß wir mit demſelben Etat auskommen würden, wie jetzt. Alſo ſpricht der Verſtand mit, wenn wir beantragen, ein zweites Krankenhaus zu errichten. Laſſen Sie, m. H., die politiſchen Gründe außer Acht, welche Herr Seyffardt ſoeben in ſo ſchneidiger Weiſe vorgetragen hat. Ich habe, wie geſagt, nichts anderes von ihm erwartet, denn ſoviel Selbſtverleugnung kann man von ihm nicht verlangen. Gerade in Sachen der Armenpflege habe ich ihm ſtets gerne das Lob erteilt, daß er ſich ſehr bemüht hat, aber all das Verdienſt hat er am heutigen Abend vollſtändig wett gemacht. (Lebhafter Widerſpruch bei den Liberalen.)

Beim Armenetat 1891 war ich zufällig ſtatt in Berlin in Krefeld und hatte dadurch Gelegenheit, mich über die große Arbeitsloſigkeit und den dadurch hervorgerufenen Notſtand, ſowie die durch Polizeiinſpektor Scheuer zu leitende Beſchäftigung von Arbeitsloſen in Sandgruben, mit Wegebauten u. ſ. w. ausführlich auszuſprechen.

Bei derſelben Gelegenheit interpellierte Otto über die in ſeiner Zeitung bereits mehrmals beſprochenen Bedenken gegen die Speiſung hungriger Schulkinder durch Anweiſung auf die ſtädtiſchen Armenkaſſen. Das Bedürfnis war als eine Folge des allgemeinen Notſtands nachgewieſen, die Bedenken beruhten auf falſchen Vorausſetzungen. Die Speiſung beſteht aus einem Glas erwärmter Milch und einem Graubrot und wird aus privaten und nicht aus öffentlichen Mitteln gereicht. Sie findet in der Wohnung des Hauptlehrers und ausnahmsweiſe in einem Klaſſenzimmer vor dem Beginn des Unterrichts ſtatt, ſo daß angeblich

die Mitschüler nichts davon gewahr werden. Die Verabredung der Verwaltung mit dem Schulinspektor ist derart, daß der Rahmen einer verständigen Fürsorge für ein anerkanntes Bedürfnis nicht überschritten wird und die Grundsätze rationeller Armenpflege dabei nicht verletzt werden.

Aus 1892 ließe sich viel über die Steuereinrichtungen und öffentlichen Lasten, wie sie sind und wie man sie abgeändert zu sehen wünscht, berichten. Ich beschränke mich darauf, meiner Anträge auf Änderung des Abfuhrwesens und meines entschiedenen Eintretens für volle Durchführung der Kanalisation, die wir nicht unseren Enkeln überlassen dürfen, zu gedenken. Eine Kommission von sechs Mitgliedern wird mit der weiteren Vorbereitung dieser Fragen betraut.

Zur Unterstützung des Regierungsentwurfs zur Wahrung des Steuergeheimnisses wurde ich in die Kommission für Abfassung der bezüglichen Petition an das Abgeordnetenhaus gewählt.

Am 8. Mai 1892 kommt eine Vorlage zur Genehmigung des Bauplans für das Kaiser Wilhelm-Museum zur Verhandlung. Das Museum und der Karlsplatz, auf dem es nach dem Beschluß der Mehrheit erbaut werden sollte, erwies sich als einer der Gegenstände, die das Centrum sich ausersehen hatte, um zum Fenster des Rathauses hinaus, seit der konfessionelle Zorn sich etwas abgenutzt hatte, die Gemüter seiner Parteigänger zu blindem Eifer gegen die Liberalen aufzuhetzen. Der Plan wurde mit 10 gegen 9 Stimmen genehmigt. „Wir werden kein Mittel unversucht lassen, um Ihre Beschlüsse nicht zur Ausführung kommen zu lassen," sagte der Stadtverordnete Otto. „Und wir wollen uns nicht länger an der Nase herumführen lassen," erwiderte ich.

Am 26. Oktober 1893 ist Oberbürgermeister Küper mit allen liberalen Stimmen für zwölf Jahre wiedergewählt worden. Die Klerikalen gaben weiße Zettel ab.

In die letzten Monate 1894 fällt die Beratung des Kommunalabgabewesens, zu der die Beschlüsse der zur Vorberatung berufenen Kommission in vortrefflichem Referat durch den Beigeordneten Waldschmidt vorgetragen wurden. Die Stadtverordneten prüften die Vorschläge sehr eingehend und genehmigten sie mit nicht allzu

bedeutenden Abänderungen. Die Beiträge zu den Kanalbaukosten waren von einer besonderen Kommission vorberaten worden, hatten aber weniger Beifall gefunden und wurden daher nachträglich auch noch an die Finanzreformkommission verwiesen. In dieser stellten die Beigeordneten Emil de Greiff und Seyffardt den Antrag: Statt des von der Kanalkommission vorgeschlagenen Kanalbeitrags von 27 Mark für den laufenden Meter nur 15 Mark, und zwar nur für jedes Frontmeter, welches ein bebautes Grundstück an einer kanalisierten Straße hat, zu nehmen und den Rest durch Steuern zu decken. Die Beitragsleistung kann auf einmal oder in 10- bis 20jährigen Teilzahlungen erfolgen. Das Plenum genehmigte diese Anträge.

In das Jahr 1895 fällt allerlei Streit in Steuersachen, besonders in Bezug auf die unbegreiflich hohen Einschätzungen der Gebäudesteuer, die nun für fünfzehn Jahre Geltung behalten sollen. Eine von mir gemachte etwas unvorsichtige Äußerung bezüglich der Mitschuld der städtischen Kommission an diesen für die Besitzer von Mietshäusern und kleinen Wohnungen zu hohen Einschätzungen, lud den ganzen Zorn des Centrums auf mein Haupt. Aus den Verhandlungen, besonders aus den Mitteilungen des Beigeordneten Dr. Waldschmidt, ergab sich schließlich ganz klar, daß das Übel nicht von den Personen, sondern von der Einrichtung verschuldet wurde. Wenn in einer aus Vertretern der Regierung und der Stadt gemischten Kommission die Arbeiten sich über so viele Wochen von morgens bis abends erstrecken, daß die städtischen Vertreter nur selten erscheinen können, dann ist es kein Wunder, wenn schließlich die fiskalische Steuerschraube die Sache eigentlich allein macht.

In einer hochwichtigen Angelegenheit, dem Krefelder Bahnhofsumbau, brachte das Jahr 1895 den sehr glücklichen Fortschritt, daß das Haus der Abgeordneten die bezügliche Krefelder Petition der Staatsregierung zur Berücksichtigung überwies. Die Angelegenheit ist in der Krefelder Zeitung vom 16. Februar in aller Kürze so zutreffend geschildert worden, daß ich den Schluß des Artikels verzeichne. Er lautet:

„Die Eingabe des Oberbürgermeisters und der Handels-

kammer von Krefeld, die von der Budgetkommiſſion nur mit einer Stimme Mehrheit an die Staatsregierung zur Berückſichtigung überwieſen wurde, hat im geſtrigen Plenum des Abgeordnetenhauſes das große Glück gehabt, mit überwiegender Mehrheit, das heißt mit allen gegen die konſervativen Stimmen, durch obige die beſondere Beachtung der Regierung beanſpruchende Form ausgezeichnet zu werden. Der Vorgang erſcheint um ſo bedeutungsvoller, als er der erſte Fall iſt, in dem das Abgeordnetenhaus gegen die zu weit gehende ängſtliche Sparſamkeit des Finanzminiſters bezüglich der Anlage von Eiſenbahnen und damit zuſammenhängenden Bauten feſte Stellung genommen hat. Wenn nun auch die Regierung ſich nicht darüber geäußert hat, wann und inwieweit ſie der Meinung des Abgeordnetenhauſes zu folgen gedenkt, ſo iſt auf alle Fälle für den Umbau des Krefelder Bahnhofes vor vielen anderen Bedürfniſſen des Landes eine Priorität erzielt, die als eine wertvolle Errungenſchaft betrachtet zu werden verdient. Der Beſchluß des Hauſes iſt in erſter Linie nächſt der Darlegung des ſo ungemein dringenden Bedürfniſſes dem Unwillen des Hauſes darüber zu verdanken, daß der Abgeordnete Graf zu Limburg-Stirum im Namen der konſervativen Partei ſich herausnahm, Nationalliberale und Centrum in der Kommiſſion eines verdächtigen Wetteifers um die Zuneigung der Krefelder Wählerſchaft zu zeihen. Der Abgeordnete Seyffardt unternahm es zunächſt an der Hand von Thatſachen, die völlige Grundloſigkeit dieſer Behauptungen nachzuweiſen. Ihm folgten die Abgeordneten Dr. Bachem, Jeruſalem und Kirſch, Mitglieder des Centrums, mit weiteren Beweiſen des dringenden Bedürfniſſes und dem Ausdruck der Entrüſtung über den unberechtigten Angriff des konſervativen Führers, und der nationalliberale Referent Schmieding, der beſonders die verſuchte Verdächtigung der Mehrheit der Budgetkommiſſion zurückzuweiſen beſtrebt war. Der Erfolg war ſo vollſtändig, daß auch die Freikonſervativen, die der Frage etwas unbeſtimmt gegenüberſtanden, einſtimmig den Beſchluß auf Überweiſung zur Berückſichtigung unterſtützten."

Das wichtigſte Ereignis im Jahre 1896 war die Inangriffnahme der Gasfrage durch den Bericht der Gaskommiſſion vom 16. Mai mit der Vorlage eines Vertrages zwiſchen der Stadt Krefeld und den Gebrüdern Puricelli zu Rheinböllerhütte über den Verkauf der Gasfabrik zu Krefeld und die Abtretung der Konzeſſion auf ausſchließliche Beleuchtung der Stadt Krefeld mittelſt Kohlengas. Die glückliche Durchführung der Vereinbarung zwiſchen der Stadt und Puricelli war in ſich von großer Bedeutung, noch mehr aber als Symptom der bei dieſer Gelegenheit gemachten Erfahrung, wie viel leichter die Geſamtintereſſen der Stadt zu wahren ſind, wenn die Stadt bei den Verhandlungen mit intereſſierten Faktoren als in ſich einige und nicht in zwei einander bis zum äußerſten widerſtrebende Parteien geteilte Macht auftreten kann. Es war an einem auffallenden Beiſpiel klar geworden, daß ein Übertragen der auf dem politiſchen Gebiete unmöglich zu vermittelnden Gegenſätze auf die gemeinſchaftlichen wirtſchaftlichen Intereſſen der Stadtgemeinde nicht nur theoretiſch, ſondern auch praktiſch einen ſchweren Nachteil im Gefolge hat. Dieſe Erkenntnis hat in den ſeitdem verfloſſenen Jahren die Arbeiten des Krefelder Gemeinderats ungemein günſtig beeinflußt und die Streitigkeiten auf die Grenzgebiete beſchränkt, die zwiſchen den politiſchen und den wirtſchaftlichen Fragen liegen. Es darf hierbei nicht verſchwiegen werden, daß der neue, ohne beſondere Verabredung eingetretene modus vivendi durch die auf Selbſtüberſchätzung der eigenen numeriſchen Bedeutung der neuen dritten, der ſogen. Bürgerpartei, und die darauf ſich gründende ſehr ungeſchickte demagogiſche Agitation unterſtützt wurde. Schon beim Beginn der durch die Miquelſche ſtarke Heranziehung der Grund- und Gebäudeſteuer veranlaßten Hausbeſitzerbewegung hatte ich mich im Parlament (ſiehe ſpäter) und zu Hauſe für die Berechtigung des Grundgedankens der Bürgerpartei ausgeſprochen und dafür den Dank durch eine beſondere Deputation der Hausbeſitzer ausgeſprochen erhalten. Die liberale Partei hatte nach Erzielung einer Meinungsübereinſtimmung in ihrer Mitte ſich angeſchloſſen und mußte daher überraſcht ſein, daß die Bürgerpartei als Parole das Wort ausſprach: Von der Mehrheit unſerer Stadtverordneten

ist für die berechtigten Ansprüche der Hausbesitzer nichts zu erwarten.

Aus den Jahren 1897, 1898 und 1899 wird die Geschichte der Stadt Krefeld infolge der Wiederherstellung eines gemeinsamen Vorgehens der Parteien die Anregungen zur Inangriffnahme mancher Gründungen, Verbesserungen, besonders auf technischem Gebiete, z. B. Institut für Elektrotechnik, Markthalle, Kanal zum Rhein unter Eingemeindung von Linn, stete Vergrößerung und Vervollkommnung von Wasserwerk, Stadtbad, Schlachthof, Kühlwerk, Gasfabrik verzeichnen.

Am 17. Juni 1898 benutzte ich die vom Oberbürgermeister vorgeschlagene Einziehung der Bandgasse und Vergrößerung des Platzes an der Nordseite der Dyonisiuskirche, nachdem Stadtverordneter Norb. Keussen bereits die geplante Änderung als ungenügend bezeichnet hatte, um darauf hinzuweisen, daß wohl endlich die Zeit gekommen sein dürfte, um durch Schaffung einer ausreichenden Verbindungsstraße von Ost nach West in der Nähe der Dyonisiuskirche den Bann, der auf dem Westen liege, zu heben und die natürliche Ausdehnung der Stadt in dieser Richtung zu fördern.

Selbstredend hat, trotz der mit Händen zu greifenden Vorteile, das Schwinden des unnützen Haders nicht jedem gefallen. In jeder Partei giebt es Heißsporne, in Deutschland mehr als anderswo, besonders bei den Liberalen. Als wir uns infolge des Geschehenen bereit finden ließen, Dr. Urfey an Stelle des zurückgetretenen ultramontanen Beigeordneten Brockerhoff zu wählen, war das manchem wackeren Freunde sehr unwillkommen. Dem Organ der Bürgerpartei aber wurde es klar, daß die nach meiner Ansicht immer trügerisch gewesene Hoffnung, sich zur Herrin der Lage zu machen, nun keinen Boden mehr habe. Am 8. März 1898 spricht die Bürgerzeitung sich über die Dinge wie folgt aus:

> So ändern sich die Zeiten, die Parteien und deren Führer! Eingeläutet wurde das friedliche Verhältnis zwischen den Parteien durch die Thätigkeit eines Centrumsführers (Krüsemann) in der Gasfrage und bei der Bewilligung der 50000 Mark für die elektrische Kleinbahn Düsseldorf-Krefeld.

Herr Dr. Urfey ſammelte dann glühende Kohlen auf das Haupt ſeines einſt ſo innig gehaßten Freundes Seyffardt, als er dieſem zum Jubiläum als Vorſitzenden der Armendeputation die Glückwünſche im Namen ſeiner Fraktion und in ſeinem eigenen Namen zu Füßen legte.

Zweimal hatten wir Veranlaſſung, uns über die Grenze auszuſprechen, über die hinaus von einem Entgegenkommen gegenüber der Centrumspartei nicht die Rede ſein könne. Das erſte Mal am 12. Januar 1899, als wir Alfred Mölenaar zu unſerem Vertreter im Provinziallandtag erwählten.

Aus der Krefelder Zeitung vom 13. Januar entnehme ich die beiden einander entgegenſtehenden Begründungen der Parteianſchauungen:

Stadtverordneter Otto: Wir haben bei der heutigen reichhaltigen Tagesordnung zwei bedeutſame Wahlen zu thätigen gehabt. Dabei iſt eine differentielle Behandlung zutage getreten, über die wir der Bürgerſchaft Aufklärung ſchuldig ſind. In der Kommiſſion für die Wahl eines Provinziallandtags-Abgeordneten hat die Centrumsfraktion den Antrag geſtellt, daß nach unſeren Rechtsanſprüchen von den drei Vertretern der Stadt im Provinziallandtage einer von der Centrumspartei geſtellt werden ſolle. Ich muß nun aus den Verhandlungen der Kommiſſion hervorheben, daß unſer Rechtsanſpruch verweigert wurde, und zwar „aus politiſchen Gründen“. Es genügt uns, das hier vor dem Kollegium und der weiteren Öffentlichkeit feſtgelegt zu haben. Es freut uns dagegen, das darf ich wohl namens meiner Freunde ſagen, daß bei der Wahl zum Städtetag ein anderes Verfahren eingeſchlagen worden iſt, und daß man uns das zugewieſen hat, was wir als Rechtsanſpruch anerkennen.

Beigeordneter Seyffardt: Ich bitte nur ums Wort, um die Sache von unſerem Standpunkte klarzuſtellen. Ich glaube, daß es ſich hier um einen Rechtsanſpruch unter keinen Umſtänden handeln kann. Es handelt ſich um eine Vereinbarung, die wir untereinander getroffen haben. Das Recht ſteht jedenfalls der Mehrheit zu, allein über diejenigen Poſitionen,

worauf es ankommen kann, zu verfügen. Wir sind entschieden so versöhnlicher Natur, daß, wenn wir es mit unserem Gewissen vereinbaren können, wir der anderen Fraktion gewähren, was uns möglich ist. Wir haben uns deshalb im Stadtverordnetenkollegium gesagt, es entspricht der Billigkeit, nicht dem Recht, daß wir die andere Partei nach ihrer Stärke in den Kommissionen vertreten sehen wollen. Das konnten wir sehr gut thun, weil es sich in den Kommissionen meist um wirtschaftliche Dinge handelt und die Politik nur gestreift wird. Anders verhält es sich mit solchen parlamentarischen Versammlungen wie der Provinziallandtag, das Abgeordnetenhaus und der Reichstag. Von der Partei, die in den beiden letztgenannten Parlamenten Krefeld vertritt, werden wir nicht verlangen können, daß sie etwa nach unserer Wählerzahl in zwei Legislaturperioden ihren Mann stellt, während wir in der dritten den unserigen wählen. Es kommt hierbei eben die Politik in Frage. Wir haben doch ein Interesse daran, daß die heutige Mehrheit in der Provinzialvertretung nicht durch unsere Schuld geändert wird. Wir glauben deshalb, es ist unsere politische Pflicht, wenn wir den Herren von der Gegenpartei, gegen unseren Wunsch, hierbei nicht entgegenkommen. Daß wir bei der Wahl zum Städtetage nach Ihrem Wunsche verfahren haben, beweist, daß wir ohne irgend welche Parteischärfe unseren Standpunkt eingenommen haben, obschon eine Vereinbarung hierüber nicht stattgefunden hat.

Das zweite Mal am 10. November 1899, als der von mir in früherer Sitzung motivierte Antrag, für die Eingemeindung der Stadt Linn neben der allgemeinen Kanalkommission eine besondere Kommission zu wählen, die die politischen Fragen, u. a. die Fürsorge für Aufrechterhaltung der bisherigen Majoritätsverhältnisse im Stadtverordnetenkollegium, zu bearbeiten haben solle. Mit Hand und Fuß arbeitete das Centrum dagegen, Krüsemann, Otto, Urfey, alles zum Fenster hinaus, genau wie in der Kampfzeit. Zuletzt erzählte Otto folgende Räuber- oder Jagdgeschichte:

Vor Dreiviertel Jahren wurde ich von Parteigenossen, Vertretern eines größeren Gemeinwesens an der rheinisch-west-

fälischen Grenze, in einer Eingemeindungsfrage um Rat gefragt. Es handelte sich um eine aus wirtschaftlichen Gründen erforderliche Eingemeindung einer überwiegend protestantischen Gemeinde in die überwiegend katholische Gemeinde. Dadurch war die jetzige katholische Mehrheit in Frage gestellt. Ich habe den Leuten gesagt: Wenn derart wichtige wirtschaftliche Fragen im Spiele stehen, dann dürfen die politischen Momente nicht mitsprechen. (Beigeordneter Dr. Urfey: Bravo!) Ich möchte Ihnen den Rat erteilen, handeln Sie auch so!

Beigeordneter Seyffardt ruft unmittelbar darauf: Wer das glaubt, bezahlt einen Thaler!

Die Einsetzung der Kommission wird mit Mehrheit beschlossen

Von sonstigen Ereignissen aus 1899 nenne ich die am 5. Februar erfolgte Enthüllung des Kaiser Wilhelm-Denkmals im Museum, dessen Entwickelung neben der opferwilligen Unterstützung vieler anderer verdienter Mitbürger in allererster Linie der unermüdlichen Thatkraft des Vorsitzenden des Museumsvereins, Wilhelm Crous, zu verdanken ist. Sodann die erste am 9. Mai stattgehabte Besprechung des neuen Planes der Anlegung eines Industriehafens bei Linn unter Eingemeindung dieses Städtchens in Krefeld und die definitive Genehmigung des Unternehmens in der letzten Woche des Jahres durch die Stadtverordneten. Sie erfolgte mit allen Stimmen gegen 4, und zwar Herm. v. Beckerath, M. de Greiff, Molenaar und Oetker. Abwesend war F. de Greiff. Ich enthielt mich der Stimme, da ich mich nicht überzeugen konnte, daß die Gründe für die Gründe gegen den Plan überwogen, jedenfalls aber als ältestes Mitglied nicht gegen die Mehrheit der Kollegen stimmen wollte. Dem Beigeordneten Dr. Bertram, dem Baurat Marcks, dem Stadtverordneten H. Müller Brüderlin und dem Zeitungsverleger Otto ist wohl das größte Verdienst an der Ermöglichung des Beschlusses zuzuschreiben.

Schließlich habe ich noch aus dem ausgehenden Jahrhundert der vielen und eingehenden Beratungen zu gedenken, die die Wiederaufnahme des vor beinahe zwanzig Jahren viel besprochenen Planes der Gründung einer städtischen populär-wissenschaftlichen Bibliothek

veranlaßte. Der Oberbürgermeister Küper bat mich, die Sache in die Hand zu nehmen. Ich sagte zu, unter der Voraussetzung, daß es gelingen werde, die beiden Parteien zu gemeinschaftlicher Ausführung des Planes zu vereinigen. Die liberale Partei war von vornherein einverstanden. Auch die Centrumspartei erklärte sich bereit, einen städtischen Zuschuß und ein geeignetes Lokal zu bewilligen, wenn die zu wählende Kommission unternehmen wollte, eine Unterstützung der Angelegenheit durch Geldbeiträge der vermögenden Klassen herbeizuführen. Bei Schluß dieses Buches ist alles nach Wunsch gegangen und das Lesezimmer im Februar 1900 eröffnet worden. Unter der Leitung des provisorischen Bibliothekars Dr. Bahrdt scheint die Entwickelung sich normal zu gestalten.

Der Einfluß der Stadtverordneten und ihrer Vertretung, der städtischen Schuldeputation, auf Schulsachen im allgemeinen war seit der gewaltsamen Beseitigung der Simultanschulen naturgemäß sehr herabgemindert worden. Von einer lebendigen persönlichen Beteiligung der Mitglieder war fast nur dann die Rede, wenn es sich um die Wahl von Hauptlehrern bezw. Rektoren und um deren Tod oder Pensionierung handelte. Ich finde in meinen Notizen nur wenige Anhaltspunkte über das Maß des Interesses, das den Volksschulen erhalten geblieben war.

Ich war zur Zeit, als der Etat im Frühjahr beraten wurde, meist in Berlin, finde aber doch mehrmals meine Interpellation an den Schulinspektor Dr. Keussen verzeichnet, wie es sich mit der Erreichung der vorgeschriebenen Ziele verhalte. Ich rügte es, daß neuerdings in dem Schulbericht darüber nichts enthalten sei. Einmal war die Antwort, daß die Entlassungen aus:

	Klasse I	I	II	III	IV	V	VI	VII	
	Abt. 1	Abt. 2							
Herbst 1888	215	97	33	14	2	2	—	—	= 363
Frühjahr 1889	538	480	285	49	17	6	1	—	= 1376
	753	577	318	63	19	8	1	—	= 1739

betragen hätte. Etwa 44 Prozent aller abgehenden Schüler hatten also das letzte Ziel, die erste Abteilung von Klasse I, nicht erreicht. Der städtische Schulinspektor Dr. Keussen, der sich um das Schul-

weſen große Verdienſte erworben, ließ es auch an Bemühungen nicht fehlen, eine Beſſerung herbeizuführen. Ob er aber dazu den richtigen Weg gegangen, iſt ſehr zu bezweifeln. Es ſollte durch eine Kombination von zwei Schulen mit Aufnahme im Frühjahr an der einen und im Herbſt an der anderen und dabei ſteten Wechſel von Klaſſe und Schule geholfen werden. Ich war dagegen, da ich befürchtete, daß das erziehliche Moment dabei zu kurz kommen werde. Dr. Urſey vermißte auch die erwünſchte möglichſt große Stabilität, und freute ſich, wie es wörtlich in ſeiner Rede heißt, mit mir wie in manchen anderen Dingen der ſtädtiſchen Verwaltung in vollſtem Einvernehmen zu ſein. Die neue Einrichtung iſt bald wieder in Wegfall gekommen. Wir Liberale mußten übrigens unſer Verhältnis zu Keuſſen außerordentlich vorſichtig behandeln. Daß ein Altkatholik nach der Wiederherſtellung eines ſtarren Syſtems konfeſſioneller Schulen als Schulinſpektor verblieben war, konnte nur ſo lange dauern, als nicht eine der beiden Parteien Einſpruch erhob, nachdem auch die proteſtantiſche Provinzialſynode im Rheinlande im April 1890 alle Kreisſynoden, wo noch ſimultane Kreisſchulinſpektionen beſtanden, zur Abänderung aufgefordert hatte. Es iſt eigentlich ein kleines Wunder und ein Zeichen von großem Takt, daß Keuſſen die Schwierigkeit überwand. Nach Keuſſens Tode 1896 ſchlug Miniſter Dr. Boſſe vor, daß wir in Krefeld uns ſeinem neuen Syſtem, wonach er einen uns genehmen römiſch-katholiſchen königlichen Kreisſchulinſpektor ernenne und wir demſelben auch die Kommunalgeſchäfte übertragen ſollten, anſchließen möchten. Keuſſen war von uns gewählt worden und hatte dann auch die Staatsaufſicht übertragen erhalten. Wir waren einverſtanden, und durften uns Glück wünſchen, in dem auserwählten früheren Seminardirektor Dr. Wolffgarten einen vortrefflichen Mann an die Spitze unſeres Schulweſens geſtellt zu ſehen, der mit ſtaatstreuer Geſinnung die beſondere Befähigung vereinigte, den hieſigen ſchwierigen Verhältniſſen mit Umſicht und Takt gerecht zu werden. Leider wurde uns Schulrat Dr. Wolffgarten bereits im Januar 1900 durch einen Ruf als Regierungs- und Schulrat nach Arnsberg wieder genommen.

Wie die rheinischen Landschulen sich in diesem Jahrzehnt entwickelten, hatte ich weder Zeit noch Veranlassung genauer zu verfolgen. Im Jahre 1892 war ich am 9. September überrascht, in der Kölnischen Zeitung einen Bericht aus anscheinend kundiger Feder aus dem Regierungsbezirk Düsseldorf zu finden, der die mangelhaften Revisionen der geistlichen Lokalschulinspektoren und das Unterlassen der vorgeschriebenen Berichte an die zuständigen Kreisschulinspektoren, sowie ähnliche Mängel hervorhob, und daran erinnerte, daß ich in meinem Büchlein in den siebziger Jahren dieselben Klagen erhoben hätte.

Das seit fünfzehn Jahren in Aussicht genommene neue Statut der städtischen Schuldeputation ist am 21. Oktober 1898 mit der Maßgabe bestätigt worden, daß zu den sachverständigen Mitgliedern der Deputation außer einem Rektor oder Lehrer auch je ein Geistlicher des katholischen und evangelischen Bekenntnisses gehören müsse. Die Schuldeputation besteht nunmehr aus 11 Mitgliedern, und zwar a) aus dem Oberbürgermeister, b) aus dem städtischen Schulinspektor, c) aus den drei vom Oberbürgermeister ernannten Beigeordneten G. K. R. de Greiff, Seyffardt und Dr. Urfey, d) aus den drei von der Stadtverordnetenversammlung gewählten Stadtverordneten Creutzberg, Schelleckes und Schrick, e) aus den drei vom Oberbürgermeister und den unter c und d aufgeführten Mitgliedern gewählten Dechant Lefranc, Pfarrer Starck und Rektor Kopp.

Wichtiger als diese lokale Ausführung bestehender Vorschriften war während des Jahrzehnts, nachdem Gesetzgebung und Verwaltung durch den Zusammenschluß von Konservativen und Ultramontanen auf dem Schulgebiete lahmgelegt waren, die Fürsorge für die Männer, die einmal in erster Linie berufen sein werden mitzuwirken, wenn in dem durch die Geschichte nachgewiesenen steten Wechsel der Strömungen das gegenwärtige Vorherrschen der materiellen Interessen einmal wieder durch den Kultus des Idealen abgelöst sein wird. Wieviel durch die nie ermüdende Thätigkeit des Abgeordnetenhauses für die materielle Hebung des Standes der Volksschullehrer erreicht worden ist, ergiebt sich aus meinen späteren Berichten über den politischen Fortschritt auf dem

Schulgebiete. Daß die mit einer schweren Belastung der Gemeinden verbundene Reformbewegung in dieser Richtung in Krefeld ohne Schwierigkeit zu maßgebender Geltung gelangt ist, ist das Verdienst eines nicht allzugroßen Kreises verständiger Männer.

Möge an dieser Stelle einer Zuschrift Erwähnung gethan sein, in der im März 1887 eine Anzahl von Hauptlehrern des Regierungsbezirks Düsseldorf mir ihren Dank dafür aussprach, daß ich ohne Rücksicht auf eine von Duisburg aus geleitete Agitation das Hauptlehrer- (später Rektoren-) System als richtig, ja unerläßlich in Analogie der preußischen Beamteneinrichtungen vertreten habe.

Da ich bei dem Kapitel Schulpolitik bezüglich höherer Schulen über die sogen. Schulenquete 1890/91 mich eingehend äußern werde, so erwähne ich nur die thatsächlichen Änderungen, die das Jahrzehnt unseren höheren Schulen unter städtischem Patronat gebracht hat. Den größeren Teil der Zeit blieb ich Kurator des Gymnasiums und Realgymnasiums und hatte daher, wenn auch nur durch Korrespondenz von Berlin aus, einen gewissen Einfluß auf die Entwickelung der Dinge. Das schließliche Ergebnis weitausschauender Verhandlungen war die dauernde Sicherung des Realgymnasiums unter Angliederung von Parallelcoeten ohne Latein, die Entwickelung der Realschule zur Ober-Realschule und der Wegfall des zweiten Parallelcoetus an dieser Schule. Mein Austritt aus den genannten Kuratorien erfolgte aus persönlichen Gründen, als die Neuwahl des Direktors infolge des Ausscheidens von G. R. Schauenburg als Direktor des Realgymnasiums in Sicht kam.

Einer recht eigentümlichen Erscheinung muß ich gedenken, nämlich des immer auffälliger zu Tage getretenen Mangels an Fühlung zwischen den Lehrerkollegien an städtischen höheren Lehranstalten und den Vertretern der städtischen Bildungsbedürfnisse, denen die Schulen dienen sollen, seien es Kuratoren oder Stadtverordnete. Die Thatsache ist um so auffälliger, als bei dem im Interesse der Schulentwickelung entbrannten Kampfe um Beseitigung der berechtigten Klagen des höheren Lehrerstandes die Städte als Patrone der Schulen es gewiß nicht an Entgegenkommen haben fehlen lassen. Wer den Dingen aber aufmerksam gefolgt

ist, wird darin nur eine natürliche Folge des durch Jahrzehnte verfolgten Strebens des Ministers und der Provinzialschulkollegien, die höheren Schulen von der staatlichen Reglementierung und Uniformierung immer abhängiger zu machen und von der kommunalen Beeinflussung loszulösen, erblicken. Der Wunsch der Lehrer, den staatlichen Beamten gleichgeachtet und dadurch der öffentlichen Meinung gegenüber unabhängiger zu werden, hat dabei nicht wenig mitgewirkt. Die wenigst erwünschte tiefere Folge dieser geringer gewordenen Fühlung ist aber in der bei Maßregeln und Äußerungen, besonders jüngerer Lehrer, hervortretenden Anschauung, daß unsere höheren Schulen und Universitäten viel weniger Erziehungs- als Bildungsstätten seien, zu beklagen. In Krefeld ist dieser Gegensatz am schärfsten im Frühjahr 1898 zu Tage getreten, als die drei Direktoren der neunklassigen höheren Schulen im Einverständnis mit dem Provinzialschulkollegium, ohne mit ihren Kuratorien auch nur in Verbindung zu treten, den Nachmittagsunterricht abzuschaffen für gut fanden. Die einstimmige Verurteilung des allen halbwegs verständigen Eltern im äußersten unsympathischen Beschlusses durch die Stadtverordnetenversammlung zwang das Provinzialschulkollegium, die frühere Einrichtung wieder herzustellen.

Auch in dieser Periode konnte ich, dank der steten Bereitwilligkeit des zweiten und dritten Vorsitzenden, Fritz de Greiff und Ed. von Beckerath, und der Mitglieder der Armendeputation, mich zu vertreten, sowie der fleißigen und sachkundigen Unterstützung des Bureauvorstehers Zarden, das Amt als erster Vorsitzender trotz meiner alljährlich wiederkehrenden Abwesenheit zur parlamentarischen Arbeit in Berlin beibehalten. Es waren recht schwere Jahre für die Armenpflege, deren tief einschneidende Wirkungen am schärfsten in den Jahren 1891 und 1893 hervortraten. Der von mir erstattete Bericht der städtischen Armendeputation über die Jahre 1888–1893 giebt dazu die folgende Schilderung:

> Blicken wir zurück auf die vorstehende Darstellung der Gesamtheit unseres Armenwesens, so tritt jede andere Betrachtung unwillkürlich zurück gegen den Eindruck, daß unsere Stadt seit Menschengedenken einem ähnlich verhängnisvollen

Notſtand nicht unterlegen iſt, wie in den letzten Jahren. Unſere Armenpflege hatte noch nie eine Zeit erlebt, in der mit moraliſcher Einwirkung, mit dem Hinweis auf Fleiß, Betriebſamkeit und Selbſthilfe, ſo wenig anzufangen war wie diesmal. Die Thatſachen ſpotteten förmlich der bewährteſten Erfahrungen. Doch wird es heute, nachdem das Schlimmſte überwunden ſcheint, geſtattet ſein, auch eine Lichtſeite hervorzuheben, die trotzdem unverkennbar vorhanden war. Sie beſtand darin, daß alle Beteiligten den Kopf oben hielten und nie ermüdeten, den ſchweren Kampf mit der Arbeitsloſigkeit fortzuſetzen und durchzuführen. Unſere ſtädtiſche Behörde mit ihrer muſtergültigen Organiſation der Arbeitsverſorgung in den ſchlimmſten Monaten verdient dabei ganz beſonders erwähnt zu werden. Doch glauben wir nicht unbeſcheiden zu ſein, wenn wir die Anſicht ausſprechen, daß auch unſere Armenpflege, Bezirksvorſteher und Armenpfleger, ſich während des Notſtandes um die Stadt wohl verdient gemacht hat. Es iſt uns nicht bekannt, daß in den letzten Jahrzehnten irgend eine deutſche Stadt eine ähnliche Kriſis durchgemacht hat, wohl aber wiſſen wir, daß an vielen Orten angeblich Arbeitsloſe ſich zu Zuſammenrottungen und öffentlichen Kundgebungen veranlaßt geſehen haben, obſchon ein beſonderer Notſtand offiziell geleugnet wurde. Wenn in Krefeld auch nicht die geringſte Ruheſtörung vorgekommen iſt, ſo iſt das in allererſter Linie dem Umſtande zuzuſchreiben, daß die Decentraliſation der Armenpflege in 448 Quartiere mit derſelben Zahl von Armenpflegern es ermöglichte, jedem Einzelfall bei nachgewieſenem Bedürfnis die erforderliche Aufmerkſamkeit und Fürſorge zu widmen.

Nach unſeren Wahrnehmungen können wir mit Beſtimmtheit bezeugen, daß die Organe unſerer Armenpflege im großen Durchſchnitt ihre Pflicht getreu erfüllt haben. Bei der Steigerung der Bedürftigkeit ergaben ſich naturgemäß Schwierigkeiten, die Armenpfleger an einen anderen Maßſtab für die Prüfung zu gewöhnen. Sie wurden überwunden, ohne daß gegenüber normalen Zeiten eine vermehrte Zahl von durch den Bezirksausſchuß als berechtigt anerkannten Klageſällen ſich ergab.

Im Jahre 1890 hatte man noch zwischen Armendeputation und Bezirksvorstehern Verhandlungen gepflogen, ob unsere Krefelder Maximalsätze zur Unterstützung ausreichend seien, und als Ergebnis der Prüfung das Anerkenntnis ausgesprochen, daß die Elberfelder Sätze richtiger seien, schon deshalb, weil 14—16jährige Kinder, die zur Erhaltung der Familie mitzuarbeiten haben, teurer zu verpflegen sind, als ihre jüngeren Geschwister. 1891 zwang der steigende Notstand bereits von theoretischer Reform abzusehen und für den täglichen Bedarf der Arbeitslosen mit ganzer Kraft einzutreten. Jahrelang ging es nun auf und nieder, kein Arbeiter, auch der zuverlässigste nicht, war sicher, bei Ablieferung seiner Ware neue Arbeit zu erhalten, aus Wohlstand wurde Armut. Im Jahre 1891 betrug die größte 14tägige Auszahlung von Unterstützungen in offener Armenpflege 16378 Mark, 1893: 16159 Mark, fiel dagegen in 1895 auf 9550 Mark und in 1899 auf 7819 Mark. Der Rückschlag in 1895 betrug also gegen den Durchschnitt von 1891 und 93 volle 41 %, derjenige in 1899 volle 52 %. Wieviel Not und Sorge bei den Unterstützten, wieviel Arbeit, Überlegung und Opfer bei den Armenpflegern besagen diese Zahlen!

Am 7. Februar 1898 konnte nach vieljährigen Prüfungen in einer Sitzung der Armendeputation mit den Bezirksvorstehern ausgesprochen werden, daß wir dem normalen Verhältnis, das sich aus der Lage des Krefelder Arbeitsmarktes ergiebt, recht nahe gekommen seien. Von 1366 Positionen betrafen 531 arbeitsunfähige Leute über 60 Jahre und 379 Witwen bezw. Frauen mit 1154 Kindern = 67 % der sämtlichen Positionen. Alle Bezirksvorsteher bestätigen, daß wenn die Unterstützungen höher geblieben seien als vor dem Eintritt der arbeitslosen Zeiten, so sei das die natürliche Folge des Wegfalls so mancher Beschäftigungsarten, die den schwächsten Kräften in der Hausindustrie zugute gekommen seien und für die ein Ersatz sich nicht schaffen lasse.

Für die Krefelder lokale Armenorganisation haben die zurückgelegten Prüfungsjahre den Erfolg gehabt, daß die in den achtziger Jahren eingeleitete Reform einer ausgiebigeren Kontrolle von seiten der Kontrollstelle zwar für eine Zeit lang zurücktreten

mußte, um indes nach eingetretener Rückkehr zu normalen Verhältnissen im Einverständnis mit dem Stadtverordnetenkollegium zur Durchführung zu gelangen.

Der ebenso dringende Wunsch, durch die Erhöhung der Maximalsätze für nicht invalide Erwachsene und für arbeitende Kinder, bezw. durch die Nichtanrechnung eines Teiles des Arbeitsverdienstes der Kinder, eine Verminderung der Beanstandung stattgehabter Überschreitungen der nach allgemeiner Überzeugung zu niedrigen Maximalsätze herbeizuführen, hat leider noch keine Erledigung finden können.

Das Kapitel Krefelder Armenverwaltung kann nicht abgeschlossen werden, ohne der ernsten Differenz Erwähnung zu thun, die zwischen ihr und dem Oberbürgermeister, Geh. Reg.-Rat Küper, im April 1900, nach Abschluß dieser Schrift, aber vor dem Druck, eingetreten ist. Die gute Absicht, um Herrn Küpers eigenen Ausdruck zu gebrauchen, mit den vorhandenen, also auch den ehrenamtlichen Kräften, Gutes zu leisten, soll ihm nicht bestritten werden. Im Laufe der Zeit aber hat die Armendeputation stets unter einem gelinden Druck gelebt, der aus der Neigung des Oberbürgermeisters, die Wahrung der Autorität durch sogenannte Verfügungen vom hohen Pferd herab, deren Anwendung auf die Maßnahmen einer unter ehrenamtlichem Vorsitz stehenden Abteilung der Gemeindeverwaltung, nicht wohl in Einklang zu bringen war mit Knigges Ratschlägen über den Verkehr der Menschen untereinander, sich ergab. Es ist in aller Zeit mein Bestreben gewesen, durch äußerstes Entgegenkommen den Gegensatz zu verwischen. Zuletzt bedurfte es aber des Hinweises, daß die Armendeputation nicht länger geneigt sei, die Geschäfte unter gegen früher veränderten Vorschriften fortzuführen, um die bureaukratische Schablone außer Kraft gesetzt zu sehen.

In dem Vorstand des im engsten Anschluß an die Krefelder Armenverwaltung arbeitenden Krefelder Zweigvereins des Vaterländischen Frauenvereins in Berlin verblieb ich während des ganzen Zeitraums. Wenn ich in Krefeld war, ließ ich es mir angelegen sein, durch persönlichen Besuch an den Sitzungstagen der Damen die wechselseitige Fühlung zu beleben.

Auch dem Vorstand des Berliner Hauptvereins gehörte ich von 1890—98 an, besuchte während meines Aufenthalts in der Hauptstadt sowohl die Sitzungen des Vorstands als die jährlich im Frühjahr in dem Saale des Arbeitsministeriums stattfindenden Delegierten- und Generalversammlungen. 1890 durfte bei der Vorstellung des Vorstandes des Vaterländischen Frauenvereins bei Gelegenheit der Übernahme des Protektorats durch die junge Kaiserin Viktoria Augusta, so hieß es in den Zeitungsberichten, der Abg. Seyffardt der von Ihrer Majestät der Kaiserin Augusta dem Deutschen Verein für Armenpflege und Wohlthätigkeit bewiesenen anregenden Teilnahme gedenken und die neue Majestät um gleiches Wohlwollen für die Zukunft ersuchen. Am 9. März 1890 wohnte ich der Gedenkfeier für die am 7. Januar verstorbene Kaiserin und der vortrefflichen Gedächtnisrede des Kammerherrn von dem Knesebeck in der Singakademie bei, hatte am 20. März 1890 in Gemeinschaft mit Excellenz von Jacobi eine Audienz über die Wohnungsfrage bei Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin von Baden, der auch der Großherzog beiwohnte, und beteiligte mich 1891 an der Errichtung des der Kaiserin Augusta gewidmeten Denkmals. 1893 fiel mir die Vermittelung einer höheren Beitragszahlung des Zweigvereins in Krefeld an den Hauptverein und die Berichterstattung über die Anfeindung des Vaterländischen Frauenvereins in Süchteln durch den dortigen katholischen Pastor zu, der es nicht dulden wollte, daß die Obsorge für die Süchtelner Hausarmen auch fernerhin von konfessionslosem Gesichtspunkte aus geschehen solle. 1896 wurde die 25jährige Gedenkfeier für die freiwillige Kriegskrankenpflege von 1870—71 in der Singakademie abgehalten. Nach Schluß meiner letzten Landtagssession legte ich die Stelle eines Vorstandsmitglieds im Juni 1898 nieder, indem ich mich bereit erklärte, der Absicht, aus der Ihre Majestät die Kaiserin Augusta mich seiner Zeit in den Vorstand hatte berufen lassen, auch nach meinem Austritt gerecht zu werden. Am 22. Juli 1898 dankte die Vorsitzende, Gräfin v. Itzenplitz, mir für die bisherige Mitwirkung an den Arbeiten und für das Erbieten, innerhalb des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohlthätigkeit auch fernerhin die Be-

ſtrebungen des Vaterländiſchen Frauenvereins unterſtützen zu wollen. Sie werde vorkommenden Falles von dieſem Erbieten gern Gebrauch machen. Am 19. April 1899 ſagte der Geheime Rat Dr. Haſſel in ſeiner im Auftrage Ihrer Majeſtät der Kaiſerin und Königin gehaltenen Eröffnungsrede der Generalverſammlung:

> Aus Rückſichten des Alters erklärte im Juni 1898 der Landtagsabgeordnete Fabrikbeſitzer Seyffardt in Krefeld ſeinen Austritt aus dem Vorſtand. Ungern ſehen wir einen Mann ſcheiden, deſſen Verdienſte um die Armenpflege auf allen ihren Gebieten in ganz Deutſchland bekannt ſind, doch bleibt uns die Hoffnung, daß er uns mit ſeinem bewährten Rat auch ferner zur Seite ſtehen wird.

Die durch meine Vermittelung auf den Jahresverſammlungen des Deutſchen Vereins für Armenpflege und Wohlthätigkeit verhandelten Gegenſtände des beſonderen Intereſſes der Vaterländiſchen Frauenvereine waren benannt:

1888: Die hauswirtſchaftliche Ausbildung der Mädchen aus den ärmeren Volksklaſſen.
1890: Der hauswirtſchaftliche Unterricht von Mädchen in Deutſchland.
1896: Thätigkeit der Frauen in der öffentlichen Armenpflege.
1899: Krankenpflege und Hauspflege auf dem Lande.

Den Vorſitz im Deutſchen Verein für Armenpflege und Wohlthätigkeit führte ich während des ganzen Zeitraums. 1899 waren mit mir Gemeinderat Stähle-Stuttgart als ſtellvertretender Vorſitzender, Stadtrat Ludwig-Wolf-Leipzig als Schatzmeiſter, Stadtrat Dr. Münſterberg-Berlin und Landeshauptmann Graf von Wintzingerode-Merſeburg als Beiſitzer beamtet. Alljährlich wurde wie früher, meiſt zu Anfang Februar, im Hotel du Nord in Berlin eine Ausſchußſitzung abgehalten, der die Vorbereitung zu der in der Regel in der letzten Septemberwoche ſtattfindenden Jahresverſammlung, die endgültige Beſtimmung der Zeit und des Ortes und die Auswahl der zur Verhandlung zu ſtellenden Gegenſtände und der mit der Berichterſtattung zu betrauenden Herren oblag. Mit Rückſicht auf die in den Händen aller Vereinsmitglieder befindlichen, alle jene Gegenſtände umfaſſenden

Berichte und ſtenographiſchen Verhandlungen, brauche ich hier auf deren materiellen Inhalt nicht einzugehen. Die Jahresverſammlungen, bei denen ich immer die Leitung führte, fanden ſtatt 1890 in Frankfurt a. M., 1891 in Hamburg, 1893 in Görlitz, 1894 in Köln, 1895 in Leipzig, 1896 in Straßburg, 1897 in Kiel, 1898 in Nürnberg, 1899 in Breslau. Die in 1892 nach Görlitz bereits berufene Verſammlung mußte der Cholera wegen ausfallen. Die Verſammlungen in Straßburg und Nürnberg trugen einen von dem Durchſchnitt etwas abweichenden Charakter, da wir vorher in den beiden deutſchen Ländern Elſaß-Lothringen und Bayern, in denen das deutſche Geſetz über den Unterſtützungswohnſitz keine Geltung hat, noch nicht getagt hatten.

Ich laſſe die freie Ausführung unſeres Programms, die ich als Antwort auf die Begrüßungen 1898 in Nürnberg gab, im Auszuge folgen:

> Wir ſind ein freier Verein und uns wohl bewußt, daß auf dem Gebiete der freien Vereinsthätigkeit auch das redlichſte, unermüdlichſte Streben weit hinter dem Gewollten zurückbleibt. Allerdings, meine Damen und Herren, hat vor den meiſten größeren Vereinigungen die unſere etwas voraus, indem ſie neben einer großen Anzahl von Einzelvereinen und Einzelperſonen ſich aus einem feſten Kern von deutſchen Städten und deutſchen Kreis- und Provinzialverbänden zuſammenſetzt, die uns von Anbeginn unterſtützt haben und vorausſichtlich auch in Zukunft treu ſein werden.
>
> Was nun das Weſen und die Bedeutung unſeres Vereins anbetrifft, ſo dürfte, im Anſchluß an die Worte des Herrn erſten Bürgermeiſters, der uns in dieſer — um ſeine eigenen Worte zu gebrauchen — altehrwürdigen, echt deutſchen Stadt Nürnberg begrüßt hat, es erwünſcht ſein, daß ich für die Herren in unſerer Mitte, die bisher noch nicht den Verſammlungen beigewohnt haben, einige Worte über den Urſprung und die Ziele unſeres Vereins zu richten mir geſtatte.
>
> Meine verehrten Damen und Herren! Die Verwaltungszweige jener Städte und Verbände unterliegen insgeſamt dem ſtaatlichen Aufſichtsrecht, werden aber bei der Ausübung dieſes

Rechts nicht ganz gleichmäßig behandelt. Man kann im allgemeinen wohl sagen, daß das richtige Maß der Verteilung des Einflusses von Staat und Gemeinde noch nicht überall gefunden scheint. Daß der Staat in wirtschaftlichen Dingen, Versorgung von Wasser, Gas, Elektricität u. dergl. der Selbstverwaltung einen sehr weiten Spielraum läßt, dürfte sich allerdings praktisch bewährt haben. Daß aber in Bezug auf gewisse Zweige öffentlicher Thätigkeit — ich denke dabei in erster Linie an das Königreich Preußen —, ich nenne nur Volksschulen, höhere Knabenschulen, socialpolitische Veranstaltungen, den Gemeinden kaum eine andere Mitwirkung gestattet ist, als die Kosten zu bezahlen, dürfte ebensowenig sachlich zu rechtfertigen sein, als daß er in anderen Zweigen, ich nenne als Beispiele die höheren Mädchenschulen, die Fortbildungsschulen, die öffentliche Gesundheitspflege, die Sparkassen, das Armenwesen — das Armenwesen ganz besonders — im einzelnen die Dinge laufen läßt, wie die Kommunen und Interessenten für gut finden. Auf unserem Gebiete, dem Armenwesen, giebt es zwar eine die Grundsätze regelnde Gesetzgebung, für Preußen und die Staaten des Unterstützungswohnsitzes einerseits, und für Bayern, das Land des Heimatsprincips, andererseits, aber nur eine geringe, hinter dem Bedürfnis zurückbleibende staatliche Einwirkung und Beaufsichtigung der Formen, unter denen die Gesetze Gestalt gewonnen haben. Wo nun auf staatliche Hilfe nicht zu rechnen war, das Bedürfnis nach Reform aber immer mehr infolge der veränderten Verhältnisse, vornehmlich der gesteigerten industriellen Entwickelung, in die Erscheinung trat, mußte die Selbsthilfe, die Selbstverwaltung eintreten und es den deutschen Städten nahe legen, in einem freien Verein Anregung und Meinungsaustausch zu suchen. Die Gelegenheit dazu hat unser im Jahre 1880 gegründeter Deutscher Verein für Armenpflege und Wohlthätigkeit geboten, dem dann auch in wenigen Jahren mit verschwindenden Ausnahmen alle deutschen größeren Städte aus dem Gebiete des Unterstützungswohnsitzes beigetreten sind. Wenn bis heute nur wenige bayerische Städte

und Behörden unſerem Vereine angehören, ſo ſcheint uns das mehr zufälligen als principiellen Gründen zuzuſchreiben zu ſein. Die Verhandlungen über die vor einigen Jahren in den bayeriſchen Kammern angenommene Novelle zu der Armengeſetzgebung haben ſehr überzeugend nachgewieſen, wie groß das Intereſſe für unſeren Zweig der öffentlichen Fürſorge auch in Bayern iſt, und wie dringend das Bedürfnis nach Reform in diesſeitigen Landesteilen empfunden wird. Wir hegen die beſcheidene Hoffnung, daß die diesjährige Verſammlung in Nürnberg die Kunde von unſeren Beſtrebungen in weitere bayeriſche Kreiſe verbreiten und eine rege Beteiligung an der gemeinſamen Förderung der in Bayern ebenſo wie in allen anderen deutſchen Staaten hochgehaltenen und eifrig gepflegten chriſtlich-humanen Fürſorge für Armut und Bedürftigkeit für unſere zukünftigen Jahresverſammlungen vorbereiten wird. Der Wunſch aber, daß die Praktiker der Armenpflege aus den Geltungsbezirken des Heimatsrechts und des Unterſtützungswohnſitzes mehr als bisher den Verſuch machen möchten, voneinander zu lernen, dürfte kaum Widerſpruch finden.

Mit einer gewiſſen Genugthuung glauben wir auf die durch unſere Arbeit in den verfloſſenen 18 Jahren gegebenen Anregungen zurückblicken zu dürfen. Politiſche und konfeſſionelle Gegenſätze, die an und für ſich ganz berechtigt, in unſerem Vaterland in der Öffentlichkeit doch wohl eine zu große Rolle ſpielen, haben die Sachlichkeit unſerer Verhandlungen nie geſtört. Die Meinungen ſind mannigfach auseinandergegangen, um ſich immer wieder unter dem Geſichtspunkte des Strebens nach der Gemeinnützigkeit zu vereinigen.

Sowohl Ausſchuß- als Jahresverſammlungen wurden von den Mitgliedern recht fleißig beſucht, ſo daß die Teilnahme immer mehr gehoben wurde durch die gewonnenen perſönlichen Beziehungen und die Freude an dem Gedeihen der Gemeinſchaft. Stadtrat Dr. Münſterberg-Berlin iſt dem Verein in wiſſenſchaftlicher Behandlung und praktiſcher Erfahrung immer mehr die hervorragendſte Stütze geworden. Getrübt wurde die Gemeinſchaft nur durch den Tod ſo mancher wackrer Männer, die in den

20 Jahren des Bestehens mit Interesse und Eifer ihre Sachkunde zur Verfügung gestellt hatten. Ich gedenke dabei mit besonderer Wärme an Dr. Bausch-Düsseldorf, Ernst-Elberfeld, Lammers-Bremen, Ohly-Darmstadt, Freiherr von Reitzenstein-Freiburg, Roestel-Landsberg und Dr. Straßmann-Berlin. Der Erfolg des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohlthätigkeit ergiebt sich am deutlichsten aus folgender Statistik. Es gehörten aus dem Gebiete des Unterstützungswohnsitzgesetzes zur Zeit der 19. Jahresversammlung in Breslau alle deutschen Städte an

von 40 000 Einwohnern mit einer Ausnahme,
zwischen 25 000 u. 40 000 „ „ „ „ ,
„ 20 000 u. 25 000 „ „ drei Ausnahmen.

Auch in diesem Jahrzehnt wohnte ich mehreren Ausschußsitzungen und Generalversammlungen des Vereins für Socialpolitik in Frankfurt a. M. und Berlin bei, die in Bezug auf Fleiß der Vorbereitung und Sachkunde der besprochenen Specialfragen nicht hinter den früheren Leistungen zurückblieben. Bei jeder Gelegenheit aber, wenn die größte der bei der Gründung des Vereins 1872 vor die Brust genommenen Fragen, die Reform des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, zur Sprache kam, mußte ich zu meinem Bedauern erkennen, daß bei dem Durchschnitt der Professoren die Fühlung mit den Voraussetzungen und Thatsachen des Arbeitsmarkts nicht gewachsen sei. Wohl war dies bei den älteren Herren, dem Professor Schmoller und seinen Freunden der Fall. Bei ihnen war der in meiner Broschüre von 1872 bekämpfte Gegensatz gegen die Großindustrie in demselben Verhältnis gemildert, als er bei den jüngeren Kollegen, Herkner, Sombart u. s. w. noch erheblich verschärft erschien. Niemals erinnere ich mich indes, daß der Vorsitzende Schmoller das Gewicht seiner Autorität in dieser doch nicht allein wissenschaftlichen Frage anzuwenden versucht habe. Wenn man seine scharfe Auseinandersetzung mit Herkner im 3. Heft seines Jahrbuchs 1899 S. 402 liest, erscheint das nicht ganz verständlich. Dieser Umstand erklärt denn auch, daß einer von uns wenigen, die im Ausschuß nicht dem akademischen Lehrberuf angehörten, mein Landtagskollege Bueck, Vertreter wirtschaftlicher Vereine

und Verbände, alle Professoren in einen Topf werfend, dem Verein für Socialpolitik den Krieg erklärte. Knebel und ich versuchten Bueck sein Unrecht klar zu machen; die Angegriffenen waren wirklich entgegenkommend, doch ließ Bueck sich nicht vom Austritt abhalten. Es folgte nun eine Reihe von Kundgebungen des Vereins für die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Düsseldorf und des Vereins deutscher Industrieller in Berlin gegen Schmoller und die Katheder-socialisten, und auf dem parlamentarischen Gebiet eine Sitzung im preußischen Hause der Abgeordneten vom 7. Mai 1896 (siehe Antrag Brütt S. 486), in der Redner der Konservativen, der Freikonservativen und Nationalliberalen dem Handelsminister Freiherrn von Berlepsch ein Mißtrauensvotum gaben. Mit jenem Votum des Abgeordnetenhauses, auf das die socialpolitische Wandlung des Kaisers ohne Zweifel von Einfluß gewesen war und dem Berlepschs Entlassung bald folgte, war die Reform der Arbeitsverhältnisse für längere Zeit abgeschlossen. Nachdem der 1899er Gesetzentwurf zum Schutze der Arbeitswilligen im Abgeordnetenhaus abgelehnt worden ist — auch Schmoller hat sich im Herrenhaus dagegen ausgesprochen, aus theoretischen, für jeden Politiker unverständlichen Gründen —, ist eine Wiederaufnahme der Reform nicht so bald zu erwarten. Die Generalversammlung in Breslau 1899 beschäftigte sich mit unpolitischen Fragen, nur Schmollers Eröffnungsrede verteidigte den Verein gegen die scharfen Angriffe aus Unternehmerkreisen in sehr maßvoller Weise. Allerdings bin ich ja auch mit einigen ihrer Ausführungen nicht einverstanden, aber ich urteile in der Hauptsache nicht so scharf wie der aus Unternehmerkreisen stammende Artikel der Kölnischen Zeitung vom 2. Oktober 1899. Ich muß aber allerdings zu meinem Bedauern zugeben, daß heute nicht mehr viele unter den Arbeitgebern auf meinem der Socialpolitik freundlichen Standpunkte stehen und noch bestimmter behaupten, daß mit Ausnahme des Reichstagsabgeordneten Roesicke-Dessau kein mir bekannter Industrieller mit der Durchschnittsanschauung der Professoren der Nationalökonomie einverstanden ist. Wie man es für ersprießlich halten kann, die historische Entwickelung des Verhältnisses von Arbeitgeber und Arbeitnehmer

seit dem Eisenacher Tag von 1872 ganz außer Betracht zu lassen, wie man nicht bemerken will, daß Streiks heute der Regel nach als Machtfragen betrachtet und entschieden werden, kann ich nicht verstehen. Der vermittelnde Standpunkt spielt kaum mehr mit, wie ich zu meinem Erstaunen bei dem Krefelder Streik 1899 erfuhr, als die Socialdemokraten alle auch nicht zu ihnen gehörigen Arbeiter, z. B. die christlich-socialen, in die Tasche steckten, während die Arbeiterausschüsse, wo sie bestanden und sich mit dem Arbeitgeber verständigt hatten, den Dienst absolut versagten. Die Schmollersche Bezeichnung der Hohenzollern als der rois des gueux mag übrigens in einer Volksversammlung eine patriotische Wirkung üben, sie ist aber historisch nicht zutreffend. Neben den Zeiten der Befreiung der Bauern von der Erbunterthänigkeit gab es auch solche von der Einschlachtung ihrer Güter.

Auf die im Oktober an mich ergangene Anzeige meiner Wiederwahl in den Ausschuß antwortete ich dankend, aber wegen vorgeschrittenen Alters ablehnend. Nachdem ich bereits im vergangenen Jahre darauf verzichtet habe, eine Neuwahl zum Parlament anzunehmen, falle die Möglichkeit für mich fort, mit schwacher Kraft der Vermittelung zwischen den schroffer wie je zu Tage tretenden socialpolitischen Gegensätzen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern das Wort zu reden.

Socialpolitische Einrichtungen betreffend, haben auf Vorschlag meines Bruders Kommerzienrats Heinrich Seyffardt und Landrats Dr. Limbourg die Kuratorien der drei Hausweber-Unterstützungsfonds Kempen, Gladbach und Krefeld am 14. Oktober 1895 beschlossen, sich zu verschmelzen und ihre Bestände im Sinne der Stifter für Altersversorgung zu verwenden. In erster Linie wird bestimmt, daß die siebzig und mehr Jahre alten Handweber der Seidenindustrie, welche die nach § 157 des Gesetzes erforderlichen Nachweise über ihre Beschäftigung nicht beibringen konnten, um die gesetzliche Altersrente zu erhalten, eine Rente aus dem Fonds bekommen sollen. Gerade diese, bereits seit mehreren Jahren arbeitsunfähigen, altersschwachen Weber, sind der gesetzlichen Altersrente verlustig, während die kräftigen, die in den letzten drei Jahren

vor Eintritt des Gesetzes noch 141 Wochen zu arbeiten fähig waren, die gesetzliche Altersrente erhalten.

Meine Beteiligung an der Deutschen Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung blieb in diesem Jahrzehnt auf meine der Tradition entsprechende Zuwendung einer bestimmten größeren Summe beschränkt, die ich geringer bemessen konnte als früher, da der Gesellschaft durch Testament erhebliche Kapitalien vermacht wurden. Mein lieber Freund Roestel (Landsberg-Berlin) übernahm am 1. Juli 1890 den Posten des Generalsekretärs im Ehrenamt. Bei der Vorstandswahl 1891 (Rickert Vorsitzender, Roestel erster Stellvertreter, Abegg Schatzmeister, Lehrer Tews Generalsekretär) octroyierte man mir die Stelle als zweiter Stellvertreter des Vorsitzenden. Ich scheine noch einmal angenommen zu haben, denn unter meinen Papieren findet sich später ein Klagebrief Roestels über mein Ausscheiden aus dem Vorstande. Unter Tews' verständiger und verdienstvoller Leitung bevorzugt man von den verschiedenen Gesellschaftszwecken mit vielem Erfolg die Gründung und Ausstattung von Volksbibliotheken, unter besonderer Berücksichtigung der östlichen Verbände. Roestels am 21. Januar 1895 nach langer Krankheit erfolgter Tod war für die Gesellschaft der Verlust eines ihrer besten Männer.

Den unter Leitung vom Oberlehrer Andries-Köln-Nippes, dem Vorsitzenden des Rheinisch-westfälischen Verbandes der Bildungsvereine, mit dankenswerter Ausdauer abgehaltenen Verbandstagen habe ich während dieses Zeitraums mehrmals beigewohnt, zuerst 1890 demjenigen in Düsseldorf, wo der Vorsitzende des dortigen Vereins, Dr. med. von den Steinen, einen Vortrag über die Beziehungen der Bildungsvereine zu der Gesamtbevölkerung hielt, der an die Glanzzeit der rheinischen Bildungsbestrebungen erinnerte und ungemein wirkungsvoll war, wie die nachfolgenden Sätze aus den Reden zweier Bildungsveteranen, des Dichters Emil Rittershaus und des Abgeordneten Seyffardt, bezeugen.

Rittershaus sagte:

„Als ich unseren verehrten und lieben Verbandsgenossen von den Steinen so begeistert und begeisternd sprechen hörte, bin ich in Herz und Seele ein Vierteljahrhundert jünger ge-

worden. Da kam es mir in den Sinn, wie ich vor fünfundzwanzig Jahren von Ort zu Ort gezogen bin, um Bildungsvereine gründen zu helfen, und mich jedesmal freute, wenn es hieß: So und so viele haben sich als Mitglieder eingezeichnet und es kann uns nicht fehlen! Ich freue mich, daß ich aus jener Zeit noch die Jugend des Herzens und Geistes, die Treue für unsere Bestrebungen gerettet habe. Aber wir können uns auch nicht verhehlen, daß sich manche Hoffnung als Täuschung erwiesen hat."

Seyffardt fügte hinzu:

„Mit derselben Begeisterung, wie heute Herr von den Steinen, haben wir damals die Bildungsinteressen überall vertreten. Wir glaubten mit Rittershaus, die goldene Zeit würde auch in Deutschlands innerer Politik anbrechen, wie die Erfolge deutscher Kraft und deutschen Geistes sich nach außen Geltung verschafft hatten. Seitdem haben wir aber viel Wasser in unseren Wein gießen müssen, und von allen unseren Bestrebungen ist nur ein bescheidener Teil zur Ausführung gelangt. Die Arbeiter vor allem sind leider nicht zu uns gekommen. Dennoch erfrischt es, wenn heute ein Mann mit derselben Begeisterung, wie wir vor fünfundzwanzig Jahren, vor die jüngere Welt tritt und sagt: Hier ist eine große, schöne Aufgabe, helft uns, sie zu erreichen. Ich danke Herrn von den Steinen für den Idealismus, den er durch seinen Vortrag in unserem Verband und hoffentlich auch in den weiteren Kreisen der Bildungsvereine, neu erweckt hat."

Der Krefelder Handwerker- und Bildungsverein hat sich auch in diesem Jahrzehnt seine Bedeutung als Mittelpunkt edler Geselligkeit außer den bisherigen Veranstaltungen, z. B. Vorträgen von Rittershaus, Beumer und andere, auch durch Anregung vortrefflicher Volksunterhaltungsabende edler und gemütvoller, künstlerischer und musikalischer Art für den Arbeiterstand (anfangs unter der Leitung von Professor Dr. Soldan, später unter der von Oberlehrer Dr. Weise) erhalten, trotzdem die Zahl der Mitglieder von 3006 in 1891 auf 2203 in 1898 zurückging. Die Zersplitterung der dem städtischen Vereinsleben Zugewandten war

von Jahr zu Jahr größer geworden, so daß der Einfluß der Militärvereine, der kirchlichen Vereine, der Interessenten für Einzelfächer eine Verminderung der Mitglieder des größten Vereins naturgemäß erzeugte. Die Periode begann mit dem alten Vorstand (Andriessen, Professor Soldan und Sanitätsrat Busch als Vorsitzende, Holler als Schatzmeister und Direktor Schwabe als Bibliothekar), der denn auch bis zur Mitte des Jahrzehnts in treuer Sorge seine Pflicht that. Als dann Andriessen 1896, Soldan 1897 aus verschiedenen Gründen zurücktraten und Busch 1898 plötzlich, von allen Teilnehmern am öffentlichen Leben tief betrauert, gestorben war, schien es schwer, eine geeignete Leitung für den Verein ausfindig zu machen. Das fünfundzwanzigjährige Jubelfest der Turnerschaft des Handwerker- und Bildungsvereins, der unter der Führung von Möhlenbeck noch recht gedeiht, wurde 1897 gefeiert. Es steht zu hoffen, daß die 1898er Wahl (Dr. Westenberger erster, Möhlenbeck zweiter und Pulfrich dritter Vorsitzender) feste und einigermaßen dauernde Verhältnisse neu begründen wird.

Auch die Gründung des Vereins für die bürgerlichen Interessen durch den Chefredakteur der Krefelder Zeitung Dr. Noack diente wie der Handwerker- und Bildungsverein den liberalen Bestrebungen unserer guten Stadt. Der Verein, der die Interessen des sogen. Mittelstandes verfechten sollte, hat denn auch sowohl unter Noack, wie seinem Nachfolger Dr. Westenberger in Bekämpfung unlauteren Wettbetriebes recht ersprießlich gewirkt. Besonders erfolgreich haben sich die Bemühungen des Vorsitzenden des gewerblichen Ausschusses, Zinober, erwiesen.

Der liberale Schulverein für Rheinland und Westfalen zeigte im neuen Jahrzehnt offenkundige Merkmale allmählichen Rückganges. Die Versammlungen wurden wenig besucht, die auf der Tagesordnung stehenden Gegenstände verrieten manchmal recht geringe Fühlung mit dem lebendigen politischen und Schulleben des Tages, als wenn er ein Diskutierklub geworden wäre. Was soll man z. B. dazu sagen, daß in Hamm 1893 nach einem Referat von Schmelzer und Korreferat von J. B. Meyer über die Notwendigkeit der Abtrennung des Kultusministeriums vom Unter-

richtsminiſterium verhandelt wurde, wobei Schmeding, Seyffardt, Beumer, Kannengießer-Schalke und Greßler-Barmen ſich redneriſch beteiligten?! Die Anſicht, daß eine Auflöſung des Vereins oder doch eine Vertagung ſeiner Thätigkeit angezeigt ſein dürfte, war kaum zu unterdrücken. Ein Schlaganfall, der den verehrten Vorſitzenden J. V. Meyer im Januar 1895 traf, ſtellte eine Entſcheidung in dieſem Sinne in nahe Ausſicht. Am 20. Oktober hielt dann Meyer noch eine Ausſchußſitzung in ſeinem Hauſe in der Koblenzerſtraße in Bonn ab, ſchrieb mir im Februar 1896 eigenhändig und im April und Mai durch die Hand ſeiner Frau noch mehrere Briefe voll Hoffnung auf Beſſerung. Dezember 1896 berichtete mir dagegen Frau Agnes Meyer über ſeinen verſchlimmerten, ſehr traurigen Zuſtand. Erſt am 22. Juni 1897 ſtarb der treue Menſchen- und Volksfreund. Von ſeinen Schriften nenne ich einige, die ich geleſen habe und zum Teil beſitze, u. a.: „Gedanken über die zeitgemäße Entwickelung der deutſchen Univerſitäten", „Religionsbekenntnis und Schule", „Zum Bildungskampf unſerer Zeit", „Kampf um die Schule", „Friedrich der Große" und „Miltons pädagogiſche Schriften". Zum 21. November 1897 lud der Vorſtand: Beumer, Dr. Carl Georgi, Schmelzer und Seyffardt, die Ausſchußmitglieder zu gemeinſchaftlichem Mahl, das uns ſo oft in vergangener Zeit zu angeregter und freundſchaftlicher Geſelligkeit vereinigt hatte, und zur Beſchlußfaſſung über die Zukunft des Vereins. Man einigte ſich dahin, die Thätigkeit des liberalen Schulvereins einſtweilen ruhen zu laſſen, das Vermögen an geeigneter Stelle zinstragend anzulegen und von der Einziehung der Jahresbeiträge bis auf weiteres abzuſehen.

Im vorigen Jahrzehnt habe ich meinen Bericht über die nationalliberale Partei bei der Thatſache beſchloſſen, daß der ausgetretene langjährige Parteiführer Rudolf von Bennigſen 1884 wieder auf dem Berliner Parteitage erſchien. Es ſchien wieder Leben in die Partei zu kommen. Beſonders in Süddeutſchland, vornehmlich in Baden und der Pfalz, wurde in programmatiſchen Kundgebungen die nationalliberale Fahne unter Miquel, Buhl, Marquardſen hoch erhoben. Auch im preußiſchen Landtage wurde die Stimmung allmählich zuverſichtlicher, zu einem erheblichen

Teil dank einer Taktik des Kollegen von Eynern gegenüber dem seine alten nationalliberalen Fraktionsgenossen in nicht besonders schöner Weise bei jeder Gelegenheit befehdenden Sezessionisten Rickert. von Eynern hatte sich einen sehr ins einzelne gehenden Auszug von Rickerts Reden aus seiner nationalliberalen Zeit gemacht und wußte diese Aussprüche vortrefflich dazu zu benutzen, um die Gleichmäßigkeit und Folgerichtigkeit der Nationalliberalen zu beweisen. Er that es immer in folgender oder ähnlicher Weise: „Schon im Jahre so und so sagte der Redner unserer Partei —," — „dieser Redner war der Herr Abgeordnete Rickert," — „wir wissen jenen Worten nichts hinzuzufügen, Herr Rickert von heute, fortschrittlich angehaucht, ist der entgegengesetzten Ansicht." Die Partei durfte sich als vollständig rekonstruiert betrachten, als infolge der Auflösung des Reichstages wegen seiner Stellung zur Militärvorlage 1887 die Neuwahlen in Sicht kamen. Die Nationalliberalen wurden mit einem Schlage die Herren der politischen Lage. Die Zahl der Mitglieder stieg auf 101 und es nahm eine kurze Zeit den Anschein, als wenn es doch möglich sei, daß der patriotische Aufschwung die Folgen des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts überwinden könne. Nach dem Ende des Kartellreichstages 1890 ließen die Wahlen keinen Zweifel darüber, daß diese Hoffnung eine Täuschung gewesen war. Die Zahl der nationalliberalen Mitglieder des Reichstages fiel 1890 auf 41, 1893 auf 52 und 1897 auf 48. Besser war es im preußischen Landtage ergangen, für den die Zahlen nationalliberaler Mitglieder im ganzen Jahrzehnt sich zwischen 84 und 85 bewegten, um erst im letzten Jahr 1899 infolge des Ansturms des Bundes der Landwirte auf 71 zu fallen. Der Verkehr der beiden Fraktionen im Reichstag und Landtag ließ in der Zeit des Kartellreichstages nichts zu wünschen übrig, während er späterhin jeden Einfluß auf die Taktik der Partei verlor. Die nationalliberalen Mitglieder des Reichstages verstanden es nicht, zu einer einheitlichen Partei zusammenzuwachsen, da eine kleine süddeutsche Gruppe, Freiherr von Heyl und Genossen, zu jedem Zugeständnis an extrem-agrarische Forderungen (Graf Kanitz u. a.: Staatliche Sicherung eines bestimmten Getreidepreises) bereit schien. Um so einmütiger schlossen

ſich im Landtag, unter Abſtoßung der tollen Agrarier Schoof und Hahn, alle halbwegs Verſtändigen zuſammen. In der ganzen Legislaturperiode 1893—98 war es nur der einzige unter dem Einfluſſe des extrem-ſchutzzöllneriſchen Vereins der deutſchen Induſtriellen ſtehende Bueck, der ein oder mehrere Male gegen die Fraktion ſtimmte.

An Kundgebungen im Reichs- und Landtage hat es bei den Nationalliberalen in der ganzen Periode nicht gefehlt. Sie waren meiſt Ausflüſſe der Stimmungen von Gruppen und Einzelnen. Die bedeutungsvollſte vom 7. März 1898 lautete:

Erklärung.

Der Centralvorſtand und die vereinigten Fraktionen der nationalliberalen Partei des Reichstages und des preußiſchen Abgeordnetenhauſes haben in gemeinſchaftlicher Sitzung am 7. März beſchloſſen, folgende Erklärung zu erlaſſen:

Wir wollen die Politik der wirtſchaftlichen Sammlung, welche zum Schutze der nationalen Arbeit die Intereſſen von Landwirtſchaft, Induſtrie, Handel und Gewerbe zu vereinigen und die mittlere, ihnen gemeinſam förderliche Linie zu finden ſich bemüht, auf das wärmſte unterſtützen, können aber darüber die Selbſtändigkeit unſerer Partei, ſowie die nationalen, idealen und liberalen Anſchauungen, aus denen unſere Partei erwachſen iſt, nicht in den Hintergrund drängen laſſen.

Wir erblicken in dem „Wirtſchaftlichen Aufrufe“ einen wertvollen Schritt zur Herbeiführung einer Einigung der verſchiedenen Intereſſen in betreff der Handelsverträge. Auch wir ſind der Überzeugung, daß bei dem Abſchluſſe künftiger Handelsverträge die Intereſſen der Landwirtſchaft beſſer gewahrt werden müſſen als bisher, müſſen aber andererſeits auch fordern, daß den Bedürfniſſen der Induſtrie und des Handels nach Handelsverträgen mit längerer Geltungsdauer Rechnung getragen wird.

Nur auf dieſem Boden halten wir die Politik der wirtſchaftlichen Sammlung für möglich und erſprießlich. Die Auslegung, welche dem Aufrufe in anderem Sinne gegeben werden kann und bereits gegeben worden iſt, nötigt uns, die

unſerige hierdurch feſtzuſtellen. Wir wiſſen uns in dieſer Auffaſſung der Politik der Sammlung und der mit derſelben zu verfolgenden Zwecke einig mit denjenigen unſerer Freunde, welche den Aufruf unterzeichnen.

Centralvorſtand der nationalliberalen Partei.
Dr. Hammacher. Dr. Bürklin. Simon.

Vorſtand der nationalliberalen Fraktion des Reichstages.
Baſſermann. Dr. v. Bennigſen. Dr. Bürklin.
Dr. v. Cuny. Dr. Hammacher. Dr. Oſann.

Vorſtand der nationalliberalen Fraktion des preußiſchen Abgeordnetenhauſes.
Dr. v. Cuny. Dr. Enneccerus. v. Eynern.
Dr. Hammacher. Hobrecht. Holtermann. Jürgenſen.
Knebel. Dr. Krauſe. Dr. Sattler. Seyffardt.

Die Erklärung war von Miquel veranlaßt und erſt nach Überwindung vieler Schwierigkeiten im Vertrauen auf die Sachkunde und objektive Haltung Möllers angenommen worden. Wir merkten übrigens bald, daß wir Gutmütigen mit unſerer Aufforderung zur wirtſchaftlichen Sammlung wieder einmal hereingefallen waren. Als die Sache zum Klappen kam, fiel es weder Miquel noch den Konſervativen ein, Ernſt zu machen.

Im preußiſchen Abgeordnetenhaus wurde in der Legislaturperiode 1893—98 der Abgeordnete Staatsminiſter a. D. Hobrecht infolge ſeiner großen perſönlichen Beliebtheit erneut zum Vorſitzenden erwählt. Er verſtand es auch nach wie vor, wo immer die Gelegenheit ſich bot, die Fraktion in ſeiner feinen und vornehmen Weiſe perſönlich und redneriſch zu vertreten. Bei ſeinem hohen Alter und ſeiner entfernten Wohnung in Groß-Lichterfelde war es indes ſelbſtredend, daß er den Wunſch hegte, von den Tagesgeſchäften entbunden zu werden. Die innere Fraktionsleitung fiel daher dem Geſchäftsführer v. Eynern, dem beliebteſten Plenarredner Sattler und dem kleinen Freundeskreiſe zu, der in den Fraktionsſitzungen ausnahmslos pünktlich zur Stelle war und die eigentliche Verantwortlichkeit übernahm. Ich war dabei als Mitglied des Parteiausſchuſſes, des Vorſtands der Fraktion,

des Seniorenkonvents, als Vorsitzender der mit der Auswahl der Mitglieder der Kommissionen betrauten Kommissionskommission und als stellvertretender Geschäftsführer rege beteiligt. Auf der Höhe der Mitarbeit für die Interessen der Fraktion finde ich bereits 1894 in meinen Notizen die Bemerkung, daß ich mich für mein Alter etwas überlastet fühle und bald nachher die Andeutung, daß der Rücktritt aus dem Parlament nach Schluß der Periode mir recht nahe liege.

Bei der Neuwahl zum Abgeordnetenhaus habe ich denn auch ein Mandat nicht mehr übernommen. Die seit 1899 mit größerer Schärfe eingetretenen Altersbeschwerden haben die Berechtigung des Entschlusses, der offen gestanden mir recht schwer geworden ist, überzeugend nachgewiesen.

Seit meinem Ausscheiden habe ich nur einmal Veranlassung gehabt, als altes Mitglied der Partei und damals noch Mitglied des Centralausschusses zu sprechen und meiner Mißbilligung einer Rede des erwählten Führers der Reichstagsfraktion, des Abgeordneten Bassermann, in einem Schreiben an das Centralbureau der nationalliberalen Partei Ausdruck zu geben. Es war, als ich einer Aufforderung des Vorsitzenden des Centralausschusses Dr. Hammacher folgend, meinen Beitrag zur Parteikasse für 1899 einsandte. Ich sagte das folgende:

„Daß ich bei meiner Vergangenheit zur nationalliberalen Partei halten werde, auch wenn ich mit dem Vorgehen der Reichstagsfraktion zeitweise nicht einverstanden bin, erachte ich als selbstredend. In Rheinland ist dies aber nicht allgemein der Fall. Besonders hat die Behandlung des Gesetzes zum Schutz der Arbeitswilligen äußerstes Befremden erregt. Man glaubt in der Verweigerung der Kommissionsberatung ein Vorwiegen juristischer Bedenken, doktrinärer Gesichtspunkte, ein Generalisieren einseitiger lokaler Erfahrungen und Interessen zu erkennen, wie man sie sonst nur bei Männern der reinen Theorie zu finden gewohnt ist. Der Grundgedanke des Gesetzes führt darauf hinaus, den Freunden eines gesunden socialpolitischen Fortschritts wieder die Möglichkeit zu gewähren, für das Koalitionsrecht und die Ausbildung von

Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden einzutreten, ohne gleichzeitig einen dauernden, schwer zu ertragenden, alle Banden des friedlichen Zusammenlebens auflösenden Terrorismus, in den Kauf nehmen zu müssen. Die Gegner des Gesetzes, die nur einmal einen Streik jüngeren Datums in der Nähe gesehen hätten, wären sicher bekehrt worden."

Eine große Freude gewährte dem Veteranen der nationalliberalen Partei in den letzten Tagen des alten Jahrhunderts die Einladung zur vertraulichen Besprechung der Gründung eines Krefelder Vereins der nationalliberalen Jugend auf Montag den 11. Dezember 1899. Die Verhandlungen, an denen von älteren Politikern außer mir auch Dr. Schwabe und Carl Kramer sich beteiligten, führten zum Beschluß der Gründung eines Vereins für junge Männer unter 40 Jahren und zur Konstituierung am 31. Dezember 1899. Die Unterzeichner des Aufrufs waren Otto de Greiff, Franz Holstein, Dr. M. Schnitzler, Herm. Ziegler.

Des nationalliberalen Vereins der Rheinprovinz muß ich an dieser Stelle mit Auszeichnung gedenken. Unter dem Vorsitz des Gymnasialdirektors Geh. Reg.-Rat. Dr. Oskar Jaeger, eines der wenigen mir bekannt gewordenen Nichtparlamentarier, die mit stets gleichem Erfolg den Fragen der hohen Politik wie auch den wechselnden Lagen der parlamentarischen Tagespolitik gerecht zu werden verstehen, und unterstützt von Professor Moldenhauer und Redakteur Albert Bachem, erfüllte der Verein die bedeutungsvolle Aufgabe, dem nationalliberalen Leben an den Orten der Rheinprovinz nachzuhelfen, wo die eigene Kraft der Parteimitglieder dies erwünscht erscheinen ließ. Da ich niemals bei den Jahresversammlungen fehlte, hatte ich oft, besonders vor Neuwahlen für Reichs- und Landtag, Gelegenheit zu bemerken, wie sehr die erschienenen Delegierten durch die Verhandlungen und das nachfolgende mit Toasten gewürzte Mittagsessen zu energischem Auftreten im Sinne der guten Sache angeregt wurden. Von 1897 an konnte man zur Geschäftsführung in der Person des Dr. Johannes einen geeigneten Vertreter gewinnen. Bis 1896 tagten wir immer in Köln, 1897 in Duisburg, wo wir frühzeitig für

unſeren Freund Möller als Reichstagskandidat einzutreten begannen, dann an verſchiedenen Orten.

Aus meiner Beteiligung an den Plenarverhandlungen bei Nicht-Schulſachen hebe ich in chronologiſcher Reihenfolge das folgende hervor:

Am 24. März 1890 die Ausführungen, welcher Einrichtungen, Sonntag Nachmittag, Wochentag Abend, es bedarf, die Muſeen dem Kleinbürger- und Arbeiterſtande beſſer zugänglich zu machen. (Erfolg die Öffnung Sonntags 12—5.)

Am 18. April 1890, auf welchem Wege das Kupferſtichkabinett und die Gipsſammlung am beſten den Kunſtfreunden dienſtbar zu machen ſei.

Am 21. Mai 1890 ſprach ich mich dahin aus, daß es weder zu erklären, noch zu rechtfertigen ſei, daß allein in zwei Regierungsbezirken der Monarchie, in Marienwerder und Königsberg, zu der Gültigkeit einer elterlichen Beſtimmung über die Konfeſſion der Kinder in Miſchehen, eine Erklärung vor dem Landrat erforderlich ſei.

Am 7. Februar 1891 und am 5. Februar 1892 verwertete ich eine Erkundigungsreiſe nach Duisburg und Weſel, indem ich den Miniſter um Schutz für die deutſche Salmfiſcherei gegen das Raubſyſtem der Holländer auf Grund des beſtehenden Vertrages zwiſchen Deutſchland und Holland erſuchte.

Am 13. Februar 1891 ſprach ich mich gegen die im Entwurf des neuen Einkommenſteuergeſetzes vorgeſehene Heranziehung fremder Firmen aus, da der Finanzminiſter es ja ohnedies in der Hand habe, auswärtige Kaufleute, die ihren ſtändigen Betrieb in Preußen haben, heranzuziehen.

Am 19. März 1891 erneutes Eintreten für den Umbau des Krefelder Bahnhofs.

Am 4. Juni 1891 brach ich eine Lanze für die Befugniſſe der Gemeinden zur Erfüllung der Verpflichtungen des Geſetzes über die außerordentliche Armenlaſt, entweder eigene Anſtalten zu errichten oder Verträge mit Privatanſtalten abzuſchließen.

Am 10. Juni 1891 verwandte ich mich für die Petition der

Frau Schulrat Cauer bezüglich Zulassung weiblicher Personen zur Ausübung des Apothekerberufs.

Am 10. Mai 1892 trat ich für die Geheimhaltung der Veranlagung der Einkommensteuer ein, um die Steuerzahler gegen die unberufenen Kreise der Bierbank und des Kaffeeklatsches zu schützen.

Am 30. Mai 1892 befürwortete ich in zweiter Beratung das Gesetz über Militäranwärter, nachdem der Kriegsminister sich dahin ausgesprochen hatte, daß zur Erhaltung eines guten Unteroffizierstandes es ein ganz dringendes Bedürfnis sei, daß eine größere Zahl von Civilstellen für Militäranwärter und Militärinvaliden zur Verfügung stehen als bisher der Fall gewesen sei.

Am 26. November 1892 hielt ich eine ausführliche Rede zur Darlegung der Gründe, warum nach meiner Idee für die Kommunalsteuer die Industriegemeinde in Bezug auf die Zuschläge zu den Staatssteuern anders behandelt werden müsse als die Normalgemeinde. Die notwendigen Lebensmittel solle die Gemeinde nicht besteuern, wohl aber den Luxus, den der Mensch sich ohne Notwendigkeit gestattet, insbesondere die Gegenstände des Lebensgenusses: Wein, Bier und Branntwein. Die Antwort des Finanzministers Miquel ging dahin, daß diese besonderen Verhältnisse in den Industriebezirken bei ihrer Individualisierung und Berücksichtigung zu ihrem Recht kommen werden.

Vom 22. Januar 1894 verzeichne ich ausnahmsweise einmal meine Rede aus der Fraktion, nicht aus dem Plenum. In der Vorbereitung der Etatsdebatten für die Fraktion macht man sich ja häufig Notizen, die man ihres flüchtigen Charakters wegen der Regel nach in den Papierkorb wirft. Die Rede habe ich wahrscheinlich deswegen aufbewahrt, weil sie mit etwas ernsterer Miene auftritt. Sie gestattet einen Einblick in die Werkstätte des Fraktionsgeistes, dem die Aufgabe zufällt, den Fraktionsredner, in der Periode 1893—98 in Finanzfragen immer der Abgeordnete Dr. Sattler, dem man nachsagte, daß er ebensogut hören wie reden könne, über Ansichten und Stimmungen zu unterrichten. Die Rede war besonders darauf zugespitzt, Sattler auf die schwachen Seiten des von ihm als Finanzgenie so hochgehaltenen

Finanzminiſters von Miquel hinzuweiſen. Meine Vorausſetzungen ſind buchſtäblich eingetroffen.

Die Rede lautet:

Die Aufgabe der heutigen Redner iſt dahin bezeichnet worden, daß ſie Stellung nehmen ſollen zu den Ausführungen der Herren Redner des erſten Tages, die nach einem von Kollegen Sattler dem Tierreich entnommenen Vergleich die Kraft und Fülle der Budgetgedanken der nationalliberalen Partei im Plenum zu vertreten beabſichtigen. Im allgemeinen glaube ich, daß die Reden vom Samstag ſich von den in normaler Zeit in unſerem Hauſe gewohnten Äußerungen zur erſten Beratung des Budgets etwas unterſchieden haben, indem ſie den Stimmungsbildern einen breiteren Raum gewährten, vielleicht gerade damit dem Wunſche der Fraktion entſprachen. Daß ein Staatshaushalt, der die peinliche Sparſamkeit der letzten Jahre beibehält, wenig Veranlaſſung zu näherer Betrachtung bietet und daher zu Vergleichen mit dem Reichshaushaltetat geradezu herausfordert, iſt natürlich. Steuerquellen, Matrikularbeiträge ſind daher reichlich beſprochen worden. Aber ich habe den Eindruck, daß dabei die eigentliche Kritik des Etats etwas zu kurz gekommen iſt. Mir iſt der gegenwärtige Etat allzuſehr Augenblicksphotographie der gegenwärtigen unter dem Finanzdruck leidenden Verhältniſſe. Augenblicksphotographien ſind nie ganz unrichtig, aber auch nie ganz richtig. Nun iſt ja eine kleine Annäherung an die nach meiner Anſicht richtigere Auffaſſung vorhanden. Seit Herr Miquel ſeine Steuervorlagen im Sack hat, giebt er theoretiſch zu, daß die Finanzlage Preußens eine glänzende ſei, er verſteigt ſich zur Bewilligung einiger ſeit 10 Jahren als nötig anerkannten Richterſtellen, beantwortet in der geſtern erhaltenen Zuſammenſtellung der Beſchlüſſe des Hauſes den letztjährigen Notſchrei über die Lage des techniſchen Unterrichts entgegenkommend u. ſ. w. noch einige andere anerkannte Bedürfniſſe. Ich ſollte meinen, daß einer unſerer Redner daran anknüpfen ſollte und nicht gerade im Tone des Tadels aber der Anregung die Wiederaufnahme der Initiative auf den

wirtſchaftlichen Gebieten, auf denen der Staat ein Monopol hat, in Ausſicht zu nehmen. Ich denke z. B. an den Ausbau des Netzes von Eiſenbahnen niederer Ordnung. Der letztjährige Aufwand für dieſe war auf ein Drittel herabgemindert. Würde unſer Eiſenbahnweſen mehr nach kaufmänniſchen als nach bureaukratiſchen Grundſätzen verwaltet, ſo wäre dieſer Stillſtand der letzten Jahre in der Weiterentwickelung des monopoliſierten Staatsbetriebes niemals eingetreten, da dem Staat ja billiges Geld jederzeit zu Gebote ſteht. Produktive Neuanlagen, die das Kapitalkonto vermehren, unterliegen in keiner Weiſe der Rückſichtnahme auf Sparſamkeit. Die Zurückhaltung des Staates hat ſtatt deſſen ungemein ſchädlich eingewirkt, unnützerweiſe Zehntauſende von Arbeitsloſen erzeugt. Wenn der größte Arbeitgeber des Staates, das iſt ja er ſelber, ſo verfährt, dann braucht man ſich über die weitverbreitete peſſimiſtiſche Stimmung in Handel und Wandel, Landwirtſchaft und Induſtrie nicht zu wundern.

Wenn wir auf dem bisherigen Wege fortgehen, wenn wir nicht den Verſuch machen, den Fluch der ſieben mageren Jahre zu brechen, was wird die Folge ſein? Wir quälen uns unter ewigem Streiten über den Grund der Depreſſion, den niemand mitverſchuldet haben will, weiter. Keiner ſieht über ſeine Naſe hinaus, ich erinnere an die Verhandlungen über Tabak und Wein im Reichstag, bis wir an einem frühen Morgen aus der böſen Stimmung erwachen, um gewahr zu werden, daß wir uns mitten in der Hauſſebewegung mit Gründergedanken einerſeits und Arbeiterſtreiks andererſeits befinden. Die für Neuanlagen günſtige Zeit iſt verpaßt, die alten wirtſchaftlichen Verhältniſſe ſind wieder einmal unberückſichtigt geblieben. Dieſen Sprung von einem Extem ins andere möglichſt zu mildern, dient dem allgemeinen Nutzen. Dabei in erſter Linie mitzuwirken, iſt Aufgabe des Staates.

Am 1. Februar 1894 wandte ich mich gegen den im vorigen Jahre vom Abg. Knebel zu Gunſten des deutſchen Schälwalds beantragten Zoll auf Quebrachoholz. Ich ſagte zum Schluß:

Es geht aus dem Widerſpruch der Fachleute hervor, daß

der Erhebung eines Zolles von 5 oder 10 Mark für 100 kg Quebrachoholz das große volkswirtschaftliche Bedenken entgegensteht, daß man nicht ohne die alleräußerste Not und eine die Folgen genau prüfende Vorsicht der heimischen Industrie die Rohstoffe verteuern darf. Auf Maßregeln dieser Art sollte man aber unter allen Umständen verzichten, wenn es sich, wie anscheinend bei der Lederfabrikation, um eine erheblich exportierende Industrie handelt. Diese Grundsätze haben auch beim Übergang von der gemäßigt freihändlerischen zur gemäßigt schutzzöllnerischen Anschauung am Ende der siebziger Jahre umsomehr Anerkennung gefunden, als damals an Beispielen nachgewiesen wurde, daß der Schutzzoll auf Rohstoffe manchmal nur einem Interessenten zugute kommt, während 50, 100 und mehr Teilnehmer an der nationalen Arbeit dadurch in ihrem Broterwerb benachteiligt werden. Ich ersuche die Regierung, diese Gesichtspunkte bei Prüfung des Antrags von Herrn Knebel in erster Linie in Betracht zu ziehen.

Am 17. Februar 1894 brachte ich die Ausdehnung des deutschen Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz auf Bayern und Elsaß-Lothringen zur Sprache und ersuchte zu diesem Behufe die Herren Ministerpräsident und Minister des Innern, ihren Einfluß bei der Reichsregierung im Sinne der ausgleichenden Gerechtigkeit unter den Bundesgliedern in Anwendung zu bringen

Am 26. Mai 1894 sprach ich wieder zu derselben Sache wie 21. Mai 1890, am 12. Februar 1895 wieder für den Krefelder Bahnhof, am 16. Februar 1895 abermals über Elsaß-Lothringer Armenverhältnisse.

Am 4. Mai 1895 nahm ich das Wort zur ersten Beratung über die Verpflegungsstationen unter der Befürwortung, daß wir ein Institut, das bisher, wenn auch mannigfach angefochten, für viele Landesteile sich als nützlich und ersprießlich bewährt hat, zu erhalten wünschen. Nach Verhandlungen in einer Kommission, die unter meinem Vorsitz tagte, kam das Gesetz am 27. Juni zur zweiten Beratung ins Plenum, abgeändert in einer Anzahl von Bestimmungen, die unter der Voraussetzung eines Staatszuschusses mit Mühe vereinbart worden waren. Da die Eng-

herzigkeit des Finanzministers Miquel jeden Zuschuß ablehnte, so fiel das in der zweiten Beratung angenommene Gesetz in der dritten Beratung.

Am 22. und am 25. Mai 1895 sprach ich zur zweiten und dritten Beratung der Novelle zum Kommunalsteuergesetz, nach welcher alles in einem deutschen Bundesstaat gewonnene Einkommen aus Grundbesitz und Gewerbebetrieb in Preußen einer Kommunalbesteuerung nicht unterliegt. Eine Resolution, volle Gegenseitigkeit herbeiführen zu wollen, hatte ich angeregt, aber nicht durchgeführt, da die Staatsregierung sie nicht zu wünschen schien.

Zur zweiten Beratung des Etats, 20. Januar 1896, ersuchte ich den neuen Minister des Innern, Herrn von der Recke, der im vorhergegangenen Jahre aus verschiedenen Gründen verunglückten Angelegenheit der Verpflegungsstationen Aufmerksamkeit und Wohlwollen zu widmen.

Am 7. Mai 1896 stand ein Antrag Brütt und Freiherr v. Zedlitz und Neukirch auf der Tagesordnung, betreffend die Verhältnisse der Angestellten in offenen Ladengeschäften. Die Verhandlungen spitzten sich vollständig zu einem Mißtrauensvotum gegen den socialpolitisch stark angeregten Freiherrn von Berlepsch zu, was bei den Vorberatungen in den Fraktionen, jedenfalls bei den Nationalliberalen, nicht in Aussicht genommen worden war. Ich konnte nicht umhin, meiner Mißstimmung folgenden Ausdruck zu geben:

> Nach der Art und Weise, wie der Herr Abgeordnete von Kardorff das Schlußwort benutzt hat, um dem Antrag eine Begründung zu geben, die weit über alles hinausgeht, was in der Diskussion hervorgetreten ist, bin ich, der ich beabsichtigt hatte, für den Antrag zu stimmen, dazu nicht mehr in der Lage. Gleich mir hat die von Herrn v. Kardorff bekundete antisocialpolitische Richtung manche meiner Freunde umgestimmt, nachdem sie ursprünglich vorhatten, für den Antrag einzutreten.

Am 17. Dezember 1896 hatte ich eine heitere Auseinandersetzung mit von Brockhausen über Warenhäuser uud Versandgeschäfte und am 9. März 1897 eine solche mit dem Eisenbahnminister Thielen, in der ich ihn daran erinnerte, daß unser

Beleuchtungsweſen in den letzten 10 Jahren in einer Weiſe vervollkommnet worden iſt, daß jeder ſeine Freude daran haben muß. Gasglühlicht und elektriſches Licht wetteifern miteinander, um der Welt zu zeigen, daß wir aus einer dunklen Vergangenheit in eine in dieſen äußerlichen Dingen helle und lichte Gegenwart hinüber gelangt ſind. Wie lange ſoll da nun noch der Eiſenbahnreiſende des Lichtes der Neuzeit entbehren? Ich möchte, ſo ſagte ich zum Schluß, an den Herrn Miniſter die Bitte richten, ohne langes Zögern das erlöſende Wort zu ſprechen: Es werde Licht! — und uns dadurch ermöglichen, ihm mit dem freudigen, dankbaren Zuruf zu antworten: Siehe da, es ward Licht! (Heiterkeit. Bravo!)

Über meine Vertretung Magdeburger allgemeiner wie beſonderer Intereſſen, meine Teilnahme an dortigen perſönlichen Ereigniſſen, Wählerverſammlungen, Feſtlichkeiten, abgeſehen von den jährlich zweimal ſtattfindenden Wahlkandidaturen und Rechenſchaftsberichten, verzeichne ich zwiſchen 1890 und 1900 die folgenden Einzelheiten:

Am 1. Februar 1890 hatte ich die Freude, den Chefredakteur der mir ſehr naheſtehenden Magdeburger Zeitung, Herrn W. Splittgerber, der ſich während der ganzen Dauer meines Magdeburger Mandats durch charaktervolle Vertretung des nationalliberalen Standpunktes ausgezeichnet hat, zur 25jährigen Wiederkehr des Tages, an dem er in die Redaktion eingetreten war, zu beglückwünſchen.

Am 9. April 1890 im Hofjäger und am 31. März 1892 im Fürſtenhof feierten wir als politiſche Feſte den 75. und 77. Geburtstag des Fürſten Bismarck.

Am 14. Februar 1893 begründete ich meine Interpellation an den Freiherrn von Berlepſch, Miniſter für Handel und Gewerbe: Iſt der Königlichen Staatsregierung bekannt, daß die Verunreinigung des Elbwaſſers in der Umgebung von Magdeburg auch nach der Filtrierung desſelben die Verwendung zu häuslichen und induſtriellen Zwecken unmöglich macht, und iſt ſie geneigt, energiſche Maßregeln behufs Verhütung weiterer Schädigung der Stromanwohner in geſundheitlicher und geſchäftlicher Beziehung zu ergreifen?

Am 2. Mai 1893 starb der erste meiner Magdeburger politischen Freunde in diesem Jahrzehnt, Ehrenbürger und Stadtverordnetenvorsteher Liftemann, ein wackerer Mann. Es folgten am 18. Januar 1895 Oberbürgermeister Geheimrat und st. Präsident des Herrenhauses Böttticher, auch eine sympathische Persönlichkeit, am 4. Februar 1895 der Vertreter der Magdeburger Zeitung in Berlin, Dr. Toepelmann, ein tüchtiger Journalist, und am 8. März 1898 Stadtältester Fabrikant Dr. Max Dürre, mein lieber Freund und Kollege, ein positiver Christ, aber mustergültig tolerant.

Am 14. März 1893 octroyierte uns der Geschäftsführer Patzig einen Magdeburger Parteitag der nationalliberalen Partei, um nach der wegen der Ablehnung der Militärvorlage erfolgten Auflösung des Reichstags Stimmung für die Bennigsenschen Amendements zu machen. Es kam anders. Nach den Reden von Hobrecht, von Benda, Patzig, Paasche und Seyffardt, wobei Paasches Rede den Höhepunkt darstellte, nicht sowohl wegen der Gründe als wegen ihrer flammenden Begeisterung, entschied sich die Versammlung für die unverminderte Regierungsvorlage als Wahlparole. Duvigneau führte den Vorsitz.

Am 16. Februar 1894 hatte ich eine wichtige Sitzung bezüglich des für Magdeburg geplanten Justizgebäudes im Justizministerium mit Geheimrat Starcke. Die Sache kam nicht voran, weil die Magdeburger dem System Miquel nicht genügend die Räder schmieren wollten.

Um den 11. April 1894 kamen meine Verhandlungen mit dem Vorsitzenden des Bezirksvereins Neustadt, Lehrer Hempel, einerseits und der Eisenbahnkommission andererseits etwas ins Rutschen. Es galt dem Eisenbahnübergang in Magdeburg-Neustadt.

Von 1894—98 interessierte ich mich für die Tischlerinnungs-Fachschule, zugleich Bundesfachschule des Verbandes deutscher Tischlerinnungen. Es bedarf nach meiner und mancher verständiger Männer Ansicht eines Specialfachunterrichts für manche Handwerker, wenn diese den Anforderungen der Neuzeit genügen und nicht der Konkurrenz der Großindustrie unterliegen sollen. Die Anstalt schien auf richtigen Anschauungen der Selbsthilfe

aufgebaut, doch verleidete ihr andauernder Streit mit den Behörden in Stadt und Staat mir die Teilnahme.

In der letzten Session 1898 wollte ich als Berichterstatter für die Petition der Lehrer der neugegründeten Baugewerkschule um definitive und pensionsberechtigte Anstellung eintreten, konnte aber die Sache nicht ins Plenum bringen.

Da ich zu meinem unendlichen Bedauern ein weiteres Mandat für das Abgeordnetenhaus nicht annehmen konnte, lud mich der nationalliberale Verein in Magdeburg zu einer Wählerversammlung auf den 11. Oktober, in der ich mich verabschieden und der Vorstand die beiden Kandidaten, meinen bisherigen Specialkollegen Reichardt und den Professor an der Aachener technischen Hochschule van der Borght, vorschlagen sollte. Ich begann mit meinem Schwanengesang, Reichardt folgte, in seiner verständnisvollen Weise über Finanz-, Eisenbahn- und Kanalfragen sich verbreitend, und van der Borght schloß mit volkswirtschaftlichen Ausführungen, die den Wählern die Leistungen eines mit Kenntnis und Sachkunde ausgestatteten Mannes in Aussicht stellten. Meine Rede lautete:

> In den drei Legislaturperioden, in denen ich die Stadt Magdeburg im Abgeordnetenhause zu vertreten die Ehre hatte, habe ich alljährlich vor dem Eintritt in die neue Session Ihnen über die gethane Arbeit und die jeweilige politische Lage eingehend berichtet. Vor dem Eintritt in die bevorstehende neue Gesetzgebungsperiode, in der es mir zu meinem besonderen Leidwesen versagt ist, mich Ihnen wieder zur Verfügung zu stellen, dürfte es sich dagegen empfehlen, die einzelnen Erfolge der letzten Session etwas zurücktreten zu lassen gegen die allgemeinen Betrachtungen, die sich, Reichstag und Landtag zusammenfassend, dem zu politischer Thätigkeit berufenen Wähler naturgemäß aufdrängen. Der eine Faktor der Gesetzgebung, Seine Majestät, im Reichstag als deutscher Kaiser zugleich im Namen der verbündeten Regierungen, im Landtag als König von Preußen, haben gesprochen und den beiden Parlamenten für Mitarbeit und Mitwirkung zur Lösung bedeutsamer Aufgaben Ihren Dank gesagt. Beide Allerhöchsten Thronreden

haben ein, wenn auch nur bedingtes, Echo gefunden in dem Urteil unserer Bürger, denn sie legen Zeugnis dafür ab, daß sowohl in unserem großen deutschen Vaterlande als auch in unserer engeren preußischen Heimat die Verhältnisse immerhin noch so gesund liegen, daß bei allem Kampf und Streit um ideale und materielle Güter es doch noch Zeiten giebt, in denen der Rückblick auf die Vergangenheit die Genugthuung gemeinsam errungener Erfolge gewährt.

Unter diesen Erfolgen ist der größte unbedingt der, daß sowohl bei der als dringend nötig bewiesenen Vermehrung der Heereskräfte am Anfang der Periode als bei der dauernden Festlegung wesentlich erweiterter Flottenpläne in der letzten Session die werbende Kraft patriotischer Begeisterung sich Beachtung und Nachfolge auch bei solchen Volksvertretern erzwang, die aus nationalen Gründen, wie die Polen, oder aus konfessionell-hierarchischen Gründen, wie die Ultramontanen, nur mit halbem Herzen zu der deutschen bezw. preußischen Gemeinschaft gehören. Die Bedeutung der Thatsache wird kaum dadurch abgeschwächt, daß in beiden Fällen die Hoffnung auf Förderung von Sonderinteressen mit unterlief. Wenn sich in einem so eigentümlich zusammengesetzten Reichstage zweimal eine Majorität für die der demokratischen Anschauung so wenig erwünschten nationalen Machtfragen ergeben hat, so verstärkt sich gegenüber dem berechtigten Zweifel die Möglichkeit, daß auch in Zukunft noch eine Zeit lang mit einem durch allgemeines, gleiches, direktes Wahlrecht berufenen Reichstag zu regieren sein wird. Wenn die Thronreden im Lande Anklang gefunden, trotzdem die Vorbereitungen zu den Wahlen zu Reichs- und Landtag bereits begonnen und lebhafte Kämpfe eingeleitet hatten, so kam dabei aber auch die gegenüber dem Vorjahre günstigere Strömung der öffentlichen Meinung zur Geltung. Am 27. November v. J. gab ich bei Gelegenheit meines Rechenschaftsberichtes der in parlamentarischen wie in weiteren Kreisen der staatserhaltenden Parteien herrschenden Mißstimmung über die unsichere Haltung der Reichs- und Staatsregierung einen recht lebhaften Ausdruck. Ich erwähnte

des ſogen. Zickzackkurſes, der Klagen über gar zu perſönliches Regiment, tröſtete mich aber mit der Auffaſſung, daß eine gewiſſe Einſeitigkeit des Willens an der höchſten Stelle zur Erreichung großer nationaler Ziele ſolange einwandfrei ſei, als die Überzeugung des Volkes von der Thatkraft und Reinheit der Beſtrebungen für das Gemeinwohl dem Träger der Krone zur Seite ſtehe. Wenn ich dann im Anſchluß an des Kaiſers Flottenpläne eine Weltpolitik befürwortete, wie Engländer, Amerikaner, Ruſſen und Franzoſen ſie treiben, ſo wiſſen wir heute, daß ich damit der natürlichen Entwickelung der deutſchen Zukunft nur ganz wenig vorgegriffen habe. Mit dem Argonautenzug nach Kiautſchou iſt die erſte Etappe zu einem großen Ziele, der Gewinnung eines Neudeutſchland für unſere überſchüſſige, im Lande nicht immer Verwendung findende Volkskraft glücklich beſchritten. — Die That ſelber in Verbindung mit dem Auftreten der neuen in der Regierung berufenen Männer iſt von denkbar günſtigſtem Einfluß auf die Volksſtimmung in allen deutſchen Ländern geweſen. (Beifall.) Auch wenn wir von den genannten Bewilligungen für Heer und Flotte, die als Vorausſetzungen für die gedeihliche Weiterentwickelung unſerer nationalen Intereſſen in allererſter Linie in Betracht kommen, abſehen, können wir in das den Reichstagsarbeiten geſpendete Lob der kaiſerlichen Thronrede in vielen Punkten einſtimmen. Vor allen Dingen iſt das durch das neue Bürgerliche Geſetzbuch errungene einheitliche Recht ein geradezu unſchätzbarer Fortſchritt in nationaler Beziehung, dem ſich an Bedeutung die trotz unüberwindlicher Schwierigkeiten glücklich zu ſtande gekommene Verbeſſerung des Militärſtrafverfahrens zur Seite ſtellt. Es genügt, daneben auf wirtſchaftlichem Gebiete nur die Annahme der dem Handel und der Induſtrie die lang entbehrte Stetigkeit ſichernden Handelsverträge und die Ausdehnung der außereuropäiſchen Poſtdampferlinien zu erwähnen, um die Ergebniſſe der letzten Reichstagsperiode als hervorragende zu kennzeichnen. Wenn, wie ich bereits erwähnte, die Vorzüge der Vorlagen der Reichsregierung den im Reichstage ſo zahlreichen widerſtrebenden

Elementen gegenüber ſich von werbender Kraft erwieſen, ſo darf doch nicht verſchwiegen werden, daß die Annahme kaum irgend eines der erwähnten Geſetze erfolgt wäre, wenn die Centrumsführer die Zuſtimmung nicht ihren Parteigenoſſen förmlich abgerungen hätten. Seit jenem unglücklichen Frühlingstage 1895, als die Mehrheit des Reichstages den Glückwunſch zum achtzigſten Geburtstag des Fürſten Bismarck abgelehnt und die ausſchlaggebende ultramontane Partei mit der erſten Präſidentenſtelle die Führung des Hauſes übernommen hatte, erſchien ihr der Nachweis, daß ſie unter Umſtänden zur Regierungsgefolgſchaft bereit ſei, als gebotene Taktik. Mochten die bisherigen treuen Verbündeten des Centrums, die Herren von der freiſinnigen Volkspartei, den Abfall auch noch ſo brandmarken, die neue Aufgabe wurde mit Sicherheit durch alle Klippen durchgeführt. Die Reichsregierung hatte im Reichstage wieder eine Majorität gewonnen, eine Majorität von Centrums Gnaden. Mit vollem Bewußtſein der Tragweite ihres Schrittes, wenn auch nicht leichten Herzens, haben die Nationalliberalen zuerſt beim Bürgerlichen Geſetzbuch nicht angeſtanden, ſich zur Vermeidung ſchlimmerer Folgen der neuen Wandlung anzubequemen. In ähnlicher Weiſe wie beim Reichstage hat Seine Majeſtät auch in der Thronrede zum Schluß des Landtages mit Befriedigung auf das in arbeitsvollen fünf Jahren in gemeinſamer Thätigkeit Erreichte zurückgeblickt. Wie in der vorhergegangenen Legislaturperiode liegen die Ergebniſſe hier ganz vorwiegend auf dem finanziellen Gebiete. Die Verdienſte des Finanzminiſters v. Miquel um die Ausgeſtaltung und Sicherung der preußiſchen Staatseinnahmen und die Einführung eines gerechten Steuerſyſtems ſind ſo hervorragend, daß ſie durch den auf Schritt und Tritt ſich aufdrängenden Vorwurf, daß ſeine ſpäteren Maßnahmen der ſtaatsmänniſchen Auffaſſung zu wenig, der fiskaliſchen Rückſicht zu viel Raum gewährten, wohl etwas eingeſchränkt, aber nicht ausgelöſcht werden. Es iſt in hohem Grade erfreulich, daß in dieſer Periode ſowohl ein Beſoldungsgeſetz für Volksſchullehrer, als auch Geſetze zur Erhöhung der Gehälter aller

mittleren und höheren Beamten, insbesondere der Richter, Oberlehrer und Pfarrer, die seit vielen Jahren vergeblich erwartet wurden, zur Annahme gelangten. Diesen Gesetzen haben die Nationalliberalen zugestimmt, obschon nach ihrer Ansicht berechtigte weitergehende Forderungen von der Mehrheit des Hauses zurückgewiesen wurden. Dem Lehrerbesoldungsgesetz sogar, nachdem ihr Protest gegen eine darin vorgesehene Vergewaltigung der mittleren und größeren Städte nur teilweise berücksichtigt worden war. Allseitige Anerkennung fanden die Vermehrung der etatsmäßigen Stellen, die Gesetze über den Staatshaushalt (Komptabilitätsgesetz), über Bereitstellung von Mitteln für Wohnungen gering besoldeter Staatsbeamten und von abermaligen 100 Millionen für bäuerliche Ansiedelungen in den polnischen Landesteilen. Mit der Hoffnung der Thronrede auf eine günstige Wirkung für die Erhaltung des bäuerlichen Grundbesitzes durch das mit einer Mehrheit von wenigen Stimmen angenommene Anerbengesetz für Westfalen und einige rheinische Kreise ist die nationalliberale Fraktion nicht einverstanden. Sie hat dagegen gestimmt, da nach der Meinung der unserer Fraktion angehörenden Landwirte aus jenen Gegenden die Voraussetzung des Gesetzes, bestehende Sitten der bäuerlichen Erbfolge festzulegen, unzutreffend ist. Die bestehenden Sitten werden in dem neuen Gesetz mehrfach nicht festgelegt, sondern in einer den Familientraditionen nicht erwünschten Weise abgeändert.

Das Anerbengesetz bildet den Übergang zu dem Teil der Arbeiten des Landtages, über den die Thronrede in der guten Absicht, tiefgehende Meinungsverschiedenheiten zwischen Staatsregierung und Abgeordnetenhaus nicht vor aller Welt zu kennzeichnen, sich vollständig ausgeschwiegen hat. Während im Reichstage Nationalliberale, Freikonservative und Konservative immer der Regierung zur Seite stehen gegen eine radikal-ultramontane Mehrheit, wenn dies erforderlich ist, sehen die Nationalliberalen im Abgeordnetenhause sich gezwungen, mit dem Centrum gemeinsame Sache zu machen, wenn der in stetem Wechsel irrlichtelierende Regierungskurs reaktionäre Anwand-

lungen zeigt. Zweimal sind dergleichen Strömungen in vorgelegten Gesetzentwürfen in die Erscheinung getreten, ohne indes, trotz der geschlossenen Zustimmung von Freikonservativen und Konservativen, die Mehrheit zu finden. Einmal galt es, in dem vielbesprochenen § 8, dem Assessoren-Paragraphen, den Richterstand der absoluten Gewalt des jeweiligen Justizministers und damit erfahrungsmäßig im Durchschnitt der Zeiten der konservativ-agrarischen Partei auszuliefern, und das andere Mal, das Versammlungs- und Vereinsrecht einzuschränken bezw. ein neues Ausnahmegesetz gegen die zur Zeit in der Mauserung begriffenen Socialdemokraten zu erlassen und auf diese Weise ganz unnützer Weise neue Märtyrer zu schaffen. Beide Male sind die Versuche nur mit ganz kleinen Majoritäten zurückgewiesen worden, eine ernste Mahnung, daß die Nationalliberalen als Partei, also abgesehen von einzelnen Wahlkreisen, wohl bei den Wahlen zum Reichstag, nicht aber bei denen zum Landtag mit Freikonservativen und Konservativen zusammengehen können. Bedauerlich ist das auch bezüglich der Konservativen, aber erklärlich, seitdem deren Schwäche gegenüber dem Antisemitismus und dem extremen Flügel des Bundes der Landwirte offenkundig geworden. Es ist dagegen fast unerklärlich bei den Freikonservativen, mit denen uns in der ganzen Ära Bismarck und lange nachher, besonders bei dem Graf Zedlitzschen Schulgesetz, die treueste Waffenbrüderschaft verbunden hat. Einen vor Jahren kaum jemals in Aussicht genommenen Vorteil hat diese Verschiebung der Lage und der parlamentarischen Majoritäten den Nationalliberalen gebracht, einen kaum hoch genug zu schätzenden Vorteil, den Zwang zur Einigkeit. Die Partei wurde förmlich gezwungen, einstimmig oder nahezu einstimmig ihr Gewicht in die Wagschale zu werfen. Sie war verschiedentlich, u. a. beim Lehrerbesoldungs- und beim Beamtengehaltsverbesserungsgesetz, in der Lage, selbst dann noch für die liberale Gedankenrichtung einzutreten, wenn die Vertreter der freisinnigen Vereinigung wie der freisinnigen Volkspartei nach rechts abschwenkten. Ja, unsere Partei war in sich so gefestigt, daß sie, deren Programm

den Mitgliedern volle handelspolitiſche Freiheit läßt, in Anerkennung der ſchwierigen Lage der deutſchen Landwirtſchaft der vom Finanzminiſter Herrn v. Miquel, ihrem früheren Parteigenoſſen, proklamierten, ſeitdem bei den Reichstagswahlen in die Brüche gegangenen Politik der wirtſchaftlichen Sammlung theoretiſch zuſtimmen konnte, während des Miniſters neue Freunde, die Konſervativen, verſagten. Mit meinem Freunde und Specialkollegen Reichardt glaube ich hervorheben zu dürfen, daß wir, die wir, den Magdeburger Anſchauungen und Intereſſen entſprechend, in wirtſchaftlichen Dingen dem linken Flügel der Fraktion angehörten, unſerſeits häufig Gelegenheit und Erfolg hatten, auf objektive Verſtändigung zwiſchen den verſchiedenen in der Partei vorhandenen volkswirtſchaftlichen Richtungen hinzuwirken.

Die Gegner der nationalliberalen Partei von links haben recht häufig hervorheben zu müſſen geglaubt, daß bei dem Verhalten der Partei die nationalen Geſichtspunkte mehr als die liberalen im Vordergrunde ſtänden. Das mag zeitweiſe nicht ganz unrecht geweſen ſein, erklärt ſich aber aus der praktiſchen Erfahrung, daß die Zeitverhältniſſe bald die einen, bald die anderen Ziele und Beſtrebungen in den Brennpunkt der Beachtung drängen. Während heute die deutſch-nationalen Intereſſen für abſehbare Zeit gewahrt und geſichert erſcheinen, würde dagegen eine ganz kleine Verſchiebung der Majorität im Abgeordnetenhauſe nach rechts ſchwerwiegende Schädigung liberaler Errungenſchaften herbeizuführen drohen. Aus dem Geſagten ergiebt ſich, wie ſehr die nationalliberale Fraktion des Abgeordnetenhauſes von dem Ernſt dieſer Lage und der Notwendigkeit, jetzt in erſter Linie für liberale Anſchauungen einzutreten, durchdrungen iſt.

Um auf die Gefahr hinzuweiſen, geſtatten Sie mir noch einige Andeutungen. An Stelle der Begeiſterung weiter Kreiſe nach Gründung des Reiches, dem Kulturfortſchritt die Wege zu ebnen, iſt in den achtziger Jahren mehr und mehr eine recht laue Stimmung getreten. Die innere Politik kam allmählich zu vollſtändigem Stillſtand, nur in der neubegründeten

Socialpolitik gelangten ideale Ziele zur Geltung. Des jungen Kaisers Regierungsantritt brachte noch einmal ein kurzes Aufflackern. Die Socialpolitik sollte fortgesetzt, allgemeines Unterrichtsgesetz und Landgemeindeordnung angebahnt werden. Heute ist der neue Kurs längst aufgegeben, die Weiterführung der Socialpolitik vertagt, das Unterrichtsgesetz durch konservativ-klerikale Mehrheit im Abgeordnetenhause so gut wie angenommen und nur durch die Weisheit des Kaisers unter den Tisch geworfen worden, die Landgemeindeordnung zwar zum Beschluß erhoben, aber ein ganz toter Buchstabe geblieben. Nun, meine Herren, ein Trost ist bei diesem Stillstand noch vorhanden. Wir haben in den letzten Jahren erfahren: Es geht auch so. Um nur ein Gebiet hervorzuheben: Die unglaubliche Thatsache, daß im Staate der allgemeinen Schulpflicht das gesamte Unterrichtswesen dem unumschränkten Belieben der Verwaltung unterliegt, wird dadurch gerechtfertigt, daß diese Verwaltung wohlwollender und verständiger ist, als die konservativ-klerikale Mehrheit der Volksvertretung. Diese Mehrheit aber ist nur deswegen nicht liberal, weil die überwiegend konservativ-klerikal wählende Landbevölkerung in das Abgeordnetenhaus, nach dem Verhältnis zur Zeit als die Verfassung gegeben wurde, doppelt bis dreimal so viel Abgeordnete sendet, als die seitdem so stark angewachsene vorherrschend liberal wählende Stadtbevölkerung. Im Sinne der Gerechtigkeit ist für das Abgeordnetenhaus eine revidierte Verteilung der Wahlbezirke nach der Einwohnerzahl zu erstreben. Dem neuen Landtag ist dringend zu empfehlen, die Augen offen zu halten. Die parlamentarische Arbeit ist eine Schraube ohne Ende. Auch in der neuen Legislaturperiode wird es dem Abgeordnetenhause an Gelegenheit zur ersprießlichen Bethätigung des Interesses für das Gemeinwohl nicht fehlen. Ich bedauere von ganzem Herzen, dem politischen Gebiete fortan fern bleiben zu müssen. Trotz ganz befriedigenden Allgemeinbefindens zwingt mich eine lokale Reizbarkeit zur Entsagung. Indem ich mich daher von Ihnen verabschiede, danke ich dem Ehrenvorsitzenden Herrn Stadtrat und Ehrenbürger Duvigneau, der leider durch

Krankheit verhindert ist, unter uns zu sein, den Vorsitzenden Herrn Kollegen Reichardt und Herrn Stadtrat Dr. Sernau und den Mitgliedern des Vorstandes des nationalliberalen Vereins, sowie allen Herren Wählern, unabhängig von dem Umstand, ob sie mich gewählt oder meinem Streben, soweit die politische Überzeugung gestattet, der ganzen Wählerschaft gerecht zu werden, wohlwollend gegenübergestanden haben, von ganzem Herzen für die Freundlichkeit, die sie mir während dreizehn Jahren in drei Legislaturperioden allzeit erwiesen haben. In aller Zukunft wird die Rückerinnerung an die langen Jahre, in denen ich bei der Magdeburger Wählerschaft soviel Entgegenkommen, Freundschaft, Nachsicht und Liebenswürdigkeit erfahren habe, mir ein unvergänglicher Besitz sein und bleiben! (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Zum 12. Oktober 1898, dem Tage nach der Wählerversammlung, hatte der nationalliberale Verein mich auch zu einem Abschiedssessen in den Magdeburger Hof eingeladen. Reichardt bat, dem Dank der nationalliberalen Partei, der der scheidende Abgeordnete mit ganzer Seele angehört, für seine aufopfernde Thätigkeit für die liberale Sache in einem Hoch Ausdruck zu geben. Ich dankte mit einem Hoch auf die Stadt Magdeburg und ihre Bewohner. Dr. Sernau, erster Direktor des Privatbeamtenvereins, sprach auf Reichardt und van der Borght, dieser auf das Wachsen und Gedeihen des Magdeburger Bürgertums, Knyrim auf den alten, lieben Ehrenvorsitzenden Duvigneau, Stadtverordneter Körner auf die Damen. Mein Trinkspruch lautete:

Die freundlichen Worte, die der Herr Vorredner mir gewidmet und denen Sie sich, meine Herren, liebenswürdig wie immer, angeschlossen haben, erfordern von mir eine herzliche Erwiderung. Ich knüpfe sie an an die ältesten Erinnerungen, die mich mit der guten Stadt Magdeburg verbinden. Es war im Winter 1869/70, als ich zum ersten Male an Stelle von Kanngießer, der in den Staatsdienst zurückgetreten war, in Krefeld in den Norddeutschen Reichstag gewählt, meinen Vorgänger auf der Reise nach Berlin in Magdeburg besuchte. Ich hatte ja schon häufig den engen Bahnhof in den Kasematten

ohne Zweifel sehr eingehenden Beratung in der Kommission vorzubehalten.

Dem Herrn Abgeordneten Dr. Brüel nicht zu antworten, ist mir übrigens leicht geworden. Sein Sichvertiefen in konfessionelle Spitzfindigkeiten und in die Eigenschaften eines zur Mitarbeit an der Schule berufenen Sammelsuriums von Geistlichen und Aufsichtsbeamten, wie er sagte (1286 des stenogr. Ber.), ist seine berechtigte Eigentümlichkeit und — ich möchte sagen: Gott sei Dank — mir unverständlich.

Meine politischen Freunde stellen sich dem Gesetz gegenüber durchaus freundlich, weil sie es von hohem Wert erachten, der preußischen Volksschule endlich den Rechtsboden zu gewinnen, den sie so lange entbehrt hat, weil sie es von hohem Werte erachten, an Stelle der wohlwollenden Fürsorge des Herrn Ministers nunmehr das Gesetz treten zu sehen, und weil sie ferner beim Studium des Gesetzes erfahren haben, daß der in demselben thätige Geist der historischen Entwickelung der preußischen Staatsschule vollständig gerecht wird, und sich durch die auf das Schulgebiet so gern übergreifenden politischen Ansichten nicht in erkennbarer Weise beeinflussen läßt. Eines aber hält der Entwurf nicht nur aufrecht, sondern führt es auch richtig durch alle Konsequenzen. Unsere Schule soll auch in Zukunft Staatsschule bleiben, und es soll der Staat, der besser als irgend ein anderer Faktor des öffentlichen Lebens das uns Gemeinschaftliche vertritt, in Bezug auf sein Recht, die Lehrer anzustellen und die Schulaufsicht zu üben, sich weder durch die Rücksicht auf die Autonomie der Konfessionen, noch auf die der Gemeinden beschränken lassen. Meine Herren, aus Interesse für die Schule und ihre Fühlung mit der nationalen Entwickelung, aus Liebe zur Schule werden meine politischen Freunde diese Anschauungen auch fernerhin hoch halten.

Auffallend erscheint, daß in dem Entwurf eines der wichtigsten Kapitel eines Volksschulgesetzes mit keinem Worte erwähnt ist. Die Beschaffenheit der staatlichen Aufsichtsorgane findet in ihm keinen Platz. Es ist dies unzweifelhaft die auf-

fallendſte Lücke, wenn dieſes Geſetz als Erſatz für das in unſerer Verfaſſung verſprochene Unterrichtsgeſetz gedacht iſt. Es ſcheint mir, als wenn die ungemein große Schwierigkeit, die gerade dieſes Kapitel bietet, die Veranlaſſung geweſen iſt, daß der Herr Miniſter es der Zukunft vorbehalten will, dieſen Teil des großen Organiſationswerkes zu ordnen. Wenn man ſich vergegenwärtigt, wie dieſes vielbeſtrittene Kapitel eine Menge von Angriffen auf die bisherigen Schulverhältniſſe herbeigeführt hat, wird man das Verfahren billigen, um das Zuſtandekommen des Geſetzes nicht allzuſehr zu erſchweren.

Meine Herren, in der Preſſe iſt vielfach behauptet worden, daß durch dieſes Geſetz die Mitwirkung der Gemeinden bei der Volksſchule weſentlich vermindert werde. Ich bin entgegengeſetzter Meinung; ich glaube, daß gar nichts an dem faktiſch beſtehenden Zuſtande geändert wird und habe mit Freuden begrüßt, daß der Herr Miniſter gerade nach dieſer Richtung hin ſich ſehr beſtimmt ausgeſprochen hat. Ich bin überzeugt, daß ſich herausſtellen wird, daß überall da, wo ein Herz für die Volksſchule vorhanden, der entſcheidende Einfluß der Gemeinde auch in Zukunft verbleiben wird.

Etwas anders verhält es ſich mit dem Vorwurf, der verſchiedentlich, beſonders in unſeren neuen Landesteilen, dem Geſetze gemacht worden, daß der büreaukratiſche Geiſt, der vielfach bisher unſere Schulverwaltung gegenüber den Organen der Selbſtverwaltung gekennzeichnet hat, durch die geſetzliche Sanktion eine unerwünſchte Verſchärfung erhalten werde. Ich verſtehe dieſe Befürchtung und halte ſie auch bis auf einen gewiſſen Punkt für berechtigt. Aber ich ſollte doch meinen, wenn wir heute unſerer Kommiſſion empfehlen, jeden einzelnen Paragraphen recht ernſtlich zu prüfen, ob in ihm nicht ein zu ſcharfes Hervortreten büreaukratiſcher Anſchauungen enthalten ſei, wir dann wohl mit Beruhigung dem Ergebnis der Prüfung entgegenſehen können.

Ich will unter vielen anderen ſich darbietenden Beiſpielen nur ein einziges aufführen, um zu zeigen, daß es leicht möglich ſein wird, Unebenheiten aus dem Geſetz zu entfernen.

Der § 77 ist meiner Ansicht nach wohl die hübscheste Blüte büreaukratischer Verwaltungsweise. Da wird dem Schulaufsichtsbeamten das Recht zuerteilt, über den Kopf des zuständigen Vorsitzenden hinweg eine Versammlung einzuberufen und dann den Vorsitz selbst zu übernehmen. Ja, meine Herren, wenn das in einer Gemeinde einmal vorgekommen ist, so wird voraussichtlich der Kriegszustand die schwer zu vermeidende Folge sein. Die Vorschrift des Gesetzes ist aber ganz unnötig; man kann dasselbe erreichen, wenn man der Schulaufsichtsbehörde die Befugnis erteilt, von dem betreffenden Vorsitzenden die Einladung zu einer außerordentlichen Sitzung zu verlangen und in dieser Beschlüsse über die von ihm zur Beratung zu stellenden Gegenstände herbeizuführen. Ich glaube also, daß nach Beendigung der von der Kommission zu erwartenden eingehenden Arbeit, wir gegen die Gesamtfassung des Gesetzes schwerlich etwas einzuwenden haben werden.

Fasse ich das Urteil über den Entwurf zusammen, so muß ich ihm den Charakter der Objektivität zugestehen. Sie zeigt sich am durchschlagendsten in der weitgehenden Weise, in der er den Wünschen des Centrums bezüglich der Leitung des Religionsunterrichts durch den Klerus entgegenkommt. Der wesentliche Inhalt des bekannten Windthorstschen Antrages, soweit er mit der Staatsschule verträglich ist, findet hier vollständige Gewährung. Wir vermögen indes zu unserm großen Bedauern nicht ganz soweit mitzugehen, wie der Entwurf es vorschlägt. Wir zweifeln nicht daran, daß die Autorität des Staates in der Schule bei den vorliegenden Bestimmungen wohl gewahrt bleibt, nicht aber die Autorität und Stellung des Lehrers, die für das Schulleben von großer Bedeutung sind. Wir sehen uns daher nach Kautelen um, um den Mißbrauch der geistlichen Gewalt, der uns aus der Zeit des Mühlerschen Regiments noch recht wohl in Erinnerung ist, zu verhüten. Wir werden daher versuchen, die Berichtigung des Lehrers durch den Geistlichen nach stattgehabtem Religionsunterricht in das Recht des Geistlichen auf Beschwerde bei der Aufsichtsinstanz umzuwandeln.

Objektiv, meine Herren, nenne ich auch die Behandlung, wie sie der vielbestrittenen Simultanschule gemäß § 15 zu teil werden soll. Es soll der Minister das Recht haben, wenn von der in der Minderheit befindlichen Konfession 60 Kinder der Schule angehören, eine konfessionelle Schule zu gründen.

Nachdem es nun der Staatsregierung gelungen ist, so gründlich mit den Simultanschulen im allgemeinen aufzuräumen, bleibt noch ein kleiner Rest, und zwar in dem früheren Herzogthum Nassau, wo die Simultanschulen seit hundert und mehr Jahren bestehen und der Bevölkerung ans Herz gewachsen sind. Da möchten wir wünschen, daß sie auch fernerhin erhalten bleiben. Einer meiner Freunde aus jener Provinz wird noch im Laufe der Debatten auf diese Angelegenheit des näheren eingehen. Wir werden beantragen, die Umänderung in Zukunft von der Zustimmung der Gemeindevertretung abhängig zu machen.

In dem ersten Abschnitt: Aufgabe und Einrichtung der Schulen, will mir die Bestimmung sehr wenig gefallen, daß die Halbtagsschulen auch noch ferner gesetzlich erhalten bleiben sollen. Ich habe natürlich nichts gegen eine Halbtagsschule, wie sie in den Motiven erläutert ist, und manchmal einen Vorteil gewähren mag gegenüber einer überfüllten einklassigen Schule. Wenn man die jüngeren Kinder mit wenigen Stunden, die älteren mit mehr Stunden bedenkt, dann wird allerdings die Arbeit des Lehrers leichter werden und sich fruchtbringender gestalten. In den Motiven wird aber hinzugefügt, daß solche Halbtagsschule nur eine Aushilfe darbiete und das Bestreben obwalten müsse, sie recht bald in eine zweiklassige Schule umzuwandeln. Warum wollen wir das nicht in das Gesetz aufnehmen? Denken Sie an die Mitteilungen, die uns der Herr Minister vor einigen Jahren einmal gemacht hat über den höchst mangelhaften Charakter einiger dieser Halbtagsschulen im Ravensbergischen, dann werden Sie doch mit mir der Ansicht sein, daß die Halbtagsschulen als permanente Einrichtungen, wenn auch unter außerordentlichem Zuschuß von

Staatsmitteln im Bedürfnisfall, beseitigt werden müssen, damit die betreffenden Landesteile in der Schulbildung nicht hinter anderen zurückbleiben.

Aus dem ersten Abschnitt möchte ich noch hervorheben, wie richtig der Entwurf davon absieht, neue Gegenstände in den Lehrplan der Volksschulen aufzunehmen. Manche Wünsche nach dieser Richtung sind im Lauf der Zeit ausgesprochen worden und haben, soweit sie sich auf Knabenhandarbeitsunterricht einerseits und Mädchenhaushaltungsunterricht andererseits beziehen, meiner Ansicht nach auch ihre Berechtigung. Ich glaube aber, daß es verfrüht sein würde, wenn heute schon in dem Gesetz dieser Gegenstände gedacht wäre, und bin mit den Motiven überzeugt, daß es genügt, wenn im zweiten Teil von § 5 dem Minister gestattet wird, der gesunden Entwickelung eine Thür zu öffnen.

Ich gehe über zu dem zweiten Abschnitt, Träger der Rechtsverhältnisse, zu demjenigen Abschnitt, der am deutlichsten den reformatorischen Charakter des Gesetzes in die Erscheinung treten läßt. Es wird hinfüro im ganzen Staate das Schulwesen sich auf der Grundlage der Gemeinde aufbauen und sich nach städtischen Gemeinden beziehungsweise Gutsbezirken und Schulverbänden gliedern. Das kommunale Princip ist dasjenige gewesen, das im Lauf der letzten Decennien mehr und mehr Anerkennung gefunden hat, auch bei denjenigen, die früher dem Societätsprincip gehuldigt haben. Es hat sich herausgestellt, daß es auf die Dauer am besten in der Lage ist, die Leistungen, welche die Schule verlangen kann, zu übernehmen und eine Ausgleichung zwischen den Interessenten herbeizuführen. Wie leid es auch dem Herrn Abgeordneten Brüel sein mag, ich freue mich darüber, daß das Societätsprincip in die Kategorie der hochverdienten, aber abgestorbenen historischen Erinnerungen versetzt werden wird.

Die in diesem Abschnitt vorhandenen Einzelbestimmungen, z. B. die Prüfung, ob die Zweckverbände der Landgemeindeordnung auch als Schulverbände fungieren sollen, und wie der Übergang des Vermögens der Societäten auf die bürger-

lichen Gemeinden erfolgen soll, scheinen kaum anfechtbar zu sein. Der Herr Minister hat sodann daran erinnert, daß, wo die Kirchen und die Kirchengemeinden bisher Gelder für Schulzwecke zu verwalten gehabt haben, in jedem einzelnen Falle durchaus unparteiische Regelung eintreten wird, ehe sie der zukünftig verpflichteten Gemeinde anheimfallen und von einer Konfiskation, wie die Centrumspresse vielfach angedeutet hat, absolut keine Rede sein kann.

Auf den dritten Abschnitt „Schulpflicht und Schulversäumnisse" brauche ich nicht einzugehen. Im vergangen Jahre hat eine vom Hause eingesetzte Kommission sich mit diesem Gegenstand beschäftigt und dem Plenum einen Bericht vorgelegt, auf den ich mir zu verweisen gestatte. Die mit überwiegender Mehrheit gefaßten Beschlüsse entsprechen im ganzen und mit kleinen Ausnahmen auch im einzelnen der gegenwärtigen Vorlage.

„Anstellung, Dienstverhältnis, Diensteinkommen" ist die Überschrift des vierten Abschnittes. Die große Hauptfrage ist hier die Anstellung der Lehrer. Nachdem die Vorschrift der Verfassung, daß der Staat die Lehrer anstellt, Bestätigung gefunden haben wird und den Gemeinden die Pflicht für die Schulunterhaltung auferlegt ist, leuchtet ein, daß das in der Verfassung den Gemeinden in Aussicht gestellte Mitwirkungsrecht denselben in größerem Maße zu teil werden muß, als bisher. An Stelle der vielfachen Ordnungen, die bisher auf diesem Gebiete nach der uns vorgelegten Tabelle existiert haben, soll in Zukunft eine Einrichtung treten, wonach ein oder mehrere Lehrer vorgeschlagen werden und dann die Aufsichtsbehörde die Entscheidung zu treffen hat. Ich glaube, daß die Sache sich besser regeln wird, wenn man bloß einen Lehrer vorschlägt, den die Aufsichtsbehörde entweder zu bestätigen oder abzulehnen hat. Der Vorschlag von mehreren Personen hat bisher zu einer reinen Spiegelfechterei geführt. Wurde nur eine einzige Lehrerstelle vakant, so mußte unter der Hand verhandelt werden, und waren drei vakant, so wurde die Sache in der Weise ausgeführt — weil es ja nicht anders ging, bei

dem immer wiederkehrenden Mangel an Lehrern —, daß man für die drei Stellen zwar je drei Lehrer, aber dieselben Bewerber nur in anderer Reihenfolge vorschlug; die Aufsichtsbehörde ernannte dann immer für jede Stelle den in erster Linie Vorgeschlagenen.

In diesem Abschnitt sind einige Einzelbestimmungen als entschiedene Fortschritte zu bezeichnen. Im Interesse einer guten Schulverwaltung ist es außerordentlich wichtig, daß die Bestimmung nun Platz greift, daß die Lehrer nicht mehr für eine einzelne Stelle, sondern für den gesamten Schulbezirk ernannt werden, und im Interesse der Lehrer ist die auch schon von dem Herrn Minister in seiner heutigen Rede hervorgehobene Bestimmung, daß das Dienstalter von der Vereidigung an zu rechnen ist, von Bedeutung. Es ist das ein außerordentlicher Fortschritt und die Erfüllung einer Forderung, die seit vielen Jahren in Lehrerkreisen erhoben worden ist, und durch welche manche Schwierigkeiten beseitigt werden.

Ich befürchte entgegen der Meinung des Herrn Ministers, daß die Fassung von § 128 den Bestrebungen der Staatsregierung, die verfassungsmäßige Gewährleistung eines festen, den Lokalverhältnissen angemessenen, Einkommens durchzuführen, hinderlich sein wird. Ich halte dafür, daß mit dem Princip des Gehenlassens Vorteile zu erringen sind in den günstiger situierten Gegenden; in ungünstiger situierten Gegenden ist es zur Wahrung der Rechte und Interessen der Lehrer dringend wünschenswert, daß ein Minimum festgesetzt werde. In § 131 wird dieses Minimum für die Alterszulage festgesetzt; warum nicht auch für das Grundgehalt?

Im fünften Abschnitt wird die Pensionierung behandelt. Derselbe schließt sich so sehr an das Gesetz von 1885 an, welches den Lehrern im großen und ganzen gleich unmittelbaren Staatsbeamten gerecht wird, daß ein Eingehen auf Einzelheiten die heutige erste Beratung unnütz beschweren hieße.

Anders ist es aber mit dem sechsten Abschnitt, wo es sich um die Lehrerwitwen und -Waisen handelt. Da möchte ich zurückkommen auf die Resolution des Hauses von vor zwei

Jahren, die eine Regelung nach Analogie der Fürsorge für die unmittelbaren Staatsbeamten beantragte. Der Herr Minister hat die Gründe, warum er auf diese Resolution nicht eingegangen ist, in der Sitzung vom 27. März d. J. ausgeführt. Nun aber die definitive Regelung in Aussicht steht, wird der Wunsch, nach § 23 der Verfassung die Lehrer in allen Dingen den unmittelbaren Staatsbeamten gleichzustellen, dahin führen, dem Herrn Minister eine andere Regelung vorzuschlagen. — Ich hoffe, daß er entgegenkommender sein wird, nachdem der eine Grund, den er für seine abwehrende Haltung angeführt hat, der Fortbestand der alten Witwen- und Waisenkassen gemäß Begründung zu §§ 175—181, nunmehr in Wegfall kommen wird, und der andere Grund als unerheblich zu erachten ist, weil es keinem Bedenken unterliegt, jenen Teil der Reliktenversorgung, der nicht durch Staatsbeiträge gedeckt wird, genau wie bei den Pensionen, den Gemeinden zur Last zu legen.

In dem achten Abschnitt handelt es sich um die Leistungen des Staates zu den Volksschulen. Es ist in hohem Grade dankenswert, daß durch wesentlich erhöhte Beiträge des Staates sowohl für die Lehrerstellen, als die Pensionen der Lehrer, der Übergang in die neuen Verhältnisse erleichtert wird. Wenn ferner der Staat die Alterszulagen aus widerruflichen Bedürfniszuschüssen nun zu dauernden Zulagen zu den Lehrergehältern umwandelt, ist dies um so erfreulicher, als gleichzeitig die städtischen Stellen bei diesen Alterszulagen ebenso beteiligt werden sollen, wie die Schulstellen auf dem Lande und die bisherige so fatale Grenze von 10000 Einwohnern, die so sehr viel Staub aufgewirbelt hat, nunmehr fallen gelassen wird. Meines Erachtens ist der mehrjährige Streit über die zu große Bevorzugung der alleinstehenden Lehrer und damit die Bevorzugung des Landes zu Ungunsten der Städte durch die Gesamtleistungen des Staates nunmehr zu einem allseitig befriedigenden Abschluß gebracht worden, mit einer ganz kleinen Ausnahme, indem ich glaube, daß man den Lehrerinnen nicht gerecht geworden ist. Diesmal werden alle

Kategorien bedacht, nur die Lehrerinnen nicht. Zur Minderung der gar zu hohen Prämie auf Anstellung von Lehrern statt Lehrerinnen möchte ich mir gestatten, an das Wohlwollen des Herrn Ministers für das schwächere Geschlecht auch am heutigen Tage noch einmal zu appellieren.

Meine Herren, einverstanden sind wir mit der Überweisung von 7½ Millionen aus den Erträgen der landwirtschaftlichen Zölle für die Zwecke dieses Gesetzes. Die Hinweisung der lex Huene auf die Bedürfnisse des Volksschulwesens sind von den beteiligten Kreisen so wenig beachtet worden, daß die gesetzliche Änderung sich empfiehlt. Bezüglich des Bedürfnisses sind wir auch mit der einmaligen Bewilligung von je 10 Millionen für 1890/91 und 1891/92 für Volksschulbauten einverstanden, aber nicht bereit, so ohne weiteres diese Beträge auf die lex Huene anzuweisen. Das Bedürfnis halten wir nach den Erfahrungen der Unterrichtskommission und den mehrfachen Mitteilungen des Herrn Ministers für nachgewiesen. Es giebt unzählige Orte, in denen überfüllte Klassen bei schwacher Leistungsfähigkeit der Träger der Schullast das Erreichen des durch die Bestimmungen von 1872 vorgeschriebenen Lehrzieles beeinträchtigen, ja ganz unmöglich machen. Wenn sich in der Kommission eine Majorität herausstellen wird für die Beschaffung der erforderlichen Geldmittel, so wird unzweifelhaft der Wunsch des Herrn Abgeordneten Rickert, die Verwendung nach Budgetrecht zu vereinbaren, sehr leicht ausführbar sein.

Dem Herrn Abgeordneten Richter möchte ich bezüglich dieser hoffentlich zu bewilligenden Beträge bemerken, daß ich ihm recht gebe, daß der größere Teil der für Bauzwecke ausgeworfenen 20 Millionen allerdings dem Osten zu gute kommen werde; aber ich bin weit entfernt davon, darin eine Ungerechtigkeit zu erblicken. Wir sind als Abgeordnete Vertreter des Gesamtvaterlandes, nicht einzelner Landesteile. Wenn ich auch das Gegenüberstellen der Interessen von West und Ost in wirtschaftlichen Dingen manchmal für unerläßlich halte und in erster Linie betont wissen will, so doch nur in sehr beschränktem Maße auf dem Gebiete der idealen Interessen,

auf dem Gebiete der Schule und Volksbildung. Auf diesem Gebiet muß in erster Linie für die Zuwendungen des Staates das Bedürfnis und die Leistungsfähigkeit entscheiden, und erst in zweiter Linie der Landsmannschaft irgend ein Einfluß gestattet werden. Meine Herren, die wenigen Ausstellungen, die ich an dem Gesetz gemacht habe, beweisen wohl, daß, was von unserer Seite gethan werden kann, zu Gunsten des Gesetzes ins Gefecht geführt werden wird. Meine politischen Freunde schlagen Ihnen eine Kommission von 28 Mitgliedern vor und sind bereit, mit Eifer und lebhaftem Interesse sich an den Kommissionsarbeiten zu beteiligen.

Sie hoffen zuversichtlich, daß es gelingen werde, vor Schluß der Session auf den Grundlagen des Entwurfs dem Lande als reife Frucht ein gutes Volksschulgesetz darbieten zu können. (Bravo!)

Meine persönliche Auffassung des Mißerfolgs ergiebt sich aus dem folgendem Ausschnitt meines Rechenschaftsberichts vor den Magdeburger Wählern vom 9. Januar 1892, lautend:

Das vierte in Aussicht genommene große Gesetz, das Volksschulgesetz, die seit einem halben Jahrhundert schmerzlich entbehrte gesetzliche Ordnung unseres Unterrichtswesens betreffend, ist, wie schon bemerkt, nicht zur Annahme gelangt. Selbst die Kommission, der der Gesetzentwurf zur Vorberatung überwiesen wurde, ist in 30 Kommissions- und 12 Gruppensitzungen nur mit der ersten Lesung fertig geworden, über die ein eingehender vertraulicher Bericht des Referenten vorliegt. Während beim Beginn der Kommissionsverhandlung wenig Hoffnung vorhanden zu sein schien, das Gesetz zustande zu bringen, besserten sich die Aussichten in demselben Verhältnis, als es gelang, die offenkundigen Mängel des Entwurfes zu beseitigen. Erst der Rücktritt des Herrn Kultusministers v. Goßler, der mit dessen ungeschicktem Auftreten bei Einbringung des Sperrgesetzes zusammenzuhängen schien, in Wirklichkeit aber des Ministers unverschuldeter Unpopularität beim Centrum zuzuschreiben ist, ließ die Sache scheitern. Dem neuen Herrn Minister, Graf v. Zedlitz-Trützschler, war natür-

lich nicht zuzumuten, vor gründlicher Orientierung in seinem Amte eine so schwierige Aufgabe vor die Brust zu nehmen. Ich habe das Scheitern des Gesetzes ungemein bedauert, da die Befürchtung nahe liegt, daß das Schmerzenskind nun nicht so bald das Licht der Welt erblicken wird. Nach des Herrn Grafen v. Zedlitz Äußerungen habe ich zwar nie daran gezweifelt, daß ein neuer Entwurf in diesem oder dem folgenden Jahr vorgelegt werden würde. Gemäß Zeitungsnachrichten soll er inzwischen wirklich festgestellt worden sein. Aber zwischen der Vorlage und der schließlichen Vereinbarung liegt ein dornenbesäeter Weg. Das Schulgesetz kann nur gegen das Centrum gemacht werden, es kann zur Erzielung einer Majorität nur mit den Konservativen gemacht werden. Diese beiden Voraussetzungen waren im Frühjahr, zum Teil aus zufälligen Gründen, vorhanden. Ob das sobald wieder der Fall sein wird, ist sehr fraglich.

War die Haltung der Staatsregierung des neuen Kurses schon bisher eine dem Centrum sehr entgegenkommende, da sie im Reichstag die ultramontanen Stimmen nicht entbehren konnte, so wird die seit Windthorsts Tod eingetretene staatsfreundliche Wendung, die in dem Auftreten des Herrn Freiherrn v. Huene im Abgeordnetenhaus und in der Verleugnung der päpstlichen Ziele durch Herrn Freiherrn v. Schorlemer-Alst auf der Katholikenversammlung in Danzig klar zu Tage trat, erst recht ihre Wirkung nicht verfehlen und dem Centrum zu Gute kommen. Jedenfalls ist kaum darauf zu rechnen, daß bei erneuter Kommissionsverhandlung die Regierung mit derselben Energie wie im vorigen Frühjahr die Konservativen bei der antiklerikalen Fahne und der altpreußischen Tradition der Auffassung der Schule als einer reinen Staatseinrichtung festhalten werde.

Das Volksschulgesetz ist vielfach sehr ungünstig beurteilt worden, am ungünstigsten von den Vertretern der größeren Städte, die in demselben die Absicht der Staatsregierung erkennen wollten, den Einfluß der Selbstverwaltung in der Volksschule zu beschränken. Recht hatten die Herren in ihrer

Anfechtung des Wortlauts des Entwurfs, nicht aber in ihrer Auffassung der Absichten der Regierung, die sich bei der Beratung in der Kommission allen Wünschen der kommunalen Selbstverwaltung zu entsprechen bereit zeigte. Das Ergebnis der ersten Lesung dürfte den Forderungen, die in dieser Richtung erhoben worden sind, volle Erfüllung gebracht haben. Die Freunde der Volksschule würden meiner Überzeugung nach alle Ursache zur Zufriedenheit haben, wenn die zukünftige Beratung zu Ergebnissen führte, die vom Gesichtspunkte einer liberalen Weltanschauung aus nicht hinter den Bestimmungen der ersten Lesung der Kommission zurückbleiben.

Bei der ersten Beratung des 1892er Gesetzes vertraten: Enneccerus, v. Eynern und Friedberg als Redner die Fraktion. Wieder wurde eine Kommission von 20 Mitgliedern gewählt, von den Nationalliberalen: die Abgeordneten Enneccerus, Friedberg, Grimm, Hobrecht, Ludowieg, Seyffardt. Vorsitzender wurde der Konservative: Graf Clairon d'Haussonville. Abgesehen von Gruppensitzungen, Konferenzen, fanden vom 8. Februar bis 18. März 23 Kommissionssitzungen statt, in denen im Gegensatz zum vergangenen Jahr 16 konservativ-klerikale Stimmen gegen 12 freikonservativ-nationalliberal-freisinnige Stimmen alle Streitfragen majorisierten.

Einen besseren Einblick in die Entwickelung der Dinge weiß ich nicht zu geben, als durch Abdruck meiner Rede vom 9. Februar 1892, als meine Wähler einen Tag nach Eröffnung der Kommissionssitzungen mit aller Gewalt über die Bedeutung der augenblicklichen politischen Lage unterrichtet sein wollten.

Als ich vor wenigen Wochen die Freude hatte, vor den Magdeburger Wählern in Neustadt zu sprechen, ermangelte ich nicht, mich über das im vorigen Jahre zurückgezogene Volksschulgesetz im günstigen Sinne zu äußern. Ich führte aus, daß sein Scheitern mir nahegegangen sei, da es mir sehr unwahrscheinlich scheine, in absehbarer Zeit unter ähnlich günstigen Voraussetzungen wie im vergangenen Jahre wieder an die Arbeit gehen zu können. Ein gutes oder auch nur ein leidliches Schulgesetz könne nur gegen die Ultramontanen und

mit den Konservativen zustande kommen. Ich dachte mir, das von dem Grafen Zedlitz versprochene revidierte Gesetz werde entsprechend der politischen Lage dem Centrum einige weitere Zugeständnisse machen, aber den Charakter und die Wirksamkeit der preußischen Staatsschule, wie sie sich im Laufe des letzten Jahrhunderts historisch entwickelt hat, unverändert lassen.

Es ist anders gekommen. Dem Entwurf eines Volksschulgesetzes, wie Graf Zedlitz es uns vorschlägt, war es vorbehalten, die Vertreter des gesamten deutschen Bürgerstandes evangelischen Glaubens, verteilt auf drei große Parteien, Nationalliberale, Freikonservative und Freisinn, aufzurufen zum Kampf für die idealsten Güter des preußischen Volkes und des Menschengeschlechtes überhaupt. Mit uns gehen aber auch viele Katholiken, nicht die Massen, wohl aber in den Landesteilen mit gemischt-konfessioneller Bevölkerung zumeist die Geachtetsten und Gebildetsten, die durch ihr Verhalten den Beweis liefern, daß die Zugehörigkeit zur katholischen Konfession freiere Anschauungen nicht ausschließt.

Die Minister erklären, von dieser Einmütigkeit überrascht worden zu sein. Der Kultusminister verschwört sich hoch und heilig, er wolle ja gar nichts Absonderliches, sein Entwurf beabsichtige nichts mehr und nichts weniger, als die preußische Verfassung auszuführen und die bestehende Verwaltungspraxis in gesetzliche Formen zu gießen. Es wird ihm mit unerbittlicher Logik nachgewiesen, daß seine Verfassungskunde durch trübe ultramontane Lichter beleuchtet wird, seine Verwaltungspraxis eine feine Witterung für alles zeigt, das geeignet scheint, wider den eigenen Willen zur Priesterschule zu führen.

Auch ich, meine Herren, ich gestehe es gern, bin von der wunderbaren Erregung überrascht, aber auch gleichzeitig hoch erfreut worden, die seit dem Bekanntwerden des Schulgesetzes das Gemüt des preußischen und deutschen Volkes ergriffen hat. Ich war seit dem Abgange Falks etwas herabgestimmt in meinen Hoffnungen auf zeitgemäße Reformen der Schule und hatte gelernt, mich zu bescheiden, wenn nur der staatliche Charakter der preußischen Volksschule nicht angetastet wurde.

Immer weitere Zugeſtändniſſe wurden unterdeſſen der engen Konfeſſionalität gemacht und die unter Falk nach dem Wunſche der Gemeinden gegründeten Simultanſchulen gewaltſam aufgehoben. Der Einfluß der Geiſtlichkeit wurde gefeſtigt durch alle erdenklichen Maßregeln, bis von dem verſtorbenen Abgeordneten Windthorſt als zweiter Teil des kirchenpolitiſch beendeten Kulturkampfes der Kampf um die Schule proklamiert wurde.

Alljährlich beſchäftigten ſeitdem die nach dem ultramontanen Führer genannten Windthorſtſchen Anträge das Haus der Abgeordneten, die allem Anſchein nach den Zweck hatten, durch Fortſetzung der antiſtaatlichen Agitation die Maſſen bei der Centrumsfahne zu erhalten und durch vollſtändige Befreiung der geiſtlichen Leitung des Religionsunterrichts in der Volksſchule von der ſtaatlichen Kontrolle Schule und Lehrer dem prieſterlichen Machtgebot zu unterwerfen. Die Staatsregierung, unterſtützt durch alle Parteien des Hauſes, ſchien endlich auf der ſchiefen Ebene, die ſie bisher herabgeglitten war, einen feſten Stand gewonnen zu haben, der Herrn von Goßler im vergangenen Jahre den Mut zur geſetzlichen Regelung des Volksſchulweſens gab. Der vorgelegte Entwurf zeigte viele Mängel, den ſchlimmſten in der Beſchränkung der Selbſtverwaltung der Städte, doch gelang es der einſtimmigen Zuſammenarbeit aller Parteien gegen das Centrum unter treuer Mitwirkung der Kommiſſarien der Regierung, ihn von vielen Schlacken zu reinigen und zu einem brauchbaren Geſetz zu geſtalten.

Anders dachte der neue Herr Kultusminiſter. In den Zeitungen ließ er verbreiten, daß er den Stein der Weiſen gefunden, die Anforderungen der Ultramontanen erfüllen wolle, ohne die Autorität des Staates zu gefährden. Die Freunde der Schule hörten die Botſchaft wohl, doch fehlte ihnen der Glaube. Mit dem Zuſammentreten des Landtags erſchien der neue Geſetzentwurf. Wie mit einem Zauberſchlag ſchlug der Funke der Erkenntnis der veränderten Lage in die erzitternden Gemüter. Über die einzelnen Paragraphen läßt ſich ja ſtreiten,

aber der Entwurf in seiner Gesamtheit zeigt den Geist einer schroffen, unbeugsamen, über alle Hindernisse rücksichtslos hinwegschreitenden Reaktion. Alle Bestrebungen, die wir seit 25 Jahren in der großen Hauptsache gemeinsam mit der Staatsregierung verfolgt haben, sollen aufgegeben und statt ihrer soll an das Denken und Wollen der Kultusminister Raumer und Mühler wieder angeknüpft werden, jener beiden Männer, deren Wirksamkeit auf dem Schulgebiete vom liberalen Standpunkt eine verderbliche war.

In der Volksvertretung konnte man den Augenblick nicht erwarten, der die erste Beratung des neuen Gesetzes bringen sollte. Schon bei den unmittelbar an die Eröffnung des Landtages sich anschließenden allgemeinen Besprechungen des Staatshaushaltes spitzten alle Reden sich dahin zu, der Entfremdung und Entrüstung aller Liberalen nicht allein, sondern aller Anhänger der modernen Weltanschauung Ausdruck zu geben. In den Debatten, die sich über 10 Tage erstreckten und an Schärfe und Heftigkeit alles hinter sich ließen, was seit den Tagen der Konfliktszeit in deutschen Parlamenten geredet worden, traten denn auch die größten Gegensätze, die Welt und Menschen erfüllen können, mit einer Klarheit und Deutlichkeit in die Erscheinung, die nicht übertroffen werden kann. Diese Gegensätze gipfelten in zwei Aussprüchen; in dem einen, als der Kultusminister sagte: Es scheiden sich die Geister, wohl kaum die Tragweite des Wortes ermessend. Sollte es wirklich modernste Staatsweisheit sein, vorhandene Gegensätze, die von Anbeginn der Geschichte der Menschheit bestanden, sich nun aber fast ein Menschenalter lang vertragen haben, durch einen Feuerbrand von Regierungs wegen zu entfesseln? Die Gegensätze gipfelten ferner in dem Ausspruch des Reichskanzlers, der da meinte, es gelte den Kampf zwischen Religion und Atheismus. Der Herr Reichskanzler will die Liberalen nicht direkt Atheisten nennen, aber er kennzeichnet sie doch unverkennbar als eine Vorfrucht des Atheismus. M. H.! Ich finde es unsagbar traurig, daß die Entwickelung deutschen Geisteslebens an so hoher Stelle so wenig Verständnis findet.

Wie viele, die unter ſolchem Geſichtspunkt den Atheiſten zugeſellt werden, rechnen wir zu den ſchönſten Blüten unſerer Litteratur und unſeres Volkes!

Es iſt hier nicht der Ort, die Hand an die Wunde zu legen, die die Vorlage des Schulgeſetzes dem Vaterlande geſchlagen. Am letzten Tage der Verhandlungen iſt am Regierungstiſch ein verſöhnlicheres Wort gefallen, das bei den Kommiſſionsverhandlungen Entgegenkommen verhieß. Einer Regierung, die in kurzer Zeit ſo viele dem Wohle des Vaterlandes dienliche Reformen zuſtande gebracht, ſind wir es ſchuldig, keinen, wenn auch wenig verſprechenden Verſuch zu unterlaſſen, den inneren Frieden zu wahren. Wir müſſen das auch heute ausſprechen, auf daß es recht deutlich werde, daß nicht Ihre Abgeordneten zu Ihnen gekommen ſind, um Aufregung in das Land zu tragen, ſondern daß ſie von Ihnen gerufen wurden, um von Ihrer Zuſtimmung zu der Haltung der nationalliberalen Partei im Abgeordnetenhaus Kenntnis zu gewinnen.

Sie wollen von uns keine eingehende Darlegung der Gründe der Aufregung, die Sie ſelbſt erfahren. Aber das werden Sie mir wohl verſtatten, daß ich, der ich zu der wahrlich nicht angenehmen Arbeit in der Kommiſſion von den Parteigenoſſen berufen worden bin, Ihnen in einigen ganz großen Strichen meine Auffaſſung über die wichtigſten Punkte, die den Schulgeſetzentwurf für die Nationalliberalen unannehmbar machen, zu zeichnen verſuche.

Wir wollen nicht die übertriebene Konfeſſionalität, die der Entwurf anſtrebt. Zwar wiſſen wir, daß die gegenwärtige Strömung der konfeſſionellen Scheidung aller Dinge günſtig iſt und haben daher derſelben im vorjährigen Geſetz das äußerſte Entgegenkommen gezeigt, das wir vor unſerem Gewiſſen verantworten konnten, aber wir wiſſen ebenſowohl, daß nach geſchichtlicher Erfahrung auch wieder Zeiten kommen werden, in denen die Menſchen weniger Wert wie heute auf das, was ſie trennt, als auf das, was ſie eint, legen zu müſſen vermeinen. Daher können wir den auf die Dauer doch vergeblichen Verſuch, in Widerſpruch mit der altpreußiſchen

Tradition der Volksschule für ewige Zeiten eine konfessionelle Grundlage vorzuschreiben, nicht gutheißen, wir müssen im besonderen den die Fortdauer der noch bestehenden Nassauer Simultanschulen gefährdenden Vorbehalt anderweiter Anordnung beseitigen und die Bestimmung des bisherigen Entwurfs über die Zahl der Kinder, die zur Errichtung einer besonderen konfessionellen Schule berechtigt, revidieren.

Wir können nicht zugeben, daß die Rechte der kirchlichen Oberbehörden an Schulen und Seminaren, die ja in verständigen Grenzen anzuerkennen sind, mit einer Schärfe betont werden, die das Interesse der Schule schädigt, den Lehrer zum Untergebenen des Geistlichen auch in nicht kirchlichen, vornehmlich politischen Dingen macht und soweit über das Ziel hinausschießt, daß er in § 112 den Geistlichen förmlich herausfordert, im Konfliktsfall der Welt zu zeigen, wer denn eigentlich der Herr der Schule ist.

Wir mißbilligen bis zum Äußersten das Mißtrauen gegen die Gemeinde und ihre Organe. Die Gemeinden sollen zwar für die Schullast und alle ihre Konsequenzen eintreten, nicht aber in den Besitz der Mittel gelangen, die den bisherigen Trägern der Last zu Gebot standen. Nach § 43 bleiben die Vermögen der Schulgemeinden, Societäten, derjenigen Volksschulen, die bisher juristische Personen waren, als besondere Schulstiftungen bestehen. Die gesamte Organisation macht den Eindruck, als wenn der Einfluß der Gemeindevertreter und der städtischen Schuldeputationen möglichst herabgemindert, derjenige des Ortsgeistlichen und des Leiters des Religionsunterrichts gehoben und somit die Selbstverwaltung der Städte weniger günstig als nach der ersten Lesung des vergangenen Jahres gestellt werden sollten. Zum Überfluß sollen an Stelle der von der Gemeindevertretung zu wählenden Personen als Mitglieder des konfessionellen Schulvorstandes die von dem Herrn Minister gerühmten Hausväter treten, die zumeist nicht das allgemeine Interesse, sondern ihre eigene beschränkte Einsicht und Abhängigkeit repräsentieren. Unter solchen Umständen ist auf diese von dem Herrn Minister gegen die

bisherige Praxis hervorgehobene Mitwirkung des Lehrers, der unter dem Druck der auf Grund dieses Gesetzes sich herausbildenden Verhältnisse, wenigstens in katholischen Landesteilen, ein stummer und gehorsamer Diener werden muß, wenig Gewicht zu legen.

Die eigentliche Blüte der veränderten Anschauung, die die Grundlage des vorliegenden Entwurfs bildet, tritt in der Regelung des Privatschulwesens, in den §§ 80—83 zu Tage. Meines Erachtens war es ein besonderer Vorzug des vorjährigen Entwurfs, von dieser Regelung nach Anleitung des Artikel 22 der Verfassung abgesehen zu haben. Der Herr Minister entgegengesetzt rechnet es sich zur Ehre, Artikel 22, weil er nach seiner Meinung nun einmal geltendes Recht sei, zur Durchführung zu bringen. Ich gestehe ehrlich, daß ich den Artikel 22 für wert halte, alsbald dem Schicksal der bereits aufgehobenen §§ 15, 16 und 18 der Verfassung unterworfen, also auch aufgehoben zu werden. Diese Art theoretischen 1848er Liberalismus, der anscheinend etwas Gutes will, aber gar leicht etwas Böses schafft, entspricht nicht meinen Lebenserfahrungen und meinem Geschmack. Nun erkenne ich nirgendwo ein Bedürfnis, über die bisher von der Staatsregierung dem Privatschulwesen zu Teil gewordene loyale Behandlung hinausgehen. Die Privatschulen sind bisher immer gestattet worden, wo dem Unterricht nicht durch öffentliche Schulen genügt war. Wie auf den Katholikenversammlungen offen ausgesprochen, wenigstens beim Beginn des von Windthorst eingeleiteten Kampfes um die Schule, ist die Betonung des Bedürfnisses für Privatschulen nur eine Etappe in diesem Kampfe. Die Zugeständnisse des Herrn Ministers führen uns daher einen abschüssigen Pfad hinab, von dem wir nicht wissen, wohl aber mit Sicherheit vermuten können, wohin er uns schließlich bringen wird. Die Annahme jener Paragraphen würde uns die Aussicht auf eine unabsehbare Reihe von Kämpfen und weiteren Forderungen des Centrums auf Unterrichtsfreiheit für höhere Schulen und Universitäten eröffnen. Langsam, aber sicher würden die Priesterschulen in

den katholiſchen Landesteilen entſtehen; an den materiellen Mitteln fehlt es den Herren ja nie, wenn es Macht und Einfluß zu erringen gilt. Das bezeugen die allerwärts neuerdings begründeten katholiſchen Bürger- und höheren Mädchenſchulen privater Einrichtung. Sind einmal an den günſtigen Orten die Kinder in größerer Zahl gewonnen, ſo wird die Bewilligung kommunaler Mittel als Folgerung der Gerechtigkeit und Parität trotz aller Kautelen dieſes Geſetzes in Anſpruch genommen werden und recht bald die Prieſterſchule nach weltbekanntem belgiſchem Beiſpiel imſtande ſein, der Staatsſchule eine ebenbürtige Konkurrenz zu bereiten und die ihnen durch geiſtlichen Einfluß zugewieſenen Kinder in ihrer eigenartigen Weiſe zu erziehen. Auch nur den erſten, der naiven Unkenntnis der Verhältniſſe in katholiſchen Landesteilen harmlos erſcheinenden, Schritt zu dieſem Ziele mitzugehen, müſſen wir mit Entſchiedenheit ablehnen. Ob dieſelbe Gefahr von ſeiten der Socialdemokratie droht, überlaſſe ich den Kennern der Verhältniſſe in evangeliſchen Landesteilen zu entſcheiden.

Ich ſchließe meine Skizze, die ja nur einige, allerdings die bedeutendſten Mängel des Geſetzes hat hervorheben können. Im einzelnen ließe ſich darüber noch recht viel ſagen. Was halten Sie z. B. von dem Paragraphen, der den Regierungspräſidenten zum modernen Inquiſitionsrichter ſtempelt, mit der Befugnis, den Kindern der Diſſidenten Gewiſſensfreiheit zu gewähren oder zu verſagen?

Der Sturm, den das neue Schulgeſetz in unſerem Vaterland hervorgebracht hat, iſt kein Sturm im Glaſe Waſſer. Er hat ein Echo gefunden in allen deutſchen Landen, die von dem Gefühl durchdrungen ſind, daß Deutſchlands leitender Staat nicht auf längere Zeit in eine Richtung zurückgeführt werden kann, die ſeit der Gründung des Deutſchen Reiches überwunden ſchien. Deutſchland iſt aber eine liberale, nicht eine konſervativ-ultramontane Gründung, deß Zeuge ſind ſeine Verfaſſung und ſeine Geſetze. Jede Macht auf Erden kann nur gedeihen auf Grundlage der Wurzeln, auf denen ſie er-

wachſen iſt. Wir ſind darum ſicher, daß auch unſer preußiſcher Staat bald wieder einlenken wird in die Bahnen, die er mit dem Schulgeſetz verlaſſen hat. Das iſt unſer beſter Troſt in gegenwärtigen Zeitläuften. Uns gehört die Zukunft!! (Wiederholter ſtürmiſcher Beifall.)

Nach dem genannten 18. März hat eine weitere Beratung in der Kommiſſion nicht ſtattgefunden. Die Agitation im Lande gegen das neue die Schule der Pfaffenherrſchaft überliefernde Volksſchulgeſetz war indeſſen rieſengroß gewachſen. Kaiſer Wilhelm hatte eine Idee davon bekommen, daß die Stütze des Altars dann nicht mehr eine Stütze des Thrones bedeutet, wenn der Altar vergißt, daß ſeine Bedeutung von der Förderung des Kulturfortſchritts gar nicht zu trennen iſt. Am 28. März 1892 verkündigte im Abgeordnetenhaus Miniſterpräſident Graf zu Eulenburg: „Es hat die Erörterung des Geſetzentwurfs über die Volksſchule in dieſem Hauſe wie im Lande ſcharfe Gegenſätze hervortreten laſſen, welche ſich bisher unvermittelt gegenüberſtehen. Auch die Beratungen Ihrer Kommiſſion haben zu einer Verſtändigung nicht geführt und die Ausſicht, daß eine ſolche ſich würde erreichen laſſen, nicht eröffnet. Da unter dieſen Umſtänden ein befriedigendes Ergebnis nicht zu erwarten iſt, verzichtet die Königliche Staatsregierung auf die Fortſetzung der Beratung des vorliegenden Geſetzes und behält weiterer Erwägung vor, wann und in welcher Weiſe innerhalb des durch die Verfaſſung gegebenen Rahmens auf die Angelegenheit zurückzukommen ſein wird."

Überſicht meiner Beteiligung als Redner in der Unterrichtskommiſſion. Die konſervativen Präſidenten bevorzugten mich als älteſtes Mitglied der Kommiſſion gern in all den Schulfragen, bei denen die politiſche Anſicht nicht in Betracht kam.

Am 6. Februar 1890 wurde eine Petition aus Schleſien, den Schulunterricht an einem Nachmittag ausfallen zu laſſen, da der Tag infolge eines Gelübdes der Vorfahren der Feier der Errettung aus Überſchwemmungsgefahr gewidmet ſei, der Staatsregierung zur Erwägung überwieſen, da die Beeinträchtigung des Unterrichts zwar nur eine unbedeutende ſei, die Konſequenzen ſich aber nicht überſehen ließen.

Am 6. März 1890 werden die Petitionen zahlreicher Lehrer an Mittelschulen und ähnlichen Anstalten, die weder zu den höheren noch zu den Volksschulen zu rechnen sind, auf endliche gesetzliche Regelung ihrer Pensionsverhältnisse gemäß Antrag des Referenten Kropatscheck wiederholt zur dringenden Berücksichtigung und die ähnlichen Petitionen der Direktoren, Rektoren, Lehrer und Lehrerinnen an öffentlichen höheren und mittleren Mädchenschulen auf Antrag des Berichterstatters Döring (k.) der Staatsregierung als Material für die Unterrichtsgesetzgebung überwiesen.

Am 22. März 1890 wird Tagesordnung bezüglich der Petition von ermländischen Interessenten, die Wiedereröffnung des Töchterpensionates im Konvent der Katharinerinnen zu gestatten, beschlossen.

Am selben Tage findet eine Petition von Zeichenlehrern auf Besserung ihrer Stellung Tagesordnung.

Am 18. April 1890 wird der von der Staatsregierung vorgelegte Gesetzentwurf, betreffend die Fürsorge der Waisen der Lehrer an öffentlichen Volksschulen auf Antrag Seyffardt und Bachem (C.) einstimmig angenommen.

Am 19. April 1890 wird nach einem Bericht von Arendt (f.k.) ein Antrag Seyffardt angenommen folgenden Inhalts: In Erwägung, daß die Staatsregierung ihre Willensäußerung, fortan in allen Orten unter 10000 Einwohnern Alterszulagen zu gewähren, dahin erklärt hat, daß die Frage der Leistungsfähigkeit bis zu jener Einwohnerzahl nicht weiter geprüft werden soll, im übrigen aber eine Prüfung des Bedürfnisses und der Leistungsfähigkeit an Orten über jener Einwohnerzahl in jedem einzelnen Falle nach wie vor stattfinden soll, über die vorliegenden Petitionen zur Tagesordnung überzugehen.

Am 23. April 1890 kam der Antrag Rickert auf Regelung des Anfanges und des Endes der Schulpflicht zur Besprechung. Zur Annahme gelangte mit 11 gegen 4 Stimmen der Antrag Seyffardt, die Staatsregierung zu ersuchen, dem Landtage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen der Beginn und das Ende der Schulpflicht geregelt wird, und zwar mit der Maßgabe, für

den Beginn das vollendete sechste und für das Ende das vollendete vierzehnte Lebensjahr festzusetzen, mit der Befugnis für die Schulaufsichtsbehörden, aus örtlichen und persönlichen Gründen die Termine hinausschieben zu können.

Am 5. Mai 1890 ist der gewünschte Gesetzentwurf, betreffend die Schulpflicht, dem Hause wirklich vorgelegt und in der um sieben Mitglieder verstärkten Unterrichtskommission verhandelt worden. Berichterstatter waren Hoeppner und Olzem. Die Opposition des Centrums ließ das wenig geänderte Gesetz nicht ins Plenum gelangen.

Am 26. April 1890 wurde auf Antrag des Referenten Schmelzer über Petitionen, die sich auf die zur besseren Vorbildung der höheren Lehrer in Aussicht genommenen Seminare beziehen, Tagesordnung beliebt, mit Rücksicht auf die günstigen Erklärungen der Staatsregierung. Am gleichen Tage genehmigte die Kommission die von den Abg. Arendt (f.k.) und Seyffardt beantragte dringliche Form eines Ersuchens an die Staatsregierung, den Erlaß eines die Gehaltsverhältnisse der Lehrer an den öffentlichen Schulen und die Schuldotation durchgreifend regelnden Gesetzes thunlichst zu beschleunigen.

Am 1. Februar 1891 wird über die Klage des Innungsausschusses in Elbing bezüglich der dortigen obligatorischen Fortbildungsschulen verhandelt, die darauf beruht, daß bekannt geworden ist, daß ein Kammergerichtsbeschluß den Gemeinden das Recht abgesprochen hat, den Besuch durch Strafmandate zu erzwingen.

Am 16. Februar 1891 werden verschiedene als zeitgemäß erachtete Wünsche von Lehrern, Erhöhung von Pensionen und Alterszulagen zur Erwägung überwiesen, und wird die Knappheit der Lehrergehälter in der Stadt Kroffen als ein redendes Beispiel von der Notwendigkeit einer Einwirkung der Aufsichtsbehörden auf die Fürsorge für die Lehrer hingestellt.

Am 26. Februar 1891 wird auf eine besondere Aufbesserung der Gehälter der Seminarlehrer im Sinne der ausgleichenden Gerechtigkeit unter Überweisung der Petition zur Berücksichtigung hingewiesen.

Am 30. April 1891 beriet die Kommiſſion über die Petition des Vereins für Schulreform (4000 Mitglieder, Vorſtand Dr. F. Lange und Th. Peters), die dahin geht, daß 1. die Schulreform von den Beſchlüſſen der Dezemberkonferenz losgelöſt und 2. die Schulreform auf eine ſechsklaſſige einheitliche Mittelſchule als gemeinſamen Unterbau für alle höheren Schulen begründet werde. Der Referent Seyffardt will Nr. 1 zur Erwägung, Nr. 2 als Material überweiſen, da dies die Loslöſung von der hiſtoriſchen Entwickelung bedeute, denſelben Fehler, den ſich die Konferenz habe zu Schulden kommen laſſen. Die Kommiſſion nimmt den Antrag des Korreferenten v. Kölichen, beide Nummern als Material der Staatsregierung zu überweiſen, an.

Am 4. Mai 1891 wurde Tagesordnung genehmigt in einem Falle, in dem katholiſche Einwohner die Erteilung des Religionsunterrichts in der polniſchen Sprache auf der Unterſtufe beantragten, während der Ort offiziell als ein ſolcher betrachtet wird, in dem ſämtliche Kinder Deutſch verſtehen.

Am 24. März 1892 wurden die Petitionen emeritierter Volksſchullehrer, die vor Erlaß des jüngſten Penſionsgeſetzes penſioniert worden, unter Hinweis auf die für ſie beſtimmten Fonds abgelehnt.

Gleichzeitig wurde eine Petition gegen die Viviſektion als wiſſenſchaftliche Tierfolter mit motivierter Tagesordnung abgelehnt, da der gegen den Mißbrauch gerichtete Erlaß des Kultusminiſters als genügend zu erachten ſei.

Am 4. April 1892 wurden Petitionen von Lehrern an Strafanſtalten auf Erhöhung ihrer Gehälter mit Berückſichtigung, auf Erhöhung ihres Ranges mit Erwägung bedacht.

Am 19. Januar 1893 kam eine große Zahl von Bittſchriften aus den verſchiedenſten Landesteilen auf Beſeitigung der Beſtimmung, wonach zur Zeit nur Gemeinden unter 10000 Einwohnern für ihre Lehrer der ſtaatlichen Alterszulagen teilhaftig werden. Aus der Verhandlung ergab ſich thatſächlich, daß die Staatsregierung ſeiner Zeit die Feſtſetzung jener Bevölkerungsgrenze nur in dem Sinne eingeführt habe, daß unterhalb derſelben eine Prüfung des Bedürfniſſes nicht, oberhalb derſelben aber nach wie

vor ſtattfinden ſolle. Gemäß den Erklärungen des Regierungskommiſſars habe in den meiſten Fällen, in denen die Leiſtungsfähigkeit regierungsſeitig bejaht worden ſei, die zur Entſcheidung durch das Geſetz von 1887 berufene Selbſtverwaltungsinſtanz gegenteilig entſchieden. Infolge ſolcher Konflikte ſeien ſo ziemlich alle Gemeinden über 10000 Einwohner ohne Bewilligung für Alterszulagen geblieben. Es wurde allſeitig das Bedürfnis erkannt, den bisherigen auf die Dauer ganz unhaltbaren Zuſtand durch eine möglichſt beſtimmte Beſchlußfaſſung zu bekämpfen und beſchloſſen: „Die Bittſchriften mit der Maßnahme zur Berückſichtigung zu überweiſen, daß die Zuwendung von Dienſtalterszulagen an Lehrer und Lehrerinnen von Volksſchulen bei unzureichender Beſoldung und bei ungenügender Leiſtungsfähigkeit fortan auch an Gemeinden über 10000 Einwohner erfolgen ſolle."

Am ſelben Tage wurde die Bitte um Erlaß eines Dotationsgeſetzes als Material für die vom Miniſter auf dem Verwaltungswege beabſichtigte Dotation der Lehrer überwieſen.

Am 9. Februar 1893 handelte es ſich um eine Muſterkarte von Fällen principieller Bedeutung, ob Anbau einer zweiten Klaſſe oder Neubau in einem entfernteren Teile des Orts, um Wiederanſtellung eines angeblich rekonvalescenten Lehrers, um Staatsdotationen für Rektoren, die nicht zugleich erſte Lehrer einer Schule ſind, um Zuweiſung einer Dienſtwohnung in induſtrieller Gegend, um Wünſche für Reformen der Alterszulagen. Die auf Verſtändigung hinzielende Abſicht des Miniſters bei den Schwierigkeiten, die die Erteilung des Konfirmandenunterrichts dem wiſſenſchaftlichen Unterricht an höheren Schulen verurſachen, wurde durch eine motivierte Tagesordnung unterſtützt.

Am 10. März 1893 wurde die Klage eines Diſſidenten über die zwangsweiſe Heranziehung ſeines Sohnes zum Religionsunterricht in der Volksſchule mit Rückſicht auf eine bevorſtehende Entſcheidung des Kammergerichts in augenblicklich ſchwebenden Fällen der Staatsregierung als Material überwieſen.

Am 6. Mai 1893 wurde der folgende eigentümliche Beſchluß gefaßt. Mit Rückſicht darauf, daß eine Aufbeſſerung der Gehälter der Strafanſtaltslehrer angeſtrebt und bei günſtiger Finanzlage

erfolgen wird, die Petition als Material zu überweisen. Erwägung wurde beschlossen für das Gesuch, den Volksschullehrern die Dienstzeit an Privat-Präparandenanstalten anzurechnen.

Am 28. Juni 1893 wurde bezüglich der vielbesprochenen Erklärungen über die Konfession der Kinder bei Mischehen Tagesordnung beschlossen, weil die Staatsregierung neuerdings angeordnet hat, daß sie auch vor dem Amtsvorsteher stattfinden können.

Petitionen auf staatliche Subventionen für kaufmännische Fortbildungsschulen und für verschiedene technische Schulen wurden der Staatsregierung zur thunlichsten Berücksichtigung überwiesen.

Am 16. Februar 1894 wurde eine das Reifezeugnis einer neunklassigen Schule als Voraussetzung für die tierärztliche Laufbahn fordernde Petition der Staatsregierung als Material überwiesen.

Am 1. März 1894 wurde auf Antrag von Schenckendorff eine große Anzahl von Petitionen zur Förderung der gewerblichen Fortbildungsschulen zu möglichst weitgehender Berücksichtigung überwiesen.

Am 8. März 1894 fand der den Kindern von Dissidenten aufgezwungene Religionsunterricht Überweisung als Material durch den Berichterstatter v. Kölichen gegen Seyffardt und Dittrich (C.), die Berücksichtigung wünschten.

Am 19. Mai 1894 wurde bei der Petition Langenberg auf bedingungslose Überweisung der Beträge für Durchführung des Normaletats Übergang zur Tagesordnung beschlossen, da diese Beträge in den Voraussetzungen ihrer Begründung sich nicht von anderen staatlichen Beihilfen zu höheren Schulen unterscheiden.

Am 28. März 1895 wurden Petitionen über Einzelfälle des in den Plenarberatungen so ausgiebig besprochenen Gegensatzes zwischen Deutschen und Polen, Protestanten und Katholiken verhandelt und insgesamt durch einfache Tagesordnung erledigt.

Am 1. Juli 1895 wurden alle Petitionen, die sogenannte Frauenfrage betreffend, auf Antrag des Berichterstatters Dittrich der Staatsregierung als Material zur weiteren Erwägung überwiesen. Als Material dagegen alles, was die Besserung der

Gehälter und andere dringende Wünſche der Volksſchullehrer betraf (Ref. v. Kölichen, konſ.).

Am 14. März 1896 wurde über eine Petition von Volksſchullehrern des Regierungsbezirks Düſſeldorf, ihre Ferien denen der Lehrer an höheren Schulen gleichzuſtellen, jedenfalls dieſelben auf die Höhe der anderen rheiniſchen Regierungsbezirke feſtzuſetzen, Tagesordnung beſchloſſen, da die Angaben ſich als nicht ganz zutreffend erwieſen.

Am 21. März 1896 bitten die Lehrer von 8 der 10 höheren Lehranſtalten, deren Beſoldungen auf dem Stellenetat ſtatt auf dem Normaletat beruhen, um Gleichſtellung mit den Berufsgenoſſen. Der Beſchluß (Ref. v. Schenckendorff) geht auf Überweiſung zur Erwägung, wie den Petenten zu helfen ſei.

Die Petition des Bürgermeiſters der Stadt Burtſcheid (Ref. Seyffardt), es bei der bisherigen Regelung des ſchulpflichtigen Alters in Aachen und Umgegend zu belaſſen und von der Gleichſtellung mit den anderen rheiniſchen Städten abzuſehen, wird durch Tagesordnung abgelehnt.

In der Beſprechung vom 16. Dezember 1896 ſchlug der Referent Frhr. v. Plettenberg vor, die Bittſchriften der von Jahr zu Jahr dringender werdenden Lehrerwitwen der Staatsregierung als Material zu überweiſen, doch gelang es mir, die dringlichere Form „zur Berückſichtigung wiederholt“ durchzuſetzen.

Am 31. Januar 1897 entſchied ſich die Kommiſſion für Übermittelung zur Erwägung betreffend eine Petition zur Errichtung einer katholiſchen Schule für 69 Kinder in Holzweißig bei Bitterfeld, da die Ausführung des Regierungskommiſſars, daß es ſich um eine fluktuierende Bevölkerung handele, nicht ganz einleuchtend erſchien.

Am ſelben Tage fanden die Bittſchriften von Hannover und Hildesheim auf Befreiung von dem Zutritt zu den Ruhegehaltskaſſen für Volksſchullehrer Tagesordnung, da eine dauernde Schädigung durch die Zugehörigkeit zu den Kaſſen nicht nachgewieſen war.

Am 5. März 1897 beſchloß die Kommiſſion, die Petition einer Lehrerswitwe in Langendreer auf Erhöhung ihrer Jahres-

pension von 75 Mark auf die heutige Höhe von 250 Mark, nachdem sie sich von ihrem Staunen erholt hatte, daß die verhungernde Lehrerswitwe nicht bloß ein Phantasiebild sei, auf Antrag Arendt Überweisung zur Berücksichtigung. Dieselbe Befürwortung fand gemäß Vorschlag des Berichterstatters Seyffardt, der die Gründe ausführt, warum nach Ordnung der Gehaltsbezüge der Lehrer an höheren Schulen und an Volksschulen diejenige der Lehrer an Mittelschulen unerläßlich und unaufschiebbar sei, die Regelung dieser Verhältnisse.

Am 12. Februar 1898 wurde Tagesordnung beschlossen bezüglich einer Petition auf Abänderung des Gesetzes über die Ruhegehaltskassen der Volksschullehrer (Ref. Seyffardt), die erst eben begründet worden und einer anderen Bittschrift bezüglich des Universitätsunterrichts der Frauen (Ref. Dittrich), dessen Regelung durch zwischen dem Staat und dem Reich schwebende Verhandlungen vorgesehen ist.

Am 27. Februar 1898 wurde die reinliche Scheidung vorgenommen zwischen den Knabenmittelschulen und den höheren Mädchenschulen, deren Vereinigung nach veralteter preußischer Tradition soviel Mißverständnisse im Gefolge gehabt hat. Die Ordnung der Angelegenheiten der Knabenmittelschulen, vertreten durch Abg. Arendt (f.k.), wurde durch Annahme eines Antrags Dittrich (C.), der die dringende Notwendigkeit der gesetzlichen Regelung des Mittelschulwesens anerkennt und die Petitionen der Staatsregierung als Material überreicht, erzielt. Dem Abg. Seyffardt wurde die Sache der Mädchenschulen zu späterem Referat übertragen.

Am 12. März 1898 wird der Antrag auf Abänderung der rheinischen Ferienordnung für die Volksschulen im Interesse der Landwirtschaft mit Rücksicht auf eine Erklärung des Regierungskommissars, daß den Wünschen durch eine Erklärung des Oberpräsidenten schon nachgekommen sei, für erledigt erklärt.

Am 18. März 1898 wird die Petition der Lehrer an der Baugewerkschule zu Magdeburg um definitive und pensionsberechtigte Anstellung (Abg. Seyffardt Referent) der Staats-

regierung zur Berückſichtigung überwieſen. Ins Plenum iſt die Sache nicht gelangt.

Am ſelben Tage, 18. März 1898, erkennt die Kommiſſion (Ref. Seyffardt, ſiehe 27. Februar) in ihrem Beſchluß die dringende Notwendigkeit der geſetzlichen Regelung des Mädchen-Schulweſens an und überweiſt für dieſe Regelung ſämtliche Petitionen der Staatsregierung als Material.

Ehe ich nun zu den Unterrichtsfragen im Plenum des Hauſes der Abgeordneten übergehe, empfiehlt es ſich, der Einberufung der Schulkonferenz vom 4. bis 17. Dezember 1890 durch den Kaiſer als des wichtigſten Ereigniſſes auf dem Gebiete des höheren Schulweſens für längere Zeit zu gedenken. Die Konferenz hatte ihren Urſprung in den vielfach geäußerten Anſchauungen des jungen Herrſchers, der von dem Drange beſeelt ſchien, den Bedürfniſſen des modernen Lebens einen größeren Einfluß auf die Entwickelung der höheren Schulen zu gewähren. Die öffentliche Meinung, in Anerkennung der Notwendigkeit einer durchgreifenden Reform, kam dem Hohen Herrn freudig entgegen, und erwartete von der Konferenz eine ſachlich unanfechtbare, unparteiiſche Erörterung des ſo unendlich wichtigen Gegenſtandes. Profeſſor Paulſen in Berlin konnte mir ſchreiben: Die Erreichung des Zieles ſcheint nicht mehr fern zu ſein. Als dann tröpfelnd, einer nach dem andern, die Namen der Auserwählten der Konferenz bekannt wurden, war unſchwer zu erkennen, daß es anders kommen ſollte. Die Konferenz war von vornherein ſo zuſammengeſetzt worden, daß eine ſichere Mehrheit für die Aufrechterhaltung des Gymnaſialmonopols vorhanden war. Wer das fertig gebracht hat und wie er es gemacht hat, weiß ich nicht zu ſagen. Daß die Abſicht obgewaltet haben muß, hat mein Freund, Geh. Sanitätsrat Dr. Graf, Mitglied der Mehrheit, mir unaufgefordert bedauernd zugeſtanden. Von einem anderen Mitgliede der Konferenz, Geh. Regierungsrat Dr. Schauenburg, hörte ich dann, daß die Intrigue eine doppelte geweſen ſei; erſtens den Kaiſer glauben zu machen, die für beſtimmt zurechtgeſchnittene Beſchlüſſe auserleſene Verſammlung ſei eine wahre Vertretung der gegneriſchen Meinungen, zweitens, der Verſammlung erſt weiß zu machen, ſie ſtimme nur ab, um den Miniſter

zu orientieren, also namentlich, und dann dem Kaiser die Beschlüsse als Vota hinzugeben und sie als solche gutheißen zu lassen.

Als später die Mitgliederliste des während der Konferenz gegründeten Gymnasialvereins veröffentlicht wurde, zeigte sich, daß demselben von den zur Konferenz berufenen 43 Mitgliedern 23 angehörten. Gemäß Statut verfolgt der Verein den Zweck, die humanistische Schulbildung zu wahren, oder, da er das praktische Ergebnis der bekannten Heidelberger Erklärung (Dr. Uhlig) ist, einer Latein und Griechisch lehrenden Anstalt das Berechtigungsmonopol zu erhalten.

Einer Kritik der Beschlüsse der Konferenz und ihres ausführenden Siebenerausschusses kann ich mich enthalten, nachdem schon am 4. Mai 1891, also 4½ Monate später, der Nachfolger des Kultusministers von Goßler, Graf von Zedlitz-Trützschler, den an der Spitze stehenden Satz I 1 auf das bestimmteste verleugnet hat. Dieser mit 35 gegen 8 Stimmen angenommene Satz lautet: „Es sind grundsätzlich in Zukunft nur zwei Arten von höheren Schulen beizubehalten, nämlich Gymnasien mit den beiden alten Sprachen und lateinlose Schulen (Oberrealschule und höhere Bürgerschule)."

In jener Rede sagte Graf Zedlitz:

„So weit ich die Ergebnisse dieser Reformbewegung habe studieren können, sind namentlich die Besorgnisse, die bezüglich der Realgymnasien geäußert werden, nicht begründet. Die Unterrichtsverwaltung ist sich vollständig darüber klar, daß auf dem Gebiete des Schulwesens überhaupt, und ganz besonders auf dem des höheren Schulwesens, nur eine organische Fortentwickelung aus dem Bestehenden und Altbewährten erfolgen kann (Sehr gut! links), daß von einem sprungweisen Eingreifen, von einem rücksichtslosen Überdenhaufenwerfen wohlgeordneter Schulanstalten gar keine Rede sein kann. (Bravo!) Meine Herren, ich spreche das mit dieser Bestimmtheit aus, in der ausdrücklichen Absicht, daß es im Lande gehört wird, um die vielfachen Besorgnisse, wie sie nach dieser Richtung hin jetzt gehegt werden, zu zerstreuen."

Wahrlich eine bittere, aber verdiente Pille für die Herren von der alleinſeligmachenden klaſſiſchen Bildung!

In derſelben Sitzung ſprach ich dem neuen Herrn Miniſter das volle Vertrauen aus, daß er die eigenartige Komödie der Irrungen, die die Enquetekommiſſion dahin gebracht hat, die Realgymnaſien dem Untergange zu weihen, durch weitere befreiende Worte zur Löſung zu bringen wiſſen wird.

Mein Artikel vom 29. November 1890 in der Nationalzeitung, den ich durch den Chef des Civilkabinetts, Wirkl. Geheimen Rat, Dr. von Lucanus, unter Berufung darauf, daß die wirtſchaftlichen Berufe in der Konferenz nur ſchwach vertreten ſein würden, an Seine Majeſtät überreichen ließ, lautet:

Die Bedürfniſſe der wirtſchaftlichen Berufe in Bezug auf das höhere Schulweſen.

Bei der im Jahre 1873 im Unterrichtsminiſterium über verſchiedene Fragen des höheren Schulweſens abgehaltenen Konferenz glaubte der Generalreferent, Geheimrat Wieſe, die in 1 b der damaligen Vorlage enthaltene Frage: „Iſt die Stellung der Realſchulen zwiſchen den Gymnaſien und den techniſchen Lehranſtalten für ein Bedürfnis anzuſehen?“ unter den vielen der Konferenz unterbreiteten Fragen als die zuerſt zu löſende bezeichnen zu ſollen. Die Konferenz hat denn auch die Frage mit Ja beantwortet. Unzweifelhaft würde die Antwort ſchon damals aber eine viel entſchiedenere geweſen ſein und die Erörterung auf die Unterſuchung erſtreckt haben, welche Wege einzuſchlagen ſeien, um dem Bedürfnis durch Einrichtung von Realſchulen gerecht zu werden, wenn die Zuſammenſetzung der Konferenz nicht eine ſo einſeitige geweſen wäre. Unter den 26 Mitgliedern befanden ſich außer den Spitzen des Miniſteriums nur drei Männer, die nicht dem Lehrſtande angehörten, ſondern ſich als Väter oder Volksvertreter zu einem entſcheidenden Wort in Bezug auf das Bedürfnis berufen glauben durften. Lebhaft erinnert ſich der Verfaſſer noch des Berichts, den einer der drei, der Abgeordnete Dr. Löwe (genannt Löwe-Calbe oder Löwe-Bochum), ihm bei verſchiedenen Gelegenheiten über die

Eindrücke, die ihm die Konferenz hinterlassen, gegeben hat. Löwe, der wiederholt in öffentlicher Rede der Bedeutung, welche die klassische Bildung für ihn selbst gehabt, in rühmender Weise gedacht hat, konnte kaum Worte genug finden, um die mangelnde Übereinstimmung der hervorragenden Schulmänner, die an der Konferenz Teil nahmen, in Bezug auf das Bedürfnis und seine schultechnische Befriedigung zu betonen. Wie sehr die damaligen Erfahrungen ihm auch die Hoffnung auf eine Reform in absehbarer Zeit genommen hatten, so hat seine Grundanschauung, daß Eines sich nicht für Alle schicke, ihn nicht müde werden lassen, die Notwendigkeit einer besonderen Pflege des Realschulwesens hervorzuheben.

Seit jener Konferenz sind siebzehn Jahre durchs Land gegangen, ohne daß sich viel geändert hätte. Bei der weiteren Erörterung ist die Stimme derjenigen ehrenwerten Männer, welche die höhere Schule nur als Vorbereitung für die Wissenschaft und den Beamtenberuf ins Auge fassen, einige recht drastische Ausnahmen abgerechnet, mehr zurückgetreten und als Ergebnis die Anerkennung zu verzeichnen, daß die Zweckmäßigkeit eines Bildungsweges der Regel nach von der Erzielung einer einigermaßen abgeschlossenen Bildung für möglichst viele Schüler abhängt. Mehr oder weniger leiden alle unsere höheren Schulen an dem Ballast von Schülern, die von Anbeginn nicht beabsichtigen, die im Lehrplan der Schule in Aussicht genommene abgeschlossene allgemeine Bildung zu erreichen. Unsere sechsklassigen höheren Bürgerschulen und siebenklassigen Realschulen werden in den unteren Klassen von manchen für den Handwerkerstand bestimmten Knaben besucht, die in Ermangelung einer für sie geeigneten Schule, nach Art der früheren Provinzialgewerbeschule, sich mit fremdsprachlichem Unterricht, statt mit Zeichnen und Geometrie, beschäftigen, unsere Realgymnasien und Gymnasien in viel auffälligerer Weise von Tausenden von Schülern, die von vornherein gar keine andere Absicht haben, als auf bequeme Weise das Reifezeugnis für den einjährigen Dienst zu ersitzen.

Daß der Ballast an Schülern, die nicht die ganze Schule

durchmachen wollen, bei den Gymnasien schädlicher wirkt als bei den auf realistischer Grundlage arbeitenden Schulen, hängt auch mit der ungemein großen Verbreitung der Gymnasien, und zwar unähnlich den Realschulen, gleichmäßig in allen Landesteilen, zusammen. Im Jahre 1887/88 gab es in Preußen neben 264 Gymnasien und 39 Progymnasien nur 88 Realgymnasien, 89 Realprogymnasien und 55 lateinlose Schulen, Oberrealschulen, Realschulen und höhere Bürgerschulen. Die gymnasiale Richtung zählte 82865 (62 Prozent der Gesamtzahl), die lateintreibende realistische 34055 (25 Prozent der Gesamtzahl), die lateinlose realistische 17102 Schüler (13 Prozent der Gesamtzahl). Von den jährlich den Gymnasien zuströmenden 9200 Schülern gelangen etwa 3600 bis zum Abiturientenexamen, während 5600 vor der Zeit abgehen, um sich dem Erwerbsleben, zum kleineren Teil dem Subalterndienst, zuzuwenden. Die meisten dieser 5600 hätten besser eine lateinlose Bürgerschule oder doch eine Realschule selbst mit Latein besuchen sollen, und würden dies auch wohl recht häufig gethan haben, wenn am Orte eine solche Anstalt vorhanden gewesen wäre. In 166 preußischen Städten giebt es nur Schulen gymnasialer Art. Herr Minister v. Goßler hat den Übelstand anerkannt und seine Bereitwilligkeit ausgesprochen, die Errichtung lateinloser Schulen, soweit irgend möglich, zu fördern. Erfolg hat er bisher aber nicht gehabt, wie im Frühjahr d. J. im Hause der Abgeordneten bei dem Unterrichtsetat nachgewiesen wurde. Seit dem Beginn seiner Amtsführung sind im ganzen 18 neue lateinlose Schulen gegenüber 18 neuen Gymnasien gegründet worden. Da aber während derselben Zeit 9 Realgymnasien eingegangen sind, so steht den 18 Neugründungen von Gymnasien nur eine Vermehrung der realistischen Anstalten von 9 Nummern gegenüber.

„Helfen Sie, daß es anders werde," hat der Herr Minister den Abgeordneten und den Kommunalverwaltungen zugerufen. Nun ist in den Städten, die über genügende Mittel verfügen, bisher im einzelnen schon manches erreicht worden. Für den Durchschnitt der mittleren und kleineren Städte kann aber nur

der Staat ſorgen, nachdem er die eigentliche Verantwortung für die geſunde Entwickelung des höheren Schulweſens in ſeine Hand genommen hat. Mit kleinen Mitteln iſt da nichts zu erzielen, es bedarf durchgreifender Maßregeln, wenn dem Bildungsbedürfnis des für das wirtſchaftliche Leben beſtimmten Nachwuchſes endlich die rechte Richtung gegeben und demſelben ein höheres zeitgemäßes Ziel geſteckt werden ſoll. In einer Zeit, in der den wirtſchaftlichen Berufen durch den Kampf der Intereſſen, die ſteigende Steuerlaſt, durch die ſocialpolitiſchen Reformen und die Forderung einer idealen Auffaſſung des Verhältniſſes von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, immer höhere und ſchwierigere Aufgaben geſtellt werden, muß ernſtlicher als bisher daran gedacht werden, daß durch geeignete Schuleinrichtungen ihre Bildung gehoben und ſomit ihrem redlichen Streben eine geſunde Unterlage geſchaffen werde.

Wenn man in der theoretiſchen Diskuſſion bis zu dieſem Punkte gelangt iſt, pflegt alle Welt einverſtanden zu ſein: Ja, es muß Abhilfe geſchaffen werden! Wer aber einen Zweck will, muß auch das Mittel wollen. Zu dieſem Mittel aber kann man ſich noch immer nicht entſchließen. Dies Mittel iſt aber kein anderes, als die öffentliche Anerkennung der Gleichwertigkeit einer mit Hilfe von modernen und einer auf Grund von antiken Bildungselementen erzielten idealen Bildung und idealen Geſinnung und als nächſte Folge die Wertſchätzung des Realgymnaſiums, als einer Anſtalt, die, gemäß den Darlegungen des Prof. Paulſen, ebenſowohl einen humaniſtiſchen Charakter trägt, wie das Gymnaſium. Im Sinne der Neuzeit ſollten beide Richtungen, anſtatt ſich zu bekämpfen, ſich vereinigen, um gemeinſchaftlich gegen die Nützlichkeitstheorie vorzugehen, die auf dem Schulgebiete gar leicht über der Einpaukung von Kenntniſſen, die Entwickelung zu idealer Anſchauung und die Charaktererziehung zu wenig in Betracht zieht. Indem man vor nunmehr zwanzig Jahren den Realabiturienten die Befähigung zum wiſſenſchaftlichen Studium der Mathematik, der Naturwiſſenſchaften und der neueren Sprachen zuſprach, hat man ſie ihnen im Princip für die ge-

samte Wissenschaft zuerkannt, und es kann nur eine Frage der Zeit sein, ihnen die daraus folgenden Berechtigungen auch zu gewähren. Nun wird ja wohl niemand leugnen, daß der direkte Weg zum Studium einzelner Fächer, z. B. Theologie und Altphilologie, durch das Gymnasium führt. Wer aber den anderen Bildungsweg beendet und nun findet, daß gerade diese Fächer ihn besonders anmuten, dem wird die Begeisterung auch die Kraft verleihen, die Lücken in den alten Sprachen auszufüllen. Diese Erwartung ist um so weniger anzuzweifeln, da die Erfahrung lehrt, daß diejenigen, die, von Gymnasien stammend, Medizin, Naturwissenschaften und technische Fächer studieren, ihre Staatsprüfungen bestehen, vermutlich also die offenkundigen Lücken ihrer naturwissenschaftlichen Vorbildung ergänzt haben.

Die Beseitigung des Monopols der Gymnasien und die Zulassung der Realgymnasialabiturienten zu allen Fakultäten ist demnach als der allernotwendigste Schritt zur Hebung des Realschulwesens, und diese letztere wieder als der allerwichtigste Punkt der Reformbewegung für höhere Schulen überhaupt zu befürworten.

Jene Zulassung ist aber noch aus Interesse für das vielangefeindete Realgymnasium in seiner jetzigen Gestalt und mit seinem jetzigen Lehrplan dringendst zu empfehlen. Ob das eine oder andere Fach einige Stunden mehr oder weniger bekommen soll, ist dem Meinungsstreit der Fachmänner zu überlassen. Ungemein wichtig aber ist es, eine Einrichtung erhalten zu sehen, die den aus ihr hervorgehenden Abiturienten, welche sich dem Wirtschaftsleben widmen, eine allgemeine Bildung vermittelt, die ihnen, im bürgerlichen und Vereinsleben, in Ämtern der Gemeinde, der Selbstverwaltung und der Volksvertretung die Ebenbürtigkeit mit den studierten Berufen gewährleistet. Dies Ziel ist durch die Realschule mit sechs- oder siebenjähriger Kursusdauer nicht zu erreichen. Es wird aber schwer halten, die neunklassigen Realgymnasien zu erhalten, wenn nicht die Gleichstellung mit den Gymnasien erfolgt.

Der zweite wichtige Schritt zur Förderung des Realschul-

wesens liegt in einer durchgreifenden, auch tief in den Staatsbeutel greifenden Unterstützung der sechs- und siebenklassigen lateinlosen Schulen. Es giebt keine staatliche Einrichtung, die in den letzten Jahren von dem Herrn Minister und allen Parteien so in ihrer Bedeutung hervorgehoben worden ist wie diese Schulen. Leider hat diese Anerkennung indes bisher nur theoretischen Wert gehabt, zu einer irgend erheblichen Vermehrung, mit Ausnahme einiger größeren Städte, wie vorhin des näheren dargelegt, nicht geführt. Das Gymnasium bleibt die „vornehmere" Schule, hat einen besonderen Normaletat, der seine Lehrer erheblich besser besoldet, als diejenigen an Nichtvollanstalten und Anstalten mit kürzerer Kursusdauer. So bleibt den letzteren, trotz aller ihnen ausgesprochenen Sympathien, der staatliche Stempel der Inferiorität aufgedrückt. Die Menge folgt dem äußeren Schein. Wer nicht vornehm und wer nicht Socialdemokrat ist, sucht im monarchischen Deutschland, in dem die gebildeteren Stände seit zwanzig Jahren immer aristokratischer, die weniger gebildeten immer demokratischer geworden sind, den Schein der Vornehmheit. Die Väter lassen nach wie vor ihre Söhne die einjährige Berechtigung ersitzen und können nur selten in Magistraten und Stadtverordnetenversammlungen sich zu einer Majorität zusammenfinden, welche die Gründung einer lateinlosen Schule beschließt. So bleibt alles beim alten, so lange der Staat nicht beginnt, in seinem Haushalt der jährlichen Bewilligung von fünf Millionen für Vollanstalten, und zwar ganz vorwiegend Gymnasien, eine ähnliche größere, dem Bedürfnis gemäß steigende Summe für lateinlose Bürger- und Realschulen zur Seite zu stellen.

Eine solche staatliche Unterstützung scheint in der That ein Ausweg, von dem sich etwas erhoffen läßt. Die Aufsichtsbehörde hat bisher die Errichtung von höheren Schulen von dem Nachweis abhängig gemacht, daß am Orte die Beschaffenheit des Volksschulunterrichts eine gute sei und die Zahl der Klassenräume und die Besoldung der Lehrer den Vorschriften und den Bedürfnissen entspreche. Ebenso sollte man keine neue Gymnasialgründung gestatten, so lange nicht in derselben Stadt

eine lateinlose Realschule vorhanden, und man sollte ferner die sämtlichen 39 Progymnasien und den größeren Teil der 89 Realprogymnasien auf den Aussterbeetat setzen und langsam in lateinlose Realschulen umwandeln. An Stelle der lateinlosen siebenjährigen Realschule könnte allgemein die lateinlose sechsjährige höhere Bürgerschule treten, wenn nach Gleichstellung in den Berechtigungen von Gymnasien und Realgymnasien das Ersitzen der Einjährigenberechtigung auf diesen Schulen in Wegfall käme.

Ausdrücklich und mit größter Bestimmtheit ist dann aber hervorzuheben, daß solche Veränderungen nur dann eine geeignete bessere Verteilung der Schüler auf die verschiedenen Anstalten gemäß ihren Bedürfnissen für Beruf und Leben vorbereiten können, wenn die Staatsregierung mit der vorher befürworteten allgemeinen Hebung des Realschulwesens Ernst macht, den Realgymnasien das Recht der Vorbereitung zu allen Fakultäten und den Direktoren wie den akademisch gebildeten Lehrern aller Anstalten denselben Normaletat gewährt. Eine Berücksichtigung dieser Ausführungen, die der Auffassung weiter im wirtschaftlichen Leben stehender Kreise entspricht, ist der in diesen Tagen zusammentretenden Konferenz für das höhere Schulwesen recht dringend zu empfehlen. Die in mehreren Fächern bereits überwundene Schwierigkeit für die Universitätsprofessoren, verschieden gebildeten Studenten gerecht zu werden, die übrigens gar nicht haltbare Befürchtung, in der Übergangszeit eine Vermehrung des Zudranges zu den Universitäten eintreten zu sehen, kommen mit Rücksicht auf den großen Gewinn der gemäß der obigen Ausführungen sich für die Gesamtbildung der Nation ergeben würde, gar nicht in Betracht.

Auch diejenigen unter den Mitgliedern der Konferenz, die unentwegt auf dem Boden der klassischen Bildung stehen, sollten sich doch recht ernsthaft die Frage vorlegen, ob nicht endlich die Zeit gekommen ist, der unendlichen Vielseitigkeit der Ziele, die dem modernen Menschen in Wissenschaft und Leben erblüht sind, eine weniger einseitige Vorbildung, eine freie Konkurrenz in der Wahl der Bildungswege gegenüberzu-

stellen. Unseres Erachtens müssen sie die Frage bejahen, wenn sie sich nicht dem Vorwurfe des mangelnden Verständnisses für die Anforderungen des Wirtschaftslebens der Nation an die höhere Schule aussetzen wollen.

L. F. Seyffardt,
Mitglied des Abgeordnetenhauses.

Ich gehe nunmehr über zu den Verhandlungen des Plenums in Unterrichtsfragen, abgesehen von den zwei allgemeinen Volksschulgesetzen.

Im Jahre 1890 spreche ich zu Kapitel 120, Höhere Lehranstalten, am 20. März:

Bei diesem Kapitel habe ich im vergangenen Jahre mir erlaubt, dem Herrn Minister im Anschluß an eine damals viel besprochene Petition von 23 000 Interessenten eine Reform des höheren Schulwesens recht nahe zu legen. Der Schwerpunkt der damaligen Agitation lag in keiner Weise darin, irgend eine einzelne Schulart anzufechten, sondern darin, zu untersuchen, ob die verschiedenen höheren Bildungsanstalten im Lande so verteilt und ob sie in Bezug auf Berechtigungen so ausgestaltet seien, daß sie geeignet wären, einer möglichst großen Zahl der eine höhere Bildung Anstrebenden gerecht zu werden. Alle Redner, einschließlich des Abgeordneten Windthorst, waren der Ansicht, daß unserem höheren Schulwesen Mängel ankleben, deren Abhilfe dem allgemeinen Bedürfnis entspreche. Ich bitte, mir zu gestatten, an der Hand der Rede, die der Herr Kultusminister bei dieser Gelegenheit gehalten, meine Ausführungen zu machen. Die am ersten Tage unserer Kultusdebatte vom Herrn Minister gehaltene Rede bestätigt ja doch nur alles das, was er im vergangenen Jahre gesagt hat, und, was das vieldeutige Wort betrifft, daß hinfüro die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienste aus der organisatorischen Frage ausscheide, so glaube ich, ich thue gut, mich dieser Zukunftsmusik gegenüber auf den festen Boden der vorigjährigen Programmrede des Herrn Ministers zu stellen. Wenn es noch nötig gewesen wäre, so hätte diese Rede gezeigt, mit welchem Eifer und mit welcher Sachkenntnis der Herr

Minister sich dem höheren Schulwesen widmet. Wenn nun der Herr Minister damals ausführte, daß der Lehrplan von 1882 für das Gymnasium sich bewährt habe, so entzieht sich das ja meiner Kenntnis; daß aber jener Lehrplan dem Realgymnasium einen verhängnisvollen Wechsel auf die Zukunft ausgestellt hat, den der Herr Minister nicht einzulösen gedenkt, das ist meiner Überzeugung nach ein schwerwiegender Übelstand, der dem möglichen Vorteil bei den Gymnasien die Wage hält. Der Minister wandte sich dann, und das ist der Punkt, der mich am meisten interessiert hat, der verkümmerten und verkrüppelten Bildung zu, die nach seiner Ansicht alle die erwerben, welche das Recht zum einjährig-freiwilligen Dienst auf dem Gymnasium ersitzen, und er bemerkt, daß es erforderlich sein werde durch die Gründung von lateinlosen Schulen eine Reform herbeizuführen. Damit waren fast sämtliche Redner einverstanden. Wie lautet nun aber der Schluß seiner Rede? Nicht ein einziges Wort über die Maßregeln, die der Herr Minister in Aussicht stellen wollte und durch die nun wirklich solche lateinlose Schulen ins Leben gerufen werden sollten, nicht ein einziges Wort, um das in allen wirtschaftlichen Kreisen gehegte Bedürfnis, ihrer Jugend eine bessere Ausbildung fürs Leben zu geben, als ihr seither geboten war. Im Gegenteil schloß der Herr Minister mit einer lebhaften Huldigung für das humanistische Gymnasium, einer Huldigung, die dem Herzen und dem Verständnis des Herrn Ministers zwar alle Ehre macht, aber im Anschluß an seine Mitteilungen über die lateinlose Schule doch den Eindruck machen mußte, als ob der Übergang von dem Gedanken zur rettenden That von des Gedankens Blässe angekränkelt sein werde oder bereits angekränkelt sei. Auffallend ist es doch, wenn der Minister mit einem Worte die Notwendigkeit der lateinlosen Schulen anerkennt und mit einer Verherrlichung der humanistischen Gymnasien schließt. Man kann sehr wohl, um mit dem Herrn Minister zu reden, von der hohen Bedeutung der Gymnasien für die herrschenden Klassen durchdrungen und doch der Ansicht sein, daß andere Anstalten, die den Interessen der nichtherrschenden

Klassen entsprechen, die Gleichberechtigung erhalten. Schon im Beginne seiner Amtsführung hat sich der Minister für die Förderung der lateinlosen Realschule ausgesprochen, er ist später wiederholt darauf zurückgekommen, und wir dürfen wohl annehmen, daß er alles gethan hat, was irgend möglich war. Aber was hat er für Erfolge gehabt? Im vorigen Jahre hat uns der Minister die Mitteilung gemacht, daß die Zahl der lateinlosen Realschulen um 31 gestiegen sei. Davon aber scheiden von vornherein 12 Anstalten aus, die als frühere Gewerbeschulen bereits lateinlos waren und nun nur unter einer anderen Rubrik geführt werden. Den 18 wirklich neuen lateinlosen Realschulen stehen aber 18 neue Gymnasien gegenüber. Wenn Sie in Betracht ziehen, daß in der Zwischenzeit neun Realgymnasien eingegangen sind, so verschlechtert sich das Verhältnis sehr. Und das ist sehr zu beklagen gegenüber der unbestreitbaren Thatsache, daß diese Anstalten selbst den aus der Untersekunda ausscheidenden Schülern eine besser abgeschlossene Bildung bieten, als die Gymnasien. Wenn man also die Verhältnisse genau ins Auge faßt, so wird man zugestehen müssen, daß das Verhältnis von neun realistischen Schulen gegenüber 18 Gymnasien keine Basis ist, auf die der Minister als auf eine Besserung hinblicken darf. Wenn das so fortgeht, so haben wir vielleicht in einem Jahrhundert Aussicht, dazu zu kommen, daß eine Reform endlich durchgeführt wird, die heute schon ein Bedürfnis des Augenblicks ist. Ich muß leider fürchten, daß der Herr Minister, wie bisher, auch ferner an der Macht der Verhältnisse scheitern, und daß trotz seines guten Willens alles beim alten bleiben wird. Ich bin davon umsomehr durchdrungen, als der Minister sich demgegenüber, was ich vor zwei Jahren ausgeführt habe, vollständig abweisend verhalten hat. Auf meine damalige Anfrage hat er gar nicht geantwortet, sondern nur geäußert, er wolle später darauf zurückkommen; in seiner späteren Rede hat er auch das nicht gethan. Dagegen hat er damals einige andere Ausführungen gegeben, daß die Eröffnung der Universität für das Studium der neueren Sprachen, der Natur-

wissenschaften u. s. w. für die Abiturienten der Realgymnasien eine große Überfüllung der Universitäten herbeiführen würde. Er hat dafür Zahlen angeführt, die ich indes als beweiskräftig nicht ansehen kann. Von 1877—1887 soll danach die Zahl der Studierenden der angeführten Fächer um das Doppelte gestiegen sein. In der medizinischen Fakultät, die den Abiturienten der Realgymnasien verschlossen ist, hat sich die Zahl der Studierenden verdreifacht und in der philosophischen gleichzeitig verdoppelt. Durch solche Zahlenangaben kann man sehr wohl beweisen, daß ein unerwünschter Andrang zu den Universitäten stattfindet, aber nicht, daß durch die Eröffnung der philosophischen Fakultät für die Realgymnasial-Abiturienten ein besonderes Wachsen dieser Fakultät herbeigeführt würde. Ferner hat der Herr Minister angeführt, daß 700—800 Kandidaten des höheren Schulwesens sechs Jahre warten müßten, ohne auch nur einen Groschen zu verdienen. Dabei hat der Herr Minister wohl einige Worte in seinem Manuskript übersehen; es muß heißen, daß von 700—800 Kandidaten u. s. w. einige wenige 5—6 Jahre warten müßten u. s. w. Es sind das in der That nur 75 von jener Zahl; 150 haben nach vier, 225 nach drei und 300 nach zwei Jahren bereits Verdienst. Ich meine, daß danach diese Schulamtskandidaten immerhin noch besser gestellt sind als die Juristen. Bezüglich der Überfüllung der Universitäten möchte ich noch auf das Preisausschreiben des deutschen Realschulmännervereins hinweisen, das die Frage behandelte, woher die Überfüllung der gelehrten Fächer komme und wie derselben abzuhelfen sei; die 76 Bewerber um den Preis haben sich insgesamt dahin ausgesprochen, daß das Monopol der Gymnasien der Hauptgrund für diesen Andrang sei, indem durch dieses Monopol viele junge Leute auf das Gymnasium geführt würden, die sonst die Realschule besuchen würden. Von den Preisgekrönten waren drei Oberlehrer an Gymnasien selbst, die sich gleichfalls gegen das Monopol dieser Anstalten aussprachen. Meiner Meinung nach wird sich der Andrang in Zukunft noch weiter steigern, wenn nicht endlich die gewünschte Reform ins Leben gerufen wird.

Ich schließe mit dem Wunsche, und — weil ich es gut mit der Sache meine — auch mit der Hoffnung, daß der Minister mir gegenüber Recht behalten und das mir unmöglich scheinende möglich machen werde, und daß es ihm gelinge, die realistischen und lateinlosen Schulen zur Gleichstellung und Gleichberechtigung zu führen. (Beifall.)

Zu Kapitel 121, Elementarschulen, am 24. März 1890, indem ich meine Bedenken äußere gegen das neue System, das der Minister bei den Altereszulagen in Anwendung bringen will, indem er rein mechanisch sie auf Orte unter 10000 Einwohner beschränken will, während sie bisher doch zu aller Welt Befriedigung Bedürfniszuschüsse für weniger leistungsfähige Gemeinden waren.

Am 27. März 1890 begrüße ich in erster Beratung den Gesetzentwurf für die Waisen der Volksschullehrer zwar recht dankbar, bedaure aber, daß die Staatsregierung nicht, der Anregung des Hauses vom vorigen Jahre folgend, dem allerdings schwierigeren Weg der Fürsorge nach Analogie derjenigen für die unmittelbaren Staatsbeamten gefolgt ist. In der zweiten Beratung am 6. Mai spreche ich erneut die Hoffnung aus, daß der Minister das von mir als dringend wünschenswert hervorgehobene Endziel als erreichbar anerkennen werde.

Vom 7. Mai 1890 verzeichne ich aus der Diskussion über die Petition von Direktoren u. s. w. an öffentlichen höheren Mädchenschulen, betreffend die Verhältnisse dieser Anstalten einige meiner Ausführungen:

Ich werde mich nur mit dem Teile der Petition befassen, der sich auf die Klagen der Direktoren an höheren Mädchenschulen bezieht, daß die Organisation dieser Anstalten noch derjenigen festen Ordnung entbehrt, die den höheren Knabenschulen schon seit Menschenaltern zu Teil geworden ist.

Der Herr Regierungskommissar Geheimrat Dr. Schneider hat sich in seinen interessanten und bedeutungsvollen Ausführungen viel weniger gegen diese allgemeine Forderung der Mädchenschullehrer, als gegen das Mittel gewendet, das die Herren zur Abhilfe vorschlagen. Sie glauben, dieses Mittel in der Scheidung der höheren Mädchenschulen in zwei nach

bestimmten Merkmalen scharf gesonderte Arten zu finden. Der Herr Regierungskommissar war der Ansicht, daß die Entwickelung der Mädchenschulen noch so sehr im Flusse, daß ein Eingreifen nicht rätlich sei und namentlich die Sonderung in zwei verschiedene Arten zu großen Bedenken führe Ich will nun die Schwierigkeiten, die in sehr sachlicher Art der Herr Regierungskommissar ausgeführt hat — wie Sie auf S. 4 6 des Berichtes finden können —, nicht abzuschwächen versuchen; ich bin aber doch der Meinung, daß die Schwierigkeiten sich überwinden lassen, wenn man nur sich die Erfahrungen, die man bei der Entwickelung der höheren Knabenschulen mit dem Anstaltsehrgeiz gemacht hat, zur Richtschnur dienen lassen wollte. Meine Herren, ich bin derselben Ansicht wie viele, die sich für das Mädchenschulwesen im Lande interessieren, daß, wenn wir auf dem Gebiete des Knabenschulwesens vielleicht zu viel reglementiert haben, doch unzweifelhaft auf dem Gebiete des Mädchenschulwesens dieses zu wenig geschehen ist. Die höheren Mädchenschulen schweben bei uns in Preußen mit ihrer ganzen Einrichtung vollständig in der Luft. Sie stehen unter Aufsichtsbehörden, deren Decernenten, die Schulräte bei den Königlichen Regierungen, für die Aufgaben der höheren Mädchenschulen nur wenig Interesse haben können, da ihre ganze Vergangenheit in der Beziehung ihnen gar kein Material bietet, und die sich daher der Regel nach um diese Schulen recht wenig bekümmern.

Die höheren Mädchenschulen sind trotz ihres Namens weder höhere Schulen noch Volksschulen, und dadurch einer Reihe von Nachteilen ausgesetzt, die die an ihnen beschäftigten Lehrer schädigen, und auch die Leistungen der Schulen auf das wesentlichste beeinträchtigen.

Ich hoffe, daß nachdem diese Schulen bisher durch die Teilnahme der Königlichen Staatsregierung so wenig Beachtung gefunden haben, ihnen in Zukunft ein besserer Stern leuchten möge; ich wünsche, daß namentlich die allerdringendsten Nachteile beseitigt werden, die z. B. darin bestehen, daß die Elementarlehrer an solchen Schulen einerseits, was ihre

Reliktenversorgung betrifft, als Volksschullehrer, soweit aber die Kommunalbesteuerung in Frage kommt, als höhere Lehrer betrachtet werden.

Ich wünsche ferner, daß die akademisch gebildeten Lehrer an solchen Anstalten wenigstens den Rang gewinnen, der in Analogie der Lehrer an höheren Knabenschulen ihnen nach dem Dienstalter zusteht.

Welche Nachteile beim Stellenwechsel mit Lehrerwahl dieser Umstand auf die Qualität der Meldungen ausübt, davon wissen alle, die je im Kuratorium einer Mädchenschule gesessen haben, ein Liedchen zu singen.

Besonders sympathisch sind mir diejenigen Ausführungen des Herrn Regierungskommissars in der Unterrichtskommission gewesen, die die Gefahr vermieden wissen wollen, daß beim Unterricht in der Mädchenschule Erziehung und Bildung in den Hintergrund treten zu Gunsten der Belehrung. Doch will mir scheinen, daß zu diesem Behuf die Enthaltung so ziemlich jeden staatlichen Eingreifens nicht gerade günstig gewirkt hat, daß im Gegenteil das Gehenlassen, welches die Königliche Staatsregierung beliebt hat, gerade zu Einrichtungen geführt hat, die vom Standpunkt der Erziehung nicht zu rechtfertigen sind.

Bei der sehr vorgerückten Stunde kürze ich meine Ausführungen ab (Bravo!); ich will nur zur Illustration meiner Meinung ein einziges Beispiel anführen, welches sich auf die Stadt Berlin bezieht. In Berlin erteilte gemäß einer mir vorliegenden Aufstellung im Jahre 1888 an einer königlichen und vier städtischen höheren Mädchenschulen in der Oberstufe Ia und b keine einzige Lehrerin wissenschaftlichen Unterricht, während auf der fünften städtischen Mädchenschule unter 22 wöchentlichen wissenschaftlichen Stunden nur eine in Frauenhand lag. Welchen Einfluß dies Verhältnis auf Erziehung und Disciplin der Berliner Mädchen gehabt hat, vermag ich nicht zu beurteilen.

Aber, meine Herren, das kann ich mit Bestimmtheit sagen, daß Tausende unserer edelsten Frauen und Mütter im Lande

nach ihren Lebenserfahrungen es für unheilvoll erachten würden, wenn das Berliner Beispiel Nachahmung finden würde. Ich bin ebenso durchdrungen davon, wie von der Überzeugung, daß der Mann noch geboren werden müßte, der als Direktor oder Lehrer an der Oberstufe trotz höchster geistiger Bildung sich so sehr in den Gefühlskreis und den Gedankengang von Mädchen in den Jahren der Entwickelung hineinversetzen könnte (Heiterkeit), um ohne Frauenhilfe, als Vermittlerin edler weiblicher Sitte, edlen weiblichen Zartgefühls, den Unterricht in höherem Grade fruchtbringend zu gestalten.

Ich möchte den Herrn Minister ersuchen, bei Prüfung der ihm als Material zu überweisenden Petition die Frage recht ernsthaft in Erwägung zu ziehen, ob nicht eine feste Ordnung der Verhältnisse der höheren Mädchenschulen, wie sie in fast allen deutschen Staaten außer Preußen stattgefunden hat, auch bei uns für Bildung und Erziehung weiblicher Jugend von größtem Vorteil sein würde. (Bravo! links.)

Am 21. Mai 1890 meine Einleitung in die Besprechung der Petition des Direktors Dr. Schauenburg und Genossen in Krefeld auf Gleichberechtigung der Realgymnasien zu allen Studien und Staatsprüfungen:

Meine Herren, die Unterrichtskommission schlägt Ihnen vor, die Petition des Deutschen allgemeinen Realschulmännervereins bezüglich Gleichberechtigung der Abiturienten von Realgymnasien mit den Abiturienten von Gymnasien zu allen Studien und Staatsprüfungen der Königlichen Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Wenn ich nun auch die beschiedene Hoffnung hege, daß Sie den Bericht gelesen haben, so zweifle ich doch nicht daran, daß es erwünscht erscheint, daß ich, wenn auch nur in einigen großen Zügen, Ihnen vortrage (Zurufe: nein, nein! — und Unruhe), um was es sich handelt und um was es sich nicht handelt. (Wiederholte Rufe: nein, nein!)

Es handelt sich nicht um eine Anfeindung der alten Sprachen als bewährter Grundlage der Jugendbildung, nicht um einen Kampf gegen die Gymnasien wegen ihrer angeblichen

Mängel und angeblicher Ungeeignetheit als Vorbildung für manche Berufsarten. Es handelt sich einzig und allein darum, den nach den Anschauungen der Mehrheit der Kommission noch bestehenden Zopf aus der Welt zu schaffen, daß den alten Sprachen, und damit deren Trägern, den Gymnasien, durch das Monopol der Berechtigungen, der staatliche Stempel des alleinseligmachenden Bildungsweges noch länger aufgedrückt bleibt. Es handelt sich mit anderen Worten darum, freies Feld zu schaffen dem Andrange weiter Kreise der Nation, bezüglich des Nachwuchses im Streben zum Idealen nicht länger auf den einen in seiner Bedeutung darum nicht weniger anerkannten Bildungsweg der Tradition beschränkt zu sein.

Nach wie vor sollen unsere höheren Lehranstalten alle ihre Kräfte dem hohen Ziele widmen, ihre Abiturienten zu geistiger Reife zu erziehen, auf daß sie befähigt werden, welchen Berufs- und Lebensweg sie einschlagen mögen, aus eigener Erkenntnis das für sie Richtige zu finden, aus eigener Kraft die nötige Weiterbildung zu wollen. Verändert sollen nur werden die Voraussetzungen, unter denen in Zukunft dem jungen Nachwuchs gestattet sein soll, in die Konkurrenz um die höchsten Ziele einzutreten. Freiheit soll treten an die Stelle des Zwanges, die Gleichwertigkeit der modernen mit den antiken Bildungselementen soll endlich anerkannt werden. Aus dieser Freiheit der Wahl wird für jeden Strebenden ein größeres Bewußtsein der Verantwortung für die eigene Arbeit und für das Gemeinwohl, eine vielseitigere Bildung im Sinne und gemäß den Anforderungen der neueren Zeit sich ganz von selbst ergeben.

Ich empfehle Ihnen namens der Kommission, den Antrag auf Berücksichtigung anzunehmen.

Der Antrag der Unterrichtskommission: „Berücksichtigung" wurde abgelehnt und derjenige von Graf und Kropatscheck: Überweisung als Material für die Enquete mit Rücksicht auf die Äußerungen des Kultusministers angenommen.

Bei Kapitel 109 Titel 1 gestattete ich mir am 4. Mai 1891 folgende Ausführungen:

Der Herr Minister hat gesagt, er werde alle die großen Aufgaben unseres Schulwesens seinerseits zu erfüllen trachten, nicht nur ein Volksschulgesetz, sondern auch ein Gesetz für die mittleren und für die höheren Schulen in Aussicht nehmen. Ich möchte demgegenüber doch daran erinnern, daß wir zwischen einem Gesetz für die mittleren Schulen und einem Gesetze für die höheren Schulen unterscheiden müssen. Das Mittelschulgesetz ist in noch viel höherem Maße notwendig als ein Gesetz für die höheren Schulen. In dem Unterrichtsministerium liegt, wie wir bei Beratung des Volksschulgesetzes zu unserer Freude gehört haben, das Mittelschulgesetz bereits fertig vor und sollte alsbald nach vereinbartem Volksschulgesetz dem Landtage unterbreitet werden. Dieses Gesetz betrifft die Regelung der Verhältnisse derjenigen Schulen, die weder zu zu den der allgemeinen Schulpflicht dienenden, noch zu den höheren Schulen gehören, also gehobene Schulen, Mittelschulen, Mädchenschulen, Vorschulen u. s. w. und hat noch eine besondere Bedeutung, da es sich hier um eine Kategorie von Lehrern handelt, die bezüglich ihrer Berechtigung zurückstehen, deren Pensionierung selbst noch nicht einmal gesichert ist. Es handelt sich da um eine Lücke bezüglich einer großen Anzahl von Lehrern, deren Berechtigungen nach dem Ausdruck des abgegangenen Herrn Ministers ins Freie fallen, um eine Lücke, deren Ausfüllung er fast jährlich als notwendig bezeichnet hat. Ich hoffe also, daß dieses Mittelschulgesetz, da es die vorbereitenden Stadien passiert hat, in der nächsten Session schon dem Landtage unterbreitet werden kann.

Ich möchte dann noch ein paar Worte in betreff des Gegenstandes sagen, den der Herr Kollege Dr. Virchow angeregt hat. Das ist ein Gegenstand, der dringend der sorgsamen Hand bedarf, um die Befürchtungen, die in weiten Teilen des Landes durch die Reformbewegung verursacht worden sind, einigermaßen zu beschwichtigen. Wir alle wollen die Reform, wir wünschen nur, daß sie in der richtigen Form vor sich geht, und da vertraue ich voll und ganz den dankenswerten Ausführungen des Herrn Ministers, daß er die eigen-

artige Komödie der Irrungen, die die Enquetekommission dahin gebracht hat, die Realgymnasien dem Untergange zu weihen, durch weitere erlösende Worte in das richtige Geleise zu bringen wissen wird.

Meine Herren, Sie glauben gar nicht, was dieser Beschluß im Lande für Mißstimmung, und ich darf wohl sagen für Bestürzung hervorgebracht hat. Unsere Kaufleute, Industriellen, und sonst im wirtschaftlichen Leben stehende Berufe befürchten, daß mit dem Fall des Realgymnasiums die gesamte reale Bildung einen tödlichen Streich erhalten wird — und das wünschen sie abgewendet zu sehen. Wir haben schon einmal den Versuch mit den Oberrealschulen gemacht, ich bin selbst lebhaft beteiligt gewesen. Was ist daraus geworden? Gar nichts! Trotzdem das Kultusministerium eifrig bemüht gewesen ist, für die Oberrealschulen zu werben, so ist doch der Versuch vollständig mißlungen. Können Sie nach solchen Erfahrungen erwarten, meine Herren, daß wenn die blühenden Realgymnasialanstalten — 80 bis 90 an der Zahl —, wie es jetzt durch die Schulenquetekommission geschehen ist, dem Untergange geweiht werden, unsere im gewerblichen Leben stehenden Stände dazu ruhig ihre Zustimmung geben? Die Bewegung, die im Lande entstanden ist — ich bitte erinnern zu dürfen an die Petition des Berliner Magistrats und der derselben zustimmenden Stadtverordneten —, wird ja das Zeichen für alle Städte, die Realgymnasien besitzen, geben, in einen meiner Ansicht in seinen Folgen unabsehbaren Schulkampf einzutreten. Es folgt daraus, daß bezüglich aller Schritte gegen die Realgymnasien im Sinne der Dezemberkonferenz die Staatsregierung gar nicht vorsichtig genug sein kann. Wie gesagt, sehe ich in den heutigen Ausführungen des Herrn Ministers allerdings das erlösende Wort, und will hoffen, daß die weiteren Maßregeln der Staatsregierung die Beunruhigung vollständig verschwinden lassen werden, die bezüglich des Schicksals der Realgymnasien im Lande entstanden ist.

Näher auf die Frage einzugehen, enthalte ich mich, da

sie vor einigen Tagen in der Unterrichtskommission besprochen worden ist. Der Bericht wird in den nächsten Tagen festgestellt werden, und es wird das Hohe Haus Veranlassung haben, nach reifer Vorbereitung sich mit dem Gegenstande zu beschäftigen. (Bravo!)

Bei der 3. Beratung des Etats von Handel und Gewerbe mußte ich mich am 27. Mai 1891 in der Diskussion für von Schenckendorff gegen v. Eynern in Angelegenheit: Obligatorische Fortbildungsschulen, aussprechen. Ich sagte u. a.:

Die Nachteile, die mit dem gegenwärtigen Zustand der Fortbildungsschulen verbunden sind, haben ihren Grund im wesentlichen darin, daß die obligatorische Verpflichtung nicht durch Gesetz allgemein eingeführt ist, sondern nur durch Ortsstatut eingeführt werden kann. Die Folge ist eine große Unzufriedenheit an den Orten, in denen ein solches Statut besteht, gegenüber den benachbarten Orten, in denen man zu einer solchen Maßregel sich nicht verstanden hat. In einer Zeit, in der die Erfahrung, wie nötig es ist, in den Jahren zwischen dem Ende der Schulpflicht und dem Anfang der Wehrpflicht einen Einfluß auf das heranwachsende Geschlecht zur Einschränkung des jugendlichen Übermuts und Kräftigung von Sitte und Autorität zu gewinnen, uns tagtäglich vor Augen tritt, hat die Fortbildungsschule eine hohe Kulturaufgabe zu erfüllen. Sie kann indes nur dann der Gesamtheit zu gute kommen, wenn ihre Einrichtung den betreffenden Altersklassen die obligatorische Verpflichtung zum Besuch auferlegt.

In manchen deutschen Staaten, in Sachsen, Württemberg, Hessen Darmstadt, ist das längst schon geschehen. Entgegen der Ansicht des Kollegen v. Eynern wünsche ich, daß wir so bald wie möglich in Preußen dem guten Beispiele folgen, und ich es noch erlebe, bei uns die allgemeine obligatorische Fortbildungsschule eingeführt zu sehen. (Bravo!)

Am 2. Juni 1891 beginnen meine am 16. und 17. Juni fortgesetzten Versuche, den Bericht der Unterrichtskommission betreffend die Umwandelung des höhern Schulwesens auf die Tages-

ordnung gesetzt zu sehen, ich weiß nicht ob ich sagen soll: „leider“ oder „glücklicherweise“ ohne Erfolg.

Am 10. Juni 1891 die Seeschlange der Strafanstaltslehrer!

Am 18. Juni 1891 befürwortete ich die Anträge des deutschen Frauenvereins Reform in Weimar, auf Zulassung zum Maturitätsexamen durch Überweisung der Petition zur Erwägung, wurde aber von dem Domherrn Perger besiegt, der die Absetzung der Angelegenheit von der Tagesordnung durchsetzte.

Am 20. Juni 1891 befürwortete ich Tagesordnung für den Antrag einer polnischen Gemeinde, die eben erst eingerichtete Ganztagsschule wieder durch die Einrichtungen der früheren Halbtags- sogenannten Hüteschule zu ersetzen. In der letzten Stunde des letzten Tages vor Sessionsschluß gelang es dem Polen Cegielski bei leerem Hause, die Berücksichtigung durchzusetzen.

Am 30. März 1892 ist der Frauenverein Reform in Weimar wieder da, um in Gemeinschaft mit dem Verein Frauenwohl in Berlin die Zulassung der Frauen zum Universitätsstudium zu erstreiten. Ich spreche zur Sache.

Meine Herren, ich bitte Sie, für den Antrag der Kommission zu stimmen, und bedauere recht sehr, daß der Herr Vorredner, der doch wahrscheinlich den so vortrefflichen Bericht des Herrn Referenten gelesen hat, einzelne Teile desselben meiner Ansicht nach nicht so beachtet hat, wie er es hätte thun sollen. Sie aber, meine Herren, möchte ich ersuchen, sich den überzeugenden Eindruck, den unzweifelhaft der Bericht bei Ihnen hervorgerufen hat, nicht stören zu lassen durch die Einwendungen des Herrn Vorredners.

Die Bedeutung des Vorschlages ist ja in keiner Weise eine so extreme, wie er hat annehmen wollen. Es ist doch nicht die Rede davon, daß wir die Frau dem Hause und der Familie entziehen wollen. Wir wollen nichts anderes, als die Konsequenz ziehen aus der socialen Entwickelung des modernen Lebens, und dem in zahlreichen Kreisen der gebildeten Frauenwelt hervortretenden Bedürfnis nach erweiterter Gelegenheit zur Bethätigung ihrer Arbeitskraft. Wir leugnen damit ja nicht, daß die Frauenbewegung nach verschiedenen Richtungen

hin excentrische Blüten gezeitigt hat. Aber ich glaube, jede einzelne Zeile des Berichts vermeidet es aufs peinlichste, auch nur den Schein hervorzurufen, sich mit extremen Anschauungen zu identifizieren, versucht dagegen aus der bedeutungsvollen Bewegung, die in der Litteratur einen lebendigen Ausdruck und im Leben vielfach Sympathie und Anerkennung gefunden hat, dasjenige, was auch vom Standpunkte der Ethik und der allergesundesten konservativen Anschauung heraus wirklich als Berücksichtigung verdienend erachtet werden kann, zu stützen, beziehungsweise ins Leben zu rufen.

Meine Herren, die Bedeutung des Vorschlages, den Ihnen die Kommission unterbreitet, liegt nicht zum mindesten in der Richtung, daß wir uns freuen, daß nun endlich in dem vergangenen Jahre zum ersten Male ein preußischer Minister, und zwar Herr Graf v. Zedlitz, der eben abgetreten ist, den Wünschen, die im vorigen Jahre in diesem Hause zum Ausdruck gekommen sind, insoweit entsprochen hat, als er die Bitte an die Universitäten gerichtet hat, sich über die Zulassung der Frauen zum Studium zu äußern. Allerdings hat der Herr Kommissarius in der Kommission ausdrücklich gesagt, daß der Herr Minister jenes Gutachten nicht infolge des Beschlusses vom vorigen Jahre gefordert habe. Um so besser, wenn er aus sich selbst heraus auf den Gedanken gekommen ist, daß endlich das, was fast alle anderen Kulturstaaten bereits in Angriff genommen und zum Teil durchgeführt haben, auch in Deutschland und in Preußen nicht als absolut ungehörig bezeichnet wird und nur abwehrend behandelt werden dürfe.

Ich meine, meine Herren, unsere Kommission hat sich allerdings recht vorsichtig verhalten, aber das eine hat sie mit aller Bestimmtheit doch als Voraussetzung für das, was sie gesagt und vorgeschlagen hat, betrachtet, daß es richtig ist, daß das ärztliche Studium innerhalb gewisser Grenzen den Frauen nicht länger vollständig entzogen werden darf. Wie das bei anderen Nationen und nicht bloß nach der Meinung des Herrn Vorredners in der Schweiz und in Rußland, sondern ganz

vornehmlich in Italien, in England und Nordamerika in den weiteſten Kreiſen als eine recht heilvolle Maßregel betrachtet wird, ſo ſind wir der Anſicht, daß es erwünſcht iſt, daß auch bei uns in dieſer Beziehung die erſten, wenn auch beſcheidenen Schritte gethan werden.

Es handelt ſich in Bezug auf das ärztliche Studium um zwei Dinge, erſtens um die Zulaſſung zur ärztlichen Praxis ſelbſt; dieſe iſt bei uns vorhanden; nach den Beſtimmungen der Gewerbeordnung iſt keiner Frau irgendwie ein Hindernis in den Weg gelegt, die ärztliche Praxis auszuüben.

Die zweite Frage, auf die es ankommt, iſt die Vorbildung zur Ausübung des ärztlichen Berufes, und da wiſſen wir, daß jetzt die Frauen, die das Streben haben, dem von ſo vielen Gliedern ihres Geſchlechts empfundenen Wunſche, ſich in Frauenkrankheiten an einen weiblichen Arzt wenden zu können, dienſtbar zu werden, ins Ausland gehen müſſen, um zu ſtudieren. Da liegt es alſo nahe, ſich zu ſagen, wenn einmal überhaupt die Praxis bei uns möglich iſt, dann mögen wir doch wenigſtens innerhalb unſerer Grenzen den Frauen Gelegenheit geben, ſich auf ihr Fach vorzubereiten. Nur ſo kann die deutſche Anſchauung von der der Frauennatur anzupaſſenden Richtung des Studiums zur Geltung kommen. In unſerem Vorſchlage liegt nun in keiner Weiſe irgendwie der Wunſch, die Wege vorzuſchreiben, die der Herr Miniſter nach unſerer Anſicht einſchlagen ſoll. Wenn wir ſagen, man ſolle zuvörderſt einmal die Möglichkeit ſchaffen, daß die Frauen das Abiturientenexamen an den höheren Lehranſtalten ablegen und dadurch die Befähigung zur Teilnahme an den Univerſitätsvorträgen gewinnen, ſo iſt damit nur das im Augenblick einzig mögliche Auskunftsmittel gemeint, aber es iſt nicht dieſer beſtimmte Weg auch als der für die Frauen einzig richtige oder auch nur zweckmäßige bezeichnet. Wir glauben umgekehrt, daß ein anderer Weg ſchon aus mehrfachen Gründen der richtigere iſt, als derjenige des Abiturientenexamens; wir wünſchen aber nicht — und das iſt im Bericht ausdrücklich hervorgehoben —, daß, ehe die maßgebenden Behörden ſich über den den Frauen

vorzuſchreibenden geeignetſten Bildungsweg entſchieden haben, die Regelung der Teilnahme der Frauen an ärztlicher Praxis überhaupt aufgeſchoben werde. Ich glaube, dann würde es einer gar zu langen Zeit bedürfen, bis wir auch nur um einen kleinen Schritt weiter gekommen ſind.

Ich meine alſo, meine Herren, daß, wenn Sie es mit der Mehrheit der Kommiſſion, die gegen eine einzige Stimme entſchieden hat, für eine Ehrenſache halten, in dem angeregten Punkte der Frauenfrage nicht einen abſolut abwehrenden Standpunkt einzunehmen, Sie in der maßvollen Weiſe der Kommiſſion — maßvoll in Bezug auf die Motive und Ziele — ſich ihrem Vorſchlag anzuſchließen alle Urſache haben.

Ich glaube, Sie würden ſich damit um die eigenſten Intereſſen der Frauen und um die geſunde Entwickelung unſerer ſocialen Verhältniſſe ein Verdienſt erwerben. (Beifall.)

Diesmal gelingt es durch Unterſtützung von Rickert, Stöcker, von Kölichen, die Zulaſſung zum mediziniſchen Studium, und die Erlaubnis zur Ablegung des Maturitätsexamens zur Erwägung überwieſen zu ſehen.

Am 7. April 1892 gelingt es mir im Plenum zu Gunſten der Verſorgung der Lehrerwitwen an Stelle eines Antrags der Unterrichtskommiſſion, die Hinweiſung auf die Reſolution des Abgeordnetenhauſes vom 26. März 1889 durchzudrücken.

Am 2. und 27. Mai 1892 fanden die 1. und 2. Beratung zu dem neuen Geſetze über das Dienſteinkommen nicht ſtaatlicher Lehrer ſtatt. Ich äußerte mich beide Male, das letzte Mal wie folgt:

Ich glaube, daß die faſt zehnjährigen Verhandlungen über dieſen Stoff nicht ſo durch unſere Vorlage beendet ſind, daß man dieſe Frage für abgeſchloſſen halten könnte. Die Kommiſſion iſt der Anſicht geweſen, daß das Geſetz, wie die Staatsregierung es vorgelegt hat, ein Geſetz von großer und dankenswerter Bedeutung iſt, ſie iſt aber nicht der Anſicht geweſen, daß wir nun damit zu einem Abſchluſſe kommen, wie wir es nach den langjährigen Verhandlungen erwarten konnten. Der Gedanke jener langjährigen Verhandlungen war

doch, daß die Lehrer an ſtaatlichen und nicht ſtaatlichen höheren Schulen völlig gleichgeſtellt werden ſollten; dieſer Gedanke iſt aber nicht durchgeführt. Die Begründung iſt allgemein gehalten, ſo daß es den Eindruck macht, als ſei ſie urſprünglich zu einem ganz anderen Geſetz gemacht worden. Die Abweichungen der Vorlage von dem Normaletat ſind nun von den verſchiedenſten Seiten angefochten worden; die Hauptrückſicht, die dabei leitete, war die auf die finanziellen Verhältniſſe der Gemeinden. Wenn ich zunächſt die Behandlung der Elementarlehrer und techniſchen Lehrer betrachte, ſo ſind dieſe an den ſtaatlichen Anſtalten infolge des Normaletats zwar nicht mit gleichmäßigem, aber doch im allgemeinen mit auskömmlichem Gehalte verſehen worden. Bei den nichtſtaatlichen Anſtalten ſoll nun die Bemeſſung nach den örtlichen Gehältern der dortigen Volksſchullehrer ſtattfinden. Ich fürchte, das wird zu großen Mißſtänden führen und einen Mangel an geeigneten Kräften für die höheren Schulen ſchaffen. Die Elementarlehrer an höheren Schulen ſind ja jetzt gegenüber dem Zuſtande von vor zwanzig Jahren weit ſchlechter geſtellt. Damals konnten ſie bei großer Tüchtigkeit ſogar in Oberlehrerſtellen einrücken. Jetzt ſoll nun dieſer Abſtand von den akademiſchen Lehrern ungerechterweiſe noch größer werden, wie er ſchon durch den Unterſchied im Gehalt geworden iſt. Andererſeits liegt uns für die Belaſtung der Gemeinden keine Statiſtik vor. Ich bin aber der Meinung, daß die Kommiſſionsvorſchläge die Gemeinde keineswegs mehr als die Regierungsvorlage belaſten. Im Weſten haben die ſeminariſtiſch gebildeten Lehrer der höheren Schulen jetzt ſchon höheren Gehalt als der Normaletat vorſieht. Im Oſten mag allerdings das Verhältnis ungünſtiger ſein. Den § 2, der den Gemeinden das Recht giebt, ſtatt nach dem Syſtem der Alterszulagen die Gehälter der Lehrer nach Maßgabe eines beſonderen Beſoldungsetats zu regeln, hat die Kommiſſion ſtreichen zu müſſen geglaubt. Ich halte das für gerechtfertigt, wenn man wirklich der ausgleichenden Gerechtigkeit voll Rechnung tragen will. Denn die Folge dieſer Freiheit der Gemeinden wird doch

sein, daß diese bei Schulen, wo die älteren Lehrer überwiegen, von dem System der Alterszulagen absehen und so die jüngeren Lehrer sowohl wie die älteren schlechter als ihre Kollegen in anderen Gemeinden stellen werden. Das hat auch der Finanzminister wohl gefühlt, wenn er ausführte, kleinere Gemeinden würden sich hoffentlich zur Erleichterung ihres Haushalts zu besonderen Verbänden für diese Schulen zusammenschließen. Ich meine also, die Änderungen der Kommission an der Regierungsvorlage bedeuten kaum oder im allergeringsten Maße eine Mehrbelastung der Gemeinden. In der bisherigen Weise konnte diese Frage aber nicht mehr behandelt werden, eine Änderung war dringend notwendig, selbst wenn die Gemeinden etwas von ihrer Freiheit in diesen Dingen abgeben müßten. Wir danken der Staatsregierung, daß sie aus eigener Initiative zur Vorlage dieses Entwurfs übergegangen ist, wir haben dieser Dankbarkeit auch in der Kommission Ausdruck gegeben und ich hoffe, daß die Kommissionsbeschlüsse in noch höherem Maße, als es nach der Regierungsvorlage der Fall sein wird, den Bestrebungen zur Verwirklichung des Fortschritts auf diesem und dem gesamten Schulgebiete zu Gute kommen werden. (Beifall.)

Am 28. Mai 1892 spreche ich noch einmal zu dieser Sache, zur Wahrung des Rechtes der Gemeinden, das Schulgeld zu bestimmen.

Am 20. Juni 1892 erkläre ich namens der Fraktion, daß trotz der Verschlechterungen, die das Herrenhaus in das Gesetz bez. nichtstaatlicher Lehrer hineingebracht hat, nach Erkenntnis der vorhandenen Zwangslage wir für dasselbe stimmen werden.

Am 6. Mai 1892 vertrat ich im Plenum den Vorsitzenden der Unterrichtskommission Kropatscheck bei Beschlüssen zur Regelung der Hinterbliebenen-Fürsorge der Lehrer an Mittelschulen und höheren Mädchenschulen.

Am 23. Mai 1892 spreche ich aus Anlaß von Petitionen über die Erwägungen, die innerhalb der Unterrichtsverwaltung gepflogen werden, um nach dem zweimaligen Scheitern eines das gesamte Gebiet umfassenden Unterrichtsgesetzes dem Bedürfnis nach Alters-

zulagen zu genügen. In dem zurückgezogenen Volksschullehrergesetz wird bestimmt, daß die Alterszulagen ohne irgend welchen Unterschied bezüglich der Volkszahl an alle Gemeinden gezahlt werden sollen.

Am 9. Februar 1893 gab es noch einmal einen Nachtrag zum Kulturkampf. Eine rheinische Gemeinde petitioniert, daß der Schulbesuch nur so lange erzwungen werde, bis das Kind, nach dem Befunde des Lokalschulinspektors, die einem jeden vernünftigen Menschen seines Standes notwendigen Kenntnisse erworben hat. Frhr. v. Loë, Dauzenberg, Lieber traten für, Frhr. v. Plettenberg, v. Kölichen, Seyffardt, Sattler gegen die Auffassung der Petenten auf. Übergang zur Tagesordnung wurde beschlossen.

Am 23. Februar 1893 mahne ich wieder beim Etat an das versprochene Gesetz für Mittelschulen und höhere Mädchenschulen, und in der Abendsitzung — in später Nachtstunde — an die noch immer ausstehende ausreichende Fürsorge der Witwen und Waisen der Elementarlehrer.

Am 25. Februar 1893 empfehle ich dem Minister für Handel, Frhrn. v. Berlepsch, die bei vielen Lehrern seines Ressorts noch fehlenden Vorbedingungen für die fortlaufende Gewinnung tüchtiger Kräfte: ordentliches Gehalt, Sicherung der Pension, feste Anstellung. Bei der Wärme, mit der er die Aufgaben der gewerblichen Schulen vertreten habe, bliebe mir nur der Wunsch, daß er sie im selben Maße auch gegenüber dem Finanzminister verfechten möge.

Am 18. März 1893 empfehle ich als Berichterstatter einen Kommissionsbeschluß, der die Anrechnung der auswärtigen Dienstzeit bei neu angestellten Lehrern der Staatsregierung zur Berücksichtigung, bei bereits angestellten Lehrern zur Erwägung empfiehlt.

Am 20. März 1893 vertrat ich als Referent die Bittschrift der Stadt Görlitz, dem von ihr im Einverständnis mit der Staatsregierung zu wählenden Stadtschulrat auch die staatlichen Funktionen übertragen zu sehen. Statt der von der Kommission vorgeschlagenen Überweisung zur Erwägung wurde Übergang zur Tagesordnung angenommen.

Am selben Tag hatte ich als Berichterstatter die Aufgabe,

die Bitte der Stadt Ottweiler, ihr eine Staatsbeihilfe zur Errichtung einer Baugewerkschule zu gewähren, zwar nicht zu unterstützen, die Petition aber doch der Staatsregierung als Material zu unterbreiten, um dadurch auszudrücken, daß die Entwickelung und Förderung der Baugewerkschulen wie des technischen Unterrichts überhaupt einem dringenden Bedürfnisse entspreche.

Am 9. Mai 1893 sprach ich zur 1. Beratung des vom Herrenhaus angenommenen Gesetzes, betreffend Ruhegehaltskassen für die Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen. Das einzige Bedenken bestand in der Einbeziehung der Städte in die Kassen. Nachdem aber nachgewiesen, daß dies dauernd dem allgemeinen Schulinteresse entspreche, wurde das Gesetz zuerst in der Unterrichtskommission und dann in 2. und 3. Beratung im Plenum angenommen.

Am 30. Januar 1894 danke ich dem Herrn Minister Dr. Bosse für das endlich vorgelegte Gesetz, betreffend Ruhegehalt und Hinterbliebenenfürsorge an den öffentlichen nichtstaatlichen mittleren Schulen und schließe als echter Nimmersatt mit der dringenden Bitte, in ähnlicher Weise nun auch den Volksschullehrern gerecht werden zu wollen.

Am 1. März 1894 sprach ich zum Titel Ministergehalt u. a. wie folgt:

> Meine Herren, ich habe heute die Freude, meinerseits erklären zu können, daß bis zu Ende der vorigen Session keine Veranlassung gewesen ist, uns dem Herrn Minister weniger freundlich gegenüberzustellen oder gar ihm Opposition zu machen. Der Herr Minister hat das Wort bezüglich der Hebung der äußeren Lage der Schule und der Lehrer voll und ganz eingelöst. Seine Organe haben gezeigt, was geleistet werden kann, wenn dem auch früher vorhandenen Wohlwollen etwas zielbewußte Energie hinzutritt. Was er nach der Richtung der Besserstellung der Lehrer in der kurzen Zeit geleistet hat, kann nicht hoch genug anerkannt und hervorgehoben werden. Ich spreche ihm namens aller Schulfreunde dafür besten Dank aus. Aber, meine Herren, der Erfolg ist doch noch nicht überall derselbe gewesen; leider ist in ganzen Landes-

teilen, und zwar gerade da, wo die Besoldungen am unzulänglichsten sind, der Erfolg hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Ich möchte daher dem Herrn Minister anheimgeben, ob er nicht durch Mitteilung des Thatsächlichen vielleicht die öffentliche Meinung zur weiteren Durchführuug seiner guten Absicht für sich in Anspruch nehmen und ihre Unterstützung erbitten wolle.

Meine Herren, der Herr Minister hat auch im großen und ganzen in Bezug auf die gesamte Schulfrage eine Stellung eingenommen, die man wohl dahin präcisieren kann, daß er das Schulinteresse niemand zu Leid und niemand zu Lieb in all' seinen Erwägungen in die erste Linie hat treten lassen. Er hat das auch bezüglich der Kreisschulinspektionen gethan, über die wir im vergangenen Jahre durch den verehrten Herrn Kollegen Dauzenberg so viel haben hören müssen, Reden, die in ihrem Eifer an die kulturkämpferische Jugend des Herrn Abgeordneten von vor 15 oder 20 Jahren erinnerten und die sämtlichen weltlichen Kreisschulinspektoren im Hauptamt auf den Aussterbeetat setzen wollten. Übrigens hat der Herr Minister bezüglich der Kreisschulinspektion das einzig richtige Wort gesprochen: wenn schon Ladenberg der Ansicht war, daß es auf die Dauer ohne eine sachgemäße Schulaufsicht auch in Preußen nicht gehen werde, doch sicher in der Jetztzeit alles dahin dränge eine solche herbeiführen. Wenn er dann hinzufügte: Ich bin mit Herrn Dauzenberg ganz einverstanden, daß die wichtigste Frage die ist, daß der Schulinspektor ein durch und durch religiöser Mann sei, — dann handelt es sich doch nur noch um die Wege, die wir gehen wollen, da Zweck und Ziel uns allen gemeinsam sind. Ich glaube also, wenn auch Disparitäten auf diesem Gebiete vorgekommen sind, deren Herr Dr. Bachem ja in breiter Darlegung gedacht hat, dann wird sich schließlich schon ein Ausweg finden. Wenn, wie ich gern zugestehe, daß auch darin Herr Dauzenberg Recht gehabt hat, Protestanten und Katholiken auf diesem Gebiete heute in der That nicht gleichmäßig behandelt werden in Preußen, dann suche ich den Ausgleich nicht darin, daß wir dem katho-

lischen Pfarrer mit seiner durch die Seelsorge auf ein Viertel oder ein Drittel für die Schule herabgeminderten Arbeitskraft die Kreisschulinspektion wieder gewähren, sondern daß wir uns dahin einigen, daß wir für Protestanten und Katholiken die Kreisschulinspektion so einrichten, daß ein seine ganze Zeit und seine ganze Kraft dem Schulwesen widmender Fachmann damit betraut werde. (Bravo! links.)

Wenn ich bisher nur Worte des Einverständnisses und des Lobes ausgesprochen habe, so sind doch in der letzten Zeit einige Verfügungen erschienen, die es mir klar gemacht haben, daß dadurch in weiteren Kreisen die allmählich beschwichtigten Befürchtungen bezüglich beabsichtigter grundsätzlicher Änderungen wieder erwacht sind.

Da ist zuvörderst die Verfügung über die Schulpflicht, angeblich vom 3. Januar 1893, in dem amtlichen Organ noch nicht veröffentlicht. Durch die beiden uns vorgelegten Schulgesetze war die Schulpflicht in der Art bestimmt, daß sie sich erstrecken solle von dem ersten Aufnahmetermin nach vollendetem sechsten Jahre bis zum Entlassungstermin nach vollendetem vierzehnten Jahre. Nun ist in dieser Verfügung eine viel laxere Praxis angenommen worden, die es ermöglicht, daß ein nicht unbedeutender Teil der Kinder schon mit 13¼ Jahren der Schulpflicht entledigt wird. Wir würden damit, wenn überall diese Verfügung befolgt würde, etwas erreichen, was wir bisher unter allen Umständen zu vermeiden suchten, wenn wir den Wegfall des achten Schuljahres bis aufs äußerste bekämpft haben. Dann halte ich es auch wirklich für keine Verbesserung, wenn die Schulpflicht vor dem vollendeten sechsten Jahre eintritt. Sowohl die Äußerungen der Autoritäten wie die Erfahrungen der einzelnen Familienväter gehen dahin, daß man ein Kind nicht vor dem vollendeten sechsten Jahre mit ernsthaften Schularbeiten beschweren soll. Also auch nach der Richtung hin hat diese Verfügung wohl nicht den Nagel auf den Kopf getroffen. Ich will im einzelnen nicht davon reden, daß unzweifelhaft in den verschiedenen industriellen Gegenden dann die Kinder so viel früher in die Fabriken geführt werden,

was ich doch im äußersten Grade beklagen würde und was mit den Absichten der Gewerbeordnung gewiß nicht in Übereinstimmung ist.

Nun komme ich aber zu einer anderen Verfügung, die mir viel ernstere Bedenken erregt, das ist die Verfügung, wonach der Zulassung zum Rektorexamen für Geistliche und geprüfte Kandidaten hinfüro dann, wenn sie ihre Befähigung zum Schulaufsichtsdienst durch Bethätigung in einem Rektorat nachweisen wollen, nichts im Wege steht, sie also gar keiner weiteren Vorbereitungen, keiner Mittelschulprüfung oder Prüfung für höhere Schulen bedürfen und sogar die bisher notwendige dreijährige Schulpraxis nicht nachzuweisen brauchen. Nach den bisherigen Vorschriften der Bestimmungen aus Falkscher Zeit wurde niemand zum Rektorexamen zugelassen, der nicht die genannten Voraussetzungen erfüllt und die entsprechenden Prüfungen bestanden hatte.

Meine Herren, über diese neue Verfügung ist viel gesprochen und geschrieben worden, zu einer Einigung über die eigentlichen Gründe, die den Herrn Minister zu derselben veranlaßt haben, ist es nicht gekommen. Mir persönlich ist ganz klar, daß der Herr Minister dadurch den rechtsstehenden protestantischen Geistlichen, die vielfach den Wunsch auf Synoden und bei ähnlichen Gelegenheiten ausgesprochen haben, daß doch die Schulämter den Theologen leichter zugänglich gemacht werden möchten, entgegenkommen wollte. Vielleicht denkt der Herr Minister auch, wenn nach seiner Meinung wir immer mehr dahin kommen, weltliche Kreisschulinspektoren im Interesse der Schule für absolut nötig zu erachten, daß dann durch die Anstellung von möglichst vielen Geistlichen in der hauptamtlichen Kreisschulinspektion die Beseitigung der Geistlichen aus der nebenamtlichen Kreisschulinspektion weniger schroff erscheinen würde. Ich will als Laie nicht näher auf die Einzelheiten der Frage eingehen, ich glaube aber, bewährte Schulmänner sind vielfach der Ansicht, daß kaum ein junger Theologe in der Lage ist, ohne Fachkenntnisse, die in der Mittelschulprüfung ja dargelegt werden müssen, und ohne längere

Schulpraxis das Rektorexamen zu bestehen, es sei denn, daß man dasselbe herunterschraubt auf eine niedere Basis und es jungen Theologen zu Liebe ganz wesentlich erleichtert. Von meinem Laienstandpunkt, glaube ich — mit dieser Bemerkung will ich schließen — könnte diese Verfügung wohl das Motto verdienen: „von heute ab ist jeder Theologe als geborner Anwärter zu Rektorstellen an Volks- und Mittelschulen und als geborner Anwärter für staatliche Aufsichtsstellen anerkannt. Für seminarisch Gebildete ist Fachkenntnis, Methode, Schulpraxis unerläßlich, für Theologen als eine Art Ballast zu betrachten, auf den es nicht so sehr ankommt."

Ich habe die Überzeugung, daß diese Verfügung unserer preußischen Volksschule nicht zum Segen gereichen wird. (Bravo! links.)

Am 8. März 1894 sprach ich zu Kapitel 120: Höhere Schulen u. a.:

Meine Herren, wenn ich zugebe, daß ein Einverständnis herrscht, daß wir zur Zeit auf Schulreform und Schulfragen nicht mehr Aufmerksamkeit verwenden, als absolut erforderlich ist, so kann ich mich auf die Autorität des Herrn Dr. Kropatscheck berufen, indem ich sage: es giebt auch Ausnahmen von der Regel. Er hat die beiden Ausnahmen bezüglich des höheren Unterrichts gekennzeichnet, indem er sagt: die Hilfslehrer und die Pflichtstunden sind die beiden Punkte, wo es erforderlich ist, daß wir uns bei dieser Gelegenheit hier im Hause aussprechen.

Meine Herren, die Frage der Pflichtstunden werde ich dem mir folgenden Redner Dr Graf überlassen und mich nur mit den Hilfslehrern beschäftigen. Bezüglich der letzteren scheint der Herr Regierungskommissar den wundesten Punkt nicht erkannt zu haben Es ist nicht derjenige, daß wir 1000 oder 1200 Aspiranten haben, denen noch keine Beschäftigung zu Teil geworden ist. Wenn die jungen Leute sich für den Schuldienst bestimmen wollen und nicht gleich Anstellung finden können dann kann doch niemand den preußischen Staat und die Unterrichtsverwaltung dafür verantwortlich machen. Wenn

aber vollbeschäftigte Hilfslehrer in so großer Zahl vorhanden sind, wenn da ein förmliches System sich ausgebildet hat, beim Eintritt des Bedürfnisses der Anstellung einer Anzahl von Lehrern, an ihre Stelle Hilfslehrer treten zu lassen, so ist das aufs äußerste zu tadeln. Es hat schon der frühere Herr Kultusminister Graf v. Zedlitz den Notstand unter den Hilfslehrern anerkannt; es hat damals Herr Dr. Kropatscheck die Hilfslehrer als die Opfer einer falschen Finanzpolitik bezeichnet, und es haben alle Redner im Hause die bisherige Praxis als eine schlechte gekennzeichnet. Wenn wir diesen Anerkennungen gegenüber sahen, daß man ganze 30 000 Mark im vorigen Etat zur Abhilfe in den allerdringendsten Fällen, in diesem Jahre ganze 300 Mark dafür bestimmt hat, dagegen in demselben Etat 200 000 Mark im Titel 5 erspart, in einem Titel, der dazu bestimmt ist, dem Normaletat zur Durchführung zu verhelfen und zur Erhöhung der Remuneration für Hilfsunterricht zu dienen, dann ist es eine Ausführung der wohlwollenden Absichten, die damals geäußert wurden, die ich nicht verstehe, und die man — darf ich den Ausdruck mal wagen? — als einen Scherz bezeichnen könnte. Das kann doch wirklich nicht ernst gemeint sein, daß man glaubte, ein als dringend anerkanntes Bedürfnis auf diese Weise erledigen zu können.

Nun wird sich ja niemand gegen das Institut der Hilfslehrer an und für sich zu wenden geneigt sein. Es giebt viele Fälle, wo Hilfslehrer sehr am Platze sind: wenn es sich darum handelt, Stellvertreter für erkrankte oder beurlaubte, definitiv angestellte Lehrer oder Aushilfe für kränkliche oder besonders belastete Lehrer zu gewinnen, oder endlich Unterricht in Parallelklassen, die für den Augenblick, aber nicht dauernd, erforderlich sind, zu geben. Da wird niemand etwas gegen die Anstellung von Hilfslehrern haben; wenn man aber das System dahin ausgebildet hat, daß an jeder Schule Hilfslehrer angestellt sind, wo auch das Bedürfnis vollständig dauernd ist, dann ist das ein Widerspruch mit dem ganzen Gedanken, der dem Normaletat zu Grunde liegt. Warum

haben wir die Normaletats eingerichtet? Nur, damit die früher die Regel bildenden Ersparnisse am Gehalt bei Staat und Gemeinden endlich einmal aufhören.

Nun fragt man mich, was uns denn dahin bringt, uns immer wiederkehrend über das Hilfslehrerwesen, mit Recht Hilfslehrerunwesen genannt, zu ereifern. Hat man denn kein Gefühl dafür, was für einen Eindruck es auf die jungen Lehrer, denen die Erziehung der Kinder unserer besser situierten Stände anvertraut ist, macht, wenn sie sich so schlecht behandelt sehen? Hat man denn keine Ahnung davon, welche Verbitterung erzeugt wird, wenn sie, die meist nicht aus vermögenden Häusern stammen, auf ganz unbestimmte Zeit mit der Not des Lebens zu kämpfen gezwungen sind?

Nun, meine Herren, die Statistik, die uns der Herr Regierungskommissar gegeben hat, ist doch wohl eigentlich nicht diejenige, auf die es hier ankommt. Ich glaube, es kommt wesentlich darauf an, wie die Statistik lautet bezüglich der vollbeschäftigten Hilfslehrer mit 18 oder mehr Unterrichtsstunden. Im Sommer vorigen Jahres wurden deren nach dem Korrespondenzblatt für die Philologenvereine Preußens im ganzen 655 an 349 Anstalten, und zwar 280 an Königlichen und 375 an kommunalen und stiftischen Anstalten beschäftigt. Diese vollbeschäftigten Hilfslehrer waren angestellt: je 1 an 185 Anstalten, je 2 an 86, je 3 an 44, je 4 an 25, je 5 an 5, je 6 an 2 Anstalten, 7 an einer Anstalt, je 8 an 2 Anstalten und endlich 11 an einer Anstalt. Meine Herren, nun bemühen wir, Glieder aller Parteien, uns fast alljährlich, die Staatsregierung darauf hinzuweisen, daß es wirklich eine Versündigung an vielen Mitgliedern eines hochehrenwerten Standes ist, wenn wir solche Zustände fortbestehen lassen. Ich meine doch, daß wenn wir wie in allen früheren Jahren an den Herrn Minister die Bitte richten, er da doch einmal Hilfe schafft, daß er dafür sorgt — am liebsten durch ein Gesetz —, daß jedem Unterrichtsbedürfnis im Lande an den staatlichen wie nichtstaatlichen Anstalten durch definitiv angestellte Lehrkräfte genügt wird, und daß eine Stelle als eine definitive,

dauernde zu betrachten ist, nachdem sie fünf Jahre lang von einem Hilfslehrer versehen worden ist. (Bravo!)

Am 10. März 1894 zu Kapitel 121: Elementarschulen u. a.:

Meine Herren, wie einverstanden ich mit dem Abgeordneten Knebel bin, daß in den letzten Tagen mehr wie genügend Kulturkampf- und Paritätsfragen zu Wort gekommen sind, habe ich durch mein Schweigen bewiesen. Dies Schweigen hat auch den Herrn Abgeordneten Dauzenberg ins Unrecht gesetzt, der mir neulich vorgeworfen hat, daß ich noch auf dem alten erbitterten Kulturstandpunkt stände, während er sich gebessert habe. Meine Herren, ich glaube, die letzten Tage haben überzeugend davon Zeugnis abgelegt, daß, wenn irgend jemand in diesem Hause noch auf dem Standpunkt der Blütezeit des Kulturkampfs stehen geblieben, dies der verehrte Kollege Dauzenberg ist. (Sehr richtig!)

Meine Herren, der Kollege Dauzenberg hat dann eine Äußerung von mir, die dahin geht, daß thatsächlich Protestanten und Katholiken bezüglich der Beteiligung an der Kreisschulaufsicht verschieden gestellt seien, dahin gedeutet, als wenn ich daraus der Königlichen Staatsregierung einen Vorwurf gemacht hätte. Meine Herren, ich glaube, aus dem Zusammenhang meiner neulichen Ausführungen ist ganz klar zu ersehen, daß ich nach einer andern Richtung meine Blicke gerichtet und auf die einzige Möglichkeit, die Parität auf diesem Gebiete wieder zu erzielen, hingewiesen habe.

Meine Herren, durch Nennung meines Namens aufmerksam gemacht, habe ich dann von Herrn Dauzenberg einige Fragen aufwerfen hören, die ich mir gestatten möchte, mit wenigen Worten zu beantworten. Auch die wohlüberlegte parlamentarische Schweigsamkeit findet eine Grenze dann, wenn ihr Zumutungen gestellt werden, die sie nach dem einfachen, menschlichen Gefühl nicht erfüllen kann. Fragen, mit so großer Emphase gestellt, müssen auch mit Entschiedenheit beantwortet werden.

Herr Dauzenberg hat gefragt: wo sind denn die Früchte

der Kreisſchulinſpektion im Hauptamt? und hat weiter gefragt: ſind denn die katholiſchen Schulen beſſer als die proteſtantiſchen? Meine Antwort in wenigen Worten auf dieſe Fragen lautet: Die Früchte der Kreisſchulinſpektion im Hauptamt können Sie aus dem heutigen Zuſtand der katholiſchen Schulen der Rheinprovinz in einer ſo überzeugenden Weiſe erkennen, daß jedem, der wirklich ſehen will, darüber Klarheit verſchafft wird. Die katholiſchen Schulen im Rheinland von heute ſind nicht beſſer wie die proteſtantiſchen, ſie ſind aber im großen und ganzen jetzt ſo gut wie die proteſtantiſchen, und, meine Herren, das iſt der ganz hervorragende Erfolg, den wir den Kreisſchulinſpektionen im Hauptamt verdanken.

Allerdings kommt dabei eine Frage in Betracht, die Herr Tanzenberg anders beantworten wird wie ich. Wie waren denn die Schulen zu der Zeit, als die Inſpektoren in ihr Amt eintraten? Da, meine Herren, brauchen Sie nur die Verhandlungen dieſes Hauſes aus dem Beginn der ſiebziger Jahre noch einmal durchzuleſen, um zu ſehen, welche Fülle von Klagen damals erſcholl, die in keiner Weiſe jemals widerlegt werden konnten, ſondern den Nagel gerade auf den Kopf trafen. Ich will nicht eingehen auf alle die Einzelheiten, auf den mangelnden Reſpekt vor der obligatoriſchen Schulpflicht, ich will nicht daran erinnern, in welchem Umfang Dispenſationen geübt wurden und ähnliche Dinge. Als draſtiſchen Ausdruck der damaligen Auffaſſung will ich nur die mit Namen belegte Thatſache anführen, daß einer dieſer Kreisſchulinſpektoren im Nebenamt ſich gelegentlich einer Schulviſitation dem Lehrer gegenüber geäußert hatte: Die dummen Chriſten ſind die beſten.

Meine Herren, außer auf die Verhandlungen im Hohen Hauſe, außer auf den Inhalt der Schullitteratur aus den ſiebziger Jahren kann ich zum Beweis meiner Angaben hinweiſen auf thatſächliche Verhältniſſe, die noch niemand beſtritten hat. Im Rheinland, wo immer gemiſchte Konfeſſionen vorhanden, finden Sie, daß mit verſchwindenden Ausnahmen die Katholiken vorzugsweiſe den arbeitenden, dagegen die Proteſtanten

den besitzenden und gebildeten Ständen angehören. In der Bevölkerung ist aber darüber gar kein Zweifel vorhanden, daß diese Thatsache mit der seit Menschenaltern besseren Schulbildung der Protestanten zusammenhängt. Daß nun die Kreisschulinspektoren da Wandel geschaffen, daß sie dafür gesorgt haben, daß uns gründliche Abhilfe zu teil geworden ist, das ist ein sehr großes Verdienst, das ist ein Verdienst, das die Herren vom Centrum auch zugeben sollten, wie ihre Freunde im Lande es hoch anerkennen. Es ist jetzt schon in einer Reihe unserer rheinischen Orte durch diese bessere Schulbildung dahin gekommen, daß die Katholiken in kaufmännische, industrielle und ähnliche Positionen aufrücken, an die ihre Väter nie hätten denken können.

Meine Herren, wenn also aus den Thatsachen die Bestätigung der Richtigkeit meiner Anschauung, daß die Schulinspektion im Hauptamt einen großen Fortschritt bedeutet, hervorgeht, dann, meine ich, ist es absolut ausgeschlossen, daß wir die Gefahr laufen dürfen, wieder in den früheren Zustand zurückzufallen. Der Herr Minister hat selbst ausgesprochen: es ist diese Frage keine politische, es ist eine schultechnische. So liegt eben die Sache. Trotzdem ist das Bedürfnis der absoluten Parität vorhanden, von uns so gut anerkannt wie aus den Reihen des Centrums. Wir können also, wenn wir wirklich Parität schaffen wollen, auf keinen anderen Weg kommen als den, den ich Ihnen neulich angegeben habe, daß wir dafür sorgen, daß möglichst bald die Vorteile, die sich durch die fachmäßige Aufsicht bei den Katholiken herausgestellt haben, auch den Protestanten zu teil werden. Anstellung von Fachmännern, die ihre ganze Schaffenskraft der Schule widmen! Je früher wir das thun — und da differiere ich ein ganz klein wenig von dem Herrn Minister —, um so besser für uns, um so besser für unsere Schule, um so besser für unsere ganze geistige Entwickelung! (Bravo!)

Am 14. März 1894 zu der 2. Beratung der Ruhegehalt- und Hinterbliebenenfürsorge an mittleren Schulen und zwar zu der Resolution, die im Einverständnis mit der Staatsregierung gefaßt

wird: Die Staatsregierung aufzufordern, die Pensions- und Reliktenverhältnisse der an öffentlichen nichtstaatlichen höheren Lehranstalten angestellten Lehrkräfte einheitlich zu regeln.

Am 16. April 1894 zur 3. Beratung des Etats: Hilfslehrerwesen an höheren Schulen:

Bei der Beratung über das Hilfslehrerwesen an höheren Schulen hat mir in der zweiten Lesung der Regierungskommissar Geheimrat Germar in drei einzelnen Punkten widersprochen. Erstens sei die frühere Praxis nicht, wie ich behauptet habe, schlecht gewesen. In demselben Atemzuge bestätigte indes der Kommissar, daß nach seinen eigenen Erfahrungen noch vor sechs bis sieben Jahren an einzelnen Anstalten drei oder vier Hilfslehrer gewesen seien. Ich werde nachweisen, daß diese schlechte Praxis noch vor zwei Jahren, ja, noch vor einem Jahre vorhanden war. Zweitens habe nach mir diese Praxis neuerdings noch weitere Ausdehnung erfahren. Dies ist ein Mißverständnis. Eine solche Behauptung habe ich nicht aufgestellt. Drittens soll ich gesagt haben, daß das beobachtete Verfahren im Widerspruch mit dem Normaletat stehe. Auch dies ist ein Irrtum. Ich habe nur bemerkt, daß das Verfahren die wohlwollenden Absichten, die bei Gelegenheit des Normaletats geäußert wurden, in einer Weise ausführe, die ich nicht verstehe, und an einer anderen Stelle, daß überhaupt die Anstellung von Hilfslehrern, wo das Bedürfnis dauernd ist, in Widerspruch stehe mit dem ganzen Gedanken, der dem Normaletat zu Grunde liegt. Nicht formell, sondern materiell steht es in Widerspruch. Von der Widerlegung des Regierungskommissars bleibt hiernach nur noch der eine Punkt bestehen, daß die Praxis zwar vor sechs bis sieben Jahren schlecht gewesen sei, sich aber seitdem so gebessert habe, daß an kleineren Anstalten nicht mehr als ein, an größeren nicht mehr als zwei Hilfslehrer beschäftigt werden. Nun will ich mich enthalten, diese Behauptung des Regierungskommissars anzufechten, so lange ich das Material dazu nicht vollständig in Händen habe. Das ist im günstigsten Fall erst in einigen Monaten möglich, wenn die Osterprogramme von

1894 gesammelt und gesichtet sein werden. In meiner neulichen Rede habe ich die Zahlen für den Winter 1891/92, also vor zwei, nicht vor sechs bis sieben Jahren, gegeben. Danach gab es vor zwei Jahren noch 81 Schulen mit 3, 4 und mehr vollbeschäftigten Hilfslehrern. Seitdem ist es mir gelungen, auch die Zahlen für den Winter 1892/93 zu erhalten. 1892/93, also vor einem Jahre, gab es vollbeschäftigte Hilfslehrer in der Zahl von 3 noch an 33, von 4 noch an 8, von 5 noch an 1, von 6 noch an 1, von 7 noch an 3 Schulen, also 46 Schulen gegen 81 im Vorjahre. Wenn die diesjährige Statistik den Nachweis bringen wird, daß diese überzähligen, vollbeschäftigten, zum Teil in Ordinarien thätigen Hilfslehrer von 45 Schulen in Wegfall gekommen sind, aber auch nur dann, wird die Behauptung des Herrn Regierungskommissars bewiesen sein. In diesem nicht sehr wahrscheinlichen Falle würde meine Bemängelung, daß von den für die Staatskasse eingezogenen 200000 Mark für Durchführung des Normaletats und Erhöhung der Remunerationen für Hilfslehrer nicht wenigstens ein Teil zur Beseitigung weiterer Hilfslehrerstellen neu eingestellt worden ist, abzuschwächen sein. Der Unterrichtsminister meinte, daß die Hilfslehrer nicht darüber klagten, daß an jeder Anstalt ein Hilfslehrer oder auch zwei seien, daß ihm aber ein anderes Hilfslehrerelend sehr bekannt sei, das darin bestände, daß so viele junge Leute fünf, sechs, sieben Jahre warten müssen, ehe sie überhaupt eine Remuneration bekommen. Diesen wolle er soweit helfen, wie seine Mittel reichten. Dieses Wohlwollen für die einzelnen Glieder eines überfüllten Berufs ist ja sehr dankenswert und gereicht seinem Herzen zur Ehre. Ich wünsche ihm daher in Bethätigung desselben den besten Erfolg. Sehr viel wichtiger ist aber für die Hilfslehrer in ihrer Gesamtheit eine endliche Feststellung ihres gesetzlichen Rechts auf endgültige Anstellung, wenn es sich um dauernde Stellen handelt. Meine Bitte um ein solches Gesetz hat nach seiner Angabe den Minister eigentlich überrascht; diese Überraschung ist mir nicht ganz verständlich. Ich erinnere ihn daran, daß die Bitte nur die Wiederholung

eines Antrags meiner politischen Freunde bei der Beratung des Normaletats vor zwei Jahren enthält, welcher lautet, die Stellen, die durch die Organisation der Schulen dauernd notwendig geworden sind und dauernd notwendig werden, baldthunlichst mit definitiv angestellten Lehrern zu besetzen. Unser Antrag hat damals in der Kommission und im Plenum nicht die Mehrheit, sondern nur eine bedeutende Minderheit erzielt. Da er indes nichts mehr und nichts minder als die logische Folge der Einrichtung eines Normaletats überhaupt bedeutet, so wird er immer wiederkehren, bis ihm die Annahme zu Teil wird.

Am 26. Mai 1894 als Berichterstatter zur Regelung der sog. höheren Stadtschulen in Rheinland und Westfalen. Nachdem der Herr Minister die ausgesprochenen Wünsche freundlich entgegengenommen und zugesagt hat, jenen Anstalten in Zukunft noch größere Aufmerksamkeit als bisher widmen zu wollen, schlägt die Kommission vor, die augenblicklich vorliegende Petition als Material für eine baldige als wünschenswert anzuerkennende Regelung zu überweisen.

Am 25. Februar 1895 sprach ich wieder zum Thema Hilfslehrer. Die Kölnische Zeitung berichtet darüber:

Seyffardt Magdeburg (nl.) beschwert sich über die zu starke Heranziehung von Hilfslehrern statt ordentlicher Lehrer. Der Vertreter des Finanzministers habe auf seine vorjährige gleiche Anregung erwidert, man beschäftige etatsmäßig an kleinen Schulen nicht mehr als einen, an größeren Schulen nicht mehr als zwei Hilfslehrer. Nach seinen Erkundigungen sei das leider nur Theorie. Er hoffe, daß die 84 etatsmäßigen Hilfslehrerstellen als endgültige Stellen im nächsten Etat erscheinen würden und schließt mit den Worten: Der Abgeordnete Münche glaubt in Aussicht nehmen zu müssen, bei der Fortdauer der gegenwärtigen Mißstände die jungen Lehrer der Sozialdemokratie verfallen zu sehen. Dem Zuruf Oho! aus dem Hause habe ich mich gern angeschlossen. Wenn die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung auf so schwachen Füßen stände, daß berechtigtes Mißvergnügen ihre

Glieder sofort ins entgegengesetzte Lager führte, dann wäre es schlecht mit ihr bestellt. Hätte der Herr Abgeordnete Knörcke aber statt Socialdemokratie gesagt — und ich glaube, er hat das eigentlich gemeint — der leider durch alle Stände, Berufe, Gewerbe so weit verbreiteten Unzufriedenheit, so würde ich ihm zugestimmt haben. Eine berechtigte Unzufriedenheit des ehrenwerten Berufes, dem die Vorbildung der heranwachsenden Jugend unserer gebildeten Stände zu tüchtigen Gliedern von Staat und Gesellschaft anvertraut ist, gerade im Beginn seiner Laufbahn ist ein Krebsschaden, dessen Fortwuchern unter allen Umständen vermieden werden muß. (Beifall.)

Über meine Rede beim Titel höhere Schulen vom 28. Februar 1895 schreibt die Krefelder Zeitung:

Abg. Seyffardt (nl.). Am 31. Mai kommen die Bestimmungen auf Neuordnung des höheren Mädchenschulwesens an die Öffentlichkeit. Alle, die sich für die Entwickelung des Mädchenschulwesens interessieren, schulden dem Minister Dank, daß es ihm so rasch gelungen ist, die Angelegenheit in Fluß zu bringen. In dem offen gelassenen Kampfe zwischen der zehnklassigen und der vom Staat protegierten neunklassigen wird freilich meinem Ermessen nach die erstere den Sieg davontragen. Die Behauptung der Bestimmungen, daß die meisten Zöglinge sich für spätere Jahre erwerbsfähig machen müßten, kann möglicherweise in Berlin zutreffen; für die Städte mit zehnklassigen höheren Schulen und gleichzeitig mit Mittelschulen, ist dies nicht der Fall. Der ganze Geist, den die Bestimmungen atmen, der aus den Lehrplänen spricht, ist derselbe Geist, dem unsere höheren Mädchenschulen ihre bisherigen Leistungen und Erfolge verdanken. Die Fortschritte der neuen Ordnung gehen darauf hinaus, der Lehrerin neben dem Lehrer eine bedeutungsvolle Mitwirkung in der Erziehung der Mädchen zurückzugeben, wo immer ihr dieselbe verkümmert worden war, und ihr diese für die Zukunft zu gewährleisten. In keiner Klasse ist an der höheren Mädchenschule Frauenhilfe als Vermittlerin weiblicher Sitte, weiblichen Taktes und Zartgefühls

zu entbehren. Ernſthafte Mitwirkung auf der Oberſtufe, Berufung zu dem einen oder anderen Ordinariat auf dieſer Stufe, Einrichtung einer Prüfung zum Nachweis der wiſſenſchaftlichen Vertiefung für die Stellung als Oberlehrerin, das ſind alles Schritte in der rechten Richtung. Durch die Beſtimmungen iſt aber die Stellung der akademiſch gebildeten Lehrer an Mädchenſchulen gefährdet hinſichtlich des Titels, beſſer geſagt der Funktionsbezeichnung und der ſocialen Stellung. Es iſt nicht länger thunlich, dieſen Lehrern den Titel Oberlehrer nur auf Grund beſonderer Leiſtungen zu gewähren, wenn man nicht dieſen Lehrern den Stempel zweiter Klaſſe aufdrücken will. Nach der Neuordnung kann es ſehr leicht vorkommen, daß ein verdienſtvoller ſeminariſtiſcher Lehrer lange Jahre Oberlehrer iſt, während jüngere akademiſche Lehrer der Bezeichnung entbehren. Mich, den Nicht-Beamten verletzt das gar nicht, aber jeder, der nur halbwegs mit der Grundlage der preußiſchen Beamtenhierarchie verwachſen iſt, findet das geradezu haarſträubend. Die oft hervorgehobene Notwendigkeit, die höheren Mädchenſchulen ſtatt unter den Regierungsſchulrat unter eine fachmänniſche Aufſicht beim Provinzial-Schulkollegium zu ſtellen, glaube ich im Augenblick nicht betonen zu ſollen. Käme ſie heute zur Durchführung, ſo würde ſich daraus eine Vermehrung der Schwierigkeiten der Lage ergeben. Die neu anzuſtellenden Schulräte würden allzuſehr der Verſuchung ausgeſetzt ſein, ihre Hauptaufgabe darin zu ſuchen, in dem Wettkampf zwiſchen zehn- und neunklaſſigen Schulen zu Gunſten der letzteren einzutreten, und das wäre vom Übel. Ich ſchließe mit der Bitte an den Miniſter, meine Bemerkungen einer freundlichen Prüfung zu unterwerfen. (Beifall).

Am 15. März 1895, in der allerletzten Viertelſtunde der 3. Beratung des Etats, gelang es mir, den den Lehrerintereſſen ſo wohlgeſinnten Kultusminiſter Dr. Boſſe noch einmal für die Hinterbliebenenfürſorge der Volksſchullehrer zu einer öffentlichen Erklärung zu veranlaſſen. Ich ſagte:

In den kurzen Stunden, die das Haus auf die 3. Be-

ratung des Etats zu verwenden geneigt ist, gestatte ich mir, den verehrten Herrn Minister darauf aufmerksam zu machen, daß es noch eine Seite in der Entwickelung der Volksschule und der Stellung ihrer Lehrer giebt, die im ganzen Verlauf der Debatte zweiter Beratung gar keine Erwähnung gefunden hat. Sie betrifft die noch immer schwebende Frage der Fürsorge für die Hinterbliebenen der Volksschullehrer. Bei dem breiten Raum, den der politische Kampf der Herren vom Centrum und der polnischen Fraktion um größeren Einfluß in der Schule in Anspruch genommen hat, ist es nicht zu verwundern, daß rein sachliche Erwägungen etwas in den Hintergrund getreten sind. Dies durfte auch um so eher geschehen, als der Herr Minister schon gleich bei der ersten Beratung Erklärungen bezüglich des Lehrerbesoldungsgesetzes gab, die durchaus befriedigten. So lange nach den Worten des Herrn Ministers zwischen ihm und dem Herrn Finanzminister Verhandlungen schweben, um einen Ausgleich herzustellen, wie den Lehrern das gewährt werden soll, was sie unbedingt beanspruchen können, werden wir zu warten haben. Ich habe darum heute nur den Wunsch, darauf hinzuweisen, daß es zunächst bei diesen Verhandlungen und überhaupt nicht vergessen werden möge, auch der Fürsorge für die Witwen und Waisen der Lehrer zu gedenken. Am 26. März 1889 wurde in diesem Hause eine Resolution beschlossen, die der königlichen Staatsregierung die definitive Regelung dieser Fürsorge nach Analogie des Gesetzes für die unmittelbaren Staatsbeamten empfahl. Nach der Meinung der sich zur Sache äußernden Redner genügte die damalige Fürsorge auch nicht den allermäßigsten Ansprüchen. In dem Bescheid auf die Anträge des Hauses vom Jahre 1890 erklärte die königliche Staatsregierung, Bedenken zu tragen, der Resolution zur Zeit Folge zu geben, doch gelangte im selben Jahre ein durch den damaligen Unterrichtminister, Herrn Dr. v. Goßler, vorgelegter Gesetzentwurf, der neben der bestehenden Witwendotation von 250 Mark eine Zuwendung an die Waisen von 84 bezw. 50 Mark verfügte, zur Annahme. In der Verhandlung wurde mit verbindlichem Dank aus dem Hause fest-

gestellt, daß die stattgehabte Regelung nur eine provisorische, nicht eine definitive sei. Noch einmal beschäftigte sich das Haus mit dem Gegenstand am 27. April 1892, als die Unterrichtskommission vorgeschlagen hatte, Petitionen auf definitive Regelung durch eine motivierte Tagesordnung zu beantworten. Die Tagesordnung wurde im Plenum abgelehnt und der Beschluß gefaßt, die Resolution von 1889 aufrecht zu erhalten, um die Kontinuität zu wahren und eine Wiederaufnahme der Verhandlung über das Reliktenwesen der Volksschullehrer zu erleichtern. Zuletzt wurde an den unerledigten Rest auf der Tagesordnung dieses Hauses am 23. Februar 1893 bei den Etatsberatungen erinnert, dem Herrn Minister seitdem noch in der Kommission für die Verhältnisse an den mittleren Schulen im vergangenen Jahre nahegelegt, den Volksschullehrern in Bezug auf die Hinterbliebenenfürsorge dasselbe zu gewähren, was man den Lehrern an mittleren Schulen zuzugestehen im Begriff war. Die von mir vertretene Forderung ist dem Herrn Minister und den betreffenden Herren Decernenten so genau bekannt, daß ich nicht nötig habe, das Haus mit den oft vorgetragenen Gründen für die Regelung in dem angedeuteten Sinne zu ermüden. Ich ersuche den Herrn Minister um wohlwollende Aufnahme meiner Anregung.

Kultusminister v. Bosse: Ich will nur in aller Kürze konstatieren, daß ich mit dem Herrn Vorredner vollständig darin einverstanden bin, daß die Regelung des Reliktenwesens ein dringendes Bedürfnis ist, und ich hoffe, daß sich eine solche ausreichende Regelung trotz mancher zu überwindender Schwierigkeiten in Verbindung mit dem Lehrerbesoldungsgesetz wird ermöglichen lassen.

Am 25. Mai 1895 hatte ich mit Erfolg eine Petition auf Erteilung des Religionsunterrichts in polnischer Sprache in durchgängig deutscher Gegend bekämpft und Tagesordnung durchgesetzt.

Am 30. Januar 1896 stand die 1. Beratung des Gesetzentwurfs betreffend das Diensteinkommen der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen auf der Tagesordnung. Ich sagte, im Auftrage der Fraktion das folgende:

Ich befürchte, wir würden auch heute noch nicht zu diesem das Diensteinkommen der Lehrer regelnden Gesetze gekommen sein, wenn nicht der eingetretene Lehrermangel das Bedürfnis einer Änderung der bestehenden Verhältnisse so häufig und entschieden bezeugt hätte. Ich habe mich auch gewundert, daß der Herr Minister über dieses Bedürfnis heute weniger gesagt hat, als im Dezember 1892, bei Vorlage eines Gesetzes über Erhöhung der Lehrergehälter und Schulbauten, wo er uns offen erklärte, daß eine ganze Reihe von Stellen nicht besetzt werden könne, weil keine Bewerber sich zu den niedrigen Normalsätzen einstellten. Seitdem hat die Lehrer- und Schulpresse sich dieses Gegenstandes bemächtigt und eine Reihe von Beispielen mitgeteilt, von deren Vorhandensein kein Mensch eine Ahnung hatte. Ich habe noch ganz kürzlich von einem Falle in Ostpreußen gelesen, von einem Kirchdorf an der Gilge, so heißt, glaube ich, der kleine Fluß, das 300 Schulkinder aufnimmt, die von zwei Lehrern unterrichtet werden. Nach langjährigen fruchtlosen Bemühungen, solche Überbürdung zu beseitigen, wurden endlich die Mittel bereitgestellt für zwei neue Lehrer und zwei Nebenschulen. Die Schulräume standen fertig da für die Kinder und die Lehrer, aber die Lehrer waren wegen der zu geringen Gehälter nicht zu beschaffen. Auch ein Jahr später waren die Stellen noch nicht besetzt, und die Schulgemeinde lag im Prozeß wegen der Miete mit den Eigentümern der Schulräume, in denen kein Unterricht hatte stattfinden können.

Meine Herren, ich meine, solche Einzelfälle zeigen doch zur Genüge, wie notwendig dieses Gesetz ist. Wir können der Königlichen Staatsregierung daher nur sehr dankbar sein, daß sie von den Bedenken des Herrn Vorredners, ob es richtig sei, einen Teil des Unterrichtsgesetzes jetzt zu erlassen, statt auf die Vorlage des ganzen zu warten, abgesehen hat. Mir scheint es klar, daß auch jemand, der noch so vorsichtig und zurückhaltend in Bezug auf Schulbedürfnisse sich verhält, sagen muß: wenn so schlimme Fälle vorkommen, dann ist es erforderlich, Wandel zu schaffen, koste es, was es wolle.

Meine Herren, das ist nun die eine Seite der Frage. Wir sind mit Richtung und Ziel des Gesetzes durchaus einverstanden; es ist erwünscht, daß der Beginn gemacht wird, daß endlich auch den Lehrern auf dem Lande zu Teil wird, was ihnen zukommt.

Aber, meine Herren, die zweite Seite: wer soll die Kosten bezahlen? wird auch manchem, der auf meinem Standpunkt steht, der Volksschule das beste Gedeihen zu wünschen, sehr bedenklich machen. Es sollen die großen Städte die Kosten bezahlen! Ja, meine Herren, der Herr Minister hat mit einem Aufwand von Beredsamkeit, den ich jeder anderen Sache lieber wünschte als dieser, Ihnen klar zu machen versucht, daß das durchaus recht und billig sei. Es sollen 2 700 000 Mark so glattweg den größeren Städten genommen werden, die ihnen früher von der Staatsregierung und dem Landtag zugebilligt worden sind. Die Maßregel wird dadurch motiviert, daß die Millionen den Städten zu Unrecht gegeben worden, da sie als Zuschüsse für nachgewiesene Bedürftigkeit zu betrachten seien. Diese Auffassung entspricht aber nicht den Thatsachen; nach dem Bedürfnis ist ganz und gar nicht gefragt worden. Die Bewilligung der 20 und der 6 Millionen zur Erleichterung der Schullasten hätte also unter jenem Gesichtspunkt einen Bruch der Verfassung bedeutet. Die Sache muß also doch wohl anders liegen.

Im zweiten und dritten Satz des § 25 unserer Verfassung heißt es: der Staat gewährleistet den Lehrern ein auskömmliches Gehalt, und ferner: Schulgeld darf nicht mehr erhoben werden. Nun, meine Herren, wenn man den Gemeinden die Verpflichtung zur Zahlung von Lehrergehältern nach Vorschrift des Staates auferlegt, ohne die Möglichkeit sich durch Schulgeld ein Äquivalent zu schaffen, so erinnert das daran, daß die Schullast eine Staatslast ist, die der Staat auf die Gemeinden übertragen hat, zu deren Erleichterung aber dem Staate eine moralische Verpflichtung obliegt. Die Argumentation, die von seiten des Regierungstisches beliebt wird, ist nicht zutreffend, und zwar um so weniger, weil man doch

nicht einfach unterscheiden kann: die Städte sind alle leistungsfähig, einerlei, welcher Art sie sind, welche Elemente sie enthalten, und die Landgemeinden sämtlich leistungsunfähig. Ich behaupte meinerseits, wie der Herr Vorredner das auch ausgesprochen hat, daß es sehr leistungsfähige ländliche Gemeinden, Gutsbezirke und Patrone giebt. Also wenn man denen Staatszuschüsse gewährt, so verstößt man gegen die Verfassung, wenn man meine Auffassung nicht anerkennen will.

Ich glaube also, es wird nicht gehen, so einfach den Städten die Millionen zu nehmen, es sei denn, daß Sie das Odium auf sich nehmen wollen, nach dem Beispiel des heiligen Crispinus, aus dem Leder der angeblich reichen Städte die angeblich armen Landgemeinden mit Schuhen zu versehen. Meine Herren, das ist um so weniger möglich, als ja doch bis in die letzte Zeit hinein unser verehrter Herr Kultusminister ganz in meinem Sinne die Städte mit Vorstellungen und sanftem Zwang veranlaßt hat, ganz aus eigenen Mitteln bei ihren Schulen die Zwecke, die dieses Gesetz verfolgt, durchzuführen. Infolge dessen ist ein Bedürfnis für dieses Gesetz, wie es für die Landgemeinden im allgemeinen im hohen Grade erwiesen ist, bei den Städten in Preußen nirgendwo vorhanden.

Ich glaube, also, meine Herren, wir müssen nicht zufrieden sein mit den drei Millionen, die die Königliche Staatsregierung für diesen Zweck uns bewilligen will, sondern wir müssen an den Herrn Finanzminister die Bitte richten, sein mildes Herz doch etwas mehr zu öffnen. (Heiterkeit.)

Meine politischen Freunde sind der Meinung, wenn irgend die Ansicht des Herrn Finanzministers, daß wir Ursache haben, bei der eingetretenen besseren Finanzlage dauernde Ausgaben soviel wie möglich zu vermeiden, Ausnahmen gestattet, die Gesetzesvorlage dazu angethan ist, eine erhöhte Staatshilfe zu beanspruchen.

Meine Herren, ich habe den Auftrag von meinen Freunden, zu erklären: wir können dieses Gesetz in der Form nicht annehmen, in der es uns vorgelegt ist. Trotzdem habe ich für meine Person den Glauben, daß für den hoffentlich nicht zu-

treffenden Fall, daß der erhöhte Staatszuschuß abgelehnt wird, es doch wohl möglich sein wird, billige Maßnahmen zu finden, die die verhältnismäßig kleine Summe der fehlenden Mittel so verteilt, daß sie niemand drückt. Nun möchte ich Ihnen nur noch einige Zahlen mitteilen, um zu zeigen, daß die Entlastung, welche die Landgemeinden durch das Schullastengesetz erfahren haben, eine so große ist, daß die Leistungen, die möglicherweise auf sie fallen, nicht erheblich sein würden. Meine Zahlen sind der Schulstatistik von Schneider und Petersilie für 1891 entnommen. Der Betrag von 3919000 Mark, den Landgemeinden, Gutsbezirke und Patrone in den vier östlichen Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Pommern und Posen, von denen die Rede geht, daß bei ihnen die Lehrergehälter am niedrigsten seien, im Jahre 1885, also vor dem Gesetz zur Erleichterung der Schullasten, für Lehrerbesoldungen, aufzubringen hatten, ist im Jahre 1891, nach dem Gesetz, gefallen auf 752000 Mark. Es ergiebt das eine Entlastung von 81 Prozent. Das heißt, wenn man früher — es handelt sich allerdings nur um die Lehrerbesoldung, und ich weiß wohl, daß außerdem sachliche Lasten vorhanden, die recht bedeutend sind — 100 zu zahlen hatte, bezahlte man im Jahre 1891 nur 19. Wenn wir nun aus jenen Landesteilen zum Vergleich zwei Städte herausgreifen, so werden für Stettin zu den Lehrergehältern bei 11109 Schulkindern 215954 Mark, in sämtlichen pommerschen Landgemeinden u. s. w. bei 179028 Schulkindern nur 113270, halbsoviel, bezahlt. Ähnlich bezahlt Königsberg ungefähr dieselbe Summe, wie alle ostpreußischen Landgemeinden u. s. w. zusammengenommen.

Erwähnen will ich nun noch das Verhältnis im ganzen preußischen Staate. Die Landgemeinden, Gutsbezirke, Patronate sind von 1885 bis 1891 um 19 Millionen für Lehrerbesoldungen entlastet, während daneben die Städte trotz des staatlichen Zuschusses von 7½ Millionen 1300000 Mark mehr zu zahlen hatten. (Hört! hört!)

Ich glaube annehmen zu dürfen, daß die Erhöhung der Lehrergehälter in den Städten zwischen 1891 und 1896 außer-

dem sich auf Millionen belaufen wird. Meine Herren, ich erwähne diese Einzelheiten nicht deswegen, weil ich wünsche, daß das Land schlechter bedacht werde als bisher. Ich will damit nur beweisen, daß, wenn das platte Land irgend geneigt sein wird, einer gerechten Verteilung der Lasten zuzustimmen, bei solchen Entlastungen, die mit höheren Aufwendungen in den Städten parallel gehen, es seinerseits das irgend Mögliche thun muß, um die beabsichtigte Vergewaltigung der Städte aus der Welt zu schaffen und das schöne Gesetz mit seinen guten Folgen für Schule und Lehrer auch sicher zur Verabschiedung zu bringen. (Bravo!)

Am 17. April 1896 folgte die 2. Beratung. Wieder als Fraktionsredner sagte ich:

Meine Herren, die bisherigen Verhandlungen haben ergeben, daß wohl der größte Teil der Bedenken, die in der 1. Beratung gegen den sachlichen Inhalt dieses Gesetzes erhoben sind, geschwunden ist und das Gesetz ganz allgemein als eine Wohlthat für Schule und Lehrer von allen Parteien dieses Hauses anerkannt wird. Anders steht es, wenn es sich um die Verteilung der Kosten dieser Reform zwischen Staat und Gemeinden handelt, über die wir bei § 25 zu entscheiden haben. Da, glaube ich, sind die Bedenken, die damals in der ersten Beratung geäußert worden sind, heute noch in demselben Grade vorhanden, ja im Laufe der Zeit noch verstärkt worden, nachdem man sich klar gemacht, zu welchen Konsequenzen die neue Art und Weise der finanziellen Behandlung in Zukunft möglicherweise führen kann. Die Städte, die hauptsächlich betroffen sind und bleiben werden, fühlen sich vergewaltigt infolge dieser finanziellen Verteilung. Sie möchten wünschen, daß das Gefühl, dem der Herr Ministerialdirektor Kuegler vor zwei Tagen Ausdruck gab, als er sagte — wenigstens dem Sinne nach —, es wäre grausam, Staatsüberschüsse, die einmal auf rechtlicher Grundlage geleistet worden sind, zu entziehen, auch auf sie Anwendung fände. Die Städte widersprachen auch der Äußerung des Herrn Kultusministers, die er bei einem der ersten Paragraphen

gemacht hat, daß er die größeren Städte mit demſelben Wohlwollen behandelt habe wie die anderen Träger der Schullaſten.

Nun, meine Herren, ſind mit mir meine politiſchen Freunde nicht geneigt, uns zu identifizieren mit den Intereſſen der Städte. Wir müſſen aber doch der Thatſache Rechnung tragen, daß es wohl keine Partei im Hauſe giebt, in der die Städte ſo viel Vertreter haben als gerade bei uns. Wir glauben alſo, wenn irgend jemand berufen iſt, für die Städte einzutreten, ſo ſind wir es. In dieſer Vertretung werden wir aber nie über denjenigen Punkt hinausgehen, wo Schulintereſſen den ſtädtiſchen Intereſſen entgegenſtehen, und einerlei, ob ob wir in Städten oder auf dem platten Lande gewählt ſind, immerhin nur, ſolange wir überzeugt ſind, für anerkannte Rechte und deren Aufrechterhaltung einzutreten. In einer Anzahl von Petitionen von Lehrern, beſonders des großen über ganz Preußen ſich ausdehnenden Vereins preußiſcher Volksſchullehrer iſt es ausgeſprochen worden, daß es ſehr zu beklagen ſei, daß mit dem guten Geſetz eine Verteilung der Laſten verbunden ſei, die die Städte auf den Standpunkt bringt, ſich in ihren materiellen Intereſſen in hohem Grade geſchädigt zu glauben. Die Lehrer fügen dann hinzu: es ſeien gerade die Städte geweſen, die Hand in Hand mit der Königlichen Staatsregierung die bisherige glückliche Entwickelung unſeres Volksſchulweſens ganz beſonders beeinflußt haben, und ſei es zu befürchten, daß wenn dieſe Beſtimmungen, wie das Geſetz hier in Ausſicht nimmt, wirklich durchgeführt werden, dann die Schulfreunde in den Städten entmutigt und die Schulen weſentliche Nachteile erfahren werden.

Meine Anſicht iſt ferner, daß auch die Vertreter des platten Landes ſich hüten ſollten, auf den Standpunkt der Vorlage zu treten und den Städten den Nachteil zuzuweiſen, wie die Beſchlüſſe der Kommiſſion ihn mit ſich bringen. Wir haben doch meine ich. Gegenſätze genug im Lande. Gegenſätze nach allen Richtungen. Sollen wir da den Gegenſatz zwiſchen Stadt und Land in einer Schärfe hervortreten laſſen, wie das

bisher noch niemals geschehen ist? Sind nicht die Städte schließlich doch so wichtige Glieder unseres Gemeinwesens, daß man einigermaßen auch hier Rücksicht nehmen muß, daß, auch selbst wenn die Summe, die man ihnen zur Last legen will, von ihnen noch ertragen werden kann, ohne ruiniert zu werden, man doch bei ihnen nicht das Gefühl erregen darf, daß sie mißachtet und majorisiert werden sollen?

Ich glaube wirklich, daß auch die Vertreter des platten Landes wohl Ursache haben, mit uns gemeinschaftlich zu sagen: wir wünschen eine andere finanzielle Basis für die an und für sich so wünschenswerte Reform.

Meine Herren, sind es denn nicht die Städte gewesen, die es im Laufe der Jahrzehnte dahin gebracht haben, daß die unselige Knappheit der Mittel und die Beschränktheit der möglichen Ziele, die in den ersten Jahrzehnten nach den Befreiungskriegen unser preußisches Vaterland so bedrückt haben, gewichen sind? Würden wir die gesunde Entwickelung unseres Heerwesens, unserer Marine und den Fortschritt auf all' den Gebieten, auf denen wir mit den anderen Kulturstaaten in den Konkurrenzkampf eintreten, uns haben gestatten können, wenn nicht die Arbeit und die Steuerkraft der Städte uns Mittel geboten hätten? Ich meine also, daß man auch, ohne der Bedeutung irgend eines anderen Faktors für die Wohlfahrt unseres Vaterlandes zu nahe zu treten, wohl zugeben muß, daß die Städte von so hervorragender Bedeutung für unser Staatswesen sind, daß auf ihre Mitwirkung, und zwar ihre freudige Mitwirkung, auch in Zukunft nicht verzichtet werden kann.

Meine Herren, wir treten aber hauptsächlich für die Städte ein, weil wir glauben, daß der Rechtsstandpunkt, von dem aus man die in den Jahren 1888 und 1889 gewährten Staatsbeiträge einziehen will, nicht hinreichend erklärt ist durch die Begründung, die in der Regierungsvorlage gegeben ist. Diese Regierungsvorlage geht davon aus, als wenn die Staatsbeiträge an leistungsunfähige Gemeinden gegeben seien. Meine Herren, das ist doch absolut nicht zutreffend; denn,

wenn sie das wären, würde doch die ganze Zuwendung der damaligen 26 Millionen gegen die Verfassung sein. Sie sind gegeben als ein Äquivalent, welches der Staat geboten hat denjenigen Faktoren, denen er die Schullast delegiert hat, für die lästigen Bestimmungen, die dabei in Kauf zu nehmen waren. In § 25 Absatz 2 und 3 ist doch klar und deutlich gesagt, daß den Lehrern ein auskömmliches, den lokalen Verhältnissen entsprechendes Gehalt gezahlt werden solle. In dem dritten Absatz heißt es aber: Schulgeld darf bei Leibe nicht gefordert werden von den Städten, um einigermaßen Ersatz für diese Auslagen zu gewinnen. Damit ist ausgesprochen, daß die damaligen Bewilligungen von 1888 und 1889 in diesem Sinne zu verstehen sind und nicht in dem Sinne, als wenn sie an leistungsunfähige Gemeinden gegeben wären, die zurückgezogen werden könnten, sobald die Leistungsfähigkeit eingetreten sein werde. Meine Herren, unsere Städte sind infolgedessen zu aller Zeit sich vollständig bewußt gewesen, daß die ihnen zu teil gewordenen Bezüge ihnen dauernd erhalten bleiben müssen. Der Herr Finanzminister ist ja dieser Anschauung in der Kommission insoweit entgegengekommen, als er zugab, daß die Bedenken bezüglich der Verfassungsfrage erledigt wurden durch einen Kompromiß, der alle befriedigte, die an den Leistungen für das Schulwesen beteiligt waren. Der Herr Minister hat aber dann hinzugefügt: ein Kompromiß dauert doch aber nicht für ewige Zeiten! Er sei bereit, auch zu einem neuen Kompromiß die Hand zu bieten, auf Grundlage der heutigen Anschauungen der Königlichen Staatsregierung und vor allen Dingen der Vereinbarung, daß die Staatslast nicht durch die von Tag zu Tag erforderlich werdende Gründung neuer Lehrerstellen eine sich stetig vergrößernde wird.

Meine Herren, wir sind auf diese Meinung des Herrn Finanzministers in der Kommission auch eingegangen. Wir haben den Vorschlag gemacht, daß wir nicht für die Städte genau dasselbe in der Zukunft verlangen wollen, was wir im Laufe der Zeit erhalten hätten, wenn der alte Kompromiß

erhalten geblieben wäre. Wir haben verzichtet auf jeden Staatsbeitrag für die Hälfte aller Schulstellen. Ich meine, das wäre doch ein so großes Entgegenkommen, wie es nur irgendwie zu erwarten sein kann. Wir haben ferner verzichtet auf jeden Staatsbeitrag für alle neuen Stellen und uns einverstanden erklärt mit der Einbeziehung der Städte in die Alterszulagekassen trotz der großen, damit für die Städte verbundenen Kosten zu Gunsten der Landgemeinden, wenn man uns nur in der Hauptsache gerecht werden wird.

Wir sind aber mit unseren Vorschlägen nicht durchgedrungen, nachdem der Herr Finanzminister die Forderung unserer Städte abgelehnt hat, die auf Aufrechterhaltung der Summe von 2700000 Mark, die sie bisher erhalten haben, und die nur durch unseren Antrag insofern modifiziert sind, als sie der Struktur des Gesetzes gemäß in anderer Form gemacht werden, hinausging. Wenn unser Antrag, den wir in der Kommission gestellt haben, angenommen worden wäre, würde genau dieselbe Summe geblieben sein wie bisher; es würden aber die gesamten neuen Zuwendungen des Staates, die durch dieses Gesetz gemacht werden, den kleinen Städten und dem flachen Lande zufallen.

Meine Herren, wenn wir also in der Kommission durchgefallen sind, so hoffen wir auf ein besseres Schicksal in diesem Hause. Wir haben die Anträge unter Nr. 148 wieder eingebracht und empfehlen sie Ihnen zur Annahme. (Bravo! links.)

Indem wir das thun, müssen wir erwähnen, daß unsere Vorschläge in der Kommission als indiskutabel bezeichnet worden sind und durch die offiziöse Presse eine falsche Beleuchtung erfahren haben. Ich muß daher auf die in dieser Beurteilung hervorgehobenen Punkte noch ein wenig eingehen.

Zuvörderst ist in diesen Beurteilungen gesagt, daß die Gesetze von 1888 und 1889 nur einen transitorischen Charakter gehabt haben. Was ist aber transitorisch an jenen Gesetzen? Daß sie gelten sollen bis zur definitiven Regelung des Volksschulwesens. Aber dieses Gesetz giebt doch alles eher als eine

definitive Regelung des Volksschulwesens. Das Bedenken ist also vollständig hinfällig.

Ferner ist in der offiziösen Presse behauptet worden, daß wir von unrichtigen Gesichtspunkten ausgehen, indem wir behaupten, daß die damaligen Gesetze den Städten einen rechtlichen Anspruch gewähren. Zur Widerlegung erinnere ich an die Einführungsrede des damaligen Unterrichtsministers, Herrn Dr. v. Goßler, vom 24. Januar 1888 auf Seite 107 des stenographischen Berichts. Da heißt es aus dem Munde des Herrn Ministers:

> Ich weiß, daß in einer ganz anderen Weise die Gemeinden, die Schulunterhaltungspflichtigen an den Ausbau und die Hebung des Schulwesens und insbesondere auch an die Besserung der Lehrergehälter herantreten werden, wenn sie einen rechtlichen Anspruch haben gegen den Staat, in einer gewissen Höhe bei allen ihren Maßnahmen Unterstützung zu finden.

Ich denke, meine Herren, der beste Dolmetscher der Bedeutung und der Absicht des Gesetzes ist doch der Mann, der das Gesetz damals in Gemeinschaft mit dem Finanzminister eingebracht und seinerseits erläutert hat. Allen denjenigen, die Staatsbeiträge erhielten, sprach er einen rechtlichen Anspruch auf die Totation zu. Die beiden Gesetze sind aber ferner gedacht gewesen und unter Zustimmung des Landtages auch angenommen worden als Ausgleichung zwischen den verschiedenen Interessen der Städte und des platten Landes, wie ich ebenfalls aus derselben Rede des Herrn Ministers Ihnen nachweisen kann. Es heißt darin:

> Es ist die Behauptung aufgestellt worden, daß bei Bemessung der Sätze des § 1 ein bewußter Vorteil hat zugewendet werden sollen den östlichen Provinzen. Der Ausdruck ist, glaube ich, nicht richtig gewählt. Richtig würde er gewählt sein, wenn man sagte: den ackerbautreibenden Provinzen,

und weiter:

Ich würde sogar in meiner Offenheit soweit gehen, daß, wenn es wahr wäre, daß die ackerbautreibenden Provinzen in diesem Gesetze besser bedacht wären, ich dies nicht als einen Schaden betrachten würde.

Meine Herren, Sie sehen also, wie die Sachlage ist. Der Herr Finanzminister hat aber in der Kommission behauptet, daß alles, was bisher über diese Sache gesagt und geschrieben worden ist, falsch, daß ein schwerer Fehler gemacht sei, die Verkehrtheit eklatant vor unseren Augen stehe. Der verehrte Herr hat aber nicht nachgewiesen, worin diese Verkehrtheit denn eigentlich besteht. Ich glaube umgekehrt, Ihnen nachgewiesen zu haben, daß in den drei hauptsächlich hervorgehobenen Punkten unser Standpunkt der richtige ist und nicht derjenige des Herrn Finanzministers.

Nun hat uns mangels anderer Beweismittel der Herr Minister eine große Menge von Material gegeben, das dem Berichte angehängt ist, und aus dem einige Punkte hervorzuheben ich mir noch gestatten möchte. Die Absicht der Überweisung dieses Materials scheint darin bestanden zu haben, den Eindruck hervorzurufen, daß die Städte eine unbegrenzte Leistungsfähigkeit haben. Er hat uns mitgeteilt, wie viel auf dem Lande und wie viel in den Städten an Einkommensteuer auf den Kopf der Bevölkerung aufgebracht wird. Das ist allerdings recht verschieden: auf dem Lande 1,64 Mark gegen 6,94 Mark in den Städten. Ferner ist uns Mitteilung gemacht worden über den Betrag der Überweisung der Realsteuern an die Gemeinden für den Kopf der Bevölkerung. Dieselbe hat 3,01 Mark für die Landgemeinden gegen 6,30 Mark für die Stadtgemeinden betragen, während die Schullast auf dem Lande $^4/_5$ so groß ist wie in den Städten.

Meine Herren, was kann aber mit diesen Zahlen bewiesen werden? Ich glaube, doch alles eher, als daß man den Städten nun irgend einen Aderlaß zumuten darf, um die 1888 und 1889 bewirkte Ausgleichung der Interessen noch mehr zu Gunsten des platten Landes zu gestalten. Notabene, wir wenden uns in keiner Weise dahin, dem platten

Lande etwas zu nehmen oder von neuen Zuwendungen zu mißgönnen; wir sagen: wenn ein Bedürfnis dazu da ist, die Landgemeinden noch besser zu stellen, so muß das aus der Staatskasse geschehen, — aber nicht aus dem Eigentum der Städte und aus dem ihnen zugesprochenen Anteil an Staatsmitteln, die aus Steuerleistungen stammen, zu denen sie den Löwenanteil beizutragen haben. (Bravo! links.)

Nun glaube ich aber auch, daß die Gegenüberstellung solcher Steuerleistungen, um daraus die geringere oder größere Leistungsfähigkeit herauszurechnen, auch ungenügend beachtet, wie schwierig die Lage der Städte ist, da sie nicht, wie das Land, in der Hauptsache nur Schul- und Wegelasten zu tragen haben. Den Städten ist eine Anzahl von staatlichen Verpflichtungen übertragen, die wenig oder gar nicht vergütet werden. Es liegt ihnen die Fürsorge ob für Gymnasien und andere höhere Schulen, für gewerbliche und Fachschulen, für wissenschaftliche und künstlerische Interessen, Theater, Musik- und Vortragshallen, für Krankenhäuser, Polizeikosten und wie die sonstigen gemeinnützigen Veranstaltungen alle heißen mögen, die zum Teil auch dem platten Lande zu gute kommen.

Nun, meine ich, müßte man im Sinne der Gerechtigkeit auch zugestehen: es sind wirkliche Kulturaufgaben und aus dem gemeinen Wesen sich ergebende Bedürfnisse, denen die Städte durch einen großen Teil ihrer Einnahmen genügen müssen. Es geht meiner Ansicht nach den Städten wie besser situierten Privatleuten: mit dem größeren Einkommen wachsen auch die Lasten, sowohl die direkten und obligatorischen, als auch die auf Anstand und Gemeinnützigkeit beruhenden Pflichten. Das darf man nicht außer acht lassen. Deswegen sind solche mechanischen Vergleiche der Leistungsfähigkeit, wie ich sie eben hervorgehoben habe, nicht statthaft.

Ich schließe mit einer Erinnerung an die tiefe Mißstimmung, die die Vorschriften des § 25 im ganzen Lande erregt haben, von der sich kaum eine einzige Stadt auszuschließen bisher geneigt gezeigt hat. Ich habe wenigstens von keiner einzigen gehört, die nicht an ihre Vertreter in diesem

Hause die Forderung gestellt hat, bis zum Alleräußersten Widerstand zu leisten gegen die gesamte finanzielle Grundlage des an und für sich guten Gesetzes. Ich glaube, meine Herren, in der That, daß man mit demselben Recht, mit dem man hier den Städten Staatsbeiträge entzieht, man ebensogut im nächsten Jahre mit Stimmenmehrheit ein Gesetz erlassen könnte, wonach auf dem platten Lande die Einkommensteuer nur mit 50 Prozent, dagegen in den Städten mit 150—200 Prozent zu erheben wäre.

Nur noch ein Wort über das eben in unsere Hände gelangte Amendement der freikonservativen Partei. Es macht den Eindruck einer besonderen Bosheit gegen die Stadt Berlin. Allen will man gerecht werden, nur nicht der Hauptstadt, die nicht an eine Alterszulagekasse angeschlossen ist.

Ich empfehle Ihnen, meine Herren, unsern Antrag anzunehmen, und erlaube mir in letzter Stunde an den Herrn Finanzminister noch einmal die Bitte zu richten, in der vorliegenden schwerwiegenden Streitfrage das erlösende Wort zu sprechen.

Auf die Einzelheiten der Beratung in Kommission und Abgeordnetenhaus lohnt es sich nicht einzugehen. Eine Zufallsmehrheit im Herrenhaus ließ das Gesetz scheitern. Manch' ruhiger Beobachter neigte dazu, den ganzen Verlauf der an und für sich so bedeutungsvollen Angelegenheit als einen Hohn auf den deutschen Konstitutionalismus anzusehen.

Am 7. März 1896 hatte ich noch einmal eine Lanze für die Hilfslehrer gebrochen. Aus der längeren Rede hebe ich nur eine Stelle und die Schlußsätze hervor.

Meine Herren, wenn wir Freunde einer gesunden Entwickelung der höheren Schulen immer in Anspruch genommen haben, die weniger gute Finanzlage des Staates nicht auf die Besserung der Verhältnisse der Hilfslehrer einwirken zu lassen, so sind wir dies Jahr in der glücklichen Lage, konstatieren zu können, daß durch die bisherige Etatsberatung einen Tag mehr wie den anderen, aber immer wiederkehrend, wie ein roter Faden die Überzeugung weiter Kreise

in unserm Hause Ausdruck fand, daß bei der besseren Finanzlage mit der Besserstellung der Beamten absolut nicht länger gezögert werden darf. Besserstellung in dem Sinne, daß das, was einmal für ihre Besoldung von Staatsregierung und Parlament als nötig anerkannt worden ist, auch gewährt werden muß. Meine Herren, ich glaube, wir werden auch alle sagen: die Verhältnisse mögen für die Landwirtschaft recht ungünstig liegen, so reich bleiben wir immer, daß wir uns den Luxus gestatten können, unsere Beamten anständig zu bezahlen. Ich glaube, daß, wenn im nächsten Jahr diese Meinung mit noch größerer Energie als in diesem Jahre in unserem Hause vertreten werden wird, schließlich, wenn auch nicht zuerst, sie auch den Hilfslehrern zu gute kommen wird. Ich will nur um nicht hinter den gestrigen Rednern zurückzubleiben, gerne anerkennen, daß im letzten Jahr verschiedene kleine Freundlichkeiten und Besserstellungen den Hilfslehrern gegenüber stattgefunden haben. Es ist die Anrechnung des Dienstjahrs bewilligt, die Zusage der Beeidigung ausgesprochen; die Reisevergütungen bei Stellenwechsel sind endlich bewilligt worden. Ich kann ja auch mit den Herren, die gestern geredet, dankend anerkennen, daß endlich einmal im Etat eine Position erscheint, wodurch die Ermöglichung gegeben ist, 50 Hilfslehrerstellen in definitive Stellen zu verwandeln.

Zum Schluß, meine Herren, möchte ich aber noch eine Bitte um Aufklärung an den Herrn Minister mir gestatten. Diese Bitte geht dahin, ob es ihm nicht möglich ist, denselben Einfluß den er in den letzten Jahren auf unsere größeren und großen Städte in mehreren Provinzen mit so großem Erfolg bezüglich der Besserung des Volksschulwesens und der Lehrerbesoldung geübt hat, einen Einfluß, der nach vielen Hundertausenden rechnet —, auch bei denjenigen anzuwenden, die die Schullasten für die höheren Schulen zu tragen haben. Ich glaube mich zu erinnern, daß der Herr Minister mal vor so und so viel Jahren gesagt hat, daß er sich nach dieser Richtung die Finger abgeschrieben hätte. Neuerdings muß der Einfluß ein sehr geringer sein, nach den Resultaten,

wie ich sie für die letzten 4 Jahre Ihnen ausgeführt habe. Ich meine, wenn er dieselbe Energie, die er bezüglich der Besserdotierung der Lehrer an den Volksschulen in mehreren Provinzen in den letzten Jahren zu seinem großen Verdienst hat walten lassen, auch nach der Seite der höheren Schulen anwendete, würde auch bei den kommunalen Anstalten sehr bald jeder Widerstand versiegen. Bei den staatlichen Anstalten braucht er ja, da Einverständnis über den Maßstab mit dem Finanzministerium vorhanden ist, einfach zu befehlen. Ich bin aber überzeugt, daß auch bei den städtischen und stiftischen Anstalten dasselbe Ergebnis in verhältnismäßig kurzer Zeit zu erzielen sein wird. (Bravo!)

Am 11. Januar 1897 spreche ich zur 2. Beratung des Gesetzes betreffend das Diensteinkommen der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen:

Zu § 2 habe ich mit mehreren Freunden den Antrag gestellt, das Grundgehalt für Lehrer in besonders billigen Orten auf 1000, das für Lehrerinnen auf 800 Mark festzusetzen, weil oder vielleicht gerade trotzdem wir mit diesem Antrag in der Kommission nicht durchgedrungen sind. Als Konsequenz davon schlagen wir ferner in § 3 ein Minimum von 750 Mark vor. Schon im vergangenen Jahre schienen uns die auch für diese Vorlage beibehaltenen Sätze zu niedrig zu sein, doch enthielten wir uns, Anträge zu stellen, weil die Finanzlage angeblich eine gedrückte und die parlamentarische Stimmnng eine zu Bewilligungen wenig geneigte war. Ganz anders liegt die Sache in diesem Jahre. Selbst der Herr Finanzminister betrachtet die allgemeine Finanzlage jetzt als sehr günstig und vermag seine Mahnung zur Sparsamkeit nicht besser zu begründen, als durch die Befürchtung, daß auf eine Fortdauer so guter Finanzverhältnisse nicht ewig zu rechnen sei. Lange zurückgestellte Bedürfnisse aller Ressorts sollen nun endlich aus den bereiten Mitteln Abhilfe finden, und die schon seit vielen Jahren als notwendig bezeichneten Erhöhungen der Beamtengehälter bewilligt werden. Daß da die immer auf die Zukunft vertrösteten Volksschullehrer auf der ganzen Linie sich

einstellen, um ihren Anteil an dem Segen zu erhalten, ehe die vom Herrn Finanzminister prophezeite knappe Zeit wieder eintritt, ist ihnen wahrhaftig nicht übel zu deuten. Sie fanden in erster Lesung der Kommission denn auch freundlich entgegenkommendes Gehör. Gewann die bescheidene Erhöhung des Minimalgrundgehalts um 100 Mark auch nicht die Majorität, so wurde doch als Grund für die Ablehnung bei Konservativen und Centrum nur die Leistungsfähigkeit der Landgemeinden, denen das Grundgehalt zur Last liegt, angegeben und als Ersatz dafür eine erhebliche Erhöhung der Alterszulagen versprochen. Von den zu diesem Behufe gestellten Anträgen wurde derjenige der Herren Konservativen, der die Alterszulagen gleich dem der Nationalliberalen von 80 auf 100 Mark, also um 25 Prozent erhöht, aber außerdem noch die drei mittleren Perioden um ein Jahr verkürzte, den Lehrer also drei Jahre früher in den Genuß des Höchstgehalts treten ließ, einstimmig in der Kommission angenommen. Meine Freunde hatten dieser letzteren Bestimmung um so freudiger zugestimmt, als sie darin für den Lehrer ein Äquivalent für unsern durchgefallenen Antrag der Erhöhung des Grundgehalts erblickten. Die zweite Lesung der Kommission zeigte ein ganz verändertes Bild. Die beiden Herren Minister erklärten das Einverständnis des Staatsministeriums, die Alterszulagen von 80 auf 100 Mark zu erhöhen, aber die Unmöglichkeit, auf die verschiedene Abstufung der Fristen der Alterszulagen einzugehen. Der Erklärung, daß mit dieser letzteren Klausel das Gesetz für die Staatsregierung unannehmbar sein werde, folgte unter Führung des Herrn Abgeordneten Knörcke von der freisinnigen Volkspartei die Verzichtleistung der Herren der konservativen und der Centrumspartei auf Aufrechthaltung der von allen Parteien gemeinschaftlich beschlossenen Fristbestimmungen. Vier nationalliberale und zwei freikonservative Stimmen blieben in der Minderheit und hielten fest an der Vereinbarung. Ich gestatte, mir, zur Ausführung der lehrerfreundlichen Absicht der ersten Lesung unseren Ihnen vorliegenden Antrag zu den §§ 2 und 3 als Ersatz für

die von der Staatsregierung so entschieden abgelehnten Fristbestimmungen recht dringend zu empfehlen. Wenn Sie auf ihn nicht eingehen, wird eine Beruhigung der Lehrerkreise nicht eintreten. Mit dem Motto: Die Kommission des Abgeordnetenhauses hat uns einstimmig ein Mehr zugebilligt, die Staatsregierung dagegen unter dem nur teilweise zutreffenden Vorwand, daß bisher eine verschiedenartige Abstufung der Alterszulagen bei anderen Beamten nicht bestehe, die Genehmigung versagt, wird die Agitation weiter betrieben werden. Nehmen Sie unsern Antrag an, so wird allgemeine Befriedigung die Folge sein. Zieht die königliche Staatsregierung dann die Abstufung der Alterszulagen vor, so sind wir bereit, in dritter Beratung im Austausch dagegen die Erhöhung des Grundgehalts wieder fallen zu lassen. Ob der eine oder der andere Weg einige Hunderttausend Mark mehr kostet, ist im Augenblick nicht zu übersehen und nicht von durchschlagender Bedeutung. (Lebhafter Beifall links.)

Der Antrag wurde abgelehnt.

Am 12. Januar 1897 zu demselben Gesetz § 27 VI.

Meine politischen Freunde, in der Mehrzahl nicht Vertreter geschädigter städtischer Wahlkreise, treten für diese Forderung ein, weil sie vom Augenblick der Vorlage des Gesetzentwurfs im vergangenen Jahre bis zum heutigen Tage als Pflicht und Schuldigkeit erachtet haben, einem in Aussicht genommenen Bruch von Recht und Billigkeit entgegenzutreten. Sie stellen sich nicht auf den Standpunkt einseitiger städtischer Interessen, entgegen dem Interesse der Schule und Lehrer, wie aus dem Umstand klar hervorgeht, daß meine Freunde in der Kommission weder im vorigen noch in diesem Jahre für die von dem Unterrichtsminister als dem Schulinteresse widersprechend bezeichnete Befreiung der Städte von dem Zutritt zu den Alterszulagekassen eingetreten sind. Allerdings haben sie in diesjähriger erster Lesung der Kommission für diese Befreiung gestimmt, nachdem die Staatsregierung sie zugestanden hatte. Daß die Entziehung der Staatszuschüsse eine Verletzung von Recht und Billigkeit sei, wurde anfangs viel-

seitig bestritten, aber im Laufe der Zeit immer mehr direkt oder indirekt zugestanden. Der Herr Finanzminister gab schon im vorigen Jahre zu, daß die Abmachungen von 1888 und 1889 Kompromisse seien, die verständiger Weise der Abänderung unterliegen müßten, wenn die Verhältnisse sich geändert hätten. Eine Änderung der Verhältnisse ist indes nicht bewiesen worden. Durch parlamentarische Mehrheiten aber können Interessenkompromisse billigerweise überhaupt nicht abgeändert werden, und Herr v. Tzschoppe war im Irrtum, als er in der Kommission ausführte, daß, was durch einen Akt der Gesetzgebung gegeben worden sei, auf demselben Wege wieder genommen werden dürfe. Wie sehr er im Irrtum war, zeigt das Beispiel, das er anführte die Abschaffung der lex Huene. Dies Gesetz konnte, wie geschehen, abgeschafft werden, aber seine Zuwendungen durften nicht etwa dem platten Lande gelassen, den Städten genommen werden. Richtiger hat den Kern der Sachlage sein Fraktionsgenosse, Herr v. Woyna, erkannt, der in erster Beratung sich dahin aussprach, daß es ein Haupterfordernis konservativer Gesinnung sei, wohlerworbene Rechte unter allen Umständen zu respektieren und den großen Städten nicht durch einen Akt der Gesetzgebung das zu entziehen, was ihnen seiner Zeit bewilligt worden und was sie in gutem Glauben genossen haben. Ich komme zu derselben Ansicht nicht von einem Parteistandpunkt, sondern aus dem Gefühl des gemeinschaftlichen Bedürfnisses aller Parteien heraus, die stets wechselnde Majorität nicht zur Verletzung von Recht und Billigkeit mißbraucht zu sehen. Was du nicht willst, daß man dir thu', das füg' auch keinem andern zu! Der Kampf ums Recht hat bisher schon eigentümliche Blüten gezeitigt. Die Städte sollten sich doch freuen, so prästationsfähig zu sein, sagte Herr Bartels bei erster Beratung, und eignet sich so, ohne es zu wollen die Denkweise des Räubers in den Abruzzen an, der dem nach seiner Ansicht übermäßig von Fortuna bevorzugten Reisenden sein Terzerol auf die Brust setzt. Es wäre nicht zu beweisen, daß die Städte die 2% Zuschlag zur Einkommensteuer nicht entbehren könnten, sagte der Herr

Finanzminister gleichfalls in erster Beratung, und verfällt, natürlich ebenfalls ohne es zu wollen, dadurch in den Gedankengang der Socialdemokraten, die den Reichen nehmen wollen, um den weniger Reichen zu geben. Wenn der Herr Finanzminister in der Kommission dann noch den Städten vorwarf, daß sie die Schulen auf den großen Staatsbeutel anweisen möchten, während doch bisher die Staatszuschüsse kaum 10 % der Gesamtkosten der städtischen Schulen betragen haben gegenüber 100 % bei vielen ländlichen Schulen, und derselbe Herr es geradezu frivol genannt hat, von einer Feindseligkeit gegen die Städte zu reden, dann kann nur die Loyalität gegen Staat und Herrscherhaus die Bewohner der Städte abhalten, den Spieß umzudrehen und die Differenz noch weiter zu vertiefen, die in der Petition des deutschen Städtetages einen so lebhaften Ausdruck gefunden hat. Ich ersuche Sie, im Namen der Gerechtigkeit und Billigkeit dem nationalliberalen Antrag zu § 27 VI Ihre Zustimmung zu geben. (Beifall.)

Der Antrag wurde abgelehnt.

Am 16. Januar 1897 war ich von der Fraktion beauftragt, in 3. Beratung folgende Erklärung abzugeben:

In der dritten Beratung beabsichtigen meine politischen Freunde keine Anträge zu stellen, die sich auf die Streitfragen der Erhöhung des Grundgehalts, der Fristbestimmung der Alterszulagen und der Aufbringung der Kosten für die Durchführung des Lehrerbesoldungsgesetzes beziehen. Unser Standpunkt in diesen Fragen ist in den Verhandlungen der Kommission und des Plenums durch unsere Redner mit solcher Klarheit und Bestimmtheit gekennzeichnet und verfochten worden, daß wir als Fraktion keine Veranlassung haben, auch nur ein einziges Wort hinzuzufügen. Wir halten diesen Standpunkt in aller Form und in allen sich daraus ergebenden Folgerungen aufrecht, da er auf einer festen Überzeugung von der Bedeutung der Schule und der hohen Aufgabe der Lehrer, sowie von der Richtigkeit der von uns verteidigten Finanzanschauung beruht. Wenn wir nun auch in den beregten Punkten in der Minderheit geblieben sind, so hält uns das

nicht ab, den großen Fortschritt, der durch das Gesetz in der Fassung, die ihm die Mehrheit gegeben hat, für Schule und Lehrer erzielt wird, anzuerkennen und mit Ausnahme sehr weniger unserer Mitglieder, denen ihre Ansicht Zurückhaltung auferlegt, dafür zu stimmen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Am 22. Februar 1897 erschien das Gesetz noch einmal in abgeänderter Form vor dem Hause der Abgeordneten. Ich hatte Auftrag von der Fraktion, die Änderungen, obschon dieselben keine Verbesserungen waren, dem Hause zur Annahme zu empfehlen, die denn auch erfolgte.

Am 23. Januar 1897 hatte ich die Aufgabe, Tagesordnung für eine Petition der Synagogengemeinde Aachen zu beantragen, die die Einrichtung des jüdischen Religionsunterrichts auf Kosten des Gymnasiums verlangte. Die Gesetze gewähren den Juden leider nicht dieses Recht, doch beteiligt sich die Staatsregierung nach bestehender Gepflogenheit gern an den Kosten, wenn dies erbeten wird.

Am 28. April 1897 brachte ich zu Kapitel 109 Titel 1 die Dissidentenfrage in Anregung:

Ich kann in meiner Eigenschaft als Mitglied der Unterrichtskommission nicht umhin, in diesem Jahre schon gleich bei der ersten Gelegenheit für die verfassungsmäßigen Rechte derjenigen Staatsbürger einzutreten, die aus den vom Staate anerkannten Religionsgesellschaften ausgetreten sind und neuerdings gezwungen werden, ihre Kinder in einen von ihnen nicht gewünschten Religionsunterricht der Schule zu schicken. Im vergangenen Jahre haben an dieser Stelle des Etats die Herren Dr. Langerhans und Rickert denselben Gegenstand behandelt, doch wurde er abgebrochen, als von einem Herrn Regierungskommissar der Antwort ausgewichen wurde mit dem Hinweis, daß Gelegenheit zu weiterem Eingehen durch dem Hause vorliegende Petitionen geboten werden würde. Diese Petitionen von Dissidenten, die sich in ihren staatsbürgerlichen Rechten geschädigt glauben, sind aber nicht im

Hause, ja nicht einmal in der Unterrichtskommission zur Verhandlung gekommen. Nun gestehe ich, daß ich selbst in früheren Jahren mehrmals in der Unterrichtskommission für Überweisung als Material, d. h. eigentlich für Vertagung der Entscheidung, gestimmt habe, aber nur so lange, bis die oberste richterliche Instanz zu einer Aussprache über die vorliegende Streitfrage gekommen war. Der Minister hatte erklärt, sich dann fügen zu wollen.

Nun hat das Kammergericht gesprochen und dem Herrn Minister Recht gegeben, wenigstens in den Fällen Landgericht Halle a. S. und Landgericht Köln die Freisprechung der wegen Ausbleibens der Kinder aus dem Religionsunterricht angeklagten Dissidenten aufgehoben und die Sache zu anderweiter Entscheidung an die Berufungsinstanz zurückverwiesen. Ob die endgültige Beschlußnahme stattgefunden, habe ich nicht erfahren. Interessant ist, daß in den mir bekannt gewordenen Fällen die unteren Instanzen zu freisprechenden, die obere Instanz zu verurteilenden Entscheidungen gekommen sind. Immerhin glaube ich aus dieser Thatsache den Schluß ziehen zu dürfen, daß auch nach kodifiziertem Recht die Sache eine ungemein umstrittene ist. Nach Natur- und Verfassungsrecht ist die Entscheidung dagegen sehr einfach. Art. 12 der preußischen Verfassung sagt in seinem zweiten Absatz: „Der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte ist unabhängig von dem religiösen Bekenntnisse.“ Unter diesen Rechten ist ist eins der wichtigsten und bedeutungsvollsten die Bestimmung der Eltern über Religion und Konfession ihrer Kinder. Hienach ist die Bestimmung des zweiten Absatzes von Art. 21: „Eltern und deren Stellvertreter dürfen ihre Kinder oder Pflegebefohlenen nicht ohne Unterricht lassen, welcher für die öffentlichen Volksschulen vorgeschrieben ist“ — nicht auf den Religionsunterricht auszudehnen, wenn die Eltern einer anderen Konfession angehören. Wir alle in diesem Hause wollen eine sorgsame Pflege des Religionsunterrichts. Ich stehe nicht an, mit dem Herrn Minister den Religionsunterricht für eins der wichtigsten Fächer besonders in der Volksschule zu bezeichnen.

Hoffentlich wollen wir alle auch seine Bedeutung nicht durch Zwang herabgesetzt sehen.

Der Herr Minister ist bereit, den Dissidenten Befreiung vom Religionsunterricht zu gewähren, wenn ihm ein anderweitiger Ersatz nachgewiesen wird. Dies wird versucht, aber der Nachweis wird abgelehnt; der Ersatz müsse Religonsunterricht sein, das Gebotene sei kein Religionsunterricht, es sei Vorbereitung für die Socialdemokratie. So fügt es sich, daß der Herr Minister Ankläger und Richter in derselben Person ist. Nun bin ich mit dem Herrn Minister der Ansicht, daß dieser sogenannte Jugendunterricht die Kinderseelen nachteilig zu beeinflussen geeignet ist. Soweit er also der systematischen Aufhetzung der Kinder gegen die heutige Gesellschaftsordnung durch Verbote entgegentreten kann, bin ich einverstanden. Aber zwischen dem Verbot eines schädlichen Unterrichts und dem Zwang, die Kinder einem den Eltern nicht genehmen Religionsunterricht zuzuweisen, ist doch ein gewaltiger Unterschied. Es wird nichts übrig bleiben, als die Forderung eines nachzuweisenden Ersatzes nach Lage des Falles preiszugeben. Für die Eltern sei der angedrohte Zwang kein Gewissenszwang, meinte der Herr Minister. Die öffentliche Meinung, soweit sie mir bekannt und nicht ganz von dem Kampf der materiellen Interessen in Anspruch genommen ist, scheint denn doch etwas feinfühliger zu sein. Es wird den Kindern auch nichts schaden, fuhr der Herr Minister fort, wenn sie einmal hören, welche Dinge die Mehrzahl der Mitburger für den Glauben ansieht, auf welchen sie leben und sterben will. Die kleine Erinnerung, die dieser Ausspruch hervorruft, an die Zwangsbekehrungen aus alter Zeit und die sich daran knupfenden Liebesbeweise gegen Ketzer will ich lieber nicht ausmalen.

Warum nun, meine Herren, diese ganze Neuerung? Warum die Betonung der Verfügung von 1859, die allerdings nie aufgehoben, aber auch so gut wie gar nicht angewendet worden ist. Nach dem Braunsberger Fall Wollmann, der die Unmöglichkeit der Durchführung des Standpunktes des

Herrn Ministers auch gegenüber einer der bevorrechteten Konfessionen in kritischer Zeit bewies, ist 20 Jahre lang bis gegen 1890 kein Streitfall bis in die weitere Öffentlichkeit gedrungen. Möge der Herr Minister einmal eine Enquete veranstalten, dann wird er sich überzeugen, wie vorsichtig die städtischen Schulverwaltungen mit oder ohne Kenntnis der Aufsichtsbehörde in der Sache verfahren sind. Dispensiert ist niemand worden. In den Akten wird sich also wenig finden. Durch die Finger gesehen aber hat man vielfach, um nicht Märtyrer religiöser Überzeugung zu schaffen. Während viele Leute meist evangelischer, zum Teil aber auch katholischer Konfession, die in sehr geringer Fühlung mit ihrer Kirche leben, die Kinder ganz ruhig in den konfessionellen Religionsunterricht gehen lassen, könnte eine allseitige Durchführung des Zwanges, der in 19—20 unserer Städte erst auf dem Papiere steht, möglicherweise den Widerstand auf der ganzen Linie entfesseln. Nach berühmten Mustern haben die Führer der Socialdemokratie den Austritt aus der Kirchengemeinschaft nicht obligatorisch gemacht, das Verbleiben in der bisherigen Konfession toleriert; zwingen Sie die Leute nicht zu einer feindlichen Stellungnahme; das Ziel, das der Herr Minister anstrebt, die Kenntnis von dem Christenglauben, ist gerade durch die bisherige Milde der Handhabung in denkbar hohem Grade erreicht worden. Unsere Gesetze geben über die Behandlung der vorliegenden Streitfrage keine allgemein befriedigende Bestimmung. Möge der Herr Minister sich überlegen, ob er nicht zur Entscheidung der wichtigen Frage, die sonst unerledigt auf der Tagesordnung in Kommission und Plenum verbleiben wird, mit einem Gesetzentwurf vor dies Haus treten will. Eine Vorentscheidung ist in der Kommission für Beratung des Graf Zedlitz-Trützschlerschen Volksschulgesetzes im Jahre 1892 bereits getroffen worden. Mit drei Viertel aller Stimmen ist in § 17 folgende Bestimmung aufgenommen worden: „Kinder, welche nicht einer vom Staate anerkannten Religionsgesellschaft angehören, nehmen an dem Religionsunterricht der Volksschule Teil, sofern nicht die Eltern oder deren Stell-.

vertreter das Gegenteil verlangen.“ Ich weiß nicht, ob die Vertreter aller Parteien, die an jener Mehrheit beteiligt waren, ihr damaliges Votum aufrecht erhalten. Thun sie es, wie ich hoffe, so bedeutet es den Wahlspruch: Wir, und zu diesem Wir gehören die überzeugungstreuesten Vertreter ebenso wie die grundsätzlichen Gegner der heutigen Staatsschule, Wir können einen auf Art. 21 der Verfassung gegründeten staatlichen Zwang, die Kinder einem anderen Religionsunterricht, als dem, der der Willenserklärung der Eltern entspricht, zuzuweisen, nun und nimmermehr gutheißen! (Bravo!)

Am 5. Mai 1897 gab ich zu Kapitel 120, Höhere Lehranstalten, folgenden Rückblick:

Ich halte es für angezeigt, bei dem Eintritt in die Beratung des Etats für die höheren Schulen der Besoldungsverhältnisse der an ihnen wirkenden Lehrer ganz besonders zu gedenken. Nun könnte man der Meinung sein, das sei doch bei Gelegenheit der zweiten Beratung des Besoldungserhöhungsgesetzes in recht ausgiebiger Weise geschehen und meine politischen Freunde seien eben mit ihrer Bekämpfung der ungleichen Behandlung der verschiedenen Berufe mit akademischer Bildung sowie der knappen Bemessung der Gehälter der seminaristisch gebildeten Lehrer an den höheren Schulen in der Minderheit geblieben. Man könnte auch hinzufügen, daß dem genannten Gesetze noch eine dritte Beratung bevorsteht, bei der eine Erneuerung des Streites stattfinden könne. Gerade aber, weil ich, nachdem die Meinungsverschiedenheit einen politischen Charakter angenommen hat, den sie an sich in keiner Weise besitzt, von Anträgen auf Erhöhung der Bezüge der Lehrer an den höheren Schulen bei der dritten Beratung des Erhöhungsgesetzes als ganz aussichtslos abziehen möchte, suche ich der nach meiner Meinung sehr wichtigen Angelegenheit durch Besprechung bei dem Specialetat den rein sachlichen Charakter zurückzugewinnen. Da möchte ich mir denn gestatten, ganz ausdrücklich zu erklären, daß die im Jahre 1892 bei dem Erlaß des neuen Normaletats zugestandene ältere Forderung der Gleichstellung der höheren Lehrer im Gehalt mit den Juristen

der unteren Instanz als unumgängliche Voraussetzung des weiteren Gedeihens unserer höheren Schulen durch die gegenwärtige Vorlage noch lange nicht erzielt wird. Zugestanden war die Forderung allerdings nur durch einen Faktor der Gesetzgebung, durch die Staatsregierung, und auch von dieser in der nur moralisch verbindlichen Form von Äußerungen ihrer Unterrichtsminister. Graf Zedlitz sagte am 9. März 1892: „Für die innere Berechtigung dieser Forderung lassen sich sehr triftige Gründe anführen. Auch die Unterrichtsverwaltung, ich selbst, bin stets von dieser Auffassung ausgegangen." Der gegenwärtige Unterrichtsminister Dr. Bosse bestätigte die Berechtigung der Forderung am 6. März 1896 mit den Worten: „Vor einigen Jahren hat man bei der Feststellung eines neuen Normaletats und bei dem Gesetz über das Diensteinkommen der Lehrer an den nichtstaatlichen Anstalten nichts anderes im Auge gehabt als, sobald thunlich, eine Gleichstellung der Lehrer an den höheren Unterrichtsanstalten mit den Richtern herbeizuführen." Daß die Erhöhungen des Besoldungsplans zwar einen Schritt vorwärts bezeichnen, die Gleichstellung aber noch lange nicht bewirken, zeigen folgende wenige Zahlen und Erwägungen. Vor mir liegt eine vergleichende Aufstellung, nach der ein Lehrer, der im 13. Jahre die Funktionszulage erhält, bei einem Maximalgehalt von 6000 Mk. gegen 6600 Mk. des Richters in 40 Jahren die Summe von 21220 Mk. weniger erhält als ein Richter, also durchschnittlich weniger 530,50 Mk. für das Jahr; dagegen ein Lehrer, dem die Funktionszulage versagt bleibt, in 40 Jahren die Summe von 46420 Mk. weniger erhält als ein Richter, also durchschnittlich weniger 1160,50 Mk. für das Jahr. Für den einzelnen höheren Lehrer, der alle geforderten Bedingungen erfüllt, kommt zu der Mindereinnahme noch häufig der Verlust hinzu, den er an Vollanstalten städtischen Patronats durch Verzögerung der Gewährung der Funktionszulage von 900 Mk. erleidet. Die höheren Lehrer werden daher nicht ermüden, dieselbe Skala, die den Richtern gewährt wird, auch für sich zu verlangen und eine anderweitige Regulierung der Funktionszulagen, die als

integrierender Teil der Besoldungen gelten, zu beanspruchen. Die heutigen Übelstände bezüglich der Funktionszulagen würden im wesentlichen beseitigt sein, wenn allen akademisch gebildeten Lehrern, die den gegenwärtigen Vorbedingungen für die Gewährung entsprechen, etwa im 13. Dienstjahre diese Zuwendung zu Teil würde. Vorbehalten müßte aber immerhin die Forderung bleiben, daß möglichst bald mit dem Unterschied zwischen einem Zeugnis ersten und zweiten Grades aufgeräumt werde. Es ist nichts dagegen einzuwenden, daß die Anforderung des bisherigen Zeugnisses ersten Grades obligatorisch für sämtliche Kandidaten des Schulamtes gemacht wird; wohl aber ist es schädlich aus naheliegenden Gründen, daß die Lehrer entgegen der Praxis bei allen anderen akademisch gebildeten Berufen mit zweierlei Rechten ausgestattet werden. Ein fernerer, nach meiner Ansicht nicht unerheblicher Mangel der Besoldungsvorlage betrifft die Besoldungen der technischen Lehrer, sowie der Elementar- und Vorschullehrer an höheren Lehranstalten in den Provinzen (Position 74). Sie werden von 1400—2800 Mark auf 1500—3000 Mark, also um 150 Mark erhöht. Es will mir scheinen, als wenn für die technischen u. s. w. Lehrer 1600—3200, also eine Erhöhung um 300 Mark, das Richtige gewesen wäre. Warum dieselbe Kategorie (Position 70) in Berlin 1800—3600 Mark bekommt, also 300 Mark mehr, ist ja nur ein Zufall der Abstimmung. Wenn man sich erinnert, daß vor einem Menschenalter besonders tüchtige, nicht akademisch gebildete Lehrer bis in die höchsten Oberlehrerstellen steigen konnten, und die seitherige Entwickelung die daraus entstandenen Unzuträglichkeiten beseitigt hat, so sollte man doch nicht ins entgegengesetzte Extrem fallen und die seminarisch gebildeten Lehrer an höheren Schulen gegenüber den akademisch gebildeten in Gehalt und socialer Stellung immer weiter herabdrücken, wie dies in der vorliegenden gar zu geringen Gehaltserhöhung seinen Ausdruck findet. Ebenso dringend ist die immer lauter betonte Forderung, daß das unselige Institut der etatsmäßigen Hilfslehrer beseitigt, die über vier Jahre hinausgehende Zeit als vollbeschäftigter Hilfslehrer beim

Dienstalter nicht bloß eingerechnet werden kann, sondern eingerechnet werden muß, und daß alle von Hilfslehrern besetzten Stellen, die länger als fünf Jahre bestehen, in Oberlehrerstellen umgewandelt werden müssen. Solange diese Bedingungen noch nicht zu erreichen sind, sollte der Herr Minister doch die Güte haben, alle möglichen Schritte zu thun, um früher ausgesprochener Absicht entsprechend für die Hilfslehrer die bisher nicht erreichte Gleichstellung der Bestimmungen über die Vereidigung mit allen übrigen Beamten zu erwirken und ferner für den Übergaug an Stelle der drei für die Hilfslehrer in Kap. 120 Titel 5 angegebenen neuen Stufen von 1700, 1900 und 2100 Mark Beträge von 2000, 2200 und 2400 Mark, die gegenüber dem Anfangsgehalt der Oberlehrer von 2700 Mark wahrlich nicht zu hoch erscheinen, durchzusetzen. Nun, meine Herren, möchte ich mir zum Schluß gestatten, Ihnen noch einige statistische Mitteilungen zu machen, die vielleicht entschuldigen werden, daß ich den Besoldungsinteressen eines einzelnen Berufes, dessen Wichtigkeit Sie übrigens unzweifelhaft alle anerkennen, das Wort geredet habe. Ich hoffe, Sie werden daraus entnehmen, daß ich mich nicht durch den Wunsch, in dem heutigen Kampfe der Sonderinteressen von Gesellschaftsklassen und Berufen einer einzelnen noch so ehrenwerten Gruppe zu dienen, habe leiten lassen, sondern daß ich für eine bessere Stellung der höheren wie mittleren Lehrer in pekuniärer und indirekt auch socialer Beziehung einzutreten, als ein Gebot der allgemeinen öffentlichen Interessen erachte. Vor mir liegt eine Liste der von den höheren Lehranstalten nach beendeter Abiturientenprüfung gemäß den jährlichen Schulprogrammen entlassenen Söhne akademisch gebildeter Stände in den Jahren 1891/92 bis 1894/95. Dem Beruf des Vaters folgten bei den höheren Lehrern 15 %, bei den Medicinern und Theologen 46 %, bei den Juristen und höheren Verwaltungsbeamten 47 %. Ich glaube, diese wenigen Zahlen reden eine sehr beredte Sprache. Sie legen Zeugnis dafür ab, daß von allen akademisch gebildeten Berufen die höheren Lehrer am wenigsten mit ihrem Stand zufrieden sind und in diesem

Gefühl den eigenen Kindern eher ab- als zuraten, die Lehrerlaufbahn zu ergreifen. Wer durch diese Hinweisung noch nicht von der Notwendigkeit einer Änderung überzeugt ist, dem dürfte noch eine weitere Zahl aus dem vorliegenden Material interessant sein. Von den 554 Söhnen der akademisch gebildeten Väter der vier genannten Berufe haben sich im Jahre 1894 95 nur 24, also 4 % für den höheren Lehrerstand entschieden. Es ergiebt sich aus dieser Darlegung, daß der Bedarf an höheren Lehrern in ganz überwiegendem Maße durch Söhne social niedriger stehender Gesellschaftsschichten gedeckt werden muß. Nun ist es gewiß von Bedeutung, daß sich regelmäßig frisches Blut aus den breiten Volksschichten in die höheren Berufe ergießt; aber es ist nicht erwünscht, daß die Erneuerung statt allen Berufen nur einzelnen zugute kommt und dem unnatürlichen Umstand zu verdanken ist, daß der Lehrerberuf, dessen hohe Bedeutung für die Erziehung der an der Spitze unserer Entwickelung stehenden Klassen jedem einleuchtet, bisher in den Augen der Mitlebenden in pekuniärer und socialer Beziehung gedrückt erscheint. Wenn ich mir auch genau bewußt bin, dem Herrn Minister nichts neues gesagt zu haben, so glaubte ich doch die gegenwärtige Etatsberatung nicht vorübergehen lassen zu dürfen, wieder einmal in alte Kerbe einzuschlagen. (Beifall.)

Am 5. März 1898. Einmal eine neue Form der Mahnung an das noch immer fehlende Gesetz für die Witwen und Waisen der Volksschullehrer:

Wenn wir aus den früheren Verhandlungen wissen, ein wie warmes Herz der Herr Minister für die Witwen und Waisen der Lehrer hat, so hoffe ich, daß er sich aufschwingen wird zu dem Gedanken, mögen die Schwierigkeiten auch noch so groß sein, wir werden sie schon überwinden. Verehrter Herr Minister, wann bekommen wir das Gesetz, betreffend die Fürsorge für die Hinterbliebenen unserer Volksschullehrer? (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Im Jahre 1899 nach meinem Austritt aus dem Parlament, ist das Lehrer-Reliktengesetz dann von der Staatsregierung ver-

mutlich Dank dem erfolgreichen wohlwollenden Bemühen des Ministers Dr. Bosse eingebracht worden und in wesentlich verbesserter Form gegen den absoluten Widerspruch des Finanzministers von Miquel, der wie immer, wenn etwas Geld kostet, unter Berufung auf die Verfassung die Taschen möglichst zugeknöpft halten wollte, mit sehr großer Mehrheit im Abgeordneten- wie im Herrenhaus angenommen worden. Lange blieb die Zustimmung der Staatsregierung aus, und im Herzen hat Herr von Miquel wohl niemals zugestimmt. Zuletzt erschien es und zwar am 4. Dezember 1899 in der Gesetzsammlung, wahrscheinlich nur deshalb, um den Schein zu vermeiden, als wenn die Staatsregierung im Zickzack-Kurs mit den parlamentarischen Körperschaften, Reichs- und Landtag, die neuerdings Miene machen, alle Regierungsvorlagen abzulehnen, in einen Wettkampf um den Preis für unsachlichen Eigensinn eintreten wolle.

Am 11. März 1898 auch noch einmal eine leidlich lange Rede, die sich aber durch einige wenige Sätze charakterisieren läßt: „In Bezug auf die Gleichstellung der Lehrer mit den anderen akademisch gebildeten Berufen ist noch nicht das letzte Wort gesprochen." „Die Lehrer haben alle Ursache, mit dem Fortschritt sehr zufrieden zu sein, den die vorjährigen Verhandlungen ihnen gebracht haben." „Die Gleichstellung der Lehrer in städtischem Patronat mit denen an staatlichen Anstalten scheint diesmal nicht ganz so rasch sich zu vollziehen wie das vorige Mal." „Die noch rückständigen Wünsche bez. Vereidigung, Wegfall des zweiten Zeugnisgrades, Umwandlung der Funktionszulage in eine Alterszulage, werden sich von selbst erfüllen."

Am 5. Mai 1898 wandte ich mich als Berichterstatter gegen die Kleinlichkeit des Finanzministers, den Lehrern an Präparandenanstalten diese Dienstjahre im Seminardienst nicht anrechnen zu wollen. Das Haus überwies die bezügliche Petition zur Berücksichtigung.

Am selben Tage, 5. Mai 1898, hatte ich noch einmal das Vergnügen, als Berichterstatter die Petitionen der Lehrer an höheren Mädchenschulen um gesetzliche Regelung der Stellung dieser Schulen und der Rang-, Titel- und Gehaltsverhältnisse ihrer Lehrpersonen

der Staatsregierung als Material überwiesen zu sehen. Wie die Dinge liegen, wird übrigens schwerlich jemand sich dem Glauben hingeben, daß dieser Beschluß in absehbarer Zeit Beachtung finden wird.

Im Jahrzehnt 1890—1900 haben sich meine persönlichen Verhältnisse wenig geändert. Meinen 4 Kindern und 14 Enkeln geht es bis auf meinen Sohn Emil gesundheitlich vortrefflich. Emil mußte den Winter 1892/93 in Ospedaletti und Algier, 1893/94 in San Remo und Lugano verbringen, dann ging es ihm wieder so gut, daß er eine Geschäftsreise nach Amerika machen konnte. 1897 war er gezwungen, zu erneuter Vorsicht im Sommer nach Hohen-Honnef und im Winter 1897/98 mit Frau und zwei Kindern nach Davos zu gehen. Meine Gesundheit hat sich recht gut gehalten. Im Winter 1890/91 experimentierte Professor Fränkel ohne Erfolg mit meinem Kehlkopf, um mir zuletzt Luftwechsel und Beförderung des Allgemeinbefindens und zu dem Behuf eine regelmäßige Ausspannung in italienischer Frühjahrsluft neben der gewohnten Herbstreise zu empfehlen. Die Kur ist mir ebenso gut gelungen, wie diejenige meines Rheumatismus durch warme Bekleidung. Das Blasenleiden, das seit September 1899 sich aus meiner alten Blasenschwäche entwickelt hat, tritt dagegen ernster auf.

Am 20. November 1893 erfolgte der Tod meiner guten, vortrefflichen Schwiegermutter, Frau Marie vom Bruck, geb. von Beckerath.

Von den Kindern meines verstorbenen Bruders Wilhelm in Saginaw haben Otto Schmitz, Gatte von Sophie Seyffardt, 1897, Frau Mathilde Gruner mit drei Kindern nach dem Tode ihres Mannes und Bertha Seyffardt Sommer 1899 uns noch einmal besucht.

Für Frl. Barnstein, die ihre während langer Jahre mit Liebe und Treue versehene Stelle als Hausdame bei mir wegen andauernden Unwohlseins aufgeben mußte, ist Fräulein Schubert aus Schwerin an der Warthe, die verdiente Pflegerin von Großmutter Emil vom Bruck, im Mai 1896 eingetreten.

Allseitigen Interessen entsprechend wurde 1898 die Umwand-

lung unserer offenen Handelsgesellschaft H. vom Bruck Söhne in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung durchgeführt.

Von den ursprünglichen Mitgliedern meines Kränzchens bin ich nach dem Tode Alex. v. Heimendahls am 29. Dezember 1890 und August Rislers am 16. November 1893 der einzige Überlebende; die beiden jüngsten Mitglieder Adolf v. Randow und C. Wilh. Crous sind beim Abschluß dieses Berichtes noch unter den Lebenden.

Meine Reisen in diesem Jahrzehnt bilden eine viel größere Liste als je vorher:

1890 Frühjahr: Spritze mit Francke, Seer, Olzem nach Neustrelitz und Neubrandenburg.

1890 August: Badekur in Ems.

1891 März-April: Sizilien in Begleitung meines Freundes Dr. Sattler.

1891 Oktober: 3. bis 9. Oktober, Eifel mit Kindern und Schwiegerkindern.

1891 Juli-August: Interlaken, Zermatt, Eggischhorn, Evolena.

1892 Frühjahr: Dobberan, Rostock, Heiligendamm, Wismar, Schwerin, Gesellschaft: Sander und Frau, Seer, Knebel.

1892 August-Sept.: Klosters, Samaden, Veltlin, Chiavenna.

1892 Oktober: Mosel, mit Kindern und Schwiegerkindern.

1893 März-April: San Remo, Nervi, Florenz.

1893 August-September: Ems, Reichenhall, Gosen, Salzburg. Dr. Dürre und Frau.

1894 August-September: Bayerische Schlösser, Sulden, Campiglio, Castrozza, Innsbruck.

1895 April: Venedig, Padua, Ravenna, Bologna, Parma.

1895 August-September: Weggis, Spiez, Adelboden, Visson, Saß-Fee, Territet.

1896 März-April: Roma, Tivoli, Frascati.

1896 August-September: Solothurn, Nyon, Annecy, Chamounix, Turin, Aosta, Gressoney, Cogne, Alagna, Macugnaga, Orta, Intra.

1897 April: Bordighera, Cannes, Nizza, Mentone.

1897 August-September: Vorarlberg, Appenzell, Rapperswyl, Altorf, Domo d'Ossola, Vareſe, Lecco, Lugano.

1898 April: Trient, Deſenzano, Modena, Seſtri-Levante.

1898 Juli-Auguſt: Eger, Prag, Brünn, Wien, Abbazia, Görz.

1899 April-Mai: Napoli und Umgebung.

1899 Juli-September: Lille, Havre, Cherbourg, Nantes, Le Mans, La Rochelle, Bordeaux, Bayonne, Pyrenäen, Toulouſe, Nimes, St. Etienne, Lyon, Chalon ſ. S., Paris.

Auf meiner 1898er Juli-Auguſt-Reiſe verſuchte ich noch einmal, wie in früherer Zeit ſo oft, meine Kenntnis des Volkstums europäiſcher Länder zu vervollſtändigen und meine Aufmerkſamkeit denjenigen öſterreichiſchen Provinzen, in denen der Kampf zwiſchen Deutſchtum und Slaventum neuerdings am ſchärfſten hervortritt, zuzuwenden. Das Ergebnis meiner Beobachtungen in Böhmen charakteriſiert ſich durch Wiedergabe zweier Stellen aus meinen Briefen in die Heimat:

„Woher der Gegenſatz zwiſchen deutſch und tſchechiſch in Böhmen und beſonders in Prag? Nicht daher, daß die Barbarei die Kultur überwindet oder zu überwinden verſucht. Die Kultur, ſoweit ſie germaniſch iſt, aber findet ihren ſchlimmſten Feind in der wie in Reichsdeutſchland ihre Kräfte verzehrenden deutſchen Uneinigkeit und dem Parteiweſen, gegenüber der auf deutſchen Grundlagen entwickelten neuen tſchechiſchen, ſtets einigen Kulturarbeit."

„Der durchſchlagende Geſichtspunkt, zu dem ich am Schluſſe meiner böhmiſchen Studienreiſe gelangt bin, iſt der, daß es ſich zur Zeit noch nicht überſehen läßt, ob das ſlaviſche Element in dem bereits hochgeſteigerten Kampfe ſiegreich ſein wird. Es wird in erſter Linie davon abhängen, ob der oder die Nachfolger Kaiſer Franz Joſephs deſſen nach Erwerbung Bosniens und der Herzegowina gewonnene Anſicht teilen, daß Öſterreichs Heil in der energiſchen Vertretung des Slaventums liege, oder ob ſie zu der alten Auffaſſung der Habsburger zurückkehren werden, daß nur durch entſchiedenes Feſthalten der Bedeutung des kulturell höchſtſtehenden Elements des Deutſchtums, der dauernde Beſtand des vielſprachigen Kaiſerſtaats ſich ermöglichen läßt. Daß es ſich ſo verhält wird zwar öffentlich nicht zugegeben. Was iſt es

aber anderes, wenn man sagt, daß eine Systemänderung nicht zu erwarten stehe, solange Franz Joseph lebe, oder daß die Differenzen nie die Stärke gewonnen haben würden, wenn Kronprinz Rudolf am Leben geblieben wäre."

Über die ähnlichen Erfahrungen in den südslavischen (slovenischen) Teilen der Provinzen Steiermark und Krain urteile ich in meinen Reisebriefen:

„Streben und Hoffnungen hier wie dort, nur in Böhmen auf der Grundlage großer bereits kulturell entwickelter Bevölkerungen, hier dagegen auf derjenigen bäuerlicher Kreise, die durch Advokaten und Agitatoren zu der Bedeutung emporgebracht werden sollen, die die Tschechen bereits erreicht haben. Marburg ist noch ganz deutsch, Cilli hat 1/3, Laibach nach Bädecker meist slovenische Bevölkerung, doch hört man gleichmäßig in allen drei Städten bei Bessergekleideten fast nur deutsch sprechen. In Marburg sind alle Ladenaufschriften deutsch, in Cilli zur Hälfte bloß deutsch, zur anderen Hälfte mit der slovenischen Übersetzung, in Laibach zum größten Teil slovenisch mit der deutschen Übersetzung, doch schon manche ohne die letztere. In allen drei Städten hat die vordringende slovenische Bewegung große monumentale Vereinshäuser (Posojilniza) geschaffen, Trutzburgen gegen das Deutschtum. Man sieht, daß das darauf hinauswill, dem Prager Beispiel zu folgen und die germanisierenden Bestrebungen des habsburgischen Kaiserstaats im 19. Jahrhundert durch den Streit der Nationalitäten zu verwischen."

Aus meinen Briefen von der Juli-September-Reise 1899 entnehme ich folgenden Bericht:

„Ich habe meinen Reisezweck, einen Einblick in das heutige private Leben des französischen Volks zu thun, nachdem ich 22 Jahre außer in Savoyen keinen Fuß auf französischen Boden gesetzt, befriedigend erreicht. Der gleich in den ersten Tagen mir gewordene Eindruck, daß die Gesamtentwickelung hinter der deutschen in den westelbischen Landesteilen zurückgeblieben ist, hat sich mir je länger je mehr verstärkt. Daß, wie in Deutschland wohl angenommen wird, die Demoralisation des öffentlichen Lebens, wie sie in der Panamageschichte, den Erfahrungen im

Parlament, im Generalstab, in der Diplomatie, in der Presse, im Gerichtswesen sich zeigt, sich auf das private und Familienleben, die Arbeit in Industrie und Wissenschaft übertragen habe, ist dagegen in diesen 6 Wochen mir nirgendwo vor die Seele getreten. Die guten Eigenschaften, die vor 50 Jahren auf manchen Reisen, als ich die Franzosen in ihrem eigenen Lande kennen lernte, sie mir als bedeutungsvolles Kulturvolk erscheinen ließen, sind auch heute nicht zu verkennen. Der wohlthuende Gegensatz, der sich in dem Auftreten der französischen mittleren und niederen Klassen gegenüber den italienischen, die mir im allgemeinen bei meinen jährlich wiederkehrenden Besuchen nicht sehr sympatisch gewesen sind, kundgiebt, ist auf der ganzen Reise in keiner Gegend abgeschwächt worden. Von den drei Wahlsprüchen der französischen Republik ist die liberté ja ganz ohne Wert, da sie praktisch nur die Freiheit für sich selber und die eigene Meinung bedeutet, die fraternité ein fauler Zauber, der durch ein schönes Wort die Thatsache zu verschleiern sucht, daß die Franzosen noch nicht zu einem Steuersystem nach der Leistungsfähigkeit gelangen können, aber die egalité, nicht nur die Gleichheit vor dem Gesetz, sondern auch die Gleichheit im geselligen Verkehr, eine Errungenschaft, die dem Leben und Treiben in Frankreich einen besondern Reiz giebt. Eines aber scheint mir offenbar zu sein. Der Franzose von heute hat die eigene Teilnahme an dem öffentlichen Leben, abgesehen von den zweifelhaften Elementen der Pariser Straße, im Vergleich zu den Franzosen von 1789 und 1848 wesentlich eingeschränkt und folgt willenlos den Strömungen, die nach wechselnden Interessen von den heute herrschenden Faktoren des Parlaments, der Armee und der Presse beliebt werden. Der eigentliche Grund scheint mir im allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrecht zu liegen, das den einzelnen Ehrlichen, Gemeinnützigen, Objektiven gegen die Masse der Selbstsüchtigen und Beschränkten zurücksetzt. Wir sind in Deutschland auf dem besten Wege, in einem halben Jahrhundert französische, oder was dasselbe sagen will, amerikanische Zustände zu erlangen. Wie in Frankreich oder Nordamerika werden die führenden und gebildeten Stände immer mehr sich der Teilnahme am staatlichen öffentlichen Leben entfremden. Einen

Beweis für die Thatsache des mangelnden politischen Interesses bei den französischen Mittelklassen hat mir diese Reise gebracht, der mich in hohem Grade überrascht hat. Ich bin auf der Eisenbahn in zweiter Klasse gefahren, habe in Gasthöfen mit Table d'hotes, in Restaurants und Kaffees allerlei Rangs Einkehr gehalten, Hunderten von Einzel- und allgemeinen Gesprächen gelauscht und weder die Namen Dreyfus, Mercier, Zola, noch irgend einen der anderen Helden der Tragikomödie des Tages nennen gehört, nicht ein einziges Mal!! Die Erklärung kann doch nur darin liegen, daß abgesehen von Paris man die Dreyfus-Verhandlungen in Rennes, die gerade in den Tagen stattfanden, als ich einige Eisenbahnstationen von dort entfernt, nach Süden fuhr, zwar in den Zeitungen eifrig liest, sich ihnen gegenüber aber verhält, als wenn sie in der Fremde stattfänden oder auf dem Theater aufgeführt würden."

Daß ich mich in meinem Alter noch einmal zu diesen beiden Erkundigungsreisen nach Österreich und Frankreich veranlaßt gesehen habe, deutet auf einen Gedankengang hin, der sich mir je länger je mehr in den letzten Jahren aufgedrängt hat. Seit dem schmählichen Unterliegen Spaniens in dem von den Vereinigten Staaten von Nordamerika herbeigeführten ruchlosen Krieg um den Besitz von Cuba, Portorico und den Philippinen, bei gleichzeitigem Vordringen der englischen imperialistischen Kolonialpolitik in allen Weltteilen, war es offenbar, daß das neue Jahrhundert in dem Übermut der beiden sog. „angelsächsischen Nationen" eine Gefahr für den Frieden und die Kulturentwickelung der Welt vorfinden werde, die den Politikern vielleicht noch nicht zum vollen Bewußtsein gekommen, jedenfalls in Deutschland während des wirtschaftlichen Krieges Aller gegen Alle zu wenig beachtet worden war. Daß bei den Wechselfällen des allgemeinen Stimmrechts in den Vereinigten Staaten einmal eine reine Eroberungspolitik obenauf kommen könne, hatte alle Welt stets vermutet; daß die faule Heuchelei, die sich zur völkerbefreienden Eroberung Cubas aufgeschwungen hatte, aber den Fluch der bösen That, die fortzeugend Böses neu gebärt, bis zu dem Versuch der Unterjochung der Philippinen sich steigern würde, hat die civilisierte Welt doch zum

ernſten Nachdenken gezwungen. Seit durch dieſen Erfolg oder Mißerfolg der brutalen Gewalt, die Engländer ſich zum Wettbewerb angeregt fühlen und den ſchmachvollen Raubzug Jameſons gegen Transvaal, der von der engliſchen Regierung veranlaßt war, im vergrößerten Maßſtab wiederholt haben, hat Europa den Ernſt der Lage ganz gewürdigt. Wie im Anfang des vorigen Jahrhunderts die ganze Welt die Notwendigkeit erkannte, der Eroberungspolitik des erſten Napoleon Einhalt zu gebieten, ſo wird allem Anſchein nach das erſte Menſchenalter des neuen Jahrhunderts die Aufgabe zu löſen haben, den beiden Kulturnationen England und Nordamerika, die in der Entwickelung des bürgerlichen Einzellebens nach meiner Überzeugung ſehr hoch ſtehen, in dem Verkehr der Völker untereinander, alſo in der auswärtigen Politik, die Schranken aufzuerlegen, die das Friedensbedürfnis und die chriſtliche Moral vorſchreiben. Dies auszuſprechen, wird mir nicht leicht. Ich habe in meinem vieljährigen Verkehr mit England ſo viel gelernt, mich an engliſchen Erfahrungen ſo mannigfach gebildet, daß es mir wehe thun muß, zu ſehen, daß die maßloſen Übertreibungen der whiggiſtiſchen Nichtintervention (z. B. das Schickſal Gordons im Sudan) wie der Gladſtoneſchen home rule zu einem Umſchlag der engliſchen öffentlichen Meinung geführt haben, der zu Gunſten des Reichsgedankens (des Imperialismus) jedes Mittel für erlaubt hält und den Schutz Gottes (des beſonderen engliſchen Gottes, wie die Buren ſagen) zu Gunſten von Raub und Eroberung anzuflehen ſich geſtattet.

Es will mir ſcheinen, daß der Genius der Weltgeſchichte nicht zugeben wird, daß, nachdem die geſtiegene Kultur die kriegsluſtige Kabinettspolitik des 18. Jahrhunderts überwunden hat, der Größenwahn einzelner über große Macht verfügender Völker jene Politik wieder aufzunehmen verſucht.

Zweimal in dieſer Zeit hatte ich große Einquartierung, immer recht angenehme Abwechſelung und erwünſchte Gelegenheit mit dem Offizierscorps Fühlung zu behalten. 1890 war es der kommandierende General des 7. Armeecorps, v. Albedyll und ſein Generalſtabschef Oberſt Frhr. v. Gemmingen, 1894 General v. Funck und Generalſtabschef Major v. Hartmann und Beglei-

tung von Adjutanten, Burschen und Pferden. Von sonstigen Gästen nenne ich nur die häufiger wiederkehrenden Abgeordneten Sattler (Besuch der Ausstellung in Antwerpen), Abg. v. Knapp, Stadtrat Dr. Münsterberg, Wendt Vater und Frd. Wendt aus New-York. 1899 hat mich auch die Freundin meiner Frau, Miß Read, einmal auf zehn Tage besucht. Dann und wann nach Stadtverordnetenwahlen, bei Besuch von Parlamentariern gab es noch einmal eine politische Tafelrunde und alle paar Jahre zwei bis drei Abendessen der mir bekannten Lehrer, Pastoren, Juristen, staatlichen und städtischen Beamten.

Die Vorberatungen zu den Stadtverordnetensitzungen fanden regelmäßig in meinem Hause statt. Das wissenschaftliche Kränzchen, das alle 3 Wochen im Krefelder Hof stattfand, wurde von mir fleißig besucht.

Das Düsseldorfer Komitee zur Errichtung eines Denkmals für unsern großen Lyriker Heine, dem ich erst auf Anregung meines Freundes v. Randow beigetreten war, als der Rücktritt der Kaiserin von Österreich und die Ungunst in hohen preußischen Kreisen das Komitee gelichtet hatten, wurde endgültig aufgelöst.

Von kleinen Krefelder Ereignissen, an denen ich mich beteiligte, finde ich in meinen Notizen erwähnt:

29. April 1894 die evangelische Gemeindefeier in der Stadthalle zu Ehren der neuen Pfarrer Everling, Kind und Starck.

28. Dezember 1895 das Abschiedsmahl für den scheidenden, zum Minister des Innern ernannten Regierungspräsidenten, Frhrn. von der Recke-von der Horst in Düsseldorf.

1. Juli 1896 das Festmahl für den emeritierten Superintendent Schmidt.

19. Juli 1896 das 50jährige Jubelfest des Krefelder Landwehrunterstützungsvereins im Tiergarten. Nach wie vor gedeiht der Verein vortrefflich unter Leitung seines Präsidenten Heinrich Tack.

29. September 1896 das Festmahl bei Einführung von Pfarrer Kühnen.

4. Juli 1897 die Beglückwünschung der Deputierten der Stadtverordnetenversammlung bei meinem 25jährigen Jubiläum

als Vorsitzender der Armendeputation. Redner Beigeordneter Stomps und Dr. Urfey.

4. 8. Oktober 1897 Jahresversammlung des evangelischen Bundes in Krefeld. Vorstand bei mir im Quartier: Graf v. Wintzingerode, Beyschlag, Nippold, Witte. Bei mir zu Tische außerdem: Haupt, Göbel, Bischof Weber und Gobbers-Krefeld. Mit Nippold einen Abend bei Gobbers.

12. Oktober 1897 dem Minister für Handel und Gewerbe, Brefeld, von der Handelskammer gegebenes Frühstück.

22. 24. Oktober 1898 50jähriges Jubelfest der höheren Mädchenschule. Am 1. Tag Festakt und Abendessen, dem die aufeinander gefolgten 4 Direktoren Basse, Buchner, Wespy und Wehrmann beiwohnten. Am 2. Tag Kinderfest.

1899 Abschiedsmahl für den neuen Minister des Innern, bisherigen Regierungspräsidenten, Frhrn. v. Rheinbaben in Düsseldorf.

29. Oktober 1899 50jähriges Jubiläum der Krefelder Reichsbankstelle. Bei Anwesenheit des Präsidenten des Reichsbankdirektoriums, Dr. Koch. Oberbürgermeister Geh. Regierungsrat Küper feierte den Kaiser, mein Bruder Heinrich, Präsident der Handelskammer und Kommerzienrat, gedachte des gesamten Entwickelungsganges der Kammer in den verflossenen 50 Jahren, lange vor Gründung der Reichsbank, darunter auch meiner Vertretung der Kammer auf dem 5. Deutschen Handelstag in Leipzig. 13. Mai 1872 Krefelder Resolution: Recht der Notenausgabe nur einer großen centralen Bank?, und meines Antrags auf dem volkswirtschaftlichen Kongreß in Krefeld am 19. August 1874 die Überführung der Preußischen Bank in eine Deutsche Reichsbank und die Beseitigung aller Privatbanken ist anzustreben?, und schloß mit einem Hoch auf den Bankpräsidenten Dr. Koch. Dieser widmete der Krefelder Handelskammer und ihrem Präsidenten sein Glas. Der stellvertretende Präsident der Krefelder Kammer, Kommerzienrat Traßen, antwortete mit einem Hoch auf die Ehrengäste, von denen der Direktor der Reichsbankstelle Krefeld,

Poplawski, den Krefelder Handelsstand und die Krefelder Industrie leben ließ. Zuletzt redeten Direktor Geh. Regierungsrat Richter-Köln auf das Gedeihen Krefelds und Direktor Geh. Regierungsrat Richter-Mannheim auf die holde Weiblichkeit Krefelds.

Bezüglich meines alljährlichen Aufenthalts in Berlin verweise ich auf meine Bemerkungen im vorangegangenen Jahrzehnt. Häusliche Behaglichkeit, vergnügte Geselligkeit im Kreise der Kollegen, sowohl beim Mittagstisch im Hotel du Nord, als in der Kneipe, würzten die immer interessante, aber nicht immer angenehme oder kurzweilige parlamentarische Arbeit. Daß einer der beiden Männer, auf die die Nationalliberalen ihre besten Hoffnungen für die Zukunft gesetzt hatten, Herr Staatsminister Miquel, so gründlich versagen, seinen Liberalismus für das Linsengericht der Erhaltung auf seinem Posten und seinen Idealismus für den Ruhm kleinlicher fiskalischer Sparsamkeit verkaufen würde, hätte ich nicht für möglich gehalten. Außer den vor 10 Jahren als Teilnehmer an unserm Mittagstisch Genannten, nenne ich u. a. die Kollegen Burghardt, Eilert, Friedberg, Hausmann, Horn, Hoyermann, Junghenn, v. Knapp, Lohmann, Möller, Nölle, Oswalt, Sander, Sieg, Volckens, Wallbrecht. Die Kneipe war, durch unsern Ceremonienmeister Junghenn, zum Heidelberger (Bierkneipe im Central-Hotel) hinübergeführt und vorzugsweise von Landtagsabgeordneten besucht worden. Von Reichstäglern, sogenannten Oberkollegen, erschienen ganz regelmäßig Marquardsen und Pieschel.

Auch während dieser 10 Jahre gab ich alljährlich ein Landtags-Fraktionsmahl, den sog. Seyffardts-Tag, zu dem mich auch immer einige Reichstägler und Herren von der Presse beehrten. In ihrem zwanglosen Verlauf schienen die Feste allen Freunden eine liebe Gewohnheit geworden zu sein, die erheblich dazu beitrug, die verschiedenen Gruppen in der Partei zu freundschaftlichem Austausch zusammen zu führen und das Gefühl der Zusammengehörigkeit unter den Fraktionsgenossen zu fördern. Die Meinungsverschiedenheiten, die sich zwischen dem alten Parteiführer Miquel, seit er Minister geworden, und den Kollegen

vom Landtage entwickelt hatten, ließen mich 1892, nachdem Bennigsen mir zugesagt hatte, den Versuch machen, Miquel noch einmal in unsern Kreis zu ziehen. Miquel kam augenscheinlich ganz gern und förderte durch Lebendigkeit und Geist die Unterhaltung gar sehr. Im Jahr 1893 kam er wieder und auch da finde ich in einer der Zeitungen, die über seine Rede berichteten, daß er einen zündenden Trinkspruch auf die nationalliberale Partei gehalten und hervorgehoben habe, sie vertrete nicht den materiellen Besitz und den Reichtum, sondern die Bildung und die Vaterlandsliebe des deutschen Volkes. Zuletzt habe ich Miquel 1894 eingeladen, etwas zaghaft, wie ich mich erinnere, da die Differenzen zwischen ihm und uns immer schärfer hervorgetreten waren. Wenn es über seine damaligen Rede auch in der Kölnischen Zeitung heißt, daß er in geistvollen und anregenden Äußerungen über seine frühere und gegenwärtige Stellung zu der nationalliberalen Partei gesprochen und in wärmsten Worten der vieljährigen politischen Wirksamkeit des Abgeordneten v. Bennigsen gedacht habe, so hatte die Rede doch eine Anzahl von Spitzen, die es mir unmöglich machten, seinen Verkehr mit der Partei noch weiter zu vermitteln. Der Eine unserer Freunde sagte: Der gehört ja absolut nicht mehr zu uns, der Andere: Heute hat er gesprochen, wie der Fuchs vor den Gänsen. Ulk endlich meinte: Miquel soll sich beim Liebesmahl des Abgeordneten S. über sein vergangenes und gegenwärtiges Verhältnis zur nationalliberalen Partei ausgesprochen haben. Warum so viel Worte? Das Verhältnis ist doch klar: Früher ging er mit ihnen, jetzt geht er ohne sie.

Die Berliner Fest- und Gedenktage des Jahrzehnts fanden statt:

Am 28. Februar 1892 zum 25jährigen Bestehen der nationalliberalen Partei in Berlin, am 8. März in Magdeburg.

Am 1. Mai 1894 zum 70jährigen Geburtstag von Hammacher im Palast-Hotel in Berlin (bei der Feier des 70jährigen Gedenktages v. Bennigsen am 10. Juli und Hobrecht am 14. August, war ich zu meinem großen Bedauern abwesend).

Am 17. Januar 1896 Konzert in der Philharmonie der Kom-

position: „Aus großer Zeit" von Ernst H. Seyffardt. Text von Adolf Kiepert, unter Leitung des Tondichters.

Am 18. Januar 1896. Großes Fest zur Erinnerung an die Begründung des Deutschen Reiches vor 25 Jahren. Vormittag Aufmarsch der Vertreter der Armee mit den Kroninsignien im Weißen Saale. Abends Galatafel mit Rede des Kaisers ebendaselbst. Ich war eingeladen als Mitglied des Reichstages von 1871.

Am 21. März 1896. Großes Reichstagsfest zur Erinnerung an den Tag des Zusammentritts des 1. Reichstags vor 25 Jahren in der Wandelhalle des Reichstags. Ich war eingeladen als altes Reichstagsmitglied.

Am 8. Mai 1896. Gedenkfeier der freien Kriegskrankenpflege im Weißen Saale. Abends Festvorstellung im Opernhaus. Ich war eingeladen als Vorstandsmitglied des Vaterländischen Frauenvereins.

Am 22. März 1897. 100jährige Geburtstags (Centenar-)Feier Kaiser Wilhelms I. Enthüllung des Nationaldenkmals.

Als mich persönlich betreffend fällt in dies Jahrzehnt das 1897 am 18. Juni in Krefeld und am 22. Juni in Berlin gefeierte Fest meines 70jährigen Geburtstages.

In Krefeld erschienen schon am 17. Juni die Vertreter des nationalliberalen Vereins der Rheinprovinz, Dr. Moldenhauer und Dr. Johannes aus Köln, mit der Adresse ihres Vereins. Ich hatte die Freude, sie zu Tisch bewirten zu können.

Am 18. Juni erschienen mit Ehrengaben, teils von hohem Kunstwert, teils ganz einfach gehalten:

Aus Krefeld:

Der Vorstand des liberalen Wahlvereins: C. Kramer.

Der Vorstand des Handwerker- und Bildungsvereins: Andrießen und Schwabe.

Der Vorstand des Vereins für die bürgerlichen Interessen: Westenberger.

Die gewählten Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung Beigeordneter Brockerhoff, Stadtverordnete Duyges, Pelizäus, Schrick.

Der Vorsitzende des Landwehr-Unterstützungsvereins: Tack.
Die Mitglieder des wissenschaftlichen Kränzchens.
Der Vertreter der Loge Eos.

Von auswärts:

Der Vorstand des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohlthätigkeit: Stähle-Stuttgart, Dr. Münsterberg-Berlin, Ludwig-Wolf-Leipzig.
Der Vertreter des Centralausschusses der nationalliberalen Partei in Berlin, Abgeordneter Archivdirektor Dr. Sattler.

Die Auswärtigen, sowie einzelne der Krefelder Herren, beehrten mich mit liebenswürdigen Ansprachen und mit ihrer Anwesenheit zu Tisch (Andrießen, Fay, Ludwig-Wolf, Münsterberg, Sattler, Schauenburg, Schwabe, Emil Seyffardt, Stähle, Westenberger).

Am 22. Juni in Berlin erschienen:

Der Vorsitzende des Centralvorstandes der nationalliberalen Partei, Excellenz Hobrecht.
Der Vertreter der Tischgesellschaft Hotel du Nord, Geh. Bergrat Schultz.
Der Vertreter des Magistrats der Stadt Magdeburg, Oberbürgermeister Schneider.
Der Vorstand des nationalliberalen Vereins in Magdeburg. Stadtrat Reichardt.

Das festliche Mahl fand im Zoologischen Garten statt. Ich saß zwischen Hobrecht und Schneider. Vicepräsident Dr. Krause brachte das Hoch auf den Kaiser, Hobrecht auf den Jubilar, dieser auf die nationalliberale Partei und ihre Zukunft aus, v. Eynern ließ meine Wahlstädte Krefeld und Magdeburg, Oberbürgermeister Schneider die Hoffnung leben, daß Magdeburg noch lange seinen Abgeordneten behalte. Reichardt wünschte Glück im Namen des Magdeburger nationalliberalen Vereins, Schultz-Bochum für die Tischgesellschaft im Hotel du Nord, die durch Junghenn ein Album überreichen läßt. Dann feierte die nationalliberale Fraktion des Abgeordnetenhauses.

Die Glückwünsche verteilen sich wie folgt:

	auf Abgeordneten- und parlamentar. Beziehungen	Auswärtige, öffentliche und Vereinsthätigkeit	Private und Krefelder Beziehungen
Karten	16	13	69
Briefe	20	23	21
Telegramme	82	38	27
Kundgebungen (Armenbezirke)	—	8	—
Blumenspenden	—	—	16
	118	82	133

im ganzen 333 Glückwünsche.

Unter den Telegrammen u. s. w. befinden sich verschiedene Behörden und Vereinigungen:

Die nationalliberale Landespartei in Bayern, unterzeichnet Marquardsen und Frhr. v. Kreß.

Das Ältesten-Kollegium der Stadt Magdeburg.

Der Kultusminister Dr. Bosse und die Ministerialdirektoren Dr. Kügler und Althoff, nebst dem Dank an den Jubilar für die warme Unterstützung in allen Schulfragen.

Die Unterrichtskommission des Hauses der Abgeordneten, unterzeichnet von dem Vorsitzenden Kropatscheck.

Die Turnerschaft des Handwerker- und Bildungsvereins, und Einzelpersonen, außer so vielen verehrten Freunden: Handelskammersekretär Bernhardi, Oberlandesgerichtspräsident, Kultusminister a. D. Falk, Landesdirektor Klein, Senatspräsident des Reichsgerichts Löwenstein, Rechtsanwalt a. D. Matthias, Landgerichtsrat Pieschel, Geh. Rat Planck (Vater des bürgerlichen Gesetzbuchs), „in Erinnerung an alte Kampfgenossenschaft", Regierungspräsident Frhr. v. Rheinbaben, Rickert, Geh. Kommerzienrat Siegle (schon jahrelang krank), Landtagsabgeordneter a. D. Sombart, Oberlandesgerichtspräsident Struckmann, Oberstaatsanwalt beim Kammergericht Wachler, Direktor Wallichs.

Die Festrede des Staatsministers a. D. und Landtagsabgeordneten Herrn Hobrecht, lautete:

Wir haben im Laufe der letzten Jahre wiederholt Feste

gefeiert aus ähnlichem Anlaß wie heute; denn eine verhältnismäßig große Zahl von Genoſſen hat in unſerem Kreiſe die Grenze des Alters erreicht und überſchritten, an die uns der Pſalmiſt mahnt. Keinem von allen dieſen Männern ſind wir, und iſt namentlich die Fraktion dieſes Abgeordnetenhauſes, zu größerem Dank verpflichtet als dem Manne, um den wir heute verſammelt ſind.

Die nationalliberale Partei iſt in mancher Beziehung ungünſtiger geſtellt als andere. Ich will nicht verſuchen, heute hier über das Weſen politiſcher Parteien zu philoſophieren, und es würde mir auch nicht gelingen, die Geſetze, nach welchen politiſche Parteien entſtehen und vergehen, in ein brauchbares Syſtem zu bringen; nur darauf will ich hinweiſen, daß faſt alle anderen politiſchen Parteien neben ihrem politiſchen Programm und außerhalb des Gebietes der eigentlichen Politik noch ihren beſonderen Urſprungs- und Vereinigungspunkt haben, der ſie feſthält, ſei es auf kirchlichem Gebiete, ſei es in Vertretung einer Klaſſe oder eines Standes, ſei es in Wahrnehmung von materiellen wirtſchaftlichen Sonderintereſſen. Das alles fehlt der nationalliberalen Partei; die Wahrnehmung der wirtſchaftlichen Intereſſen iſt uns eher ein Element der Gefahr als der Vereinigung. Wir müſſen unſeren Ruhm darin ſuchen, entgegenſtehende wirtſchaftliche Beſtrebungen bei uns nach Möglichkeit zu verſöhnen und in Einklang zu bringen. Wir ſind auch nicht Vertreter einer Klaſſe oder eines Standes; es iſt nur eine oratoriſche Wendung, die man wohl oft braucht, daß wir die wahre Vertretung des gebildeten Mittelſtandes ſeien. – ich habe mir dabei nie was Beſtimmtes denken können. Die ſogenannten Mittelklaſſen ſind eine zu unbeſtimmte verſchiedenartige lockere Subſtanz, als daß man daraus eine feſte Klammer machen könnte, und das deutſche Bürgertum iſt zu deutſch, um beſonders vereinigend und verbindlich zu wirken. Um ſo wertvoller iſt für uns der Kitt der Geſchichte, der Kitt, den eine lange Zeit gemeinſamer Arbeit an großen Aufgaben gemeinſamer Kämpfe um große Fragen notwendig ſchafft. Das iſt das hohe Verdienſt unſeres

Freundes Seyffardt, daß er diesen Kitt, die unsichtbaren Wurzeln unseres Corpsgeistes alle Zeit treu gehegt und gepflegt hat. Ein Mann von ausgesprochen fester Willenskraft, ein Mann, dem es nie an einer eigenen Meinung, nie an dem Mute seiner Meinung gefehlt hat, ein Mann von ungewöhnlicher Arbeitskraft und Arbeitslust und ein Mann von der seltensten persönlichen Anspruchslosigkeit, — so war unser Freund ungewöhnlich befähigt, bei all' den Friktionen, welche im Leben einer politischen Gemeinschaft nicht ausbleiben, auf die Notwendigkeit der Vermittelung, der Verständigung, der Versöhnung, nötigenfalls freundlicher Duldung mit Erfolg hinzuweisen.

Freund Sattler hat ihn neulich das Gewissen der Fraktion genannt. Das ist, wie mir scheint, mehr für uns als für ihn eine Schmeichelei; denn wir können ja zufrieden sein, ein so gutes Gewissen zu haben, wir wollen uns aber auch bemühen, uns so zu verhalten, daß er nie nötig hat, uns zu beißen.

Meine Herren, wir gehen, wie es scheint, schweren Zeiten entgegen, günstig vielleicht für die extremen Parteien, die sich dem Genuß hingeben können, nach Leidenschaft zu pauken, schwer aber für alle diejenigen, welche überzeugt sind, daß ein wahrhaft liberaler Rechtszustand ohne einen hohen Grad von Besonnenheit und Maßhalten niemals möglich ist, schwer gerade für die nationalliberale Partei, welche den Stempel ihres Ursprungs nie verlieren wird, nämlich den Entschluß, auch mit Selbstüberwindung immer an den Arbeiten für das Wohl des Vaterlandes teilzunehmen. Welcher Schatz für uns, in schwerer Zeit einen solchen Kameraden Schulter an Schulter mit uns zu wissen, dessen Persönlichkeit schon dem Gegner Rücksicht abfordert und ihn zwingt, anständige Waffen zu wählen!

Gott erhalte uns ihn noch lange!

(Überreichung und Verlesung der Adresse.)

Lieber Kollege und werter Freund!

Sie haben auf Ihrem Lebenswege den bedeutsamen Abschnitt erreicht, der zu dem Ansehen um persönlichen Verdienstes

willen die Würde des Alters verleiht; in aufrichtigem Freundschaftsgefühl treten wir heute vor Sie hin, um mit unserem herzlichen Glückwunsch den innigen Dank zu verbinden für das, was Sie in der langen schönen Zeit unseres gemeinsamen politischen Wirkens uns, Ihren Mitarbeitern und Freunden gewesen sind.

Gleich Mehreren in unserer Mitte war es Ihnen vergönnt, schon in den Tagen der Reichsbegründung sich den nationalen Aufgaben zu widmen. Im Norddeutschen Reichstag und nachher im preußischen Abgeordnetenhause haben Sie an dem fruchtbaren Schaffen einer pflichtgetreuen Volksvertretung und an den ruhmreichen parlamentarischen Kämpfen, aus denen heraus die festen Formen unseres öffentlichen Rechtslebens entsprungen sind, thätigen Anteil genommen. Das hohe Bewußtsein der Verantwortlichkeit für alles Thun und Lassen des Volksvertreters und den edlen Geist der inneren Unabhängigkeit des Mannes haben Sie in allen Wandlungen der Zeit und der Menschen als Tradition einer großen Vergangenheit bewahrt; so waren Sie den jüngeren Gefährten stets ein lebendiges Vorbild: edel in der hingebenden Fürsorge für die Erhebung der Volksgenossen durch Erziehung und Bildung; hilfreich, wo die gewaltigen Fortschritte des gewerblichen Lebens, der Technik und des Verkehrs den Allzuschwachen am Wege hinsinken lassen; gut als Freund den Freunden. Das deutsche Haus und die deutsche Kultur dankt es Ihnen, was Sie zur Förderung und geistigen Befreiung der Schule und des Lehrers mit erreicht haben; und wenn die Armenpflege in deutschen Landen mustergültig sich entfaltet, so ist der organisatorische Aufbau wesentlich zu Ihren Verdiensten zu zählen.

Mit Bewunderung ersehen wir, wie Sie aus der rastlosen Mitarbeit im Dienste Ihrer vaterstädtischen Interessen täglich aufs neue die Kraft und den Antrieb gewinnen, sich den allgemeinen Interessen der Allgemeinheit zu widmen, zum erkennbaren Beweis daß nur die Verbindung mit dem festen Boden einer engeren Heimat den rechten Beruf und die Befähigung

gewährt, auf den weiten Gefilden der Staatspolitik mit Rat und That voranzugehen. Wir preisen Ihre Vaterstadt Krefeld, daß sie einen solchen Sohn zu eigen hat; wir sind stolz darauf, daß er in unserer Mitte das edle Thätigkeitsfeld gefunden hat, auf welches die Liebe zum Volke, die Erfahrung im realen Leben und die geschichtliche Erkenntnis den Menschenfreund immer zuerst verweist; wir sind sicher, daß die Spuren seiner unermüdlichen Arbeit auch künftige Geschlechter zur Nacheiferung anspornen werden, und wir wünschen diesem wackeren Freunde, daß es ihm noch lange Jahre beschieden sein möge, die alte Liebe und die alte Kraft an sein vielseitiges gesegnetes Wirken zu setzen.

Berlin, den 18. Juni 1897.

Der Centralvorstand der nationalliberalen Partei:
Hobrecht. v. Marquardsen. Simon.

Der Vorstand der nationalliberalen Reichstagsfraktion:
R. v. Bennigsen. Dr. Hammacher.

Der Vorstand der nationalliberalen Fraktion des Abgeordnetenhauses:
Holtermann. v. Eynern.

Die Antwort des Landtagsabgeordneten Seyffardt lautete:

Ich danke Ihnen meine Herren für Ihre Freundlichkeit, einen Lebensabschnitt, mein vollendetes 70. Lebensjahr, an und für sich geeignet an den baldigen Abschluß menschlichen Strebens und Schaffens zu mahnen, zu einem freudigen Ereignis zu gestalten. Ich danke dem hochgeehrten Herrn Vorredner, dem Vorsitzenden der nationalliberalen Fraktion des Landtags, für die liebenswürdigen Worte, mit denen er meiner Person und bescheidenen Wirksamkeit, so wie meiner Beziehungen zu den Freunden und Parteigenossen gedacht hat. Ich danke Ihnen Allen, verehrte Herren, für die Zustimmung zu jenen Worten, obschon Sie unzweifelhaft gleich mir den Eindruck empfunden haben werden, daß ein großer Teil derselben in ihrer warmen Betonung auf Rechnung der Liebenswürdigkeit des Herrn Redners zu setzen ist. Überrascht hat

mich die geübte Nachsicht mit meinen Leistungen und meinem Wesen übrigens nicht, denn ich habe sie von jeher und zu allen Zeiten bei unserer Partei, die sich aus so vielen vortrefflichen und wohlgesinnten Männern zusammensetzt, mit dankbarem Herzen und immer wiederkehrend erfahren. So wird mir denn heute die ungetrübte Freude zu teil, mit Befriedigung auf eine 28jährige parlamentarische Thätigkeit zurückzublicken, auf eine Thätigkeit, die sich anrankt an die wechselnden Geschicke, Erfolge und Mißerfolge, die im Laufe der Jahre unserer Partei zu teil geworden sind.

Meine parlamentarische Thätigkeit hat eine zweimalige kurze Unterbrechung erlitten, das erste Mal 1871, als nach dem Bismarckschen Ausdruck die römische Hierarchie gegen das neugegründete deutsche Reich mobil gemacht hatte und die liberalen Reichstagsmandate in preußischen, überwiegend katholischen Gegenden weggefegt wurden, das andere Mal, als 1880 nach zweimal erfolgter Ungültigkeitserklärung meiner Wahl auch das letzte liberale Landtagsmandat aus denselben Wahlkreisen verloren ging, um nur noch einmal vorübergehend zurückerobert zu werden. Sie ersehen aus diesen Daten, wie bewegt und erregt die erste Hälfte meiner parlamentarischen Zeit verlaufen ist. Es galt hohe Ziele. Einiges davon ist erreicht, einiges aber auch wieder in die Brüche gegangen. Die Reform der preußischen katholischen Schule von Oberschlesien bis zum Niederrhein stammt aber auch aus jener Zeit des Kulturkampfs. Sie war nötig im Interesse des Gesamtvaterlands, da die katholischen Schulen um ein drittel Jahrhundert hinter den evangelischen zurückgeblieben waren. Diese Reform ist bis heute trotz der jährlichen Anfeindungen beim Etat. Dank den Falkschen Bestimmungen und dem Fortbestand der Institution der weltlichen Kreisschulinspektoren im Hauptamt, aufrecht erhalten geblieben.

Endlich ist die zweite Hälfte meiner parlamentarischen Arbeit verlaufen. Seit meinem Wahlmißerfolg in Krefeld im Jahre 1887 ist mir von den Wählern in Magdeburg einer der zuverlässigsten wirklich idealen Wahlkreise nationalliberaler

Anſchauung übertragen worden. Doch zurück von der Perſon zur Partei!

Als im Jahre 1880 mein Mandat ungültig erklärt wurde, war die nationalliberale Partei nach außen noch einig — ich erinnere nur an den ſogenannten Judaskuß auf dem Fraktionseſſen in Wannſee — es war die Ruhe vor dem Sturm —, aber nicht lange dauerte es, bis der Teil des linken Flügels, der den oſtelbiſchen Provinzen angehörte, ſich angeblich aus handelspolitiſchen, in Wirklichkeit aber mehr aus lange ſchwebenden perſönlichen Gründen, die im Reichstag obwalteten, ſich von der nationalliberalen Partei trennte und in einer neuen Partei, damals Sezeſſion genannt, vereinigte. Die Trennung war keine feindliche. Getrennt marſchieren und vereint ſchlagen, war die Loſung. Leider ſollte es anders kommen. Aus den getrennten Brüdern wurden bald feindliche Brüder, die für die ſtaatliche Entwickelung ſo einflußlos wurden, als wenn ſie ſich abgepaart hätten. Von dem Schlage, den die Sezeſſion dem gemäßigten Liberalismus verſetzte, hat er ſich bis heute eigentlich noch nicht erholt. Unſere nationalliberale Partei aber meine Herren ſchien damals allen Zuſammenhang verloren zu haben; bei der erſten die Kulturkampfgeſetze abbröckelnden Novelle ergaben ſich ebenſoviel nationalliberale Stimmen dafür wie dagegen. In Rheinland-Weſtfalen iſt dieſe Abſtimmung erſt verziehen worden, als die weiteren vier oder fünf abbröckelnden Geſetze von den Nationalliberalen einſtimmige Zurückweiſung fanden.

Dem tiefſten Stande des Parteibarometers folgte bald ein fröhlicher, erfreulicher Aufſchwung. Für die im Reichstag in erſter Linie hervortretenden wirtſchaftlichen Dinge wurde unter Führung von Miquel, Buhl, Marquardſen, Hammacher, Bennigſen durch das Heidelberger Programm eine feſtere Stellung gewonnen, im Landtag vornehmlich dank dem Auftreten unſeres Freundes v. Eynern die Parteifahne hoch wieder erhoben. Von dem Reichstag muß ich heute abſehen. Über die der nationalliberalen Fraktion des Reichstags durch das allgemeine Wahlrecht octroyierten Strömungen werden die Herren Mit-

glieder beſſer als ich Beſcheid wiſſen. Der ſtete Wechſel dieſer Strömungen erſchwert das Urteil der etwas ferner Stehenden. Die Stellung unſerer Partei im Landtag aber, meine Herren, iſt ſeit der Rekonſtruktion eine allmählich, wenn auch langſam aufſteigende geblieben, ſie iſt eine immer mehr achtunggebietende geworden. Ich behaupte das auf die Gefahr hin, ein Optimiſt genannt zu werden. Es wäre nicht das erſte Mal, wenn mir das paſſierte. Ich geſtehe, daß ich den Peſſimismus nicht für einen empfehlenswerten Berater erachte. Gern will ich übrigens zugeben, daß im Laufe der Jahre der Schein manchmal dem Verhalten der Landtagsfraktion nicht übermäßig günſtig geweſen iſt. Wieviel Kraftaufwand iſt aber auch bei der nationalliberalen Partei, die als liberale Mittelpartei eine große Doſis deutſcher individueller Geſinnungstüchtigkeit in ſich birgt, allzeit erforderlich geweſen, um eine gemeinſchaftliche Aktion herbeizuführen! Wirkt es nicht als Ergebnis dieſes bei uns ſo ſcharf ausgeprägten Individualismus, immer erneut verſtimmend, wenn an leitender Stelle die ſchärfſte, ſelbſt illoyale Oppoſition einer bevorzugten politiſchen Richtung gerne entſchuldigt wird, die Nationalliberalen aber als liebe Kinder betrachtet werden, die immer Ja ſagen müſſen und von denen man erwartet, daß ſie im Notfall einige weicher geſtimmte Parteigenoſſen beurlauben werden, um der guten Sache, von der Herr von der Recke neuerdings ſpricht, in Wirklichkeit den Wünſchen des jeweiligen Staatsminiſteriums, ein Opfer zu bringen?

Ich glaube ganz beſonders ein Aufſteigen der Partei, eine Gewährleiſtung für zukünftige günſtigere Stellung im öffentlichen Leben in der feſtern, ſo gut wie einſtimmigen Haltung erkennen und begrüßen zu dürfen, die wir im Landtag ſeit zwei Jahren ohne irgend welche Ausnahme den Vorlagen der Staatsregierung gegenüber beobachtet haben. Daß dieſe gegen früher veränderte Haltung eine der Königlichen Staatsregierung nicht günſtige war iſt nicht unſere Schuld. Bei der ſchlechten Behandlung der Städte im Lehrerbeſoldungsgeſetz, bei dem verfehlten Geſetz über die Handelskammern mit ſeinen Neben-

abſichten, bei der Unterwerfung des Richterſtandes unter politiſche Vorausſetzungen bei der Anſtellung, bei dem Kampf für die Gleichberechtigung in Beſoldung der Beamtenklaſſen mit derſelben Vorbildung, bei dem Verſuch der Unterſtellung des Vereins- und Verſammlungsrechtes unter die Diskretion polizeilicher Subaltern- und Unterbeamten u. ſ. w. ſind wir mit der ganzen Kraft gefeſteter Überzeugung der alten Tradition unſerer nationalliberalen Partei treu geblieben, neben den nationalen Aufgaben auch die liberale Entwickelung unſeres Staates hochzuhalten und zu wahren. Einer unſerer maßvollſten Redner hat mit Recht unſere Mißſtimmung als mangelndes Vertrauen zu der anſcheinend des Zieles unbewußten oder das Ziel verhüllenden gegenwärtigen Staatsleitung bezeichnet.

So ſind wir nach meiner Auffaſſung durch gemeinſame Thätigung einer Oppoſition gegen Auffaſſungen, die wir überwunden glaubten, wieder zu der Einigkeit im Geiſt gelangt, die unſere großen Erfolge in den 70er Jahren hervorgerufen hat. Wir dürfen hoffen, daß dieſe Einigkeit, wenn es uns gelingt, ſie als Richtſchnur unſeres Handelns in Zukunft unentwegt feſtzuhalten, dahin führen werde, daß wieder wie in älterer Zeit das deutſche Bürgertum weiteſter Kreiſe in der nationalliberalen Partei die rechte Verkörperung der im Volke zum Bewußtſein gekommenen politiſchen Gedanken anerkennen und ſtützen wird zur Ehre und zum Beſten des Vaterlandes.

Die nationalliberale Partei und ihre Zukunft, ſie leben hoch!!!

Personenverzeichnis.

Abkürzungen:

Fab.B.	= Fabrikbesitzer	M.	= Mitglied.
Kfm.	= Kaufmann	R.	= Rat.
Komm.R.	= Kommerzienrat	R.A.	= Reichstagsabgeordneter.
L.A.	= Landtagsabgeordneter	R. u. L.A.	= Reichs- u. Landtagsabgeordneter.

Bei den Abgeordneten ist gemäß parlamentarischem Gebrauch nur der Doktortitel, nicht der Beruf und sonstiger Titel verzeichnet.

I. Personen mit Wohnort in Krefeld.

Familienglieder bei nicht öffentlichen Beziehungen unberücksichtigt.

A.

Abels, B., Kfm. 310.
Andriessen, Gust., Fab.B. 50. 136. 144. 150. 310. 454. 592. 593.

B.

[illegible], Bibliothekar 436.
[illegible], R. H., Buchdruckereibesitzer 30. [illegible] 36. 50. 143. 144.
[illegible], Fab.B. 440.
[illegible], Fab.B. 230.
[illegible], Fab.B. 19.
[illegible], Komm.R. u. Reichsmin. 11. 20. [illegible] 30. [illegible] 34. 35. 230.
[illegible] 435.
[illegible] Beckerath 260.
[illegible] Kfm. 6.
[illegible] Oberlehrer [illegible] Syndi[illegible] 56. 57. 92. 594.
[illegible] 435.
[illegible] Fab.B. 30.
[illegible] Kfm. 424.
[illegible] 151. 152.
[illegible] 424. 432. 592.
[illegible] 15. 130. 582.
[illegible] 20. 30. 89.
[illegible] 30. 142.
[illegible] 17.
[illegible] 454.

C.

Casaretto, F. J., Fab.B. 23. 50.
Creutzberg, Stadtverordn. 424. 438.
Crous, Wilh., Kfm. 230. 435. 582.
Custodis, L., Kfm. 50.

D.

Daniels, Amtsrichter 242.
Deussen, Handelsk.-Vicepräs. 589.
Duytges, Stadtverordn. 592.

E.

Eichhoff, Zollbeamter 150.
Eicker, P. J., Kfm. 310.
Elies, W., Fab.B. 151. 153. 256. 259.
Everling, Pfarrer 588.
Dr. Evers, Prof. 144. 145.

F.

F[illegible], evangel. Pfarrer 153. 230. 256. 416. 593.
Finbrucks, Jacob, Hauptlehrer 23.
Finck, Jacob, Kfm. 56.
Finckh, Carl, Kfm. 33. 56.
Dr. Franzen, Realgymn.-Oberlehrer 50.
Frings, Gerh., Gerb.B. 310.

G.

Dr. Ganſen, Oberlehrer, ſp. Schulrat 150.
Gippers, R., Lithograph 145.
Gobbers, Wilh., Fab.B. 89. 150. 151. 153. 154. 259. 268. 289. 589.
Greeven, Ernſt, Kfm. 30. 32.
de Greiff, Emil, Geh. Komm.R. 61. 244. 347. 417. 429. 438.
—, Fritz, Stadtverordn. 259. 423. 435. 440.
—, Moritz, Stadtverordn. 435.
—, Otto, Fab.B. 460
Frau de Greiff, Wilh. 256.
Grübel, Jacob, Handl.Reiſ. 6.

H.

von Heimendahl, Aler., Geh. Komm.R. u. Fab.B. 18. 19. 30. 32. 60. 61. 62. 64. 113. 150. 230. 237. 238. 240. 244. 245. 246. 247. 417. 582.
Frau Geh.R. von Heimendahl 259.
Hennigfeld, Aug., Kfm. 50.
von der Herberg, C. H., Kfm. 32.
Hermes, Heinr., Fab.B. 33.
—, Joh., Fab.B. 30. 32.
Herzog, Pfarrer, ſp. Biſchof in Bern 153. 268.
Frau Heydweiller, Jenny, geb. von der Leyen 259.
Hildebrandt, Schreiner 6.
Hoeninghaus, Fr., Notar 9. 10. 32.
Holler, Friedr., Anſtreicher 145. 454.
Holſtein, Frz., Kfm. 460.
Holthauſen, Conr., Bankier 30. 33. 50.
Huenges, Lamb., Kfm. 33 56.

J.

Imandt, Turnlehrer 6. 10.
Jacken, Fritz, 144.
Jacobiny, G., Fab.B. 30.
Jacoby, Carl, Kfm. 50. 142. 144.
Jentges, Wilh, Fab.B. u. Mitgl. des Herrenh. 6. 8. 30. 33. 50. 89. 230. 241. 242. 244. 245. 416. 417.
Jores, L., Hauptlehrer 23. 39. 56.
Jumpertz, Bankdir. 23. 56. 75.

K.

Keller, J. P., Beigeordn. 30. 56.
von Kempen, Wilh., Kfm. 33.
Dr. Keuſſen, Herm., Stadtſchulinſpekt. 23. 50. 57. 75. 76. 144. 250. 436. 437.
Keuſſen, Nord., Stadtverordn. 432.
Kind, evangel. Pfarrer 588.
Knorſch, Arnold, Oberlehrer ſp. Rechtsanwalt 6.
Koch, Hugo, Architekt 145.
Kocher, Rud., Kfm. 33.
Königs, Carl, Handelsk.Vicepräſ. 151. 152. 231. 240.
Kopp, Rektor 438.
Kopſtadt, Hugo, Oberlehrer 6. 10. 33. 230.
Kowes, Fritz, Fab.B. 259.
Kramer, Buchbinder 6
—, Carl, Vorſ. des Wahlvereins 422. 460. 592.
Krichel, Kaplan 243.
Krüſemann, Stadtverordn. 432. 434.
Kühnen, evangel. Pfarrer 588.
Küper, Oberbürgermſtr., Geh. Reg.R. 234. 241. 244. 245. 246. 247. 252. 258. 259. 260. 428. 429. 436. 443. 589.
Frau Geh. Reg.R. Küper 260.

L.

Lauerburg, Amtsrichter 242.
Lefranc, Dechant 37. 50. 243. 438.
Dr. Limbourg, Landrat 451.
von der Linde, Carl, Fab.B. 50.
Loß, Kfm. 150.
von Lumm, Richard, Kfm. 6. 10. 30. 33. 50. 60. 156. 230. 417.

M.

Dr. Märklin, Geh. Sanit.R. 33. 50. 57.
Marcks, Baurat 435.
Matthias, Rechtsanw. 150. 151. 152. 153. 156. 245. 347. 594.
Frau Matthias-Tendering 151. 156.
ter Meer, Herm. 30. 62.
Dr. Meller, Arzt 50.
Meyer, Julius, Kfm. 6.
Meyer Meyer, Kfm. 30.
Michels, Michel, Kfm. 151.
Möhlenbeck, Kfm. 454.
Molenaar, Alfr., Bankier 151. 153. 259. 267. 433. 435.
Müller-Brüderlin, Heinr., Stadtverordn. 435.

N.

Neuhaus, Carl, Färb.B. 33.
Neumann, Hauptlehrer 23.
von Nickiſch, Theod., Rechtskonſulent 33.
Dr. Noack, Redakteur 454.

O.

Oetker, Komm.R. Stadtverordn. 435.
Ondereyck, Oberbürgermſtr. 13. 75. 76. 89.

Otto, Stadtverordn. 423. 427. 428. 433. 434. 435.
Overlach, Kfm. 11.
Overlack, F. H., Kfm. 30

P.

Pastor, Richard, Fab.B. 56.
Pauly, kathol. Pfarrer 37. 76.
Pelizäus, Theod., Stadtverordn. 90. 592.
van Pelt, Rechtskonsulent 6.
Dr. Peltzer, Oberlehrer 56.
Perpeet, Rechtskonsulent 10.
Pick, Albr., Kfm. 310.
Poplawski, Bankdirektor 590.
Pulfrich, Kfm. 151. 152. 454.

R.

Rabbertz, altkathol. Pfarrer 154. 267.
von Randow, Adolph, Bankier 230. 582. 588.
Frau von Randow 259.
Dr. Rein, Anton, Rektor 9.
Reinarz, Dechant 23. 32. 80
Reiners, Eduard, Wirt 50.
Frau Marie Anna Rhodius 259.
Risler, Aug., Fab.B. 6. 150. 230. 582.
Rottzen, Hauptlehrer 50. 76
Roos, Geh. Reg.R. u. Oberbürgermstr. 74. 75. 76. 88. 89. 90. 154. 231. 234. 241. 248. 250. 265. 266.
Frau Geh.R. Roos 256. 259.

S.

Dr. Schauenburg, Geh. Reg.R. u. Realgymnasialdir. 18. 145. 230. 311. 507. 523. 593.
[illegible], Adolf, Fab.B. 50.
[illegible] Gustav Scheibler 256.
[illegible], J. A., Gerichtssekr. 9. 18. 56.
[illegible], Wilh., Fab.B. 37
[illegible], Rudolf, Stadtverordn. 438.
[illegible], Polizeiinsp. 427.
[illegible], Peter, Photograph 145.
[illegible], Pfarrer u. Superint. 153. 154. [illegible]
[illegible], J., Kfm. 56
Dr. [illegible], Arzt 9. 10. [illegible] 57.
[illegible], Rechtsanwalt 460.
[illegible], Kfm. 10.
[illegible], Fab.B. 30.
[illegible], Stadtverordn. 33
[illegible], Stadtverordn. 438. 592.
[illegible], Fab.B. 36
[illegible], Fab.B. 32
Schuller, Beigeordn. 154. 241. 313.
Schütz, evangel. Pfarrer 37. 154. 230.
Schulz, August, Handl.Reis. 6.
Dr. Schwabe, Dir. d. Realgymn. 145. 150. 151. 454. 460. 592. 593.
Seyffardt, Ernst H., Musikdir. 592.
—, Heinrich, Komm.R. 451. 589.
Sohmann, C. C., Bankier 30.
Dr. Soldan, Prof. 134. 142. 144. 151. 153. 453. 454.
Starck, Beamter der Armen-Dep. 144.
—, evangel. Pfarrer 438. 588.
Stomps, Beigeordn. 589.

T.

Tack, Präs. d. Landwehr-Unterst.-Vereins 588. 593.
Dr. Tendering, Herm., Arzt 18. 32. 230.
Tietz, Kaplan, 37. 56. 154. 242. 346.
Dr. Tillmanns, H., Fab.B. 50. 152.

U.

Dr. Ursey, Sanit.R. u. Beigeordn. 154. 241. 242. 243. 251. 256. 423. 424. 426. 432. 433. 434. 435. 437. 438. 589.

V.

Vollmeyer, J. M., Fab.B. 9. 30. 32. 33.

W.

Dr. Waldschmidt, Beigeordn. 428. 429.
Dr. Wehrmann, Mädchenschuldir. 589.
Dr. Weise, Oberlehrer 453.
Welter, Carl, Kfm. 6. 10. 50.
Wenzel, Schauspieldir. 17.
Dr. Wespy, Mädchenschuldir. 589.
Dr. Westenberger, Chefredakt. 421. 423. 454. 592. 593.
Weyer, Gust., Schneider 50.
Winnertz, P. jun., Kfm. 30.
Wolff, Amtsrichter, sp. Landgerichtsdir. 242.
Dr. Wolffgarten, Schulrat 437.
Dr. Wollseiffen, Gymnasialdir. 150. 421. 423.
Wunderlich, Schneider 35.

Z.

Zarden, Bureauvorst. 440
Ziegler, Herm., Kfm. 460
Ziellenbach, Herm., Bierwirt 38.
Zinober, Kfm. u. Stadtverordn. 454.
Zohlen, Carl, Fab.B. 50. 56. 57. 150. 152. 153. 154
—, Emil, Fab.B., 56.
von Zuccalmaglio, Bankdir. 58. 153.

II. Personen mit Wohnort außerhalb Krefeld.

A.

Dr. Abegg, Schatzmstr. d. Ver. f. Volksbild., Berlin 452.
von Albedyll, kommand. General, Münster 587.
Dr. Althoff, Ministerialdir., Berlin 594.
von Ammon, Appell.Ger.R., Köln 34.
Andries, Oberlehrer, Nippes 293. 452.
Dr. Arendt, L.A, Berlin 500. 501. 506.
Arntz, Landgerichtsdir., Düsseldorff 241.
Graf Auersperg, gen. Anast. Grün, Wien 92.
Augusta, Deutsche Kaiserin, 249. 251. 261. 262. 444.
Aulicke, Geh. Reg.R., Berlin 80.

B.

Baare, Geh. Komm.R., Bochum 107. 110.
Bachem, Albert, Redakteur, Köln 460.
Dr. Bachem, Carl, R. u. L.A., Köln 403. 421. 423. 430. 500. 536.
Bachem, Julius, L.A., Köln 188. 191. 347. 349. 350.
Großherzog u. Großherzogin von Baden 444.
von Balan, preuß. Gesandter, Brüssel 61.
Dr. Baldamus, R.A., Gerlebogk 45.
Dr. Bamberger, Ludw., R.A., Berlin 46. 47. 95. 113. 239. 420.
von Bardeleben, Oberpräs., Koblenz 147.
Bars, Rektor, Siegen 296.
Bartels, L.A., Berlin 569.
Dr. Barth, Marquard, Mitgl. d. Zollparl., Leipzig 45. 46.
Bartholomäus, Rektor, Hamm 295. 301.
Dr. Basse, Konsist.R., Frankfurt a. M. 589.
Bassermann, badisch. L.A. 3. 9.
—, R.A., Mannheim 458. 459.
Baudri, Weihbischof, Köln 81.
Dr. Bauer, Kreisschulinsp., Moers 79.
Dr. Bausch, Beigeordn., Düsseldorf 449.
Baussart, Gebr., Wähler, Xanten 352.
Becker, Gerichtsschreiber, Geilenkirchen 2.
—, Oberbürgermstr., Köln 250. 266.
Becker-Oldenburg, R.A. 45. 231.
Beckmann, W., Maler, Düsseldorf 151.
Beisert, L.A., Berlin 236.
von Benda, R. u. L.A., Berlin 172. 468.
Dr. von Bennigsen, R., R. und L.A., Hannover 23. 25. 34. 42. 232. 312. 314. 315. 316. 317. 455. 458. 468. 591. 598. 600.
Dr. Bergenroth, L.A., Thorn 175. 176.
Berger, Louis, L.A., Witten 25. 171.
Frhr. von Berlepsch, Handelsminister, Berlin 450. 466. 467. 534.
Berling, L.A., Büchen 388.
Bert, Paul, franz. Deputierter 226.
Dr. Bertram, Schulrat, Berlin 272.
Dr. von Beughem, Kreisgerichtsdirektor, Koblenz 38.
Dr. Beumer, Gen.Sekr., Düsseldorf 293. 453. 455.
Dr. Beyschlag, Prof., Halle 589.
von Bismarck, Fürst, Reichskzlr., Berlin 26. 34. 42. 46. 47. 48. 112. 113. 130. 146. 147. 148. 150. 156. 162. 163. 164. 171. 172. 190. 214. 215. 231. 232. 237. 254. 268. 303. 312. 313. 314. 316. 331. 367. 369. 370. 467. 472.
von Bitter, Finanzminister, Berlin 221. 248.
Bleichröder, Bankier, Berlin 19.
Bloem I, Rechtsanw., Düsseldorf 231.
Dr. Blum, Hans, R.A., Leipzig 43.
Blum, Robert, Abgeordn. 43.
Bock, L.A., Marburg 57.
von Bockum-Dolffs, L.A., Völlinghausen 162. 171.
Dr. Bode, Geschäftsführer, Hildesheim 306.
von Boenninghausen, Landrat, Kempen 270.
Dr. Böttcher, Friedr., R.A. Berlin 314. 315.
Böttticher, Oberbürgermstr., Magdeburg 320. 420. 468.
Dr. Bonitz, Geh. Oberreg.R., Berlin 376. 379.
Borchardt, Rechtsanw., Königsberg 8.
Dr. van der Borght, L.A., Aachen 469. 477.
Born, L.A., Magdeburg 235.
Dr. Bosse, Kultusminister 437. 535. 536. 549. 551. 565. 567. 568. 574. 576. 578. 579. 580. 594.
Bräm, J., Vors. d. Kirchenvorst., Xanten 352.
Dr. Bräutigam, Oberlehrer, Leipzig 136.
Dr. Brandenberg, Kreisschulinsp., Köln 79.
Dr. Brandes, Th., Pfarrer, Göttingen 133.
Dr. Braun, Carl, R. u. L.A., Wiesbaden 46. 90. 92. 104. 111. 115.
Brefeld, Handelsminister, Berlin 589.
Dr. Brentano, Prof. d. Nat.Ök., Leipzig 269.
von Brockhausen, L.A., Dramburg 466.
Brömel, R. u. L.A., Stettin 94. 113. 239.

Dr. Bruel, L.A., Hannover 175. 480. 484.
Brütt, L.A., Rendsburg 450. 466.
Bueck, Generalsekr., Berlin 107. 110. 135. 449. 450. 457.
Burgers, R.A., Köln 32.
Dr. Bürklin, R.A., Karlsruhe 458.
Busing, R.A., Schwerin 419.
Dr. Buhl, Armand, R.A. u. V.Prsf., Teidesheim 239. 419. 420. 455. 600.
Buls, Oberburgermstr., Brüssel 271.
Dr. von Bunsen, L.A., Berlin 375.
Burghardt, L.A., Lauban 590.

C.

Camphausen, Finanzminister, Berlin 160. 161.
, Maler, Düsseldorf 151
v. n Caprivi, Ministerprsf., Berlin 494.
Frau Schulrat Cauer, Berlin 462.
Cegielski, L.A., Posen 528.
Cl. hal, L. Staatsanw., Kassel 260.
Graf Clair. n d'Haussonville, L.A., Kassel 173. 175. 325. 491
Cl. ben Kais. mann, Fab B., Köln 147. 148.
Claudius, Heinr., Vors. d. Bürgerschaft, Bremen 111.
Dr. Cohn, Prof. d. Nat.Ök., Göttingen 269.
Dr. C. nrad, Prof. d. Nat.Ök., Halle 311. 475.
C. r. (r. R.A., Aachen 45.
C. ver u. Ab. rdn., Brüssel 271.
C. mer, Paul Gemeinderat, Mülheim [illegible] 145.
C. [illegible] Halle 417. 421. 423
C. [illegible] Köln, Aachen 417
Dr. [illegible] R. u. L.A. Berlin 235. [illegible] 485.

D.

[illegible] Hamburg 110.
[illegible] 179. 180. [illegible] 197. [illegible] 200. 202. 206. [illegible] 208. [illegible] 342. 347.
[illegible] 231
[illegible] Berlin 48.
[illegible] 504. 506.
[illegible] 292
[illegible] 45
[illegible] 419.
[illegible] 582

Duvigneau, R.A., Magdeburg 320. 420. 422. 468. 476. 477.
Duncker, Bürgermstr., Berlin 263.
—, Franz, R.A., Berlin 57. 131. 132. 133. 134. 232.

E.

Eberty, R. u. L.A., Berlin 263. 264.
Eländer, Rechtsanw., Köln 154.
Eilers, L.A., Gifhorn 223.
Eilert, L.A., Bonn 590.
Ellwanger, Geh.R., Berlin 89.
Emundts, Oberburgermstr., Aachen 8.
Dr. Endemann, R.A., Bonn 149
Dr. Enneccerus, R. u. L.A., Marburg 458. 491.
Dr. Erkelenz, Mädchenschuldir., Köln 272.
Ernst, Beigeordn., Elberfeld 449.
Graf von Eulenburg, Fritz, Minister, Berlin 48.
Graf zu Eulenburg, Staatsmin. u. Oberprsf., Berlin 264. 499.
Euler, Otto, Rechtsanw., Düsseldorf 242.
von Eynern, L.A., Barmen 149. 316. 419. 456. 458. 479. 491. 527. 593. 598. 600.

F.

Dr. Falk, Kultusminister, Berlin 82. 83. 136. 147. 150. 156. 167. 169. 176. 214. 215. 227. 228. 247. 249. 251. 274. 278. 280 286. 289 293. 294. 331. 334. 341. 420 492. 493. 594. 599.
Dr. Faucher, Schriftsteller, Berlin 90. 95 96
Dr. Fenkelnburg, Geh. Reg.R., Bonn 305.
Fischer, Frz., Justizrat u. Stg., Berlin 94.
Fenkel, R.A., Neburg 45
Dr. [illegible] Fenkenbach, Oberburgermstr., Berlin 55. 145. 263 312. 313. 314. 315.
Francke, R. u. L.A., Berlin 234. 320. 419 420. 479 582.
Fr. [illegible] von Frankenstein, Bürgerprsf. d. R., Breslau 314.
Dr. Franz, L.A., Breslau 187. 188.
Franz Joseph Kaiser von Österreich 583 584.
Dr. Friedericsen, Prof., Kopenhagen 95.
Fr. [illegible] Fürst, Tischler 13
Fr[illegible], Kgl. Baumstr. Aachen 418.
Dr. Fr[illegible]berg, R. u. L.A. Halle 491 590.
Dr. Fr[illegible]thal Staatsmin. a. D., Berlin 200 261
Fr[illegible], L.A., Remscheid 419.
Fr. [illegible] d. Gr. König von Preußen 221.
Friedrich VIII., Schleswig Holstein 27.

Friedrich Wilhelm III., König von Preußen 4.
Friedrich Wilhelm IV., König von Preußen 3. 164.
Friedrich Wilhelm, Kronprinz, sp. Friedrich III. 168. 420.
Fritzen, R. u. L.A., Dülken 318.
Frommel, Kfm., Augsburg 107.
Fubel, L.A., Halle 176.
Fuchs, Geh. Fin.R., Karlsruhe 260.
von Funck, General 587.

G.

Gärtner, Carl, L.A., Magdeburg 235. 315. 319. 320. 419.
Gau, Stiftsherr, Aachen 80.
Geibel, Carl, Duncker & Humblot, Leipzig 129.
Geissel, Erzbischof 80.
Frhr. von Gemmingen, Oberst, Generalstabschef, Berlin 587.
Dr. Gensel, Handelskammersekr., Leipzig 122.
Dr. Georgi, Oberbürgermstr., Leipzig 262.
Georgi sen., Buchdruckereibes., Bonn 136. 146. 294.
Dr. Georgi, Carl, Rechtsanw. u. Buchdruckereibes. 455.
Gercken, Oberlehrer, Perleberg 312.
Dr. Gerlich, Landrat, Schweiz 398.
Germar, Geh. Reg.R., Berlin 545.
Gladstone, engl. Minister 587.
Dr. Gneist, R. u. L.A., Berlin 93. 175. 176. 191. 235. 347. 368. 420.
Dr. Goebel, Prof., Halle 589.
Goldschmidt, L.A., Berlin 362.
Gordon, engl. General 587.
Dr. von Goßler, Kultusminister, Berlin 175. 218. 251. 289. 341. 342. 343. 409. 493. 508. 511. 550. 561.
Grad. Schriftsteller, Straßburg 126.
Dr. Graf, L.A., Elberfeld 417. 419. 507. 524. 539.
Grau, Ingenieur, Essen 142.
Greef, Komm.R., Viersen 36.
Greßler, Hauptlehrer, Barmen 455.
Grillenberger, R.A., Nürnberg 236. 423.
Grimm, L.A., Frankfurt a. M. 419. 491.
Dr. Grimm, L.A., Wiesbaden 419.
von der Gröben, L.A., Lyck 159.
Gropius, Mart., Baumstr., Berlin 231.
Grotefend, Geh. Reg.R., Trier 150.
Günther, L.A., Naumburg 57.

H.

Hache, Oberbürgermstr., Essen 307.
Dr. Haenel, R. u. L.A., Kiel 422.
von Hagemeister, Reg.Präs., Düsseldorf, sp. Oberpräs. Münster 249. 251. 252. 343.
Hagen, Prof., Aachen 2.
—, L.A., Berlin 160.
Hahn, L.A., Berlin 457.
Haker, Geh. Komm.R., Stettin 231.
Dr. Hammacher, R. u. L.A., Berlin 34. 45. 94. 420. 458. 459. 591. 598. 600.
Frhr. von Hammerstein, L.A., Berlin 173. 175.
Hamspohn, Kfm., Köln 272. 294. 295.
Hanne, Pastor, Hamburg 304.
von Hartmann, Major, Generalstabschef 587.
Hartwich, Amtsrichter, Düsseldorf 323.
Dr. Hassel, Geh. Reg.R., Leipzig 445.
Haßler, Fab.B., Augsburg 107. 119. 121. 123.
Haupt, Prof., Halle 589.
Hausmann, L.A., Düsseldorf 232. 590.
—, L.A., Lauenstein 590.
Heine, Hutmacher, Halberstadt 134.
Heineken, L.A., Frankfurt a. M. 419.
Helbig, Reichst.Kand. 423.
Dr. Held, Adolf, Prof. d. Nat.Ök., Berlin 115. 117. 120. 126. 136. 137. 138. 141. 146. 148. 149. 150.
Hempel, Lehrer, Magdeburg-Neustadt 468.
Hengsbach, Reichst.Kand. 423.
von Hennig, R.A. 34.
Herbertz, Wilh., L.A., Urdingen 35. 38. 64. 90. 95. 96. 231.
von Hergenhahn, L.A., Frankfurt a. M., 419.
Dr. Herkner, Prof. d. Nat.Ök. 449.
Hermes, L.A., Berlin 382. 387.
Herse, Bürgermstr., Posen 307.
Dr. Heyden, Handelskammersekr., Essen 308.
Dr. Heyer, Kreisschulinsp., Düsseldorf 79.
Frhr. von Heyl, R.A., Worms 456.
Hilgers, Dir. d. Realgymn., Aachen 32. 418.
Hobrecht, Staatsminister, L.A., Lichterfelde 235. 347. 371. 374. 397. 418. 420. 458. 468. 491. 591. 593. 594. 598.
von Hochwächter, L.A., Lanten 352.
Hölder, Vicepräs. d. R., Stuttgart 314.
Hoenig, Pastor, Heidelberg 304.
Höpfner, Kurator d. Univers., Göttingen 311.
—, Pastor, Bremen 262.
Höppner, L.A., Tonnin 501.
Hoffmeister, L.A., Remscheid 146.
Dr. Hofmann, L.A., Berlin 145. 376.
Fürst Hohenlohe-Langenburg, R.A., Straßburg 313.

Fürst von Hohenlohe Schillingsfürst, Reichskzlr., Berlin 44.
Holtermann, L.A., Stade 458. 598.
von Holtz, L.A., Alt-Marrisch 397. 404.
Dr. von Holtzendorff, Prof., Berlin 131.
Horn, L.A., Goslar 590.
Hosius, R.A., Duisburg 42. 43.
Hoyermann, L.A., Hannover 590.
Hubbe, Ält. d. Kaufmschft., Magdeburg 321.
Dr. Hubler, Geh. Ob.Reg.R., Berlin 154.
Graf Hue de Grais, Reg.Präs., Potsdam 261.
von Huene, L.A., Berlin 374. 490. 569.
Hufschmidt, Lehrer, Unna 137. 294.
van Humbeeck, Unterr.Min., Brüssel 271.
Hundt von Haften, L.A., Berlin 95.

J.

Gräfin von Itzenplitz, Charlotte, Berlin 262. 444.
von Itzstein, bad. L.A. 3.
Dr. von Jacobi, Wirkl. Geh.R., Berlin 375. 444.
Jäger, Oskar, Gymnasialdir., Köln 460.
Jameson, Freibeuter, Transvaal 587.
Dr. Jansen, L.A., Dülken 232.
Jerusalem, L.A., Ürdingen 242. 430.
Dr. Johannes, Geschäftsführer, Köln 460. 592.
Jordan, M. d. Zollparl., Teidesheim 45.
, L.A., Saarbrücken 319. 418. 419.
Jürgensen, L.A., Husum 418. 458.
Jung, Georg, L.A., Köln 32. 148. 162. 250.
Junghann, L.A., Hanau 590. 593.

K.

Kaiser, Oberbürgermstr., M.-Gladbach 294.
Kalle, Fritz, R. u. L.A., Wiesbaden 131. 262. 291.
Graf Kanitz, R. u. L.A., Podangen 456.
Kannenfeiser, Oberstaatsanw., Magdeburg [illegible]. 34. 35. 38. 41. 57. 82. [illegible] 477.
Kannengießer, Oberlehrer, Schalke 455.
von Kardorff, R. u. L.A., Wabnitz 466.
[illegible], Kfm., Aachen 418.
[illegible], Berlin 34. 57.
[illegible], Hannover [illegible].
[illegible], Breslau 187. 190.
[illegible], London 26.
[illegible] 430.
[illegible] 304.
[illegible] 594.
[illegible] 134. 136.

Klein, Reichst.Kand. 57.
Kloppel, L.A., Jena 163. 164.
von Knapp, L.A., Barmen 588. 590.
Dr. Knapp, Prof. d. Nat.Ök., Straßburg 269.
Knauer, L.A., Altona 419.
Knebel, L.A., Köln 418. 419. 450. 458. 464. 465. 542. 582.
von dem Knesebeck, Kammerherr, Berlin 444.
Knörcke, L.A., Berlin 547. 567.
Dr. Knoodt, Prof., Bonn 153.
Knops, Direktor, Siegen 262.
Knyrim, Kfm., Magdeburg 422. 477.
Dr. Koch, Reichsbankdir., Berlin 589.
Koch, R.A., 45.
Kochhann, Stadtverordn.Vorst., Berlin 19.
Kohler, Gewerbeschuldir., Bielefeld 295.
von Kölichen, L.A., Kitlitztreben 502. 504. 505. 531. 534.
Königs, Ob.Reg.R., Düsseldorf 231. 259.
Körner, Kfm., Magdeburg-Neustadt 477.
Kohnstamm, Kfm., Amsterdam 95.
Konitzer, Oberlehrer, Köln 148.
Kopp, Fürstbischof, Breslau 422.
Dr. Krätzig, Geh.R., Berlin 268.
Krah, L.A., Flensburg 415.
Dr. Krause, L.A. u. Vicepräs., Berlin 458. 593.
von Kreß, Vorst., Nürnberg 594.
Kribben, Schuldir., Aachen 418.
von Kröcher, L.A., sp. Präs. d. Abg.H., Binzelberg 219.
Kronenberg, Kaplan, Aachen 129.
Dr. Kropatscheck, R. u. L.A., Berlin 173. 297. 325. 361. 365. 366. 367. 371. 500. 510. 524. 533. 539. 540. 594.
von Kubeck, Volkswirt, Wien 112.
Dr. Kugler, Wirkl. Geh.R., Berlin 556. 594.
von Kuhlwetter, Reg.Präs., Aachen 80.
Dr. Kuppers, Kreisschulinsp., Mülheim a. Rh. 79.
Kuntze, Oberbürgermstr., Plauen 307.

L.

von Ladenberg, Kultusminister, Berlin 400. 536.
Lammers, Aug., L.A., Bremen 111. 262. 304. 305. 306. 307. 308. 449.
Dr. Lange, Friedr., Vereinsvorstand, Berlin 502.
Dr. Langerhans, L.A., Berlin 175. 176. 323. 372. 373. 571.
Lantz, R.A., Trier 45.
Dr. Lasker, R. u. L.A., Berlin 34. 42. 43. 46. 49. 57. 231. 232. 313. 420.

Lauenstein, L.A., Lüneburg 156. 159. 171.
Lehr, Oberbürgermstr., Duisburg 308.
Leibing, Franz, Generalsekr., Berlin 131. 292.
Lekebusch, Redakteur, Bonn 149.
Dr. Lieber, R. u. L.A., Camberg 403. 534.
Liebermann, Bankier, Berlin 19. 231.
Graf zu Limburg-Styrum, R. u. L.A., Gr.-Peterwitz 376. 430.
Lindemann, Oberbürgermstr., Düsseldorf 266.
Lippert, Generalsekr., Berlin 292.
Listemann, Generaldir., Magdeburg 320. 420. 468.
Frhr. von Loë, Generaloberst, Koblenz 422.
Frhr. von Loë, L.A., Terporten 534.
Dr. Loening, Otto, Hamm 4. 25.
Dr. Löwe-Calbe, R. u. L.A., Bochum 46. 171. 509. 510.
Löwenberg, Geh. Ob.Reg.R., Berlin 155.
Löwenstein, L.A, Senatspräs. Reichsgericht, Leipzig 171. 594.
Dr. Lohmann, L.A, Hagen 590.
Loth, Dir. d. Realgymn., Ruhrort 145.
Louis Philipp, König der Franzosen 7.
Lucanus, Chef des Civilkabinetts, Berlin 509.
Dr. Lucius, Landwirtschaftsmin., Berlin 376. 378.
von Luck, R.A., Berlin 42
Ludowieg, L.A., Harburg 479. 491.
Prinz Ludwig von Hessen 132.
Ludwig-Wolf, Stadtrat, Leipzig 262. 264. 445. 593.
Lüders, Geh. Ob.Reg.R., Berlin 375.

M.

Mahraun, Seminardirektor, Pr. Eylau 172. 174.
Dr. Majunke, L.A., Berlin 203. 205.
Makower, Rechtsanw., Berlin 131. 290.
von Mallinkrodt, L.A., Nordborchen 176.
Manchot, Pastor, Hamburg 304.
Frhr. von Manteuffel, Ministerpräs., Berlin 31.
Dr. von Marquardsen, R.A., Erlangen 145. 239. 419. 420. 455. 590. 594. 598. 600.
Marx, Carl, Redakt. d. N.Rh. Ztg., Köln 13.
von Massenbach, Reg.Präs, Düsseldorf 80.
Dr. Matthes, Oberlehrer, Witten 293.
von Maybach, Minister d öffentl. Arbeiten, Berlin 317. 378.
Mayer, Carl, Buchhdlr., Aachen 417. 418.
Meier-Bremen, Präsid. d. Nordd. Lloyd, Bremen 42. 420.
Melbeck, L.A., Düsseldorf 419.
Melchers, Erzbischof, Köln 81.
Dr. Menzel, Carl, Prof., Bonn 149.
Mercier, franz. General 586.
Fürst Metternich, Ministerpräs., Wien 150.
Metz, R.A., Darmstadt 25.
Mevissen, Geh. Komm.R., Godesberg 231.
Dr. Meyer, Alex., R. u. L.A., Schriftsteller, Berlin 19. 95. 96. 111. 112. 231. 320. 417.
Dr. Meyer, Georg, R.A., Jena 419. 420.
Dr. Meyer, Jürgen Bona, Prof., Bonn 132. 134. 137. 138. 139. 141. 142. 147. 230. 294. 295. 300. 304. 454. 455.
Meyersfeld, Advokat, Braunschweig 95.
Dr. von Miaskowski, Prof. d. Nat.Ök., Leipzig 269.
Frhr von Minnigerode, L.A., Berlin 281. 363. 381. 387.
Dr. von Miquel, Finanzmin., Berlin 42. 131. 133. 376. 431. 455. 462. 463. 466. 468. 472. 475. 554. 562. 564. 566. 567. 569. 580. 590. 591. 600.
Möller, R. u. L.A., 458. 461. 590.
—, kgl. Reg., Köln 13.
von Möller, Reg.Präs., Köln 80.
Dr. Moldenhauer, Prof., Köln 147. 460. 592.
Moll, Oberbürgermstr., Mannheim 19.
Graf Moltke, Gen.Feldmarschall, Berlin 150. 156.
Dr. Mommsen, Prof., Berlin 19. 230.
Mooren, L.A., Eupen 357. 358. 359.
Mosle, Rfm., Bremen 19.
Dr. Mosler, R. u. L.A., Trier 318. 400.
Dr. von Mühler, Kultusmin., Berlin 80. 203. 227. 228. 268. 281. 289. 332. 403. 482. 494.
Müllensiefen, Fab.B., Crengeldanz 25.
Müller, R.A., Sangerhausen 419.
Dr. Müller, Sigismund, Vorsitz., Frankfurt a. M. 27.
Dr. Münsterberg, Emil, Stadtrat, Berlin 263. 417. 445 448. 588. 593.
Mulvany, Präs. d. Ver. f. d. g. wirtsch. Interessen, Düsseldorf 231. 238.
Murzell, Reverend, London 230.

N.

Napoleon I., franz. Kaiser 587.
Dr. Nasse, Erwin, Prof. d Nat.Ök., Bonn 109. 115. 116. 126. 171. 269. 305.
Dr. Nasse, Geh. Med.R., Bonn 305.
Natorp, Konsist.R., Düsseldorf 305.
Dr. Natorp, L.A., Essen 142. 293. 296. 300. 327. 419.

Neubauer, Älteſt. d. Kaufl., Magdeburg 321.
Neumann, Prof. d. Nat Ök, Tübingen 269.
Dr. Neuß, Dir. d. Realgymn., Aachen 418.
Newman Hall, Reverend, London 230.
Niedick, Komm.R., Lobberich 270.
Dr. Nippold, Prof., Jena 589.
Nölle, L.A. 590.
von Nyvenheim, Landgerichtsrat 23.

O.

Öchelhäuſer, R.A., Deſſau 419. 420.
Öſterreich, R.A., Braunſchweig 45.
Ohly, Oberbürgermſtr., Darmſtadt 264. 449.
Olin, Abgeordn., Brüſſel 271. 273. 275.
Ollivier, franz. Juſtizmin 47.
Olzem, L.A., Bonn 419. 479. 501. 582.
Oppenheim, H. B., Schriftſt., Berlin 19. 90.
Dr. Oſann, R.A., Darmſtadt 458. 593.
Oſtendorf, L.A., Lippſtadt 18.
Oſtwald, Lehrer, Witten 138. 139.
Dr. Oswalt, L.A., Frankfurt 590.

P.

Dr. Paaſche, R. u. L.A., Berlin 417. 468.
Pabſt, Oberburgermſtr., Weimar 308.
Pache, Oscar, Schuldir., Leipzig-Lindenau 132. 300.
Parisius, L.A., Schriftſt., Berlin 156. 232.
Pauly, Geſchäftsführer, Berlin 468.
Pauli, Fritz, R.A., Köln 45.
Dr. Paulſen, Prof., Berlin 311. 507. 512.
Dr. Paur, L.A., Görlitz 174.
Perger, L.A., Münſter 175. 188. 201. 203. 213. 216. 357. 358. 528.
Perthes, Oberlehrer, Bielefeld 312.
Peters, Jak., Rim., Elberfeld 236.
—, Th., Bergmeiſter, Berlin 502.
Petersen, W. d. J. Rvarl., Straßburg 45.
Petzold, Geh. Reg.R., Berlin 555.
Dr. Petri, L.A., Kaſſel 232.
Pfeiffer, Schriftſt., Berlin 110.
Dr. Pfordt, R.A., Naumburg 580. 594.
Pieper, Ober-Inſp., Nordhauſen 311.
Pilet, Rit. d. Komiſchft., Magdeburg 321.
Pius IX., Papſt, Rom 155.
Popp, Wilh., Magdeburg 422.
Prange, Gymn.-L., Rim., Hanau 236.
Prand, Oek. R., Göttingen 43. 594.
Pr. ten, L.A., Magdeburg 175. 176. 214.
Prinz von Hohenlohe, L.A., Wehrum 505. 514.
Prinz Hohenlohe-Ingelfingen, Oberpr. d., Koblenz 80.
Dr. v. Putkamer-Jordansmühl, Schriftſt., Berlin 201.
Prince-Smith, Privatgel., Berlin 90. 92.
Puricelli, Gebr., Gasfabr. Rheinhöllerhütte 431.
von Puttkamer, Min. d. Innern u. des Kultus, Berlin 159. 163. 175. 176. 221. 224. 249. 250. 274. 286. 289. 318. 341. 342.

Q.

Quandt, Kanzleirat, Berlin 94.

R.

Fürſt Radziwill, Berlin 268.
Rantzau, Graf 164.
vom Rath, Arthur, Kfm., Köln 149.
vom Rath, Landger.R., Düſſeldorf 242.
Herzog von Ratibor 155.
von Rauchhaupt, L.A., Storckwitz 171. 281. 347.
Raumer, Kultusmin., Berlin 494.
von der Recke, Min. d. Innern, Berlin 466. 588. 601.
Reichardt, L.A., Magdeburg 319. 422. 479. 475. 477. 593.
Dr. Reichensperger, Aug., R. u. L.A., Köln 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 154. 155. 187. 236. 363.
Reincke, Vorſ. d. Handelsſt., Altona 19. 231.
Reinkens, Biſchof, Bonn 147. 154. 267. 268.
Reitz, Chemnitz 126.
Dr. Frhr. von Reitzenſtein, Reg.Präſ. a. T., Freiburg i. B., 264. 449.
Dr. Reuſcher, R.A., Cannſtadt 57.
Frhr. von Rheinbaben, Min. d. Innern 589. 594.
Rheinen, Prem.L. u Komp.Führer, Düſſeldorf 13.
Richter, Bankdirektor, Köln 590.
—, Bankdirektor, Mannheim 590.
—, Eugen, R. u. L.A., Berlin 488.
—, Sangerhauſen, L.A., Mariendorf 174.
Rickert, R. u. L.A., Danzig 93. 94. 290. 291. 292. 313. 314. 315. 316. 398. 406. 452. 456. 488. 500. 531. 571. 594.
Rittershaus, Tichter, Barmen 142. 149. 280. 293. 452. 453.
von Rittinghauſen, R.A., Köln 236.
von Rochau, A. L., R.A., Heidelberg 26. 43.
Roeben, R.A., Aurich 45.
Dr. Rocherath, L.A., Köln 187. 208. 209. 216.
Roemer, R.A., Hildesheim 45.
Roesick, R.A., Deſſau 450.
Roſtel, Hugo, L.A., Landsberg u. Berlin 262. 292. 449. 452.

Roß, R.A., Hamburg 45.
Rudolf, Kronprinz von Österreich 584.
Dr. Ruland, Kreisschulinsp., Kempen 79.
Rupp, Pred. d. n. freirelig. Gemeinde in Königsberg 4.

S.

Sander, L.A., Elze 582. 590.
Dr. Sattler, R. u. L.A., Berlin 418. 419. 458. 462. 463. 534. 582. 588. 593. 596.
Schärttner, Kfm., Hanau 14.
Dr. von Schauß, M. d. bayr. lib. P., München 46. 314.
Schellen, Dir. d. Realgymn., Köln 145.
von Schenckendorff, L.A., Görlitz 361. 387. 407. 417. 418. 419. 504. 505. 527.
Schierer, Kfm., Breslau 94.
Schlüter, Rechtsanw., Witten 138. 232.
Dr. Schmeding, Prof. am Realgymn., Duisburg 145. 311. 455.
Schmelzer, Gymnasialdir., L.A., Hamm 294. 454. 455. 501.
Schmidt, Peter, Komm.R., Magdeburg 422.
Schmieding, L.A., Dortmund 419. 430.
Schmitz, kath. Pfarrer u. L.A., Bockum 10.
Dr. Schmoller, Prof. d. Nat.Ök., Berlin 114. 126. 127. 128. 130. 269. 449. 450. 451.
Schneider, Geh. O.Reg.R. i. Min., Berlin 520. 555.
Schneider, Oberbürgermstr., Magdeburg 593.
Schoof, L.A., Ritsch 457.
Dr. Frhr. von Schorlemer-Alst, R. u. L.A., Alst 174. 194. 334. 387. 404. 490.
Schrader, Rektor, Minden 295.
Schramm-Striegau, Rud., Schriftst. 26.
Schrammen, Oberlehrer, Köln 150. 151.
Schröder, R.A., Berlin 304.
von Schuh, 1. Bürgermstr., Nürnberg 446.
Schulte, Pfarrer, Erwitte 195.
Dr. von Schulte, Prof., Bonn 150.
Dr. Schultz, L.A., Bochum 419. 593.
Dr. Schulze-Delitzsch, R.A., Potsdam 25. 32. 131. 132. 133. 134. 290. 291. 420.
Schwabe, Statistiker, Breslau 313.
Seer, L.A., Nischwitz 418. 419. 582.
Sernau, Direktor, Magdeburg 477.
Seyd, Nat.Ök, London 103.
von Seydewitz, Präs. d. R, Berlin 314.
Seyffarth, L.A., Liegnitz 175. 176. 339.
Sieg, R. u. L.A., Raczyniewo 590.
Siegle, R.A., Stuttgart 240. 594.
Simon, Eisenbahndir. u. L.A., Berlin 458. 598.
Simons, Louis, Kfm., Elberfeld 236.
Dr. Simson, Präs. d. R. 42. 44. 48. 231.
Dr. Soetbeer, Prof., Göttingen 19. 94. 96. 231.
Sombart, Prof. d. Nat.Ök., Breslau 449.
—, R. u. L.A., Berlin 43. 594.
Dr. Spahn, R. u. L.A., Leipzig 328.
Splittgerber, V., Redakt., Magdeburg 467.
von Stablewski, L.A., Posen 329.
Stähle, Gemeinderat, Stuttgart 445. 593.
Stahlberg, Kfm., Stettin 19.
Starcke, Geh. Reg.R., Berlin 468.
Frhr. von Stauffenberg, R.A., Rißtissen 45. 313.
Stegmann, Handelskammersekr., Remscheid 300.
Dr. Steinbart, Dir. d. Realgymn., Duisburg 145. 272. 311. 418
Steinbusch, L.A., Wissen 331. 334.
Dr. von dem Steinen, Arzt, Düsseldorf 452. 453.
Steinmann, L.A., Gumbinnen 320.
Stengel, L.A., Staßfurt 320.
Stenglein, M. d. bayer. lib. P., München 46.
Stephan, Geh. Komm.R., Königsberg u. Berlin 19. 110. 230. 231.
Dr. Stephani, R.A., Leipzig 314.
Stern, L.A., Frankfurt a. M. 347.
Stöcker, L.A., Berlin 218. 225. 281. 531.
Dr. Stöpel, Redakt., Frankfurt a. M. 107. 110.
Dr. Stoy, Prof., Jena 272.
Dr. Straßmann, Stadtverordn. Vorst., Berlin 261. 262. 263. 449.
Streit, Buchh., Koburg 26.
Strosser, L.A., Münster 339. 340.
Struckmann, Oberbürgermstr., R.A., Hildesheim 306.
—, Oberlandesger. Präs., R.A. Köln 594.
Dr. von Sybel, Heinr., L.A., Berlin 20. 22. 23. 32. 33. 34. 146. 148. 149. 162. 163. 164. 166. 171. 220. 318.

T.

Tangermann, altkath. Pfarrer, Köln 153.
Dr. Techow, L.A., Berlin 173. 236.
Tews, Generalsekr., Berlin 452.
von Thielen, Min. d. öffentl. Arbeiten, Berlin 466.
Dr. Thönes, ev. Pfarrer, Lennep 139. 141.
Dr. Thun, Alphons, russ. Nat.Ök. 126.
von Tiedemann, L.A., Bromberg 163.
von Tiedemann-Bomst, L.A. 381. 387.
Tobias, R.A. Saarburg 45.
Töpelmann, Journalist, Berlin 468.
Trefurt, bad. L.A. 3.

Trentlein, Oberlehrer, Karlsruhe 311.
Trimborn, L.A., Köln 235. 236. 239. 318. 421.
Twesten, L.A., Berlin 19. 34. 46.
von Tzschoppe, L.A., Oldenstadt 569.

U.

Uhlig, Direkt. d. Gymn., Heidelberg 508.
Uhlich, Gebr., Prediger, Magdeburg 31.
Herzog von Ujest, Vizepräs. d. R. 42. 44.
von Unruh, R. u. L.A., Berlin 34.
von Unruh-Bomst, R.A. 45.

V.

Vezin, Schauspieler, London 17.
Viktoria Augusta, deutsche Kaiserin, 444. 445.
Viktoria, Kronprinzessin 420.
von Vincke, L.A., 20. 25.
Dr. Virchow, L.A., Berlin 163. 525.
Dr. Volk, R.A., Augsburg 45. 58. 314.
Volkens, L.A., Altona 590. 593.

W.

Dr. [illegible] r, R. u. L.A., Breslau 45. 119.
[illegible], Oberstaatsanw. b. Kammergericht, L.A. Berlin 594.
Wagner, R.A., Altenburg 43. 45.
Dr. [illegible] r, L.A., Berlin 110. 126. 128.
Dr. [illegible] f, L.A., Berlin 25. 46. 55.
[illegible] von Wedell, Landr. a. D.
Wedekind, L.A., Hannover 590.
Dr. [illegible], L.A., Flensburg 594.
Graf Waldersee, London 14.
[illegible] Waldeck, Bonn 267. 589.
Dr. [illegible], Hofbuchhändler, L.A., Charlottenburg 319.
Dr. [illegible], R. u. L.A., Berlin 47. 57. 417.
[illegible], Kön., Wiesbaden 291.
[illegible] L.A., Köln 19. 231.
Dr. [illegible], Wirkl. Rat, Berlin 111. 112. 113. 125.
[illegible] Oberbürgermstr., Kassel 294.
[illegible], L.A., Stettin 45.
[illegible] L.A. 3.
[illegible] L.A., Köln 232.
[illegible] Kommerzienrat, Berlin 418. [illegible] Barmen 192.
[illegible] [illegible] Bürgermeister 47.
[illegible], Kön. Hofbaurat 251.
[illegible], Bürgermstr., Köln 479.
Dr. Weiß, Kreisschulinsp., Cleve 79.
Dr. Wiese, Geh. Ob.Reg.R., Berlin 509.
Wilhelm I., deutscher Kaiser, 12. 30. 43. 44. 46. 47. 48. 49. 150. 155. 168. 255. 268. 420. 592.
Wilhelm II., deutscher Kaiser 259. 420. 450. 472. 476. 499. 507. 509. 589.
von Willich, Premierlieut., London 14.
von Winckler, Staatsanw., Düsseldorf 242.
Windthorst, R. u. L.A., Hamm 174. 176. 303. 340.
Dr. Windthorst-Meppen, R. u. L.A. 57. 177. 179. 181. 185. 186. 187. 190. 195. 197. 227. 332. 334. 339. 347. 349. 351. 353. 354. 355. 356. 357. 359. 360. 363. 369. 380. 398. 399. 400. 401. 403. 404. 479. 482. 490. 493. 497. 516.
von Winter, Oberbürgermstr., Danzig 91.
Graf von Wintzingerode, Landeshauptmann, Merseburg 445. 589.
Dr. Wislicenus, Wanderredner, Berlin 201. 202.
Wiß, Schriftst., Berlin 94.
Dr. Witte, Fab.B., Rostock 231.
Witte, Professor an d. Franckeschen Stift. 589.
Wolff, Fab.B., M.-Gladbach 110.
–, Otto, Redakt. d. Ostsee-Ztg., Stettin 90. 91. 95. 96. 112.
Wollmann, Religionslehrer, Brannsberg 573.
Dr. von Woyna, L.A., Neustadt a. H. 569.
Wrede, Rechtsanw., Bonn 146.
Wulfing, Geh. Ob.Reg.R., Köln 153.
Wüllner, Direkt. d. techn. Hochsch., Aachen 418.
Wychgram, Oberlehrer, Leipzig 286.

Z.

Zedlitz von Zedlitz u. Neukirch, L.A., Berlin 171. 311. 325. 397. 466.
Graf von Zedlitz-Trutzschler, Kultusmin., Berlin 418. 474. 489. 490. 492. 508. 529. 540. 574. 576.
Zelle, Oberbürgermstr., Berlin 379.
Zellweger, Pastor, Crieu 251.
von Zerboni, L.A., Langebeie 323.
Zola, Emil, Schriftst., Paris 586.
von Zumbusch, Notar, Grevenbroich 146. 147. 149.
Zurhellen, Rechtsanw., Elberfeld 304.
Zwicker, Sekr. d. Kaufmannschaft, Magdeburg 94. 245. 320. 420.

Pierer'sche Hofbuchdruckerei Stephan Geibel & Co. in Altenburg

4597 035

THE BORROWER WILL BE CHARGED AN OVERDUE FEE IF THIS BOOK IS NOT RETURNED TO THE LIBRARY ON OR BEFORE THE LAST DATE STAMPED BELOW. NON-RECEIPT OF OVERDUE NOTICES DOES NOT EXEMPT THE BORROWER FROM OVERDUE FEES.

NOV 2[illegible] 1987 ILL
2077745

CANCELLED
DEC 1[illegible] 1996
CANCELLED

DE[redacted]